



SPD

Jahrbuch

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**2009
2010**



Jahrbuch

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**2009
2010**

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Tel. 030.25991-0

spd@spd.de | www.spd.de

Verantwortlich Astrid Klug
Erschienen November 2011

Druck Druckerei Conrad GmbH
Gestaltung koko-berlin.de

Bestell-Nr. 3800684

Inhalt

Vorwort	7
1. Berichte der Gremien	9
Präsidium	10
Vorstand	11
Parteirat	12
2. Berichte des Willy-Brandt-Hauses	15
Europa- und Bundestagswahlkampf 2009 - Materialsammlung	16
Zukunftswerkstätten als Zeichen der Erneuerung	29
Parteorganisation	33
Parteischule im Willy-Brandt-Haus	34
Mitgliederwerbung und -entwicklung	38
Zentraler Rednereinsatz	39
Unterstützung regionaler Parteiarbeit	39
Politik, Koordination, Zielgruppen	40
Kommunikation	41
Planung und Strategie	41
Redaktion / Online	42
Öffentlichkeitsarbeit	43
Produktion und Vertrieb	43
Eventmanagement	44
Direktkommunikation	45
Internationale Politik	46
Pressestelle	50
3. Finanzen der Partei	51
Kontrollkommission	61
4. Arbeitsgemeinschaften	63
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen – ASF	64
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD – AfA	67
SPD AG 60plus	69
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen – ASG	70
Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD – AfB	70
Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD – AGS – und Innovationspreis	72
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen – ASJ	73
JungsozialistInnen in der SPD – Jusos	74
Juso-Hochschulgruppen – Juso-HSG	77
5. Kommissionen, Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise, Preisverleihungen	79
Grundwertekommission	80
Historische Kommission	80
Medienkommission	81
Kommission Gleichstellungspolitik	82
Bundesschiedskommission	82
Kommission Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolenregionen	84
Kulturforum der Sozialdemokratie	85
Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie	87
Forum Kinder und Familie Zukunftswerkstatt Familie	88

Forum Sport	89
Forum Bildung	90
Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität	91
Gesprächskreis Energiepolitik	91
Gesprächskreis Innenpolitik	91
Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus	91
Projektgruppe Steuer- und Abgabekonzept	92
Gesprächskreis Jugendpolitik	92
Gesprächskreis Verbraucherpolitik	93
BarCamp Frauen	93
Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD	94
Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	96
Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ / DDR	96
Selbst Aktiv - Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD	96
Seniorenrat	96
Gewerkschaftsrat	97
Schwusos	97
Wilhelm-Dröschner-Preis	98
Gustav-Heinemann-Bürgerpreis	99
Regine-Hildebrandt-Preis	100

6. Landesverbände und Bezirke 101

Schleswig-Holstein	102
Mecklenburg-Vorpommern	105
Hamburg	118
Bremen	120
Niedersachsen	124
Braunschweig	127
Hannover	134
Nord Niedersachsen	136
Weser-Ems	138
Sachsen-Anhalt	142
Brandenburg	144
Berlin	149
Nordrhein-Westfalen	156
Hessen	159
Hessen-Nord	162
Hessen-Süd	165
Thüringen	169
Sachsen	171
Saarland	173
Rheinland-Pfalz	175
Baden-Württemberg	177
Bayern	181

7. Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD 185

8. Bericht der SPD-Bundestagsfraktion 187

9. Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament 221

10. Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik 227

11. Verstorbene Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten 235

12. Beschlüsse und Erklärungen - Hinweis auf PDF unter spd.de 241

13. Personen-Index 243

Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

engagierte Wahlkämpfe und bittere Niederlagen, Neubeginn und Aufbruch nach vorn – die Jahre 2009 und 2010 brachten wechselhafte Ereignisse für die deutsche Sozialdemokratie.

Zu Beginn des Jahres 2009 setzte die SPD in der großen Koalition wichtige Entscheidungen durch, von denen unser Land dauerhaft profitierte: Konjunkturprogramme, Abwrackprämie und Kurzarbeitergeld waren innovative Antworten auf die Krise, die hunderttausende Arbeitsplätze sicherten. Konkrete Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte wurden auf den Weg gebracht. All diese Erfolge tragen die Handschrift von Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Olaf Scholz. Die SPD kann stolz sein auf diese Arbeit!

Trotz guter Bilanz und trotz eines engagiert geführten Bundestagswahlkampfes mit Frank-Walter Steinmeier an der Spitze brachte der Tag der Bundestagswahl 2009 für die SPD eine bittere Niederlage und das Ende unserer Regierungszeit im Bund. In 11 Jahren Regierungsverantwortung hat die SPD unser Land wirtschaftlich stärker und zugleich weltoffener und moderner gemacht.

Der Dresdener Parteitag im November 2009 markierte den Neubeginn nach der Wahlniederlage. Die SPD beantwortete das enttäuschende Wahlergebnis nicht – wie vielfach prognostiziert – mit Flügelstreit und Konfrontation, sondern mit einer offenen, solidari-schen Debatte, Willen zu Einigkeit und Kraft zu konstruktiver, gemeinsamer Arbeit in der neuen Rolle als stärkste Oppositionspartei.

In Dresden haben wir uns vorgenommen, unsere Nervenenden in die Gesellschaft neu zu beleben, neue und alte Bündnispartner anzusprechen, unsere Partei zu öffnen und die Alltagsrealität der Menschen wieder stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Zudem haben wir uns vorgenommen, eine ehrliche Bilanz unserer Regierungsarbeit zu ziehen: mutig zu den gelungenen Reformen zu stehen, aber auch Fehlentwicklungen offen anzusprechen und zu korrigieren.

Diese Vorhaben des Dresdener Parteitags haben wir entschlossen angepackt. Wir haben neue Antworten gefunden bei Afghanistan und Leih- und Zeitarbeit und die Herausforderungen des demografischen Wandels für unsere sozialen Sicherungssysteme offen debattiert.

Diese Arbeit zeigte schon im Jahr 2010 erste wichtige Erfolge: Mit Hannelore Kraft an der Spitze gelang es, CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen nach nur einer Legislaturperiode abzulösen. In vielen Politikfeldern bestimmte die SPD auch aus der Opposition heraus die politische Debatte, etwa bei Afghanistan, Energie oder Gesundheit. In unseren Politikwerkstätten debattierten und formulierten wir mutige Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit. Die Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP büßte durch schamlose Lobbypolitik zugunsten weniger privilegierter Gruppen, heillose Dauerstreits und schludrige und richtungslose Regierungsarbeit schnell das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ein.



Liebe Genossinnen und Genossen, nach der Niederlage 2009 und dem Neubeginn war 2010 ein Jahr der harten Arbeit und der Konsolidierung unserer Partei.

Diese Arbeit zeigt erste gute Erfolge – aber sie geht weiter. Wir müssen auch künftig hart dafür arbeiten, verloren gegangenes Vertrauen dauerhaft zurückzugewinnen: mit ernsthafter Sacharbeit, mit innerparteilicher Solidarität, neuer Offenheit in den Formen unserer Parteiarbeit und mit klarer Orientierung auf unsere sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir wollen unserem Land eine bessere Perspektive geben. Mehr Menschen sollen aus ihrem Leben etwas machen können – durch gute Bildung und Gesundheit, faire Arbeit und ein gerechtes Miteinander. Dafür lohnt es, weiter zu arbeiten!

Euer
Sigmar Gabriel
Sigmar Gabriel

Berichte der Gremien

Präsidium	Mitglieder des Präsidiums	Parteivorstand	Mitglieder des Parteivortands																						
Im Berichtszeitraum kam das Präsidium jeweils montags zu seiner wöchentlichen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen die aktuelle politische Situation, die Auswirkung der Finanzkrise, die Wirtschaftsentwicklung und Fragen der internationalen und europäischen Politik. Zur Unterstützung von Landtagswahlkämpfen führte das Präsidium auch Sitzungen in den Landeshauptstädten durch. Nach der Gremiensitzung fanden Wahlkampfveranstaltungen der Präsidiumsmitglieder statt. Das Präsidium führte in regelmäßigen Abständen Gespräche mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen. Zu verschiedenen Themen wie der Finanzmarktentwicklung wurden auch Gastreferenten eingeladen.	<table><tr><td>Parteivorsitzender: Sigmar Gabriel</td><td>Schatzmeisterin: Barbara Hendricks</td></tr><tr><td>Stellvertretende Parteivorsitzende: Hannelore Kraft Olaf Scholz Manuela Schwesig Klaus Wowereit</td><td>Weitere Mitglieder des Präsidiums: Doris Ahnen Elke Ferner Heiko Maas Christoph Matschie Joachim Poß Florian Pronold Thorsten Schäfer-Gümbel Ralf Stegner Ute Vogt</td></tr><tr><td>Beauftragter des Parteivorstands für die Europäische Union: Martin Schulz</td><td></td></tr><tr><td>Generalsekretärin: Andrea Nahles</td><td></td></tr></table>	Parteivorsitzender: Sigmar Gabriel	Schatzmeisterin: Barbara Hendricks	Stellvertretende Parteivorsitzende: Hannelore Kraft Olaf Scholz Manuela Schwesig Klaus Wowereit	Weitere Mitglieder des Präsidiums: Doris Ahnen Elke Ferner Heiko Maas Christoph Matschie Joachim Poß Florian Pronold Thorsten Schäfer-Gümbel Ralf Stegner Ute Vogt	Beauftragter des Parteivorstands für die Europäische Union: Martin Schulz		Generalsekretärin: Andrea Nahles		Im Berichtszeitraum kam der Parteivorstand monatlich zu einer Sitzung zusammen. Den Auftakt bildete zu Beginn des jeweiligen Jahres die Klausurtagung des Parteivorstands. Bei der Klausurtagung Im Januar 2011 wurden auch die Bezirks- und Landesvorsitzenden sowie die leitenden Bezirks- und Landesgeschäftsführer zur Klausurtagung eingeladen, um gemeinsam die Arbeitsschwerpunkte und das Arbeitsprogramm zu beraten. Es wurden Positionsbestimmungen zu allen relevanten gesellschaftspolitischen Bereichen vorgenommen. Diese fließen in die Antragsberatung des ordentlichen Parteitags ein. Ausführlich wurden die Themen Gesundheitspolitik/Bürgerversicherung, Zukunft der Demokratie und Bürgerbeteiligung, Integration und Bildung, Familien- und Sozialpolitik sowie die Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik beraten. Fragen der europäischen und internationalen Politik standen regelmäßig auf der Tagesordnung. Einen breiten Raum nahm auch die Diskussion um die Parteireform im Parteivorstand ein. Der Parteivorstand führte Gespräche mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen. So wurden Vertreterinnen und Vertreter der Studentenschaft eingeladen, um über die Situation an den Hochschulen und Universitäten und die laufenden Proteste zu berichten und mit dem Parteivorstand in eine Diskussion zu kommen. Im Januar 2010 fand eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstands mit dem Fraktionsvorstand statt. Hier konnte Helmut Schmidt als Ehrengast begrüßt werden, der über die historische Entwicklung	<table><tr><td>Parteivorsitzender: Sigmar Gabriel</td><td>Michaela Engelmeier-Heite Elke Ferner Birgit Fischer Peter Friedrich</td></tr><tr><td>Stellvertretende Parteivorsitzende: Hannelore Kraft Olaf Scholz Manuela Schwesig Klaus Wowereit</td><td>Evelyne Gebhardt Kerstin Griese Michael Groschek Gernot Grumbach Jochen Hartloff Dietmar Hexel Eva Högl Karin Jöns Wolfgang Jüttner Ulrich Kelber Barbara Ludwig Heiko Maas Ulrich Maly Christoph Matschie Hilde Mattheis Julian Nida-Rümelin Joachim Poß Florian Pronold Thorsten Schäfer-Gümbel Manfred Schaub Thomas Schlenz Ottmar Schreiner Angelica Schwall-Düren Ralf Stegner Ute Vogt</td></tr><tr><td>Beauftragter des Parteivorstands für die Europäische Union: Martin Schulz</td><td></td></tr><tr><td>Generalsekretärin: Andrea Nahles</td><td></td></tr><tr><td>Schatzmeisterin: Barbara Hendricks</td><td></td></tr><tr><td>Weitere Mitglieder des Parteivorstands: Doris Ahnen Niels Annen Ute Berg Björn Böhning Jens Bullerjahn Edelgard Bulmahn Ulla Burchardt Garrelt Duin</td><td></td></tr><tr><td colspan="2">Gewählt auf dem Bundesparteitag in Dresden 13. bis 15. November 2009</td></tr></table> und die aktuelle Situation in Afghanistan referierte. Der Parteivorstand hat sich mehrmals mit der Situation in Afghanistan und der Frage des Truppenabzugs beschäftigt und Grundsatzbeschlüsse gefasst. Eine Sondersitzung des Parteivorstands fand auch zur Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidenten statt. In dieser Sitzung stellte sich der gemeinsame Kandidat von SPD und Grünen, Joachim Gauck vor.	Parteivorsitzender: Sigmar Gabriel	Michaela Engelmeier-Heite Elke Ferner Birgit Fischer Peter Friedrich	Stellvertretende Parteivorsitzende: Hannelore Kraft Olaf Scholz Manuela Schwesig Klaus Wowereit	Evelyne Gebhardt Kerstin Griese Michael Groschek Gernot Grumbach Jochen Hartloff Dietmar Hexel Eva Högl Karin Jöns Wolfgang Jüttner Ulrich Kelber Barbara Ludwig Heiko Maas Ulrich Maly Christoph Matschie Hilde Mattheis Julian Nida-Rümelin Joachim Poß Florian Pronold Thorsten Schäfer-Gümbel Manfred Schaub Thomas Schlenz Ottmar Schreiner Angelica Schwall-Düren Ralf Stegner Ute Vogt	Beauftragter des Parteivorstands für die Europäische Union: Martin Schulz		Generalsekretärin: Andrea Nahles		Schatzmeisterin: Barbara Hendricks		Weitere Mitglieder des Parteivorstands: Doris Ahnen Niels Annen Ute Berg Björn Böhning Jens Bullerjahn Edelgard Bulmahn Ulla Burchardt Garrelt Duin		Gewählt auf dem Bundesparteitag in Dresden 13. bis 15. November 2009	
Parteivorsitzender: Sigmar Gabriel	Schatzmeisterin: Barbara Hendricks																								
Stellvertretende Parteivorsitzende: Hannelore Kraft Olaf Scholz Manuela Schwesig Klaus Wowereit	Weitere Mitglieder des Präsidiums: Doris Ahnen Elke Ferner Heiko Maas Christoph Matschie Joachim Poß Florian Pronold Thorsten Schäfer-Gümbel Ralf Stegner Ute Vogt																								
Beauftragter des Parteivorstands für die Europäische Union: Martin Schulz																									
Generalsekretärin: Andrea Nahles																									
Parteivorsitzender: Sigmar Gabriel	Michaela Engelmeier-Heite Elke Ferner Birgit Fischer Peter Friedrich																								
Stellvertretende Parteivorsitzende: Hannelore Kraft Olaf Scholz Manuela Schwesig Klaus Wowereit	Evelyne Gebhardt Kerstin Griese Michael Groschek Gernot Grumbach Jochen Hartloff Dietmar Hexel Eva Högl Karin Jöns Wolfgang Jüttner Ulrich Kelber Barbara Ludwig Heiko Maas Ulrich Maly Christoph Matschie Hilde Mattheis Julian Nida-Rümelin Joachim Poß Florian Pronold Thorsten Schäfer-Gümbel Manfred Schaub Thomas Schlenz Ottmar Schreiner Angelica Schwall-Düren Ralf Stegner Ute Vogt																								
Beauftragter des Parteivorstands für die Europäische Union: Martin Schulz																									
Generalsekretärin: Andrea Nahles																									
Schatzmeisterin: Barbara Hendricks																									
Weitere Mitglieder des Parteivorstands: Doris Ahnen Niels Annen Ute Berg Björn Böhning Jens Bullerjahn Edelgard Bulmahn Ulla Burchardt Garrelt Duin																									
Gewählt auf dem Bundesparteitag in Dresden 13. bis 15. November 2009																									

Parteirat

Der Parteirat kam vierteljährlich unter Leitung des Vorsitzenden Claus Möller zu seinen Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fand auch eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteivorstand zur Organisationspolitik statt.

Satzungsgemäß beriet der Parteirat den Parteivorstand zu grundsätzlichen Fragen der Bundes- und Europapolitik.

Mehrmals und intensiv wurden im Parteirat die Vorschläge zur Organisationsreform beraten. Zu bestimmten Themen wurden auch Gastreferenten eingeladen. So der Hauptgeschäfts-

führer des DPWV, Ulrich Schneider und Professor Klaus Klemm von der Uni Duisburg zu Fragen der Höhe der Regelsätze, um eine soziokulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.

Fragen der Steuer- und Finanzpolitik wurden ebenfalls vom Parteirat beraten und Empfeh-

lungen für die Positionsfindung des Parteivorstands gegeben.

Die Arbeitsmarktpolitik, die Gesundheitspolitik /Bürgerversicherung und die Fragen der Alterssicherung wurden ausführlich im Parteirat diskutiert und Positionsbestimmungen vorgenommen.

Der Parteivorsitzende, der Fraktionsvorsitzende, die Generalsekretärin und der Fraktionsvorsitzende im Europaparlament berichteten in jeder Sitzung über ihre Arbeit und die anstehenden Aufgaben. Die Diskussion um die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung nahm im Rahmen dieser Berichte einen breiten Raum ein.

Mitglieder des Parteirats - Stand: Oktober 2011

1. Mitglieder:

Vorsitzender:
Claus Möller

LV Schleswig-Holstein
Torsten Albig
Bettina Hagedorn
Claus Möller
Roswitha Müllerwiebus

LV Mecklenburg-Vorpommern
Brigitte Pleß

LO Hamburg
Inka Damerau
Dorothee Stapelfeldt

LO Bremen
Angelo Caragiuli
Siegfried Breuer

Bezirk Nord-Niedersachsen
Daniela Behrens
Dörte Liebetruth

Bezirk Weser-Ems
Hans Forster
Hanna Naber
Rainer Spiering

Bezirk Hannover
Daniel Brunkhorst
Frauke Heiligenstadt
Stephan Klecha
Elke Tonne-Jork
Ulrich Watermann

Bezirk Braunschweig
Petra Emmerich-Kopatsch
Detlef Tanke
Matthias Wehrmeyer

LV Sachsen-Anhalt
Angela Kolb
LV Brandenburg
Harald Sempff
Andrea Suhr

LV Berlin

Heinz Buschkowsky
Dilek Kolat
Karin Seidel-Kalmutzki

LV Nordrhein-Westfalen

Birgit Alkenings
Dirk Becker
Klaus Brandner
Jürgen Coße
Petra Crone
Dörte Delberg-Ziepk
Heike Gebhard
Sanda Grätz
Sebastian Hartmann
Sabine Kelm-Schmidt
Anna Mazulewitsch-Boos
Jochen Ott
Johannes Pflug
Axel Schäfer
Ulla Schmidt
Thilo Scholle
Frank Schwabe
André Stinka
Nicole von den Driesch
Brigitte Wucherpfennig

Bezirk Hessen-Nord
Manfred Fehr
Brigitte Hofmeyer
Norbert Schüren
Monika Vaupel

Bezirk Hessen-Süd
Udo Bullmann
Petra Fuhrmann
Heike Hofmann
Jörg Jordan
Christine Lambrecht
Armin Schild
Dagmar Schmidt

LV Thüringen
Wilhelm Schreier

LV Sachsen
Sven Dietrich
Gudrun Hoffmann

LV Saar

Michael Burkert
Cornelia Hoffmann-Bethscheider
Torsten Lang
Karin Lawall

LV Rheinland-Pfalz

Katarina Barley
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Jürgen Conrad
Petra Heid
Michael Kissel
Dieter Schiffmann
Martin Stadelmaier

LV Baden-Württemberg

Elfriede Behnke
Jürgen Graner
Jan Mönikes
Tanja Sagasser
Regina Schmidt-Kühner
Sebastian Weigle

LV Bayern

Klaus Barthel
Thorsten Brehm
Simone Burger
Harald Güller
Frank Hofmann
Jonas Merzbacher
Angelika Roth
Adelheid Rupp
Ulrich Scharfenberg
Werner Schieder
Bernd Vilsmeier

2. Beratende Mitglieder

(2a) die Mitglieder der Kontrollkommission

(2b) die Vorsitzenden der Landesverbände in den Ländern mit mehr als einem Bezirk

(2c) die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen

(2d) der oder die Vorsitzende der Bundestagsfraktion

(2e) der Vorsitzende oder die Vorsitzende der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europaparlament

(2f) die sozialdemokratischen deutschen Mitglieder der EU-Kommission

(2g) die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen bzw. stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der Länder

(2h) die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

(2i) der oder die Vorsitzende des Seniorenrats

(2j) der oder die Vorsitzende des Gewerkschaftsrats

(2k) die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene

(2l) der oder die Vorsitzende der SJD – Die Falken

(2m) 2 VertreterInnen der Beschäftigten der Partei, nämlich der oder die Vorsitzende des Betriebsrats des SPD-Parteivorstands sowie ein/e von den Betriebsräten der Landesbezirke und Bezirke zu benennende/r Arbeitnehmervertreter/in

(2n) die leitenden Landes- und BezirksgeschäftsführerInnen

Der Parteivorstand nimmt an den Sitzungen des Parteirats teil.



Berichte des Willy-Brandt-Hauses

Europa- und Bundestagswahl 2009

Die Grenzen des Wahlkampfs

Von Kajo Wasserhövel

21 und 23: Diese beiden Zahlen stehen für zwei katastrophale Niederlagen unserer SPD im Jahr 2009. Zahlen, bei denen es nichts mehr zu interpretieren gibt. Sie lassen keinen Spielraum für das Übliche. Sie markieren einen Tiefpunkt von Vertrauen und auch Begeisterung bei Bürgerinnen und Bürgern für uns. Sie sind bitter und brutal aber auch aufrichtig und waren sehr schwer zu verkraften für viele tausende von uns, die Wahlkampf gemacht haben.

Diese beiden Zahlen zeigten zum Ende des Jahres 2009 deutlich, wieviel Arbeit vor der SPD liegt. Ich war in diesem Jahr Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfmanager der SPD und die Zahlen sind natürlich auch ein Zeugnis, das niemand gerne bekommt – auch ich nicht. Das Problem dabei ist nur: Auch in der Rückschau fallen mir viele, viele Dinge ein, die ich falsch gemacht habe oder die auch hätten besser laufen können. Das Problem ist nur: Sie erklären diese beiden Zahlen nicht.

Für mich zeigen diese beiden Zahlen und der Verlauf des Jahres 2009 die Grenzen des Wahlkampfes. Selber habe ich an 4 Bundestagswahlkämpfen intensiv teilnehmen können und ich kann sagen: Wir haben in 2009 mehr Mittel eingesetzt, intensiver geforscht, geworben, alle Möglichkeiten des Online- und Offlinewahlkampfs genutzt als in 2005,

2002 oder auch 1998 – geholfen hat es uns aber nicht. Der Funke sprang nicht über unsere sozialdemokratische Wagenburg hinaus.

In 299 Bundestagswahlkreisen wurde gekämpft. Die Kandidatinnen und Kandidaten, ihre Teams, die Alten und die Jungen. Mit Leidenschaft, Begeisterung, Kreativität, Argumenten, Erfahrung, Idealismus – aber die Bürger blieben auf Abstand. Sie waren skeptisch, enttäuscht, unsicher, misstrauisch und manchmal wütend.

Für sehr viele von uns war es wie ein Marathon in einem Meer aus Watte. Das viele Warnungen vor schwarz-gelb sich nach der Wahl bewahrheitet haben, ist nun auch kein Trost.

Was lernt man aus dem Wahlkampf 2009?

Jeder und jede von uns wird seine Schlüsse schon gezogen haben aber ich will ein paar Dinge ansprechen:

Ein Wahlkampf braucht eine leitende Idee und die Überzeugung aller dafür in der Partei. Ist dies da, kann man buchstäblich Berge versetzen. Diese Idee muss nicht kompliziert sein und sie muss aus allem sprechen, was wir im Wahlkampf tun. In 1998 war es Innovation und Gerechtigkeit und der Wechsel. In 2002

war es eine Grundsatzentscheidung, wer in der Führungsrolle in Deutschland sein soll in schwieriger Zeit. In 2005 war es der Kampf auch um unsere Selbstachtung als Partei.

Der Wahlkampf der Zukunft wird eine neue Verbindung haben müssen, zwischen zentraler Arbeit und Dezentralität – nicht nur über das Netz. Dies muss aufgebaut und entwickelt werden und bedeutet nicht, dass die alten Stärken der SPD nun nicht mehr gebraucht werden. Dezentralität und Verlässlichkeit im Wahlkampf zu verbinden wird die spannende Herausforderung der nächsten Jahre sein.

Europa: Wir drohen wieder, schnell zur Tagesordnung überzugehen. Das Ergebnis bei der Europawahl war kein Ausrutscher. Die Bedeutung der europäischen Ebene muss Jahre vor der nächsten Wahl in der Öffentlichkeit verankert werden. Wir wissen es ja auch bei allen anderen Wahlen: Nach der Wahl ist vor der Wahl und man muss dauerhaft kommunizieren, damit man gewinnen kann. Wir dürfen hier nicht weiter die Zeit verplempern.

21 und 23. Wenn wir mit Selbstachtung, Offenheit, Neugier und vor allem positiv als Gemeinschaft in die politischen Auseinandersetzungen der Zukunft gehen, brauchen wir solche Zahlen nicht mehr zu sehen.

Die Kampagne zur Europawahl 2009 - Materialsammlung



Europawahlkampf 2009

Großflächen - 1. Dekade



Großflächen - 2. Dekade



Großflächen - 3. Dekade



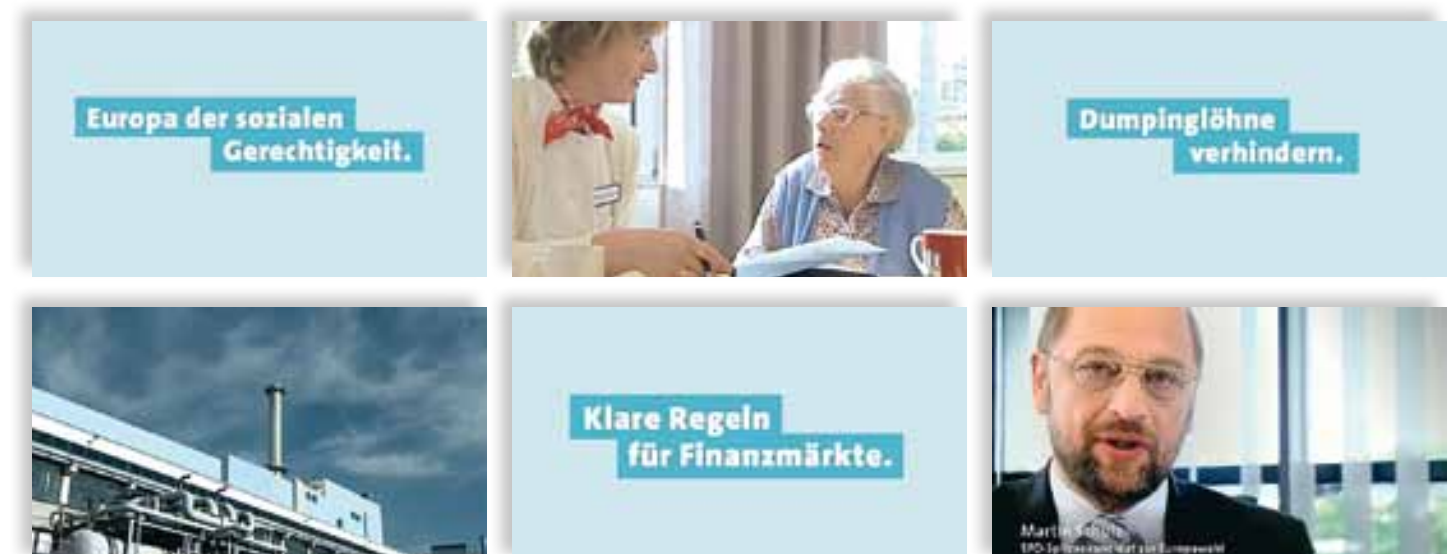
Wandzeitungen



TV-Spot zur Europawahl 2009



Internet Animationsspot 45 s



TV-Spot 90 s

Europawahlkampf 2009

Themenflyer



Werbemateriellen

Argumentationskarten, A6-Block

Europamanifest, Kurzfassung, A4



Briefwahl, Plakat



KandidatInnenplakat und -flyer

99 sozialdemokratische Errungenschaften
Broschüre A4, Querformat

Anzeigen



Die Kampagne zur Bundestagswahl 2009 - Materialsammlung



Bundestagswahl 2009

Großflächen - 1. Dekade



Angriffsplakate



Großflächen - 2. Dekade



Bundestagswahl 2009

Großflächen - 3. Dekade



Themenplakate



Themenplakate



Themenflyer



TV-Spots



Internet-Spot Dafür kämpfen wir: Deutschland-Plan



TV-Spot Klartext



Kino-Spot



TV und Tour-Spot Unser Land kann mehr



Broschüre Der Deutschland-Plan



Bundestagswahl 2009

KandidatInnenplakat



Werbemittel



8 Ziele, Broschüre

Mailings im Bundestagswahlkampf



Argumentationskarten



Pledgecard



Briefwahl Postkarte

Onlinewahlkampf aus einem Guss

Interaktiv und vernetzt, alle Informationen und Service auf den SPD-Internetplattformen

Informieren, organisieren, kommunizieren.

Das Internet bietet viel Raum für den Wahlkampf, nicht nur auf den eigenen Plattformen, sondern insbesondere in den sozialen Netzwerken wie Facebook, meinVZ, auf Twitter und in den Weblogs.

Die Kampagne im Netz ist nur eine Seite der Medaille. Wichtig ist und bleibt das Gespräch vor Ort, die Präsenz im Land. Auch für den *Offlinewahlkampf* hält das Internet eine breite Palette an Werkzeugen bereit - von Aktionstipps bis hin zu Material für die Kampagne.

Informationsangebote auf:

- www.spd.de
- www.wahlkampf09.de
- meinespd.net

Ein Überblick:

meineSPD.net
Hinter den Kulissen – die Parteimitglieder. Hier sind Sozialdemokraten und Sympathisanten unter sich, hier wird organisiert und aktiviert.

spd.de
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands informiert: Über Aktuelles und Gremien, über Personen und Positionen.

frank-walter-steinmeier.de
Der Kanzlerkandidat und Mensch: Auf frank-walter-steinmeier.de findet sich alles über den Kanzlerkandidaten der SPD.

wahlkampf09.de
Auf wahlkampf09.de kann man sich schnell über die Kampagne informieren, sich einmischen und aktiv werden.

ISPD, SPD für Symbian und mobil.spd.de

Die SPD in den sozialen Netzwerken
Die SPD im direkten Kontakt: Über Facebook, Twitter, MySpace und die verschiedenen VZs vernetzen sich Mitglieder und Unterstützer, Wahlkämpfer und Interessierte.

Logos: YouTube, flickr, facebook, studiVZ, myspace, XING, twitter, meinVZ

Zukunftswerkstätten als Zeichen der Erneuerung

Zukunftswerkstatt Faires Deutschland

Bundesparteitag am 26. September in Berlin

Im Jahr 2010 hat die SPD ihre Erneuerung – inhaltlich wie organisatorisch – vorangetrieben. Mit Beschlüssen in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Arbeitsmarkt hat die SPD auf dem Berliner Bundesparteitag am 26. September wichtige inhaltliche Weichen für die Zukunft gestellt.



Ein neues Fortschrittsmodell

Die SPD machte sich dabei wirtschaftspolitisch für ein neues Fortschrittsmodell stark. Auf dem Bundesparteitag kritisierten die Delegierten den Finanzkapitalismus der letzten zwei Jahrzehnte, da er sich als Hemmschuh für wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt erwiesen hat. Ebenso wurde die mangelnde Aktivität der schwarz-gelben Bundesregierung kritisiert, die Initiativen vermissen lässt, um das vorhandene Kapital in neue Investitionen statt in Spekulationen fließen zu lassen. Die SPD hingegen will ein neues Fortschrittsmodell etablieren. Der Parteitagsschluss bekräftigt etwa das Ziel der Vollbeschäftigung. Möglich sei dies, wenn es gelänge, die Investitionsquote der Unternehmen deutlich anzuheben. Wo der Markt versagt, seien neue Anreize und Instrumente nötig, damit in Produkte von morgen investiert wird.

Deutschland muss fairer werden

Ziel der wirtschafts- und finanzpolitischen Vorschläge des Parteitages ist ein faires und gerechtes Deutschland, in dem die Menschen zuversichtlich in die Zukunft blicken. Nachhaltiges neues Wachstum, das nicht auf Kosten der Natur und zu Lasten des sozialen Ausgleichs geht. Ein anderer Wohlstand, der sich nicht nur am Bruttoinlandsprodukt, sondern vor allem auch an der Lebensqualität einer möglichst großen Zahl von Menschen bemisst.

Mehr Mittel für Bildung und Kommunen

Auf dem Parteitag wurde vereinbart, dass künftig der Spitzensteuersatz von 42 auf 49 % steigen soll. Greifen soll der neue Spitzensatz bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 100.000 Euro für Ledige. Des Weiteren sollen die 1996 abgeschaffte Vermögenssteuer wie-

der einführt und die Abgeltungssteuer von 25 % für private Kapitaleinkünfte angehoben werden. Die Mehreinnahmen in Höhe von rund 15 Milliarden Euro sollen untere Einkommen, Familien und Kommunen entlasten und zusätzlich in Bildung investiert werden. Das beschlossene Eckpunktepapier zu Fairness auf dem Arbeitsmarkt enthält folgende konkrete Maßnahmen: Um die Binnennachfrage anzukurbeln, müsse sich die Lohnentwicklung konsequent an der Produktivität orientieren. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro sowie eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung müssten dazu durchgesetzt werden. Außerdem solle die Leih- und Zeitarbeit begrenzt werden.

Parteireform steht weiter im Mittelpunkt

Ebenso engagiert wie die inhaltlichen Themen hat der Parteitag den Fortgang der Parteireform, die auch 2011 eine wichtige Rolle spielen wird, debattiert. Dabei geht es um mehr, als einmalig die Organisationsstruktur neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Denn in einer Zeit des rasanten Wandels muss die SPD organisatorisch in der Lage sein, jederzeit auf sich ändernde Bedingungen zu reagieren. Als Rahmen für die Parteireform soll unter der Federführung der Generalsekretärin ein „Organisationspolitisches Grundsatzprogramm“ entwickelt werden. Eine zentrale Frage ist dabei, wie Mitglieder und Nichtmitglieder besser in die Parteiarbeit eingebunden werden können, um die Kampagnenfähigkeit der SPD nachhaltig zu stärken. Denn Kampagnenfähigkeit hängt von mehr ab als nur der Qualität werblicher Maßnahmen. Wichtiger ist, Mitglieder für die Partei zu begeistern, sie sprachfähig zu machen und die SPD für Interessierte zu öffnen. Hierzu zählen auch Mitglieder der vielen sozialen Bewegungen, der Umweltverbände, von lokalen – oder auch durch das Internet gestützten – Initiativen.

Debatte über Integration

Sodiskutierten vor Beginn des Parteitags Sigmar Gabriel, Heinz Buschkowsky, Lothar Kannenberg und Naika Foroutan unter dem Titel *Ohne Angst und Träumereien* den Kurs der künftigen Integrationspolitik der SPD. Damit machte die SPD deutlich, dass die Herausforderungen rund um eine moderne Integrationspolitik nicht erst seit dem umstrittenen Buch Thilo Sarrazins ein zentrales Politikfeld der SPD sind.

20 Jahre Vereinigung der Sozialdemokratie

Mit einem Festakt feierte die SPD am Vortrag des Parteitages die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien in Ost und West

im September 1990. Mit einer eindrucksvollen Rede würdigte Hans-Jochen Vogel die Protagonisten dieser historischen Stunde.



Hans-Jochen Vogel bei seiner Rede zum Jubiläum der Vereinigung der Sozialdemokratie vor 20 Jahren

Für eine offene und bürgernahe Partei Zukunftswerkstätten und Bürgerkonferenzen des Willy-Brandt-Hauses

Der Prozess der Öffnung, den der Dresdner Parteitag 2009 beschlossen hatte, stand 2010 im Zentrum der Arbeit des Willy-Brandt-Hauses. Dieser Prozess wurde in Form von sechs Zukunftswerkstätten organisiert, die die programmatische Weiterentwicklung der Partei, die Etablierung einer neuer Diskussionskultur über neue Beteiligungsformen sowie eine Öffnung der Partei nach innen und nach außen zum Ziel haben. Das Willy-Brandt-Haus half mit, die SPD zu einem Ort des gemeinsamen Austauschs zu machen, bei dem sich Politik und Bürger auf Augenhöhe begegnen und über die Zukunftsfragen der Gesellschaft gemeinsam beraten. Die Alltagserfahrungen der Menschen wurden dabei stärker in die politische Arbeit einbezogen. Außerdem sollten die Zukunftswerkstätten zum Resonanzboden für sozialdemokratische Werte und Vorstellungen werden. Hierzu wurde auch der neugestaltete Internet-Auftritt mit neuen Kommunikationsangebot zu den Zukunftswerkstätten genutzt.

Entsprechend sozialdemokratischen Zukunftsthemen wurden folgende 6 Werkstätten eingerichtet:

- *Gut und sicher leben*
- *Arbeit, Innovation, Umwelt*
- *Familie*
- *Bildung*
- *Integration*
- *Demokratie und Freiheit*

In diesen Zukunftswerkstätten kamen die Erfahrung vieler SPD-Mitglieder mit dem Wissen von außenstehenden Experten zusammen.

Zukunftswerkstatt Gut und sicher leben

Inhaltliches Herzstück der Zukunftswerkstatt *Gut und sicher leben*, die von Olaf Scholz, Hubertus Heil und Elke Ferner geleitet wird, war 2010 das Papier *Fairness auf dem Arbeitsmarkt*. Die Neubestimmung der Arbeitsmarktpolitik der SPD fand in einem breit angelegten Diskussionsprozess statt. Auftakt war die Sitzung des Parteipräsidiums im März. Das dort vorliegen-



Foto: Marco Urban



Foto: Marco Urban



Foto: Marco Urban

de Papier wurde den Parteigliederungen zur Beratung übergeben. Viele Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke und Landesverbände beschäftigten sich eingehend mit den Vorschlägen zu Begrenzung der Leiharbeit, Mindestlohn und Perspektiven für Langzeitarbeitslose sowie zum Thema berufliche Qualifizierung und ALG I-Bezug.

Ab Mitte des Jahres starteten viele Gliederungen eigene lokale Zukunftswerkstätten, die auf das große Interesse der Mitglieder, aber auch der Bürgerinnen und Bürger trafen. In zahllosen Veranstaltungen mit Betriebsräten und Gewerkschaftern wurden die Inhalte der Zukunftswerkstatt diskutiert. Auf Bundesebene organisierte das Willy-Brandt-Haus eine Online-Konferenz mit knapp 6000 beteiligten Bürgerinnen und Bürgern. Ziel war es, möglichst vielen die Möglichkeit zu bieten, sich aktiv in die Diskussion einzuklinken, ohne den weiten und oft teuren Weg nach Berlin machen zu müssen. Im Vorfeld konnten auf einer Sonderseite im Internet Fragen an die Teilnehmer der Veranstaltung eingereicht werden. Für den Erfolg der Veranstaltung spricht die Rate von 730.000 Klicks auf der Konferenz-Homepage. Natürlich wurde die Aufzeichnung der Sendung in Nachhinein auch im YouTube-Kanal SPDvision für diejenigen eingestellt, die keine Zeit hatten, live dabei zu sein.

Ein weiterer Schwerpunkt der Zukunftswerkstatt war das Renteneintrittsalter. Die Eckpunkte wurden bereits 2010 ausgearbeitet und der Arbeitsgruppe Rente unter der Leitung von Olaf Scholz, Kurt Beck, Ottmar Schreiner und Elke Ferner übergeben. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden zum nächsten Bundesparteitag vorliegen.

Zukunftswerkstatt Arbeit, Innovation, Umwelt

Unter Leitung von Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier hat die Zukunftswerkstatt *Arbeit – Innovation – Umwelt* zwei große Fragen unserer Zeit aufgegriffen: Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, die durch den enthemmten Finanzkapitalismus auf die Probe gestellt wird, und die globale Bedrohung durch den Klimawandel. Beide Entwicklungen erfordern schlüssige Antworten im Sinne eines neuen Wirtschaftsmodells für eine soziale und nachhaltige Marktwirtschaft.

Die Zukunftswerkstatt *Arbeit – Umwelt – Innovation* hat sich zum Ziel gesetzt, dazu beizutragen, die Meinungsführerschaft der SPD im Bereich Wirtschaft zurückzuerlangen.

Ein zentrales Element hierbei ist der *Wirtschaftspolitische Rat* der SPD mit ca. 40 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Praktikern und Politikern. Unter Leitung von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel berät er den SPD-Parteivorstand und verfasst Positionspapiere.

Höhepunkt der Arbeit des Wirtschaftspolitischen Rats war eine große wirtschaftspolitische Konferenz unter dem Motto *Antworten auf die Krise – Leitideen einer neuen Wirtschaftspolitik* am 21. April 2010, auf der Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier mit internationalen Experten diskutierten. Die Konferenz mit 500 Teilnehmern wurde live im Netz übertragen.

Ebenfalls auf großes Publikumsinteresse stieß eine Veranstaltung im September, auf der anlässlich der Veröffentlichung des Buches von Peer Steinbrück eine Zwischenbilanz gezogen wurde.

Zukunftswerkstatt Familie

Im engen Dialog mit Expertinnen und Experten, Praktikerinnen und Praktikern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern hat die Zukunftswerkstatt Familie unter der Leitung von Manuela Schwesig und Dagmar Ziegler 2010 an 3 Schwerpunktthemen gearbeitet:

1. Wie kann Kinderarmut wirksam bekämpft werden?

Dabei standen die Aspekte Kindergrundsicherung sowie Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur im Vordergrund. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang die SPD-Position im Rahmen der Debatte zur Hartz IV-Reform inhaltlich vorbereitet.

2. Wie können die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende verbessert werden?

Dazu wurde im Frühjahr 2010 das Eckpunkte-Papier „Alleinerziehende – LeistungsträgerInnen unserer Gesellschaft – Vorschläge für konkrete Schritte zur besseren Unterstützung von Ein-Eltern-Familien“ erarbeitet. Es wurde am 19. April 2010 vom Parteivorstand beschlossen.

3. Welche Rahmenbedingungen brauchen Familien, um die Pflege von Angehörigen sicherzustellen?

In einer Bürgerkonferenz in Schwerin am 1. November 2010, die vom Willy-Brandt-Haus organisiert wurde, diskutierten Bürgerinnen und Bürger mit Fachleuten über die zukünftig notwendigen Rahmenbedingungen für den Pflegebereich. Konkrete Lösungsansätze werden 2011 erarbeitet.

Im Frühjahr 2010 hat sich ein *Familienpolitischer Beirat* konstituiert. Diesem Kreis

gehören rund 45 Personen aus Verbänden, Gewerkschaften, aus der Wissenschaft und aus den verschiedenen Ebenen der Partei an. Eine 8-köpfige politisch besetzte Steuerungsgruppe trifft sich darüber hinaus in regelmäßigen Abständen, um die Ergebnisse aus den Beiratssitzungen auszuwerten, die Arbeit der Zukunftswerkstatt Familie insgesamt zu konzipieren und den Dialog mit der (Partei-)Öffentlichkeit zu planen.

Neben der inhaltlichen Arbeit hat die Zukunftswerkstatt sich auf den öffentlichen Dialog vor Ort zu familienpolitischen Themen konzentriert. So haben die Mitglieder der Steuerungsgruppe auf zahlreichen regionalen Veranstaltungen mit Fachleuten, Parteimitgliedern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Dabei wurden neue Veranstaltungsformen ausprobiert, wie zum Beispiel *Fishbowl* oder *Open Space*.

Auf ihrer Sommertour besuchte Manuela Schwesig Orte in Sachsen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern und führte dort verschiedene Dialog-Veranstaltungen im Rahmen der Zukunftswerkstatt durch. Die Debatten wurden inhaltlich auch auf der Internetplattform der Zukunftswerkstätten durch Videos, Kurzstatements und weiterführendes Material dargestellt.

Zukunftswerkstatt Bildung

Die Zukunftswerkstatt Bildung unter der Leitung von Hannelore Kraft, Doris Ahnen und Christoph Matschie widmete ihre politische Arbeit 2010 der Leitfrage, wie Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit im deutschen Bildungssystem gleichermaßen verbessert werden können. Themenschwerpunkte waren Lokale Bildungsnetzwerke, Schule, Hochschule und lebensbegleitendes Lernen.

Als Beraterkreis fungiert das bereits etablierte *Forum Bildung*, das sich im Jahr 2010 ein Mal im Plenum getroffen und seine Arbeit zunächst in 3 Arbeitsgruppen delegiert hat: Frühkindliche Bildung/Schule, Hochschule und Berufliche Bildung/Lebensbegleitendes Lernen. Im Frühjahr 2011 werden die ersten Zwischenergebnisse vorliegen.

Zur Reform der Bachelor- und Master-Studiengänge sowie über die Situation an den Hochschulen insgesamt organisierte die Zukunftswerkstatt eine Dialogreihe mit Studierenden in Form von Workshops. 2011 wird der Dialog

mit Themen wie Mitbestimmung und Demokratie an Hochschulen und Studienfinanzierung/Studiengebühren fortgesetzt.

Zukunftswerkstatt Integration

Die Zukunftswerkstatt wurde im Februar 2010 mit der ersten Sitzung der Steuerungsgruppe unter Leitung von Klaus Wowereit und Kenan Kolat ins Leben gerufen. Neben der programmatischen Weiterentwicklung durch die Erarbeitung eines Integrationskonzepts bis zum ordentlichen Bundesparteitag 2011 knüpften und erneuerten die Mitglieder der Zukunftswerkstatt Kontakte zu wichtigen gesellschaftlichen Multiplikatoren, um damit die Partei stärker zu öffnen und neue Veranstaltungsformen zu testen.

Die Auftaktveranstaltung der Zukunftswerkstatt am 26. April 2010 wurde in Form einer *Fishbowl*-Diskussion durchgeführt, bei der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Integrationspraktikerinnen und -praktikern in Dialog traten.

Die Veranstaltung wurde zudem in Form eines Livestreams im Internet und einem parallel geschalteten Online-Forum weiterverbreitet. Diese neuen Formate fanden zahlreiche Nachahmer. Weitere regionale Zukunftswerkstatt-Formate mit Klaus Wowereit unter anderem in Mannheim, Leipzig und Offenbach folgten.

Im Rahmen der Ausstellung *Heimat* im Willy-Brandt-Haus im September, die die Zukunftswerkstatt mit der Galerie *30Links* und dem Freundeskreis des Willy-Brandt-Hauses zusammen vorbereitete, widmete sich die Zukunftswerkstatt in einer Vernissage und einer Finissage den Themen *Zweiheimisch – MigrantInnen in Deutschland* und der Frage *Vom „Gastland“ zur Heimat*.

Parallel fand in Kooperation mit dem im Juli neu konstituierten Arbeitskreis *Integration und Migration* ein Arbeitsworkshop zu den von der Zukunftswerkstatt definierten Themenfeldern Bildung, Arbeit und Wirtschaft, Kommune und soziale Stadt, Migrationsrecht und interkulturelle Öffnung der SPD statt.

Auch programmatisch ist es gelungen, in diesem Jahr die ersten Vereinbarungen zu treffen: Neben der Verabschiedung *Zehn Ziele Zukunftswerkstatt* ist hier vor allem die vom Bundesparteitag im September verabschiedete Resolution *Herkunft darf kein Schicksal sein* zu nennen.



Foto: Marco Urban



Foto: Marco Urban



Foto: Marco Urban



Foto: Marco Urban



Foto: Marco Urban

Zukunftswerkstatt Demokratie und Freiheit

Schon beim Dresdener Parteitag hat Sigmar Gabriel in seiner Rede die Themen *Demokratie* und *Freiheit* als Zukunftsthemen der SPD benannt.

Ein Jahr später ist die *Zukunft der Demokratie* in aller Munde. Denn bei den Debatten um die Griechenlandhilfe, um Stuttgart21 oder um die Verlängerung der AKW-Laufzeiten ging es nicht nur um Fragen der Finanz-, Verkehrs- oder Energiepolitik, sondern auch um die Kernfrage, wie Demokratie im globalisierten und medialisierten 21. Jahrhundert funktionieren kann.

Es wurde also höchste Zeit, dass die SPD wieder über Demokratie und Freiheit diskutiert. Seit Anfang 2010 arbeitet die Zukunftswerkstatt *Demokratie und Freiheit* unter der Leitung von Heiko Maas und Olaf Scholz zu diesem Thema. Denn in unserer fast 150-jährigen Parteigeschichte war die SPD zu allen Zeiten Kämpfer und Garant von Demokratie und Freiheit. Deshalb gilt auch heute der zentrale Satz von Willy Brandt: „Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“

Die Zukunftswerkstatt hat in den vergangenen Monaten bei zahlreichen Treffen zusammen

mit renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen begonnen, wichtige Fragestellungen zu diskutieren: Wer regiert das Land? Wem gehört die Politik: Den Bürgerinnen, den Parteien, den Medien oder der Wirtschaft? Wie verhindern wir die zunehmende Verlagerung von politischen Entscheidungen heraus aus den gewählten Räten? Wie kann der Einfluss von Lobbyisten und Interessengruppen begrenzt werden? Wie müssen wir unser demokratisches System weiterentwickeln, um Akzeptanzprobleme zu erwidern, um auf gesellschaftliche Veränderung zu reagieren, um mehr Beteiligung zu generieren? Was bedeutet für uns Freiheit in Gleichheit und Gerechtigkeit? Wie unterscheidet sich heute der sozialdemokratische Freiheitsbegriff von anderen politischen Vorstellungen? Wie kann diese Gesellschaft die Chancen der neuen Medien ergreifen und Risiken begegnen?

Auf dem Weg zum ordentlichen Bundesparteitag 2011 erarbeitet die Zukunftswerkstatt *Demokratie und Freiheit* Positionen der SPD zu diesen Fragen. 2011 sind dazu auch Diskussionsrunden und Veranstaltungen in den Gliederungen geplant. Inhaltliche Vorschläge und die Konzeption einer *Demokratieoffensive* sollen das Thema auch beim Ordentlichen Bundesparteitag 2011 in den Mittelpunkt stellen.



Foto: Marco Urban



Foto: Marco Urban



Parteiorganisation

Ortsvereinsbefragung, UB-Konferenz, Werkstattgespräche und Parteireform

Die SPD als Mitglieder- und Kampagnenpartei wieder stark machen – spätestens seit der Niederlage bei der Bundestagswahl 2009 ist das die Daueraufgabe der Partei. Es war und ist wichtig herauszufinden, wo aus Sicht der Ortsvereine und Unterbezirke die Probleme liegen, und wie wir gemeinsam die Probleme lösen kann. Die Meilensteine der Parteireform waren 2010 die Ortsvereinsbefragung, die Unterbezirkvorsitzenden-Konferenz und die Werkstattgespräche.

Den ersten Schritt in diese Richtung leitete der Parteitag 2009 in Dresden mit dem Beschluss ein, alle Ortsvereine und Unterbezirke zu befragen. Dies geschah von März bis Mai 2010.

Eure Meinung zählt! Befragung der Ortsvereinsvorstände

Das Referat Parteiorganisation war von Anfang an dabei und stand in engem und regem Kontakt zu vielen Ortsvereinen. Es erinnerte an die Befragung oder bot Hilfestellung bei der Beantwortung der Fragen. Die Ergebnisse der Befragung wurden am 30. Mai 2010 auf der UBV-KV Konferenz vorgestellt.

Ausgehend davon fanden unter Beteiligung des Referats Parteiorganisation in der zweiten Jahreshälfte 6 Werkstattgesprächen statt, in denen zusammen mit VertreterInnen aller Gliederungsebenen unterschiedliche Aspekte diskutiert wurden. In den Gesprächen, die zusammen mit anderen Referaten im Willy-Brandt-Haus durchgeführt wurden, wurde eine Vielzahl von konkreten Vorschlägen zur Reform der Partei und ihres organisationspolitischen Programms an das Willy-Brandt-Haus herangetragen.

Die Anregungen und Informationen aus den Werkstattgesprächen werden von uns in den laufenden Prozess der Parteireform integriert.

Serviceleistungen

Geburtstage, Jubiläen und Ehrungen sollen nicht in Vergessenheit geraten! Allein 2010 gab es 26.059 Jubiläen für die Mitgliedschaftsdauer von 25 bis 80 Jahren. Monatlich erstellte das Referat Parteiorganisation dazu Listen mit

Geburts- und Gedenktagen verdienter Mitglieder. Zudem stand das Referat in engem Kontakt mit den Ortsvereinsvorsitzenden, wenn Mitglieder 100 Jahre oder älter werden. Bei Nachfragen sind wir erster Ansprechpartner.

Bereits 2009 sind die erfolgreichen Handbücher zur Mitgliederwerbung, zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Fest- und Veranstaltungsorganisation komplett überarbeitet neu erschienen. Im Jahresverlauf arbeitete das Referat weiter an der im Frühjahr 2011 erschienenen Neuauflage des Ortsvereins-Handbuchs.

Telefonschaltkonferenz für Wahlkreis- und Bürgerbüros

Die Generalsekretärin Andrea Nahles lud am 16. Dezember 2010 die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wahlkreis- und Bürgerbüros erstmalig zu einer Telefonschaltkonferenz ein. Die Organisation übernahm das Referat Partei-

organisation. Ziel ist und war, herauszufinden, wie das Willy-Brandt-Haus deren Arbeit sinnvoller unterstützen kann. Diese erste Telefonschaltkonferenz, an der mehr als 50 Personen teilnahmen, war ein Erfolg. Weitere Telefonschaltkonferenzen sind geplant.

Arbeitsstab Ostdeutschland (ASTO) (bis 31.12.2009)

Die Arbeit des Arbeitsstab Ostdeutschland im Jahr 2009 stand ganz im Zeichen des Europa- und des Bundestagswahlkampfes.

■ Projekt Aktiver Ortsverein

Als Musterprojekt für Ortsvereinsarbeit in Ostdeutschland war das Projekt *Aktiver Ortsverein* auf einen Zeitraum von einem Jahr angelegt. 35 ostdeutsche Ortsvereine beteiligten sich mit dem Ziel, Mitglieder zu werben. Dafür entwickelten viele Ortsvereine Anfang des Jahres 2009 nicht nur zum Teil sehr ambitionierte Ziele, sondern auch viele gute Ideen. Mehr Präsenz und Öffnung nach außen, mehr attraktive Aktionen und die direkte Ansprache von bestimmten Personenkreisen durch Zielgruppenveranstaltungen waren einige davon. Der Arbeitsstab Ostdeutschland unterstützte die Ortsvereine dabei durch Seminare, Trainings, Aktionspakete und stand als Ansprechpartner immer zur Verfügung.

Die Ortsvereine, die die beste prozentuale Neumitgliederentwicklung in einem teilnehmenden Bundesland erreichten, bekamen einen SPD-Infostand geschenkt. Ein zweiter Preis wurde für die Ortsvereine im Landesverband vergeben, die eine besonders hohe Zahl von Neumitgliedern geworben hatten. Einen Infocounter beziehungsweise einen SPD-Bistrotisch mit Schirm gewannen die Ortsvereine Jena-Süd und Meiningen in Thüringen, die Ortsvereine Zeitz und Magdeburg-Sudenburg in Sachsen-Anhalt, die Ortsvereine Bischofswerda und Westlausitz in Sachsen und die Abteilungen Weberwiese und Oberschöneweide in Berlin. Aus allen Sieger-Ortsvereinen wurden je ein „altes“ und bis zu 3 Neumitglieder zur Übergabe ihrer Urkunden und Preise Anfang 2010 ins Willy-Brandt-Haus eingeladen. Die Generalsekretärin Andrea Nahles und die Schatzmeisterin Barbara Hendricks ehrten die Gewinner.

Bürgerfest in Weimar 15. August 2009

Unter dem Motto *Gute Wahl* lud die SPD im August 2009 zu ihrem großen Bürgerfest nach Weimar ein. Dort traten Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, der Parteivorsitzende Franz Müntefering, der Spitzenkandidat für Thüringen, Christoph Matschie, sowie alle Thüringer Landtags- und Bundestagskandidatinnen und -kandidaten auf einer großen Abschlusskundgebung auf. Organisiert wurde das Bürgerfest vom Arbeitsstab Ostdeutschland, dem SPD-Landesverband Thüringen und weiteren Arbeitsbereichen aus dem Willy-Brandt Haus.

Viele Vereine, Verbände und Initiativen nutzten das Fest, um sich und ihre ehrenamtliche Arbeit zu präsentieren. Mit interessanten Gästen aus Politik, Kultur und Sport fanden Diskussions- und Talkrunden statt. Daneben gab es ein umfangreiches Rahmenprogramm für die ganze Familie. Für die Kleinen fanden Malaktionen statt, außerdem gab es eine Hüpfburg, ein Spielmobil und eine Fußballschule zu entdecken. Musikalisch wurde das Bürgerfest vom Thüringer Rapper *Doppel-U* umrahmt, der zu Texten von Goethe und Schiller Rap-Workshops für die ganze Familie anbot, dem *Jupp-Geyer-Jazztrio* der Musikhochschule Franz Liszt Weimar sowie dem *Drumcorps die trommler ... and concert* aus Mühlhausen. Nach der Kundgebung spielte der Schauspieler und Sänger Jan Josef Liefers mit seiner Band *Oblivion* Lieder aus seiner Jugend in der DDR.

Ehrenamtliche Bildung 2009

Auch in der ehrenamtlichen Bildung stand das Jahr 2009 ganz im Zeichen des Wahlkampfes. Vorrangiges Ziel war die Unterstützung der

Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort und die enge Verzahnung der Bundeskampagne mit dem lokalen Wahlkampf. Einen Schwerpunkt bildeten dabei die *Media-trainings*. Von Februar bis Mai fanden 24 Seminare statt, in denen 101 BundestagskandidatInnen, 7 EuropakandidatInnen, 5 LandtagskandidatInnen sowie 7 weitere Personen geschult wurden. Ein weiterer Schwerpunkt waren die Drehbuchseminare. An 24 Seminaren nahmen 415 Personen aus 85 Wahlkreisen teil. Die Projektgruppe *Ehrenamtliche Schulungen* beinhaltete u. a. ein Seminarkonzept für alle Landesverbände und Bezirke. Die Projektgruppe unterstützte außerdem die Vermittlung von Trainerinnen und Trainern für die Unterstützung vor Ort und führte selbst auch Infostandtrainings durch. Unter anderem wurden



Infostandtraining

die Besatzungen der *Roten Busse* (35 TeilnehmerInnen) sowie die *Jungen Teams Europa* (45 TeilnehmerInnen) auf ihre Aufgaben vorbereitet. Auch mit den Jusos Jena (15 TeilnehmerInnen) und dem *Pfingstcamp* der Jusos Brandenburg (20 TeilnehmerInnen) fanden Schulungen statt.

Im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wurden mehrere Seminare durchgeführt. Anhand von praktischen Beispielen setzten sich die TeilnehmerInnen mit rechten Einstellungen auseinander und erhielten Argumentationstrainings. Ein Highlight im Wahlkampf war im September das Konzert *Nazis aus dem Takt bringen*. Noch unbekannte Bands konnten sich im Vorfeld bei MySpace vorstellen und bewerben. Die 3 Gewinnerbands durften ihre Songs vor mehreren tausend Menschen spielen. Bei dem Konzert in der Alten Försterei, dem Stadion des 1. FC Union Berlin, traten unter anderem *The BossHoss*, *Oomph* und *Jeannette Biedermann* auf. Viele Initiativen, die sich im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren, aber auch Vereine und Künstler, unterstützten das Projekt tatkräftig.

Ehrenamtliche Bildung 2010

Im Februar trafen sich alle Bildungsobleute aus den Bezirken und Landesverbänden in Mainz zu einer Klausurtagung. Schwerpunkte



waren dabei der Austausch über die Bildungsprojekte in den Bezirks- und Landesverbänden, die Bündelung von Kräften in gemeinsamen Projekten sowie die Ausbildung ehrenamtlicher Teamer.

Im Juni startete die *Train-the-Trainer*-Reihe. Bundesweit wurden dabei 30 Trainerinnen und Trainer ausgebildet, die die Landesverbände und Bezirke bei der Bildungsarbeit, der Schulung von Kampagnenfähigkeit und der Vermittlung und Umsetzung neuer Methoden unterstützen sollen. Die Ausbildung umfasste u. a. die Moderation von Seminaren und Workshops sowie die Professionalisierung von Planungsprozessen und Veranstaltungen. Der erfolgreiche Abschluss der *Train-the-Trainer*-Ausbildung wurde am 15. April 2011 im Willy-Brandt-Haus gefeiert. Andrea Nahles und Astrid Klug nahmen diese Gelegenheit zum Anlass, den neuen BasistrainerInnen ihre verdienten Zertifikate zu überreichen und die Wichtigkeit des Projektes noch einmal zu betonen.

Auch zum Thema Rechtsextremismus fanden Seminarmitehrenamtlichengagierten Genossinnen und Genossen statt. Der Schwerpunkt lag dabei auf Nordrhein-Westfalen. Thematisch standen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, deren Verankerung in der Gesellschaft und lokale Gegenstrategien im Mittelpunkt. Bei zahlreichen Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen wurde die Zusammenarbeit mit anderen im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagierten Organisationen fortgeführt.

**Planst Du für ein Jahr, so säe Korn,
planst Du für ein Jahrzehnt, so pflanze Bäume,
planst Du für ein Leben, so bilde Menschen.**

organisierte die Parteischule im Willy-Brandt-Haus eine spezielle Weiterbildung für Beschäftigte, die frisch in die Dienste der SPD eingetreten sind. 25 Parteiangestellte, 15 Frauen und 10 Männer, nahmen an dem neu konzipierten Lehrgang *IPQ-Politikmanagement für Neue* teil. Er bestand aus 6 dreitägigen Modulen, die innerhalb von 18 Monaten absolviert wurden. Ein Trainerduo (Dr. Hanne Weisensee und René Martin) begleitete den Lehrgang. 2 der 6 Module fanden direkt im Willy-Brandt-Haus mit den ExpertInnen aus der Parteizentrale statt. Die Hauptamtlichen der Partei sind in ihrem Wirken darauf verpflichtet, die politischen Ziele der Partei zu verwirklichen. Dabei sind Recht und Gesetz sowie die statutarischen Regeln der Partei zu achten. Die SPD ist stärker als alle anderen Parteien auf eine vertrauensvolle und professionelle Kooperation zwischen Haupt-

und Ehrenamtlichen angewiesen. Wie dies gelingen kann und welche Handlungsmöglichkeiten die Parteiangestellten dabei haben, zog sich inhaltlich wie ein roter Faden durch den IPQ-Lehrgang.

Die 6 Module im Überblick

- (1) *Selbstmanagement, Führung und Kooperation in der politischen Dienstleistung*
- (2) *Politikmanagement praktisch gemacht (I)*
- (3) *Methoden und Werkzeuge für (Selbst-)Management und Organisation*
- (4) *(Partei-)öffentlich kommunizieren und agieren*
- (5) *Politikmanagement praktisch gemacht (II)*
- (6) *Strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

4. IPQ-Parteischulwoche vom 02. – 06.02.2009 in Springe

Einmal im Jahr treffen sich Hauptamtliche aus dem gesamten Bundesgebiet auf der Parteischulwoche, um die Anwendung der für Berufsalltag notwendigen Werkzeuge und Kompetenzen zu trainieren und den Ideen- und Wissenstransfer zu beschleunigen. Im Wahlkampfjahr 2009 flocht ein bunter Strauß aus Workshops und Plenumsdiskussionen Wissen, das unmittelbar für die Kampagnen verwertbar war. In einem *Wahlkampf-Lokal*, das mit der World-Cafe-Methode arbeitete, wurde Best Practice aus regionalen Wahlkämpfen ausgetauscht.

Die Workshops im Überblick

1. *Workshop: Wahlkampf-Strategie und Kommunikation* (Strategische Planung; organisatorische Umsetzung; Teambildung; Finanzplanung; Öffentlichkeitsarbeit)
2. *Workshop Kontroverse: Argumentieren und Perspektiven aufzeigen* (Argumentative Verwertung der politischen Bilanz aus 10 Jahren Regieren; Politische Botschaften für die Zukunft; Auseinandersetzung mit dem politischen Mitbewerbern)
3. *Workshop: Im Wahlkampf Mitglieder werben und aktivieren* (Neue Mitglieder werben; Mitglieder aktivieren; für Ziele sorgen; In Kontakt treten mit Bürgerinnen und Bürgern; Wähler gewinnen)
4. *Workshop: Kommunikation - Aufmerksamkeit für unsere Botschaften gewinnen* (Cross-medial planen und umsetzen, serielle Medienutzung, Veranstaltungsformate drinnen und draußen)
5. *Workshop: Finanzplanung und Controlling bei Einnahmen und Ausgaben, Recht und Gesetz im Wahlkampf* (Finanzordnung und Parteiengesetz im Wahlkampf, alte und neue Einnahmequellen, Verträge optimal aushandeln, Budgetplanung, Souveräne Handhabung von Satzung, Statuten und Wahlgesetzen, Copyright, Hausverteilungsaktionen und Telefonwahlkampf)

Die Plenen

- Achim Post, Stellv. Bundesgeschäftsführer: *Die Planungen zur Europa- und Bundestagswahl*
- Erika Mann, MdEP, Dr. Angelica Schwall-Düren, Mitglied im SPD-Parteivorstand, Stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Katharina Erdmenger, Leiterin des Brüsseler Büros, DGB: *Für das soziale Deutschland in einem sozialen Europa!*
- Oliver Zeisberger, Dr. Christoph Bieber, Sebastian Reichel: *Internetwahlkampf 2009*

Das Politisch-Literarische Café fand mit der Autorin Julia Friedrichs (*Gestatten Elite*) statt.

5. IPQ-Parteischulwoche vom 22. – 25.11.2010 in Berlin-Schmöckwitz

Die 5. Parteischulwoche verzeichnete mit 60 Teilnehmenden bundesweit eine neue Rekordteilnahme. Die Generalsekretärin und die Bundesgeschäftsführerin kamen zur politischen Debatte mit den Beschäftigten. Gäste beim Politisch-Literarischen Café waren die Journalistin Jeanette Seiffert (*Marsch durch die Institutionen? Die 68er in der SPD*) und Steffen Reiche mit seinem Buch *Nichts muss bleiben, wie es ist* (Vorwärtsbuch).

Die Workshops im Überblick

1. *Klar im Kopf - klar in der Sprache*
2. *Recht und Gesetz, Finanzen und Verträge - Grundlagen und praktische Hinweise*
3. *Parteireform: Wie Haupt- und Ehrenamt zukünftig zusammenwirken können*
4. *Stress ade – Zeit besser planen und Stress bewältigen*
5. *Story-Telling in der Politik - was für eine Geschichte erzählen wir?*
6. *Mitglieder werben - Erfolgsgeschichten und Rezepte*
7. *Neues im Internet - Web 2.0*
8. *Überzeugend reden und wirksam präsentieren*

Die Plenen

- Prof. Dr. Thomas Meyer: *Befunde zur Demokratie in Deutschland*
- Dipl. rer. soc. Ulrich Sollmann, Berater und Coach: *Emotionale Milieus: Identifizierung und Ansprache von Wählergruppen*
- Astrid Klug, Bundesgeschäftsführerin, Prof. Dr. Elmar Wiesendahl (APOS - Agentur für pol. Strategie): *Zukunft der Mitgliederpartei SPD*
- *Zukunftswerkstatt Faires Deutschland** mit Generalsekretärin Andrea Nahles und Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug

* Zum Konzept der Zukunftswerkstatt veranstaltete die Parteischule gemeinsam mit Prof. Dr. Axel Burow (Uni Kassel) exklusiv ein *Training on the Job* am 4./5. September 2010 zur Bürgerkonferenz mit Sigmar Gabriel.

IPQ-Kleeblatt-Seminare

Im Jahr 2009 entstanden als neues Format die Kleeblatt-Seminare. Ihr Name verweist auf die 4 beteiligten Organisation DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und SPD. Je 10 Nachwuchskräfte aus den 4 Organisationen trafen sich im März 2009 in Berlin zu einem dreitägigen Workshop *Sinn stiften und Menschen begeistern. Welche Chancen und Konsequenzen bringt die neue Ehrenamtlichkeit für große Organisationen?*. Gemeinsam eigneten sie sich neues Wissen an und lernten zugleich die beteiligten Organisationen besser kennen. Das Folgeseminar 2010 widmete sich der Wirtschaftspolitik: *Menschen. Märkte. Mächte. Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik aus Sicht von Gewerkschaften, Parteien und politischen Stiftungen*. Die SPD-Spitze war an den Seminaren durch Generalsekretär Hubertus Heil (2009) und Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug (2010) prominent vertreten. Die Kleeblatt-Seminare wurden fortgesetzt im Mai 2011 mit dem Seminar *Meinungsmacher, Meinungsmärkte, Meinungsmedien. Herausforderungen für die Mediendemokratie aus Sicht von Gewerkschaften, Parteien und Stiftungen*.



4. IPQ-Parteischulwoche vom 02. – 06.02.2009 in Springe

IPQ-Mavis II

Im ersten Halbjahr 2010 standen die Mavis II-Schulungen im Zentrum der betrieblichen Weiterbildung. Die neue Software für die Mitgliederadressverwaltung nach österreichischem Vorbild erforderte ein bundesweites Seminarangebot. Die Parteischule organisierte zentral in Kooperation mit den Landesverbänden die regional durchgeführten dreitägigen Basisschulungen. Innerhalb von 13 Wochen eigneten sich 500 Beschäftigte in 51 Seminaren die Grundkenntnisse für die neue Software an. Zusätzliche 10 zentrale Schulungen im Willy-Brandt-Haus für Systemadministratoren und Beschäftigte des Parteivorstands rundeten die Mavis II-Kampagne ab. Im Jahr 2011 wurden die Schulungen fortgesetzt.

IPQ-Rufseminare: Mitglieder werben praktisch gemacht

Dieses neue Format der Parteischule im Willy-

Parteischule im Willy-Brandt-Haus

Bedarfsgerechte Schulungen mit Qualität

1906 von August Bebel und Clara Zetkin begründet, 1986 von Willy Brandt und Peter Glotz wieder erweckt, fächerten sich die Offerten der Parteischule in 4 Säulen auf: erstens die betriebliche Weiterbildungsangebote für die 750 Beschäftigten der SPD bundesweit und im Willy-Brandt-Haus; zweitens die Zusammenarbeit im Netzwerk Politische Bildung, drittens die Nachwuchsförderung mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie und viertens die Führungsakademie der sozialen Demokratie.

I. Innovation, Qualifizierung und Personalentwicklung (IPQ)

Die hauptamtlich Tätigen geben mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement der SPD „eine unerlässliche und zugleich flexible Struktur, ohne die eine moderne Volks- und Mitglieder-

partei wie die SPD nicht arbeitsfähig und auch nicht schlagkräftig wäre“. (Sigmar Gabriel). Bundesweit bietet die Parteischule im Willy-Brandt-Haus in dem Programm *Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung* (und unter dem Titel *QIP* für das Willy-Brandt-Haus) betriebliche Weiterbildung an. So ist es seit 2000 mit den Bezirken und Landesverbänden verabredet.

Neustart: IPQ-Politikmanagement für Neue 2010 / 11

Noch immer ranken sich Legenden um einen Lehrgang aus den 60er Jahren, in dem Herbert Wehner bundesweit junge Parteisekretäre für den Berufsalltag ausbilden ließ. Warum der Lehrgang einmalig blieb und damals keine Fortsetzung fand, ist nicht zu ermitteln. Schon zum dritten Mal nach 2005/06 und 2007/08

Brandt-Haus richtete sich an haupt- und ehrenamtlich Aktive. Die Tagesseminare wurden regional in Kooperation mit dem jeweiligen Landesverband durchgeführt. Konzeptionell war es an das aktualisierte *Handbuch Mitglieder werben* angepasst. Zum Abschluss wurden die Seminarergebnisse jeweils dem / der Mitgliederbeauftragten des Landesverbands präsentiert, damit die Ergebnisse den Weg auch über die Gremien in den Alltag der Partei finden. 2009 fanden die Seminare in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen (2x), Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen-Nord und in Hessen-Süd statt. 2010 folgten Nord-Niedersachsen, Bayern, Saarland und erneut Nordrhein-Westfalen. Auch 2011 hielt sich die Nachfrage konstant.

Qualifizierung, Innovation und Personalentwicklung (QIP) im Willy-Brandt-Haus
Fortgesetzt wurde die betriebliche Weiterbildung auch im Willy-Brandt-Haus, das sich als moderne und leistungsfähige Parteizentrale bewiesen hat. Das Repertoire hat sich in den Jahren 2009/10 auf über 65 verschiedene Module ausgeweitet. Besondere Nachfrage erzielten die Seminare rund um die stetig steigenden Anforderungen an die Kommunikationskompetenzen wie die Telefontrainings, Präsentationsseminare und die Schreibwerkstatt beweisen. Sehr arbeitsplatznahe EDV-Schulungen zur Buchhaltung und zur Antragsbearbeitungssoftware rundeten das QIP-Programm ab. Ein innovativer Höhepunkt war im Jahr 2010 die Inhouse-Schulung in Kooperation mit der IHK Berlin. Im Willy-Brandt-Haus absolvierten 17 KollegInnen eine *Ausbildung der Ausbilder*, um die Qualität der Ausbildung im Willy-Brandt-Haus zu verbessern.

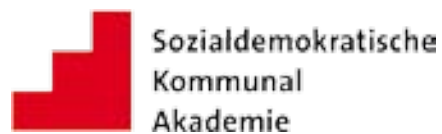
II. Netzwerk Politische Bildung

Netzwerk Politische Bildung

Politik ist lernbar - seit dem Jahr 2000 insbesondere im *Netzwerk Politische Bildung*. Wer will, findet jede Art von sinnvollen politischen Qualifizierungsangeboten im Bildungsnetz der sozialen Demokratie. Die Homepage www.netzwerk-politische-bildung.de weist auf mehrere tausend Veranstaltungen jährlich hin. Die große Konferenz des Netzwerks Politische Bildung am 23. März 2010 widmete sich den Zukunftswerkstätten. In der Diskussion mit SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles tauschten die politischen BildnerInnen ihre Erfahrungen aus. Moderne politische Bildung setzt ganz selbstverständlich auf kreativen Dialog statt Monolog, auf kritische Auseinandersetzung statt Belehrung, auf aktives Lernen statt passivem Konsum. Viele praktische Anregungen

für die politische Arbeit können die BildungsarbeiterInnen bereitstellen. Das Netzwerk Politische Bildung ist das Bildungsnetz der sozialdemokratischen Familie. Es hat seit seiner Gründung im Jahr 2000 erkennbar das Zusammenspiel der politischen Bildner, die sich den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet sehen, konstruktiv unterstützt. Ziel des Netzwerks Politische Bildung ist es, bedarfsgerechte und zeitgemäße Angebote für ehrenamtliches Politikmanagement und bürgerschaftliche Politikgestaltung bereit zu stellen. Mehrere hundert Bildungsveranstaltungen Monat für Monat bezeugen die Vitalität und Attraktivität der sozialdemokratischen Bildungslandschaft.

III. Sozialdemokratische Kommunal-Akademie



Über 1.000 Nachwuchskräfte haben sich in der 2001 gegründeten Kommunal-Akademie das Handwerkszeug für bessere Politik erarbeitet. Sie alle tragen bereits Verantwortung in der Kommunalpolitik oder in der SPD. Im Jahr 2009 erweiterte der SPD-Parteivorstand die Kommunal-Akademie. Die Kapazität wurde auf 120 statt 100 Teilnehmende pro Jahr ausgebaut. Zugleich wurde das methodische und didaktische Konzept weiter entwickelt. Zielgruppe blieb die *nächste Generation der lokalen Demokratie*, also im Kern die unter 40-Jährigen. Besondere Beachtung wurde BM-KandidatInnen und KommunalwahlkämpferInnen zuteil. Die Lehrgänge wurden bundesweit auf zwei Veranstaltungsorte verdichtet, um die interregionale (bundesweite) Zusammensetzung der Lehrgänge zu ermöglichen. Statt 25 Personen konnten jetzt pro Lehrgang 60 teilnehmen. An jedem Wochenende begleitete der vierköpfige Trainerstab die Trainings. So wurde die hochwertige Qualität der Kommunal-Akademie bewahrt. Zugleich differenzierte sich das Lernen nach individuellen Bedürfnissen. Der Trainerstab erfuhr einen Generationswechsel. Hannah Schmidt-Kuner und Wolfgang Gisevius, die von Beginn an die Kommunal-Akademie mit aus der Taufe gehoben hatten, schieden aus. Franz Müntefering verabschiedete die beiden persönlich. Neu in das Trainerteam kamen Dr. Hanne Weisensee und René Martin. Sie wurden nun gemeinsam mit Ulla Zumhasch und Achim ein nachhaltiger Garant für die Qualität der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie. Die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie

wurde von 3 auf 4 Wochenendmodule ausgebaut, um die Nachhaltigkeit des Lernprozesses und der Vernetzung zu erhöhen. Der innovative und bewährte Mix von Fachwissen, Soft Skills und politischer Werteorientierung blieb der konzeptionelle rote Faden der Kommunal-Akademie. Innovations- und Modernisierungsimpulse sowie Prinzipien erfolgreicher Wahlkampfplanung wurden verstärkt eingebaut. Die Plätze der Kommunal-Akademie wurden von den Veranstaltern SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK in Kooperation mit den Landesverbänden und Bezirken ausgeschrieben und vergeben. Die Bezirke behielten ihr Auswahlrecht. Ein Direktmailing aus dem Willy-Brandt-Haus intensivierte das Bewerbungsverfahren. Das Anspruchsniveau an die Teilnehmenden wurde erhöht. Die teilnehmenden Personen mussten eindeutig die geforderten Qualitätskriterien (potenzielle Führungskraft; eines der besten Talente) erfüllen.

Die Kurse 33, 34 und 35 setzten in den Jahren 2009 und 2010 das neue methodische Konzept erfolgreich um. Mit der Weiterentwicklung der Kommunal-Akademie verwirklichen der Parteivorstand und die Bundes-SGK weiterhin ein bundesweit und auch international beachtetes Beispiel für gelungene Nachwuchsförderung. Wie zum Beweis gelang Manuela Schwesig, Absolventin der Kommunal-Akademie 2004, mit der Wahl zur stellvertretenden Parteivorsitzenden 2009 der Sprung in die Parteispitze.

Das Curriculum der Kommunal-Akademie

Die 4 verbindlichen Module der Kommunal-Akademie vermitteln einen Mix aus fachlichen kommunalpolitischen Schwerpunktthemen sowie methodischen Kompetenzen. Hinzu kommen die politische Orientierung und das Networking.

■ 1. Modul: Handlungsfelder und Selbstverständnis ehrenamtlicher Kommunalpolitik

Die TeilnehmerInnen erkennen kommunale Handlungsfelder ebenso wie unterschiedliche Rollen und Aufgaben in der Kommune. Sie definieren ihr eigenes Rollenverständnis, erkennen wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten, gewinnen Klarheit über ihre Ziele und Kompetenzen und bestimmen ihr persönliches Aktionsfeld.

■ 2. Modul: Umgang mit kommunalen Herausforderungen

Die TeilnehmerInnen verstehen die Komplexität kommunaler Herausforderungen am Beispiel der Gestaltung sozialräumlicher Entwicklungen und der Bedeutung kommunaler Unternehmen für das Leistungsangebot und die Infrastruktur der Kommunen. Sie lernen unterschiedliche Strategien kennen; sie erleben die Notwendigkeit, kreativ auf Herausfor-

derungen zu reagieren und sie begreifen sich mit ihrer Persönlichkeit als Teil eines Ganzen, das auf die Zusammenarbeit mit den Ideen und Erfahrungen Anderer angewiesen ist.

■ 3. Modul: Strategische Planung und Steuerung in der Kommune

Die TeilnehmerInnen begreifen Stadtentwicklung als spezifischen, umfassenden und kontinuierlichen strategischen Auftrag. Sie lernen wichtige strategische Steuerungsinstrumente kennen und anwenden. Sie erkennen die Notwendigkeit konsequenter Zielklärungen und den strategischen Umgang mit Daten. Sie begreifen die Bürgerschaft als kompetenten Partner in zukunftsorientierten Prozessen.

■ 4. Modul: Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Kommune

Die TeilnehmerInnen lernen öffentliche Kommunikation als wesentliches Mittel kennen, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Kommune zu definieren und anzustreben. Sie bestimmen für sich Werte, Haltungen und konsequentes Handeln als Voraussetzung für verantwortungsvolles politisches Wirken.

IV. Führungsakademie der sozialen Demokratie



Der SPD-Parteivorstand hatte im Jahr 2007 die *Führungsakademie der sozialen Demokratie* gegründet.

Als einzige Partei in Deutschland bot die SPD damit auch den BerufspolitikerInnen eine Weiterbildungsplattform an. Das SPD-Präsidium vergab zweijährige kostenpflichtige Fellowship-Programme (Akademiemitgliedschaften) in der Führungsakademie. Bewerben konnten sich altersunabhängig Europaabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, gewählte hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker (z. B. OberbürgermeisterInnen oder Landräte) sowie FunktionsträgerInnen der Partei.

1. Fellowship-Programm: 01.07.2007 - 30.06.2009

2. Fellowship-Programm: 01.07.2008 - 30.06.2010

3. Fellowship-Programm: 01.01.2010 - 31.12.2011

Insgesamt 120 Personen entwickelten ihre Führungskompetenz und Persönlichkeit in der Führungsakademie weiter. Die Auswahl der Fellows

geschah in einem transparenten Verfahren. Auswahlkriterien waren neben der Qualität der Bewerbung eine gerechte Geschlechterverteilung, ein regionales Gleichgewicht und eine angemessene Repräsentanz der verschiedenen Parteiebenen (Europa, Bund, Land, Kommune). Das SPD-Präsidium beschloss die Teilnehmerliste. Der Beschluss wurde durch eine Auswahlgruppe vorbereitet. Ihr gehörten der Generalsekretär / die Generalsekretärin, die Schatzmeisterin und weitere Mitglieder des Präsidiums und des Parteivorstands sowie qua Amt die Juso-Bundesvorsitzende an.

Können, Wissen und Handeln in der Politik

Essentials

- Wer Politik entwickeln und gestalten will, muss Politik verstehen, also die politischen Strukturen kennen und handhaben lernen.
- Wer politisch mitreden will, muss fachlich ausgebildet sein, die Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialsystems kennen und in der Lage sein, sich darauf aufbauend weitere Fachgebiete zu erarbeiten.
- Wer politisch Verantwortung übernehmen will, muss wissen, worauf er und sie sich einlässt, das heißt: Man muss eine Vorstellung von den Rollen, Aufgaben und Handlungsoptionen in der Politik haben.
- Wer in der Politik mehr erreichen will als Kraft seiner eigenen Persönlichkeit möglich ist, muss Allianzen bilden und bewegen. Nur wer weiß, wie andere zu motivieren und einzubeziehen sind, kann auf Dauer im politischen Maßstab wirkungsvoll sein.
- Wer politisch etwas bewirken will, muss moderieren und vermitteln können, muss Problemlösungskompetenz und Verhandlungsgeschick beweisen.
- Wer dauerhaft um politisches Vertrauen werben will, muss Vertrauen geben in die Entfaltung der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung und die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie vorleben.
- Wer politisch aufzeigen will, wohin er und sie führen möchte, muss sich seiner Wurzeln und Traditionen bewusst sein.
- Wer sich werteorientiert politisch engagiert, muss Wertmaßstäbe intellektuell herleiten und begründen können.
- Wer von Solidarität redet, muss sie praktizieren.

Das Curriculum für das notwendige Können, Wissen und Handeln politischer Führungskräfte bildete eine produktive Einheit aus Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung. Dafür wurde eine eigene Systematik für den Lernprozess entwickelt, die von Prozessualität, Heterogenität sowie individueller und kollegialer Reflexion geprägt

war. Für die Führungsakademie hatte der SPD-Parteivorstand einen vierköpfigen Trainerstab zusammengestellt.

Die 6 Kompetenztrainings des zweijährigen Fellowship-Programms:

1. *Führungsbilder und Führungspersönlichkeit*
2. *Führungskompass und strategische Steuerung*
3. *Führungsqualität: Kooperation und Konsequenz*
4. *Wirkungsvolle Kommunikation*
5. *Ergebnisbezogenes Handeln*
6. *Zielfokussierte Orientierung*

Die Parteiführung war kontinuierlich involviert. Der Parteivorsitzende und der Generalsekretär bzw. die Generalsekretärin persönlich nahmen sich die Zeit, die Fellows in der Führungsakademie kennen zu lernen. Das gab dem Projekt und den Fellows zusätzliche Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit.

Beirat der Parteischule im Willy-Brandt-Haus 2009 - 2010

Der Beirat der Parteischule begleitete die Bildungsarbeit fachlich und evaluierte die Qualifizierungsprogramme. Wie sieht zeitgemäße politische Bildung aus? Was garantiert höchste Qualität? Wie können die Ressourcen optimale Wirkung erzielen? Solche Fragen beschäftigten den Beirat der Parteischule. 17 Persönlichkeiten aus Partei, Arbeitnehmervertretungen, Wissenschaft, Unternehmensberatung und politischer Bildung gehörten dem Beirat der Parteischule an, der zweimal jährlich tagte.

Im Herbst 2010 übernahm Wolfgang Jüttner MdL, Mitglied des Parteivorstands, den Vorsitz des Beirats von Andrea Nahles, die seit 2004 diese Funktion innehatte. Mit Andrea Nahles schieden auch Sebastian Edathy MdB, Marc Herter und Joachim Kletzin aus.

Neben dem Vorsitzenden Wolfgang Jüttner arbeiten im Beirat der Parteischule mit: Karin Timmermann (stv. Vorsitzende), Dr. Kristina Augst, Enrico Bloch, Ursula Brehm, Sabine Fisch, Elfi Heusinger v. Waldegge, Marten Jennerjahn, Konrad Klingenburg, Barbara König, Elfriede Marx, Dr. Carola Reimann, Hansjörg Schell, Stephan Schweitzer, Dr. Heiko Tammenna, Claudia Walther und Reinhard Weil.

Das Team der Parteischule im Willy-Brandt-Haus besteht aus Klaus Tovar (Leiter der Parteischule), Jana Heinze (seit 4/2011), Marion Vogel und Gertrud Bergmann.

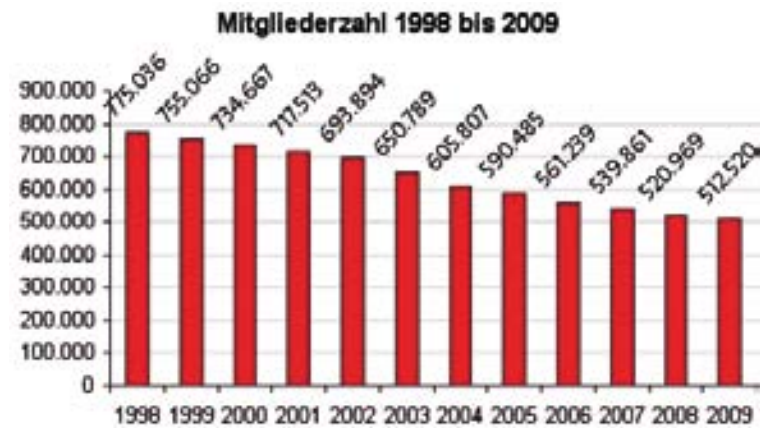
■ parteischule@spd.de

Mitgliederwerbung und -entwicklung

2009

Schulungen: Die Seminare zur Mitgliederwerbung für Landesverbände und Bezirke wurden weitergeführt. Im Jahr 2009 konnten außerhalb der heißen Wahlkampfphase insgesamt 7 Seminare angeboten werden.

Wahlkampf: Im Vorwärts erhielt jedes Mitglied über eine halbseitige Annonce eine Beitrittserklärung und die Aufforderung, im Wahlkampf aktiv Mitglieder zu werben. Als Hauptpreis wurde eine Reise zum Bundesparteitag in Dresden für 2 Personen verlost. Darüber hinaus wurden 20 Kunstdrucke des Porträts *Willy Brandt 1976* von Andy Warhol verlost. Auf zentralen Kundgebungen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes und beim Bürgerfest in Weimar war ein Mitgliederwerbepostcard des Parteivorstands präsent. Über das Plakatspendentool wurde ein Mitgliederwerbepostcard angeboten. Über die Neumitgliederhotline konnten sich Interessierte und Beitrittswillige über Mitmachangebote, die Mitgliedschaft etc. informieren.



Auslandsfreundeskreise: Einer der ältesten Auslandsfreundeskreise existiert in Genf. Dieser wurde im Jahr 2009 vom Parteivorstand nun auch offiziell anerkannt. Hinzu kam auch ein Auslandsfreundeskreis in Straßburg, der sich neu gründete. Ende 2009 fand unter Leitung des Generalsekretärs Hubertus Heil das Treffen der Sprecher der Auslandsfreundeskreise statt. Auf diesem Treffen wurden Kooperationsmöglichkeiten mit der FES besprochen und die organisationspolitische Debatte zur weiteren Arbeit der Auslandsfreundeskreise und Auslandsortsvereine geführt. Eine Weiterentwicklung der Auslandsrichtlinie hin zu einer vollwertigen Teilhabe für Mitglieder im Ausland wurde diskutiert.

Beste Mitgliederentwicklung der SPD im Jahr 2009 seit 1998: Zum Stichtag 31.12.2009 hatte

die SPD 512.520 Mitglieder. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies zwar ein Rückgang der Mitgliederzahl um 8.448 bzw. 1,62 %, es ist jedoch auch der geringste Rückgang seit 1998. Im Jahr 2009 hatten wir mit 19.582 Zugängen (Neuaufnahmen, Wiedereintritte und Umwandlungen von Gastmitgliedschaft in reguläre Mitgliedschaften) 23,09 % mehr als im Jahr 2008. Die Zahl der Eintritte ist 2009 stark angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sie sich um 30,56 %. Abgänge (Austritte, Todesfälle) musste die SPD in Höhe von 26.530 Mitgliedern hinnehmen. Mit 17.429 hat sich die Zahl der Austritte um 23,94 % deutlich reduziert gegenüber 2008. Es ist die niedrigste Austrittszahl seit 1998.

Neumitglieder-Video nach der Bundestagswahl: Nach der Bundestagswahl traten sehr viele Neumitglieder in die SPD ein. Wir haben einige Neumitglieder aus Berlin ins Willy-Brandt-Haus eingeladen, um einen Video-Clip zu drehen, in dem sie in kurzen Statements ihre persönlichen Gründe angeben, warum sie gerade jetzt (nach der Bundestagswahl)

in die SPD eingetreten sind. Dieser Video-Clip ist ein überzeugendes Instrument, um noch mehr Menschen für die SPD gewinnen und ein Zeichen setzen, dass die Partei viele aktive Fürsprecherinnen und Fürsprecher hat. Der Video-Clip ist abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=fHAOC5JqKO4

Die Neumitglieder diskutierten mit dem ehemaligen Bundesgeschäftsführer Kajo Was-



serhövel, warum es gerade jetzt sinnvoll und notwendig ist, sich in der Partei für die Sozialdemokratie zu engagieren. Im Anschluss hatten sie die Gelegenheit, mit der Generalsekretärin Andrea Nahles über die derzeitige Stimmung und Situation der SPD sowie die Beteiligungsmöglichkeiten in der Partei zu sprechen.

2010

Veranstaltungen und Seminare: Die Seminarreihe zur Mitgliederwerbung für Landesverbände und Bezirke wurde mit regelmäßig bis zu 30 TeilnehmerInnen fortgesetzt und zwar in Nord-Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und im Saarland. Im Rahmen der Parteischulwoche wurde ein Workshop zur Mitgliederwerbung angeboten.

Die Ausstellung *OV-Partnerschaften zwischen SPD-Ost und SPD-West* im Rahmen der Veranstaltung *20 Jahre SPD in Ost und West* und des Bundesparteitages wurde konzipiert, vorbereitet und durchgeführt. Außerdem organisierte das Referat eine Gruppe von SPD-Mitgliedern, die ausgestattet mit SPD-Werbeshirts, am Parteitage am Berlin Marathon teilnahm (50 Läuferinnen und Läufer).

Mitgliederservice: Das Referat Mitgliederwerbung und -entwicklung widmete sich konzeptionell den Bereichen Eintritts-, Austritts- und Umzugsmanagement. Das Begrüßungspaket für Neumitglieder wurde weiter entwickelt und aktualisiert. Gemeinsam mit den Mitgliederbeauftragten der Landesverbände und Bezirke wurden verbindliche Mindeststandards bei den typischen Mitgliederänderungen Eintritt / Wiedereintritt (nach mehr als 1 Jahr) und Umzug vereinbart. Diese Standards sollen eine schnelle, persönliche und individuelle Begrüßung und Einbindung unserer Mitglieder gewährleisten.

Die Bearbeitung von Austrittsschreiben wurde vom Referat übernommen: Ein Konzept zum Umgang mit Austritten und notwendigen Kommunikationsstandards beim Eintreffen von Austrittserklärungen wurde mit dem Ziel der effektiven Rückgewinnung von Mitgliedern erarbeitet und im Rahmen einer Abfrage bei den Mitgliederbeauftragten der Landesverbände und Bezirke ausgewertet. Ein Pilotprojekt in zwei ausgewählten Landesverbänden/Bezirken mit einer zentralen Austrittsbearbeitung im Willy-Brandt-Haus mit dem Ziel, auf jeden Austritt mit einem Rückholversuch zu reagieren, ist in Planung.

Erweiterung der Angebote für (Neu-)Mitglieder im Internet, wie z. B. Rabattangebote: T-Mobile, Ferienwerk GEW, SPD-Reiseservice und ACE.

Die Schreiben an Gastmitglieder und Juso-

Gastmitglieder wegen Fristüberschreitungen wurden neu konzipiert und auf elektronischen Versand umgestellt.

Auslandsortsvereine/Auslandsfreundeskreise: Ein weiteres Treffen der Sprecher der Auslandsfreundeskreise wurde Anfang 2010 unter Leitung von Andrea Nahles durchgeführt. Im Ergebnis des Treffens wurde vereinbart, die anstehende Parteireform zur Verbesserung der Situation der Auslandsfreundeskreise und Auslandsortsvereine zu nutzen. Das Referat leistete im Jahr 2010 konzeptionelle Vorarbeit, um die Mitgliederorganisation im Ausland im Rahmen der Parteireform neu zu organisieren. Gründungsinitiativen wurden unterstützt.

Zentraler Rednereinsatz

Der Zentrale Rednereinsatz hat im Jahr 2009 in der Europa- und Bundestagswahl, aber auch im Zuge zahlreicher Landtags- und Kommunalwahlen zahlreiche Termine vorbereitet und durchgeführt. Hier standen die Termine des Kanzlerkandidaten, des Parteivorsitzenden, des

Unterstützung regionaler Parteiarbeit

In der Abteilung I ist im Sommer 2010 ein neues Referat *Unterstützung regionaler Parteiarbeit* eingerichtet worden.

Damit trägt das Willy-Brandt-Haus der Tatsache Rechnung, dass in manchen Regionen die Mitgliederzahl, die Zahl unserer Ehren- und Hauptamtlichen sowie der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nicht mehr ausreichen, um eine verlässliche Arbeit und eine nachhaltige Präsenz der Partei vor Ort und in der Fläche zu gewährleisten. Diese Struktur-schwäche macht sich nicht zuletzt im Zuge



Fotos: Marco Urban

Materialien: Die Mitgliederwerbematerialien (Druckportal, Flyer) wurden im Ergebnis der Neuwahl des Vorstands überarbeitet. Die Neumitglieder-CD wurde zweimal inhaltlich überarbeitet und insgesamt an ca. 15.000 neue Mitglieder versandt.



Mitgliederentwicklung:

Zum Jahresende zählte die SPD rund 503.000 Mitglieder. Das sind im Saldo (Neueintritte, Austritte und Todesfälle aufgerechnet) rund

Generalsekretärs sowie der stellvertretenden Bundesvorsitzenden im Mittelpunkt. In enger Zusammenarbeit mit den SPD-Gliederungen, den Sicherheitsbehörden und technischen Dienstleistern konnte das erweiterte Team des Rednereinsatzes 897 Betriebsbesichtigungen, Kundgebungen bzw. Zielgruppenveranstaltungen realisieren.

von Kampagnen und Wahlkämpfen negativ bemerkbar, aber auch mit Blick auf die unzureichende Verankerung der SPD in der Gesellschaft. Unsere Erfolgsaussichten werden so auf Dauer geschmälert.

In einem ersten Schritt unterstützt und berät das Referat als zentrale Anlaufstelle im Willy-Brandt-Haus die betroffenen Gliederungen in Fragen der Veranstaltungsplanung, Wahlkampfunterstützung, Referentenvermittlung sowie der Durchführung von Modellprojekten. Darüber hinaus hilft das Referat bei der An-



9.500 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Damit ist die Bilanz weiterhin – wie bei vielen anderen Großorganisationen – negativ, aber weit entfernt von den starken Verlusten der letzten Jahre.

Zukunftswerkstätten vor Ort: Preisträger des *Zukunftsfonds* – 20 kreative Ideen und Konzepte für Zukunftswerkstätten vor Ort wurden von Generalsekretärin Andrea Nahles mit jeweils 500 Euro ausgezeichnet. Unter den Preisträgern sind überzeugende Beispiele für Zukunftswerkstätten und insbesondere für die Öffnung der SPD.

Forum Ostdeutschland: Die Geschäftsführung wurde Ende 2010 in das Referat eingegliedert.

Im Jahr 2010 standen die Landtagswahl in NRW, die Tour des Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten sowie die Sommerreise des Parteivorsitzenden mit rund 320 Terminen im Vordergrund unserer Aktivitäten. Ebenso wichtig wie Walkampftermine sind aber auch Traditionsveranstaltungen wie Parteijubiläen und Jahresempfänge.

sprache besonders relevanter Zielgruppen, der Gewährleistung eines regelmäßigen Informationsaustauschs, dem Aufbau von Netzwerken und bei der Begleitung und Initiierung zivilgesellschaftlicher Projekte.

Unter dem Motto *Hilfe zur Selbsthilfe* wirken wir so daran mit, in enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken, unseren lokalen und regionalen Bündnispartnern und unseren Mitgliedern vor Ort in den betroffenen Regionen langfristig Parteistrukturen aufzubauen, die sich selbst tragen und die öffentliche Wahrnehmung und Wirksamkeit unserer Aktivitäten gewährleisten können.



Impressionen von der Ortsvereinsbefragung und der Unterbezirksvorsitzenden-Konferenz 2009

Politik, Koordination, Zielgruppen

Arbeitsgemeinschaften *

* Berichte hierzu auf den Seiten 65 – 80

■ Arbeitsgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratische Frauen
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD
SPD AG 60plus
Sozialdemokratinnen u. Sozialdemokraten im Gesundheitswesen
Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD und Innovationspreis
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratische Juristinnen und Juristen
JungsozialistInnen in der SPD und Juso-Hochschulgruppen

■ Leitung

Elke Ferner
Ottmar Schreiner
Erika Drecoll
Armin Lang
Eva-Maria Stange
Sven Kaerkes
Anke Pörksen
Sascha Vogt

■ Arbeitsebene

Britta Erfmann
Jan Brahmst
Susanne Dengler
Dirk Engelmann
Martin Timpe
Hermann Zimmermann
Heike Werner
Jan Böning

■ Abteilung

II
II
II
II
II
II
I
I

Kommissionen, Foren, Gesprächskreise, Projektgruppen, Arbeitskreise **

** Berichte hierzu auf den Seiten 81 – 101

■ Kommissionen

Zukunftswerkstätten
Grundwertekommission
Historische Kommission
Medienkommission
Kommission Gleichstellungspolitik
Bundesschiedskommission
Kommission Sozialdem. Politik für innovative Metropolenregionen

■ Leitung

Sigmar Gabriel
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Prof. Dr. Bernd Faulenbach
Marc Jan Eumann
Elke Ferner
Hannelore Kohl
Klaus Wowereit

■ Arbeitsebene

Thorben Albrecht
Hans Misselwitz
Dr. Andreas Helle
Hermann Zimmermann
Britta Erfmann
Heike Werner
Thomas Bosch

■ Abteilung

III
II
II
II
II
I
Büro Stellv. Vors.

■ Foren

Kulturforum der Sozialdemokratie
Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie
Forum Kinder, Jugend, Familie und Zukunftswerkstatt Familie
Forum Sport
Forum Bildung
Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität

Wolfgang Thierse
Edelgard Bulmahn
Bärbel Dieckmann, Manuela Schwesig
Manfred Schaub
Hannelore Kraft
Ulrich Kelber

Dr. Klaus-Jürgen Scherer
Martin Timpe
Kerstin Freudiger-Utke
Dennis Buchner
Martin Timpe
Carmen Schmitting

II
II
II
I
II
II

■ Gesprächskreise, Projektgruppen, Arbeitskreise

Gesprächskreis Energiepolitik
Gesprächskreis Innenpolitik
Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus
Projektgruppe Steuer- und Abgabekonzept
Gesprächskreis Jugendpolitik
Gesprächskreis Verbraucherpolitik
BarCamp Frauen
Schwusos
Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD
Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen u. Sozialdemokraten
Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ / DDR

Thorsten Schäfer-Gümbel
Ralf Stegner, Erhart Körting
Niels Annen
Joachim Poß, Dr. Barbara Hendricks, Dr. Carsten Kühl
Kerstin Griese
Birgit Fischer
NN
Ansgar Dittmar
Kerstin Griese
Peter Feldmann, Sergey Lagodinsky
Lothar Otter

Carmen Schmitting
Volker Norbistrath
Volker Norbistrath
Dr. Philipp Steinberg
Kerstin Freudiger-Utke
Carmen Schmitting
Katrin Münch
Volker Norbistrath
Dagmar Mensink
Dagmar Mensink
Dr. Andreas Helle

II
II
II
Büro Vorsitzender
II
II
III
II
II
II
II
II

■ Weitere

Selbst Aktiv - Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD
Seniorenrat
Gewerkschaftsrat
Wilhelm-Dröschner-Preis
Gustav-Heinemann-Bürgerpreis
Regine-Hildebrandt-Preis

Karl Finke
Ilse Brusis
Sigmar Gabriel, Michael Sommer
Heidemarie Wiecek-Zeul
Henning Scherf
Dr. Christine Bergmann

Dirk Engelmann, Klaus-Heinrich Dederich
Andreas Schlotmann
Roland Klapprodt
Saskia Freiesleben
Hermann Zimmermann
Hans Misselwitz, Jens Hartung

II
Schatzmeisterei
Vorstandssekretariat
I
II
II
II

Kommunikation

Die Abteilung III Kommunikation ist in den Jahren 2009 und 2010 so weiterentwickelt und ausgebaut worden, dass in ihr alle wesentlichen Kommunikationsinstrumente des SPD-Parteivorstands mit Ausnahme der Pressearbeit gebündelt worden sind.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Jahrbuchs umfasst die Abteilung die Referate *Planung und Strategie*, *WBH-Redaktion*, *Öffentlichkeitsarbeit*, *Produktion und Vertrieb*, *Mediaplanung*, *Eventmanagement* und *Direktkommunikation*. Sie ist damit das leistungsfähige Zentrum der Kommunikationsarbeit des Willy-Brandt-Hauses. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter koordinieren Kampagnen und gestalten das öffentliche Auftreten der SPD. Kernprojekte neben dem Bundestagswahlkampf waren die Dialogkampagne *Zukunftswerkstatt Faires Deutschland*, die Bündelung der Online-Kommunikation an einem *Newsdesk*, der *Relaunch der Parteiliste* www.spd.de und die Weiterentwicklung des Bürgerservice zu einem Referat für *Direktkommunikation*, in dem alle individuellen Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern bearbeitet werden.

Planung und Strategie

Das Referat *Planung und Strategie* wurde Ende 2009 geschaffen. Es koordiniert die kommunikativen Angebote der SPD in die Partei hinein und zu den Bürgerinnen und Bürgern. Schwerpunktmäßig werden Kampagnen konzipiert und umgesetzt, Kommunikationsinstrumente entwickelt und auf Zielgruppen zugeschnitten.

■ Zukunftswerkstätten

Nach dem Wahlverlust im September 2009 machte sich die SPD daran, die Erneuerung der Partei mit einem intensiven offenen Dialogprozess zu beginnen. Im Zentrum standen 6 Zukunftswerkstätten zu den Themen:

- *Gut und sicher leben*
- *Arbeit, Innovation, Umwelt*



- *Familie*
- *Bildung*
- *Integration*
- *Demokratie und Freiheit*

Unter der Überschrift *Faires Deutschland* arbeiten sie an politisch-programmatischen Vorschlägen, wie Deutschland fairer und gerechter werden kann, damit die Bürgerinnen und Bürger zuversichtlich in die Zukunft blicken können. In diesen Zukunftswerkstätten kommt die Erfahrung vieler SPD-Mitglieder mit dem Wissen von Experten von außen zusammen. Ihre Ergebnisse werden Grundlage des Bundesparteitags 2011.

■ Kampagne *Was ist fair?* und Bürgerkonferenzen

Mit der Dialogkampagne *Was ist fair?* haben wir Bürgerinnen und Bürger dazu eingeladen, sich an der Debatte über die Themen der Zukunftswerkstätten zu beteiligen. Ihre gesammelten Eindrücke und Lebenserfahrungen sollen Anknüpfungspunkte für sozialdemokratische Politik liefern und ein Wertegerüst für ein faires Miteinanders definieren. Dabei nahm die Kampagne unterschiedliche Berufe und Lebenssituationen – von der berufstätigen Mutter bis zum älteren Arbeitnehmer – in den Blick. Fast 2 Millionen Motivpostkarten wurden über den Sommer 2010 hinweg verteilt. Die Antworten der Bürgerinnen und Bürger wurden im Willy-Brandt-Haus ausgewertet, den Zukunftswerkstätten für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt und im *Kampagnenblog* www.wasistfair.de veröffentlicht.

Im zweiten Schritt der Dialogkampagne *Faires Deutschland* lud der Parteivorstand zu Bürgerkonferenzen ein. Die Grundidee der Bürgerkonferenz besteht darin, mit Menschen außerhalb der Partei in einen intensiven Diskurs darüber zu kommen, wie wir leben wollen und wie sich die Gesellschaft dafür verändern muss. Mit einer Bürgerkonferenz kann es der Partei gelingen, neue Gesprächspartner, die normalerweise im Alltag nicht zusammen kommen, an einem Tisch zusammenzubringen. Die erste Bürgerkonferenz des Parteivorstands fand am

4. September 2010 mit Sigmar Gabriel in Berlin zur Frage *Was ist fair?* statt. Es folgten weitere Bürgerkonferenzen zum Thema *Pflege in der Familie* in Schwerin und eine zum Themenkomplex *Integration* in Offenbach.

■ Kampagnen

Weitere Kampagnen prägten die Arbeit im Jahr 2010. Ihnen ist gemeinsam, dass sich die SPD um Öffnung und Bündnispartner bemüht.



Aktionsplakat

■ Kampagne *Nein zur Kopfpause!*

Mit der Vorstellung des Manifests *Nein zur Kopfpause! Ja zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle.* startete der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel gemeinsam mit Frank Bsirske (ver.di) Mitte Februar im Willy-Brandt-Haus eine gesundheitspolitische Kampagne gegen die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Kopfpause.



Das zentrale Instrument der Kampagne war eine Unterschriftensammlung, die sowohl online als auch an den Infoständen durchgeführt wurde. Dafür stand den Gliederungen ein umfangreiches Material- und Info-Paket zur Verfügung. Über den aktuellen Stand der Gesundheitsreform informierten regelmäßig erscheinende Argumentationskarten. Auch für die sozialen Netzwerke haben wir spezifische Angebote entwickelt. Es konnten an die 140.000 Unterschriften gesammelt werden, die deutlich machten, dass die Menschen keine Kopfpauschale wollen.



Anti-AKW-Menschenkette von Krümmel nach Brunsbüttel

Hände weg vom Atomausstieg
Die SPD hat sich auch in 2010 deutlich gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken positioniert. Nicht nur auf der politischen Bühne, sondern vor allem auf der Straße hat die SPD gezeigt, dass sie auch nach der



Mobilisierungsplakat zur Anti-AKW-Menschenkette

Bundestagswahl als zentraler politischer Bündnispartner in der Mitte der Gesellschaft verankert ist und über große Mobilisierungsfähigkeiten verfügt. Es ist gelungen, Tausende von Mitgliedern zu mobilisieren und kreativen Protest auf die Straße zu bringen. Zur Anti-AKW-Menschenkette von Krümmel nach Brunsbüttel sind allein über 40 SPD-Busse aus ganz Deutschland angereist. Auf der 120 Kilometer langen Strecke waren alle Ortsvereine in der Region aktiv. Auch bei der zentralen Anti-AKW-Demo in Berlin im September war die SPD starker und sichtbarer Teil der Anti-AKW Bewegung. Die SPD agiert hier als Teil eines Bündnisses mit NGOs, Bürgerinitiativen, Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und den Kirchen. Das Willy-Brandt-Haus hat diese Aktionen im Bündnis mit koordiniert und die Beteiligung der Partei in der Breite organisiert. Wir haben über eine eigene Internetseite ständig informiert, Material zur Verfügung gestellt und wenn nötig Organisationshilfe gelistet. Sowohl für die Bundespartei als auch für die Gliederungen waren die Anti-AKW-Aktionen ein großer Erfolg. Die schrecklichen Ereignisse im japanischen Fukushima haben uns leider gezeigt, wie wichtig dieser Protest ist.

■ Der Schwarz-Gelbe Herbst

Schon früh im Jahr 2010 wurde klar: So schnell und nachhaltig wie Schwarz-Gelb hat noch keine Regierung das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verspielt. Schwarz-Gelb hat keine Mehrheit mehr in Deutschland. CDU/CSU und FDP betreiben seit Amtsübernahme eine falsche Politik zu Lasten der Menschen. Die Regierung missachtete immer wieder das Gemeinwohl und bediente stattdessen ihre Klientelgruppen – von Hoteliers über die



Postkarten gegen Schwarz-Gelb

Atomkonzerne bis zur Pharma-Lobby. Das Willy-Brandt-Haus hat mit vielen Flugblättern, Flyern und weiteren Materialien die Partei dazu sprach- und argumentationsfähig gemacht. Mit einer Serie von Postkarten reagierte das Willy-Brandt-Haus auf die unsoziale Politik der schwarz-gelben Koalition – insbesondere auf Röslers Gesundheitspolitik, von der Leyens Bildungspaket oder das Versagen bei *Stuttgart21*. Ebenfalls in 2010 wurde die Arbeit an einem neuen Besucherfilm der SPD begonnen, der den Besuchergruppen im Haus gezeigt und an die Gliederungen vertrieben soll. In dem Film kommen Altvordere wie Egon Bahr oder Hans-Jochen Vogel zu Wort und berichten, was für sie das Besondere der SPD ausmacht.

Redaktion / Online

■ Der Newsdesk – die Online-Redaktion

Im Bereich der Online-Kommunikation hat das Willy-Brandt-Haus neue Wege beschritten. Bereits im Bundestagswahlkampf setzte der Parteivorstand zunehmend auf interaktive Formate, etwa auf der Plattform wahlkampf09, auf der es Blogs als Ergänzung zur redaktionellen Berichterstattung gab.

Zu Beginn des Jahres 2010 wurde der Ansatz für den zentralen Internetauftritt *spd.de* konsequent weiterentwickelt. Zu diesem Zweck wurden die bis dahin auf verschiedene Arbeitseinheiten verstreuten Mitarbeiter des Onlinebereichs in einer neuen Redaktion zusammengeführt und zusätzliche erfahrene Journalistinnen und Journalisten für das Team hinzugewonnen.



■ Relaunch spd.de

Zum Berliner Parteitag 2010 wurde *spd.de* in einer ersten Ausbaustufe völlig neu konzipiert. Das Ziel: Informationen bereitstellen und Debatten organisieren, um so Teilhabe zu ermöglichen und Vernetzungen zu fördern, auch und gerade in Hinblick auf kommende Kampagnen.

Das Willy-Brandt-Haus will die Breite politischer Themen auch in die *Netzgemeinde* tragen und die netzpolitische Kompetenz der Partei stärken. Mit dem neuen *spd.de* betritt die SPD ein Terrain, auf das sich andere Parteien im Netz bislang noch nicht wagten. Denn das neue *spd.de* ist mehr als eine Parteiseite, die sich auf die Verwertung von Pressemitteilungen und Stellungnahmen beschränkt. Im neuen *spd.de* sind die Inhalte deutlich vielfältiger – ergänzt um gänzlich neu entwickelte Netz-Formate. Die Präsenz in externen Netzwerken und Diensten, wie Twitter, Facebook und auf einschlägigen Politikblogs, wurden ausgebaut. Die Redaktion ist zudem stärker als bisher in der Lage, die Inhalte dieser Plattformen zentral auf der SPD-Seite einzubinden und sozialdemokratische Inhalte zusammenzuführen.

Die Seite *spd.de*, deren Entwicklung in der letzten Ausbaustufe bis in den Sommer 2011 reicht, ist ein sozialdemokratisches Nachrichtenportal geworden, das über die Kommentarfunktion und die Möglichkeit, eigene Blogs einzurichten, Diskussionen fördert – und die Partei in all ihren Facetten abbildet. So nimmt etwa auch die Berichterstattung aus den Gliederungen der Partei einen größeren Raum ein.

■ Der Newsdesk

Im Newsdesk sind die redaktionellen Ressourcen im Online-Bereich des Willy-Brandt Hauses zusammengefasst worden. Der Newsdesk ist eine leistungsfähige Redaktionsstruktur, die auch räumlich zusammenarbeitet. Hier wird die Netzkommunikation der SPD gestaltet, von der tagesaktuellen Berichterstattung, multimedial aufbereitet, über das Community-Management bis hin zur Zielgruppen-Kommunikation. Der Newsdesk ist eine moderne Redaktion, in der kurze Wege und Gespräche die Arbeit bereichern. Er ist Teil der Abteilung Kommunikation und arbeitet in enger Kooperation mit der Pressestelle.

■ INTERN

INTERN ist seit vielen Jahren unser Weg zu den Funktionsträgerinnen und -trägern an der Parteibasis. Auf 16 bis 20 Seiten in mindestens 9 Ausgaben jährlich berichtet IN-

TERN über die politischen Schwerpunkte des Parteivorstands und liefert Argumente und Hintergrundinformationen, die auch an jedem Info-Stand als Diskussionsgrundlage verwertbar sind. Der Informationsdienst für Aktive in der SPD unterstützt die praktische politische Arbeit, setzt den notwendigen Dialog in Gang und orientiert in wichtigen Debatten - politisch und organisationspolitisch. *INTERN* bindet dadurch ein und bietet Argumente aufbereitet für den politischen Alltag. Anfang 2009 erschien *INTERN* im neuen Layout. Im Mai 2010 feierte *INTERN* seinen 40. Geburtstag.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2009 wurde die gesamte Kommunikation auf die beiden großen Kampagnen Europa- und Bundestagswahlkampf ausgerichtet. Das galt nicht nur für die regelmäßigen Informations- und Werbematerialien der Öffentlichkeitsarbeit. Im Rahmen dieser Kampagnen wurde die gesamte Mediaplanung und Umsetzung betreut, Wahlkampfzeitungen erstellt.

Nach den großen Wahlkämpfen wurde verstärkt an dialogischen Kommunikationsinstrumenten zum Beispiel im Rahmen der Zukunftswerkstätten gearbeitet.

Zur regelmäßigen Information dienen das Flugblatt der Woche, die WBH-Materialien mit einem ausführlicheren Hintergrund, der Plakatservice, Flyer zu aktuellen Themenschwerpunkten, die Weiterentwicklung der Handbuchreihe Parteiarbeit und die Berichte über die Arbeit des Willy-Brandt-Hauses.

Produktion und Vertrieb

Auch in den Jahren 2009/2010 war es die Aufgabe der Produktion, für die Genossinnen und Genossen aktuelles und kostengünstiges Material zur Unterstützung ihrer Arbeit vor Ort zu produzieren.

Eine neue Herausforderung stellte sich, da im Jahr 2009 der Agenturvertrag auslief. Kreativität war gefragt. So entstanden diverse Materialien für die Abteilungen im Haus, für die Arbeitsgemeinschaften und Foren, aber auch Kampagnen wie *Ist das fair?* und *Zukunftswerkstatt Faires Deutschland* von der Entwicklung des Logos, über die Konzeption der Kampagnen, die Erstellung der Layouts, die Produktion von Druckerzeugnissen bis hin zur konzeptionellen und technischen Begleitung von Veranstaltungen.



Relaunch spd.de in 20100 - Das neue Portal ist voll auf Dialog ausgerichtet

Im Referat vorhandenes Know-how ermöglichte es, das Veranstaltungsdesign des Parteitages 2009 von der ersten Idee über die Konzeptentwicklung bis zur Projektbegleitung zu realisieren.

Die Anforderungen, die durch die rasante Entwicklung des Internets als Informationsmedium besteht, wurden ebenfalls durch schnelle Bereitstellung von Gestaltungselementen bedient.



Unser Land kann mehr

Frank-Walter Steinmeier hat die Ideen und das Team

SPD verstärkt Kampf gegen Rechts

Sommerreise durch das Land der 1000 Ideen

Nazis aus dem Takt bringen

Was ist Merkel?

Wo ist Merkel?

Was ist Merkel?

Was ist Merkel?

Was ist Merkel?

Was ist Merkel?

Ein weiterer und immer wichtiger werdender Bestandteil der Arbeit der Produktion ist die Unterstützung der Gliederungen.

■ *produktion@spd.de*

Insbesondere die Wahlkampfunterstützung hat sich zu einem echten Serviceangebot innerhalb von Abt. III entwickelt. Erstmals wurden die Kandidatenmaterialien der Europa- und Bundestagswahl 2009 über das SPD-Druckportal abgewickelt. Diese wurden direkt über das System er- und bestellt. Neben der intensiven Betreuung der Kandidaten mit dem Portal wurden die Kandidatenshootings geplant und durchgeführt. Ebenso wurden weitere Materialien und Werbemittel geplant und umgesetzt. Dabei umfasste die Komplettleistung des Referats neben Gestaltung und Layout auch Litho und Produktion.

Ein wichtiger und stetig wachsender Bestandteil der Arbeit der SPD-Produktion bezieht sich auf die aktive, regionale Wahlkampfunterstützung bei Landtagswahlen, Kommunalwahlen und OB-Wahlen. Dazu gehört neben der Beratung und Organisation der Werbemittel auch das komplette Produktionsangebot sowie die Unterstützung regionaler Shootings. Ebenso ist die Weiterentwicklung des SPD Druckportals in Hinblick auf die dezentrale Nutzung in den Gliederungen ein wachsender Bereich im Referat Produktion.

Aktive Wahlkampfhilfe wurde 2010 zum Beispiel auch zu den Kommunalwahlen in Hessen geleistet. So wurde eine komplette Gestaltungslinie eigens für die Hessen entwickelt wie auch die Planung und Durchführung der Werbemittelproduktion komplett übernommen.

Für die Landtagswahlen 2011 in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg wurde 2010 angefangen, eigene Länderportale aufzubauen und einzurichten, die zentral von den Landesverbänden gesteuert werden können.

Hierbei wird nicht nur der Kandidatenwerbemittelbereich drüber produziert, das Portal wird auch immer mehr als Bilddatenbank und Bestellsystem genutzt. Das SPD Druckportal hat sich mittlerweile bei der Organisation von Wahlkämpfen als Produktionsplattform bewährt. Weitere Druckportalplattformen für Landesverbände sind in Planung und Aufbau.

Ebenso zu unseren Unterstützungsleistungen zählt die Planung und Organisation des Einsatzes von Outdoor-Medien, u.a. kommerzieller Großflächen und mobiler Großflächen.

Eventmanagement

Das Eventmanagement verantwortet die Veranstaltungen des SPD-Parteivorstands von der Konferenz im Willy-Brandt-Haus über Kampagnenaktionen bis hin zum Bundesparteitag. Hier sitzen die professionellen Veranstaltungsmanager der Partei. In den beiden zurückliegenden Jahren hatten sie viel zu tun.

Vorwahlkampf und Wahljahr 2009

■ Die Veranstaltungsreihe *Das Neue Jahrzehnt* startete Mitte April 2009 und endete Mitte Mai. Insgesamt 36 Veranstaltungen wurden im ganzen Bundesgebiet durchgeführt. Unsere SpitzenpolitikerInnen waren 2 Monate unterwegs, um mit den Menschen über die sozialdemokratischen Vorschläge und Ideen für die kommenden Jahre zu diskutieren. Frank-Walter Steinmeier beschrieb die *Politik der Zeitenwende*, Franz Müntefering beleuchtete die *soziale Gesellschaft* und die Bedeutung einer *starken Demokratie*. Andrea Nahles und Peer Steinbrück diskutierten über *Arbeit und Soziales* sowie über *Wirtschaft und Finanzen*. Der SPD Spitzenkandidat für die Europawahl, Martin Schulz, kam mit den Menschen über die Bedeutung eines *sozialen Europas* ins Gespräch. Hubertus Heil sprach über die Dimension des *gesellschaftlichen und technologischen Fortschritts* und Peter Struck diskutierte über *Sicherheit im Wandel*. Klaus Wowereit widmete sich dem Thema der *Metropolen*.

■ Auf der Abschlussveranstaltung im Berliner Tempodrom wurde am 19. April 2009 Bilanz gezogen, und Frank-Walter Steinmeier stellte den SPD-Regierungsprogrammmentwurf vor. Hieran schlossen sich unmittelbar 4 Regionalkonferenzen am 26. April 2009 und 10. Mai 2009 in Hannover, Dresden, Karlsruhe

und Bonn an, um mit Genossinnen und Genossen den Programmmentwurf zu diskutieren.

■ Auf dem a.o. Parteitag im Hotel Estrel Berlin wurde dann am 14. Juni 2009 das Regierungsprogramm *Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland* ohne Gegenstimme von den Delegierten beschlossen. Über 3.000 Gäste und Medienvertreter waren vor Ort. 3.000m Kabel wurden verlegt, 500 KW Lichtleistung wurden zusammen mit Ton- und Videotechnik an 600 m Traversen im Hallendach als Rigg verbaut. 80 Techniker, Dekorateure und Helfer waren vor und während des Parteitags im Einsatz.

■ Während der heißen Wahlkampfphase sind an dieser Stelle die folgenden Veranstaltungen, neben vielen weiteren Events, anzuführen: der *Metropolenkongress* am 4. Juli 2009 mit Frank-Walter Steinmeier und Klaus Wowereit in Berlin, die *Wahlkampfkonferenz* am 28. Juli 2009 in Hannover und das *Bürgerfest in Weimar* mit Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering und Christoph Matschie, an dem tausende von BürgerInnen teilnahmen.

Dazu kam die Mitorganisation des Bandwettbewerbs *Nazis aus dem Takt bringen* am 6. September 2009 in der Berliner Alten Försterei. Etwa 5.000 Menschen kamen in das Stadion des 1. FC Union, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.

■ Insgesamt organisierte das *Referat Eventmanagement* im Jahr 2009 73 Veranstaltungen - für den Bundes- und Europawahlkampf, diverse Zielgruppenveranstaltungen, Wahlabende und Bundeskonferenzen, einen außerordentlichen Parteitag und vom 13. – 15.11.2011 den ordentlichen Bundesparteitag in Dresden, auf dem der Grundstein zu einem neuen Aufbruch nach den verlorenen Bundestagswahlen gelegt wurde.

Dialogveranstaltungen in 2010

■ Im Jahr 2010 setzte das Eventmanagement insgesamt 39 Veranstaltungen um. Darunter z.B. die jährlich stattfindene Betriebsräte- und GewerkschafterInnenkonferenz, diesmal im Ruhrkongress Bochum, 4 Bundeskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften – Afa, AGS, ASF und ASG.

■ Einen Schwerpunkt bildeten Veranstaltungen der Zukunftswerkstätten, deren Themen mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten – Fish Bowl, Online-Konferenz oder Bür-

gerkonferenzen – im Laufe des Jahres 2010 entsprochen wurde.

■ Im Arbeitsprogramm der SPD 2010 wurde ebenfalls ein Schwerpunkt auf Europa und die internationale Politik festgelegt. Dies wurde bereits am 22. Januar durch die Durchführung der *Afghanistan-Konferenz im Willy-Brandt-Haus* mit hochkarätigen internationalen Experten – *Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Martin Schulz, Ivo Daalder, Generalmajor Karl Müllner, Präses Nikolaus Schneider, Volker Perthes, Jürgen Lieser, Tom Koenigs* – umgesetzt.

■ Am 30. Mai 2010 fand eine *Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz* im Willy-Brandt-Haus statt. Scherpunkt waren hier die Ergebnisse der Ortsvereinsbefragung, die als Impulse für die Reform der Parteiorganisation gelten.

■ Am 26. September 2010 wurden auf dem Parteitag *Zukunftswerkstatt. Faires Deutschland* in der STATION Berlin, Ergebnisse gebündelt, diskutiert und weitere Weichen gestellt. Für das Eventmanagement war dieser Veranstaltungsort – ehemaliger Dresdner Bahnhof – in der Organisation eine große Herausforderung, vor allem in technischer und logistischer Hinsicht. Zugleich zeigten sich die Gäste und Delegierten begeistert von diesem industriekulturell-reizvollen Veranstaltungsort.

Bereits am Vortag des Parteitags gedachten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Rahmen einer Festveranstaltung in der selben Location der Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien aus Ost und West im September 1990. Sigmar Gabriel, Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel warfen einen

Blick zurück, und Gäste aus Kunst und Kultur diskutierten über Deutschlands Position in Europa 20 Jahre nach der Wiedervereinigung.

■ Im Rahmen der Kandidatur des überparteilichen Kandidaten Joachim Gauck für das Amt als Bundespräsident unterstützte das Referat die Organisation der Veranstaltung *Bürger/Künstler/Joachim Gauck* im Radialsystem sowie als besonderes Highlight den *Vorabend zur Bundesversammlung* in der Location *Auster* am Haus der Kulturen der Welt. An dieser sommerlichen Open-Air-Veranstaltung nahmen 1.500 Personen aus Politik, Kultur und Medien teil. Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Joachim Gauck stimmten die Delegierten auf den bevorstehenden Wahltag stimmungsvoll in lockerer Atmosphäre ein.

Direktkommunikation

Im Mai 2010 wurde der Arbeitsbereich *Direktkommunikation* im Willy-Brandt-Haus neu eingerichtet. Die Direktkommunikation integriert die bisherigen Aufgaben des Partei- und Bürgerservices, der Telefonzentrale und des Besuchergruppen-Referats.

Ziel ist es, durch umfangreiche Informations- und Dialogangebote dauerhafte, nachhaltige Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit SPD-Mitgliedern aufzubauen.

Das Referat Direktkommunikation ist Anlaufstelle für alle Anfragen und Anliegen – für Fragen zur Politik der SPD, aber auch für Kritik oder Anregungen und Verbesserungsvorschläge – und für alle diejenigen, die mit der SPD Kontakt suchen. Außerdem ist die

Direktkommunikation für die Besuchergruppen zuständig und hilft bei Besuchswünschen weiter.

Konkret bedeutet dies:

■ 2010 sind *395 Besuchergruppen mit 16.500 Besucherinnen und Besuchern* ins Willy-Brandt-Haus gekommen und haben diesen Besuch zur Information und für Diskussionen genutzt. 78 WBH-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter haben vor den Gruppen referiert, für die SPD geworben, Politik erklärt, Anregungen entgegengenommen und diskutiert.

■ Im Rahmen der Briefbeantwortung wurden 2010 über *1.600 Antwortbriefe* konzipiert. Zum Kerngeschäft des Referates gehört ebenso die Beantwortung von E-Mails, von denen über 20.000 bearbeitet wurden. Hinzu kamen noch ca. 5.000 Anrufe – von der Bitte eines Mitglieds um Änderung der Kontodaten bis hin zu komplizierten Bürgeranliegen.

■ Im Jahr der Bundestagswahl 2009 wurden vom Partei- und Bürgerservice über 19.000 Mails bearbeitet, wobei allein zum Wahltag im September über 4.000 Mails beantwortet worden sind.

■ Das Willy-Brandt-Haus besucht und hier diskutiert haben im Jahr 2009 insgesamt 536 Gruppen. Das sind ca. 20.500 politisch interessierte Gäste.



Foto: Marco Urban

Bundesparteitag im November 2009 in Dresden

Internationale Politik

Die SPD als Friedens- und Europapartei Deutschlands klar zu positionieren – dies war auch im Berichtszeitraum eine der prägenden Leitlinien der internationalen Arbeit des SPD-Parteivorstands und der Abteilung Internationale Politik. Im Vordergrund der Arbeit standen insbesondere die Themen Frieden und Abrüstung, nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung von Armut, die Durchsetzung der Menschenrechte und eine starke und soziale Europäische Union als Antwort auf die Wirtschaftskrise und die Herausforderungen im globalen 21. Jahrhundert.



Foto: SPD

Lösung eine stabile ökonomische Perspektive für Afghanistan und dadurch auch einen schrittweisen Rückzug der internationalen Truppen zu erreichen. Ende 2009 / Anfang 2010 formulierte die SPD dann eine Afghanistan-Position, die weitgehend als deutsche Position übernommen wurde. Mit einer internationalen Afghanistan-Konferenz im Januar 2010 im Willy-Brandt-Haus wurde ein breiter und offener Dialog mit SPD-Mitgliedern, wissenschaftlichen Experten, Vertretern der Bundeswehr, der Polizei ebenso wie von Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Zivilgesellschaft über das weitere zivile und militärische Engagement Deutschlands in Afghanistan initiiert. Aus diesem Prozess ergab sich die Festlegung der SPD gegen weitere Kampftruppen in Afghanistan, für eine verstärkte Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, für mehr zivile Aufbauhilfe und vor allem auch für einen klaren Zeitkorridor zur Beendigung des Einsatzes der Bundeswehr. Auf der zweiten Afghanistan-Konferenz im Dezember 2010 wurde das Thema erneut frühzeitig vor der Entscheidung über eine Mandatsverlängerung im Deutschen Bundestag diskutiert.

Nach dem Bundesparteitag Ende 2009, bei dem Martin Schulz ins neu geschaffene Amt des Beauftragten für Europa- und Außenpolitik des Präsidiums gewählt wurde, übernahm er auch die Leitung der *Kommission Internationale Politik (KIP)*. Die KIP wurde im Berichtszeitraum für Delegierte der Landesverbände geöffnet und beschäftigte sich bei ihren Sitzungen mit aktuellen außenpolitischen Fragen.

Sicherheitspolitik / Arbeitskreis Bundeswehr und Sicherheit

Um die sicherheitspolitische Arbeit der SPD kontinuierlich weiterzuentwickeln, wurde der Arbeitskreis Bundeswehr und Sicherheit beim SPD-Parteivorstand unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Walter Kolbow, gegründet. Die deutsche Verteidigungspolitik und speziell die Bundeswehr stehen vor einer tiefgreifenden Umstrukturierung. Der umfassende Sparzwang im Verteidigungshaushalt, die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht, die deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die daraus folgenden Standortentscheidungen sind Themen, mit denen sich der Arbeitskreis Bundeswehr und Sicherheit beim SPD-Parteivorstand intensiv befasste.

Im November 2010 besuchte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel den Ausbildungsstandort der Bundeswehr im bayerischen Hammelburg. Vor dem Hintergrund der anhaltenden

Reform- und Spardiskussion verschaffte sich der Parteivorsitzende einen aktuellen Eindruck über die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten u.a. für den Afghanistaneinsatz. Gleichzeitig drückte er die Verantwortung und die Fürsorge der Politik für die Soldaten im Einsatz und für die Angehörigen der Bundeswehr während der Bundeswehrreform aus.

Internationale Abrüstung- und Rüstungskontrollpolitik ist ein elementarer Bestandteil sozialdemokratischer Friedenspolitik. Das Jahr 2010 war geprägt von der Überprüfungs-konferenz des Nuklearwaffensperrvertrages (NPT) in New York mit allein rund 190 Delegationen der Unterzeichnerstaaten. Zusätzlich zur intensiven, parlamentarischen Begleitung der Verhandlungen durch die SPD-Fraktion unterstützte die SPD die zivilgesellschaftliche Initiative *Für eine Welt ohne Atomwaffen*.

Das auf Betreiben der SPD eingerichtete Abrüstungskomitee der Sozialistischen Internationale unter dem Vorsitz des außenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, begleitete intensiv die Verhandlungen zum NPT und gab wichtige Impulse für die internationale Debatte der Schwesterparteien.

Entwicklungspolitik / Forum Eine Welt

Die globale Finanzkrise, die internationale Wirtschaftskrise, der drohende Klimakollaps, die Energie- und Rohstoffverknappung und die Zunahme des Hungers in der Welt waren und sind die prägenden internationalen Herausforderungen unserer Zeit. Vor diesem Hintergrund arbeitete das Forum Eine Welt intensiv an politischen Konzepten und Lösungen. Diese Arbeit wurde im Rahmen von 3 strukturierten Dialogen zwischen Politik, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wissenschaft zu 3 Schlüsselthemen ausgebaut: Klimawandel und Entwicklung, die Weltwirtschaft nach der Krise und soziale Sicherheit im globalen 21. Jahrhundert. Die Arbeitsgruppen des *Forums Eine Welt* erarbeiteten im Berichtszeitraum Positionspapiere u. a. zu

■ **Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften in der Einen Welt: Plädoyer für ein neues entwicklungspolitisches Leitbild**

■ **Ursachen der Krise bekämpfen, die Verursacher an den Kosten beteiligen: Die Finanztransaktionssteuer**

■ **Die Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern**

Die Tradition der Bundestreffen der *Foren Eine Welt* an verschiedenen Orten der Republik wurde durch die großen öffentlichen Veranstaltungen zu *Die Wirtschafts- und Finanzkrise – Unsere Verantwortung* im Mai 2009

in Stuttgart und *Eine Welt – ein Klima!* im März 2010 in Bonn fortgesetzt. Neben der inhaltlichen Diskussion boten die Bundestreffen auch die Gelegenheit, Erfahrungen aus der Arbeit der regionalen Foren auszutauschen, um das Netzwerk entwicklungs- und friedenspolitisch Interessierter und Aktiver weiter zu stärken.

In einer Vielzahl von Veranstaltungen mit der Vorsitzenden Heidemarie Wiecek-Zeul in den regionalen Foren Eine Welt, die es nun in 14 der 16 Bundesländer gibt, wurden Lösungen für die großen internationalen Herausforderungen unserer Zeit diskutiert. So wurde beispielsweise der Aufruf *Gerechtigkeit weltweit!* im Rahmen einer Veranstaltung des Forums Eine Welt Saar im August 2009 veröffentlicht. In der Veranstaltung legten der Schauspieler Gregor Weber und von Dr. Jürgen Wilhelm vom Deutschen Entwicklungsdienst dar, warum sie für eine starke sozialdemokratische Entwicklungspolitik – gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise – eintreten und diesen Aufruf unterstützen.

Mit der 105. Ausgabe erscheint der *Nord-Süd Info-Dienst*, seit 32 Jahren das entwicklungs- und friedenspolitische Informationsblatt des SPD-Parteivorstands, unter dem Namen *Internationaler Infodienst* und deckt nun inhaltlich die ganze Bandbreite internationaler Politik ab. Auch weiterhin legen darin Spitzenpersönlichkeiten der Partei wie Vertreter aus Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft ihre Ansichten zur Verwirklichung von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität im globalen 21. Jahrhundert dar.

Menschenrechtspolitik / Gesprächskreis Menschenrechte

Der seit 2006 unter der Leitung von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin bestehende *Gesprächskreis Menschenrechte* hat auch im Berichtszeitraum seine intensive Arbeit mit allen relevanten Akteuren dieses Politikbereichs aus Bundestag und Landesparlamenten, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Ministerien fortgeführt. In den 8 Sitzungen des Gesprächskreises in den Jahren 2009 und 2010 wurde eine querschnittsorientierte Menschenrechtspolitik in ihrer ganzen Breite diskutiert - von den menschenrechtlichen Herausforderungen im Nahost-Konflikt über das Stockholm Programm zur Harmonisierung der EU-Flüchtlingspolitik sowie über Verbesserungen für Traumatisierte in Asylverfahren bis zur Menschenrechtsarbeit auf UN-Ebene im Menschenrechtsrat oder beim Zusatzprotokoll zum Individualbeschwerdeverfahren bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten.

Zahlreiche auch internationale Gäste gaben der Arbeit des Gesprächskreises wichtige Impulse. So auch Yehuda Shaul, Mitgründer und Direktor der israelischen Nichtregierungsorganisation *Breaking the Silence (BTS)*, die Aussagen von 26 israelischen Soldaten, die während der Operation *Gegossenes Blei* im Gazastreifen Dienst geleistet hatten, gesammelt hat. Aber auch über den Gesprächskreis Menschenrechte hinaus suchte die Parteiführung das Gespräch mit Menschenrechtsorganisationen: So traf sich der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel u. a. mit der Generalsekretärin von *amnesty international*, Monika Lücke.

Neue Inländer / Arbeitskreis Integration und Migration

Die Arbeit der SPD zur politischen Ansprache und Einbindung von Migrantinnen und Migranten wurde 2010 mit der Gründung des Bundesarbeitskreises Integration und Migration unter Vorsitz von Kenan Kolat auf eine neue Grundlage gestellt. Ziel des Arbeitskreises ist es, eine verbesserte Vernetzung von Migrantinnen und Migranten und integrationspolitisch Aktiven in der SPD zu erreichen, einen strukturierten Dialog mit wichtigen Bündnispartnern und Vertretungen unterschiedlicher Migrantengruppen in Deutschland aufzubauen sowie Impulse für die Integrationspolitik der SPD und eine stärkere interkulturelle Öffnung der Partei zu geben.

Zudem wurde Anfang 2010 mit der Schaffung des Referates Neue Inländer auch eine neue Arbeitsstruktur beim Parteivorstand eingerichtet, um Migranten kontinuierlich in das politische Leben einzubinden. Im Arbeitsbereich Neue Inländer standen im Berichtszeitraum der Ausbau der politischen Kontakte zu den wichtigen Organisationen und Interessenvertretungen von MigrantInnen in Deutschland sowie eine aktive Presse- und Medienarbeit in ihren jeweiligen Leitmedien im Vordergrund. Im März 2010 besuchte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel mehrere Moscheen in Nordrhein-Westfalen, vor denen die rechtspopulistische Bewegung *Pro NRW* zu gleicher Zeit zu *Mahnwachen* aufgerufen hatte. Die Besuche und Gespräche in den Moscheen waren ein starkes öffentliches Signal gegen Rechtspopulismus.

Durch mehrere Pressegespräche sowie Interviews der Parteispitze mit den großen v. a. türkisch-, russisch- und serbischsprachigen Leitmedien wurden die jeweiligen MigrantInnengruppen gezielt politisch angesprochen. Durch Gespräche mit Vorständen wichtiger Migrantenorganisationen wurden die Kontakte und der Dialog mit den Interessenvertretungen der verschiedenen Migrantengruppen

intensiviert.

Im *Arbeitskreis Integration und Migration* ging es in den ersten Sitzungen vor allem um eine stärkere strukturelle wie personelle Öffnung der SPD für Migrantinnen und Migranten. Dafür wurden konkrete Vorschläge erarbeitet. Auch wurde die Arbeit eng mit der Zukunftswerkstatt Integration unter Leitung von Klaus Wowereit und Kenan Kolat verzahnt. Die dort geführte Diskussion über eine programmatische Weiterentwicklung der SPD in der Integrationspolitik wurde vom Arbeitskreis konstruktiv begleitet.

Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)

Wenige Wochen nach seiner Wahl zum SPD-Parteivorsitzenden auf dem Dresdner Parteitag im November 2009 nahm Sigmar Gabriel am Kongress der Sozialdemokratischen Partei Europas teil. Im Kreis der sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs schlug der Parteivorsitzende die Ausarbeitung eines gemeinsamen Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) vor. Erstmals soll damit ein gemeinsames Grundsatzprogramm einer transnationalen europäischen Partei ausgearbeitet werden. Der Vorschlag stieß im Kreis der sozialdemokratischen Parteivorsitzenden auf Zustimmung, so dass die SPE in den folgenden Monaten einen umfassenden Erarbeitungsprozess unter Beteiligung der SPE-Mitgliedsparteien initiiert hat. Die Verabschiedung des SPE-Grundsatzprogramms ist für 2013 geplant. Im Rahmen einer Vielzahl von bilateralen Gesprächen mit Vorsitzenden sozialdemokratischer Schwesterparteien und durch die Teilnahme des Parteivorsitzenden an Treffen der SPE-Partei- und Regierungschefs hat der Prozess immer wieder neue Impulse erhalten. Ende 2011 soll im Rahmen der SPE-Ratssitzung als wichtiger Zwischenschritt des Grundsatzprogrammprozesses eine Erklärung zu den gemeinsamen sozialdemokratischen



Foto: Marco Urban

40 Jahre Ostverträge – Sigmar Gabriel im Gespräch mit Hans-Dietrich Genscher, Außenminister a. D. Im Hintergrund: Egon Bahr, Bundesminister a. D.

Außenpolitik / Kommission Internationale Politik

Die deutsche Afghanistan-Strategie mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Frank-Walter Steinmeier war konzeptionell dadurch geprägt, mit einer politischen



Foto: SPD

Afghanistankonferenz im Willy-Brandt-Haus – v.l.n.r. Dr. Spanta, Franz-Walter Steinmeier und SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel

Grundwerten durch die SPE-Parteivorsitzenden verabschiedet werden. Auf der Ratssitzung der SPE Ende 2010 in Warschau war die SPD durch eine Delegation unter Leitung des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, SPD-Präsidiumsmitglied Martin Schulz, vertreten. Ein bedeutender Beschluss der Ratssitzung war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Vorschlägen, wie der gemeinsame Spitzenkandidat aller SPE-Mitgliedsparteien für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 bestimmt werden soll.

Auf Initiative von SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles wurde im Juni 2010 ein Netzwerk aller Generalsekretäre der SPE-Mitgliedsparteien gegründet, das sich nunmehr regelmäßig zu einem Austausch insbesondere über organisationalpolitische Fragen treffen wird.

Sozialistische Internationale (SI)

Im Berichtszeitraum kam die *Sozialistische Internationale* zu 4 Ratssitzungen zusammen, dem höchsten Gremium der SI zwischen den alle 3 Jahre stattfindenden Kongressen. Bei

2 der thematischen Komitees der SI stellt die SPD den Vorsitzenden: Das Komitee für Wirtschaft, Arbeit und natürliche Ressourcen wird von Dr. Christoph Zöpel und das Abrüstungskomitee von Dr. Rolf Mützenich, MdB, geleitet. Letzteres konstituierte sich im April 2009 im Willy-Brandt-Haus. Fachpolitiker und Experten aus allen Kontinenten verabschiedeten einen 10-Punkte-Plan für eine umfassende Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik unter dem Titel *Gemeinsame Sicherheit durch Abrüstung*. Allerdings bedarf die SI einer fundamentalen Reform: Deshalb hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel 4 zentrale Forderungen vorgeschlagen, die vom SPD-Präsidium verabschiedet wurden:

1. Mitgliedsparteien müssen ausgeschlossen werden, wenn sie die Menschenrechte eklatant verletzen.
2. Die SI muss wieder politisch relevant werden. Dafür muss sie transparenter und demokratischer werden und ihre Gremien müssen regelmäßig tagen.
3. Die SI muss sich öffnen, mehr Partizipationsmöglichkeiten bieten und wichtigen progressiven Parteien, Nichtregierungsorganisationen und anderen Partnern eine Bühne bieten.
4. Die SI muss - außerhalb der Konjunktur von Tagespolitik - in Konfliktregionen ein langfristiges und nachhaltiges Engagement betreiben. Sie muss zum Beispiel mehr Initiative im Nahen und Mittleren Osten zeigen. Sie kann auch wichtige Kampagnen, wie zum Beispiel zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, unterstützen.

Denn es ist klar: In einer globalisierten Welt brauchen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weltweit eine handlungsfähige und globale Organisation.

Bilaterale Parteikontakte

■ Europa

Im Zentrum der zahlreichen bilateralen Gespräche des Parteivorsitzenden mit sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs standen im Berichtszeitraum die Ursachen und politischen Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die notwendigen Maßnahmen zur Stützung der Euro-Zone und einzelner EU-Mitgliedstaaten. Im Rahmen einer Reise nach Wien und der dort geführten Gespräche u.a. mit Bundeskanzler Faymann und Bundespräsident Fischer unterbreitete der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in Abstimmung mit dem SPÖ-Vorsitzenden Faymann den Vorschlag, eine europäische Bürgerinitiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu initiieren, sollten Konservative und

Liberalen in den EU-Institutionen weiterhin einen solchen notwendigen Schritt blockieren. Mit einer Finanztransaktionssteuer sollen vor allem die Geschäfte der Spekulanten auf den Finanzmärkten besteuert und damit die Verursacher der Finanzkrise an ihren Kosten beteiligt werden. Bei einem Besuch in Brüssel und der Teilnahme an einem Treffen der sozialdemokratischen Parteiführer und Regierungschefs zusammen mit dem SPE-Vorsitzenden Rasmussen stellte Sigmar Gabriel die Initiative vor. Anschließend wurde die Initiative bei einem Besuch des österreichischen Bundeskanzler Faymann in Berlin öffentlich präsentiert. Die Notwendigkeit zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer stand auch im Zentrum einer SPD-Konferenz im September 2010 im Willy-Brandt-Haus. Wissenschaftler, Gewerkschafter, Nichtregierungsorganisationen sowie zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen diskutierten intensiv über mögliche Wege zur Einführung dieser Steuer und mögliche Kampagnen im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative.

Zentral für die europapolitische Arbeit des Parteivorsitzenden und des Parteivorstands waren zudem die Perspektiven für eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung im Rahmen einer europäischen Wirtschaftsregierung als Antwort auf die Krise der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Hierzu wurde eine gemeinsame Erklärung der SPD und der französischen *Parti Socialiste* erarbeitet und von den beiden Vorsitzenden Sigmar Gabriel und Martine Aubry öffentlich vorgestellt.

Im Rahmen einer Türkei-Reise im Oktober 2010 wurden der Politik der SPD gegenüber der Türkei sowie den Beziehungen zu den politischen Partnern neue Impulse gegeben. Sigmar Gabriel und Martin Schulz betonten im Rahmen der politischen Gespräche u.a. mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan, dem Europaminister Bağış, dem neuen Vorsitzenden der türkischen CHP Kilicdaroglu sowie auch dem Vorsitzenden der kurdischen BDP und Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft die Unterstützung der SPD für die EU-Beitrittsperspektive der Türkei.

Zur Würdigung des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages sowie des Kniefalls von Willy Brandt am Ehrenmal der Helden des Warschauer Ghettos in Warschau fand am 6. Dezember eine Konferenz im Willy-Brandt-Haus mit Egon Bahr, Hans-Dietrich Genscher, dem ehemaligen Botschafter der Sowjetunion in Deutschland, Valentin Falin, sowie dem ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten, Włodzimierz Cimoszewicz, statt. Am 7. Dezember reisten daraufhin Sigmar Gabriel, Martin Schulz und Egon Bahr nach Warschau und nahmen an der Jubiläumsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung teil.

■ Europapolitische Kommission

Die Europapolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand unter Vorsitz von Angelica Schwall-Düren und Bernhard Rapkay hat sich im Berichtszeitraum mit den zentralen Grundsatzthemen der Europapolitik beschäftigt und diese intensiv mit externen Wissenschaftlern, Vertretern der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften und anderen wichtigen Bündnispartnern diskutiert. Besonders breiten Raum nahmen Themen im Zusammenhang mit der Währungs- und Finanzkrise ein, insbesondere die Frage nach einer effektiven europäischen Finanzmarktregulierung, nach den Perspektiven zur Umsetzung einer europäischen Finanztransaktionssteuer sowie die Frage nach notwendigen Reformschritten zur Stabilisierung des europäischen Währungsraumes und zum Aufbau einer handlungsstarken europäischen Wirtschaftsregierung. Darüber hinaus erarbeitete die Europapolitische Kommission zwei Positionspapiere, die sich kritisch aus sozialdemokratischer Sicht mit den Schwerpunkten und der praktischen Umsetzung der *Strategie EU 2020* zur Stärkung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung in Europa auseinandersetzen.

Weitere wichtigen Themenschwerpunkte waren u.a. die Vor- und Nachbereitung der Europawahl 2009, politische Schlussfolgerungen aus dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages im Dezember 2009, die Handlungsspielräume für eine soziale Gestaltung des EU-Binnenmarktes, Strategien für den Umgang mit rechtspopulistischen und anti-europäischen Parteien und Bewegungen in Europa, die europapolitische Arbeit im Rahmen der SPE sowie die EU-Erweiterungspolitik und hierbei insbesondere auch die Beziehungen zur Deutschlands und Europas zur Türkei.

■ Koordinierungsgruppe Türkei

Anfang 2010 übernahm Dietmar Nietan MdB den Vorsitz der Koordinierungsgruppe Türkei. Im Zentrum der Arbeit standen die Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei, der Dialog mit außen- und türkeipolitischen Experten und Bündnispartnern in Deutschland sowie den Parteien und Partnern in der Zivilgesellschaft sowie bei den Gewerkschaften in der Türkei. Entsprechende Kontakte wurden insbesondere im Rahmen einer Besuchsreise des Vorstands der Koordinierungsgruppe Türkei im Oktober 2010 intensiviert. Nach dem Wechsel im Parteivorsitz der CHP wurden unter dem neuen Vorsitzenden Kemal Kilicdaroglu die bilateralen Parteibeziehungen zur CHP wieder neu belebt: Neben Treffen auf Ebene der

Parteiführungen fand dabei im Rahmen eines Delegationsbesuches der CHP auch ein praktischer Austausch zu Fragen der Parteiorganisation, der Sozialpolitik und der Außen- und Europapolitik statt.

■ Naher und Mittlerer Osten

Auf Ebene der internationalen Parteizusammenarbeit stand insbesondere die Stärkung und Unterstützung progressiver Parteien und politischer Kräfte in Israel und im Nahen Osten im Vordergrund, die zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen von Konferenzen sowie mehreren Delegations- und Arbeitsbesuchen erfolgte. Die Generalsekretärin Andrea Nahles führte dabei die Tradition ihres Vorgängers Hubertus Heil fort, einmal jährlich nach Israel und Palästina zu reisen.

Bei einer Delegationsreise nach Tunesien im 2010 wurde bei der Regierungspartei RCD erneut massiv darauf gedrängt, die Arbeit der Opposition zu ermöglichen. Anfang 2011 – nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten Ben Ali – bedankte sich der Vorsitzenden der oppositionellen FDTL Mustapha Ben Jaffa im Willy-Brandt-Haus bei der SPD für den jahrelangen Einsatz für ihn und die tunesischen Oppositionskräfte.

■ Afrika

In Afrika hat sich in den vergangenen 15 Jahren ein bemerkenswerter Wandel vollzogen, der insbesondere Gesellschaft und Politik grundsätzlich verändert hat. Während noch vor wenigen Jahren Afrika als „Katastrophenkontinent“ abgeurteilt wurde, hat der Kontinent in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen.

Die auffälligsten Zeichen für den Wandel auf dem Kontinent sind die Etablierung von parlamentarischen Demokratien, die Anerkennung demokratischer Prinzipien und die reale Ausweitung von politischer Partizipation. Doch trotz dieser positiven Veränderungen stehen die meisten Länder in Afrika heute vor großen Herausforderungen.

In Simbabwe kam es im Februar 2009 nach monatelanger Verzögerung erst durch massiven Druck der SADC-Staatschefs und aufgrund der desaströsen Lage in dem Land zur Bildung einer Übergangsregierung, an der der alte Machthaber Mugabe weiterhin als Präsident und seine Partei ZANU-PF, aber auch die Opposition unter Führung des neuen Premierministers Morgan Tsvangirai und seiner Partei MDC beteiligt sind. Die SPD hatte sich im Rahmen der Sozialistischen Internationale seit Gründung der MDC für deren Aufnahme stark

gemacht, die beim SI-Kongress 2008 vollzogen wurde. Die neue Konstellation eröffnete zahlreiche Möglichkeiten, die politische Transition in Simbabwe zu begleiten und die MDC zu unterstützen - u. a. beim Prozess der Verfassungsreform.

Vor dem Hintergrund der 2011 anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Demokratischen Republik Kongo wurden die Beziehungen zur SI-Mitgliedsparterie UDPS intensiviert. Während die UDPS die letzten Wahlen noch boykottierte, hat sie sich entschlossen an den kommenden Wahlen teilzunehmen. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit war daher im Berichtszeitraum der Austausch zu Wahlkampforganisation und Wahlkampagnen.

Die seit dem Anti-Apartheids-Kampf guten Beziehungen zum Afrikanischen Nationalkongress (ANC) wurden 2009 und 2010 weiter ausgebaut. Die Vorbereitungen auf die Feierlichkeiten 100 Jahre ANC im Jahr 2012 wurden durch verschiedene Maßnahmen unterstützt. So stellte die SPD Archivmaterialien insbesondere aus der Zeit des Befreiungskampfes und der Unterstützung der Anti-Apartheids-Bewegung zur Verfügung, die der ANC für den Aufbau eines eigenen Archivs nutzt. Der bilaterale Parteidialog zwischen SPD und ANC wurde im Rahmen eines Vier-Parteien-Dialog der SPD, des ANC, der indischen Kongresspartei (INC) und der brasilianischen Partei der Arbeit (PT) fortgeführt.

■ USA / Lateinamerika

Die guten Beziehungen zu den US-Demokraten wurden durch eine Reihe von Besuchen unterstrichen. Insbesondere die gemeinsamen Beratungen über die Herausforderungen für sozialdemokratische und progressive Parteien im 21. Jahrhundert fanden in enger Abstimmung US-amerikanischer und englischer Think Tanks statt.

Die traditionell intensiven Beziehungen der SPD mit den Partnerparteien in Lateinamerika und der Karibik wurden fortgesetzt. Der Austausch mit der brasilianischen PT, der bedeutendsten linken Kraft Lateinamerikas, wurde weiter ausgebaut – nunmehr auch durch eine Zusammenarbeit auf der Ebene der beiden Jugendorganisationen. Wie die PT sind auch andere wichtige Partner der SPD nicht Mitglieder der Sozialistischen Internationale. Daher wurde verstärkt der Austausch über das *Forum der progressiven Kräfte*, das alle linken Parteien Südamerikas vereint, gesucht. 2010 wurde die Lateinamerika-Strategie der SPD vom Mai 2008 aktualisiert, die für den verstärkten Dialog mit den neuen de-



SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel und SPE-Fraktionsvorsitzender Martin Schulz mit Premierminister Recep Tayyip Erdoğan auf einer Reise in die Türkei vom 31.10. – 03.11.2010



Sigmar Gabriel bei der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau anlässlich des Kniefalls von Willy Brandt vor 40 Jahren

mokratischen und linken Kräften plädiert. Als deutsche und europäische Sozialdemokraten wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern in Lateinamerika und der Karibik tragfähige Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung für Sozialstaat, Wachstum und Beschäftigung finden. Aber auch Fortschritte bei den drängenden globalen Herausforderungen wie der Friedenssicherung, Abrüstung, sozial gerechten Gestaltung der internationalen Märkte sowie Klimaschutz lassen sich nur gemeinsam erzielen. Unser Signal: Wir wollen partnerschaftlich mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik Zukunft gestalten.

■ Asien

Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien prägen zunehmend das internationale Geschehen. Etliche Länder bauen ihre Rolle in der Region aber auch global signifikant aus. Die bilateralen Beziehungen mit Parteien der Region sind für die SPD daher von großer Bedeutung.

Seit 20 Jahren verbindet die SPD und die Kom-

munistische Partei Vietnams ein offener und vielschichtiger Parteidiolog zu wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Themen. Es hat sich ein enger und vertrauensvoller Austausch etabliert, der es heute ermöglicht, auch sensible Bereiche wie Menschenrechte und demokratische Partizipation offen und kritisch zu diskutieren.

Die SPD führte mit der KP Chinas den Menschenrechts- und Sicherheitsdialog mit dem Ziel fort, zu einer praktischen Verbesserung der Menschenrechtslage in China und zu einer sicherheitspolitischen Verständigung zu kommen. Hierfür finden regelmäßige Treffen zwischen beiden Parteien statt. Überdies ist der Austausch jüngerer Führungskräfte forciert worden. Dabei hat auf SPD-Seite Thorsen Schäfer-Gümbel die Leitung übernommen.

Mit über 1,2 Mrd. Einwohnern ist Indien die größte Demokratie der Welt. Mit hohen Wachstumsraten und einem neuen außenpolitischen Bekenntnis übernimmt Indien bereits eine sehr aktive Rolle in der Region,

aber auch im Rahmen der G20 und der BRICS. Die Beziehungen zwischen SPD und der regierenden Congress-Partei blicken auf eine lange Tradition zurück. Es gab z. B. in den 1980er Jahren einen substanziellen Dialog zwischen Willy Brandt und Indira Gandhi. In den vergangenen 2 Jahren ist es der SPD gelungen, die Kontakte und den gegenseitigen Austausch mit der Congress-Partei weiter auszubauen. Themen des Austauschs waren insbesondere Parteireform und sicherheitspolitische Fragen.

Die Mongolei stellt in der Region Zentralasien mit ihren stabilen demokratischen Institutionen eine Ausnahme dar. Vor wenigen Jahren entdeckte umfassende Rohstoffunde versprechen einen rasanten Wirtschaftsaufschwung in der nahen Zukunft. Gleichzeitig besteht jedoch im sozial-, bildungs- und arbeitspolitischen Bereich Reformdruck. Zur Unterstützung der Reformen hat die SPD hat mit der regierenden MVP, die seit 2003 SI-Mitglied ist, einen praxisnahen Politiktausch vor allem in den Feldern Wahlrechtsreform und Arbeitsrecht etabliert.

schlägen lernen. Dazu muss die Pressestelle natürlich einen Überblick über die Berichterstattung haben. Dabei kann sie sich auf einen umfangreichen Pressespiegel stützen, den die Kolleginnen und Kollegen im politischen Archiv täglich zu nachtschlafender Zeit erstellen. Zudem werden natürlich die Meldungen der Nachrichtenagenturen und die Berichterstattung in den online-Medien kontinuierlich beobachtet, um gegebenenfalls schnell reagieren zu können.

Immer mehr Menschen informieren sich über politische Inhalte im Internet – und nutzen die vielfältigen Möglichkeiten, in den sozialen Netzwerken zu diskutieren. Dadurch verschwimmen auch die Grenzen zwischen klassischer Pressearbeit und politischer Kommunikation im Netz. Das Willy-Brandt-Haus hat daraus die Konsequenz gezogen, den Newsdesk (s. Seite 38) und die Pressestelle organisatorisch zusammenzuführen.

■ Seit dem Dresdener Parteitag ist **Tobias Dünow** Sprecher des Parteivorstands, seine Stellvertreterinnen sind **Karin Nink** und **Lena Daldrup**.

Finanzen der Partei

Pressestelle

Häufig hektisch, manchmal chaotisch, aber nie langweilig – so gestaltet sich die Arbeit in der Pressestelle. Die Aufgabe ist klar umrissen: dafür zu sorgen, dass die Arbeit des Parteivorstands in den Medien umfassend, korrekt und natürlich auch angemessen positiv gewürdigt wird.

Noch am Einfachsten ist die Beantwortung von konkreten Medienanfragen. Gestützt auf die umfassende Expertise der Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus lassen sich die meisten Sachfragen schnell klären. Schwieriger ist es oft, die eigenen Botschaften so zu vermitteln, dass sie auch für nicht per se an dem jeweiligen Thema (oder der Sozialdemokratie) interessierte Journalisten spannend klingen. Die Pressestelle berät in dieser Hinsicht nicht nur die Parteiführung, sondern sehr gerne auch die Arbeitsgemeinschaften, Foren und andere Einheiten innerhalb der SPD.

Das Team der Pressestelle organisiert Pressekonferenzen, in denen die Generalsekretärin oder der Parteivorsitzende beispielsweise über die Ergebnisse der Gremiensitzungen informieren, formuliert und verbreitet Pressemitteilungen und spricht viel und ausführlich mit Journalistinnen und Journalisten. Oft geht es dabei um Einschätzungen, die am nächsten Tag nicht direkt in der Zeitung stehen sollen – manchmal stammen daher die gelegentlich etwas verschwurbelt klingenden Formulierungen wie „in Parteikreisen hieß es“.

gen und spricht viel und ausführlich mit Journalistinnen und Journalisten. Oft geht es dabei um Einschätzungen, die am nächsten Tag nicht direkt in der Zeitung stehen sollen – manchmal stammen daher die gelegentlich etwas verschwurbelt klingenden Formulierungen wie „in Parteikreisen hieß es“.

Einen wichtigen Teil der Arbeit machen die Vorbereitung und Begleitung von Interviews des Parteivorsitzenden, seiner Stellvertreterinnen und Stellvertreter und der Generalsekretärin aus. Gedruckte Interviews werden von der Pressestelle freigegeben – vor der Veröffentlichung wird dabei überprüft, ob das von dem jeweiligen Journalisten Aufgeschriebene dem Gesagten (und Gemeinten) entspricht.

Natürlich begleitet die Pressestelle auch alle Termine der Parteispitze, die für die Medien relevant sein könnten. Gelegentlich müssen solche Ereignisse auch inszeniert werden, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.

Das Schöne an der Pressearbeit: Man kann am nächsten Tag in der Zeitung lesen, ob man erfolgreich war. Und im Idealfall aus Fehl-

Vorwort



Dr. Barbara Hendricks MdB, Schatzmeisterin der SPD

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den vergangenen zwei Jahren waren die Vorbereitungen zur Parteireform ein Meilenstein der Arbeit. Als Schatzmeisterin galt mein besonderes Augenmerk selbstverständlich der Finanzordnung. Besonderen Wert lege ich auf Möglichkeiten zur Entlastung von Ortsvereinen. An die ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer, denen ich herzlich für ihre Arbeit danke, werden höhere Anforderungen bei Kassenführung und Rechenschaftsbericht gestellt. Deswegen habe ich mich dafür eingesetzt, den Ortsvereinen die Möglichkeit zu eröffnen, auf eine eigenständige Kassenführung zu verzichten oder auch die Buchführungsaufgaben Dritten zu übertragen. Ich unterstütze alle Bestrebungen, den Ortsvereinen über die Entlastung von aufwändigen Verwaltungsaufgaben mehr Freiraum für politische Arbeit zu schaffen.

Nach dem Auftrag des Grundgesetzes wirken die politischen Parteien bei der Willensbildung des Volkes mit. Es handelt sich also um einen öffentlichen Auftrag unseres demokratischen Gemeinwesens, für dessen Finanzierung nicht allein die Mitglieder der Parteien verantwortlich sind. Die SPD finanziert sich überwiegend aus Beiträgen ihrer Mitglieder und aus Spenden. Und nach wie vor bleiben unsere Mitglieder die wichtigsten Spender – viele Mitglieder beteiligen sich je einzeln mit überschaubaren Beiträgen. Großspenden aus der Wirtschaft erhält die SPD verhältnismäßig wenige. Die staatliche Finanzierung trägt nicht einmal zu einem Viertel zu unseren Einnahmen bei. Dennoch kann auch die SPD ihre verfassungsgemäßen Aufgaben nur dann ausreichend erfüllen, wenn die staatliche Teilfinanzierung angemessen ist. Nach fast 10 Jahren Stillstand war eine Anpassung erforderlich. Das Parteiengesetz sieht vor, dass

der Bundestag nach Veröffentlichung der Rechenschaftsberichte – also jährlich – über die Erhöhung der absoluten Obergrenze entscheiden soll. Im Jahr 1994 betrug diese Obergrenze für alle Parteien zusammen 230 Mio. DM. Seither hat der Bundestag lediglich zweimal eine Erhöhung beschlossen: ab dem Jahr 1999 auf 245 Mio. DM und ab 2002 auf 133 Mio. Euro. Seitdem hat es trotz Preisanstiegs für parteispezifische Ausgaben keine Anpassung der absoluten Obergrenze gegeben; es hat also eine Abkoppelung der Finanzierung der politischen Parteien von der allgemeinen Preis- und Lohnentwicklung stattgefunden. Ab dem Jahr 2011/2012 wird nun die absolute Obergrenze angehoben, anschließend erfolgt eine jährliche Anpassung entlang der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Kostenentwicklung. Ich bin froh, dass der Deutsche Bundestag dies im Juli 2011 einvernehmlich beschlossen hat.

Unser Unternehmensbereich trägt weiterhin stabil zu den Einnahmen der SPD bei. Den größten Teil ihrer Einnahmen erzielt die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH mit ihren Medienbeteiligungen; dabei handelt es sich überwiegend um Beteiligungen an regionalen Tageszeitungen. Trotz des kontinuierlichen Rückgangs verkaufter Zeitungsexemplare und des rückläufigen Anzeigengeschäfts konnte wieder ein respektables Ergebnis erzielt werden. Aus Gründen der gebotenen kaufmännischen Vorsicht haben wir jedoch in der Bilanz des Jahres 2010 Wertberichtigungen vorgenommen. Dieser außerordentliche Aufwand führt zwar zu einem negativen Jahresergebnis, spiegelt jedoch nicht die wirtschaftliche Lage wider.

„Die SPD legt sich ein Traumschiff zu“ – „Traumschiff soll Kassen der SPD füllen“ – diese und ähnliche Schlagzeilen ließen sozusagen die Wogen hochschlagen. Anders als von manchen Medien fälschlich berichtet, haben weder die SPD noch der Unternehmensbereich die *MS Princess Daphne* gekauft. Sie ist und bleibt im Eigentum des Reeders, der in Portugal ansässig ist. Den Betrieb des Schiffes (Mannschaft, Hotelbetrieb und alle nautischen Fragen) verantwortet der Reeder. Das Schiff verfügt über das *ITF Blue Certificate* der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (International Transport Workers' Federation, ITF). Dieses Zertifikat bescheinigt, dass Heuern und Arbeitsbedingungen an Bord von der ITF gebilligt wurden. Die ITF ist ein internationaler Gewerkschaftsbund, dem in Deutschland unter anderem die Gewerkschaft ver.di angehört. Das Schiff wird vom SPD-Reiseservice unter der Marke *Ambiente-Kreuzfahrten* vermarktet. Für die Vermarktung erhält Ambiente eine Provision. Ambiente ist also vielmehr eine Vertriebsgesellschaft, keine Reederei! Der SPD Reiseservice veranstaltet bereits seit ca. 20 Jahren Kreuzfahrten.

Üblich sind ein bis zwei Reisen pro Jahr in Vollcharter und weitere Reisen, für die Teilkontrakte gebucht werden. Im vergangenen Jahr ist ein langjähriger Partner des Reiseservices in Insolvenz geraten. Dadurch fiel ein für 2011 zweimal gebuchtes Schiff weg. In Gesprächen mit anderen Anbietern, um Ersatz für die Saison 2011 zu finden, ergab sich das Angebot, ein Schiff der nachgefragten Größe und Ausstattung selber am deutschen Markt vertreiben zu können. Hierfür werden übrigens 11 neue Arbeitsplätze in Berlin beim Reiseservice geschaffen.

I. Die Finanzen der Partei

1. Einnahmeentwicklung

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Auch in den Jahren 2009 und 2010 stellten die Einnahmen aus Beiträgen die wichtigste Finanzierungsquelle der Partei dar. In Summe betrugen sie in den beiden Berichtsjahren insgesamt 91,75 Mio. Euro, das sind ca. 2,48 Mio. Euro weniger als in den Jahren 2007/2008. Im Einzelnen erzielte die Partei im Jahr 2009 Beitragseinnahmen i.H.v. 46,03 Mio. Euro und in 2010 i.H.v. 45,72 Mio. Euro. Das entsprach 26,6 % der Gesamteinnahmen in 2009 (Wahljahr mit erhöhtem Spendenaufkommen) und 31,1 % der Gesamteinnahmen 2010.

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend sinkender Beitragseinnahmen hat sich auch in den vergangenen zwei Jahren fortgesetzt. Dafür ist insbesondere die weiter sinkende Mitgliederzahl verantwortlich: Waren zum 31.12.2009 noch ca. 512.500 Menschen Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, so waren es zum Jahresende 2010 noch 502.000 (-2 %). Im Jahresdurchschnitt hatten wir 2009 noch 516.750 Mitglieder, die einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von 7,42 Euro entrichteten. Im Jahr 2010 waren es jahresdurchschnittlich noch gut 507.000 Mitglieder mit einem leicht erhöhten monatlichen Durchschnittsbeitrag von 7,51 Euro. Anders gewendet: der Verlust von 1000 Mitgliedern bedeutet, dass neben dem damit verbundenen Verlust an Engagement, Vernetzung und Wissen zusätzlich fast 100 TEuro für die politische Arbeit fehlen. Jahr für Jahr.

Für die zukünftige Beitragsentwicklung ist nicht nur die absolute Zahl der Mitglieder von Bedeutung, sondern auch die demografische Zusammensetzung der Mitgliedschaft: es zeigt sich, dass Genossinnen und Genossen, die aus der aktiven Berufsphase ausscheiden, ihre Beiträge häufig

senken. Darunter litt das Beitragsaufkommen bereits in der Vergangenheit und dieser Effekt wird auch in den nächsten Jahren zu beobachten sein, sofern es nicht gelingt, mehr junge Menschen für die Politik der SPD zu begeistern und sie zum Eintritt in die SPD zu bewegen.

Unsere Finanzordnung sieht die jährliche Anpassung der Beiträge entsprechend der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens vor, das durch das Bundesamt für Statistik ermittelt wird. Die Beiträge von Mitgliedern ohne Einkommen oder mit geringem Einkommen in Höhe von 2,50 Euro/Monat sind hiervon ausgenommen.

Die Erhöhungen betrugen im Jahr 2009 1,2 % und in 2010 0,5 %. Die große Mehrheit der Mitglieder hat diese maßvollen Erhöhungen – wie schon in den Vorjahren – mitgemacht. Lediglich grob 1 % aller Mitglieder haben von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch gemacht. Das entsprach etwa der Größenordnung der Vorjahre.

Die kontinuierliche Anpassung der Beiträge ist insbesondere für die Landesverbände und Bezirke sowie die ihnen nachgeordneten Gebietsverbände von besonderer Bedeutung, erhalten sie doch 85 Cent von jedem Beitragseuro (der Parteivorstand erhält die verbleibenden 15 Cent) und finanzieren damit die Politik in der Region und vor Ort.

Neben den regulären Mitgliedsbeiträgen leisten auch die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Die Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen erreichten im Jahr 2009 insgesamt 22,3 Mio. Euro und 2010 22,4 Mio. Euro. Das entsprach etwa 13 % der Gesamteinnahmen 2009 und 15 % der Gesamteinnahmen 2010.

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf zwei Säulen:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden,
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 Euro je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern

und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien lag seit dem 1. Juli 2002 bei 133 Mio. Euro. Die SPD erhielt 2009 insgesamt 39,64 Mio. Euro und 2010 insgesamt 38,97 Mio. Euro. Damit entsprachen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 23 % im Jahr 2009 und von ca. 26 % im Jahr 2010 an den Gesamteinnahmen. Die 2011 erfolgte Novellierung des Parteiengesetzes führte zu einer Erhöhung der Obergrenze ab 2011. Die Obergrenze wird 2011 141,9 Mio. Euro betragen und 2012 150,8 Mio. Euro. Ab 2013 erfolgt eine jährliche Anpassung entlang der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Kostenentwicklung.

1.3 Die Einnahmen aus Spenden

2009, im Jahr der letzten Bundestagswahl, erzielte die SPD annähernd 11 % ihrer Einnahmen aus Spenden. Diese rund 18,8 Mio. Euro stammten vor allem von Mitgliedern der Partei, aber auch von sympathisierenden Bürgerinnen und Bürgern. Spenden von Unternehmen trugen mit etwa 4,2 Mio. Euro zu diesem insgesamt positiven Ergebnis bei. Im Jahr 2010 ging der Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der Partei auf etwa 6,5 % (9,55 Mio. Euro) zurück. Auch diese Entwicklung in den Jahren nach einer Bundestagswahl entspricht den Erfahrungen.

Eine vergleichbare Entwicklung zeigte sich auch bei den Spendeneinnahmen des Parteivorstands: Konnten die Spendeneinnahmen im Jahr 2009

auf knapp 2,1 Mio. gesteigert werden, sanken sie im Jahr 2010 auf etwa 840.000 Euro.

Seit 1998 sind die Spendeneinnahmen der Partei von Bundestagswahljahr zu Bundestagswahljahr gesunken. Es ist erfreulich, dass diese Entwicklung gestoppt wurde und die Gesamtpartei, aber auch der Parteivorstand, ihre Spendeneinnahmen im Jahr 2009 gegenüber 2005 steigern konnten.

Weniger erfreulich ist hingegen, dass sich der Abstand zum Spendererfolg der Christlich Demokratischen Parteien 2009 erneut vergrößert hat: CDU/CSU erzielten 2009 Spendeneinnahmen von über 50 Mio. Euro. Von 1998 bis 2009 haben beide Parteien damit über 287 Mio. Euro mehr an Spenden eingenommen als die SPD.

Nach wie vor ist der Brief das wichtigste Mittel für die Spendenwerbung des Parteivorstands. Dieses Instrument gewinnt auch bei vielen Gliederungen an Bedeutung, vor allem bei den Landesverbänden und Bezirken der Partei. Auf der Ebene der Ortsvereine aber ist es nach wie vor die persönliche Ansprache, die zu einem großen Teil der Spendeneinnahmen führt.

Im Bundestagswahlkampf 2009 wurden aber auch weitere Techniken getestet. Mit dem Spendenplakat – der Möglichkeit, für ein Wahlplakat an einem bestimmten Standort zu spenden – wurde ein vielversprechender und ausbaufähiger Ansatz gemacht. Eine interessante Ergänzung kann künftig auch die Möglichkeit bieten, mit dem Versand einer SMS vom Mobiltelefon kleinere einstellige Beträge zu spenden. Das Online-Spendentool auf der Internetseite der SPD wurde weiterentwickelt und konnte einen erneut wachsenden Beitrag zu den Spendeneinnahmen des Parteivorstands leisten.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998 - 2009

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/CSU	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
1998-2009	174.938		336.398		125.709		462.106	53.214		121.723		32.861	
2009	Angaben in Tsd. Euro, in %: Anteil an den Gesamteinnahmen, Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien												

Anteil der Spenden juristischer Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998 - 2009

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
1998 - 2009 Durchschnitt	33.854		106.125		47.312		5.992		31.031		708	
		1,73		6,13		9,85		1,88		8,50		0,26

Angaben in Tsd. Euro, in %: Anteil an den Gesamteinnahmen, Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring

Im Berichtszeitraum haben zwei Bundesparteitage stattgefunden. Der ordentliche Bundesparteitag 2009 in Dresden und der eintägige Bundesparteitag 2010 in Berlin. Das waren die Haupteinnahmequellen für Sponsoring bzw. von Ausstellermieten. Daneben wurden regelmäßig stattfindende Veranstaltungen, wie der Empfang zur Berlinale und die Bundeskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften, von Sponsoren unterstützt. Insgesamt machen diese Einnahmen weniger als 1 % der Gesamteinnahmen der SPD aus.

Das Sponsoring hat sich in den vergangenen Jahren zu einer tragenden Säule für die Finanzierung von großen Veranstaltungen entwickelt. Wir sind bei der Organisation jedoch darauf bedacht, Flächen auch kostenlos Initiativen und Verbänden zur Verfügung zu stellen, die nicht von der Wirtschaft getragen werden. Wir streben

eine ausgewogene Mischung von nichtkommerziellen und kommerziellen Ausstellern an. Obwohl wir seit Ende 2009 nicht mehr im Bund regieren, hat das Interesse von Unternehmen und Verbänden an Ausstellungsfläche nicht nachgelassen. Auch die sog. Rüttgers-Affäre und die Sponsoringaffäre der CDU in Sachsen 2010, in denen mutmaßlich Sponsoren Gesprächszeit mit Politikern gegen Bezahlung angeboten wurde, hat sich nicht negativ auf die Zusammenarbeit ausgewirkt. Die Bundestagsverwaltung hat die Sponsoringpraxis der CDU in Nordrhein-Westfalen geprüft und keinen Verstoß gegen das Parteiengesetz festgestellt. Es fehlten konkrete Anhaltspunkte.

Wir konnten das Ergebnis der Untersuchung nicht nachvollziehen. Um die öffentliche Debatte zu versachlichen, haben wir bei Prof. Dr. Hans Michael Heinig von der Universität Göttingen ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben mit dem Titel *Gutachten zur Bewertung unterschiedlicher Formen der Werbung von Unternehmen auf Parteienveranstaltungen und ähnlicher Formen des Sponsorings nach dem Parteiengesetz*.

Demnach ist Sponsoring von Parteiveranstaltungen parteirechtlich erlaubt, sogar wünschenswert, um die eigenständige Finanzierung zu fördern. Das Angebot politischer Gespräche mit Regierungsmitgliedern sind untaugliche Gegenleistungen im Rahmen eines Sponsoringvertrags. Es handelt sich im Ergebnis dabei nicht um ein Sponsoring, sondern um eine unzulässige Parteispende. Das Parteiengesetz ist da eindeutig.

Wie so häufig, hatte die alle Parteien unter Generalverdacht stellende Berichterstattung zur

Folge, dass eine Änderung des Parteiengesetzes gefordert wurde. Sinnvolle Änderungen, die das Maß an Transparenz erhöhen, z. B. die Veröffentlichungspflicht ab einer bestimmten finanziellen Höhe, würden wir als SPD unterstützen. Voraussetzung wäre, dass eine solche Änderung von einer gemeinsamen Initiative aller im Bundestag vertretenen Parteien getragen würde.

Eine Diskussion um das Sponsoring im Rahmen der Bundesparteitage fand auch innerhalb der SPD statt. Auf dem eintägigen Bundesparteitag 2010 in Berlin haben die Delegierten beschlossen, dass der SPD-Parteivorstand einen Richtlinienkatalog erstellen solle, in welchem ethische und politische Festlegungen für die Auswahl von Sponsoren der SPD-Parteitage getroffen werden.

Der SPD-Parteivorstand hat am 5. September 2011 dazu einstimmig folgende Richtlinie verabschiedet:

Sponsoring – Richtlinie des SPD-Parteivorstands
Sponsoring ist eine zulässige Form der Parteienfinanzierung. Vor dem Hintergrund sinkender Einnahmen und steigender Ausgaben ist Sponsoring für uns unerlässlich.

Unter Sponsoring verstehen wir das Angebot eines werbewirksamen Auftritts an Unternehmen und Verbände. Als Gegenleistung erhalten wir eine finanzielle Leistung oder eine Sach- oder Dienstleistung. Leistung und Gegenleistung müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Es handelt sich, anders als bei einer Spende, um eine geschäftliche Beziehung, die Teil des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs einer Partei ist und der Steuerpflicht unterliegt.

Zum Sponsoring zählt auch die Vermietung von Standfläche für einen Messestand im Rahmen einer Veranstaltung.

Die Präsentation als Aussteller ist die häufigste Form des Sponsorings bei der SPD. Insbesondere zum Gesamtbild eines Bundesparteitags gehört der Ausstellerbereich. Dort stellen sich die Gliederungen der Partei, parteinahe Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sowie Verbände und Wirtschaftsunternehmen vor. Der Ausstellerbereich dient als Kommunikationsplattform für Parteitagsdelegierte, Gäste und die RepräsentantInnen an den Ständen.

Die Mietzahlungen der Aussteller aus dem Bereich der Wirtschaft und deren Verbände tragen dazu bei, den Bundesparteitag finanzieren zu können.

Parteilgliederungen, Verbände und NGOs, die nicht von der Wirtschaft getragen werden, können sich kostenlos präsentieren.

Der Parteivorstand ist bestrebt, eine ausgewogene Mischung zwischen nichtkommerziellen und kommerziellen Ausstellern zu ermöglichen.

Ausschlusskriterien:
Am Beginn jeder Entscheidung über das Erwerben oder Akzeptieren von Sponsoringleistung ist zu prüfen, ob das Unternehmen oder das beworbene Produkt – sein Charakter, seine Herstellungsweise – im Widerspruch zum sozialdemokratischen Programm stehen.

Ausgeschlossen ist eine Zusammenarbeit mit Unternehmen:

- die keine ArbeitnehmerInnenvertretung zulassen
- die keinen Mindestlohn zahlen
- die Kinderarbeit in ihrer internationalen Produktionskette zulassen
- die Verbindungen zur rechtsextremen Szene pflegen
- die überwiegend Rüstungsgüter produzieren
- die überwiegend Atomstrom liefern
- die den gesetzlichen Jugendschutz nicht beachten

Widerstreitende Ansichten über politische Wege und Ziele gehören zu unserer Demokratie und sind kein Ausschlussgrund. Wir stellen uns als Partei gerne der Diskussion. Sinn und Zweck des Ausstellerbereiches ist der Austausch von Informationen und von Argumenten im persönlichen Gespräch.

Werbebeschränkungen
Sexistische und kriegsverherrlichende Inhalte sowie Darstellungen, die das Persönlichkeitsrecht verletzen, werden bei der werblichen Präsentation der Aussteller/Sponsoren nicht geduldet.

Verantwortlichkeiten
Die Liste der Sponsoren/Aussteller wird von der Schatzmeisterin/dem Schatzmeister, in deren/dessen Verantwortung das Sponsoring liegt, dem Präsidium der SPD vorgelegt. Das Präsidium wägt ab und entscheidet über eine mögliche Unvereinbarkeit.

Formale Vorgaben:

- Leistung und Gegenleistung eines Sponsorings werden vertraglich geregelt.
- Es gelten in der Zusammenarbeit die Datenschutzrichtlinien des Parteivorstands.

1.5 Einnahmen aus Vermögen

Einnahmen aus Vermögen erhält die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg). Wurden in der vorangegangenen Berichtsperiode (2007/2008) noch insgesamt 20 Mio. Euro ausgeschüttet, so waren es 2009/2010 noch knapp 18,3 Mio. Euro (alle Angaben jeweils vor Steuern).

Grob die Hälfte dieser Ausschüttungen wurden für den weiteren Abbau der Finanzierungslasten des Willy-Brandt-Hauses aufgewendet, ein weiterer Teil diente der Bedienung der auf die Bruttoausschüttungen entfallenden Steuern bzw. stand unmittelbar für die Parteiarbeit zur Verfügung.

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 % an die Landesverbände und zu 70 % an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses

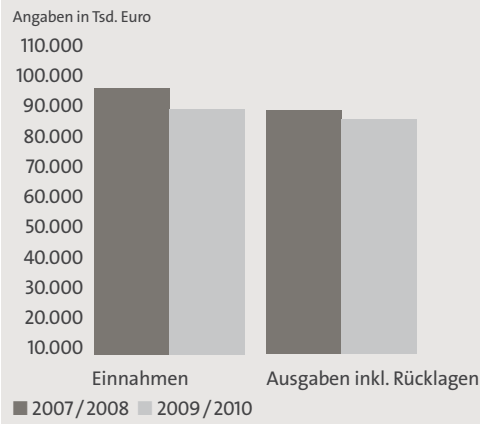
Verhältnis inzwischen 34 % für die Landesverbände und 66 % für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel für die Landesverbände und Bezirke und zu zwei Dritteln für den Parteivorstand. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 % zu 15 % zugunsten der Gliederungen gegenüber.

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

Die Einnahmen deckten im Berichtszeitraum die Ausgaben des Betriebshaushaltes. Die für den Europa- und Bundestagswahlkampf 2013/2014 beschlossenen Rücklagen konnten im Berichtszeitraum gebildet werden:

Einnahmen und Ausgaben im Vergleich



Dennoch standen die Haushalte 2009 und 2010 unter dem Zeichen rückläufiger Einnahmen. So sanken die Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 2009/2010 gegenüber 2007/2008 um ca. 0,9 Mio. Euro.

Verteilung aus staatlichen Mitteln in Tausend Euro

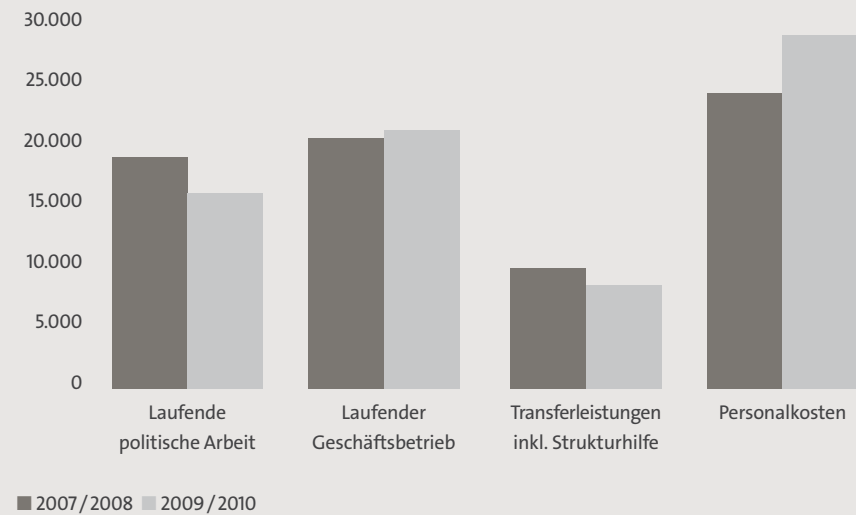
	1991 – 1993 Ø pro Jahr		1994 – 2001 Ø pro Jahr		2002 – 2010 Ø pro Jahr		Veränderungen ggü. 1991 – 1993	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Landesverbände von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302 0		7.403 8.141		5.450 8.923			
LV-Gesamt	13.302	30 %	15.544	33 %	14.373	34 %	1.071	8,1 %
Parteivorstand	30.996	70 %	31.541	67 %	28.459	66 %	-2.573	-8,2 %
SPD-Gesamt	44.298	100 %	47.085	100 %	42.832	100 %	-1.466	-3,3 %
Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. Euro (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. Euro (= 245 Mio. DM), von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. Euro.								



Dr. Barbara Hendricks am Stand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes auf dem Bundesparteitag 2010

Foto: Markus van Offern

Ausgaben im Vergleich



Die Einnahmeverluste konnten durch entsprechende Einnahmen aus Vermögen kompensiert werden.

Die wichtigsten Einnahmen des Parteivorstands sind nach wie vor seine Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstands an den staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 21,3 % (2007/2008: 22,6 %) während der Anteil der staatlichen Mittel 56,3 % betrug (2007/2008: 61,5 %). Insgesamt bestreitet der Parteivorstand mehr als vier Fünftel seiner Einnahmen aus diesen beiden Bereichen.

Im Berichtszeitraum blieben die Aufwendungen gegenüber 2007/2008 nahezu unverändert.

Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit entsprach einem Anteil von 22,6 % (2007/2008: 25,2 %).

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen einem Anteil von 29,3 % (2007/2008: 28,3 %).

Die Entwicklung der Kosten für die EDV ist positiv: nach der Verfünfachung dieses Aufwandes von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. Euro), sanken sie seitdem kontinuierlich. Im Berichtszeitraum betrug der Aufwand für den Haushalt der EDV inklusive Investitionen in einen newsdesk und eine neue Mitgliederverwaltung 6,8 Mio. Euro (2007/2008: 4,8 Mio. Euro).

Die Transferleistungen inklusive Strukturhilfe sind im Berichtszeitraum gegenüber 2007/2008 rückläufig. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 11,0 % (2007/2008: 13,0 %). Die Strukturhilfe macht mehr als die Hälfte der Transferleistungen aus.

Der Anteil der Personalkosten stieg von 33,2 % 2007/2008 auf 37,2 % im Berichtszeitraum 2009/2010.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstands orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein gesundes Verhältnis der Ausgaben für politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Wahlkampfzentrale für den Europa- und den Bundestagswahlkampf 2009 befand sich im Willy-Brandt-Haus. Für beide Wahlkämpfe wurden insgesamt 41,6 Mio. Euro aufgewandt. Dies entsprach dem vorgesehenen Budget.

Im Budget für den Europa- und Bundestagswahlkampf schlugen die Kosten für Anzeigen, Plakatierung, Online-Wahlkampf, Kommunikation sowie Flugblätter und Verteilmaterialien mit insgesamt 23,8 Mio. Euro zu Buche. Ein weiterer großer Bereich waren mit 9,2 Mio. Euro die (Groß-) Veranstaltungen, Zielgruppen- und Themenarbeit sowie Forschung.

An Gliederungen wurden 4,4 Mio. Euro ausbezahlt. Die restlichen Mittel wurden für den Geschäftsbetrieb und Personalkosten verwandt.

Die Haushaltsführung des Parteivorstands für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Desweiteren prüfte die Kontrollkommission laufend die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstands.

2.1. Mitgliederverwaltung

Im Januar 2010 wurde die neue Mitgliederverwaltung, MAVIS II, in Betrieb genommen. Die

Anwendung beruht auf einer Software, die die SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) bereits nutzt. Zur Pflege und Weiterentwicklung wurde eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der SPÖ geschlossen.

Die Einführung der MAVIS II und ihre Anpassung an zahlreiche Besonderheiten erfolgte nicht reibungslos. In einer intensiven Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den Gliederungen wurden diese Probleme Schritt für Schritt angegangen. Es wurde eine Begleitgruppe eingesetzt, die in mehreren Sitzungen eine Anforderungsliste erstellt hat, die nun nach und nach abgearbeitet wird.

Im gesamten Bundesgebiet wurden verschiedene Schulungen angeboten, die insgesamt gut angenommen wurden.

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände

Auch in den Jahren 2009 und 2010 haben die Mitglieder der alten und neuen Landesverbände einen Solidarbeitrag von 26 Cent je Monatsbeitrag geleistet, um damit die Organisationsstrukturen in den ostdeutschen Landesverbänden zu sichern. Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände auf diesem Weg 3,1 Mio. Euro im Berichtszeitraum.

Darüber hinaus leistete der Parteivorstand eine ergänzende Strukturhilfe aus seinem Betriebshaushalt. Sie belief sich auf je 750.000 Euro in den Jahren 2009 und 2010. Auch in den folgenden Jahren werden die ostdeutschen Landesverbände auf Strukturhilfe angewiesen sein.

4. Der Unternehmensbereich

4.1 Immobilienverwaltung

Konzentration GmbH und Grundstücksgesellschaften

Der Grundbesitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist Treuhandbesitz der Konzentration GmbH und weiterer Gesellschaften. Das wirtschaftliche Eigentum an allen Grundstücken liegt gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Organisationsstatuts der SPD bei ihrem Parteivorstand. Der Immobilienbesitz wird im Rechenschaftsbericht der SPD in der Spalte *Haus- und Grundvermögen* mit allen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Neben der Konzentration und der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH bestehen zur Zeit sieben weitere Kapitalgesellschaften, drei Personengesellschaften, drei



Einweihung der Otto-Wels-Gedenkstele

Fotos: Jörg Hüster



Hauseinweihung in Hof

Foto: Konzentration GmbH

Vereine und die Treuhandbesitzgesellschaften in Hannover und Frankfurt, die über Immobilienvermögen der SPD verfügen.

Ihren Weg der nachhaltigen Verstetigung, Entwicklung und Verwaltung des Immobilienvermögens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands konnte die Konzentration im Berichtszeitraum erfolgreich fortsetzen.

Die Immobilien aus einem Landesverband und einem weiteren Bezirk der Partei sind in die Vollverwaltung der Konzentration übernommen worden. Sie sind jetzt im Immobilienverwaltungs- und Buchhaltungsprogramm der Konzentration erfasst und unterliegen in Abstimmung mit den Entscheidungsträgern vor Ort der Kontrolle und Steuerung der Immobilienfachkräfte in Berlin.

In der Grundstücksentwicklung hat die Konzentration im Berichtszeitraum im Wesentlichen das Objekt Von-der-Tann-Straße 1 in Hof von Grund auf modernisiert und voll vermietet. Darüber hinaus wurde von der Konzentration die Immobilie in Jena entwickelt und teilsaniert. Die Modernisierung und der Umbau dieses Objektes werden zurzeit abgeschlossen.

Treuhandeigentlich handelnd für den Parteivorstand hat die Konzentration das Erbe des Genossen Ernst Malis – den Miteigentumsanteil an einem Grundstück mit Wohngebäude in Annaberg-Buchholz in 2009 – angenommen. Zudem hat die Konzentration das Dauernutzungsrecht an Flächen des Dr.-Julius-Leber-Hauses in Lübeck übernommen.

Wesentliche Aufgabe der Konzentration im Berichtszeitraum war die Förderung der laufenden Restitutionsverfahren. Abgeschlossen wurden die Verfahren auf Restitution und/oder Entschädigung für den Verlust der

Arbeiter- und Sportvereine, aber auch für Volkshäuser und Heime. Der Abschluss der weiter offenen Verfahren wird in nächster Zukunft erfolgen.

In Berlin-Friedrichshagen konnte die Konzentration in 2009 die Otto-Wels-Gedenkstele in der Bölschesstraße in Front der Sankt Christophoruskirche aufstellen. Die Stele wurde in Anwesenheit des ehemaligen Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Gerhard Schröder der Öffentlichkeit übergeben.

4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin

Die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB) verwaltet treuhänderisch für die Partei das Willy-Brandt-Haus in Berlin. Der Bau des Hauses in den Jahren 1992 bis 1996 wurde fast vollständig über Hypothekendarlehen finanziert. Sie summierten sich bis Ende 1996 auf insgesamt 49 Mio. Euro. Die Baukosten betrugen insgesamt ca. 56 Mio. Euro.

Seit 1999 werden die aufgelaufenen Darlehen getilgt, wozu Ausschüttungen aus dem sonstigen Unternehmensbereich – Dividenden der ddvg – herangezogen werden. Die Tilgung verläuft weiterhin planmäßig: Zum 31.12.2009 verblieben Bankverbindlichkeiten in Höhe von 23,8 Mio. Euro (Vorjahr: 25,8 Mio. Euro). Zum Jahresende 2010 betrugen die Verbindlichkeiten noch 21,7 Mio. Euro.

Wie im vorangehenden Finanzbericht (2007/2008) angekündigt, wurde das in den vergangenen beiden Jahren günstige Zinsniveau genutzt, um einen Teil der Bankverbindlichkeiten umzuschulden und damit eine verlängerte Zinsbindung bis 2021 auf niedrigem Niveau zu erreichen. Für einen erheblichen Teil der Darlehensverbindlichkeiten gilt noch eine Zinsbindung bis 2014. Sie



SPD Haus in Jena

sollen ab 2012 über entsprechende Forward-Darlehen ebenso gesichert werden, sofern die Lage an den Finanzmärkten das zulässt.



Ausstellungseröffnung Johannes Heisig



Foto: Holger Biermann

Eröffnung der Ausstellung zu Ehren von Hans-Jochen Vogel

Der laufende Unterhalt des Hauses wird aus einem Nutzungsentgelt des Parteivorstands, Mieteinnahmen von Drittmietern und Einnahmen aus dem Kongress- und Veranstaltungsbetrieb finanziert. Dabei machen aktuell – und vermutlich auch in den nächsten Jahren – steigende Instandhaltungskosten eine fortlaufende Anpassung der Investitionspläne erforderlich.

In der Hauptsache wird es jedoch weiterhin auf die Dividenden der ddvg auch in den Folgejahren ankommen, um das Haus schließlich frei von Bankschulden nutzen zu können.

Das Willy-Brandt-Haus ist nicht nur Sitz des Parteivorstands, sondern auch ein Veranstaltungszentrum und Ort kultureller Kommunikation. Dazu tragen nicht zuletzt die Veranstaltungen und Ausstellungen bei, die vom Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. realisiert werden.

Einen aktuellen Überblick liefert:
www.Willy-Brandt-Haus.de



Beteiligungen der ddvg

4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Losgelöst von den Schwankungen der Konjunktur zeigte sich die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin (ddvg) in den Jahren 2009 und 2010 erneut in robuster Verfassung.

Die Betriebsergebnisse lagen bei 19,4 Mio. Euro (2009) und 20 Mio. Euro (2010) auf einem nachhaltigen hohen Niveau.

Mit ihren Ausschüttungen an die SPD als Gesellschafterin in Höhe von jeweils 7,7 Mio. Euro (Liquiditätszufluss bei der SPD nach Steuern: 6,5 Mio. Euro) konnte die ddvg wie in den Vorjahren ihren Beitrag für eine solide Finanzstruktur der SPD leisten.

Die Jahresergebnisse von 4,2 Mio. Euro (2009) und – 14,3 Mio. Euro (2010) sind ausschließlich Sondereffekten geschuldet: Insbesondere zählen hierzu Wertberichtigungen und Darlehensverzichte mit Bezug zum Druck- und Verlagshaus Frankfurt a.M. GmbH (*Frankfurter Rundschau*), um bei diesem Unternehmen die Eigenkapitalsituation nachhaltig zu verbessern.

Die positive Entwicklung des Unternehmens findet auch im operativen Cashflow ihren Niederschlag: mit 12,2 Mio. Euro (2009) und 19,2 Mio. Euro (2010) verfügt die ddvg über einen exzellenten Liquiditätsstatus. Entsprechend fallen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 1,0 Mio. Euro (2009) bzw. 2,5 Mio. Euro (2010) erfreulich gering aus.

Im Beteiligungskreis der ddvg gab es in den Jahren 2009 und 2010 nur geringfügige Änderungen:

- Ende 2009 hat die ddvg 10 % der Anteile an der Tredition GmbH erworben.
- Der Buchverlag für Berlin und Brandenburg (vbb) wurde in einem Management Buy Out auf den bisherigen Verlagsleiter übertragen. Die ddvg bleibt mit der vorwärts buch Verlagsgesellschaft mbH im Buchverlagssektor engagiert.
- Die Anteile an der Ökotest Holding AG wurden von 64,1 % auf 65,67 % ausgebaut.
- In der neugegründeten ddvg Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH werden die Rundfunkengagements der ddvg gebündelt.

Die stabile Situation der ddvg ist nicht nur angesichts der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre, sondern auch vor dem Hintergrund des Strukturwandels in der Medien- und Tageszeitungsbranche von besonderem Wert. Dieser Strukturwandel hat sich in den

Jahren 2009 und 2010 nicht nur fortgesetzt, sondern wurde durch die rezessiven Tendenzen beschleunigt.

Kennzeichen des Wandels in der Print-Medienlandschaft sind

- sinkende verkaufte Auflagen:
Dies ist einerseits dem demografischen Wandel geschuldet, andererseits aber auch der Tatsache, dass vor allem Jüngere in geringerem Umfang Zeitung lesen als die Vorgängergenerationen.
- Druck auf die Anzeigenerlöse:
Zwar konnte insbesondere der Stellenmarkt in 2009 und 2010 konjunkturbedingt wieder zulegen, für die übrigen Rubriken (insbesondere Immobilien und KFZ) hat sich jedoch der Trend der Verlagerung ins Onlinegeschäft fortgesetzt. Unter dem Strich verlor die Gattung Tageszeitung auch 2009 und 2010 erneut Anteile am Werbemarkt.

- sinkende Mengen und Margen im Druckgeschäft.
Die Zunahme onlinebasierter Kommunikation führt zu sinkenden Druckvolumina. Die Druckumsätze im Druckereigewerbe waren mit -9 % (2009) und -5 % (2010) deutlich rückläufig. Das Überangebot an Druckkapazität, das durch erhebliche technische Weiterentwicklungen im Druckbereich noch erhöht wurde, führt zu einem rasanten Preisverfall.

Die ddvg begegnet diesen Herausforderungen insbesondere mit einem vorausschauenden Kostenmanagement. In den vergangenen Jahren spielte hierbei zwingend leider auch der Abbau von Arbeitsplätzen eine Rolle. Die ddvg hat stets darauf gedrungen, etwaige erforderliche Prozesse so frühzeitig einzuleiten, dass alle Maßnahmen sozialverträglich umgesetzt werden konnten. Die Möglichkeiten der Kostenreduktion durch Personalabbau sind nach und nach ausgereizt. Der weiter bestehende Kostendruck führt vielfach zu einer Flucht aus dem bestehenden Tarif – hier sind die Tarifparteien gefordert, neue zukunftstaugliche Tarifstrukturen zu vereinbaren, die langfristig finanzierbar bleiben.

Die Unternehmens-Strategie der ddvg basiert nicht ausschließlich auf Kostensenkungen, sondern umfasst weitere drei zentrale Elemente:

- Steigerung der redaktionellen Qualität. Die in 2009 durch die ddvg initiierte Expertise des *Instituts für praktische Journalismusforschung* (IPJ) wird in Form von Workshops bei einer Reihe von Beteiligungsunternehmen präsentiert. Da mit wird unverändert das

Ziel verfolgt, den Platzvorteil der lokalen und regionalen Kompetenz der Tageszeitungen gegenüber anderen Mediengattungen auszuspielen.

- Erlössteigerung durch neue Geschäftsfelder. Lokale Kompetenz und örtliche Nähe liefern den Regionalzeitungen die Möglichkeit, Geschäftsfelder jenseits des klassischen Verlagsgeschäfts zu eröffnen. Jene Verlage, die diesen strategischen Ansatz konsequent verfolgen, erwirtschaften bereits heute auf einen Euro Verlagsergebnis zusätzlich (bis zu) 45 Cent.
- Investitionen in die digitale Nachrichtenübermittlung. Investition in digitale Produkte wird mehr und mehr das beherrschende Thema der Regionalzeitungsverlage. Bereits im Jahr 2005 hatte die ddvg ein Symposium veranstaltet, das sich mit der Frage beschäftigte, inwieweit zukünftig mobile digitale Plattformen das *Medium Papier* – wenn auch nicht ersetzen – so doch zumindest ergänzen könnten. Zwischenzeitlich ist diese Frage durch iPhone und iPad längst beantwortet. Sämtliche Zeitungsverlage, an denen die ddvg beteiligt ist, sind bereits auf diesen Plattformen mit einem Angebot präsent – oder werden es in Kürze sein.

Doch es stellt sich nicht nur die Frage nach *App-Angeboten*, sondern auch danach, wie die User / Leser die neuen Digitalangebote nutzen werden und wie neue technische Möglichkeiten sinnvoll von Verlagen genutzt werden können. Um bei diesen Themen am Ball zu bleiben, organisiert die ddvg in regelmäßigem Abstand Workshops, die sich mit den Nutzererwartungen und -gewohnheiten sowie technischen Neuerungen auseinandersetzen. Essentielle Ergebnisse dieser Workshops werden aktuell bei einer Beteiligungsgesellschaft einem Praxistest unterzogen.

Gleichwohl gilt nach wie vor: trotz enormer Anstrengungen im Digitalsegment ist es bis heute nicht gelungen, ein wirtschaftlich tragfähiges Geschäftsmodell für die Digitalangebote der Verlage zu entwickeln. Dies zu erreichen, bleibt ein wichtiges Ziel für die nahe Zukunft.

Die insbesondere in den Jahren 2008 und 2009 vollzogenen Anteilsverkäufe und Übernahmen in der deutschen Verlagslandschaft (u.a. Übernahme nahezu sämtlicher Regionalzeitungsbeteiligungen des Axel-Springer-Verlages durch Madsack und Erwerb des Berliner Verlags durch Verlag M. DuMont Schauberg) sind noch nicht das Ende einer Neusortierung der deutschen Regionalzeitungslandschaft. Die Konsolidierung der

Branche wird zu weiteren Bewegungen führen. Insbesondere die Struktur mancher Verlage als breit gestreute Familiengesellschaften dürfte Schwierigkeiten bereiten, etwaige Durststrecken im Hinblick auf geringere Ausschüttungen und die erforderlichen Investitionen zu bewältigen. Hinzu tritt die ungeklärte Nachfolge mancher Verlegerfamilie.

Das Schicksal einiger US-amerikanischer Landstriche oder Städte, deren Tageszeitung geschlossen wurde, droht in Deutschland zurzeit nicht. Aber es besteht nach wie vor ein hohes Risiko für den Bestand einer vielfältigen, unabhängigen und stabilen Verlagslandschaft und damit letztlich für die Rolle der Medien in einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

Gerade in einer Umbruchsituation bedarf es langfristig und nachhaltig agierender Akteure, für die Zeitungen etwas anderes sind als bloße Renditeobjekte. Die ddvg zählt sich als Unternehmen mit über 140-jähriger Tradition zu den Akteuren im Markt, die mit einem verlegerischen Hintergrund stabilisierend und qualitäts- und vielfaltsichernd wirken.

Die Sanierung der Frankfurter Rundschau (FR) ist durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise deutlich erschwert worden. Die Kooperation der FR mit der Berliner Zeitung und anderen Titeln des DuMont-Konzerns hat sich als positiv erwiesen, so dass nachhaltig Kosten reduziert werden konnten, ohne negative Auswirkung auf die Qualität der Zeitung. Mit der Entwicklungen der iPad-App der FR ist es gelungen, einen deutlichen Kompetenzvorsprung gegenüber anderen Zeitungsverlagen zu erringen.

Die weiteren Medienbeteiligungen der ddvg konnten ihre Position festigen. So hat sich z.B. die Verlagsgruppe Hof/Coburg/Suhl in einem strukturschwachen Umfeld sehr gut behauptet und konnte ihre Ergebnisse deutlich steigern. Die Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG hat sich auf erfreulich hohem Niveau sehr stabil entwickelt – besonderer Beachtung bedarf, dass dieses Unternehmen aufgrund seiner Diversifikation einen nicht unerheblichen Teil seines Ergebnisses jenseits des Tageszeitungsgeschäfts, z. B. im Postbereich oder Messengeschäft, erwirtschaftet.

Der *SPD-ReiseService* hat seine Strategie der erweiterten Produktpalette fortgeführt. Nach einem rezessionsbedingten Rückgang der Buchungen für kostenträchtigere Reisen in 2009 ging es 2010 weiter aufwärts. In 2010 haben nahezu 7.000 Personen das vielfältige Urlaubsangebot genutzt.



FR-iPad-App

Apple, the Apple Logo and iPad are Trademarks of Apple Inc., registered in the U.S. and other countries. Appstore and AppleCare are Service marks of Apple Inc.

Tiv@la hatte im Berichtszeitraum einerseits mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und andererseits mit zunehmender Produktpiraterie zu kämpfen. Dies führt zu einer Verlagerung der Aktivitäten weg von Konsolenspielen hin zu internetbasierten und damit kopiersicheren Angeboten.

Die zur Unternehmensgruppe gehörenden Akzidenzdruckereien operieren in einer tiefgreifenden und für viele Betriebe existenzbedrohenden Branchenkrise. Der in der Vergangenheit eingeschlagene Weg, durch Fusionen die Zukunftschancen zu verbessern, hat sich bewährt. Darüberhinaus wird es auch erforderlich sein, die Angebotspalette der Druckereien vom reinen Printprodukt hin zu Dienstleistungsangeboten, z. B. im Bereich des Content-Management zu entwickeln, um dem Strukturwandel in dieser Branche erfolgreich zu begegnen.

Der Bereich Handel und Service, in dem der Papierhandel (HPPV), Werbemittelverkauf und Merchandising (IMAGE), Buchhandel (vorwärts-Buchhandlung) sowie EDV- und Verwaltungsservice (Office Consult) zusammengefasst werden, leistet unverändert einen stabilen Beitrag zum Unternehmensergebnis der ddvg.

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2009

	SPD		CDU		CSU		CDU / CSU		GRÜNE		FDP		DIE LINKE	
EINNAHMEN	EURO	%	EURO	%	EURO	%	EURO	%	EURO	%	EURO	%	EURO	%
Mitgliedsbeiträge	46.027.049	26,56	41.364.798	25,42	9.353.810	22,29	50.718.608	24,78	5.982.321	19,58	7.846.408	18,14	9.989.024	36,64
Mandatsträgerbeiträge und ähnl. regelm. Beiträge	22.283.768	12,86	18.407.988	11,31	2.999.688	7,15	21.407.676	10,46	5.708.424	18,69	2.572.146	5,95	2.683.782	9,84
Spenden von nat. Pers.	14.545.070	8,39	26.170.350	16,08	4.956.805	11,81	31.127.155	15,21	4.525.980	14,81	10.388.101	24,02	2.700.234	9,91
Spenden von jur. Pers.	4.217.400	2,43	14.949.356	9,19	4.113.771	9,80	19.063.127	9,31	919.025	3,01	5.796.974	13,40	177.526	0,65
Einn. aus Unternehmens-tätigkeit u. Beteiligungen	10.131.842	5,85	1.256	0,00	0	0,00	1.256	0,00	725	0,00	417.622	0,97	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	10.926.525	6,30	4.042.517	2,49	518.510	1,24	4.561.027	2,23	259.490	0,85	399.516	0,92	312.794	1,15
Einn. aus Veranstalt., Ver-trieb von Druckschr. etc.	18.001.044	10,39	14.188.383	8,72	7.990.722	19,04	22.179.105	10,83	914.527	2,99	2.967.178	6,86	248.645	0,92
Staatliche Mittel	39.637.451	22,87	41.905.937	25,75	11.708.611	27,90	53.614.548	26,19	11.095.447	36,32	12.644.177	29,23	10.705.922	39,27
Sonstige Einnahmen	7.550.397	4,35	1.695.260	1,04	329.058	0,77	2.024.318	0,99	1.145.492	3,75	221.623	0,51	442.460	1,62
GESAMT	173.320.546	100,00	162.725.845	100,00	41.970.975	100,00	204.696.820	100,00	30.551.431	100,00	43.253.745	100,00	27.260.387	100,00
AUSGABEN														
Personalausgaben	51.270.477	24,62	44.599.477	22,27	9.815.778	21,93	54.415.255	22,21	9.934.793	26,82	5.157.715	10,01	9.460.516	28,02
Lauf. Geschäftsbetrieb	27.839.487	13,37	30.702.149	15,33	7.122.396	15,91	37.824.545	15,44	5.232.150	14,12	9.787.684	19,00	4.346.033	12,87
Allg. politische Arbeit	34.724.709	16,68	30.932.115	15,45	12.979.703	29,00	43.911.818	17,92	5.754.573	15,53	9.520.391	18,49	5.765.328	17,08
Wahlkämpfe	84.885.123	40,77	87.998.909	43,95	14.386.281	32,14	102.385.190	41,79	15.597.350	42,10	25.584.098	49,68	14.106.248	41,79
Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	8.821.652	4,24	2.234.788	1,12	0	0,00	2.234.788	0,91	405.211	1,10	163.106	0,32	4.283	0,01
sonstige Zinsen	496.377	0,24	391.850	0,20	297.851	0,67	689.701	0,28	7.411	0,02	1.216.086	2,36	13.703	0,04
sonstige Ausgaben	172.324	0,08	3.379.206	1,69	157.922	0,35	3.537.128	1,45	116.096	0,31	70.544	0,14	64.329	0,19
GESAMT	208.210.149	100,00	200.238.494	100,00	44.759.931	100,00	244.998.425	100,00	37.047.584	100,00	51.499.624	100,00	33.760.440	100,00
Überschuss / Defizit	-34.889.603		-37.512.649		-2.788.956		-40.301.605		-6.496.153		-8.245.879		-6.500.053	
Reinvermögen	154.747.514		147.054.705		24.003.621		171.058.326		20.337.526		-934.551			

II. Finanzen der Gesamtpartei für das Jahr 2009 im Vergleich

Es werden die Daten aus dem Rechenschaftsbericht des Jahres 2009 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2010 noch nicht veröffentlicht sind.

Die Einnahmen der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2009 auf 173,3 Mio. Euro. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe von 204,7 Mio. Euro.

Während bei der SPD die Mitgliedsbeiträge mit 26,6 % den größten Einnahmeposten bil-

den, stellen bei der CDU mit 25,8 % und bei der CSU mit 27,9 % die staatlichen Mittel die größte Einnahmeposition dar. Rechnet man Mitglieds- und Mandatsträgerabgaben zusammen, so finanziert sich die SPD zu 39,4 % aus Beiträgen, die CDU zu 36,7 % und die CSU zu 29,4 %.

Somit sind die Zahlungen unserer Mitglieder- und Mandatsträger weiterhin unsere entscheidende Einnahmequelle.

Die SPD erhält im Vergleich zu den Unionsparteien und der FDP sehr viel weniger Spenden. Das trifft besonders für Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen zu. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus.

Die Unionsparteien haben Spenden (natürliche und juristische Personen) in Höhe von ca. 50,2 Mio. Euro erhalten, während die SPD Spenden in Höhe von 18,8 Mio. Euro erhalten hat, wobei diese für uns recht hohe Summe nicht zuletzt durch das Wahljahr zu erklären ist. Bei der FDP sind 16,2 Mio. Euro Spenden eingegangen.

Bericht der Kontrollkommission

Zur Arbeit der Kontrollkommission im Berichtszeitraum 2009 / 2010:

Nach dem Organisationsstatut wählt der Parteitag zur Kontrolle des Parteivorstands die neun Mitglieder der Kontrollkommission. Die Kontrollkommission selbst wählte Christa Randzio-Plath nach dem Parteitag 2009 als ihre Vorsitzende und Brigitte Reckmann als stellvertretende Vorsitzende.

Die Kontrollkommission ist nach § 31 des Organisationsstatuts mit der Kontrolle des Parteivorstands sowie für die Behandlung von Beschwerden über den Parteivorstand für die Zeit zwischen den Parteitagten betraut. Die Überwachung der Einnahmen und Ausgaben des Parteivorstands, die Entwicklung des Parteivermögens, die Finanzplanung, die Aufstellung des Betriebshaushaltes, die Mittelfristige Finanzplanung, die Wahlkampfplanung und -durchführung sowie die Kontrolle der Tätigkeit des Parteivorstands stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Dabei soll durch die Zusammenarbeit mit der Parteiführung der Einsatz der finanziellen und sonstigen Ressourcen zur Durchsetzung der Parteitagsbeschlüsse erreicht werden.

Vierteljährlich finden Sitzungen statt. Kontrollen kostenwirksamer Entscheidungen, die Bewertung geplanter Maßnahmen des SPD-Parteivorstands und die Prüfung damit verbundener Risiken sowie Fragen der Parteienfinanzierung und des Unternehmensbereiches standen neben den Vierteljahresprüfungen auf der Tagesordnung.

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein ganz besonderes Maß an Unabhängigkeit verfügt. Andererseits heißt das aber auch, dass die SPD ihre finanziellen Mittel aus alternativen Quellen beziehen muss. Hierzu leistet der Unternehmensbereich der SPD, der in fast 150 Jahren Parteigeschichte aufgebaut wurde, weiterhin einen soliden Beitrag. In 2009 konnte die SPD Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen in Höhe von 10 Mio. Euro verzeichnen, wenngleich diese den Vorsprung der Unionsparteien bei den Spenden bei weitem nicht ausgleichen kann.

Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2009 auf 208,2 Mio. Euro. CDU und CSU zusammen verzeichneten Ausgaben in Höhe von fast 245 Mio. Euro.

In den Jahren 2009 bis 2011 befasste sich die Kontrollkommission mit der zunehmend schwierigen Einnahmenlage der Partei und erörterte die mittelfristige Finanzplanung auch im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl. Die Kontrollkommission unterstreicht, dass wegen der im Verhältnis zu anderen Parteien schwierigen Spendensituation besonderer Wert auf Mitgliederwerbung, Beitragsehrlichkeit und die Abgabenehrlichkeit der Mandats-, Amts- und Funktionsträger gelegt werden muss. Die Beiträge sind auch die Grundlage für die Einnahmen nach dem Parteiengesetz.

Insbesondere nach der Wahlniederlage 2009 standen die Konsolidierung des Haushalts, die politische Prioritätensetzung, die gestiegenen Anforderungen an das WBH durch die Gliederungen sowie die mittelfristige Finanzplanung im Vordergrund der Arbeit. Trotz großer Bedenken wegen der Finanzlage unterstützte die Kontrollkommission den Parteivorstand bei seinem Entschluss im März 2010, politisch in die Parteiarbeit zu investieren und Veranstaltungen wie z. B. die Zukunftswerkstätten durchzuführen, um die SPD wieder aufzurichten. Allerdings mahnte die Kontrollkommission in den Sitzungen mit Schatzmeisterin, Bundesgeschäftsführerin und Generalsekretärin sowie dem SPD-Parteivorsitzenden immer wieder eine strukturierte Perspektive im Umgang mit den Ressourcen angesichts strukturell bedingter rückläufiger Einnahmen an.

In jeder Sitzung der Kontrollkommission wurden Sparmaßnahmen erörtert, um die Kampagnenfähigkeit der SPD durch Mittelumstellung aufrecht zu erhalten. Kampagnenkosten wurden auf ihren effektiven Mitteleinsatz

37,9 % der gesamten Ausgaben der SPD wurden für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb aufgewendet.

Der Anteil der Ausgaben für Wahlkämpfe ist in 2009 mit dem Europa- und dem Bundestagswahlkampf hoch, die SPD hat für Wahlkämpfe 84,9 Mio. Euro ausgegeben, die CDU 87,9 Mio. Euro.

Die SPD verfügt über ein Reinvermögen in Höhe von 154,7 Mio. Euro. Bei den Besitzposten entfallen 112,7 Mio. Euro auf Haus- und Grundvermögen.

überprüft. Das gilt auch für die vielen Kommissionen, Foren, Arbeitskreise. Auch die Qualifizierungsmaßnahmen für Hauptamtliche und Ehrenamtliche wurden erörtert sowie die Ausgaben der Arbeitsgemeinschaften, der Pressearbeit, für intern und die internationalen Engagements der SPD.

Zur Arbeit der Kontrollkommission gehört auch die Vergabep Praxis bei Krediten und Zuschüssen an Gliederungen. Die Kontrollkommission fordert und kontrolliert eine transparente, begründete und gleichmäßige Vergabe von Mitteln an Gliederungen.

Über die Tätigkeit des Unternehmensbereiches der SPD lässt sich die Kommission regelmäßig berichten. Schließlich sind diese Erträge für die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses und zusätzliche politische Aktivitäten erforderlich.

Mitglieder der Kontrollkommission (seit November 2009)

Vorsitzende:
Christa Randzio-Plath (Hamburg)

Stellvertretende Vorsitzende:
Brigitte Reckmann (Gütersloh)

Weitere Mitglieder:
Katrin Budde, MdL (Magdeburg)
Karl Diller (Hermeskeil)
Gerhard Kompe (Dortmund)
Eckart Kuhlwein (Ammersbek)
Heide Mattischeck (Erlangen)
Walter Meinhold (Hannover)
Norbert Wieczorek (Rüsselsheim)

Arbeitsgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen - ASF

Die Arbeit der ASF war 2009 vor allem von den verschiedenen Wahlen sowie vom Bundesparteitag geprägt. 2010 stand die ASF-Bundeskonferenz im Mittelpunkt. Regelmäßige Aktivitäten zum Internationalen Frauentag und zum Equal Pay Day kommen hinzu.

Bundespräsidentenwahl

Der SPD-Parteivorstand nominierte im Mai 2008 Gesine Schwan erneut zur Kandidatin der SPD für die Bundespräsidentenwahl 2009. Der ASF-Bundesvorstand hatte sich bereits vor dieser Entscheidung für eine eigene SPD-Kandidatin und für eine erneute Kandidatur von Gesine Schwan ausgesprochen. Die ASF unterstützte daher Gesine Schwan bei ihrer Kandidatur. Zusammen mit den Jusos hatte die ASF im März 2009 eine Initiative unter dem Motto *Wir für Gesine – Wir wollen die Erste Frau im Staat* gestartet. Die Initiatorinnen konnten prominente Erstunterzeichnerinnen von SPD und Grünen und Gewerkschafterinnen gewinnen. Bedauerlicherweise nahm die Bundesversammlung am 23. Mai 2009 die historische Chance nicht wahr, 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, zum ersten Mal eine Frau als Staatsoberhaupt zu wählen.

Wahlen

Zur Europawahl am 7. Juni 2009 wurde wieder eine Bundesliste der SPD gemäß einem neuen Rechenverfahren aufgestellt. Bei der Wahl erzielte die SPD nur 20,8 % der Stimmen. Unter den 23 Abgeordneten sind 10 Frauen (Frauenanteil 43,5 %). Die Debatte über die Frage einer gemeinsamen Bundesliste oder von Landeslisten für die Europawahl keimte erneut auf. Die Geschlechterquote kann nach Auffassung der ASF jedoch nur mit einer Bundesliste gewährleistet werden.

Im Bundestagswahlkampf hatte sich die ASF besonders für die Themen Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, Mindestlohn und eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstandsfunktionen engagiert. Der damalige Parteivorsitzende Franz Müntefering unterschrieb im März 2009 die *Nürnberger Resolution* und setzte damit ein vielbeachtetes Zeichen für die 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte.

Dies schlug sich auch im Wahlprogramm der Partei nieder. Franz Müntefering, Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und andere standen bei diesen Forderungen an der Seite der ASF und der Frauen in der SPD. Dem Team Steinmeier gehörte Manuela Schwesig mit Zustän-

digkeit für die Familien-, Jugend-, Frauen- und Seniorenpolitik an. Leider spielten diese Themen angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise im Wahlkampf eine eher untergeordnete Rolle. Das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2009 war durch die Bank enttäuschend. Die SPD musste aus der Bundesregierung ausscheiden und ist nun Oppositionspartei. Erstmals hatten die meisten Frauen die Union gewählt. Die SPD hat dort ihre langjährige Vormachtstellung verloren. Bei jungen Frauen hatte die SPD sogar über 20 % an Zustimmung verloren.

Im Berichtszeitraum fanden auch eine Reihe von Landtagswahlen bzw. Bürgerschaftswahlen statt: Hervorzuheben ist die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 09. Mai 2010 mit der SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft. Erstmals wird das Land seitdem von einer Ministerpräsidentin regiert. Hannelore Kraft steht an der Spitze einer paritätisch besetzten Landesregierung.

Bundesparteitag 2009 in Dresden

Auf dem Bundesparteitag in Dresden im November 2009 ist ein Neustart für die Sozialdemokratie erfolgt – inhaltlich und personell. Die ASF hat sich kontinuierlich dafür eingesetzt, dass ihre frauenpolitischen Forderungen in der Partei weiterhin Raum haben, um mehr weibliche Mitglieder für die Partei zu gewinnen, um im gesellschaftlichen frauenpolitischen Umfeld für die SPD und ihre Positionen zu werben und um darauf zu achten, dass bei Personalentscheidungen die Quotenvorgaben eingehalten werden.

Wahlen zum Parteivorstand

Dem neuen Parteivorstand gehören 19 Frauen und 26 Männer an (42,2 %). Die Spitze ist paritätisch mit 4 Männern und 4 Frauen besetzt.

Anträge der ASF zum Bundesparteitag

Eine Reihe von Anträgen, die von der ASF eingebracht bzw. unterstützt wurden, sind vom Parteitag behandelt worden. Im Leitantrag des Parteivorstands IA 1 wurde das Anliegen der ASF, einen Aktionsplan Gleichstellung aufzulegen, aufgegriffen. Der Antrag F 3 Finanzierung von Frauenhäusern wurde an die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen überwiesen. Die SPD-Bundestagsfraktion griff das Anliegen auf, sie legte einen entsprechenden Antrag, ausreichend Frauenhäuser zur Verfügung stellen und deren Finanzierung zu sichern, vor. Die ASF griff auch ein Anliegen der Schwusos auf und brachte zusammen mit anderen den



Antrag I 32 ein: Wir halten Wort – Ergänzung von Art. 3 Absatz 3 Grundgesetz. Ziel ist es, das Merkmal der sexuellen Identität in den Artikel aufzunehmen. Der Antrag wurde vom Parteitag angenommen. Die SPD-Bundestagsfraktion legte im Dezember 2009 einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Der ASF-Antrag zur Quotierung der SPD-Bundesliste zur Europawahl wurde an die organisationspolitische Kommission und den Verantwortlichen des Parteivorstands für die Europäische Union überwiesen. Der Antrag O 24 befasste sich mit der Frauenbeteiligung bei öffentlichen Veranstaltungen der SPD. Zum Selbstverständnis der SPD müsse es gehören, dass Frauen sichtbar und inhaltlich beteiligt sind, wenn die Partei mit Veranstaltungen, Publikationen usw. in die Öffentlichkeit geht. Die Kontrollkommission der SPD wurde mit der Aufgabe betraut, einen Bericht zu verfassen, ob dieses Anliegen umgesetzt wird.

Gleichstellungsbericht

Turnusgemäß legte die ASF-Vorsitzende Elke Ferner dem ordentlichen Bundesparteitag den Gleichstellungsbericht vor. Als Konsequenz aus den Ergebnissen des Gleichstellungsberichts forderte sie die paritätische Beteiligung von Frauen und Männern auf allen Ebenen der SPD ein. In den Spitzenpositionen hapere es noch an der Gleichstellung, kritisiert sie. Gleichstellung der Geschlechter sei „ein Markenzeichen der SPD“, das nicht aufgegeben werden dürfe. Deshalb bleibe die Quote ein Thema der gesamten Partei – nicht nur das der Frauen. Sie hob hervor, dass die SPD bei der Bundestagswahl 2009 bei Frauen in allen Altersgruppen massiv an Stimmen verloren habe, ganz besonders bei den ganz jungen. „Der Frauenbonus der Kanzlerin war offensichtlich größer“. Die auf Gleichheit aufgebaute SPD müsse sich nach Auffassung der ASF-Vorsitzenden dieser Herausforderung stellen und dem Anspruch junger Frauen gerecht werden, die gleiche Teilhabe beider Geschlechter selbstverständlich sicherzustellen.

ASF-Bundeskonferenz 4. – 6. Juni 2010 in Bonn Gleichstellung jetzt!

Die 19. Ordentliche ASF-Bundeskonferenz fand vom 4. – 6. Juni 2010 in Bonn in der Stadthalle Bad Godesberg statt. Sie stand unter dem Motto *Gleichstellung jetzt!* Die Diskussionen rankten sich um die Themengebiete Arbeitsmarktpolitik, Frauen in Führungspositionen, Integration und Feminismus. 140 eingegangene Anträge standen zur Beratung. Unterstrichen wurden

diese Schwerpunkte durch hochkarätige Gäste. Dazu zählten unter anderem SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sowie internationale Gäste der SPE und der SIW wie Zita Gurmai, Pia Locatelli und Barbara Prammer. Bei der Wahl des Vorstands wurde die Bundesvorsitzende Elke Ferner im Amt bestätigt. Als stellvertretende ASF-Vorsitzende wurden Evelyne Gebhardt, MdEP, Barbara Hackenschmidt, MdL und Marianne Wallach wiedergewählt.

Thematische Schwerpunkte

Die politische Tagesordnung wird und wurde bestimmt von den Themen *Mindestlohn, Bekämpfung des Niedriglohns, Entgeltgleichheit von Frauen und Männern sowie mehr Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten*. Die SPD bezieht hier klar Stellung für gesetzliche Maßnahmen und gegen freiwillige Vereinbarungen und Appelle. Inzwischen wurden im Bundestag von der SPD-Fraktion entsprechende Initiativen vorgelegt. Dem Thema der *Gewalt gegen Frauen* widmeten sich Mitglieder des ASF-Bundesvorstands in einem Fachgespräch mit Vertreterinnen der Gewerkschaft der Polizei, der Frauenhauskoordination e. V., des Diakonischen Werks und des Bundesverbands Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe bff. Schwerpunkte bildeten die Weiterentwicklung des Gewaltschutzgesetzes sowie die Frauenhausfinanzierung. Die Ergebnisse flossen in einen Antrag des ASF-Bundesvorstands an die ASF-Bundeskonferenz ein (Antrag *Mit Rechtsanspruch auf Schutz, Hilfe und Unterstützung Gewalt gegen Frauen wirksam begegnen*). Das Thema *Genitalverstümmelung*, unter anderem die Frage eines eigenen Straftatbestandes, war Gegenstand eines Gesprächs mit Fachpolitikerinnen der SPD-Bundestagsfraktion. Die Ergebnisse flossen in einen Antrag zur ASF-Bundeskonferenz ein. Deutliche Position gegen die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die ASF gegen das *Betreuungsgeld* bezogen. Sie unterzeichnete zusammen mit anderen Verbänden einen Offenen Brief zum Betreuungsgeld, der am 2. Dezember 2009 veröffentlicht wurde. „Das Betreuungsgeld ist ein sozial- und gleichstellungspolitischer Rückschritt“, so lautete der Kernsatz des von Profamilia, Zukunftsforum Familie, Deutscher Frauenrat u. a. unterzeichneten Briefs, mit dem sich die Unterzeichnerinnen gegen die von der schwarz-gelben Koalition vereinbarte Einführung eines Betreuungsgelds ab 2013 wandten. Hieran weiterzuarbeiten, bleibt Aufgabe und Herausforderung.

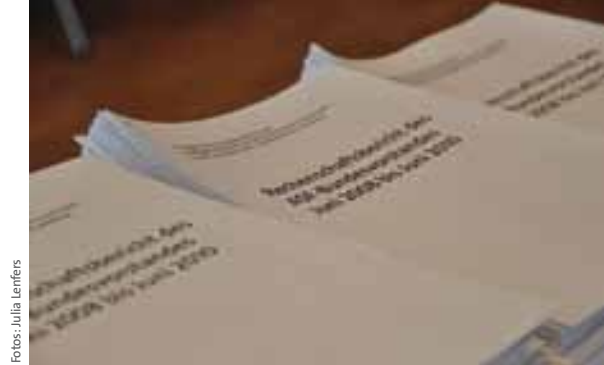
Durch einen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag zum Thema Spätabbrüche wurde die mühsam gefundene Regelung zum § 218

wieder verschärft. Ein Gruppenantrag, der von Christel Humme und Elke Ferner initiiert wurde, fand leider nicht die erforderliche Mehrheit. Im Vorfeld hatte sich der ASF-Bundesvorstand der Initiative von Profamilia und anderer Wohlfahrtsverbände angeschlossen, auf eine Verschärfung der gesetzlichen Regelungen zu verzichten und stattdessen qualifizierte Beratungsangebote für die Schwangeren auszubauen.

Junge Frauen in der SPD

Seit der bitteren Erkenntnis der Bundestagswahl 2009 um den Verlust der Wählerinnen wachsen die Bemühungen und Initiativen gerade von und für *junge Frauen in der SPD*. Die SPD verliert an jungen Frauen – der Frauenanteil an Positionen und Mandaten geht zurück bzw. nimmt vor allem bei der jüngeren Generation ab. Die SPD ist (noch) keine Frauenpartei. Daher gilt es, neue Räume zu schaffen, die junge Frauen in der SPD attraktiv finden und selbst gestalten können. Sie befürworten Strukturen der politischen Partizipation, in denen Entscheidungen gemeinsam gefunden werden können, ohne dabei ständige Präsenz oder Verfügbarkeit zeigen zu müssen. Es gibt vielerorts junge Frauen, die sich gern engagieren wollen, aber auf keine entsprechende Struktur zurückgreifen können. Für die SPD ist die Einbindung von jungen Frauen, die zwar Mitglied sind, die aber aus verschiedenen Gründen (fehlende Infrastruktur, ländliche Gegend, fehlende aktive Ortsvereine oder Arbeitsgemeinschaften vor Ort, fehlende zeitliche Flexibilität, Vereinbarkeit Familie etc.) nicht am aktiven Parteileben teilnehmen, unerlässlich. Sie kann es sich nicht mehr leisten, auf die Potenziale der jungen Frauen weitgehend zu verzichten. Wenn eine Einbindung auf traditionelle Weise nicht (mehr) greift oder funktioniert, sollte man die Errungenschaften der neuen Medien unbedingt nutzen!

Die bisherigen Überlegungen wurden 2010 konkretisiert. In einem Kooperationsprojekt von ASF und Jusos soll ein *Netzwerk Junge Frauen* in der Form einer Internet-Plattform aufgebaut werden. Im Hinblick auf den Wandel der Arbeitskultur hin zu Homeoffice/Telearbeit soll bei ehrenamtlichem Engagement und Parteilarbeit der Fokus auf die Möglichkeiten und Vorzüge der neuen Medien ausgerichtet werden. Es soll ein Netzwerk geschaffen werden, das einen bundesweiten Ideen- und Erfahrungsaustausch unter jungen Frauen gewährleistet. Anregungen, Projektskizzen und Initiativen, aber auch Probleme und Hindernisse, mit denen junge Frauen auf dem parteipolitischen Parkett zu kämpfen haben, sollen in einen Pool einfließen und wie-



ASF-Bundeskonferenz vom 04. – 06.06.2010 in Bonn

der nach draußen gegeben werden, um anderen Impulse zu liefern oder eben, um gemeinsam Lösungsstrategien anzugehen. Für 2011 ist der Start der Internet-Plattform vorgesehen.



ASF-Bundeskonferenz, Stadthalle, Bonn Bad-Godesberg 2010



Die Generalsekretärin besucht die ASF-Bundeskonferenz



Andrea Nahles mit hessischen Delegierten, Bonn 2010



Internationaler Frauentag, Gelsenkirchen 2010



Spitzenkandidatin Hannelore Kraft



Andrea Nahles und Evelyne Gebhardt



Equal Pay Day 2009 Berlin - ASF zeigt Flagge für gleichen Lohn

Internationaler Frauentag

Frauen sind mehr wert! Diesen Anspruch erhob die ASF anlässlich des Internationalen Frauentags 2009. Der inhaltliche Schwerpunkt der dezentralen ASF-Veranstaltungen lag auf dem Thema *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit* und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Frauen - *Gute Arbeit für Frauen*. Unter dem Motto *Gleichstellung jetzt!* feierte die ASF den Internationalen Frauentag 2010 in Gelsenkirchen mit Andrea Nahles und Hannelore Kraft. Dass unter den Gästen nicht nur Parteimitglieder, sondern zahlreiche Vertreterinnen von Verbänden, Frauenbüros, Gewerkschaften und Beratungsstellen waren, bewies wieder einmal die gute Vernetzung der ASF. Unter die Überschrift *Starke Frauen* stellte SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft ihre Positionen. Unter anderem brachte sie die Lohnungleichheit von Männern und Frauen und die 400-Euro-Jobs als „größtes politisches Ärgernis“ zur Sprache. Für die dezentralen ASF-Veranstaltungen und Informationsstände in den Landesverbänden und Bezirken wurden zwei Flyer erstellt zu den Themen: *Gleichstellung in Aktion – nur mit der SPD!* und *Betreuungsgeld verhindern – Kinderbetreuung ausbauen*.

Equal Pay Day – Tag der Entgeltgleichheit

Der 20. März 2009 stand im Zeichen des gemeinsamen Protests eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses gegen Lohnungleichheit und Diskriminierung im Arbeitsleben. Mit vielfältigen Aktionen beteiligte sich die ASF als Mitglied des Deutschen Frauenrats am Aktionsbündnis aus Wirtschaftsverbänden und Frauenorganisationen zum *Equal Pay Day*. Die ASF nutzte den Aktionstag, um auf die vielfältigen Ursachen für die Lohndiskriminierung aufmerksam zu machen.

Am 26. März 2010 sorgten VertreterInnen der SPD, allen voran Elke Ferner und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam mit dem Deutschen Frauenrat und Frauen und Männern von Verdi, vom DGB, dem Sozialverband Deutschland u.a. für ein buntes Bild. Sie protestierten mit roten Taschen gegen die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen. Die ASF präsentierte Hochhalteschilder mit dem Slogan *AKTION GLEICHER LOHN statt: 77% AB SOFORT FÜR FRAUEN 100%*.

Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen – Fahnenaktion 2009 und 2010

Jeweils am 25.11., dem Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen,

wurde vor dem Willy-Brandt-Haus, eine Fahne mit der Aufschrift *Nein zu Gewalt an Frauen – frei leben ohne Gewalt* gehisst. Damit hat die SPD ein sichtbares Zeichen gesetzt. An der Aktion beteiligten sich unter anderem SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, Schatzmeisterin Barbara Hendricks, Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug, die ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner, die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler.

Andrea Nahles wies 2010 darauf hin, dass sich bereits zum dritten Mal der SPD-Parteivorstand an der Fahnenaktion beteiligt. Sie dankte *terre des femmes e. V. – Menschenrechte für die Frau*, die die Fahnenaktion 2001 ins Leben gerufen hat. Die Fahnenaktion sei inzwischen eine Erfolgsgeschichte. Nicht nur am Willy-Brandt-Haus, auch an anderen Orten beteiligt sich die ASF an der Aktion.

Evangelischer Kirchentag 2009 in Bremen

Vom 21. bis 24. Mai 2009 fand in Bremen der 32. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestalteten das Programm aktiv mit. *Mensch, wo bist du?* lautete die Losung des Kirchentags. Die ASF präsentierte sich an einem gemeinsamen Stand mit dem Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD Fragen nach Pro und Kontra zu Themen wie Mindestlohn, Umgestaltung des Ehegattensplittings, Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder oder Gebührenfreiheit des Erststudiums führten zu angeregten Diskussionen. Für die ASF-Bundesvorstandsmitglieder sind die Gespräche am Stand wichtige unmittelbare Impulsgeber für ihr politisches Handeln.

Sozialistische Fraueninternationale (SIW)

Das Treffen am 10. April 2010 fand in der norwegischen Hauptstadt Oslo statt. Thematischer Schwerpunkt war die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern: Herausforderungen und Lösungen. Elke Ferner brachte aus den Begegnungen wichtige Impulse für ihre frauenpolitische Arbeit mit nach Deutschland. Im Vorstand der SIW ist die ASF nicht mehr vertreten.

Frauen in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)

Der Vorstand der SPE-Frauen gehört Karin Junker für die ASF an. Die SPE-Frauen beteiligen sich unter anderem an den von den EU-Institutionen und der Gesamtpartei vorgegebenen Themen, zum Beispiel zur EU-Strategie 2020,



Flyer Gleichstellung in Aktion – nur mit der SPD!

und setzen eigene Themen. Der Internationale Frauentag widmete sich 2010 dem Thema der reproduktiven Gesundheit. Die SPE-Frauen haben zum Frauentag mit dem *Ecosy Feminist Network* der SPE-Jugendorganisation einen Newsletter via Internet verbreitet. Karin Junker lieferte einen Beitrag mit dem Aufruf *Equality Now! (Gleichstellung jetzt!)* zu. Ebenfalls stand die Entwicklung einer *Frauen-*

charta auf dem Programm. Die EU-Kommission stellte zum 8. März 2010 eine *Frauencharta* vor, die jedoch weit hinter den Vorstellungen der SPE-Frauen zurückblieb. Vorbereitet wurden auch die Weiterentwicklung der neuen *Roadmap* für Geschlechtergerechtigkeit der Europäischen Kommission (2011 bis 2015), Strategien für gleiche Beschäftigungschancen und Lohngleichheit sowie ein *Gleichheitsgipfel* zur Bekämpfung von Diskriminierung jeder Art.

Deutscher Frauenrat

Die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenrat war ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des ASF-Bundesvorstands. Der Deutsche Frauenrat bietet Gelegenheit zu Begegnungen mit Frauen aus ganz unterschiedlichen Verbänden und mit ganz unterschiedlichen politisch-gesellschaftlichen Standpunkten und ist deshalb ein wichtiges Forum. Dabei stellt sich immer wieder heraus, dass die frauenpolitischen Positionen der ASF durchaus mehrheitsfähig sind, und dass unsere Arbeitsgemeinschaft bei den anderen Verbänden ein hohes Ansehen genießt.



Equal Pay Day 2010



Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen – Fahnenaktion 2009 vor dem Willy-Brandt-Haus



Der neue ASF-Bundesvorstand, Bonn 2010

Mitglieder des ASF-Bundesvorstands 2010

Wahl auf der ASF-Bundeskongferenz 5. Juni 2010 in Bonn-Bad Godesberg

Vorsitzende

Elke Ferner, MdB, Saar

Stellvertretende Vorsitzende

Evelyne Gebhardt, MdEP, Baden-Württemberg

Barbara Hackenschmidt, MdL, Brandenburg

Marianne Wallach, Nordrhein-Westfalen

Beisitzerinnen

Annegret Ahlers, Bremen

Dr. Agnes Allroggen-Bedel, Rheinland-Pfalz

Fatos Aytulun, Nordrhein-Westfalen

Katrin Behrmann, Hamburg

Eva Brackelmann, Sachsen

Bergit Fleckner-Olbermann, Nordrhein-Westfalen

Regina Haut, Hannover

Dr. Cornelia Klich, Thüringen

Kerstin Mogdans, Sachsen-Anhalt

Ulli Nissen, Hessen-Süd

Dr. Cornelia Östreich, Schleswig-Holstein

Brigitte Pleß, Mecklenburg-Vorpommern

Adelheid Rupp, MdL, Bayern

Dr. Claudia Schöning-Kalender, Baden-Württemberg

Gabriele Stillger, Nordrhein-Westfalen

Sabine Theobald, Saar

Margrit Zauner, Berlin

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD - AfA

Schwerpunkt: Zukunft der Rentenversicherung

Der AfA-Bundesvorstand hat sich intensiv mit Alterssicherungspolitik beschäftigt. Ausgehend von dem beschlossenen Leitantrag des Bundeskongresses 2008 in Kassel hat der Bundesvorstand die Diskussion in mehreren Sitzungen und Expertengesprächen fortgesetzt. Für die AfA muss die gesetzliche Rentenversicherung tragende Säule der Altersversorgung der Menschen bleiben. Aus Sicht der AfA gibt es keine gerechte Alternative zu der gesetzli-

chen Rentenversicherung mit ihren Elementen des sozialen Ausgleichs. In einem Positionspapier und einem Antrag zum Bundesparteitag in Dresden hat der AfA-Bundesvorstand als kurzfristige Forderungen zur Vermeidung von Altersarmut beschlossen:

- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns
- Verbesserung des Erwerbsminderungsrechts
- die Streichung der Dämpfungsfaktoren aus der Rentenanpassungsformel
- die Verbesserung der Bewertung von Zeiten der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit



- die Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten
- die Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre

Auf dem AfA-Bundeskongress 2010 in Potsdam wurden unter Beteiligung von DGB und Wissenschaft vor allem die längerfristigen Reformperspektiven für die Gesetzliche Rentenversicherung als universelles Alterssicherungssystem diskutiert.

Schwerpunkt: Gute Arbeit einfordern – Präkäre und atypische Beschäftigung zurückdrängen

Ebenfalls auf der Grundlage des Leitantrages von 2008 hat der AfA-Bundesvorstand das Thema Gute Arbeit in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt. Im Vordergrund standen die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit zu Tarifflicht und Lohndumping und die Forderung, das Prinzip *Gleiches Geld für gleiche Arbeit* endlich ohne Ausnahme durchzusetzen. Unsere Positionen wurden bereits im Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2009 aufgenommen und in einem Beschluss des Parteivorstands im Januar 2010 noch einmal bekräftigt. Weiter hat sich die AfA für die Abschaffung der befristeten Beschäftigung ohne sachlichen Grund eingesetzt. Diese Forderung wurde im vom Parteivorstand be-

schlossenen Positionspapier *Fairness auf dem Arbeitsmarkt* vom 15. März 2010 und dem Parteitagsbeschluss vom September 2010 übernommen. Bereits seit 2006 fordert die AfA die Einrichtung eines öffentlich verantworteten Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. In sozialdemokratischer Regierungszeit ist dem teilweise bereits durch die Einführung des Kommunal-Kombis und des Beschäftigungszuschusses entsprochen worden. Die SPD hat diese Forderung nach einem sozialen Arbeitsmarkt nun mit der Positionierung in dem Beschluss *Fairness auf dem Arbeitsmarkt* weiterentwickelt.

Wahlkämpfe

Europawahlkampf

Die AfA hat sich mit einem zentralen Arbeitnehmerwahlaufruf und dezentralen Veranstal-

tungen am Europawahlkampf beteiligt. Der Wahlaufruf wurde von vielen Europäischen Betriebsräten unterschrieben. Im Zentrum stand die Forderung, die Europäische Union zu einer Sozialunion weiter zu entwickeln. Am 29. Mai 2009 führte der AfA-Bundesvorstand eine Betriebsrätekonferenz zu europäischen Themen in Saarbrücken durch.

Bundestagswahlkampf

Die AfA hat sich mit vielen dezentralen Betriebsrätekonferenzen am Bundestagswahlkampf beteiligt. In den meisten Bundesländern fand eine solche Konferenz statt. Seitens des AfA-Bundesvorstands wurde ein zentraler Arbeitnehmerwahlaufruf initiiert. Den Aufruf haben 30 Kolleginnen und Kollegen aus Konzern- und Gesamtbetriebsräten verschiedener Unternehmen und Betriebe unterzeichnet. Der Aufruf wurde überwiegend über das Internet verbreitet. Im Zentrum unserer Forderungen stand, dass gerechte Einkommen, Mindestlöhne, gute Arbeitsbedingungen und starke Arbeitnehmerrechte nur mit einer starken SPD zu verwirklichen sind. Über die AfA wurde die Beteiligung vieler prominenter Betriebsräte auf Wahlkampfkundgebungen der SPD organisiert.

AfA Bundeskongress 2010

Unter dem Motto *Vorwärts und nicht vergessen: Gute Arbeit – Sicherheit – Mitbestimmung* diskutierten vom 16. bis 18. April 2010 250 Delegierte in Potsdam über zentrale Arbeitnehmerthemen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Beschlüsse zum Themenkomplex *Gute Arbeit* und *Zukunft der Rentenversicherung*. Bei den Neuwahlen zum AfA-Bundesvorstand wurde der AfA-Bundesvorsitzende Ottmar Schreiner in seinem Amt bestätigt.

Organisation

Die letzte Abfrage zum Stand der Betriebsorganisation bei den Landesverbänden und Bezirken hat ergeben, dass in 244 von 422 Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen bestehen. Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 438 Betriebsgruppen bestehen. Hinzu kommen 126 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden.

Der AfA-Bundesvorstand hat 2010 eine Projektgruppe beauftragt, mittels einer Befragung in allen Unterbezirken eine Bestandsaufnahme der AfA-Organisation durchzuführen. Die Befragung wurde im Frühjahr 2011 begonnen.

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Erfahrung packt an!

Wahlkämpfe

2009 war geprägt durch die zahlreichen Aktivitäten der älteren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zum Europa- und Bundestagswahlkampf. Im Februar traf der 60 plus-Bundesvorstand mit dem damaligen BGF Kajo Wasserhövel und seinen MitarbeiterInnen zusammen, um für die Wahlkampagnen Inhalte und Anspracheformen zu besprechen, die sich gezielt an das für die SPD wichtige ältere Drittel der Wählerschaft richten sollten. Zu den dringenden Themen zählten Sicherung der Arbeitsplätze gegen Ende der Berufszeit, selbständiges Leben in der eigenen Wohnung, Erhalt der solidarischen Kranken- und Rentenversicherung, Einbeziehung in Information und Bildung. Der Bundesvorstand bat darum, 60 plus auf allen Ebenen in die Planung der Seniorenwahlkämpfe einzubeziehen. Schon Anfang des Jahres wurden die 60 plus Teams gebildet, die oftmals gemeinsam mit den *Jungen Teams* bei Straßenaktionen, Infoständen, großen und kleinen Kundgebungen dabei waren und für gute Stimmung sorgten. Zum Europawahlkampf gestaltete die AG ihren Aktionstag unter dem Motto: *Unser Europa – sicher, sozial, solidarisch*. Da die Europäische Union für viele Bürgerinnen und Bürger weit weg ist, war uns hier wichtig, die Vorzüge der Europäischen Union deutlich zu machen. Der Seniorenwahlkampf war u. a. mit Kandidatenbodenzeitungen, Europaquiz, Aktionen gegen Lohndumping und für den Mindestlohn in der ganzen Republik unterwegs. Die AG SPD 60 plus war ein bundesweiter Aktivposten der SPD. Der Newsletter *PlusInfo* wurde 2009 eingeführt und erscheint seitdem in unregelmäßigen Abständen. Er ist eine gute Unterstützung der politischen Arbeit der Arbeitsgemeinschaften 60 plus vor Ort.

Im Willy-Brandt-Haus trafen sich im Mai 2009 gewerkschaftlich organisierte Seniorinnen und Senioren, um mit dem 60 plus Bundesvorstand und BGF Kajo Wasserhövel über die Politik der SPD zu diskutieren. Neben einem allgemeinen Erfahrungsaustausch war es unser Anliegen, die Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Organisationen wieder zu stärken.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes und der verstärkten Kooperation der Zielgruppen untereinander, führten die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) und die AG SPD 60 plus die Veranstaltung *Medizin und Pflege in einer älter werdenden Gesellschaft* am 4. Juli in Dresden durch.

Verstärkung erfuhr der Seniorenwahlkampf

60 plus
SPD

durch die Initiative *Erfahrung packt an*. Erfahrene Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wie Erhard Eppler oder Henning Scherf und auch der ehemalige

Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Dr. Harald Ringstorff, forderten in Aufrufen und Veranstaltungen dazu auf, die SPD und Frank-Walter Steinmeier zu wählen. Die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes unterstützte die AG SPD 60 plus mit ihrem Bundeskongress unter dem Motto *Gemeinsam Zukunft gestalten*. Der Kongress wurde bewusst in Erfurt durchgeführt, um die Aufmerksamkeit auf den Thüringer Landtagswahlkampf zu lenken.

Der 9. Deutsche Seniorentag fand vom 8. - 10. Juni in Leipzig unter dem Motto *Alter leben - Verantwortung übernehmen* statt. Die AG SPD 60 plus warb mit einem Stand und dem Forum *Alter mit Engagement leben* um die Sympathien und Stimmen der Älteren. Franz Müntefering, Wolfgang Tiefensee, Rolf Schwanitz, Erika Drecoll, Angelika Graf, Rudolf Herbers u. v. a. m. vertraten die SPD prominent.

Verbändegespräche - 60 plus im Gespräch
2010 wurde allen 60 plus Landesverbänden und Bezirken der Leitfaden *Länger leben bei guter Gesundheit, Chancen der Prävention nutzen* vom Referat Generationenpolitik zur Verfügung gestellt. Die Gliederungen nutzten die Vorarbeit, um mit gesellschaftlich relevanten Gruppen ins Gespräch zu kommen. Die Themenpalette, die von gesundem älter werden, Sport, Prävention – auch am Arbeitsplatz, gesunde Ernährung, lebenslanges Lernen bis zur Teilhabe reichte, wurde gut angenommen. Interessante Gesprächspartner konnten gewonnen und für die Inhalte der SPD gewonnen werden.

Bundesweite Mobilisierungsfähigkeit beim Aktionstag

Im Rahmen des jährlichen bundesweiten Aktionstags setzt sich die AG im Jahr 2010 für ein *Leben ohne Barrieren – Barrierefreies Leben* ein. Barrierefreies Leben heißt uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ob Menschen mit Gehbehinderungen vom öffentlichen Nahverkehr ausgeschlossen, ältere Arbeitnehmer aus dem Job gedrängt oder ein bestimmtes Lebensalter reicht, um nicht mehr kreditwürdig zu sein - 60 plus macht diese Diskriminierungen sichtbar und fordert Zivilcourage ein.

60 plus setzt sich ein für eine Gesellschaft, in der Teilhabe weder vom Alter, den finanziellen Möglichkeiten, noch von Bildungschancen oder dem Wohnort abhängt. Ziel ist, dass

Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters bald der Vergangenheit angehören werden. Mit kreativen und pressewirksamen Aktionen wurde Front gegen unterschiedliche gesellschaftliche Barrieren gemacht.

Die AG 60 plus führt als einzige AG der SPD seit vielen Jahren den bundesweiten Aktionstag zu relevanten politischen Themen durch.

Zukunftswerkstätten

Die Bundesvorsitzende der AG SPD 60 plus, Erika Drecoll, vertritt die AG in der Zukunftswerkstatt *Familie*.

Schon im Januar 2010 führte die AG SPD 60 plus die Zukunftswerkstatt: *Die neuen Alten* durch. In dem gut besuchten Seminar wurden 5 Schwerpunkte behandelt:

- **Demografischer Wandel** - Chancen für die Gesellschaft
- **Die neuen Alten** – Moderne Lebensmodelle für den 3. Lebensabschnitt
- **Generationengerechtigkeit versus Generationensolidarität?**
- **Jung und Alt: gemeinsame Werte?** – gemeinsame Ziele?
- **Wie wollen wir leben?** Bestandsaufnahme

Hervorzuheben ist, dass dieses Seminar als Modell diene, das von weiteren 60 plus-Landesverbänden und -Bezirken erfolgreich aufgegriffen wurde.

Bekämpfung der Altersarmut

Altersarmut erschwert die gesellschaftliche Teilhabe und erhöht die Gefahr der Ausgrenzung und der sozialen Isolation. Armut im Alter hat viele Gesichter, sie wird in Zukunft größer und unterschiedlicher werden. In einer Projektgruppe setzt sich die AG SPD 60 plus mit der Bekämpfung der *Alters*-Armut auseinander. Im Sinne des Generationengedankens wird u. a. daran gearbeitet, dass nicht nur für die heutigen, sondern auch für die zukünftigen RentempfängerInnen die Ruhestandsbezüge armutsfest werden.

Mitglieder des 60 plus Bundesvorstands

Vorsitzende

Erika Drecoll, LV Meckl.-Vorpommern

Stellv. Vorsitzende

Ruth Brand, LV Nordrhein-Westfalen
Rudolf Herbers, LV Hamburg

BeisitzerInnen

Lothar Binding, LV Baden-Württemberg
Peter-Wilhelm Dröschner, LV Rheinland-Pfalz
Angelika Graf, LV Bayern
Reinhold Hemker, LV Nordrhein-Westfalen
Renate Mögling, BZ Weser-Ems
Gesche Peters, LV Schleswig-Holstein

Ehrenvorsitzender

Otto Graeber

Mitglieder des AfA-Bundesvorstands - gewählt am 17. April 2010

Vorsitzender

Ottmar Schreiner, MdB

Stellvertretende Vorsitzende

Klaus Barthel, MdB

Annegret Hansen

Guntram Schneider

Andreas Steppuhn

Beisitzerinnen und Beisitzer

Sabine-Almut Auerbach

Detlef Baer, MdB

Stefan Brangs, MdB

Dirk Frohne

Wolfgang Jägers

Renate Kleinfeld

Alfred Klingel

Wolfgang Lorenz

Dagmar Losert

Udo Lutz

Olaf Schüssler

Gunter Wachholz

Elke Watzema

Frank Weber, MdB

Alfons Wobbeler

Ludwig Wörner, MdB

Kooptierte Mitglieder

Martin Burkert, MdB

Wilfried Busemann

Dietmar Glaßer

Hermann Hibbeler

Alexander Naujoks

Jörg Wenghöfer

Ehrenvorsitzender

Rudolf Dreßler

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen - **ASG**

Arbeitsschwerpunkte
des Bundesvorstands

Gesund und sicher Leben – dies war das Leitmotiv, welches wir den Eckpunkten der ASG für ein solidarisches und leistungsfähiges Gesundheitssystem im vorsorgenden Sozialstaat auf der letzten ASG-Bundeskonferenz voranstellten. Die Eckpunkte waren Grundlage der Vorstandsberatungen der SPD zum Wahlprogramm 2009. Die ASG-Positionen flossen dort weitgehend ein.
In Fortschreibung der *Eckpunkte der ASG für ein solidarisches und leistungsfähiges Gesundheitssystem im vorsorgenden Sozialstaat* hat sich der ASG-Bundesvorstand ein Arbeitsprogramm für die Wahlperiode 2008 bis 2010 gegeben und dieses Stück um Stück abgearbeitet.

- Folgende Themen wurden von der ASG im Berichtszeitraum behandelt:
- Zur Zukunft der Arzneimittelversorgung – von der Scheininnovation zur echten Innovation für alle.
 - Vorsorgende Gesundheitspolitik im vorsorgenden Sozialstaat. Prävention und Gesundheitsförderung jetzt!
 - Weiterentwicklung der medizinischen Versorgungsstrukturen – Zur Zukunft einer verlässlichen und verantwortlichen Versorgungsorganisation .

- Patientenrechte stärken, Beteiligung verbessern, selbst gewählte Repräsentanz ermöglichen – Neugestaltung der Selbstverwaltung
- Die Sozialgemeinde: Das Ziel der nächsten Pflegereform
- Soziale Gesundheitswirtschaft
- Strukturreformen der Alten- und Behindertenhilfe
- Bürgerversicherung

Aktivitäten und Veranstaltungen

Mit der Beschluss-Initiative der ASG zum Dresdner Parteitag im November 2009 *Gegen die soziale Spaltung bei Gesundheit und Pflege bei Schwarz-Gelb* gab die den Startschuss zur offensiven Auseinandersetzung mit dem Vorhaben der Koalition der Einführung einer Kopfpauschale und der Beendigung der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Parteikampagne *NEIN zur Kopfpauschale* griff die ASG-Argumentation auf. An vielen Orten in der Bundesrepublik kam es zu entsprechenden Aktionsbündnissen und Initiativen. Die ASG veranstaltete hierzu am 13. März 2010 in Köln ein Fachforum zur Unterstützung des NRW-Wahlkampfes. Gemeinsam mit der AG 60 plus veranstaltete die ASG am 4. Juli 2009 in Dresden ein Fachforum zur Thematik *Medizin und Pflege in der älter werdenden Gesellschaft*. Gemeinsam ha-

ben sich ASG und AG 60plus zukunftsweisend positioniert. Die Herausforderungen der Gesellschaft des längeren Lebens müssen uns auch zukünftig sowohl zu politischen Forderungen als auch zu konkreten Initiativen vor Ort veranlassen.



Mitglieder des ASG Bundesvorstands

November 2009 bis November 2010
Vorsitzender
Armin Lang
Stellv. Vorsitzende
Dr. Marlies Volkmer, MdB
Dr. Thomas Spies, MdL
BeisitzerInnen
Klaus Kirschner
Dr. Christian Lukosch
Klaus Stahl
Ingrid Rehwinkel
Elisabeth Rüdinger
Prof. Birgit Vosseler
Wolfgang Wodarg
ASG-Bundesausschuss-Vorsitzender
Armin Lang

Arbeitsgemeinschaft für Bildung - **AfB**

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD hat sich in den Jahren 2009 und 2010 auf Landes- und Bundesebene aktiv in die bildungspolitischen Debatten innerhalb und außerhalb der Partei eingebracht. Hervorzuheben sind die Mitarbeit an den Wahlprogrammen, die Debatten um den *Bildungsgipfel* der Bundeskanzlerin und die Erarbeitung eigener Positionen in dessen Vorfeld. Außerdem hat die AfB sich intensiv an den öffentlichen Debatten über die Anwendung des Konjunkturpakets auf Kitas, Schulen und Hochschulen beteiligt und regelmäßig ihre Kritik am Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich formuliert. Zu wichtigen bildungspolitischen Fragen ist es gelungen, mit Pressemitteilungen überregional wie auch regional wahrgenommen zu werden. Dabei standen die Kritik an Bundesbildungsministerin Schavan und dem mehr als enttäuschenden Bildungsgipfel 2010 ebenso im Mittelpunkt wie die Unterstützung der Proteste der SchülerInnen und Studierenden



im Kontext von Bologna-Reform und Einführung von G8 (Bildungsstreik 2009). Ein weiteres, zentrales Thema war die Aufhebung des Vorbehalts gegen die UN-Kinderrechtskonvention und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch ein inklusives Bildungssystem. In den Ländern haben sich die Auseinandersetzungen um die Gebührenfreiheit in Kitas und Hochschule sowie die Überwindung des gegliederten Schulwesens weiter zugespitzt.

- Die AfB hat ihre inhaltliche Positionsfindung mit ExpertInnengesprächen und Fachkonferenzen vorangetrieben. Ausgehend von den Beschlüssen der Bundeskonferenzen 2008 und 2010 standen folgende Themen im Mittelpunkt der Arbeit der AfB:
- Bildung in der Kommune
 - Lehrerbildung
 - Bildungsfinanzierung

- Übergänge im Bildungssystem
- Weiterentwicklung der Schulstrukturen

Bildung in der Kommune

Im März 2009 führte die AfB eine gut besuchte Fachkonferenz mit zahlreichen Expertinnen und Experten in Köln durch. Die Konferenz wurde gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW und mit Unterstützung der SPD-Vorsitzenden von NRW, Hannelore Kraft, initiiert. Die Veranstaltung hat den Blick auf die kommunale Verantwortung für Bildung gerichtet, die Erfahrungen der kommunalen Bildungslandschaften einbezogen und viele Anregungen zur weiteren Diskussion gegeben, nicht nur für Bildungs-, sondern auch für KommunalpolitikerInnen. Auf der Grundlage des vom AfB-Bundesvorstand vorgelegten Beschlusses zur AfB-Bundeskonferenz 2010 wurde die Diskussion in den Ländern und Kommunen fortgesetzt.

Lehrerbildung in Zeiten
von Bachelor und Master

Im Dezember 2009 fand die Expertenanhörung *Quo Vadis - Ist die Lehrerbildung auf dem richtigen Weg?* im Willy-Brandt-Haus statt. Für die AfB ist es kein neues Thema, so wurden doch bereits 2006 von der Bundeskonferenz die *Leitlinien für die künftige Gestaltung der Lehrerbildung* beschlossen. Prof. Reiner Lehberger und Prof. Bernd Meier nahmen aus der Sicht der Lehrerbildner eine kritische Bestandsaufnahme vor. Fazit: Trotz der massiven Kritik u.a. der OECD an der deutschen Lehrerbildung wurden die Chancen, bei der Umstellung der Lehramtsstudiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses grundlegende Mängel abzubauen, nicht genutzt, im Gegenteil.
Der Bundesvorstand legte im Anschluss an die Tagung einen erneuten Beschlussvorschlag vor, der die zentralen Kritikpunkte aufgriff und die Landesverbände aufforderte, dem Thema Lehrerbildung stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Ergebnis einer ausführlichen Diskussion in den Landesverbänden und Bezirken war der Beschluss der AfB-Bundeskonferenz 2010 *Lehrerbildung in Zeiten von Bachelor und Master*.

Bildungsfinanzierung in der Krise

Das Thema Bildungsfinanzierung verdiente in Anbetracht der Wirtschafts- und Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf alle öffentlichen und kommunalen Haushalte eine noch höhere Aufmerksamkeit als in den Jahren zuvor. Dem ohnehin unterfinanzierte und von Privatisierungsbestrebungen betroffenen Bildungsbereich drohten weitere Kürzungen. Die AfB hat das Thema mit ihrem Kongress *Bildungsfinanzierung in der Krise* aufgegriffen, der im Rahmen ihrer Bundeskonferenz am 16. April 2010 in Berlin stattgefunden hat. Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Prof. Dr. Jutta Allmendinger, plädierte für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und dafür, kein Kind mehr zurückzulassen. Was es kosten würde, diese und weitere Verbesserungen im Bildungssystem umzusetzen, präsentierte der Bildungsforscher Dr. Roman Jaich, der vor einigen Monaten eine umfassende Studie für die Hans-Böckler-Stiftung unter dem Titel *Gesellschaftliche Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems* erstellt hatte. Den Höhepunkt der Konferenz, zu der die Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB) im Vorfeld ihrer Bundeskonferenz eingeladen hatte, bildete die Rede von Hannelore Kraft. Sie betonte ihr bildungspolitisches Credo: Wir wollen kein Kind zurücklassen! Deshalb versprach sie, als Ministerpräsidentin von NRW Bildung zur Chefsache zu machen, um die offensichtlich notwendigen Verbesserungen in

Kindergärten, Schulen und Hochschulen wirklich durchsetzen zu können. Weiterhin nahmen der Berliner Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Ernst Dieter Rossmann, der Kieler Oberbürgermeister Torsen Albig und der Vorsitzender der Schulleitervereinigung Berufsbildende Schulen in Berlin

Peter Michael Rulff als Referenten an der Veranstaltung teil.

Bundesdelegiertenkonferenz und
Neuwahl des Bundesvorstands

Am 17. April 2010 trafen sich die die rund 100 Delegierten der AfB-Bundeskonferenz zur Wahl

Termine 2009 – 2010

Bundeskonferenzen und Gremiensitzungen

- 20. / 21.03.2009** AfB-Bundesvorstand und Bundesausschuss (Köln)
- 10.7.2009** AfB-Bundesvorstand
- 04. / 05.12.2009** AfB-Bundesvorstand und Bundesausschuss
- 19.02.2010** AfB-Bundesvorstand
- 16.04.2010** AfB-Bundesvorstand und Bundesausschuss
- 16. / 17.04.2010** Ordentliche AfB-Bundeskonferenz 2010
- 02.07.2010** AfB-Bundesvorstand
- 26. / 27.11.2010** AfB-Bundesvorstand und Bundesausschuss

Öffentliche / Fachöffentliche Veranstaltungen

- 21.03.2009** *Gute Bildung in der Kommune* Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (Köln)
- 04.12.2009** *Quo vadis – Ist die Lehrerbildung auf dem richtigen Weg?* Expertenanhörung der Arbeitsgemeinschaft für Bildung, Berlin, Willy-Brandt-Haus
- 20.03. 2010** *Eintrittskarte Zukunft. Jugendgewalt verhindern – Chancen schaffen* - Gustav-Radbruch-Forum, gemeinsame Tagung der AfJ und der AfB, Laatzen
- 16.04.2010** *Bildungsfinanzierung in der Krise*, Kongress der Arbeitsgemeinschaft für Bildung im Rahmen ihrer Bundeskonferenz am 16./17. April 2010 in Berlin, Willy-Brandt-Haus
- 26.11.2010** *Übergänge im Bildungssystem erfolgreich gestalten*, Expertenanhörung der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD, Berlin, Willy-Brandt-Haus

Veranstaltungen, an denen Mitglieder des Bundesvorstands teilgenommen haben

- 25.05.2009** Netzwerk Bildung FES: *Schulstrukturdebatte* – Ursula Dörger
- 20.08.2009** Bildungskongress des SPD-Bundesvorstands in Kiel
Gemeinsam für einen neuen Bildungsaufbruch – Gleiche Chancen durch Bildung und Integration – Ursula Dörger
- 14.09.2009** Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen Bezirk Weser-Ems (Osnabrück) – Eva-Maria Stange
- 12.11.2009** DGB-Fachtagung: *Mit guter Bildung aus der Krise*, Berlin
- 26.11.2009** Verdi: Veranstaltung zum Europäischen Qualifikationsrahmen in Frankfurt – Ursula Dörger
- 26. / 28.11.2009** Teilnahme von Mitgliedern des Vorstands an der GEW-Tagung *Politische Bildung und Handlungskompetenz* (Weimar)
- 30.01.2010** Hochschulkonferenz der GEW-Thüringen – Eva-Maria Stange
- 19.02.1010** Gespräch mit dem Geschäftsführenden Vorstand des Verbandes Bildung und Erziehung e.V. (VBE) in Berlin – Eva-Maria Stange
- 02.03.2010** AfB-Jahreskonferenz in Thüringen – Eva-Maria Stange
- 2009 – 2010** Teilnahme der Bundesvorsitzenden an den Sitzungen des SPD-Parteivorstands, des Parteirats, des Forum Bildung und der AG Bildung und Forschung der Bundestagsfraktion sowie Gespräche mit Generalsekretär/in bzw. Bundesgeschäftsführer/in
Teilnahme von Eva-Maria Stange an AfB-Landes- bzw. Bezirksveranstaltungen in Hamburg, Weser-Ems, Rheinland-Pfalz, Hessen und Thüringen

Weitere Termine, an denen Mitglieder des BV der AfB teilgenommen haben:

- 14.06.2009** a.o. Bundesparteitag der SPD in Berlin
- 13. – 15.11.2009** Ordentlicher Bundesparteitag der SPD in Dresden
- 20. / 21.11.2009** A-Koordinierungstreffen Kinkel 2009
- 26.09.2009** a.o. Bundesparteitag der SPD in Berlin
- 15. / 16.10.2010** A-Koordinierungstreffen Kinkel 2010

eines neuen Bundesvorstands und zur Beratung ihrer bildungspolitischen Positionen. Die ehemalige sächsische Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange, die seit 2008 an der Spitze der Arbeitsgemeinschaft steht, wurde mit großer Mehrheit als AFB-Bundesvorsitzende bestätigt. Außerdem wurden Dr. Ursula Dörger (Hessen), Angelika Heinlein (Brandenburg), Peter Befeldt (Niedersachsen) und Marlies Stotz, MdL (Nordrhein-Westfalen), Erhard Kohlrausch (Berlin) und Thomas Lind (Rheinland-Pfalz) in den neuen Bundesvorstand der AFB gewählt.

Den Schwerpunkt der Antragsberatungen bildeten die Leitanträge des AFB-Bundesvorstands zu folgenden Themen:

- **Bildungsfinanzierung in der Krise**
- **Gute Bildung für Alle in der Kommune. Mehr kommunale Verantwortung für individuelle Bildungsbiographien im gesamten Lebenslauf**
- **Lehrerbildung in Zeiten von Bachelor und Master.**

Zum Tod der stellvertretenden AFB-Bundesvorsitzenden Dr. Ursula Dörger († 2010), Mitglied im AFB-Bundesvorstand von 1995 – 2010

Dr. Ursula Dörger starb am 8. August 2010 im Alter von 67 Jahren nach schwerer Krankheit. Sie war seit 1995 stellvertretende Bundesvorsitzende der AFB und bekleidete seit vielen Jahren auch die Funktion der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der AFB in Hessen Süd. Ursula Dörger stritt zeitlebens für ihre

Vision einer gemeinsamen Schule für alle. Für sie war diese Vision Leitlinie ihres politischen Handelns und sie konnte sich in den letzten Jahren darüber freuen, dass diese Zielsetzung Eingang gefunden hat in die Programmatik der SPD. Ursula war beseelt von der Überzeugung, dass das selektive Schulsystem überwunden werden muss. Dies aufgrund ihrer reflektierten Überzeugung, dass es schändlich ist, Kinder in einem nachweislich ungerechten Schulsystem zu demütigen, wobei ihr dabei jedes einzelne Kind wichtig war, unabhängig von Herkunft, Begabungen und Lernumgebung.

Übergänge im Bildungssystem erfolgreich gestalten

Am 26. November 2010 fand die AFB-Expertenanhörung *Übergänge im Bildungssystem erfolgreich gestalten* im Berliner Willy-Brandt-Haus statt.

Ein zentrales Problem des deutschen Bildungssystems sind unnötige Hürden an den Übergängen. Besonders dramatisch ist die Situation beim Übergang von der Schule in die berufliche Bildung. Im Jahr 2008 haben rund 500.000 Jugendliche an nichtqualifizierenden Maßnahmen im sogenannten *Übergangssystem* teilgenommen. Mutiger als bisher muss die deutsche Bildungspolitik auch bei der Öffnung der Hochschulen für Menschen mit beruflichen Qualifikationen werden. Rechtlich ist diese Öffnung in manchen Bundesländern schon heute weitgehend umgesetzt, in anderen stehen entsprechende Gesetzesinitiativen auf der Tages-

ordnung. Faktisch sind Menschen mit beruflichen Qualifikationen aber mit teils schwer überwindbaren Hürden und einer ausgeprägten Abwehrhaltung der Hochschulen konfrontiert.

Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften waren u.a. Dr. Marius Bussemeyer, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, Willi Brase, MdB, Mitglied der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Anbuhl, Abteilungsleiter Bildungspolitik beim DGB-Bundesvorstand, Dipl.-Pol. Ulf Banschus, Promotionskolleg *Lebenslanges Lernen* der Hans-Böckler-Stiftung, Technische Universität Dresden und Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion.

Weiterentwicklung der Schulstrukturen auf dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen

Nach einer ersten Beratung im Bundesausschuss im November 2010 wurde die Positionierung der AFB zur bundesweiten Weiterentwicklung der Schulstrukturen intensiv in den Landesverbänden und Bezirken diskutiert. Der Bundesvorstand hat daraufhin deren Anmerkungen, Ergänzungen und Änderungsvorschläge eingearbeitet und der Bundesausschuss hat das Papier am 19. März 2011 in Heidelberg erneut intensiv diskutiert und beschlossen. Dieser „Heidelberger Beschluss über den Weg zum längeren gemeinsamen Lernen“ ist das Ergebnis intensiver und sehr sorgfältiger Beratungen in der AFB.

- eine Energiepolitik, die sich auf dezentrale und erneuerbare Energieträger stützt.
- eine Bildungspolitik, die allen Heranwachsenden einen optimalen und kostenfreien Zugang zu Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bietet.
- eine Finanzpolitik, welche dem Mittelstand ausreichenden Zugang zum Kapitalmarkt sichert und bloße Finanz-Spekulation eindämmt.
- eine Steuerpolitik, die auch dem Staat, insbesondere den Kommunen als wichtigem Auftraggeber des Mittelstands eine ausreichende Finanzgrundlage sichert.
- eine Europapolitik, die auch dem Mittelstand den Zugang zum europäischen Binnenmarkt ermöglicht.
- eine Sozialpolitik, die auch die Risiken der Selbstständigkeit solidarisch abfedern hilft.
- eine Integrationspolitik, die Menschen mit Migrationshintergrund als kulturelle Bereicherung unserer Wirtschaft begreift.

Die Höhepunkte 2009 und 2010

Bundestagswahlkampf 2009

2009 konzentrierten sich alle Aktivitäten auf den Bundestagswahlkampf 2009. AGS-Mitglieder beteiligten sich in unterschiedlichen Wählerinitiativen für Frank-Walter Steinmeier.

AGS-Bundeskonferenz 2010

11./12. Juni 2010 in Berlin mit dem Motto: *Kommunikation – neue Welten: Chancen für den Mittelstand?* und einem gleichnamigen Beschluss und einem Vortrag von Frank Schomburg der Unternehmensberatung nextpractice. Gäste waren die Generalsekretärin Andrea Nahles und der Unternehmensberater Hans-Wolff Graf aus München, der sich in seinem Vortrag mit den Problemen von Selbstständigen beschäftigte.

Innovationspreis und Wirtschaftsempfang 2010: Neue Kreativität und Innovation – UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund
Die Preisverleihung fand am 2. Dezember 2010 statt. Bundesminister a. D. Peer Steinbrück hielt eine Festrede unter dem Titel *Das Ende des Nationalen – Lehren aus der Finanzkrise*. Prof. Dr. Andrea Bührmann gab mit ihrem Vortrag *UnternehmehmerInnen mit Migrationshintergrund – Ideen umsetzen, Integration verwirklichen und Wirtschaftsdynamik fördern*

Mitglieder des AGS Bundesvorstands

Bundesvorsitzender

Jörg Schintze *bis 12. Juni 2010*
Sven Kaerkes *ab 12. Juni 2010*

BeisitzerInnen

Marie-Jeanne Beringer
Helga Koch
Babette Reimers
Christiane Schmitz
Thorsten Heintze
Franz Müller
Ralph Weinbrecht

einen Impuls zum Thema. Der Innovationspreis von SPD und AGS, der Mittelstandsvereinigung in der SPD wird einmal im Jahr an innovative, erfolgreiche und sozial verantwortliche UnternehmerInnen oder wirtschaftlich tätige Organisationen verliehen. 2010 standen die Ausschreibung und der Preis unter dem Motto *Neue Kreativität und Innovationskraft – Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund*. Mit dem Innovationspreis wurden UnternehmerInnen oder wirtschaftlich tätige Organisationen gewürdigt werden, die einen besonderen Beitrag zur Selbstständigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund geleistet haben.

Die Preisträgerinnen und Preisträger

- Initiative Selbstständiger Immigrantinnen e.V. (ISI e.V.), Berlin
- Unternehmer ohne Grenzen e.V., Hamburg
- Ender Önder, Unternehmer und Geschäftsführer von ida GmbH Rheinland-Pfalz, Integration durch Ausbildung
- Atila Karka, Geschäftsführer BIRFOOD GmbH & Co. KG (Reinigung und Service), Schleswig-Holstein

Ausblick 2011

In 2011 sind zu folgenden Themen Veranstaltungen der AGS geplant:



Bundesfinanzminister a. D. Peer Steinbrück hält die Festrede zum Wirtschaftsempfang der AGS 2010



Die Preisträgerinnen und Preisträger des AGS-Innovationspreises 2010 zusammen mit dem Bundesvorsitzenden Sven Kaerkes

- Soloselbstständige und ihre soziale Absicherung
- Genossenschaften, ein erfolgreiches Unternehmensmodell auch in schwierigen Zeiten
- Einrichtung von sogenannten Politikwerkstätten für die Bereiche *Steuern und Finanzen, Arbeit und Handwerk* sowie *Umweltwirtschaft*

Der Wirtschaftsempfang mit der Verleihung des Innovationspreises wird sich im Jahr 2011 dem Thema Genossenschaften widmen. Zudem steht die Vertiefung der Kontakte mit verantwortlichen Wirtschaftsorganisationen (DIHK, ZDH, Einzelhandelsverband, BFB, VDMA, BMW etc.) ebenso im Fokus wie das Knüpfen internationaler Kontakte etwa zum österreichischen SWV.

Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD - AGS

Wirtschaftspolitik ist Gesellschaftspolitik

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist aus Sicht des organisierten Mittelstands in der SPD das Bekenntnis zum Leitbild der *Beschäftigungsgesellschaft* und die Forderung einer neuen Kultur der Selbstständigkeit, die sich am Handeln des Gesamtverantwortung tragenden Unternehmers orientiert. Eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen findet sich ebenso in den Forderungen der AGS wie das Bekenntnis zu einer nachhaltigen und regionalen Wirtschaftsstruktur, etwa in Hinblick auf eine dezentrale und regenerative Energieversorgung. Im Mittelpunkt der Arbeit steht das Werben für eine stärkere Kultur der Selbstständigkeit in Deutschland. Selbstständigkeit ist der Mo-

tor unserer Volkswirtschaft und der Ursprung von Innovation und Fortschritt in unserer Gesellschaft.

Inhaltlich orientiert sich die AGS an den *Thesen für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik* beschlossen 2006 in Bad Godesberg, die u.a. fordern:

- eine Unternehmensethik, die sich am Bild des ehrbaren Kaufmanns und nicht an einem kurzfristigen und renditegetriebenen shareholder-value orientiert.
- eine Umweltpolitik, die sich an den Zielen eines nachhaltigen Wachstums orientiert bei dem die Ressourcen nicht auf Kosten nachfolgender Generationen ausbeutet werden.



Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Ein Jahrbuchbeitrag zur ASJ, warum? Warum eigentlich nicht? Ja, wir schauen zufrieden zurück auf Geleistetes, *wir klopfen uns bescheiden, aber sichtbar auf die Schulter* (da andere das nicht so oft tun, uns gar mitunter vorwerfen, unsere Positionen dienen nicht immer dem Wohle der Partei), wir sagen der Partei *Dank* für die finanzielle Unterstützung und weisen darauf hin, dass wir verantwortungsvoll mit den Finanzmitteln umgegangen sind, dass die SPD sich eigentlich glücklich schätzen

könnte, eine *quirlige juristische Arbeitsgemeinschaft* zu haben.

Kommt zu uns, rufen wir allen Juristinnen und Juristen innerhalb und außerhalb der SPD und den an sozialdemokratischer Rechtspolitik Interessierten zu, die diese Zeilen in die Hände oder auf den Bildschirm bekommen! Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) freut sich stets über neugierige, kritische, begeisterungsfähige Mitstreiterinnen und Mitstreiter. 16 ASJ Landesver-



bände, die ASJ Gruppierungen in Bezirken und Kommunen und an der Universität Göttingen laden ein zum Mitmachen!

Auch in den letzten beiden Jahren haben wir an verschiedenen Orten der Republik engagiert diskutiert über den *Spannungsbogen zwischen Sicherheit und Freiheit*, über Gefahren für Menschen- und Bürgerrechte, über die *Ausgestaltung der Rechtsverhältnisse* zwischen dem Staat und seinen Bürgern und zwischen Privaten



Bundeskongress im September 2010 in Berlin - Die frisch gewählte Vorsitzende Anke Pörksen am Rednerpult



2010 - Der neue Bundesvorstand der ASJ nach seiner Wahl



April 2010 in Laatzen: Gustav-Radbruch-Forum zum Thema Nicht ausgrenzender Umgang mit Jugendkriminalität

untereinander. Wir haben der Partei und Ihren Mitgliedern, aber auch interessierten Dritten spannende Veranstaltungen angeboten, und viele sind gekommen.

Arbeitsgemeinschaft der Jusos in der SPD

Gemeinsam mehr Links. Konkret. Gerecht.

Wir haben in den Jahren 2009/2010 die politische Arbeit des Bundesverbands erfolgreich vorangebracht, über ein vielfältiges Angebot von Publikationen und ein breit gefächertes Veranstaltungsprogramm ist es uns gelungen, die Zielgruppe der Jugendlichen zu erreichen und sie für unterschiedliche politische Themen-

In der ersten Jahreshälfte 2009 (lang ist es her) haben wir in Magdeburg ein nach wie vor leistungswertes *Grundsatzpapier für ein gutes Arbeitsrecht* beschlossen, das *Gustav Radbruch Forum* in der zweiten Jahreshälfte in Regensburg war Rechtsfragen um *Ausländereinsätze der Bundeswehr* gewidmet.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt der Jahre 2009/10 war der *besonnene und nicht ausgrenzende Umgang mit Jugendkriminalität*. Anfang April 2010 haben wir dazu in Laatzen bei Hannover zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung ein spannendes Gustav-Radbruch-Forum veranstaltet, das auch von vielen Nichtparteimitgliedern besucht wurde. Das bereits im Vorfeld erarbeitete und auf dem Radbruch-Forum weiterentwickelte Papier hat in der Kriminologienwelt viel Beachtung gefunden, ist von den Justizministern der A-Länder positiv aufgenommen worden (das ist nicht immer der Fall bei ASJ Papieren) und wurde in einigen Landesverbänden als Grundlage für die Ausrichtung von Rechts- und Sozialpolitik genutzt. Demnächst wollen wir konkrete Umsetzungsempfehlungen vorlegen.

Ein weiteres Schwerpunktthema der letzten Jahre war (und ist!) die Frage der Einführung von Elementen *Direkter Demokratie* auf Bundesebene. Neben vehementen Befürwortern niedrigschwelliger plebiszitärer Elemente gibt es in der ASJ auch Sorgen im Hinblick auf den Schutz von Minderheitenrechten und das Bestreben um eine kluge Ausgestaltung. Ein detailliertes Diskussionspapier und ein detaillierter Fragenbogen wurden den Gremien der Partei zur Verfügung gestellt, die ASJ hat engagiert mitgewirkt an dem Beschluss des Parteivorstands vom 21. März 2011 *Mehr Demokratie leben* und im April 2011 ein viel beachtetes Radbruch-Forum in München zu dieser Thematik veranstaltet.

Darüber hinaus hat der ASJ-Bundesvorstand u.a. Veranstaltungen zur Umsetzung der Forderungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsge-

richts hinsichtlich der *sozialhilferechtlichen Förderung von Kindern* sowie zur *familiengerechten Besteuerung* und zur Zukunft des *Ehegattensplittings* durchgeführt und sich in die pluralistische Diskussion unserer Volkspartei über *Vorratsdatenspeicherung* und sonstige Maßnahmen zur Terrorbekämpfung eingebracht.

Seit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Völkerrechtswidrigkeit der *Sicherungsverwahrung* in Deutschland beschäftigen wir uns intensiv mit den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. Wir haben zusammen mit etwa 100 Kriminologen und Strafrechtlern den Greifswalder Appell zur Sicherungsverwahrung unterzeichnet. Zur Reform der Sicherungsverwahrung haben wir ein breit angelegtes Positionspapier vorgelegt, in den Gliederungen von ASJ und Partei intensiv diskutiert und Mitte November 2010 veröffentlicht. (Eine Aktualisierung gab es im Februar 2011!) Die ASJ versteht sich hier als verantwortungsvolle Mahnerin – auch gegenüber der eigenen Partei – und wurde in ihrer kritischen Haltung zu den bisherigen Gesetzesänderungen Anfang Mai 2011 eindrucksvoll vom Bundesverfassungsgericht bestätigt.

Auch die *ASJ Landesverbände* waren aktiv und haben spannende Veranstaltungen mit guter Resonanz innerhalb und außerhalb der Partei durchgeführt. Beispielhaft genannt sei eine Filmvorführung der ASJ Hamburg im April 2009 mit anschließender Diskussion zum Thema *Finanzkrise*, das XI. Georg-August-Zinn-Forum für Rechtspolitik zum Thema *Soziale Sicherheit und Partizipation* im Juni 2010 und im Januar 2011 in Dresden eine sehr gut besuchte Podiumsdiskussion zum Thema *Blockade gegen Neonazis – geboten oder verboten?*

Wir werden weitermachen, kluge und visionäre sozialdemokratische Rechtspolitik betreiben, den innenpolitischen Kurs der Partei konstruktiv, aber auch kritisch begleiten. Es macht Spaß, in der ASJ mitzuarbeiten. Probiert es einfach mal aus!

2009 für die Jusos. Erstmals waren die Jusos eigenverantwortlich für die Wahlkämpfe auf Bundesebene verantwortlich. Der Bundesverband gründete die Jugendwahlkampfzentrale *Teamwerk 09* und produzierte zahlreiche online- und offline-Materialien. Das *Teamwerk 09* versuchte vor allem Service-Zentrale für die Gliederungen und jungen Wahlkampfteams vor Ort zu sein. Mit über 300 jungen Teams gelang eine gute interne Mobilisierung. Eigene Mailingsysteme sorgten für einen beständigen Informationsfluss vom *Teamwerk 09* in die

Fläche. Mit Wahlkampfschulungen versuchte das *Teamwerk 09* außerdem methodische Fähigkeiten zu vermitteln. Auch in den Wahlkampf der SPD brachten sich die Jusos massiv ein. Das Bündnisprojekt *Nazis aus dem Takt bringen* mit Bandwettbewerb über die Online-Plattform myspace und eigenem Konzert wurde von uns mit betreut und gestaltet. Auch die Mobilisierung junger Menschen zu den SPD-Veranstaltungen fiel oftmals in unseren Aufgabenbereich.

Für den Jugendwahlkampf als schwierig erwies sich die Etablierung der Marke Junge Teams. Oftmals wurde der Sinn der verschiedenen Brandings Jusos/Junge Teams/SPD nicht mehr verstanden. In Zukunft sollte deshalb aufgrund knapper Ressourcen versucht werden, auf bereits bekannte Brandings und Logos zurückzugreifen.

Die Jusos versuchten, in einem schwierigen politischen Umfeld für jungsozialistische Themen und die Wahl der SPD zu werben. Vor allem durch die Finanzkrise und dem Scheitern des Neoliberalismus hegten viele Jusos große Hoffnungen auf einen Politikwechsel mit der SPD. Das Ergebnis war ernüchternd. Die JungwählerInnen waren die Gruppe, bei der die SPD am meisten Rückhalt verlor. Der SPD-Anteil bei den JungwählerInnen stürzte um 18,7 % ein. Nach den Wahlen 2009/2010 auf den verschiedenen Ebenen müssen wir konstatieren, dass wir zwar nach Mitgliedern nach wie vor sehr stark sind. Nach den Wahlergebnissen gibt es aber bei den JungwählerInnen keine Volkspartei mehr. Ein Grund für das nicht ausreichende Abschneiden 2009/2010 war, dass das Zukunftsversprechen der SPD nach 11 Regierungsjahren bei vielen jungen Menschen nicht mehr glaubwürdig wirkte. Viele hatten kaum noch bewusste Erinnerungen an die schwarz-gelbe Bundesregierung vor 1998. Es bleibt die dringende Aufgabe, darum zu kämpfen, dass die Mehrheit der jungen Menschen in der SPD wieder die natürliche Vertreterin ihrer Interessen sieht.

Bereits vor dem 27. September 2009 aber vor allem in den Tagen und Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse der Bundestagswahl 2009 verzeichneten die Jusos einen starken Mitgliederzuwachs. Dies ist zum einen auf den aktionsorientierten Wahlkampf der Jusos zurückzuführen. Zum anderen gelang es uns aber auch, in der inhaltlichen Kommunikation und einem starken Einsatz von Online-Kommunikationsmitteln als attraktiver linker und eigenständiger Jugendverband wahrgenommen zu werden. Auch wer sich vorerst nicht zum Eintritt in die Mutterpartei SPD entscheiden konnte, findet seinen Ort im Jugendverband Jusos.

2010 kam es zu einem Wechsel an der Verbandsspitze. Sowohl die Vorsitzende Franziska Droschel als auch die Bundesgeschäftsführerin Katrin Münch traten aus beruflichen Gründen von ihren Ämtern zurück. Auf dem Bundeskongress in Essen wurden als ihre Nachfolger für den Bundesvorsitz Sascha Vogt und für die Geschäftsführung Jan Böning gewählt.

Sowohl 2009 als auch 2010 war die Bündnisarbeit ein zentraler Bestandteil der Arbeit des Bundesverbands. Der Bundesverband ist Teil des Bündnisses *Änder das!* mit zahlreichen Organisationen aus der Arbeiterjugend- und Umweltbewegung. Wir brachten uns in zahlreiche Bündnisse gegen Aufmärsche durch Neonazis ein, so im Februar 2009 und 2010 gegen den größten Neonaziaufmarsch Europas in Dresden. Auch in die zahlreichen Demonstrationen und Aktionen für den Atomausstieg brachten wir Jusos uns ein. Wir waren Teil der verschiedenen Bündnisse, ob in Gorleben oder für die Vorbereitung von Großdemonstrationen. So konnten wir zur zentralen Großdemonstration am 18. September 2010 in Berlin über 1.000 Jusos aus dem gesamten Bundesgebiet mobilisieren.

Bildungsarbeit/Schulungen

Die politische Jugendbildung im klassischen Sinn steht vor diversen Herausforderungen: Die zeitliche Belastung der Zielgruppe in Schule, Ausbildung und Universität ist in den letzten Jahren noch größer geworden. Das entsprechende Zeitbudget wird immer kleiner. Jugendliche müssen sich immer genauer entscheiden, welche Bildungsangebote sie annehmen. Darum haben wir das klassische Wochenendseminar von Freitag bis Sonntag durch 2-Tagesseminare ergänzt. Auf der anderen Seite bieten wir vereinzelt auch tiefer gehende Seminare über ein Wochenende hinaus an. Dies geschieht entweder in einzelnen Modulen oder aber über Einzelseminare von 4 Tagen und mehr. Durch die Verkürzung der Semindauer muss sich die inhaltliche Ausrichtung der Bildungsmaßnahmen nicht qualitativ verschlechtern. Die Erfahrung des Juso-Bundesverbands ergab vielmehr, dass hier durch eine konzentrierte Ausrichtung auf Seminarziele weiterhin gute inhaltliche Arbeit geleistet wurde. Problematisch sind allerdings die teilweise langen Anfahrtszeiten bei 2-tägigen Seminaren.

Methodisch werden immer höhere Ansprüche an die SeminarleiterInnen gestellt. Der Juso-Bundesverband versucht deshalb bei der Auswahl der TeamerInnen diesen Ansprüchen zu genügen. Bei methodischen Schulungen legen wir Wert darauf, dass das Gelernte auch immer weitergegeben werden kann. Die TeilnehmerInnen sollen nach ihrer eigenen Schulung fähig



Auf dem Juso-Sommercamp im August 2010

sein, selbst in der Fläche für den Verband Schulungen anbieten zu können.

Für den Juso-Bundesverband erwies sich im vergangenen Jahr vor allem die Mischung aus kleineren Seminaren und größeren Konferenzen als gewinnbringend. Während in kleineren Seminaren die gezielte Förderung einzelner gelang sowie eine persönliche Gesprächsatmosphäre möglich war, brachten größere Veranstaltungen, die oftmals flankierend organisiert wurden, eine breitere Diskussion in Gang. Die Diskussionsergebnisse der Großveranstaltungen konnten später wiederum in die weitere Arbeit eingebracht werden. Diesen Weg wird der Juso-Bundesverband deshalb auch in Zukunft weiterverfolgen.

Großveranstaltungen

Seit 2008 führt der Juso-Bundesverband Basis-Kongresse durch, auf denen Juso-Mitglieder und Interessierte aus der gesamten Bundesrepublik zusammen kommen. Auf diesen Kongressen gibt es wechselnde Formate zwischen Workshops, Podiumsdiskussionen und kulturellen Veranstaltungen. 2009 wurde erstmals die Marke von 1000 TeilnehmerInnen durchbrochen. Diese Veranstaltungen eignen sich insbesondere, um auch jüngere GenossInnen für die Arbeit vor Ort zu motivieren. Auch die Sommercamps mit ca. 100 TeilnehmerInnen wurden wie in den vergangenen Jahren gut angenommen. Flankierend zum SPD-Bundesparteitag boten



Juso-Aktionen auf der YOU - Oktober 2010



Foto: Jusos.de

Jusos bei m Castorprotest am 7. November 2010

wir 2009 erstmals ein Neumitgliederseminar für junge Frauen auf Bundesebene an. Dieses Angebot wurde weit über unsere Erwartungen nachgefragt und zeigte, dass Frauenförderung im Verband und Partei bereits nach dem Eintritt beginnen sollte. Die Kombination – hier eine wichtige auch medial beachtete Großveranstaltung wie den SPD-Bundesparteitag in Dresden, dort kleinere Workshops und die Gelegenheit, das Erlebte gemeinsam zu reflektieren – erwies sich als zukunftssträchtiges Konzept und soll wiederholt werden.

Internationale Veranstaltungen

WBC-Jahreskonferenz – 2010 mit einer großen Bundesvorstands-Delegation
In beiden Jahren fanden insgesamt mehrere Dutzend internationale Begegnungen statt, durchgeführt von Juso-Gliederungen und dem Juso-Bundesverband. Unter anderem besuchten eine große Delegation des Bundesverbands die Jahreskonferenz des Willy-Brandt-Centers und brachte sich dort inhaltlich ein.

Gleichstellung

Während unserer Veranstaltungen wurde Gender-Mainstreaming als Querschnittsaufgabe begriffen. Dies führte insofern zu positiven Ergebnissen, als so auch junge Menschen, die der Gleichstellungspolitik im klassischen Sinne eher kritisch gegenüberstehen, mit diesem wichtigen Politikfeld in Berührung gebracht werden konnten. So konnte eine weitere Sensibilisie-

rung im Verband für dieses wichtige Thema erreicht werden. 2010 organisierten wir jeweils einen feministischen Kongress in Frankfurt am Main, auf dem wir auch das Gespräch mit Bündnispartnern und die Auseinandersetzung mit VertreterInnen neuer feministischer Ansätze suchten.

2009 organisierten wir ein Neumitgliederseminar für junge Frauen parallel zum Bundesparteitag der SPD. Die Bewerbungen für dieses Seminar waren 10 Mal so hoch, wie Plätze zur Verfügung standen. Das Format soll deshalb in ähnlicher Form fortgeführt werden.

Um die Thematik zielgruppengerecht zu kommunizieren, wurde eine Postkartenreihe im Design des Street Art-Künstlers Banksy aufgelegt.

Kampf gegen Rechts

Ein wichtiger Punkt der Arbeit des Verbandes war und ist der Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen: Aktivitäten gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Homophobie Antisemitismus und Rassismus sind zum festen Bestandteil unserer politischen Arbeit geworden. Wir sehen uns mit der zivilgesellschaftlichen Herausforderung konfrontiert, dass das rechte Potential in unserer Gesellschaft leider viel höher ist, als selbst die schon erschreckenden Wahlergebnisse von NPD und DVU in mehreren Bundesländern aussagen. Dies zeigt sich beiAlltagsrassismusundWohlstandschauvinismus sind bis in die Mitte der Gesellschaft vordringen. Eine besondere Gefahr stellen auch Burschenschaften, vor allem der Dachverband Deutsche Burschenschaft, dar. Durch diese Organisationen versuchen oft rechte Akademiker junge Studierende mit völkischer Gesinnung in einflussreiche Positionen zu bringen. Der Juso-Bundesverband setzt sich deshalb nach wie vor für einen allgemeinen Unvereinbarkeitsabschluss mit der Deutschen Burschenschaft ein.

Menschenfeindliche Einstellungen sind für uns kein Phänomen, das sich allein in Gewalttaten äußert, sondern auch immer mehr in den Köpfen der Menschen verankert ist. Daher haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, woraus diese Einstellungen resultieren, wie Vorurteile bekämpft und wie die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts gestärkt werden kann. In der Netzwerkstelle Antifaschismus haben wir dazu eine Koordinationsstelle der in diesem Bereich Engagierten geschaffen. Für uns war es wichtig, sowohl in der gesellschaftlichen Debatte als auch in der praktischen Auseinandersetzung mit diesem Phänomen voranzukommen. Wir haben deshalb unterschiedliche Materialien für die verschiedenen Zielgruppen entworfen. So wurde das Heft „Argumente ge-

gen Rechts“ aufgelegt, dass mit den üblichen Vorurteilen aufräumt. Mit der Entwicklung des Nazizwergs, einem Gartenzwerg der in seiner Aufmachung an Adolf Hitler erinnert, gelang es uns, Jugendliche auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Das Symbol wird auf Postkarten, Postern und Flyern verwendet und ist vor allem in der ersten Ansprache von Interessierten sehr erfolgreich. Der Nazizwerg kann auch in einer selbst gebauten Kegelbahn von Jugendlichen weggekegelt werden. Dieses Instrument setzten wir insbesondere auf der Jugendmesse *You* ein aber auch an anderen Orten. Diese Aktionsform wird insbesondere aus der Fläche nachgefragt. Auch im Netz waren wir aktiv und gründeten Foren und Seiten gegen Rechts. Auf der Straße beteiligten wir uns an mehreren Bündnissen gegen Aufmärsche von Neonazis. Insbesondere in Dresden waren wir 2009 und 2010 aktiv und mobilisierten stark.

Materialien

Wie auch in den vergangenen Jahren veröffentlicht der Juso-Bundesverband neben zahlreichen Einzelmateriale wie Flyern, Plakaten und Broschüren auch weiterhin die regelmäßig erscheinenden Publikationen. Mit der sechsmal jährlich erscheinenden Verbandszeitschrift *Update* informiert der Bundesverband seine Mitglieder über aktuelle Positionen, anstehende Termine oder neue Materialien. Hier erhalten auch die Landes- und Bezirksverbände Platz für die Berichterstattung über ihre Arbeit vor Ort und ihre internationalen Begegnungen. Viermal jährlich erscheinen die *Argumente*, welche mit wissenschaftlichen Texten als Argumentationshilfe für unsere Verbandsmitglieder dienen sollen. Beide Publikationen haben die Themensetzung 2009 und 2010 flankiert und einzelne Themenschwerpunkte mit Artikeln aufgegriffen und vertieft.

Verändertes Medienverhalten

Nicht zu übersehen war die wachsende Bedeutung des Internets für die politische Jugendarbeit. Jugendliche verbringen mittlerweile mehr Zeit im Netz als vor dem Fernseher oder mit dem Lesen von Zeitungen. Das Internet ist das neue Leitmedium für die Jugend. Im Wahlkampf 2009 erkannten alle Parteien die enorme Bedeutung des Internets für die politische Kommunikation. Wir Jusos wissen, dass wir cross-medial agieren müssen, d.h. sowohl mit traditionellen Textflyern als auch über das Internet. Jugendliche sehen das Internet vornehmlich als Unterhaltungs- und Serviceangebot. Dies müssen wir in unserem Online-Angebot mitdenken. Die Jusos bieten deshalb, so weit möglich, Argumentations- und Servicematerial zum Download an. Das alles geschieht ohne Beschränkun-

gen oder interne Bereiche. Mit über 20 Millionen Nutzern z. B. bei Facebook ist das web 2.0 zu einer wichtigen Kommunikationsschnittstelle geworden. Der Bereich des web 2.0 ist allerdings nach wie vor hohen Schwankungen zwischen verschiedenen Portalen ausgesetzt, wie die nachlassende Popularität von myspace zeigt. Der Juso-Bundesverband war deshalb in verschiedenen Portalen wie den VZ-Netzwerken, Facebook, Twitter, myspace oder youtube aktiv. Wichtig ist vor allem eine aktive und partizipative Kommunikation. Wir versuchen, auf Kommentare auf unseren Seiten der Geschwindigkeit des Mediums entsprechend zu reagieren und betreiben eine möglichst offene und transparente Diskussionskultur. Meinungsäußerungen auf unseren Plattformen sind ein wichtiger Teil der Verbandsdebatte.

Online-Aktionen spielten in den Jahren 2009 und 2010 eine immer größere Rolle. Wir haben aber immer verstärkt versucht, die online- und offline-Kommunikation miteinander zu verbinden und nach Möglichkeiten zu suchen, wie wir über den eigenen UnterstützerInnenkreis hinaus über inhaltliche Initiativen im Netz Relevanz entfalten können. So wurden bspw. Aktionen gegen Nazis im Netz gestartet, die nicht offiziell als Juso-Aktion gebrandet wurden.

Weiterhin erwies es sich für den Juso-Bundes-

verband als nützlich, dass durch die flächendeckende Vertretung von kommunalen Jusostrukturen die Möglichkeit besteht, mittels MultiplikatorInnen bundesweit die eigenen Veranstaltungen auch jenseits klassischer Medienkanäle bekannt zu machen.

Fortgeführt wurde der zentrale Newsletter, der mehrere Tausend Interessierte unsere Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen informiert.

Bei Veranstaltungen ist immer mehr sichtbar, dass vor allem das Internet wichtig für die ad-

ministrative Abwicklung der Veranstaltungen wie der Organisation von Anmeldungen, sowie zur kurzfristigen Kampagnenbewerbung wichtig ist. Sind Veranstaltungen längerfristig planbar, ist eine Bewerbung dieser ohne Unterstützung klassischer Printmaterialien allerdings weiterhin schwieriger.

Es wird auch in Zukunft darauf ankommen, die zur Verfügung stehenden medialen Möglichkeiten effektiv einzusetzen, sich neuem Medienverhalten zu öffnen und Synergieeffekte zu nutzen.

Mitglieder des Juso-Bundesvorstands	
Bundesvorsitzende der Jusos Franziska Drohsel (bis 2010) Sascha Vogt (seit 2010) BundesgeschäftsführerInnen der Jusos Katrín Münch (bis 2010) Jan Böning (seit 2010) Stellvertretende Vorsitzende Simone Burger Michael Clivot Ralf Höschele Martin Margraf Sonja Pellin Sina Tiedtke (seit Juni 2009) Sascha Vogt (bis Juni 2010)	Bettina Schulze (seit Juni 2009) Thilo Scholle (bis Juni 2009) Katie Baltschun (bis Juni 2009) Jan Schwarz (bis Juni 2009, seit Juni 2010) Jendrik Schröder (bis Juni 2009) Gudrun Hofmann (bis Juni 2009) Kooptierte Mitglieder IUSY-Vizepräsidentin Cordula Drautz (seit November 2007) ECOSY-Vizepräsidentin Nils Hindersmann (ab Mai 2007) Vertreterin der Hochschulgruppen Erkan Ertam

Arbeitsgemeinschaft Juso-Hochschulgruppen

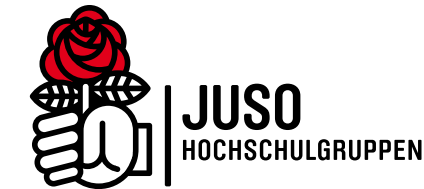
Das Studium der Zukunft

Die Juso-Hochschulgruppen sind die Vertretung der Jusos und der SPD an den Hochschulen. Mit fast 80 aktiven Gruppen im gesamten Bundesgebiet repräsentieren und gestalten die Juso-Hochschulgruppen die Sozialdemokratie im studentischen Umfeld.

Das Engagement reicht von der Vertretung in akademischen und studentischen Gremien, Beratungs- und Serviceangeboten bis hin zu Veranstaltungen rund um hochschul- und bildungspolitische Themen. Dabei verstehen sich die Juso-Hochschulgruppen als politische Akteure im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und lassen sich daher in ihren Aktivitäten nicht auf diese Themenbereiche beschränken.

Die bildungspolitische Debatte wurde in den Jahren 2009 und 2010 sehr stark durch den Bildungstreik geprägt, an dem sich auch die Juso-Hochschulgruppen aktiv beteiligt haben. Als Themen konnten u.a. der zu hohe Prüfungsdruck, die fehlende Mitbestimmung

von Studierenden sowie die Probleme von Bachelor-AbsolventInnen beim Übergang in den Beruf oder zum Master in die öffentliche Debatte gebracht werden. Letzteres wurde auch 2010 zu einem wichtigen Kampagnenthema der Juso-Hochschulgruppen. Zudem nahm natürlich auch bei den Juso-Hoch-



schulgruppen die Bundestagswahl einen großen Raum ein. Im Rahmen einer *Reiche Eltern für alle*-Bustour besuchte der Bundesvorstand über 70 Hochschulstätte und unterstützte die lokalen Wahlkämpfe. Für die Juso-

Mitglieder des Bundesvorstands der Juso-Hochschulgruppen 2008 – 2010	
2008 / 2009 Erkan Ertan Florian Hillebrand Jan Krüger Marie-Christine Reinert Kerstin Rothe Ninja Schmiedgen Carola Rühling	Kerstin Rothe Carola Rühling
Seit November 2010 Patrick Ehinger Jan Krüger Jakob Lohmann Marie-Christine Reinert Anna Schreiber Anna Spaenhoff Mareike Strauß	
2009 / 2010 Matthias Brune Maren Butz Erkan Ertan Jan Krüger Marie-Christine Reinert	Bundesgeschäftsführung Martin Timpe (Mai 2008 – Februar 2010) Tobias Keim (seit März 2010)

Hochschulgruppen standen dabei insbesondere die Themen starkes BAföG, Gebührenfreiheit, Bildungssoli und offene Hochschulen im Mittelpunkt.

Unter dem Titel *Studium der Zukunft* starteten die Juso-Hochschulgruppen Ende 2009 einen Prozess in dem der Verband grundsätzliche Fragen von Wissenschaft, Hochschule und Studium diskutierte. Zwischenergebnis dieser Debatte sind 12 Thesen, die anschließend mit BündnispartnerInnen, Studierenden und in der SPD diskutiert wurden und werden.

In der traditionsreichen Reihe der Arbeitshefte der Juso-Hochschulgruppen erschien im März 2009 ein neuer Band: die Nummer 108 unter

dem Titel *Was ist heute rechts? Die politische Rechte zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus*. Außerdem wurden 3 Ausgaben der neuen Hochschulgruppen-Zeitung *blattrot* herausgegeben.

Der bildungspolitische Kongress im Juni 2009 wurde gemeinsam mit der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema *Elite war gestern. Gleich ist Spitze* durchgeführt. Im Jahr 2010 wurde der Kongress für die Leitbilddiskussion genutzt und stand auch hier unter dem Motto *Studium der Zukunft*.

Die politische Bildungsarbeit des Verbandes fand maßgeblich auf den regelmäßig stattfin-

denden Seminarwochenenden statt. Hier wurden den Aktiven vor Ort inhaltliche Kompetenzen zu wichtigen bildungspolitischen Fragestellungen sowie die für die Arbeit vor Ort und im Verband notwendigen rhetorischen und technischen Fähigkeiten vermittelt. Seit dem Jahr 2006 ergänzt eine *Sommerschule* das Veranstaltungsprogramm der Juso-Hochschulgruppen. Während im Jahr 2009 verschiedene Themen für EinsteigerInnen angeboten und sich auf den Bundestagswahlkampf vorbereitet worden war, wurde die Sommerschule 2010 auch für die Diskussion um das Studium der Zukunft genutzt. Die TeilnehmerInnen entwickelten erste Entwürfe für die später beschlossenen Thesen.

Kommissionen, Foren, Projektgruppen,

Gesprächskreise, Preisverleihungen

Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Die Grundwertekommission hat sich im Jahr 2009 noch unter dem Vorsitz von Wolfgang Thierse der Frage nach den aktuellen Freiheitsgefährdungen zugewandt. Welche Gefahren liegen in den anarchisch-spekulativen wie ausbeuterischen Seiten der ökonomischen Globalisierung, in den Ursachen von Armutsmigration, in der Bedrohung durch Terrorismus oder im privaten Big-Brother-Regime von Unternehmen gegenüber Mitarbeitern oder Kunden? Überall ist staatliches Handeln gefordert, verbunden mit schwierigen Güterabwägungen, die eine breite Diskussion erfordern. Das Papier *Freiheit, die wir meinen* vom Juli 2009 steht unter

■ www.spd.de/spd_organisationen/Grundwertekommission/publikationen

Im Juni 2009 nahm die Kommission ein von Wolfgang Thierse und Michael Müller vorgelegtes Diskussionspapier zur Finanz- und Wirtschaftskrise an, das sich der Frage nach den Werten und Grundsätzen für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik stellte und die Durchsetzung des Primats der Politik forderte: *Die Geburt einer neuen Ära - Die Weltfinanzkrise: Ursachen und Perspektiven* mit einem Vorwort von Franz Müntefering gibt es als Broschüre oder Datei unter ■ www.spd.de/spd_organisationen/Grundwertekommission/publikationen

Nach dem Bundesparteitag 2009 konstituierte sich die Grundwertekommission 2010 unter dem Vorsitz von Julian Nida-Rümelin neu. Mit dem Ziel, in die Kommission engagierte Köpfe aus den wesentlichen Strömungen der Sozialdemokratie einzubeziehen, wurden eine Reihe neuer Mitglieder berufen. In der oben vorgestellten neuen Besetzung nahm die Kommission im März 2010 ihre Arbeit auf.

Thematisch rückten im Anschluss an die zuvor bearbeiteten Themen so aktuelle wie grund-

sätzliche Fragen in den Fokus wie die nach dem Verhältnis Staat und Markt nach 3 Jahrzehnten marktradikaler Ideologie oder die Frage nach einem neuen Fortschritt angesichts drängenden Probleme der Energie- und Klimakrise, aber auch die Frage nach der Zukunft der Volkspartei SPD angesichts des Wahlergebnisses von 2009.

Im Dezember 2010 konnte die Kommission zwei Projekte abschließen. Die Stellungnahme *An den Grenzen des Wachstums – neuer Fortschritt ist möglich* - als PDF www.spd.de/spd_organisationen/Grundwertekommission/publikationen - stellte sich der Diskussion um ein neues, nachhaltiges Wachstumsmodell als epochaler Aufgabe und der Neudefinition gesellschaftlichen Fortschritts. Das Papier geht über die Erörterung der grundsätzlichen Bedeutung eines Kurwechsels zu neuem Fortschritt hinaus, indem es die Konsequenzen für wichtige Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft skizziert.

Die zweite 2010 abgeschlossene Stellungnahme der Kommission widmete sich der *Volkspartei SPD*. Sie analysiert die Gründe für die Schwächung der Volksparteien allgemein, die Folgen für die Demokratie und die Frage der gesellschaftlichen Verankerung bzw. politischen Machtperspektiven der SPD. Eine Strategie für die Mehrheit erfordert sowohl eine klare, eigenständige Profilierung der SPD, als auch die Bereitschaft, eine führende Rolle im politischen Mitte-Links-Spektrum zu übernehmen. Die Ergebnisse der Analyse werden in einem kurzen Positionspapier am Anfang vorgestellt. Die Stellungnahme gibt es als Broschüre unter dem Titel *Die Zukunft der SPD als Volkspartei*, sie ist auch als PDF herunterzuladen unter ■ www.spd.de/spd_organisationen/Grundwertekommission/publikationen

Historische Kommission beim SPD-Parteivorstand

Historische Grundlagen gegenwärtiger Politik Die Jahre 2009/10 waren in erheblichem Maße durch Jubiläen und Erinnerungsjunkturen bestimmt. Dabei war aus der Sicht der Sozialdemokratie darauf zu achten, dass politisch einseitige Vorstellungen über die jüngere Vergangenheit korrigiert wurden. Die Historische Kommission hat in Verbindung mit dem Parteivorstand zwei gut besuchte Foren im WBH durchgeführt, die eigene Akzente setzten. In der ersten Veranstaltung wurde im Hinblick auf die vieldiskutierten Daten 1949 und 1969 versucht, die Stationen der Nachkriegsentwick-

lung um das Jahr 1969 zu erweitern, und zwar zusammen mit den Zeitzeugen Egon Bahr, Erhard Eppler, Inge Wettig-Danielmeier, Markus Meckel und Ludwig Stiegler. Bernd Faulenbach skizzierte wichtige Komplexe demokratischer Erinnerungskultur, Frank Walter Steinmeier rückte das soziale und demokratische Deutschland in eine Perspektive, die Geschichte und Gegenwart verband. Jutta Limbach betrachtete die deutsche Entwicklung aus der Sicht von außen. In einem zweiten Forum im Juni 2009 ging es anlässlich der 20. Wiederkehr von 1989 um die *europäische Idee der Freiheit*. Franz

Vorsitzender

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Thomas Meyer
Prof. Dr. Gesine Schwan

Mitglieder

Franziska Droschel
Prof. Dr. Christine Färber
Michael Guggemos
Wolfgang Jüttner, MdL
Natascha Kohnen, MdL
Prof. Dr. Wolfgang Merkel
Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse
Michael Müller
Kerstin Rothe
Christina Schildmann
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Hermann Schwengel
Dr. Eva-Maria Stange, MdL
Prof. Dr. Johano Strasser
Elisabeth Vogelheim

Korrespondierende Mitglieder

Doris Barnett, MdB, Dr. Hans-Peter Bartels, MdB, Gernot Grumbach, MdL, Hubertus Heil, MdB, Nicolette Kressl, MdB, Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, MdB, Wolfgang Tiefensee, MdB

Beratende Mitglieder

Prof. Dr. Iring Fetscher, Prof. Dr. Volker Gerhardt, Prof. Dr. Ingomar Hauchler, Prof. Dr. Gustav Horn, Dr. Elif Özmen, Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Prof. Dr. Rosemarie Will

Ehrenmitglieder

Dr. Erhard Eppler
Dr. Hans-Jochen Vogel

Sekretär

Dr. Hans Misselwitz

Vorsitzender

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Mitglieder des Arbeitsausschusses

Prof. Dr. Rainer Eckert
Prof. Dr. Helga Grebing
Dr. Anja Kruke
Dr. Ulrich Mählert
Dr. Bernd Rother
Dr. Mike Schmeitzner M.A.

Mitglieder

Prof. Dr. Ulrich Borsdorf
Prof. Dr. Beatrix Bouvier
Prof. Dr. Peter Brandt

Mün-tefering arbeitete auf dem Hintergrund der 1989 kulminierenden Freiheitsbewegung die umfassende sozialdemokratische Idee der Freiheit heraus. Über die europäische Dimension der Umwälzung diskutierte, moderiert von Bernd Faulenbach, ein europäisches Podium mit György Dalos (Ungarn), Blanka Muralova (Tschechien), Wlodzimiers Boroziej (Polen) und Jürgen Kocka (Deutschland). Thematisiert wurden die Vorgeschichte und der Charakter der Umwälzung, evolutionäre und revolutionäre Prozesse, Massenhandeln und die Reformpolitik Gorbatschows. Eine Zeitzeugenrunde unter Leitung von Klaus-Dietmar Henke und den Akteuren von 1989/90 Markus Meckel, Friedrich Schorlemmer, Erhard Eppler und Walter Momper debattierte über die Rolle der SPD. Die Historische Kommission und ihr Arbeitsausschuss haben 2009/10 die geschichts- und erinnerungspolitischen Entwicklungen kontinuierlich begleitet. Schwerpunkte waren dabei das problematische Projekt *Flucht Vertreibung Versöhnung*, bei dem das sozialdemokratische Bestreben dahin ging, die Einrichtung in vorhandene Strukturen zu integrieren und auf die

Medienkommission beim SPD-Parteivorstand

Freie Medien als wichtige Voraussetzung für eine moderne Demokratie

Eine moderne Demokratie kann nicht existieren ohne freie Medien. Zugleich schreitet die Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen voran und verändert Medien und die Medienlandschaft. In diesem Prozess sehen wir die Chance, neue Vielfalt zu schaffen und neue Möglichkeiten für Partizipation zu eröffnen. Sicher ist: Diese Entwicklung verändert unsere Gesellschaft. Deshalb muss sich auch unsere Politik verändern. Medienpolitik entwickelt sich in der digitalen Welt zu einem wichtigen Bestandteil von Gesellschaftspolitik. Es geht sowohl um die Vielfalt der Inhalte, als auch um Themen wie Medienkompetenz, informationelle Selbstbestimmung, Daten- und Verbraucherschutz, Urheberrechte.

Ziele sozialdemokratischer Medienpolitik

Um diese Veränderungen mitzugestalten, benötigen wir neue Positionen und neue Formen der politischen Kommunikation und Organisation. Die durch die Digitalisierung verursachte Auflösung des bislang als Einbahnstrasse organisierten Sender-Empfänger-Prinzips zugunsten einer Entwicklung, die aus Sendern auch Empfänger und aus Empfängern auch Sender macht, bedeutet für unsere politische Arbeit, dass wir unsere Positionen stärker als bisher im Dialog und als Prozess organisiert entwickeln werden; selbstverständlich mit allen

europäische Kompatibilität des Projektes zu achten, was nach dem Regierungswechsel nur noch teilweise erfolgreich war. Ein anderer Schwerpunkt waren die geschichtspolitischen Aktivitäten des Europäischen Parlaments, bei denen es aus sozialdemokratischer Sicht darauf ankommt, einen Umgang mit der ebenso vielfältigen wie gegensätzlichen Geschichte zu entwickeln, der die Unterschiedlichkeit der Erfahrungen respektiert, schwerwiegende Hypothesen berücksichtigt und neben der politischen Geschichte auch die sozialen und kulturellen Prozesse beachtet. Schließlich begann die Kommission mit der Diskussion sozialdemokratischer *Erinnerungs-orte*, die für die Identitätsvergewisserung der Sozialdemokratie bedeutsam sind. Auch beschäftigte sie sich in einem Workshop im Rahmen ihrer Jahressitzung 2010 mit Forschungen zur Rot-Grünen Regierungszeit 1998 – 2005, zu der Edgar Wolfrum und Sebastian Nawrat erste Forschungsergebnisse und Perspektiven weiterer Arbeit vorlegten. Es kommt darauf an, ein möglichst fundiertes Bild auch der jüngsten Parteigeschichte zu gewinnen.

digitalen Instrumenten. Die Konvergenz der Medien stellt sozialdemokratische Medienpolitik vor neue Herausforderungen. Es gilt, mit Medienpolitik, Netzpolitik und digitaler Infrastrukturpolitik die 3 wichtigsten, sich teilweise überschneidenden und ergänzenden Politikfelder organisatorisch zusammenzufassen. Die entscheidende organisationspolitische Herausforderung ist es deshalb, die richtige politische Plattform zu etablieren. Das sozialdemokratische Ziel, gleiche Lebenschancen zu schaffen, ist im 21. Jahrhundert ohne gleiche Chancen bei der Nutzung neuer Medien nicht zu erreichen. Für uns geht darum, 1. Vielfalt zu sichern 2. den Nutzerinnen und Nutzern den Zugang zu Wissen und Information über vielfältige und bezahlbare Inhalte zu ermöglichen und abzusichern 3. und Vorherrschende Meinungsmacht zu verhindern

Neue Formen der Arbeit

Um diesen Ansprüchen und Herausforderungen nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch gerecht zu werden, hat die Medienkommission die Arbeit auf 3 Säulen verteilt und einen Geschäftsführenden Vorstand mit dem Vorsitzenden der Medienkommission Marc Jan Eumann und den Sprechern der 3 Säulen eingerichtet. Die Bundestagsfraktion ist durch den Stellv. Fraktionsvorsitzenden Olaf Scholz ver-

Mitglieder

Prof. Dr. Ute Daniel
Prof. Dr. Barbara Distel
Kerstin Griesse
Dr. Siegfried Heumann
Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke
Prof. Dr. Christoph Kleßmann
Prof. Dr. Annette Leo
Prof. Dr. Inge Marszolek
Prof. Dr. Hans Mommsen
Prof. Dr. Ulrich Pfeil
Dr. Manfred Rexin
Dr. Karsten Rudolph
Prof. Dr. Reinhard Rürup
Prof. Dr. Axel Schildt
Prof. Dr. Klaus Schönhoven
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Dr. Dietmar Süß
Lothar Tautz
Wolfgang Thierse
Prof. Dr. Barbara Vogel
Prof. Dr. Hermann Weber
Prof. Dr. Siegfried Weichlein
Prof. Dr. Irmgard Wilharm
Prof. Dr. Edgar Wolfrum
Dr. Stefan Wolle
Sekretär Dr. Andreas Helle

treten, die Fraktion im Europäischen Parlament durch Petra Kammerevert und die Länder durch den Chef der Staatskanzlei Mainz, Martin Stadelmaier:

1. Medienpolitik: Sprecher Marc Jan Eumann
2. Netzpolitik und digitale Gesellschaft: Sprecher Björn Böhning und Lars Klingbeil
3. Digitale Infrastruktur: Sprecher Martin Dörmann

Beschäftigungsschwerpunkte

- Digitalisierung der Medien-Heraus- und Anforderungen an sozialdemokratische Medienpolitik
- Chancengerechtigkeit in der digitalen Welt
- Medienkompetenz: Die Nutzerinnen und Nutzer stärken - Media Governance: Auf die Verantwortung der Akteure setzen
- Vielfalt sichern - vorherrschende Meinungsmacht verhindern - Reform des Medienkonzentrationsrechts
- Ohne freie Medien gibt es keine freie demokratische Gesellschaft - Reformen auf dem Printmarkt
- Netzneutralität
- Sicherung des Datenschutzes angesichts fast uneingeschränkter technischer Möglichkeiten
- die soziale Sicherung von InternetarbeiterInnen
- die Rolle des Eigentums kreativer Leistungen
- Fragen des Zugangs
- Digitale Infrastruktur und Breitbandausbau

Kommission Gleichstellungspolitik des SPD-Parteivorstands

Der Kommission Gleichstellungspolitik hat beratende Funktion im Bereich der Gleichstellungspolitik und wird vom Parteivorstand eingesetzt. Die Kommissionsmitglieder geben wichtige Impulse, die die inhaltliche Arbeit der Partei beeinflussen. Die Kommission trat im 1. Halbjahr 2009 zweimal zusammen (21.01., 17.03). Zentrales Thema der Beratungen waren Anforderungen an das SPD-Regierungsprogramm 2009 aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht, die in der März-Sitzung mit dem damaligen Parteivorsitzenden Franz Müntefering diskutiert wurden.

Vorsitzende der Kommission <i>Elke Ferner</i> , MdB, Mitglied SPD-Parteivorstand und SPD-Präsidium
Mitglieder der Kommission <i>Edelgard Bulmahn</i> , MdB, Bundesministerin a.D. <i>Gabi Dobusch</i> , Mitglied der Hamburger Bürgerschaft <i>Christel Humme</i> , MdB, SPD-Bundestagsfraktion <i>Anne Jenter</i> , GEW-Hauptvorstand <i>Karin Junker</i> , Vorstand des Ständigen Ausschusses Frauen der SPE

Im Regierungsprogramm erklärte die SPD u.a. sich engagiert für Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, Mindestlohn und eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstandsfunktionen einzusetzen. Die mit dem Arbeitsprogramm erneut vom Parteivorstand eingesetzte Kommission Gleichstellungspolitik trat am 16.06.2010 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Kommission, die sich aus Vertreterinnen von Parteivorstand, Gewerkschaften, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, Friedrich-Ebert-Stiftung u.a. zusammensetzt, beriet

<i>Judith Kerschbaumer</i> , ver.di-Bundesverwaltung <i>Caren Marks</i> , MdB, SPD-Bundestagsfraktion <i>Claudia Menne</i> , DGB-Bundesvorstand <i>Aydan Özoğuz</i> , MdB, SPD-Bundestagsfraktion <i>Brigitte Pleß</i> , SPD-Parteirat <i>Bettina Schulze</i> , Stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende <i>Dr. Angelica Schwall-Düren</i> , Mitglied SPD-Parteivorstand <i>Manuela Schwesig</i> , Stellvertretende Parteivorsitzende der SPD <i>Dr. Barbara Stiegler</i> , Friedrich Ebert Stiftung

mit Mitgliedern der Steuerungsgruppen der Zukunftswerkstätten des SPD-Parteivorstands, in welcher Weise Gleichstellung als Querschnittsthema in den Zukunftswerkstätten der SPD verankert werden kann In zwei weiteren Sitzungen (15.09., 24.11.10) beschäftigte sich die Kommission mit der Übertragbarkeit des französischen Partit -Gesetzes ins deutsche Recht. Prof. Silke Ruth Laskowski von der Universität Kassel stellte hierzu ihr Gutachten vor. Die Kommission wird an diesem Thema als auch am Thema Arbeitszeitmodelle/Work Life Balance unter frauen- und gleichstellungspolitischen Aspekten weiterarbeiten.

<i>Dagmar Ziegler</i> , SPD-Bundestagsfraktion <i>Inge Wettig-Danielmeier</i> , ehemalige Schatzmeisterin der SPD, ehem. ASF-Bundesvorsitzende
Mitarbeiterin <i>Britta Erfmann</i> , Referentin beim SPD-Parteivorstand, Referat Frauen / ASF
Gast: <i>Carmen Munoz-Berz</i> , Gleichstellungsbeauftragte, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG)

Bericht der Bundesschiedskommission

Bei der Bundesschiedskommission sind in den Jahren 2009 – 2010 insgesamt 13 Verfahren eingegangen und zwar

- 7 Parteiordnungsverfahren
- 3 Statutenstreitverfahren
- 1 Wahlanfechtungsverfahren sowie
- 2 Beschwerden bzw. sonstige Anträge

Die 7 Parteiordnungsverfahren richteten sich in 5 F llen gegen ein Parteimitglied und in 2 Verfahren gegen 2 Parteimitglieder. Die Bundesschiedskommission hat wie folgt entschieden:

- In ersten Verfahren wurde die Berufung der Antragsteller gegen die Entscheidung der Bezirksschiedskommission zurückgewiesen. Es bleibt damit bei einer Einstellung des Verfahrens wegen geringer Schuld.
- Im zweiten Verfahren wurde selbiges aufgrund der Rücknahme der Berufung eingestellt.
- Im dritten Verfahren wurde die Entscheidung der Unterbezirksschiedskommission sowie der Bezirksschiedskommission vom Ruhen der Rechte aus der Mitgliedschaft für 18 Monate auf eine Rüge abgeändert.
- Im vierten Verfahren wurde die Entscheidung der Bezirksschiedskommission aufgehoben und das Verfahren zur weiteren Verhandlung an die Unterbezirksschiedskommission verwiesen. Die verhängte Sofortmaßnahme wurde außer Kraft gesetzt.

- Das fünfte Verfahren wurde nach Austritt der Antragsgegnerin aus der Partei eingestellt.
- Die beiden weiteren Verfahren wurde im Berichtszeitraum noch nicht entschieden.

Gründe für die Parteiordnungsma nahmen in den Verfahren waren u.a. Verstöße gegen die Grundsätze der Partei durch:

- Ankündigung der Verweigerung der Wahl der SPD-Kandidatin zur Ministerpräsidentin
- Verhaltensweisen entgegen Beschlüssen der SPD und der Kreistagsfraktion.
- Konfrontatives Verhalten gegenüber der SPD-Stadtverordnetenfraktion und Gründung einer überparteilichen neuen Fraktion
- Vorwurf der Manipulation bei der Mitgliederaufnahme (Erschleichung der Mitgliedschaft durch Scheinwohnsitz) und fehlender Mitwirkung an der Aufklärung des Sachverhalts

In den 3 Statutenstreitverfahren ging es um:

- Antrag auf Feststellung der Nichtigkeit eines Kreisparteitagsbeschlusses betreffend die Abführung von den Sadtverb nden und Ortsvereinen zufließenden Mitteln aus Sonderbeiträgen an den Kreisverband
- Feststellung der Unwirksamkeit der Gründung eines Ortsvereins, da im Widerspruch zu den Vorgaben des   8 Abs. 2 OrgStatut

In dem einen Wahlanfechtungsverfahren wurden das Rechtsmittel und damit der Antrag auf Feststellung der Nichtigkeit einer Wahl zurückgewiesen. Grund hierfür war:

- Ein Nichtigkeitsgrund gemäß   12 WO nicht festzustellen, da kein Nichtmitglied der SPD in eine Funktion gewählt worden ist. Kein Grund für die Wahlanfechtung, da nicht festzustellen, dass der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben könnte.

In den 2 nicht zuzuordnenden Verfahren wurden das Rechtsmittel bzw. der Antrag als unzulässig verworfen bzw. das Verfahren zurückverwiesen.

- In dem ersten Verfahren richtete sich die Beschwerde gegen Drohungen, vermutete Vorurteilung und Diffamierung sowie wiederholtem Ausschluss von Internetplattformen.
- Im zweiten Verfahren wurde Beschwerde gegen die Ablehnung der Durchführung von Parteiordnungsverfahren durch den Vorsitzenden der Landesschiedskommission wegen Unzuständigkeit eingelegt.

Bundesschiedskommission – Statistik

Verf. Nr.	Anzahl AG	Berufung unzulässig verworfen	Berufung zurückgewiesen	Ausschluss	Ruhen aller Rechte 3 Jahre	Ruhen aller Rechte 2 Jahre	Ruhen aller Rechte auf Tag befristet	Funktionsverbot mit Datum befristet	Funktionsverbot 1 Jahr	Ertelung einer Rüge	Aussetzung des Verfahrens	Einstellung des Verfahrens * wg. Austritt	Unzulässiger Antrag an BSK	Zurückverweisung an Vorinstanz zur Sachaufklärung	Zurücknahme der Berufung, Entscheidung LSK unanfechtbar	noch nicht abgeschlossen zum Ende Berichtszeitraum 31.12.2010
1/2009	1		x													
5/2009	1									x						
6/2009	1													x		
2/2010	1											x*				
4/2010	1															
5/2010	2															x
6/2010	1															x
	8	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0	1	1	2

Verf. Nr.	Statutenstreitverfahren	Berufung zurückgewiesen	Berufung unzulässig verworfen	Einstellung	Berufung zurückverwiesen an Vorinstanz zur weiteren Sachaufklärung	Zitierte Entscheidung	nicht abgeschlossenes Verfahren am 31.12.2010
3/2009						*	
4/2009	x						
3/2010	x						
3	2	0	0	0	0	1	0

* Die Entscheidung der LSK wurde abgeändert.

Verf. Nr.	Nicht zuzuordnende Verfahren	Antrag / Beschwerde **	Antrag wurde zurückgewiesen	Antrag wurde zurückgewiesen	Einstellung	Zitierte Entscheidung	nicht abgeschlossenes Verfahren am 31.12.2010
7/2009	x						
1/2010				x			
2	1	0	0	1	0	0	0

** wurden als unzulässig verworfen

Verf. Nr.	Wahlanfechtungsverfahren	Berufung zurückgewiesen	Berufung unzulässig verworfen	Einstellung	Berufung zurückverwiesen an Vorinstanz zur weiteren Sachaufklärung	Zitierte Entscheidung	nicht abgeschlossenes Verfahren am 31.12.2010
2/2009	x						
1	1	0	0	0	0	1	0

Kommission Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolenregionen

Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolenregionen

Das SPD-Präsidium hatte in seiner Sitzung am 11.02.2008 die Einsetzung einer Arbeitsgruppe *Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen* beschlossen. Die Arbeitsgruppe sollte dazu dienen, das sozialdemokratische Profil einer modernen, weltoffenen, innovativen und auf sozialen Ausgleich gerichteten Großstadtpolitik aufzuzeigen. Unter der Leitung von Klaus Wowereit trafen sich sozialdemokratische OberbürgermeisterInnen, um sich über ihre jeweilige Arbeit in den Regionen auszutauschen. Die Kommission hatte die Aufgabe, Wahlverhalten und Trends in den Metropolen zu analysieren und daraus die programmatischen Grundlagen für eine moderne Großstadtpolitik abzuleiten. Klar ist: In den Metropolregionen müssen die großen Fragen unserer Zeit beantwortet werden. Dort entscheidet sich, ob die soziale Gesellschaft gelingt und ob Teilhabe und Aufstieg möglich sind. Die Städte haben für die SPD eine besondere Bedeutung. Hier entstand die Arbeiterbewegung. Heute lebt und arbeitet über die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands in großen Städten. Hier entscheidet sich die Frage der Integration, andere Lebensmodelle jenseits der Kleinfamilie sind prägend, hier sind Fragen von Umweltschutz dringend.

Termine 2009

■ **16. Februar 2009, Berlin, Willy-Brandt-Haus**
Die Kommission *Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen* hat erfolgreich getagt und intensiv über den Entwurf des Metropolen-Manifests *In der Metropole zu Hause* beraten.

■ **16. März 2009, Berlin, Willy-Brandt-Haus**
Abschließende Beratung und Beschlussfassung, finalen Sitzung der Kommission *Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen*. Maßgeblich war die Frage, wie der soziale Zusammenhalt in den Städten gelingen kann. Die Leitgedanken sozialdemokratischer Großstadtpolitik wurden unter dem Titel *In der Metropole zu Hause* beschlossen und in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Veranstaltungsreihe *Das Neue Jahrzehnt*

Das beschlossene Manifest wurde im Rahmen der Veranstaltungsreihe *Das Neue Jahrzehnt* unter der Überschrift *Heimat Metropole* von Klaus Wowereit in 3 Städten vorgestellt. In den Veranstaltungen wurde jeweils ein thematischer Schwerpunkt gelegt. Die Reihe diente auch der Vormobilisierung im Rahmen des Bundestagswahlkampfes. An den Veranstaltungen nahmen auch jeweils Kommissionsmitglieder teil:

■ **23. März 2009** im Musikpark Mannheim mit Oberbürgermeister Peter Kurz zum Themenfokus *Kreativwirtschaft*

■ **24. März 2009** in der Zeche Zollverein in Essen mit dem damaligen Kandidaten und jetzigen Oberbürgermeister Reinhard Paß (Essen) und dem Gelsenkirchener Oberbürgermeister Frank Baranowski zu den Themenschwerpunkten *Demographischer Wandel und Strukturwandel*

■ **30. März 2009** im Literaturhaus München mit Oberbürgermeister Christian Ude zum Themenschwerpunkt Integration

3. Juli 2009 - Kongress Heimat Metropole in Berlin: Die Ergebnisse der Kommission *Sozialdemokratische Politik in innovativen Metropolregionen* wurden auf dem *Großstadtkongress* der SPD einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Hierzu wurden prominente RednerInnen aus dem In- und Ausland eingeladen. Gleichzeitig stellte die SPD die Grundzüge zur sozialen Gesellschaft in den Städten vor, Leit motive sind Weltoffenheit, Toleranz, Wissenschaftlichkeit, kulturelle Vielfalt und kreatives Leben. Damit setzte die SPD vor der Bundestagswahl 2009 ein Zeichen, das sie als die dominierende politische Kraft in Deutschland in den großen Städten und die großstädtischen Lebensweisen und Lebensräume repräsentiert. Frank-Walter Steinmeier und Klaus Wowereit nahmen eine prominente Rolle im Rahmen des Kongresses ein, ebenso der SPD-Parteivor-

Manifest *In der Metropole zu Hause* – Leitgedanken sozialdemokratischer Großstadtpolitik.

Auszug: „Die Sozialdemokratie war und ist die Partei der großen Städte in Deutschland. Wir wollen weltoffene Großstädte und wettbewerbsfähige Metropolregionen, die Orte des Fortschritts und des sozialen Ausgleichs sind. Sie sind Voraussetzung für ein modernes Land. Hier entsteht Wohlstand. Hier wächst Zusammenhalt. Wir sehen die modernen Metropolen als einen wichtigen Raum der Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages. Hier kann man ohne Angst verschieden sein. Wir wollen sie zu Orten machen, in denen Menschen füreinander eintreten, Sicherheit und Geborgenheit finden. Wir Sozialdemokraten suchen die Zusammenarbeit mit denen, die nach neuem Zusammenhalt streben statt alte Spaltungen zu vertiefen. Wir setzen dabei auf die heimatverbundenen Großstädter, die offen sind für alle, die bei ihnen ihre Heimat finden wollen. Wir wollen mit den Menschen gemeinsam an der Metropole arbeiten, die für alle Heimat ist. Deshalb formuliert die SPD zentrale Leitgedanken für moderne Politik in den großen Städten.“

sitzende Franz Müntefering, die Jugendlichen des Jugendkulturprojekts Gangway Beatz sowie zahlreiche deutsche OberbürgermeisterInnen und weitere prominente Gäste. Teilgenommen haben neben den Mitgliedern der Kommission auch sozialdemokratische Bürgermeister europäischer Metropolen, u.a. Ritt Bjerregaard, ehemalige EU-Kommissarin und Oberbürgermeisterin von Kopenhagen.

Kreativwettbewerb Heimat Metropole – Beschreibung eines Bild-, Video-, Poetry-Wettbewerbs: Die politisch rationale Betrachtung von Herausforderungen in den Großstädten bzw. Metropolen ist die eine Seite. Auf der anderen Seite wollten wir das dialektische Begriffspaar *Heimat* und *Metropole* auch von einer erfahrungsgeleiteten und individuell-persönlichen Seite mit Leben füllen. Aus dieser Überlegung heraus hat die SPD den Kreativwettbewerb *Heimat Metropole* ins Leben gerufen, für den der bekannte Fotograf Jim Rakete die Schirmherrschaft übernommen hat. Wir wollten ausleuchten, was den Begriff Heimat für die Menschen in der Großstadt ausmacht. Der erste Preis des Wettbewerbs war mit 1.000 Euro dotiert. Es sind knapp 90 Beiträge eingegangen, die Preisträger waren Helga Duwendag-Strecker aus Oldenburg mit ihrem Bild *Gut aufgehoben* (3. Preis), Bettina Niedt mit dem Bild *Chi, der Hauptstadthund* (2. Preis) und Frank Mischalle erhielt den 1. Preis in Höhe von 1.000 Euro für das Bild *Mimis Heim*. Die Prämierungen wurden am 3. Juli 2009 im Rahmen des Kongresses *Heimat Metropole* in Berlin vorgenommen.

■ Kommissionsmitglieder 2008 / 2009 - vom SPD-Präsidium beschlossen

Leitung: Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin **Mitglieder:** Frank Baranowski (OB von Gelsenkirchen, Vorsitzender der SGK NRW), Björn Böhning (Mitglied des SPD-Parteivorstands), Jens Böhrnsen (Präsident des Senats von Bremen), Bärbel Dieckmann (OB Bonn, Mitglied des SPD-Präsidiums), Ingo Eglhoff (SPD-Landesvorsitzender Hamburg), Dr. Ulrich Hatzfeld (Unterabteilungsleiter Stadtentwicklung im BMVBS), Dr. Peter Kurz (OB von Mannheim), Dr. Gerhard Langemeyer (OB von Dortmund, Bundes-SGK-Vorsitzender), Barbara Ludwig (OB Chemnitz, Mitglied des SPD-Präsidiums), Dr. Ulrich Maly (OB Nürnberg, Mitglied des SPD-Parteivorstands), Detlef Raphael (Geschäftsführer Bundes-SGK), Bernd Scheelen (MdB, Sprecher der AG Kommunalpolitik der Bundestagsfraktion), Dr. Manfred Sternberg (Stellv. Geschäftsführer Bundes-SGK), Dagmar Szabados (OB Halle/S.), Stephan Weil (OB Hannover, Präsident des VKU), Petra Weis, MdB Duisburg (Stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion) Christian Ude (OB München, Präsident des Deutschen Städtetags)

Kulturforum der Sozialdemokratie - Politik braucht Kunst und Kultur

„Ich glaube immer noch an die produktive, subversive Kraft der Kunst.“ Klaus Staack

„Ich glaube, Kunst entsteht, wenn man das Chaos auf der Welt betrachtet und trotzdem nicht den Glauben daran verliert, dass es eigentlich anders sein sollte.“ Ai Weiwei

Aufgabe des Kulturforums der Sozialdemokratie bleibt es laut Satzung, *Fragen der kulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und international durch Veranstaltungen, Publikationen oder auf andere geeignete Weise aufzugreifen und durch möglichst umfassende Erörterung zu ihrem Verständnis beizutragen*. Es setzt sich für künstlerische und intellektuelle Belange besonders ein, trägt zur Erweiterung des Sachverständs der SPD in kulturpolitischen Fragen bei und bietet sich als respektabler Ansprechpartner für engagierte Personen und Gruppen aus dem Kulturleben an. Gerade in grundsätzlichen Fragen zur kulturellen Entwicklung und zu den Ideen sozialer Demokratie liegt ein Schwerpunkt des Meinungsaustausches. Das Kulturforum kümmert sich, über Wählerinitiativen, Aufrufe und Unterstützertreffen hinaus, darum *Geist und Macht* zusammenzubringen und trägt dazu bei, die Sozialdemokratie neuen künstlerischen wie intellektuellen Impulsen auszusetzen. Es versteht sich – auch innerparteilich – als Lobby von Kunst und Kultur. Dabei wird das Kulturforum im Willy-Brandt-Haus von rund 35 aktiven regionalen Kulturforen getragen, die vom Saarland bis Sachsen-Anhalt, von Hamburg bis München – auf jeweils unterschiedliche Art, den lokalen Bedingungen angepasst, oft als unabhängige gemeinnützige Vereine – den Kontakt in die Kulturszenen hinein pflegen und über Diskussionsforen, über die mediale Öffentlichkeit und durch programmatische Arbeit die Stellung des Kulturellen zu verteidigen und zu verbessern suchen. So finden sich vielerorts der Kultur nahestehende Genossen und Freunde der SPD, Kulturinteressierte, Künstler, Kulturvermittler, Kulturwissenschaftler, Kreativselbstständige, Kulturpolitiker usw. und stellen Veranstaltungen, kulturkritische Debatten, Kulturevents, Begegnungen mit den Künsten und den Kulturschaffenden oder auch Reden bzw. ganze Feste auf die Beine.

Besonders der 14-tägig erscheinende, von Vera Giebel edierte, elektronische Newsletter des Kulturforums entwickelte sich im Berichtszeitraum zu einer festen Größe des Austausches über regionale Kulturforumsaktivitäten, künstlerische Events sowie kulturpolitische Beiträge – unter www.kulturforen.de. Bei aller elektronischen Kommunikation wurde das Treffen der

regionalen Kulturforen zu einem jährlichen Höhepunkt des Austauschs und der ehrenamtlichen Motivation: 2009 am Starnberger See und in München anlässlich des 20jährigen Bestehens des Starnberger Kulturforums der Sozialdemokratie, 2010 in Gelsenkirchen und Essen anlässlich der Kulturhauptstadt RUHR 2010.

Das Jahr 2009 war auf Bundesebene besonders geprägt durch einen Wahlkampf, in dem auch kulturpolitische Inhalte und die Unterstützung kultureller, intellektueller und medial Prominenter wichtig waren. Trotz der schwierigen Situation, aus der Großen Koalition heraus Wahlkampf machen zu müssen, konnten zahlreiche Aufrufe, Testimonials und UnterstützerInneninitiativen und -treffen auf die Beine gestellt oder befördert werden. Mit einer ansehnlichen Broschüre warb die SPD für ihr kulturpolitisches Programm.

Anschließend, nach der Niederlage, galt es, sich in der Oppositionsrolle – auch mit einem erweiterten Vorstand des Kulturforums – neu aufzustellen. Bereits der NRW-Landtagswahlkampf im Frühjahr 2010 war, auch über das Kulturforum, wieder mit kulturpolitischen Argumenten angereichert.

Einerseits konnte das Kulturforum nun gewissermaßen einige Früchte der Arbeit des letzten Jahrzehnts ernten: Vielerorts stieg die Bedeutung des Politikfeldes Kultur, so auch in der Wahlkampfbühne 2009. Die anderen Parteien nahmen die Konkurrenz in der neuen Kulturpolitik an und es entstand ein – kulturelle Sichtweisen befördernder – parteipolitischer Wettbewerb um Kulturpolitik und um das bessere Verhältnis zu Künstlerinnen und Künstlern. Sozialdemokratische Sichtweisen und Begriffe wie etwa *Kultur ist Investition und nicht Subvention* setzten sich allgemein durch. Große kulturpolitische Fragen wie die z.T. dramatische Krise der kommunalen Kulturfinanzen oder die tiefgreifenden kulturellen Veränderungen durch die Digitalisierung wurden gesamtgesellschaftlich breit thematisiert. Andererseits ist auch dadurch, dass Kultur nun vielerorts bedeutender wurde, das Kulturforum nicht mehr alleiniger kulturpolitischer Akteur der Partei, sondern oft *nur noch* Kooperationspartner, Mitveranstalter, Initiator oder Unterstützer. Aber das Kulturforum bleibt in der Regel beteiligt und bringt seine Erfahrungen ein: ob beim jährlichen filmpolitischen Event im WBH zur Berlinale, bei der Pflege kulturell-künstlerischer UnterstützerInnen an der Spitze der SPD, bei der kulturpolitischen Aufstellung auf Landesebene und nicht zuletzt in enger Kooperation bei Themen der täglichen Bundeskulturpolitik mit der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion.



Am Wahlkampf 2009 beteiligte sich das Kulturforum als Teil des UnterstützerInnenbereichs. Zu den Aktivitäten gehörte die Erarbeitung einer kulturpolitischen Programmatik, die Zusammenarbeit für das Teammitglied für Kultur, Barbara Kisseler, die politische Lesereise von Günter Grass und anderen Autoren mit 7 Veranstaltungen durch Ostdeutschland (Berlin, Neuenhagen, Eberswalde, Stralsund, Halle, Dresden, Berlin) und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aufrufe/Anzeigen, wie der *Aktion für mehr Demokratie* im Europawahlkampf oder den Aufruf *Am 27. September geht es um eine Richtungsentscheidung: FÜR EINE STARKE SPD*, unterzeichnet von vielen Prominenten aus Kultur und Wissenschaft, u.a. von Klaus Staack und Johano Strasser.



Günter Grass: Unterwegs durch Ostdeutschland

2010 wurden erste Schritte der programmatischen Neuaufstellung in einer dreifachen Krisensituation der Kultur begonnen: Erstens das Thema der kulturellen Bildung und musischen Erziehung, die vielfach gefährdet erscheint, obwohl sie für die Zukunft der Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. Zweitens der Kampf um eine ausreichende Finanzierung des öffentlichen Gutes Kultur, gerade kommunal und auf Länderebene, auch als Folge von Verschuldung und Finanzkrise von 2008. Drittens die Wahrung der Interessen kultureller Urheber angesichts der immer umfassenderen Digitalisierung, natürlich auch als Chance gesehen, als Aufbruch einer neuen Kreativwirtschaft.



1. September 2009 - Erinnern für die Zukunft. Ein Filmabend zum Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren

In der Reihe *philosophy meets politics*, die zum 11. Mal fortgesetzt werden konnte, stand das nach langer Regierungsbeteiligung notwendige Thema auf der Agenda, inwieweit politisches Handeln heute eine philosophische Fundierung braucht und dass progressive Politik heute auch im Namen moralischer Werte, wie etwa der Gerechtigkeit, agieren muss. 2011 wird diese programmatische Arbeit, besonders in Hinblick auf einen *Kreativpakt*, der Anbieter und Verwerter kreativer Dienstleistungen einbeziehen wird, fortgesetzt. Es geht darum, prekärer Beschäftigung und unsicheren Lebensverhältnissen in der Kultur- und Medienbranche entgegenzuwirken, angemessene Entlohnung und Vergütung sicherzustellen und Konzepte sozialer Sicherheit in einem von Flexibilität und Offenheit geprägten Berufsfeld zu entwickeln.

Die Kulturforen danken allen Kooperationspartnern, besonders der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V.



Foto: photothek.net Fotoagentur C&K / Thomas Köhler

„Philosophie und Politik“ mit Susan Neiman und Olaf Scholz „Moralische Klarheit für erwachsene Idealisten“

Aktivitäten des Bundeskulturforums

2009

- 30./31.01. Tagung mit dem Kulturforum Sachsen e.V. „Kulturelle Bildung“ in Dresden
- 10.02. Beteiligung 6. Filmabend im WBH anlässlich der Berlinale, mit Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier u.a., Vorpremiere des Films „Vorstadtkrokodile“
- 12.02. WBH: Wolfgang Thierse: Eröffnung der Ausstellung „Gesichter der DEFA“



Foto: photothek.net Fotoagentur C&K

Lesung „Grimms Wörter“ - v. I. Johano Strasser, Christoph Links, Sigmar Gabriel, Günter Grass

Vorstand des Kulturforums der Sozialdemokratie seit März 2010

Vorsitzender: Dr. h.c. Wolfgang Thierse (MdB, Bundestagsvizepräsident)

Mitglieder des Vorstands: Prof. Hans-Georg Bögner (Vorstand Stiftung Kultur der Stadtparkasse Köln), Siegmund Ehrmann (MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion), Egmont Elschner (Regisseur, Vorsitzender Kulturforum Sachsen), Carmen Emigholz (Staatsrätin für Kultur des Landes Bremen, Vorsitzende Kulturforum Bremen), Knut Fleckenstein (MdEP, Mitglied des Kulturforums Hamburg), Manfred Geis (MdL, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz), Monika Griefahn (Landesministerin a.D., ehemalige Vorsitzende des Bundestagsausschusses Kultur und Medien) Dr. Barbara Hendricks (MdB, Schatzmeisterin der SPD), Dr. Burkhard Jellonnek (Vorsitzender des Kulturforums Saarland, Leiter der Landeszentrale politische Bildung), Brigitte Lange (MdB, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, stellv. Vorsitzende des Kulturforums Stadt Berlin), Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin (Staatsminister a. D., Philosophisches Seminar der Ludwig Maximilians Universität München), Prof. Dr. Oliver Scheytt (Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, Geschäftsführer Ruhr 2010 GmbH), Dr. Jan Turowski (Politikwissenschaftler und Kulturtheoretiker, Berlin), Kristina Volke (Kultur- und Kunstwissenschaftlerin, Stellvertreterin des Kurators im Deutschen Bundestag), Olaf Zimmermann (Geschäftsführer Deutscher Kulturrat Berlin)

Geschäftsführer: Dr. Klaus-Jürgen Scherer

- 18.02. WBH: Lesung u. Diskussion „Die Kinder des Sisyfos“ mit Erasmus Schöfer, Volker Braun, Felix Huby, Sabine Kebir, Volker Ludwig, B. K. Tragelehn, Helga Grebing, Wolfgang Thierse

- 27.02. WBH: Zukunft der Kulturpolitik zwischen Kulturwirtschaft und Kulturstaat. Wolfgang Thierse, Oliver Scheytt, Olaf Zimmermann

- 12./13.03. Beteiligung Leipziger Buchmesse

- 04.04. Wolfgang Thierse: Gründung des Kulturforums Baden-Württemberg in Stuttgart

- 06.04. WBH: Ein Bürger für Brandt. Der politische Grass. Ausstellungseröffnung u.a. mit Frank-Walter Steinmeier, Günter Grass

- 28.04. Debatte über Kultur- und Kreativwirtschaft im Landtag Mainz mit Klaus-Jürgen Scherer

- 01.05. Beteiligung Buchvorstellung und Debatte Günter Grass – Wolfgang Thierse „Unterwegs von Deutschland nach Deutschland“ im BE

- 15.05. Auftakt des Darmstädter Kulturforums der Sozialdemokratie e.V. mit Klaus-Jürgen Scherer

- 19.–21.06. Jahrestreffen der regionalen Kulturforen in Starnberg u. München anlässlich 20 Jahre Kulturforum der Sozialdemokratie im Landkreis Starnberg e.V. mit Wolfgang Thierse, Gert Heidenreich, Johano Strasser u.a.

- 02.07.-05.07. Beteiligung Kultursommer Berlin des SPD-Reiseservice (Wolfgang Thierse, Klaus-Jürgen Scherer, Leonard Lansink)

- 16.08. Kulturfest Kulturforum der Sozialdemokratie Saarland e.V. u.a. mit Heiko Maas, Wolfgang Thierse, Klaus Staack, Burkhard Jellonnek

- 01.09. WBH: Erinnern für die Zukunft. Ein Filmabend zum Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren mit Tal Bashai Trio, Enrique Sanchez Lansch, Ulrike Merten, Barbara Kisseler, Wolfgang Thierse

- 11.09. Die Rede. Barbara Kisseler im Deutschen Theater Berlin. In der heißen Wahlkampfphase Unterstützung des für Kultur zuständigen Teammitglieds

- 08.09. – 18.09. Mit Günter Grass „Unterwegs durch Ostdeutschland – eine politische Lesereise. Berlin (Berlinische Galerie) – Neuenhagen – Eberswalde – Stralsund – Halle - Dresden – Berlin. U.a. mit Steffen

Kopetzky, Michael Kumpfmüller, Tilman Spengler, Thomas Rosenlöcher, Jens Sparschuh, Franziska Sperr, Klaus Staack, Friedrich Dieckmann u.a.

- 01.12. Rock Stories – Lesung und Musik mit den Autoren Thomas Kraft, Franziska Sperr, Barbara Bongartz und Richard Wagner im WBH

2010

- 28.-30.01. Beteiligung Lübecker Autorentreffen um Günter Grass.

- 29.01./30.01. Wolfgang Thierse u.a. Kulturpolitische Jahrestagung der FES in Berlin: „Nachhaltigkeit für die kulturelle Bildung als Schlüssel zu Integration und Demokratie“

- 04.02. Gründung des Kulturforums in Essen mit Klaus-Jürgen Scherer

- 16.02. Beteiligung Filmpolitischer Empfang im WBH anlässlich der Berlinale mit Sigmar Gabriel u.a.

- 25.03. WBH: Gesprächskreis Kultur im Forum Ost: „Kultur unter den Bedingungen der Krise – Was ist systemrelevant“ mit Wolfgang Thierse u.a.

- 26.03. „Großer Ratschlag“ des Kulturforums im WBH und Neuwahl des Vorstands des Kulturforums

- 23.-25.04. Jahrestreffen der regionalen Kulturforen in der Europäischen Kulturhauptstadt RUHR 2010 mit kulturpolitischer Rede/Debatte in Gelsenkirchen: Wolfgang Thierse, Hannelore Kraft, Fritz Behrens, Leonard Lansink u.a.

- 26.04. Wolfgang Thierse in Elsdorf beim Kulturforum im Rhein-Erft-Kreis

- 20.05. WBH: Erste Veranstaltung der Reihe Kulturpolitik in der Krise. Neue Wege: „Kommunale Kulturfinanzierung. Was ist uns wichtig in der Krise?“ u.a. mit Wolfgang Thierse, Siegmund Ehrmann, Prof. Dr. Martin Roth, Carmen Emigholz, Olaf Zimmermann, Olaf Scholz.

- 14.07. Eröffnung der Berliner Ausstellung Bernhard Heisig/Lithographien durch Klaus-Jürgen Scherer.

- 29.08. „10 Jahre Kulturforum Kassel“ mit Wolfgang Thierse

- 06.-10.10. Beteiligung Frankfurter Buchmesse

- 19.11. XI. Kongress „Philosophie und Politik“ mit Susan Neiman und Olaf Scholz „Moralische Klarheit für erwachsene Idealisten“ im WBH

- 23.11. WBH: Zweite Veranstaltung der Reihe Kulturpolitik in der Krise. Neue Wege: „Kunst und Kultur reloaded: Freiheit und Demokratie in der digitalen Gesellschaft“ mit Wolfgang Thierse, Siegmund Ehrmann, Björn Böhning, Heiko Maas, Prof. Geert Lovink, Kathrin Passig u.a.

- 04.12. Günter Grass im WBH: Lesung „Grimms Wörter“ und Gespräch mit Sigmar Gabriel

Aus den Publikationen

- Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz: **Zukunft Kulturwirtschaft. Zwischen Künstlertum und Kreativwirtschaft**, Kultur in der Diskussion Band 14; Klartext Verlag Essen Januar 2009.

- Wolfgang Thierse: **Das Staatsziel Kultur gehört ins Grundgesetz – mitsamt der deutschen Sprache**. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1+2/09.

- Klaus-Jürgen Scherer: **Kein Wahlkampf ohne Kultur**. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 3/09.

- Thomas Pogge. **Gerechtigkeit in der Einen Welt**. Herausgeber: Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse. philosophy meets politics X. Kultur in der Diskussion Band 15, Klartext Verlag Essen, April 2009.

- Rüdiger Fikentscher (Hg.): **Begräbniskulturen in Europa**. Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt e.V. mdv Halle (Saale) 2009.

- **Mehr Kreativität und Teilhabe. Unsere Politik für Kunst und Kultur**. Broschüre zur Bundestagswahl, SPD-Parteivorstand Berlin Juli 2009.

- Wolfgang Thierse im Jahrbuch Kulturpolitik 2009 „Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik“, Klartext Verlag Essen 2009.

- Kulturmotizen 13, Schwerpunkt: **Großer Ratschlag des Kulturforums. Kommunale Kulturfinanzierung: Was ist uns wichtig in der Krise?** Kulturforum der Sozialdemokratie, Berlin Juli 2010.

- Wolfgang Thierse: **Kultur als das Gemeinsame in den vierzig Jahren der Trennung und das Trennende in den zwanzig gemeinsamen Jahren?** In: kulturpolitische Mitteilungen 129 / 2010.

- Rüdiger Fikentscher (Hg.): **Badekulturen in Europa**. Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt e.V. mdv Halle (Saale) 2010.

- Wolfgang Thierse: **Über politische Perspektiven der politischen Bildung**. Für Hilmar Hoffmann. In: Wolfgang Schneider (Hrsg.): Kulturelle Bildung braucht Kulturpolitik. Hilmar Hoffmanns „Kultur für alle“ reloaded, Universität Hildesheim 2010.

- **Schwerpunkt: Jenseits des Kulturstaats?** Beiträge von Wolfgang Thierse, Siegmund Ehrmann u.a. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1+2/11.

- Susan Neiman. **Moralische Klarheit für erwachsene Idealisten**. Herausgeber: Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse. philosophy meets politics XI. Kultur in der Diskussion Band 16, Klartext Verlag Essen, Februar 2011.

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie



Im Rahmen des Wissenschaftsforums beschäftigen sich seit der Gründung 1989 Wissenschaftler, Forscher, Hochschulangehörige und Interessierte rund

um die Sozialdemokratie mit wissenschafts-, technologie- und hochschulpolitischen Fragen im Hinblick auf nationale wie auch internationale Handlungsperspektiven. Dabei versteht sich das Wissenschaftsforum als offene Diskussionsplattform für Wissenschaft und Politik. Das Wissenschaftsforum beteiligte sich so auch an der Diskussion um ein Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2009 mit eigenen Vorschlägen.

Die SPD hat sich in ihrer Geschichte immer dafür eingesetzt, die Freiheit der Wissenschaft zu gewährleisten und gleichzeitig die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft für Fortschritt und bessere Lebensbedingungen der Menschen einzufordern. Seit über 20 Jahren organisiert die SPD aus dieser Tradition heraus im Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie den Austausch zwischen Politik und Wissenschaft. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass die Komplexität unserer gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr alleine im innerpolitischen Diskurs verarbeitet werden kann. Sie erfordert wissenschaftliche Begleitung und Bewertung und den offenen Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren in Wissenschaft und Politik. Zugleich sollte auch die Rolle der Wissenschaften zwischen akademischer Freiheit, wirtschaftlichem Nutzen und politischen Erwartungen thematisiert werden.

Mit wissenschaftspolitischen Kongressen, Impulsabenden und Publikationen wollen wir diesem Anspruch gerecht werden und einen wissenschaftspolitischen Dialog ermöglichen. Die 12 regionalen Wissenschaftsforen greifen die hochschul- und forschungspolitischen Fragen ihrer Bundesländer und Regionen auf. Regelmäßig treffen sich alle Wissenschaftsforen zum Gedankenaustausch in Berlin, das letzte Treffen fand 2008 statt, 2011 ist ein nächstes Treffen geplant.

Das Kuratorium des Wissenschaftsforums legte die Arbeitsprojekte des bundesweiten Wissenschaftsforums fest und koordinierte dessen Arbeit. Im Jahr 2010 hat das Kuratorium seine Arbeit beendet und ein Beirat wurde berufen. Der Beirat trifft sich zwei Mal im Jahr, um die thematischen Schwerpunkte aus der Arbeit des Wissenschaftsforums und aktuelle wissenschaftspolitische Themen zu diskutieren.

Kuratoriumsmitglieder

Vorsitzende des Kuratoriums:

- Edelgard Bulmahn, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung a.D.

Mitglieder des Kuratoriums:

- Ulla Burchardt, MdB, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technologieabschätzung
- Erika Mann, MEP, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments
- Prof. Dr. Wilfried Müller, Rektor der Universität Bremen
- Prof. Dr. Dieter Rombach, Geschäftsführender Direktor des Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE), Kaiserslautern
- Christian Scherf, Direktor für den Bereich Verwaltung des Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY) in der Helmholtz-Gemeinschaft
- Karl Schultheis, Wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
- Prof. Dr. Hanns Seidler, Kanzler an der Technischen Universität Darmstadt
- Michael Siebel, Sprecher im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Hessischen Landtages
- Prof. Dr. Heike Solga, Direktorin am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen (seit 10/07 Leiterin der Forschungsabteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ am Wissenschaftszentrum Berlin)
- Dr. Eva-Maria Stange, Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst
- Jörg Tauss, Bildungs- und Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Ernest Hammerschmidt, Juso-Hochschulgruppen (ab Mai 2008 Martin Timpe)
- Prof. Dr. Rolf Wernstedt, Moderator des Arbeitskreises Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kultusminister und Landtagspräsident des Landes Niedersachsen a.D.
- Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin

Mitglieder des Beirats des Wissenschaftsforums ab 2010

Der Beirat wird geleitet von Edelgard Bulmahn, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung a.D. Ihm gehören weiterhin an:

- Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)
- Prof. Dr. Tilman Brück, Leiter der Abteilung Weltwirtschaft am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Professor für Entwicklungsökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin
- Ulla Burchardt, MdB, Vorsitzende des Ausschusses

für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages

- Prof. Dr. Detlev Ganten, Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung Charité, Vorstandsvorsitzender der Charité - Universitätsmedizin Berlin a.D. (2004-2008)
- Petra Gerstenkorn, Mitglied des Bundesvorstands der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung
- Prof. Dr. Sabine Kunst, Präsidentin der Universität Potsdam, Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)
- Prof. Dr.-Ing. Kuroschi Rezwan, Professor am Institut für Keramische Werkstoffe und Bauteile der Universität Bremen
- Prof. Dr. Dieter Rombach, Professor für Software Engineering im Fachbereich Informatik, Universität Kaiserslautern, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering (Fraunhofer ISE), Kaiserslautern
- René Rösper, MdB, Stellvertretender forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Christian Scherf, Kaufmännischer Direktor des Deutschen Elektronen-Synchrotrons (DESY), Forschungszentrum der Helmholtz-Gemeinschaft
- Prof. Dr. Heike Solga, Direktorin der Abteilung "Ausbildung und Arbeitsmarkt" am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Arbeit, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Freie Universität Berlin
- Dr. Eva-Maria Stange, MdL, Stellvertretende Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Bundesvorsitzende der AG für Bildung in der SPD (AfB)
- Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin, Stellvertretender Vorsitzender der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)

Ständige Gäste des Beirats sind:

- Tobias Keim, Juso-Hochschulgruppen
- Marei John-Ohnesorg, Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Themen und Termine der Wissenschaftsimpulse 2009 /2010

- 29.01.2009 *Standortfaktor Bildung - Gute Lehre als Wachstumsmotor?*
- 06.05.2009 *Steuerliche Anreize für mehr Innovation?*
- 01.07.2010 *Innovativ aus der Krise: Die Zukunft der Forschungsförderung*
- 11.11.2010 *Von Bonn über Brüssel nach Berlin? Deutsche Wissenschaftspolitik vor dem 8. Forschungsrahmenprogramm der EU*

Internetauftritt

Das Wissenschaftsforum präsentiert sich zu den Veranstaltungen über die Internetseite www.forscher.de. Hier können die Aktivitäten der Regionalen Foren eingesehen werden.

Wissenschaftsimpulse

Jährlich veranstaltet das Wissenschaftsforum bis zu 3 *Impulsabende*, zu denen Multiplikatoren aus den Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Verbänden eingeladen werden. Ziel ist der gegenseitige Austausch und die Vernetzung untereinander. Die Impulsabende sind als „After-Work“-Veranstaltungen geplant, an denen die Diskussion im Vordergrund steht. Anschließend sind die Teilnehmer eingeladen, die Gespräche im informellen Rahmen fortzusetzen.

Wissenschaftsnotizen

Im Berichtszeitraum 2009/2010 ist keine Folge der *Wissenschaftsnotizen* erschienen, geplant ist eine Publikation, das Heft 26 für 2011.

Kongress Fortschritt für eine soziale Gesellschaft – Wissenschaft und gesellschaftliche Verantwortung 20 Jahre Wissenschaftsforum am 3. Dezember 2009 in Berlin. Im Rahmen des Kongresses anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Wissenschaftsforums wurde an die Entwicklungsgeschichte der Interaktion von Wissenschaft und Sozialdemokratie erinnert. Es wurden die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts im Spannungsfeld zwischen Wissenschaftsfreiheit und gesellschaftlicher Verantwortlichkeit diskutiert.

Fortschrittspreis der Sozialdemokratie

Um die besondere Bedeutung von Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung hervorzuheben, vergab die SPD zudem im Rahmen des Kongresses zum 20-jährigen Jubiläum des Wissenschaftsforums erstmals den Fortschrittspreis für Nachwuchswissenschaftler. Ausgezeichnet wurden im Rahmen des Kongresses zwei herausragende junge Forscher, die neben der exzellenten Qualität ihrer Arbeit einen Anstoß für den gesellschaftlichen Fortschritt geliefert haben. Der Preis

ging an Dr. Diana Wehlau für ihre Dissertation *Lobbyismus und Rentenreform – Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teilprivatisierung der Alterssicherung* und an Marlen Weber für ihre Diplomarbeit *Assessing the Sustainability of Products*.

Netzwerk Junge Wissenschaft

Unter dem Dach des Wissenschaftsforums gibt es seit 2010 neben dem bundesweiten Wissenschaftsforum und den regionalen Foren ein Netzwerk Junge Wissenschaft. Es wird begleitet von der Vorsitzenden des Wissenschaftsforums Edelgard Bulmahn sowie der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Ziel des Netzwerks ist ein kontinuierlicher Dialog mit jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und die systematische Einbeziehung ihrer Expertise in die innerparteiliche Willensbildung. Die Mitglieder des Netzwerkes Junge Wissenschaft trafen sich im Jahr 2010 in Arbeitsgruppen und Workshops zu folgenden Themen, die direkte Anknüpfungspunkte zur Arbeit der Zukunftswerkstätten aufweisen:

1. *Makroökonomisches Erklärungsmodell und Schlussfolgerungen aus Sicht der Sozialdemokratie*
2. *Wie kann/soll eine Gesellschaft aussehen, in der Integration und Teilhabe für alle Menschen verwirklicht sind?*

Ausblick auf 2011

Im Jahr 2011 wird sich das Wissenschaftsforum vor allem mit der Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative beschäftigen. Nach dem Ende der zweiten Runde im Jahr 2017 müssen neue Wege gefunden werden, um die Dynamik, die das deutsche Hochschulsystem mit der Exzellenzinitiative erfahren hat, zu erhalten. Außerdem gilt es, unerwünschte Fehlsteuerungen in Zukunft zu vermeiden und neue, stärkere Akzente, beispielsweise im Bereich der Nachwuchsförderung zu setzen.

Forum Kinder und Familie | Zukunftswerkstatt Familie

Mitglieder 2009

- **Leitung:** Bärbel Dieckmann, Björn Böhning, Kerstin Griese
- **Mitglieder:** Prof. Dr. Hans Bertram (Humboldt-Universität zu Berlin), Eva Brackelmann (ASF), Dr. Carolin Boesing (Familienbund der Katholiken), Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning (Universität Duisburg-Essen), Malu Dreyer (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz), Prof. Dr. Ute Gerhard (Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen), Edeltraud Glänzer (Hauptvorstand der IGBCE), Nina Hauer, MdB (SPD-Bundestagsfraktion), Christel Humme, MdB (SPD-Bundestagsfraktion), Wolfgang Jüttner (SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen), Oliver Kaczmarek (SPD-UB

Unna), Peter Klausch (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe), Dr. Christina Klenner (WSI in der Hans-Böckler-Stiftung), Bettina Kohlrausch (Universität Göttingen), Barbara König (Zukunftsforum Familie e.V.), Nicolette Kressl, MdB (Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen), Caren Marks, MdB (SPD-Bundestagsfraktion), Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe (Universität Gießen), Detlef Raabe (Deutscher Bundesjugendring), Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Deutsches Jugendinstitut e.V.), Katharina Saalfrank, Anne Seyffert (Friedrich-Ebert-Stiftung), Christina Stockfisch (Deutscher Gewerkschaftsbund), Dr. Gitta Trauernicht-Jordan (Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz Schleswig-Holstein), Andrea Ypsilanti, MdL (SPD Hessen)

Veranstaltungen 2009

Im Jahr 2009 stand die Forderung nach einer Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit des Forums Kinder und Familie. In der Veranstaltung *Mehr Rechte für Kinder – Was kann die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz bewirken?* am 15. Juni 2009 im Willy-Brandt-Haus wurden dazu die wichtigsten Aspekte aus Sicht von Politik, Wissenschaft und Verbänden zusammengetragen. Insbesondere wurde vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Verbot von Gewalt in der Erziehung beispielhaft diskutiert, wie sich gesetzliche Änderungen in der Praxis konkret zugunsten der Kinder auswirken können.

Forumsexterne TeilnehmerInnen auf dem Podium waren: Hubertus Heil, Anne Lütke (Deutsches Kinderhilfswerk/Unicef), Prof. Dr. Kai Bussmann (Universität Halle), Heinz Hilgers (Deutscher Kinderschutzbund), Marion Kleinsorge (SJD – Die Falken), Prof. Dr. Roland Merten (Universität Jena), Marlene Rupprecht

Veranstaltungen 2010

Im Jahr 2010 wurde die Arbeit des Forums Kinder und Familie – unter neuer Leitung durch Manuela Schwesig – im Rahmen der Zukunftswerkstatt Familie weitergeführt. Ein erweiterter Kreis von Mitgliedern konstituierte sich im Frühjahr

2010 als Beirat der Zukunftswerkstatt. Diesem Kreis gehören rund 45 Personen aus Verbänden, Gewerkschaften, aus der Wissenschaft und aus den verschiedenen Ebenen der Partei an.

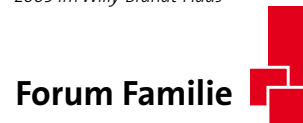
Inhaltlich wurde im Beirat wie in der Zukunftswerkstatt Familie insgesamt an 3 *Schwerpunktthemen* gearbeitet:

1. Wie kann Kinderarmut wirksam bekämpft werden? (inhaltliche Vorbereitung der SPD-Position im Rahmen der Debatte zur Hartz IV-Reform)
2. Wie können die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende verbessert werden? (PV-Beschluss *Alleinerziehende – LeistungsträgerInnen unserer Gesellschaft - Vorschläge für konkrete Schritte zur besseren Unterstützung von Ein-Eltern-Familien* vom 19. April 2010)
3. Welche Rahmenbedingungen brauchen Familien, um die Pflege von Angehörigen sicherzustellen?

In einer Bürgerkonferenz in Schwerin am 1. November 2010 wurden BürgerInnen und Fachleute aus dem Bereich der Pflege eingeladen, einen Dialog über die zukünftig notwendigen Rahmenbedingungen für die Pflege zu führen. Lösungsansätze zu erarbeiten wird Schwerpunkt der Arbeit der Zukunftswerkstatt in 2011 sein.



Mehr Rechte für Kinder – Podiumsdiskussion am 15. Juni 2009 im Willy-Brandt-Haus



Bürgerkonferenz am 1. November 2010 in Schwerin zum Thema Rahmenbedingungen für die Pflege

Forum Kinder und Familie: Familienpolitischer Beirat 2010

Leitung: Manuela Schwesig, Dagmar Ziegler

Mitglieder: Prof. Dr. Jutta Allmendinger (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), Britta Altkamp, MdL (SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen), Katrin Altpeter, MdL (SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg), Rita Beck (Audi AG), Prof. Dr. Hans Bertram (Humboldt-Universität zu Berlin), Erika Drecoll (AG 60plus), Ursula Fehling (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Sven Frye (Die Falken, Deutscher Bundesjugendring), Ursula Groskurt, MdL (SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen), Rudolf Herweck (Deutsches Zentrum für Altersfragen), Heinz Hilgers (Deutscher Kinderschutzbund), Gabriele Hiller-Ohm, MdB (SPD-Bundestagsfraktion), Helmut Hochschild (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaften und Forschung in Berlin), Norbert Hocke (GEW), Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann (Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald), Cornelia Hoffmann-Bethscheider,

MdL (SPD-Landtagsfraktion Saarland), Eva Högl, MdB (SPD-Bundestagsfraktion), Wolfgang Jörg, MdL (SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Heiner Keupp (Sachverständigen-Kommission für den 13. Kinder- und Jugendbericht), Peter Klausch (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe), Ingo Kolf (DGB-Bundesvorstand), Barbara König (Zukunftsforum Familie e. V.), Nicolette Kressl, MdB (SPD-Bundestagsfraktion), Peggi Liebisch (Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V.), Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe (Justus-Liebig-Universität Gießen), Gerhard Merz, MdL (SPD-Landtagsfraktion Hessen), Dagmar Neukirch, MdL (SPD-Landtagsfraktion Sachsen), Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath, Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Deutsches Jugendinstitut e. V.), Christel Riemann-Hanewinkel, MdB (Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen), Sönke Rix, MdB (SPD-Bundestagsfraktion), Dr. Heidemarie Rose (Oberste Landesjugendbehörde Bremen), Marlene

Rupprecht, MdB (SPD Bundestagsfraktion, Kinderkommission des Deutschen Bundestages), Holger Rupprecht (Minister für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg), Bettina Luise Rürup (Friedrich-Ebert-Stiftung), Dr. Claus Schäfer (WSI in der Hans-Böckler-Stiftung), Dr. Joachim Schuster Staatsrat bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Bremen), Bettina Schulze (Jusos in der SPD), Prof. Dr. C. Katharina Spieß (Freie Universität Berlin), Diana Stachowitz, MdL (SPD-Landtagsfraktion Bayern), Wolfgang Stadler (Vorstand der Arbeiterwohlfahrt), Dr. Barbara Stiegler (Friedrich-Ebert-Stiftung), Siegrid Tenor-Alschausky (SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein), Carola Veit (SPD-Fraktion Hamburgische Bürgerschaft), Gabriele Warminski-Leitheuser (Bürgermeisterin für Bildung, Jugend, Sport und Gesundheit der Stadt Mannheim), Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner (Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin)

Forum Sport

Der Sport ist für unsere Gesellschaft von unverzichtbarer Bedeutung. Er ist die größte und wichtigste Bürgerbewegung in Deutschland und in Europa. Sport verbindet und sorgt für Integration. Das von Manfred Schaub, dem sportpolitischen Sprecher der SPD, geleitete Fo-

rum Sport hat sich in den letzten Jahren aktiv in den sportpolitischen Diskurs in Deutschland eingeschaltet.

Jahrestreffen des Forums Sport 2009: Unter dem Titel *Sport im Mittelpunkt. Für eine soziale Gesellschaft*, fand am 2. Juli 2009 das traditionelle Jahrestreffen des Forums Sport

der SPD im Berliner Willy-Brandt-Haus statt. Der sportpolitische Sprecher der SPD, Manfred Schaub, hatte gemeinsam mit Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier, zu der Veranstaltung eingeladen. Die zwei Foren *Für ein gesundes Leben. Mit Bewegung und Sport* und *Eine Gesellschaft. Für Alle. Die integrative Kraft des Sports* nutzten die anwesenden Gäste zu

sehr hochwertigen Diskussionen mit unseren Expertinnen und Experten.

Jahrestreffen des Forums Sport 2010: Auch 2010 kann das *Forum Sport in der SPD* auf ein erfolgreiches Jahrestreffen zurückblicken. Aus allen Bereichen des Sports kamen rund 200 Gäste ins Willy-Brandt-Haus. Die Herausforderungen an Sportvereine und damit der Basis des Sports beschäftigt schon seit langem Experten und Interessierte. Deshalb sind im Willy-Brandt-Haus Sportlerinnen und Sportler zusammengekommen, die in der Sportpolitik Entscheidungen für den Sport treffen, Sportfunktionäre, die die Forderungen der Sportler gegenüber der Politik formulieren sollen und Sportler und Interessierte, die das Ganze auf den Prüfstein stellen sollten. Unter dem Motto *Sport im Mittelpunkt. Kommunale Sportpolitik vor neuen Herausforderungen* leitete Manfred Schaub, die Veranstaltung und stand zusammen mit Ilse Ridder-Melchers, Vizepräsidentin des DOSB, Klaus Böger, Präsident des Berliner Landessportbundes, Friedhelm Julius Beucher,

Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes und Roger Lewentz, Staatssekretär im Ministerium des Innern und Sport in Rheinland-Pfalz den Gästen Rede und Antwort.

Sportinformationsbrief: Unser Sportinformationsbrief, der regelmäßig versendet wird, erreicht Interessierte und Verantwortliche in Partei, Vereinen und Verbänden. Regelmäßig erhalten wir Anfragen von SPD-Mitgliedern und Menschen die sich für die Sportpolitik der SPD interessieren und in unseren Newsletter-Verteiler aufgenommen werden wollen. Hier werden von uns die aktuellsten sportpolitischen Themen behandelt. Der Sportinformationsbrief erscheint weiterhin ausschließlich elektronisch.

Koordinierungsrunde und Sportbeirat des Forums Sport: Auch in diesem Jahr trafen sich die Koordinierungsrunde Sportpolitik, bestehend aus SPD-Sportpolitikern und sozialdemokratischen Sportfunktionären, sowie der 2010 neu konstituierte Sportbeirat der SPD, der sich aus ca. 20 Persönlichkeiten des Sports

zusammensetzt, um den SPD-Parteivorstand in sportpolitischen Fragen zu beraten. Politisch prägen Forum und Beirat die sportpolitische Meinungsbildung der SPD. Mit klarem Kurs gegen Doping, konsequent für eine bessere finanzielle Unterstützung der Sportler und der Sportorganisationen, sowie für bessere infrastrukturelle Maßnahmen. Mit viel Einsatz für eine stärkere Anerkennung des ehrenamtlichen und gemeinnützigen Engagements – im Sport und darüber hinaus.

Internetseite: Unsere 2009 neu geschaltete Internetseite des Forums Sport wurde sehr gut angenommen. Viele Zuschriften von Sportinteressierten erreichten uns. Hier sind alle Sportinformationsbriefe der letzten Jahre für jeden abrufbar. Wir haben die Internetseite barrierefrei gestaltet, um auch Menschen mit Sehbehinderung den Zugriff zu ermöglichen. Inhaltlich sind die SPD-Positionen zu aktuellen sportpolitischen Themen abrufbar. Über diese Seite kann weiterhin jederzeit Kontakt mit uns aufgenommen werden.

Forum Sport in der SPD - Beirat und Koordinierungsrunde

■ Beirat

Friedhelm-Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes, **Verena Bentele**, Weltmeisterin und Paralympics-Siegerin, **Klaus Böger**, Präsident des Landessportbundes Berlin, **Yvonne Bönisch**, Olympiasiegerin im Judo, **Dr. Peter Danckert**, MdB, Präsident Landesverband Pferdesport Berlin-Brandenburg, **Helmut Dedy**, Deutscher Städte- und Gemeindebund, **Bärbel Dittrich**, Vizepräsidentin LandesSportBund NRW e.V., **Dr. Karin Fehres**, DOSB-Direktorin, **Kirstin Fusan**, Präsidentin Behinderten-Sportverband Berlin, **Michael Hartmann**, MdB, Präsident des Deutschen Baseball und Softball Verbandes, **Petra Heß**, Vizepräsidentin Deutsche Olympische Gesellschaft, **Rainer Hipp**, Hauptgeschäftsführer des Landessportverbandes Baden Württemberg, **Frank Höfle**, Behindertensportler im Bereich des nordischen Skisports, **Jens Jäger**, Rollstuhl-Curling-Nationalmannschaft, **Dr. Rainer Koch**, DFB-Vizepräsident und Präsident des Bayerischen Fußballverbands, **Prof. Dr. Harald**

Lange, Sportwissenschaftler an der Universität Würzburg, **Willi Lemke**, UN-Sonderberater für Sport im Dienste von Frieden und Entwicklung, **Martina Müller**, Fußball-Nationalspielerin, **Dr. Clemens Prokop**, Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, **Thomas Röttgermann**, Geschäftsführer VfL Wolfsburg, **Rudolf Scharping**, Präsident des Bundes Deutscher Radfahrer, **Manfred Schaub**, Vorsitzender Forum Sport in der SPD, **Dr. Silke Sinning**, Sportwissenschaftlerin an der Universität Koblenz-Landau, **Ute Vogt**, MdB, Vizepräsidentin der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, **Dr. Ekkehardt Wienholtz**, Präsident des Landessportverbandes Schleswig-Holstein

■ Koordinierungsrunde SPD-Sportpolitik

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdB, Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, **Rainer Brechtken**, Präsident des Deutschen Turner-Bundes, **Michaela Engelmeier-Heite**, Vizepräsidentin des Deutschen Judo-Bundes, **Gabriele Fograscher**,

MdB, Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, **Dagmar Freitag**, MdB, Vorsitzende des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, **Martin Gerster**, MdB, sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Thomas Härtel**, Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, **Markus H. Kringel**, Journalist, **Caren Marks**, MdB, stellvertretendes Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, **Ilse Ridder-Melchers**, DOSB-Vizepräsidentin, **Axel Schäfer**, MdB, stellvertretendes Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, **Manfred Schaub**, Vorsitzender Forum Sport in der SPD, **Karin Seidel-Kalmutzki**, MdB, Vorsitzende des Sportausschusses im Abgeordnetenhaus Berlin, **Claus Umbach**, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Gewichtheber, **Brigitte Zypries**, MdB, Kuratorium des Deutschen Behindertensportverbandes

■ **Ansprechpartner beim SPD-Parteivorstand**
Volker Edeling - Sportpolitik@spd.de

Forum Bildung

Das im Jahr 2006 gegründete Forum Bildung beim SPD-Parteivorstand hat einen kontinuierlichen Diskussionsprozess mit Fachleuten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sowie den Verantwortlichen in den Ländern, Kommunen und dem Bundestag organisiert und vorangebracht. Dabei stand besonders der Dialog mit VertreterInnen aus der Praxis, aus Gewerkschaften, Verbänden



und Wissenschaft über das bildungspolitische Programm der SPD im Mittelpunkt. An die erfolgreiche Arbeit aus den Jahren 2006 bis 2008 wurde im Oktober 2010 mit dem konstituierenden Treffen des Forums Bildung als Beratergremium der Zukunftswerk-

statt Bildung unter der Leitung von Hannelore Kraft, Stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen angeknüpft. Ziel der Arbeit im Forum Bildung ist es, eine gemeinsame Vorstellung für ein zukunftsfestes Bildungssystem zu entwickeln, das kein Kind zurücklässt und die Voraussetzungen für lebensbegleitendes Lernen schafft. Dabei werden die verschiedenen Facetten des Bildungssystems von der Schule über die Hochschule und berufliche Ausbildung bis

zur Weiterbildung in den Blick genommen. Das Forum Bildung beschäftigt sich außerdem intensiv mit der Weiterentwicklung des Bildungsföderalismus. Es wurden 3 Arbeitsgruppen eingerichtet, die intensiv grundsätzliche und aktuelle Themen aus den verschiedenen Bildungsbereichen bearbeiten: die AG

Schule unter der Leitung von Doris Ahnen und Christoph Matschie, die AG Hochschule unter der Leitung von Edelgard Bulmahn, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Kerstin Rothe sowie die AG Lebensbegleitendes Lernen unter der Leitung von Ulla Burchardt und Willi Brase. Die wichtigsten Eckpunkte aus den Arbeitsgruppen

werden zu einem Positionspapier des Forums Bildung zusammengeführt und bilden die Grundlage für einen Beschluss des Parteivorstands zum Thema Bildung und Integration. Außerdem werden sie in die Beschlussfassungen des Bundesparteitags im Dezember 2011 einfließen.

Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität



Die SPD ist die Partei der Nachhaltigkeit in Deutschland. Keine andere politische Kraft bemüht sich in gleicher Weise darum, soziale, ökonomische und ökologische Aufgabenstellungen miteinander zu verbinden. Nur mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit sind die Ziele sozialdemokratischer Politik zu erreichen, gleichzeitig steigt der Be-

völkerungsanteil, der von der Politik nachhaltige Lösungsansätze einfordert. Das Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität hat sich im Mai 2010 unter der Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ulrich Kelber neu konstituiert. Ein Themenschwerpunkt ist die Frage nach einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung, die sich an der Lebensqualität der Menschen statt per se am Wachstum misst. Als Teil einer nachhaltigen Neujustierung ist auch das Steuersystem mit den verschiedensten Subventionstatbeständen betroffen. Subventionen sollen dorthin fließen, wo gesellschaftlich erwünschtes Verhalten

Strukturwandel gestaltet und für gleiche Lebensbedingungen sorgt. Im Dezember 2010 hat das Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität einen Beschluss zum Abbau ökologisch schädlicher Steuern vorgelegt.

Mitglieder des Forums

Ingrid Arndt-Brauer, Michael Gehrmann, Volker Hauff, Helmut Herdt, Hartmut Ihne, Ulrich Kelber, Harry Lehmann, Hans-Gerd Marian, Klaudia Martini, Ulrike Mehl, Matthias Miersch, Michael Müller, Carmen Schmitting, Dietmar Schütz, Sina Tiedtke, Ernst-Ulrich von Weizsäcker

Gesprächskreis Energiepolitik

Unter der Leitung des damaligen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel wurden die Klima- und Energiebeschlüsse der großen Koalition intensiv diskutiert. Insbesondere hatten die Vertreter der SPD-Landtagsfraktionen einen direkten Austausch mit der Bundesebene. Thematische Schwerpunkte waren die Verbindung von Klimaschutzziele und Industriepolitik. Vor dem Hintergrund des Ende 2008 verabschiedeten EU-Klima- und Energiepakets ergaben sich enorme Herausforderungen für Deutschland. Schwerpunkte waren der nationale Energie- und Effizienzplan, die Nutzung von CCS, die Versorgung der energieintensiven Industrie sowie der Umbau des Kraftwerksparks.

Gesprächskreis Innenpolitik

Der Gesprächskreis Innenpolitik trat 2009 und 2010 jeweils fünfmal zusammen, um sich – insbesondere im Vorfeld der Innenministerkonferenzen – mit den aktuellen innenpolitischen Themen zu befassen. Aufgabe des Kreises ist die horizontale wie vertikale Verzahnung zu einer möglichst kohärenten sozialdemokratischen Innenpolitik. Mit-

der sind die innenpolitischen Sprecherinnen und -sprecher aus Bund und Ländern, die Innenminister und -senatoren, Fachpolitiker aus der Bundestagsfraktion, sowie Vertreter der Jusos, ASJ und der GdP.

Der Gesprächskreis verfasste das Positionspapier *Sicher leben in Deutschland – Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert*. Es wurde vom Parteivorstand beschlossen und stellte die Grundlage für die einschlägigen Passagen des Regierungsprogramms 2009 dar. Mit-

glieder des GK berieten im Wahlkampf 2009 Thomas Oppermann als für Innenpolitik zuständiges Mitglied im Kompetenzteam von Frank Walter Steinmeier. 2010 bereitete der Gesprächskreis den Beschluss des Parteivorstands zum Thema Residenzpflicht vor, der hier am 21. Juni beschlossen wurde.

■ **Vorsitz:** Ralf Stegner und Erhart Körting
■ **Sekretariat:** Volker Norbistrath

Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus

Der Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus veröffentlichte zum 1. Mai 2009 eine neue Broschüre. Darin wird über die neue Propaganda-Masche der rechtsextremistischen Szene informiert, bei der Sozialthemen und Kapita-

lismuskritik zur Verfolgung menschenfeindlicher Ziele missbraucht werden. Die Broschüre bietet Hintergründe, Analysen und Informationen für die Praxis. Sie wurde in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Aktiven aus

Initiativen gegen Rechtsextremismus erstellt. Im Bundestagswahlkampf 2009 hat der Gesprächskreis so genannte Waschzettel verfasst. Hierauf wurden den WahlkämpferInnen in kürzester Form Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtsextremisten gegeben. Beispielsweise

zum Umgang mit Nazi-Störern bei Veranstaltungen, zur Frage, wie schütze ich meine Veranstaltung, zum Umgang mit Nazis am Infostand etc.

In Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion und der FES entwickelte der Gesprächskreis das Konzept einer Stiftung zur Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Präsentiert wurde dieses Konzept im Wahlkampf von Thomas Oppermann und Wolfgang Tiefensee. Im Haushalt des BMVBS konnten noch 6 Mio. Euro für den Aufbau einer Stiftung eingestellt werden.

2010 hat der Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus einen neuen Internetauftritt gestartet. Unter *stark-gegen-rechts.de* gibt es

seit Frühjahr 2010 einen Blog. Gastbeiträge gab es beispielsweise von Wolfgang Thierse, Henning Homann und Sönke Rix.

Der Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus kam nach intensiven Gesprächen mit Vertretern von Initiativen und Projekten gegen Rechtsextremismus, für Demokratie zu der Überzeugung, dass es für einen nachhaltigen Kampf gegen Rechtsextremismus einer breiten Demokratieoffensive bedürfe. Diesen Ansatz hat der GK in die Zukunftswerkstatt Demokratie und Freiheit eingespeist. Entsprechende Konzepte wurden hier in Zusammenarbeit mit der FES erarbeitet.

Über aktuelle Propagandetechniken der Rechtsextremisten informiert die Broschüre vom Mai 2009



Projektgruppe Steuer- und Abgabenkonzept

Die Projektgruppe Steuer- und Abgabenkonzept unter Leitung von Joachim Poß, Dr. Barbara Hendricks und Dr. Carsten Kühl erarbeitet für Präsidium und Parteivorstand Empfehlungen zur Steuer- und Abgabenpolitik. Die Projektgruppe setzt sich aus WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen und PolitikerInnen zusammen. Sie hat zu relevanten Teilaspekten

Arbeitspapiere veröffentlicht, die in einen Bericht an Präsidium und Vorstand einfließen. Behandelt wurden Ziele und Grundsätze sozialdemokratischer Steuerpolitik, Einkommenbesteuerung einschließlich Schnittstellen zur Abgabenpolitik, Vermögenbesteuerung, Abbau insbesondere von ökologische nachteiligen Subventionen, Zukunft der Abgeltung-

steuer sowie Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer. Die Projektgruppe hat dabei eng mit Stiftungen und Forschungsinstituten zusammengearbeitet und auch Gutachten vergeben. Einen Schwerpunkt nahm auch die Analyse von Entlastungsmöglichkeiten insbesondere von kleinen und mittleren Einkommen bei den Sozialabgaben ein.

Gesprächskreis Jugendpolitik

Der SPD-Parteivorstand hatte auf seiner Klausurtagung im Januar 2008 beschlossen, einen *Gesprächskreis Jugendpolitik* unter der Leitung von Kerstin Griese (MdB) einzusetzen. Dieser jugendpolitische ExpertInnenkreis besteht aus Fachleuten aus Politik, Gewerkschaften, Verbänden, Wissenschaft und Jugendorganisationen. Im Jahr 2009 hat sich der Gesprächskreis Jugendpolitik intensiv an der Debatte um das Regierungsprogramm und die jugendpolitischen Akzente im Wahlkampf 09 beteiligt. In das Zentrum der inhaltlichen Diskussionen wurde das Thema *Jugendpolitik mit und für jugendliche Migranten* gestellt.

Mitglieder des Gesprächskreises Jugendpolitik 2009

■ **Leitung:** Kerstin Griese MdB, Mitglied im Parteivorstand und Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag

■ **Mitglieder:** Britta Altenkamp, MdL Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion NRW und der NRWSPD, Vorsitzende des Verein für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten Essen e.V. (VKJ), Sabine Bätzing MdB SPD-Bundestagsfraktion, Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mike Corsa Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der

Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej), Stellv. Vorsitzender der AGJ, Franziska Droschel Bundesvorsitzende der Jusos, Martin Dulig MdL Fraktionsvorsitzender SPD Sachsen, Peter Friedrich MdB SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher der Youngsters, Sven Frye Bundesvorsitzender Die Falken, Helmut Hochschild ehem. Hauptschulleiter, Seminarleiter Lehrerausbildung, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaften und Forschung Berlin, Andrea Hoffmeier Bundesvorsitzende des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ), Caren Marks MdB SPD-Bundestagsfraktion, Sprecherin für Familie,

bas, der integrationspolitische Sprecher der Berliner SPD-Fraktion, Raed Saleh sowie der Sozialwissenschaftler und Quartiersmanager Halil Can. Die Ergebnisse der Diskussion sind in ein Thesenpapier eingeflossen, das einen Impuls für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema liefert. 2010 und 2011 wurden die Themen des Gesprächskreises zunächst im Rahmen der Zukunftswerkstatt Familie weiter bearbeitet. Es wurde in diesem Rahmen eine AG *Eigenständige Jugendpolitik* eingerichtet, in der zahlreiche Mitglieder des Gesprächskreises vertreten sind. Die AG erarbeitet ein SPD-Konzept für eine eigenständige Jugendpolitik, das in ein familienpolitisches Gesamtkonzept für den Bundestag 2011 einfließen wird.

Senioren, Frauen und Jugend, Sandy Neugebauer Vorstand Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V., Peter Klausch Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Thomas Krüger Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Kai Niebert Bundesleiter der Naturfreundejugend Deutschlands, Detlef Raabe Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR), Prof. Dr. Thomas Rauschenbach Direktor des Deutschen Jugendinstituts e.V. (DJI), München, Vera Reiß Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Rheinland-Pfalz, Sönke Rix MdB SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Heidemarie Rose Leiterin der Obersten Landes-

jugendbehörde und der Abteilung Junge Menschen und Familie in Bremen, Stellvertretende Vorsitzende AGJ, René Rudolf Bundesjugendsekretär des DGB, Holger Rupprecht Minister, Ministerium für Bildung, Jugend- und Sport Brandenburg,

Prof. Dr. Klaus Schäfer Abteilungsleiter Jugend und Kinder, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf, Dr. Karen Schönwälder Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer

Gesellschaften, Franziska Schwider Mitglied im Bundesjugendvorstand der Arbeiter-Samariter-Jugend, Kajo Wasserhövel Bundesgeschäftsführer der SPD, Prof. Dr. Jürgen Zöllner Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berlin

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Ziel des Gesprächskreises Verbraucherpolitik ist die Stärkung und der Schutz der Menschen in ihrem Alltag. Die Menschen sollen darauf vertrauen, dass Lebensmittel gesund, Geräte sicher, Telefone keine Kostenfallen sind und Finanzanlagen halten, was sie versprechen. Tag für Tag werden den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch in Deutschland

überbeuerte Kredite – oft mit nutzlosen, aber kostspieligen Restschuldversicherungen – vermittelt, auch dann, wenn erkennbar die Grenze zur Überschuldung erreicht oder überschritten ist.

Die Bankenkrise 2008 führte zu enormen finanziellen Verlusten vieler Privatkunden, auch bei solchen Anlegern, die sich explizit gegen risikoreiche Anlagen ausgesprochen hatten. Daraus ergab sich für den Gesprächskreis

Verbraucherpolitik 2009 der Arbeitsschwerpunkt Finanzmarkt-TÜV zur Stärkung des Verbraucherschutzes am Finanzmarkt.

Dieser Punkt wurde auch in das Regierungsprogramm 2009 aufgenommen.

Der Gesprächskreis Verbraucherpolitik hat sich für eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung nach Ampelsystem eingesetzt, ein Antrag hierzu wurde beim Parteitag 2009 eingebracht.

Mitglieder des Gesprächskreises Verbraucherpolitik

Dr. Till Backhaus
Dagmar Becker
Margit Conrad
Elvira Drobinski-Weiß
Birgit Fischer

Christoph Hahn
Thomas Isenberg
Ulrich Kelber
Prof. Dr. Jürgen Keßler
Birgit Kipfer

Sonja Kreitmair
Dr. Gerlinde Kuppe
Franz Maget
Birgit Monteiro
Dr. Sebastian Nürnberg

Dr. Erich Paetz
Mechthild Rawert
Isolde Ries
Dr. Franz-Georg Rips
Ingelore Rosenkötter

Dagmar Roth-Behrendt
Dr. Karl-Heinz Schaffartzik
Carmen Schmitting
Svenja Schulze
Cornelia Tausch
Wolfgang Teves
Dr. Gitta Trauernicht-Jordan

Dr. Marlies Volkmer
Olaf Weinell
Dr. Hans-Willi Weizen
Dr. Dietmar Woidke
Waltraud Wolff
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

BarCamp Frauen

Im 30. Oktober 2010 fand das erste *BarCamp Frauen* statt.

Frauenquoten, Frauen als Teilzeitkräfte, allein-erziehende Mütter, Frauen zwischen Beruf und Familie, das sind wiederkehrende und kontrovers diskutierte Themen in Deutschland. Diese Themen treiben junge Frauen und Männer um. Sie wollen darauf eine Antwort. Was fehlt, sind konkrete Ideen für moderne Lebensentwürfe unserer Zeit.

Darüber hinaus war es unser Ziel, Politik, Gewerkschaften und Medien (wieder) als Gesprächs- und Kooperationspartner zu etablieren. Wir wollen Sprachrohr sein für junge Frauen, Männer und Familien. Wir wollen zu einem Ort werden, wo junge Frauen sich



politisch engagieren. Das *BarCamp Frauen* verstand sich daher als Ideen- und Debattenplattform, auf der neue Diskussionen angestoßen und laufende Diskussionsprozesse zusammengeführt werden. Neue politische Ansätze wurden entwickelt, gespeichert und in den jeweiligen Programmprozess aufgenommen. Auch neue belastbare Kontakte wurden geknüpft. Frauen und Männer aus ganz unterschiedlichen Lebenssituationen und in verschiedenen Lebensphasen kamen mit Menschen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Die Diskussion miteinander stand im Mittelpunkt - keine großen



Tweets zum @frauenbarcamp



links: Graphic Recording von Anna Lena Schiller
rechts: Die Diskussion miteinander stand im Mittelpunkt

Podien, sondern unterschiedliche Workshops boten den Rahmen für eine kreative Atmosphäre. Alle TeilnehmerInnen waren an der Gestaltung des Programms beteiligt. Das Format der offenen Themenfindung wurde als sehr positiv gewertet, da es die Möglichkeit bot, auf den Diskussionsverlauf und spontane Ideen zu reagieren. Dies führte dazu, dass Themen diskutiert wurden, die dem Interesse der Anwesenden entsprachen und zu einem großen Teil neue Aspekte im Bereich des Oberthemas aufzeigten. Durch die sehr gemischte TeilnehmerInnenschaft gelang es, eine lebhaft Diskussion zu führen, in der viele verschiedene Positionen beleuchtet werden konnten.

Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD - AKC

Der AKC auf Bundesebene und in den Regionalgruppen will die Vernetzungen von Christinnen und Christen in der SPD gezielt fördern, die Kontakte der SPD in die Diözesen und Landeskirchen sowie zu Diakonie und Caritas, zu Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen



Die Aktiven des AK Christinnen und Christen beim Stand Kirchentag Bremen 2009

weiter verstärken sowie den inhaltlichen Austausch anregen und bündeln. Die Mitglieder sind motiviert durch die Überzeugung, dass die Prinzipien der christlichen Anthropologie, der katholischen Soziallehre und der protestantischen Ethik mit den Grundwerten der



Kerstin Griese begrüßt die Gäste beim Empfang der SPD Kirchentag Bremen

Besonders spannend war der deutlich produktive Austausch zwischen VertreterInnen verschiedener Generationen, aber vor allem auch die Kommunikation der vor Ort Anwesenden mit denen im Netz via Twitter. Hier hat sich auch die Kooperation mit den Partnern Mädchenmannschaft, Vorwärts und Freitag definitiv bewährt. Aufgrund des großen Erfolgs einerseits und der Eignung des Formats, Themen anders zu diskutieren und frische Ideen und Denkanstöße für die SPD gewinnen zu können andererseits, wird es auch im Jahr 2011 ein *BarCamp Frauen* geben – allerdings mit einer hoffentlich inklusiveren und noch breiteren Kooperationspartnerschaft!



Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD

Deutschen Bundestages, Swen Schulz als Mitglied des Bildungsausschusses im Bundestag, Benno Haunhorst zur Frage von Schule als Ort ethisch-religiöser Bildung und Bettina Locklair vom Kommissariat der deutschen Bischöfe, die kirchliche Positionen in die Gesetzgebung hinein vermittelt. Das Fazit der Tagung zog Dietmar Kehlbreier: Demokratische Prozesse haben ihre eigene prozedurale Legitimation. Religion aber bleibt auch in einer pluralen Gesellschaft bedeutsam, weil Menschenbilder, Werte und religiöse Überzeugungen Urteile über ethische Fragen und damit auch politische Bewertungen und Entscheidungen bestimmen. In der anschließenden Klausurtagung des AKC befassten sich die TeilnehmerInnen schwerpunktmäßig mit der Weiterentwicklung des Arbeitskreises und den Aktivitäten im Wahljahr. Erstmals sprach der AKC christliche Wählerinnen und Wähler in einem Bundestagswahlkampf direkt an. In der Broschüre *Für eine neue Epoche des WIR statt des ICH. 10 gute Gründe für Christinnen und Christen zur Wahl einer sozialen und demokratischen Politik* wurden Kernpunkten aus dem Regierungsprogramm der SPD Positionen aus den Kirchen gegenüber gestellt. Die erste Auflage von 5.000 Stück war binnen 2 Wochen vergriffen, und von den 3.000 Exemplaren des Nachdrucks waren am Jahresende nur noch wenige übrig. Die Verbindung zwischen sozialdemokratischen Zielen und kirchlichen Werten wird mit großem Interesse verfolgt. Mit der nachfolgenden Publikation *Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit. Christinnen und Christen in der SPD* aus dem Jahr 2010 wirbt der AKC nun auf der Grundlage des Hamburger Programms für diesen Zusammenhang und für eine sozialdemokratische Politik aus christlicher Überzeugung.

Ein grundlegender Wert der Sozialdemokratie und Eckpfeiler der Soziallehre und Ethik der Kirchen stand auch bei der Jahrestagung am 19. März 2010 im Mittelpunkt. AKC und SPD-Bundestagsfraktion stellten die Frage *Brauchen wir neue Begründungen von Solidarität?* zur Diskussion. Denn, so Wolfgang Thierse und der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier in ihren Einführungen, die gefühlte Selbstverständlichkeit, mit der Solidarität gelebt und begründet wurde, scheint in der global vernetzten Welt zu schwinden. Heinz Bude, Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel und Gerhard Wegner, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, untersuchten, wie sich der Solidaritätsgedanke in unserer Gesellschaft verändert hat und wie er heute neu durchbuchstabiert werden kann. Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD, unterstrich in ihrem Kommentar, dass der Kern von Solidarität, füreinander einzustehen und das Wohl aller im Auge zu haben, Maßstab sozialdemokratischer Politik bleiben muss. In einem zweiten Teil zogen dann Kerstin Griese als Vorstand Sozialpolitik des Diakonischen Werks der EKD, Mario Junglas, Direktor des Deutschen Caritasverbandes Berlin, Johannes Kwaschik, Landesvorstand des Arbeiter-Samariter-Bundes Berlin und Christian Staffa, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste Konsequenzen aus den Beobachtungen für das konkrete praktische Handeln von kirchlichen Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Für die Arbeit des AKC bilanzierten die Sprecher Benno Haunhorst und Dietmar Kehlbreier: „Gerade in einer Zeit, in der Lebensläufe immer individueller und die Gründe für politisches Handeln vielfältiger werden, ist es wichtig, dass Christinnen und Christen in der Politik erkennbar sind und dass wir als christliche Sozialdemokraten um Mehrheiten für Solidaritäten in der Gesellschaft werben.“ Auf der anschließenden Klausurtagung des AKC in Berlin-Spandau wurden die Mitglieder des Sprecherkreises, Kerstin Griese, Benno Haunhorst, Dietmar Kehlbreier und Wolfgang Thierse einstimmig für 2 weitere Jahre in ihrem Amt bestätigt. Deutlich wurde auch: die Strukturierung der Arbeit trägt Früchte, immer mehr regionale Gruppen entstehen. Ein regelmäßiger Austausch per Mail und über einen Newsletter verbindet die Aktivitäten in der Fläche mit der auf Bundesebene.

Die Homepage www.ak-christen.spd.de informiert und bietet Stoff zur Diskussion.

Zu den Höhepunkten der Aktivitäten des AKC gehören zweifellos die Kirchentage. Der Arbeitskreis suchte – in bewährter Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und seit 2010 auch mit den Jusos in der SPD – an einem gemeinsamen

Stand auf dem Markt der Möglichkeiten das Gespräch mit den KirchentagsbesucherInnen. Manche verweilten lange auf den roten SPD-Hockern, diskutieren interessiert über eine Frage beim *Entscheidungsspiel* oder zu Positionen der SPD. Viele Kirchentagsgäste nutzten auch den Besuch führender SPD-PolitikerInnen, um den Mann oder die Frau aus den Medien endlich einmal aus der Nähe zu erleben und zu befragen.

Markenzeichen und mittlerweile ein festes Ereignis bei Kirchen- und Katholikentagen sind die *Jour-Fixe-Empfänge* der SPD. Beim 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag 2009, der vom 20. – 24. Mai unter dem Leitwort *Mensch, wo bist du?* in Bremen stattfand, lud der AKC ins Restaurant *brill* ein. Verantwortliche aus den Kirchen, JournalistInnen und viele SozialdemokratInnen wurden von der Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, Gesine Schwan, dem Kanzlerkandidaten der SPD, Frank-Walter Steinmeier, und vom Parteivorsitzenden Franz Müntefering begrüßt. Die Gäste hörten darüber hinaus Einschätzungen zum Kirchentagsgeschehen, u.a. seitens des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche, Bischof Wolfgang Huber und von Eckhard Nagel, dem Präsidenten des folgenden Ökumenischen Kirchentages 2010. Dieser zweite Ökumenische Kirchentag (nach Berlin 2003) hatte vom 12. – 16. Mai 2010 seinen Ort in München. Zum Jour-Fixe-Empfang der SPD konnte der AKC zusammen mit der BayernSPD-Landtagsfraktion in das Maximilianeum einladen. Über 500 Personen aus den beiden großen christlichen Kirchen, der weltweiten Ökumene, dem Judentum und islamischen Gemeinschaften, Medien und Kultur folgten der Einladung zur Begegnung mit der Sozialdemokratie. Generalsekretärin Andrea Nahles, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Markus Rinderspacher, der Fraktionsvorsitzende der BayernSPD-Landtagsfraktion, begrüßten die Gäste, die sich auch über Grußworte des Erzbischofs von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx und von Kirchentagspräsident Eckhard Nagel freuten. In München war unübersehbar: Der Austausch zwischen SPD und Kirche hat einen festen und herausragenden Platz in der Partei. Neben den Kirchen- und Katholikentagen gehört auch eine junge Tradition inzwischen fest in den Kalender des AKC: die Einladung anlässlich der Herbsttagung der Synode der EKD, ausgesprochen vom SPD-Parteivorstand, der SPD-Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktion des Tagungsorts. Sie ist eine herausragende Gelegenheit zum Austausch mit maßgeblichen Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche in Deutschland in ungezwungenem Rahmen und eine wichtige Gelegenheit, die Bedeutung der Verbindung zwischen SPD und EKD für die Partei deutlich zu machen.



Ökumenischer Kirchentag München 2010 - Erhard Eppler am AKC-Stand

Am 27. Oktober 2009 in Ulm stand der Abend ganz im Zeichen der Wahlen zum Rat der EKD. Franz Müntefering und Claus Schmiedel, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, konnten den neuen Ratsmitgliedern direkt nach ihrer Wahl gratulieren.



Hans-Jochen Vogel am AKC-Stand in Bremen 2009

2010 befassten sich die Delegierten in Hannover schwerpunktmäßig mit dem Thema *Niemand darf verloren gehen!* Dieses evangelische Plädoyer für mehr Bildungsgerechtigkeit griffen Frank-Walter Steinmeier und Stefan Schostok, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, in ihren Ansprachen auf. Zugleich nahm Steinmeier das Datum des 9. November zum Anlass, die grundsätzliche Bedeutung von Kirchen und Religion in einer pluralen Gesellschaft und die öffentliche Diskussion um das Staat-Kirchen-Verhältnis anzusprechen. Der AKC wird sich mit dem Thema Staat und Religion sowie mit der weiteren Entwicklung des Sozialstaats besonders angesichts der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise weiter intensiv befassen.



Thomas Oppermann am AKC-Stand beim ÖKT in München 2010

Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - AKJS

Der AKJS versteht sich als ein Zusammenschluss von Juden und Jüdinnen, die Mitglieder der SPD sind oder sich mit ihren Zielen identifizieren und die ihre *jüdische Perspektive* in die innerparteiliche Diskussion einbringen. Außenpolitisch will der Arbeitskreis vor allem die Transatlantischen Positionen in der Partei stärken. Er steht solidarisch an der Seite Israels, versteht sich aber ausdrücklich nicht einfach als Israel-Lobby innerhalb der Partei. Vielmehr geht es ihm darum, eine zukunftsfähige Israel-Politik Deutschlands zu formulieren und zu unterstützen. Innenpolitisch wirbt der Arbeitskreis für die Belange der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Kaum jemand weiß, dass viele aus den ehemaligen GUS-Staaten eingewanderte neue Mitglieder der Gemeinden um die Anerkennung von Bildungsabschlüssen und um Rentenansprüche kämpfen. Die Stimme des AKJS wird gehört, der Kreis wächst. Der Zusammenschluss auf Bundesebene wird durch Regionalgruppen in Berlin-Brandenburg und Frankfurt am Main ergänzt. Ein Newsletter informiert über die Aktivitäten auf Bundesebene und in den Regionen. Die Homepage www.j-sozis.spd.de wird aufgebaut. Einmal jährlich findet ein Bundesseminar statt. Die dritte Jahrestagung am 16./17. Oktober

2009 in Frankfurt am Main war thematisch überschrieben mit *Juden in der SPD – SPD und Juden*. Peter Feldmann und Sergey Lagodinsky wurden bei der Tagung erneut als Sprecher für Jahre bestätigt. Sie unterstrichen, es sei kein Zufall, dass sich der erste Arbeitskreis von Jüdinnen und Juden ausgerechnet in der SPD gegründet habe. Es gebe eine starke jüdische Tradition in der SPD, die auch die grundlegenden Überzeugungen der Sozialdemokratie präge. Bei der Tagung zeichnete Maximilian Strnad, Mitarbeiter im Projekt *Juden in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945* der LMU München, ein detailliertes Bild vom Verhältnis der Sozialdemokratie zur jüdischen Gemeinschaft in Deutschland von Kriegsende bis heute. Hans Erler, Sohn von Fritz Erler und Autor des Buchs *Judentum und Sozialdemokratie. Das antiautoritäre Fundament der SPD*, würdigte den Beitrag jüdischer Persönlichkeiten für die SPD von der Gründung bis heute. Die jüdischen Wurzeln der Sozialdemokratie bewusst und für die innerparteiliche Diskussion fruchtbar zu machen, wird auch künftig ein Ziel des AKJS sein. Im Mittelpunkt der vierten Jahrestagung vom 11. – 12. Juni 2010 im Anny-Lang-Haus in Wiesbaden stand die jüdische Auffassung von sozialer Gerechtigkeit. Abraham de Wolf aus Heidelberg erläuterte unter dem Titel *Tikkun Olam* die



Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit nach jüdischem Recht und jüdischer Tradition. Auch hier zeigte die Diskussion: das ist ein Thema, an dem der Arbeitskreis weiter arbeiten wird und über das er den Dialog zu anderen Gruppen in der Partei sucht. Einen zweiten Schwerpunkt der Tagung bildete die Verabschiedung einer Geschäftsordnung für den Kreis sowie ein erster Entwurf eines *Manifests jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten*, das das Selbstverständnis der Gruppe beschreiben und Leitlinien für ihre inhaltliche Arbeit bestimmen soll. Über die Bundesseminare hinaus lud der AKJS zusammen mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin am 28.01.2009 zur Veranstaltung *Neue Strategien gegen ein altes Phänomen: Antisemitismusbekämpfung in Berlin und Deutschland* in das Centrum Judaicum in Berlin ein. Nach einem Grußwort der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Lala Süßkind, diskutierten dazu Erhart Körting, Berliner Innensenator, Bilkay Öney, damals noch Grüne Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus, Michael Wolfsohn von der Bundeswehruniversität München, und Sergey Lagodinsky.

politischer Häftlinge, Hans-Joachim Helwig-Wilson, in Berlin. Nunmehr leitet Lothar Otter den Arbeitskreis. Er war nach Verurteilung durch das Sowjetische Militärtribunal wegen seiner Arbeit für die Berliner Falken in den Jahren von 1949 bis 1955 politischer Häftling in Bautzen.



regelmäßig an den Parteivorstandssitzungen teil. Auf den Parteitag 2009 und 2010 war *Selbst Aktiv* mit einem Stand vertreten. Schwerpunkt der Arbeit der kommenden

Jahre wird die Verwirklichung der Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention über die Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung innerhalb der SPD sein.

gabe der Parteispitze sein muss, sich nicht nur für eine Stärkung der SPD einzusetzen, sondern auch gegen die nachlassende Zustimmung der Bevölkerung zum parlamentarischen System der Bundesrepublik. Aus diesem Grund fand es das besondere Interesse des Seniorenrats, dass der Parteivorstand mit einem unter der

Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ / DDR

Der Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR beschäftigte sich in Seminaren und Zeitzeugengesprächen mit der Erinnerung an und Aufarbeitung der Geschichte der Verfolgung von Sozialdemokraten und So-

zialdemokratinnen in der DDR. Die Weitergabe dieser Erinnerung an die nachfolgenden Generationen bleibt das Ziel des Arbeitskreises. Am 14. September 2009 verstarb der langjährige Vorsitzende des Arbeitskreises ehemaliger

Selbst Aktiv - Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD

Das Netzwerk *Selbst Aktiv* hat sich auch in den Jahren 2009/2010 aktiv in die Arbeit der SPD eingebracht. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeit am Wahlprogramm 2009. Auf der Grundlage des Hamburger Grundsatzprogramms, das Passagen enthält, an denen *Selbst Aktiv* mitgewirkt hat, hat das Netzwerk Beiträge zum Wahlprogramm für eine Politik der Inklusion für Menschen mit Behinderungen geleistet. Richt-

schnur war dabei die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Das Netzwerk *Selbst Aktiv* organisiert Menschen mit Behinderungen, die Mitglied der SPD sind oder ihr nahestehen, in allen Ländern und Bezirken. Regionalgruppen Nord, Ost, Süd und West wurden gebildet. Auf der Bundesebene sprechen für *Selbst Aktiv* Karl Finke, Christina Fuchs und Karin Aridas. Als kooptiertes Mitglied nimmt Karl Finke

im November 2010 mit der Generalsekretärin der Partei, Andrea Nahles, zusammen. In diesem Gespräch brachten die Mitglieder ihre Einschätzungen der Entwicklung der Partei im Jahr nach der Niederlage bei der vorausgegangenen Bundestagswahl zum Ausdruck. In der Diskussion wurde aber auch deutlich, dass es die Auf-

Der Seniorenrat der SPD

Seit fast 40 Jahren ist es die Aufgabe der Mitglieder des Seniorenrats, in Gesprächen mit der Spitze der Partei ihren Rat weiterzugeben. Dem ist der Seniorenrat auch im Berichtszeitraum nachgekommen. So traf der Seniorenrat

Seniorenrat der SPD - Gründung auf Beschluss des Parteitags der SPD 1973

■ **Vorsitzende:** Ilse Brusi
 ■ **Stellv. Vorsitzende:** Herbert Ehrenberg, Wilma Simon, Karl Ravens
 ■ **Weitere Mitglieder:** Christine Bergmann, Ernst Breit, Anke Brunn, Norbert Burger, Anke Fuchs, Hans Eichel, Irene Ellenberger, Otto Graeber, Antje Huber, Georg Leber, Gerda Linde, Ernst

Gottfried Mahrenholz, Ulrike Mascher, Anke Martiny, Ingrid Matthäus-Maier, Heidi Merk, Brunhilde Peter, Walter Romberg, Eva Rühmkorf, Herbert Schmalstieg, Jürgen Schmude, Herbert Schnoor, Manfred Stolpe, Helga Timm, Beate Weber, Cornelius Weiss, Rolf Wernstedt, Inge Wettig-Danielmeier

Im März 2011 wurden berufen: Hans Eichel, Ingrid Matthäus-Maier, Jürgen Schmude, Beate Weber.

Im Berichtszeitraum verstorbene Mitglieder des Seniorenrats der SPD: Friedrich Halstenberg, Luise Herklotz, Rolf Krumsiek, Rudolf Sperner.

Gewerkschaftsrat

Im Berichtszeitraum fand vierteljährlich die Sitzung des Gewerkschaftsrats statt. Auf der Tagesordnung standen die Finanzmarktkrise,

die aktuelle Wirtschaftsentwicklung, die Sozialpolitik sowie die Arbeitsmarktpolitik. Ausführlich wurde im Vorfeld der Bundestagswahl das

Arbeitsgemeinschaft der Schwusos

Weg mit den schwarzen Schnecken

Im Jahr 2009 haben die Schwusos ihre Öffentlichkeitsoffensive weiter fortgesetzt und unter Berücksichtigung der bevorstehenden Bundestagswahl alle Tätigkeit darauf ausgerichtet. Das Motto unserer CSD-Kampagne war *Gleichstellung jetzt – Weg mit den schwarzen Schnecken*. Dieses wurde sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei sehr gut angenommen. Zusammen mit inhaltlichen Forderungen der weiteren Gleichstellung von Lebenspartnerschaften wurden schwarze Lakritzschnecken verteilt. Ein einheitliches Auftreten unterstützte den Erfolg der Kampagne und stärkte den Wiedererkennungswert. In allen großen Städten waren die Schwusos mit Wagen und Info-Stand vertreten und auch bei den kleineren Christopher-Street-Days waren die Schwusos präsent. So konnten wir nicht nur für unsere Forderungen eintreten und deutlich machen, dass es eine vollkommene Gleichstellung nur mit der SPD gibt, sondern eben auch für die Mutterpartei Wahlkampf betreiben. Zusammen mit Klaus Wowereit und Vertretern aus dem Kulturleben wie Marco Kreutzpaintner und Maren Kroymann zeichneten sich die Schwusos für die Unterstützungskampagne *Vielfalt für Steinmeier* verantwortlich.

Im Frühjahr 2010 wurden auf dem Bundeskoordiniertentreffen in Köln ein neuer Bundesvorstand gewählt und ebenso die Weichen für die Arbeit der kommenden 2 Jahre gestellt. Die beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden Klaus Wowereit und Hannelore Kraft begleiteten das Treffen.



Hier wurde auch der Hamburger Antrag zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften beschlossen, der positive Resonanz innerhalb der Partei hervorrief und nun auf dem Bundesparteitag der SPD 2011 zur Abstimmung kommen wird.

Auch 2010 traten die Schwusos mit einem einheitlichen Erscheinungsbild auf den Christopher-Street-Days in ganz Deutschland auf. Das Motto des Jahres lautete *Vielfalt statt Einfalt* und auch dieses stieß überall auf Lob. Als Symbol der Vielfalt verteilten wir verschieden farbige Gummibärchen.



Der Vorstand zusammen mit Hannelore Kraft anlässlich des Starts der Unterschriftenaktion: *Vielfalt statt Einfalt – gemeinsam gegen Homophobie*.



Vielfalt für Steinmeier



Ansgar Dittmar, Olaf Scholz und Astrid Klug

Komplettiert wurde die Kampagne mit einer Unterschriftenaktion: *Vielfalt statt Einfalt – gemeinsam gegen Homophobie*. Gestartet wurde die Aktion mit dem Hissen der Regenbogenfahne vor dem Willy-Brandt-Haus zusammen mit Olaf Scholz. Ziel der Kampagne ist es, Unterschriften für konkrete Forderungen für die Arbeit gegen Homophobie und gegen weitere staatliche Diskriminierungen zu sammeln, um diese als Druckmittel gegen die Blockadehaltung der Bundesregierung zu verwenden.

Wilhelm-Dröschers-Preis



Sigmar Gabriel mit Ausstellern des Dröschers-Preises 2009



Die Ausstellerinnen und Aussteller nach der Preisverleihung beim Abschlusslied des Bundesparteitages 2009



Kuratoriumsvorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul beim Besuch eines Ausstellungsstands 2009

Wir halten das Andenken an den Sozialdemokraten Wilhelm Dröschers mit dem nach ihm benannten Preis lebendig. Unermüdlich, entschlossen, ausgestattet mit Visionen und Pragmatismus, das war Wilhelm Dröschers. Als 29-jähriger trat er im Jahre 1949 in die SPD ein und war aktiv als Landtags- und Bundestagsabgeordneter, Schatzmeister und Präsident der Europäischen Sozialisten. Vor allem aber zeichnete ihn seine Bürgernähe und Mitmenschlichkeit aus.

Seit dem 27. Oktober 1981 wird der *Wilhelm-Dröschers-Preis* durch den Parteivorstand für vorbildliche sozialdemokratische Vertrauensarbeit ausgeschrieben und ist mit seiner Ausstellung ein wichtiger Bestandteil der ordentlichen Bundesparteitage.

Der *Wilhelm-Dröschers-Preis* konnte innovative und erfolgreiche Basisarbeit der Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Foren der SPD anregen und unterstützen und das lebendige Parteileben der SPD in die Öffentlichkeit transportieren.

Neben Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeits- und Projektgruppen, Foren und regionalen Netzwerken der SPD können sich nun auch befreundete Initiativen und Organisationen um den mit 15.000 Euro dotierten Preis bewerben. Die Verleihung erfolgt zum Abschluss der ordentlichen Bundesparteitage. Das Kuratorium wählt die Siegerprojekte aus.

Der Wilhelm-Dröschers-Preis 2009 auf dem Bundesparteitag vom 13. bis 15. November 2009 in Dresden stand unter dem Motto *Für eine starke Demokratie* mit folgenden Kategorien:

1. Die SPD als Geschichts- und Zukunftswerkstatt
2. Lebendige Demokratie braucht aktive Demokraten

3. Aktionen gegen Rechts
4. Für eine gerechte und solidarische Welt

Von 54 Bewerbungen wurden 39 Projekte nominiert. Erstmals konnten sich auch andere Organisationen und Initiativen für den Dröschers-Preis bewerben.

6 SPD-externe Projekte nahmen teil und stellten eine echte Bereicherung dar. Der Wilhelm-Dröschers-Preis 2009 war insbesondere aufgrund der inhaltlich überzeugenden Projekte, der engagierten Ausstellerinnen und Aussteller und deren Präsentation aber auch durch das abwechslungsreiche Bühnenprogramm mit verschiedenen Talkrunden, Kabarett- und Hip Hop-Vorführungen ein Erfolg und Anziehungspunkt für zahlreiche Besucherinnen und Besucher.



Der Parteivorstand beschloss am 30.8.2010 die Ausschreibung des Wilhelm-Dröschers-Preises zum nächsten Bundesparteitag 2011 zum Thema SPD erneuert sich.

Stimmberechtigte Kuratoriumsmitglieder

■ **Vorsitzende:** Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB, Bundesministerin a. D. ■ **Andrea Nahles** Generalsekretärin ■ **Erika Drecoll** Vorsitzende der AG SPD

60 plus ■ **Peter Dröschers** MdL ■ **Petra Elsner** MdL ■ **Prof. Dr. Michael Dröschers** ■ **Dr. Gerlinde Kuppe** MdL, Landesministerin a. D. ■ **Elfriede**

Marx SPD Schleswig-Holstein ■ **Loke Mernizka** ■ **Dr. Karsten Rudolph** ■ **Rainer Strang** ■ **Helga Ziemann**

Gustav-Heinemann-Bürgerpreis

Freiheit und Gerechtigkeit in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat – diese Prämissen des Grundgesetzes mit Leben zu füllen und allen Bürgern bewusst zu machen, das war das politische Berufung Gustav W. Heinemanns (geb. 1899, gest. 1976).

Zum Preis: In Andenken an das Lebenswerk des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten (1969-1974) stiftete 1977 der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis. Möglichst in zeitlicher Nähe zum 23. Mai, dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes, wird er an Personen, Gruppen oder Organisationen verliehen, die sich im Sinne Heinemanns um unser Land und unsere Gesellschaft verdient gemacht haben. Mit der Verleihung des Preises sollen Menschen ermutigt werden, die von Gustav W. Heinemann vorgelebten Bürgertugenden zu verwirklichen, den Ansprüchen des Grundgesetzes gerecht zu werden und durch

ihre Haltungen und Handlungen mehr eigenverantwortliche Mitwirkung und Mitbestimmung in unserem Staat zu wagen.

Preisträger 2009: Mit **Bianca Richter** und **Richard Schröder** wurden zwei Persönlichkeiten ausgezeichnet, die für unsere Demokratie Großartiges geleistet haben.

Bianca Richter verhinderte in ihrem Heimatort in der Sächsischen Schweiz, dass ein NPD-Kandidat Bürgermeister wurde. Ihr Dorf erlangte durch sehr hohe Stimmenanteile für die NPD und rechtsextrem motivierte Übergriffe traurige Berühmtheit. Sie gründete u. a. die Bürgerinitiative *Demokratie anstiften* zusammen mit Mitstreitern. Sie zeigte ungewöhnlichen Mut und Zivilcourage. Sie ließ und lässt sich nicht durch Schwierigkeiten und Rückschläge, Anfeindungen und Bedrohungen von ihrem Weg abbringen.

Richard Schröder hat mit seinem politischen und publizistischen Wirken die deutsche Ein-



Sigmar Gabriel überreicht den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis 2010 an den Bezirksbürgermeister von Berlin Neukölln Heinz Buschkowsky und dessen Ehefrau

heit mitgestaltet und damit einen wichtigen Beitrag zu unserer jüngsten Geschichte geleistet. Als engagierter Christ und Bürgerrechtler hat er nicht nur der friedlichen Revolution, sondern auch dem Vereinigungsprozess mit vielen anderen zusammen eine Richtung gegeben.

Preisträger 2010: 2010 ging der Preis an **Heinz Buschkowsky**, den Bezirksbürgermeister von Neukölln, dem Berliner Bezirk mit dem höchsten Anteil nicht deutscher Einwohner. Für ihn steht vor allem die Integration von Einwanderern, deren Kindern und Enkeln im Mittelpunkt. Er entwickelte für dieses Ziel Projekte und Maßnahmen, die weit über Berlin hinaus Beachtung und Anerkennung finden. Gute Schul- und Ausbildungsbedingungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen, hat dabei für ihn einen hohen Stellenwert, da sie die Voraussetzungen für Zukunftschancen eines jeden Einzelnen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind.

Die Preisträgerinnen und Preisträger werden vom Kuratorium des Bürgerpreises ausgewählt.

Kuratoriumsmitglieder

■ **Nils Annen** MdB ■ **Reinhard Appel** ■ **Franziska Drohsel** Juso-Bundesvorsitzende ■ **Prof. Dr. Helga Grebing** ■ **Dr. Günter Grunwald** ■ **Christel Hanewinkel** Staatssekretärin a.D., MdB ■ **Dr. Peter Heinemann** Sohn Gustav Heinemanns ■ **Barbara Hendricks** Schatzmeisterin der SPD, MdB ■ **Antje Huber** Bundesministerin a.D. ■ **Prof. Dr. Eberhard Jäckel** ■ **Dr. Diether Koch** Bremen, Heinemann-Biograph ■ **Christina Rau** ■ **Eva Rühmkorf** ■ **Dr. Karsten Rudolph** MdL NRW ■ **André Schmitz** Staatssekretär, Berlin ■ **Dr. Henning Scherf** Kuratoriumsvorsitzender) ■ **Inge Wettig-Danielmeier** ■ **Prof. Dr. Manfred Wichelhaus** Schwiegersohn Gustav Heinemanns ■ **Brigitte Zypries** Bundesministerin der Justiz

Die nächste Preisverleihung: Der nächste Gustav-Heinemann-Bürgerpreis wird 2011 verliehen.

Regine-Hildebrandt-Preis

Zum Preis: Mit dem Regine-Hildebrandt-Preis zeichnet der SPD-Parteivorstand beispielhaftes Engagement für soziale Gerechtigkeit und Toleranz aus.

Damit werden im Sinne der außergewöhnlichen Frau und großen Sozialdemokratin Regine Hildebrandt gesellschaftliche Gruppen und Personen geehrt, die für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und

für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit Vorbildliches leisten.

Er wird am 26. November, dem Todestag von Regine Hildebrandt, jährlich verliehen und ist mit 20.000 Euro dotiert.

Die PreisträgerInnen im Jahr 2009

■ Die *Initiativgruppe gegen Gewalt und Rassismus – Mixed Pickels* in Velten, Brandenburg, die sich seit 1993 mit dem Thema Gewalt und Rassismus in ihrer Stadt auseinandersetzt und zeigt, was Bürgerinnen und Bürger tun können, um in ihrem Ort für ein Klima der Toleranz und kulturellen Aufgeschlossenheit zu werben.

■ Der Verein Rocktheater Dresden e. V., eine freie Theatergruppe, die seit 1996 zusammen mit der Jüdischen Gemeinde zu Dresden die *Jiddische Musik- und Theaterwoche – Begegnungen mit dem Jüdischen Leben* in Dresden veranstaltet. Das Festival ist in Dresden zu einem wichtigen Ereignis geworden und hat für das Zusammenleben der Dresdner mit der wiedererstandenen jüdischen Gemeinde große Bedeutung.

Die PreisträgerInnen im Jahr 2010

■ Das Projekt *Stadtteilmütter auf den Spuren der Geschichte* der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. Es bietet seit 2006 *Stadtteilmüttern*, die in Berlin-Neukölln und Berlin-Mitte zu Familienberaterinnen in ihren Zuwanderer-Gemeinschaften ausgebildet werden in Seminaren die Möglichkeit, sich mit der Geschichte Deutschlands, mit den Erfahrungen von Diktatur, Ausgrenzung und Verfolgung bei uns und ihren eigenen Erfahrungen auseinanderzusetzen. So wird bei ihnen das Verständnis für die Gesellschaft, in der sie leben, gefördert und ihre Fähigkeit, dieses in ihrem Umfeld weiterzugeben.

■ Der Verein *Eltern helfen Eltern Bernau e.V.*, der seit 1992 Familien mit geistig oder körperlich behinderten Angehörigen unterstützt sowie Hilfe zur Selbsthilfe bietet. Der Verein *Eltern helfen Eltern* hilft den Familien durch sein Netzwerk von Helfern und mit eigenen Freizeitangeboten. Das von 10 MitarbeiterInnen und 25 ehrenamtliche HelferInnen getragene Projekt ist beispielhaft für bürgerschaftliches Engagement und ein solidarisches Miteinander.



Foto: Marc Steffen Unger

Verleihung des Regine-Hildebrandt-Preises 2010

Landesverbände und Bezirke

Landesverband Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein

SPD

Die Arbeit und Entwicklung der Parteioorganisation

Die herausragenden Schwerpunkte in der Amtszeit des Landesvorstands in den Jahren 2009 und 2010 waren

- die Organisation der vorgezogenen Landtags- und Bundestagswahl am 27. September 2009
- die anschließende Aufarbeitung der Wahlergebnisse in vielen Mitgliederversammlungen
- sowie die Vorbereitung des Mitgliederentscheids zur Nominierung des SPD-Spitzenkandidaten für die kommende vorgezogene Landtagswahl am 6. Mai 2012.

Wahlkampf in 70 Tagen

Sehr schnell nach der Wahl des neuen Landesvorstands kam es in Schleswig-Holstein im Frühsommer 2009 zum Bruch der großen Koalition durch die CDU. Die Neuwahl des Landtages wurde auf den Tag der Bundestagswahl am 27. September 2009 gelegt. Für viele Genossinnen und Genossen war es ein Schock, in so kurzer Zeit innerhalb von 70 Tagen zusätzlich zum Bundestagswahlkampf auch den Landtagswahlkampf auf die Beine zu stellen. Der von der CDU bewusst und kalkuliert herbei geführte Koalitionsbruch und die schäbigen Umstände der Entlassung der sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister durch den CDU-Ministerpräsidenten haben jedoch zu einer starken Solidarisierung und hohen Motivation in der SPD geführt. Viele unserer Mitglieder in den Ortsvereinen und Kreisverbänden haben ihren Sommerurlaub für die nun unter hohem Zeitdruck stehenden Wahlkampf vorbereitungen

Termine und Konferenzen 2009

- 10. Januar Diskussionsveranstaltung *Voller Energie in die Zukunft*
- 13. Januar Neujahrsempfang
- 25. Februar Politischer Aschermittwoch in Marne
- 21. und 22. März Ordentlicher Landesparteitag und Landeswahlkonferenz
- 23. April Arbeitnehmerempfang

Wahlkampf

- 16. Juli Familiensommer Wahlkampfauftakt Landtagswahl und Bundestagswahl
- 31. Juli und 01. August außerordentlicher Landesparteitag

geopfert. Wir haben einen kurzen und heftigen Wahlkampf gekämpft in dessen Verlauf es aber weder auf Bundesebene noch im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein gelungen ist, die sich in den Umfragen abzeichnende schlechte Ausgangsposition wesentlich zu verbessern. Die Wahlen vom 27. September 2009 waren für die Sozialdemokratie eine schwere Niederlage. 11 Regierungsjahre im Bund und eine 22-jährige Regierungszeit in Schleswig-Holstein wurden mit diesen Wahlen beendet.

Die SPD kam bei der Bundestagswahl auf bundesweit 23 % (-11,2 %) und in Schleswig-Holstein auf 26,8 % (-11,4 %). Bei der Landtagswahl haben wir 25,4 % erzielt (-13,2 %) und damit im Vergleich zu 2005 148.664 Stimmen verloren. Auch bei den Europawahlen im Juni 2009 kam die SPD bundesweit mit 20,8 % auf ein historisch schlechtes Ergebnis (in Schleswig-Holstein 22,9 %).

Diese Wahlergebnisse sind für die SPD die schlechtesten aller Bundestags- und Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und bedeuten eine Zäsur in der Geschichte der Sozialdemokratie. Der 27. September 2009 war der Tiefpunkt einer schon länger andauernden bundesweiten Entwicklung, die auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten ist. Die Sozialdemokratie hat in Deutschland seit ihrem Regierungsantritt 1998 10 Millionen WählerInnen verloren, also die Hälfte ihrer Wählerschaft. Seither haben über 200.000 Mitglieder die Partei durch Austritt verlassen, davon rund 8.000 in Schleswig-Holstein.

Der Politikwissenschaftler Peter Lösche hat auf einer unserer Veranstaltungen nach der Wahl erklärt, dass seiner Ansicht nach die Wählerschaft der SPD insbesondere die Agenda 2010 und die Rente mit 67 als gegen sich gerichtet empfunden habe und sich tief enttäuscht in Massen von der SPD abgewendet hat. In Schleswig-Holstein haben wir die Wahlniederlagen in insgesamt 16 Mitgliederkonferenzen und 3 Regionalkonferenzen

- 20. August landesweite Ortsvereins- und Mitgliederkonferenzen
- Ein Abend mit Ralf Stegner (15 Veranstaltungen)
- Veranstaltungsreihe *Stegner trifft ...* (Kirsten Bruhn, Stephan Richter, Robert Habeck, Heide Simonis, Frank Bsirske, Egon Bahr, Dr. Werner Marnette, Günter Wallraff, Dr. Hennig Scherf, Gerhard Schröder)
- 72-Stunden Aktion in Lübeck mit Franziska Drohsel, Thorsten Schäfer-Gümbel und Heiko Maas
- 27. September Land- und Bundestagswahl
- Mitgliederkonferenzen nach der Wahl

zen gründlich aufgearbeitet. Über diese innerparteiliche Diskussion gibt es eine umfangreiche Dokumentation. In den Diskussionen nach der Wahl und in den Mitgliederkonferenzen wurden vor allem die folgenden 10 Punkte angesprochen. Die Ursachen liegen zum Teil weiter zurück und haben langfristige Effekte:

1. Durchgängig und überragend war die *Kritik an der Agenda 2010, an Hartz IV und der Rente 67*. Diese Beschlüsse der Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung bzw. Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition hätten die Glaubwürdigkeit der SPD im Mark getroffen, wenn nicht gar zerstört. Unsere Kernkompetenz, die in dem Eintreten für soziale Gerechtigkeit besteht, werde von einer großen Anzahl von BürgerInnen in Zweifel gezogen. Insbesondere die negativen Folgen auch für langjährig Beschäftigte, die Angst vor und in Teilen auch reale Gefahr von sozialem Abstieg und Altersarmut, der verstärkte Zwang zur Annahme von schlecht bezahlten (Mini-)Jobs und die zunehmend auseinanderklaffende Schere von Arm und Reich würden der SPD zugeschrieben.

2. Die SPD habe auch ihre *historischen Versprechen* für Sicherheit, Chancen und Aufstieg ■ durch Bildung für alle, ■ durch gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, die eine Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen garantierte, ■ durch soziale Arbeitsschutz- und Arbeitsmarktgesetze, ■ durch die Stärkung der Sozialsysteme für Gesundheit, Pflege und Rente zu sorgen, in den Jahren ihrer Regierungszeit *nicht mehr glaubwürdig vertreten*.

Hierdurch habe die SPD an die *Partei der Nichtwähler* und an die Linkspartei in großem Umfang Stimmen verloren. In Bezug auf die Landespolitik gab es viel Kritik an einer im Grundsatz positiv gesehenen Schulpolitik bei deren konkreter Ausgestaltung vor Ort. Viele BürgerInnen in Schleswig-Holstein hätten zudem nicht an die finanzielle Umsetzbarkeit von 3 gebührenfreien KiTa-Jahren geglaubt. Dafür habe es kein konkret vermittelbares Gegenfinanzierungsmodell gegeben.

3. Massiv wurde in diesem Zusammenhang der *Regierungsstil* insbesondere unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem Parteivorsitzenden Franz Müntefering kritisiert. Agenda 2010, Rente mit 67 und die Bahnreform seien 3 Beispiele dafür, wie die Regierungs-SPD mit Rücktrittsdrohungen und den Mitteln der Basta-Politik Beschlüsse durchgesetzt habe, die offenkundig keine Mehrheit in der Mitgliedschaft der SPD, bei deren Anhängern und in der Bevölkerung gefunden hätten.

4. Viele Mitglieder beurteilten die *Beteiligung an den Großen Koalitionen* im Bund und in Schleswig-Holstein in der Position des Juniorpartners äußerst kritisch und sahen hier eine wesentliche Ursache für die Wahlniederlage. Die SPD habe zwar wichtige und richtige Entscheidungen durchgesetzt, aber auch für die Mitgliedschaft und Wählerschaft der SPD schwer verdauliche Entscheidungen mittragen müssen. Die Feststellung im Leitantrag des Dresdner Bundesparteitages zur Beteiligung an der Großen Koalition („Es war richtig ... 2005 die Möglichkeit zum Mitregieren in der Großen Koalition zu nutzen.“) wurde von vielen Mitgliedern in Zweifel gezogen. Das galt im Übrigen sowohl für die große Koalition in Berlin mit der Zuschreibung einer zu nachgiebigen SPD-Spitze als auch für die große Koalition in Kiel mit der Zuschreibung einer zu offensiven SPD-Führung.

5. Bezogen auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein wurde in allen Veranstaltungen die *Rolle des Spitzenkandidaten* thematisiert. Auf Kritik stieß vor allem sein polarisierendes Agieren in der Großen Koalition. Andererseits wurde seine auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit zugespitzte thematische Positionierung breit unterstützt.

6. Die *häufigen Wechsel im Amt des Vorsitzenden* der SPD in den vergangenen 10 Jahren (Lafontaine, Schröder, Müntefering, Platzeck, Beck, Müntefering, Gabriel) und deren Umstände hätten zu einem starken Vertrauensverlust in die SPD und ihre Führung geführt. Dasselbe gelte in Schleswig-Holstein für die Umstände der Nichtwahl von Heide Simonis im Jahre 2005 und vorher die (ohne Gegenkandidaten erfolgte) Abwahl von Franz Thönnies als SPD-Landesvorsitzender. Es wurde kritisiert, dass beide Ereignisse nicht zu einer Aufarbeitung bzw. Überlegungen zu einer neuen Streitkultur geführt hätten. Der Umgang einiger Sozialdemokraten in Führungsverantwortung sei von außen betrachtet wenig Vertrauen erweckend und stoße damit neue WählerInnen und Mitglieder bzw. solche, die es werden könnten, ab. Der Umgangsstil müsse die eigenen Werte der Sozialdemokratie erkennbar werden lassen.

7. In allen Veranstaltungen zeigte sich, dass die Mitglieder der SPD deutlich *mehr Beteiligung und Mitsprache* verlangen als in der Vergangenheit. Die innerparteiliche Demokratie sei stark verbesserungswürdig. Eine vorrangige Aufgabe des Landesvorstands bestehe darin, die Beteiligung und Mitsprache der Parteimitglieder an wichtigen Entscheidungen der Bundes- und der Landespartei zu verbessern und abzusichern. Notwendig seien qualitativ gute Informationsmöglichkeiten und Diskussionsforen, die eine Beteiligung der Mitglieder an der Willensbildung der Partei sicherstellten. Diese Beteiligung

und Mitsprache dürfe nicht den Charakter von Alibiveranstaltungen haben, sondern müsse ernst gemeint sein und Folgen haben.

8. Die Mitglieder der Partei problematisierten zudem die *Schwächung der Organisationskraft der Partei*. Dies bezog sich auf die geschwächte Präsenz der SPD vor Ort mit Büros und hauptamtlichen MitarbeiterInnen (die durch die aktuelle Wahlniederlage noch schwieriger werde), die beschränkten finanziellen Möglichkeiten und die *mangelnde Unterstützung für die Arbeit der Partei vor Ort*. Infolge der Halbierung der Mitgliederzahl der SPD seit 1990 sind die Beitragseinnahmen und anderer Einnahmen entsprechend zurückgegangen, weshalb der Landesverband seit dem Jahre 2000 rund 40% der hauptamtlichen Stellen in den Kreisgeschäftsstellen und in der Landesgeschäftsstelle streichen musste. Dort wird gegenwärtig mit einem Minimum der vertretbaren Personalausstattung gearbeitet. Aktuell verliert der Landesverband nach der verlorenen Wahl bis 2014 weitere rund 1 Million Euro an staatlichen Mitteln (Geldern aus dem innerparteilichen Bund-Länder-Finanzausgleich, Mandatsabgaben von Ministern, Bundestags- und Landtagsabgeordneten und weiter sinkende Beitragseinnahmen); Aussichten, die eine Veränderung hier schwieriger machen.

9. Es wurde berichtet, dass der *Rückgang der Mitgliederzahlen und die Altersstruktur der Mitglieder* die Existenz und Organisationsfähigkeit vieler Ortsvereine gefährde und zu einer Überlastung der in Partei und Kommunalpolitik aktiven Mitglieder führe. Zuviel Arbeit werde auf zu wenige Schultern gepackt. Andererseits wurde bemängelt, dass es neuen Mitgliedern häufig schwer gemacht werde, in der SPD Fuß zu fassen. Jüngere Mitglieder bekämen einerseits zu wenig Chancen und Verantwortung, andererseits fehlten Angebote inhaltlicher Fundierung sozialdemokratischer Arbeit. Teilweise sei auch die Arbeitsweise der SPD altmodisch und für Junge nicht attraktiv. Um mehr Frauen für die Arbeit in der SPD zu gewinnen, bedürfe es weniger zeitaufwändiger Routinen, flacherer Hierarchien und einer insgesamt lebensnäheren Diskussionskultur.

10. In den Diskussionen wurde festgestellt, dass die *frühere starke Verankerung der SPD in Gewerkschaften, Sozialverbänden und vielen anderen Vereinen, Verbänden und Initiativen in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter zurückgegangen* sei. Dies gelte für alle Ebenen der Partei – Bundespartei, Landespartei, Kreisverbände, Ortsvereine. Dadurch seien der SPD viele Kontakte, kritische Antennen und Anregungen von außen – also die Seismographen für gesellschaftspolitische Entwicklungen – verloren gegangen. Auf einem



Foto: SPD Landesverband SH

Der neu gewählte Landesvorstand

außerordentlichen Parteitag im Februar 2010 wurde nach intensiver Debatte und Analyse ein Leitantrag beschlossen, der ein umfangreiches Arbeitsprogramm für unseren Landesverband beinhaltet. Insbesondere aber die Beteiligung und die Einflussnahme der Mitglieder auf Entscheidungen sollte gestärkt werden.

Landesparteitage der SPD Schleswig-Holstein

Ordentlicher Landesparteitag und Landeswahlkonferenz am 21. - 22. März 2009 in Elmshorn
Die Delegierten des Landesparteitages wählten am 21. März 2009 in Elmshorn auf einem zweitägigen ordentlichen Landesparteitag den neuen Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein. Ralf Stegner wurde erneut mit einem deutlichen Ergebnis von 91,1 %, welches das Ergebnis seiner ersten Wahl zum Landesvorsitzenden im März 2007 sogar überstieg, wiedergewählt. Die stellvertretende Landesvorsitzende Bettina Hagedorn wurde mit 84,9 % erneut gewählt. Auch Andreas Breitner trat erneut für den stellvertretenden Vorsitz an und wurde mit 87 % wiedergewählt.

Außerdem wählte der Parteitag die Landesliste für die Bundestagswahl - siehe nächste Seite.

Termine und Konferenzen 2010

- 13. Januar Neujahrsempfang
- 6. Februar außerordentlicher Landesparteitag
- 17. Februar Aschermittwoch
- 11. Juli Familiensommer
- 24. April Teilnahme an der Menschenkette gegen Atomkraft
- 30. August Gespräche mit ausgetretenen Mitgliedern.
- 3 Mitgliederkonferenzen zur Vorbereitung des Landesparteitages
- 11. September außerordentlicher Landesparteitag
- 16 Vorstellungsrunden der Kandidaten zum Mitgliederentscheid bis Anfang Februar 2011



Foto: SPD Landesverband SH

Ordentlicher Landesparteitag und Landeswahlkonferenz am 21. und 22. März 2009 in Elmshorn - der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering besuchte den Parteitag und ehrte persönlich Uwe Dohn, Erich Schulz und Dietmar Lutz für ihre 50-jährige Mitgliedschaft

Außerordentlicher Landesparteitag am 31. Juli und 01. August 2009 in Lübeck
Für diesen Parteitag in Lübeck gab es keine lange Vorbereitungszeit. Am 15. Juli 2009 schließlich kündigte die CDU die Koalition mit der SPD, löste den Landtag auf und entließ kurz danach die SPD-Minister. Die Neuwahlen wurden für den 27. September 2009 gemeinsam mit der Bundestagswahl angesetzt. Auf diesem Parteitag wurde, nach einer energischen Rede vom Parteivorsitzenden Franz Müntefering, die Landesliste aufgestellt.

Ralf Stegner wurde mit 94,76 % auf Listenplatz 1 gewählt. Seine Rede stand unter dem Motto: *Sozialer, gerechter, stärker*. Er forderte für das neue Jahrzehnt eine bessere Zukunft für Schleswig-Holstein und erinnerte an die wichtigsten 3 Ziele der schleswig-holsteinischen SPD:

- 1. Gerechte Bildungschancen für alle sichern
- 2. Konsequente Energiewende durchsetzen
- 3. Vorrang für die Menschen bei Arbeit und Wirtschaft

Am Samstag beschloss der Parteitag das neue Regierungsprogramm und wählte die weiteren Listenplätze 2 bis 61.

Mitglieder des Landesvorstands

Landesvorsitzender
Ralf Stegner, Kreisverband RD-Eck
Stellvertretende Landesvorsitzende
Bettina Hagedorn, Kreisverband Ostholstein
Stellvertretender Landesvorsitzender
Andreas Breitner, Kreisverband RD-Eck
Schatzmeister
Jörg Wenghofer, Kreisverband Neumünster

Außerordentlicher Landesparteitag am 6. Februar 2010 in Neumünster
Die Wahlniederlage von 2009 steckte auch im Februar 2010 noch in den Knochen der Genossinnen und Genossen. Der Landesvorsitzende der Hamburger SPD, Olaf Scholz und Sigmar Gabriel hielten Reden. In Mitgliederkonferenzen arbeitete die SPD Schleswig-Holstein die Wahlniederlage auf und Inhalte aus. Auf diesem Parteitag wurde die Dokumentation dieser Konferenzen vorgelegt. Der Leitantrag *Die Nord-SPD: Sozialdemokratische Perspektiven für das neue Jahrzehnt* des Landesvorstands wird von Ralf Stegner eingebracht und nach der Bearbeitung von Änderungsanträgen angenommen. Durch eine Satzungsänderung wurde ab diesem Parteitag die Anzahl der Delegierten des Landesparteitages verdoppelt, so dass sich deutlich mehr Mitglieder der Partei aus den Kreisverbänden, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften an den Diskussionen und Beschlüssen aktiv auf der obersten Entscheidungsebene der SPD beteiligen können. Außerdem wurde beschlossen, dass vor jedem Parteitag Mitgliederkonferenzen zur thematischen Vorbereitung stattfinden sollen.

Eine längere Diskussion wird über den Antrag A1 (Trennung von Landes- und Fraktionsvorsitz) geführt. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Außerordentlicher Landesparteitag am 11. September 2010 in Kiel
Der vierte Parteitag im Berichtszeitraum fand in Kiel statt und war ein *Themenparteitag* – zu den Themen *Neue Perspektiven der Bildungspolitik, innerparteiliche Demokratie, politische Bildung, Personalentwicklung und Fehmarn-Belt-Querung* wurden sehr viele Anträge gestellt und diskutiert. Dieser Parteitag war der erste mit verdoppelter Delegiertenanzahl. Nach einem Grußwort des neuen Vorsitzenden des DGB Bezirk Nord, Uwe Polkaehn, wurden Heide Simonis und Gerhard Nowak für 40 Jahre Parteizugehörigkeit geehrt. Anschließend wurden unter anderem die Leitanträge des Landesvorstands vorgestellt und beschlossen.

Kampagnen mit neuen Aktionsformen

Der Mitgliederentscheid
Der SPD-Landesverband hat Anfang 2011 einen landesweiten Mitgliederentscheid durchgeführt, mit dem den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben wurde, über den SPD-Spitzenkandidaten bei der nächsten vorgezogenen Landtagswahl zu entscheiden. Entsprechend der vom Landesvorstand am 22.11.2010 beschlossenen Richtlinie für diesen Mitgliederentscheid wurden die Wahlunterlagen am 11.02.2011 an alle 19.171 Mitglieder versandt, die am 14.01.2011 Mitglied der Partei waren. An der Stimmauszählung haben alle Wahlbriefe teilgenommen, die bis zum 26.02.2011, 9.30 Uhr, im Postfach des SPD-Landesverbandes bei der Deutschen Post in Kiel eingegangen sind. Die Auszählung hat in der SPD-Landesgeschäftsstelle in Kiel unter notarieller Aufsicht stattgefunden. Fast 70 % Wahlbeteiligung übertraf alle Erwartungen. Dies ist die höchste Wahlbeteiligung bei einem Mitgliederentscheid der deutschen Parteien in den vergangenen Jahren. Der Landesvorstand stellte fest, dass mit 13.281 abgegebenen gültigen Stimmen das Quorum für die Wirksamkeit des Mitgliederentscheids (25 %) erreicht worden ist. Der Landesvorstand stellte fest, dass Torsten Albig mit 7.398 Stimmen (57,22 %) mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat. Der Landesvorstand schlug entsprechend der Richtlinie vom 22.11.2010 der Landeswahlversammlung vor, Torsten Albig auf Platz 1 der Landesliste für die kommende Landtagswahl zu wählen.



Brigitte Fronzek erhielt 1.174 Stimmen (9,09 %), Ralf Stegner bekam 4.154 Stimmen (32,15 %) und für Mathias Stein stimmten 165 (1,28 %) der Wähler.

Die Liste zur Bundestagswahl

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Bettina Hagedorn
Franz Thönnies
Gabriele Hiller-Ohm
Sönke Rix
Dr. Hans-Peter Bartels
Gesa Tralau
Jörn Thießen
Dr. Birgit Malecha-Nissen
Dr. Wolfgang Wodarg
Hanno Fecke

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern

SPD

Rechenschaftsbericht

für den Zeitraum zwischen den ordentlichen SPD-Landesparteitagen 2009 in Salem und 2011 in Göhren-Lebbin

Inhaltsübersicht

A Die Arbeit des SPD-Landesvorstands

- A 1 Terminübersicht
- A 2 Beschlüsse, chronologisch
- A 3 Teilnahmeübersicht

B Ständige Arbeitsgruppen des Landesvorstands

- B 1 Arbeitsgruppe Mitgliederentwicklung
- B 2 Europaforum 1
- B 3 Arbeitsgruppe der Schwusos

C Landesarbeitsgemeinschaften

- C 1 Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, AfA
- C 2 Arbeitsgemeinschaft für Bildung, AfB
- C 3 Arbeitsgemeinschaft der Senioren, AG 60plus
- C 4 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, ASF
- C 5 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, ASJ
- C 6 Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, Jusos
- C 7 Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen, AGS
- C 8 Arbeitsgemeinschaft Gesundheit, ASG

D Veranstaltungen und Informationsaustausch

- D 1 20 Jahre Neugründung der SPD in Mecklenburg-Vorpommern
- D 2 Diskussionsveranstaltung mit Sigmar Gabriel und Andrea Nahles
- D 3 Bürgerforen
- D 4 Sommertour des Landesvorsitzenden
- D 5 Anti-Atomkraft-Aktionen
- D 6 außerordentlicher Landesparteitag
- D 7 Regionalkonferenzen
- D 8 Zukunftswerkstatt Pflege

E Organisationspolitischer Bericht

- E 1 Entwicklung der Gliederungen
- E 2 Mitgliederentwicklung
- E 3 Geschäftsstellen und Personal
- E 4 Innerparteiliche Bildungsarbeit
- E 5 Mitarbeitersitzungen mit Wahlkreismitarbeitern
- E 6 Publikationen

F Wahlen

- F 1 Direktwahlen zu Landräten und Oberbürgermeistern
- F 2 Bundestagswahlen
- F 3 Kommunalwahlen
- F 4 Europawahlen

G Vermögensbericht

- G 1 Finanzbericht
- G 2 Bericht der Kontrollkommission

H Bericht der Schiedskommission

A Die Arbeit des SPD-Landesvorstands

A 1 Terminübersicht

Nachstehend folgt eine Übersicht zu allen Sitzungen des Landesvorstands und eine Kurzdokumentation aller gefassten Beschlüsse. Darüber hinaus fanden Sitzungen des Geschäftsführenden Landesvorstands und des Parteirats statt.

A 2 Beschlüsse, chronologisch

Die Beschlüsse des Landesvorstands in chronologischer Reihenfolge:

15.05.2009 Landesvorstand

Die beschlossenen Anträge vom Landesparteitag wurden einzeln durchgegangen und entschieden, welche zum außerordentlichen oder zum ordentlichen Bundesparteitag eingereicht werden sollten.

10.06.2009 Landesvorstand / Landesparteirat

Der Juso-Antrag *Nein zur Schuldenbremse – auch im Bundesrat! – Mecklenburg-Vorpommern soll dieser Gesetzinitiative nicht zustimmen* wurde beschlossen.

29.09.2009 Landesvorstand / Landesparteirat
Manuela Schwesig wurde für den Parteivorstand nominiert.

Es wurde beschlossen, dass die Kosten über die möglichen Markenrechtsstreitigkeiten mit Endstation Rechts vom SPD-Landesverband M-V getragen werden.
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister wurde als Delegierter zum SPE Kongress gewählt.
Als Vertreter für die Arbeitsgruppe Reform der SPD-Kreisverbände wurden neben Iris Hoffmann und Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister für den Landesvorstand, Thomas Beyer und Heinz Müller für den Landesparteirat gewählt.

Folgende Fachausschüsse im SPD-Landesverband M-V wurden beschlossen:

- Fachausschuss Umwelt
Vorsitz: Dr. Gottfried Timm
- Fachausschuss Schwusos
Vorsitz: Marcus Kreft

Folgende Projektgruppen im SPD-Landesverband M-V wurden beschlossen:

- Mitgliederentwicklung
Vorsitz: Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider
- Gewerkschaftsrat
Vorsitz: Volker Schlotmann gemeinsam mit Thomas Schwarz
- Europaforum M-V
Vorsitz: Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

27./28.11.2009 Landesvorstand / Landesparteirat / Fraktionsmitglieder / OV-Vorsitzende
Der Zeitplan zur Erarbeitung des Regierungsplans wurde beschlossen.

Folgendes Papier wurde beschlossen

Papier Klausurtagung Stavenhagen: Die SPD hat bei der Bundestagswahl 2009 ihre schwerste Wahlniederlage in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erlitten. Auf ihrer Klausur in

Terminübersicht

15.05.2009	Landesvorstand	Waren
10.06.2009	Landesvorstand / Landesparteirat	Güstrow
10.07.2009	Landesvorstand / Landesparteirat	Güstrow
29.09.2009	Landesvorstand / Landesparteirat	Güstrow
23.10.2009	Landesvorstand	Güstrow
06.11.2009	Landesparteirat / Landesvorstand	Güstrow
27./28.11.2009	Klausur Landesvorstand / Landesparteirat	Stavenhagen
05.02.2010	Landesvorstand / Landesparteirat	Telefonschaltkonferenz
27.02.2010	Landesvorstand / Landesparteirat	Schwerin
26.03.2010	Landesvorstand	Güstrow
30.04.2010	Landesvorstand / Landesparteirat	Güstrow
11.06.2010	Landesvorstand / Landesparteirat	Güstrow
29.10.2010	Landesvorstand	Güstrow
26./27.11.2010	Klausur Landesvorstand / Landesparteirat	Rostock
07.01.2011	Landesvorstand / Landesparteirat	Güstrow
04.02.2011	Landesvorstand / Landesparteirat	Güstrow

Stavenhagen haben sich der Landesvorstand, der Landesparteirat und die Landtagsfraktion mit Konsequenzen aus dem Wahlergebnis befasst.

1. Nach dieser schweren Wahniederlage dürfen wir nicht weitermachen wie bisher. Wir brauchen eine Erneuerung der Partei: eine Öffnung nach innen mit dem Ziel von mehr innerparteilicher Demokratie und eine Öffnung nach außen hin zu den Menschen in unserem Land. Wir wollen, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wieder aus voller Überzeugung in der Partei mitarbeiten. Und wir wollen bei den Wählerinnen und Wähler Vertrauen zurückgewinnen. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern sieht im Dresdener Parteitag den Beginn einer solchen Erneuerung. Unsere Partei hat sich in Dresden personell neu aufgestellt. Wir freuen uns, dass unser Landesverband mit Manuela Schwesig hochrangig in der neuen Parteispitze vertreten ist. Eine inhaltliche Erneuerung erfordert mehr Zeit. Es geht darum, wirtschaftliche und soziale Kompetenz zurückzugewinnen und diese mit ökologischer Verantwortung zu verbinden. Diese 3 Punkte gehören für uns zusammen. Schließlich brauchen wir eine organisatorische Erneuerung. Wir werden die Menschen in Deutschland mit unseren Antworten nur überzeugen können, wenn sie spüren, dass wir ihre Lebenslagen, ihre Sorgen und Nöte kennen, dass wir ihre Fragen und Anregungen aufgreifen. Die SPD muss wieder zum Anwalt der kleinen Leute in Deutschland werden. Deshalb muss sie wieder stärker vor Ort präsent sein. Sie muss, wie Sigmar Gabriel formuliert hat, wieder dahin gehen, wo es stinkt. Die Stärke der SPD bestand oft darin, dass sie politische Antworten von unten nach oben entwickelt hat. Da müssen wir wieder hin. Wir benötigen eine stärkere Beteiligung der Basis bei der Entscheidungsfindung. Ist eine Entscheidung getroffen, muss diese dann aber auch von der gesamten Partei geschlossen nach außen vertreten werden. 2. Die SPD hat am 27. September eine Bundestagswahl verloren. Allerdings ist diese Niederlage in Mecklenburg-Vorpommern besonders deutlich ausgefallen. Sie ärgert und schmerzt uns sehr. Das Wahlergebnis zeigt uns, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern besondere Anstrengungen unternehmen müssen. Wir müssen unser inhaltliches Profil schärfen und die Parteiarbeit nach innen wie nach außen beleben. Ein solcher Prozess kann nicht von oben vorgegeben werden. Wir benötigen dabei die Unterstützung aus der Mitte der Partei. Der SPD-Landesvorsitzende wird deshalb in den kommenden Monaten alle Kreisverbände besuchen, um Anregungen aufzunehmen.

3. Die SPD ist seit 1998 stärkste Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern. In dieser Zeit haben wir das Land spürbar voran gebracht. Darauf können wir stolz sein. Und das können wir auch zeigen. Wir werden deshalb eine Bilanz unserer Regierungsjahre hier im Land vorlegen. Wir wollen 2011 wieder stärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern werden und mit Erwin Sellering weiter den Ministerpräsidenten stellen. Dafür brauchen wir ein gutes Regierungsprogramm. Deshalb wollen wir frühzeitig mit den Arbeiten am Regierungsprogramm für die kommende Wahlperiode beginnen. In diesen Programmprozess soll die Basis von Anfang an einbezogen werden. Wir wollen deshalb im April 2010 einen Parteitag abhalten, auf dem wir die Schwerpunkte des Regierungsprogramms beschließen.

Wir schlagen vier Themenschwerpunkte vor:
■ Familie und Kinder
■ Wirtschaft und Arbeitsplätze
■ Bildung
■ Zukunft vor Ort (Wege zu einem modernen Mecklenburg-Vorpommern)

Die Kreisverbände, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften sind aufgerufen, diese Schwerpunkte zu beraten und erste Überlegungen für das neue Programm zu entwickeln. Es geht darum, sozialdemokratische Antworten auf die Zukunftsfragen unseres Landes zu finden. In einer zweiten Phase wollen wir diese Überlegungen zu einem konkreten Programmentwurf weiterentwickeln. Auch dabei wollen wir die Basis von vorn herein einbeziehen. Dies könnte beispielsweise durch Regionalkonferenzen auf der Ebene der neu zu bildenden Kreisverbände oder durch eine Mitgliederbefragung zu einzelnen Punkten geschehen. Außerdem wollen wir thematische Konferenzen zu den einzelnen Themen durchführen, zu denen wir auch Experten von außerhalb der Partei einladen. Das fertige Regierungsprogramm wird dann auf einem Parteitag im Frühjahr 2011 beraten und verabschiedet. 4. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern muss wieder mehr Präsenz vor Ort zeigen. Es reicht nicht aus, in Wahlkampfzeiten um Wählerstimmen zu werben. Die SPD muss raus aus den Hinterzimmern. Wir müssen Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen und für unsere Positionen werben. Die SPD lebt von der Verankerung in ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen und Verbänden ebenso wie ein offener Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Aktive Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bringen sich auch außerhalb von Parlamenten und Parteistrukturen in die Gemeinschaft vor Ort ein. Die SPD muss an

den Treffpunkten der Menschen erkennbar präsent sein – auf den Marktplätzen im Land ebenso wie am Arbeitsplatz, an den Stammtischen und auch im Internet. Wir haben Antworten auf die Fragen, die wirklich wichtig sind. Die AG Mitgliederentwicklung wird die auf der Klausur diskutieren Vorschläge weiterentwickeln und der Basis zur Diskussion und Rückmeldung vorlegen.

Folgendes Papier wurde nach der Diskussion verabschiedet:

1. Es soll in allen Gliederungen vor Ort mehr öffentliche Veranstaltungen geben, zu denen vor allem Menschen von außerhalb der SPD kommen sollen. Zur Unterstützung solcher thematischen Veranstaltungen kommen der Ministerpräsident oder eine Ministerin bzw. ein Minister der SPD, aber auch die fachpolitischen Sprecher der Fraktionen. Zur besseren Organisation soll es einen Ansprechpartner im Willy-Brandt-Haus und in der Fraktion geben.
2. Zentrale Erstellung von thematischen Flugblättern für alle OV. Aufforderung an Gliederungen, Themen für Flugblätter zu benennen.
3. Ausschreibung des OV-Wettbewerbs: *Idee / Aktivität des Jahres*. Die besten Ideen werden zusammengefasst und allen Mitgliedern zugesandt. Es soll eine Siegerprämie geben.
4. Es sollen verstärkt Schulungen angeboten werden, z. B. zur Durchführung von Veranstaltungen und Workshops, aber auch zur Versammlungsleitung, zum Satzungsrecht.
5. Termine für Einladungen sollen künftig in einem Termin-Newsletter alle 14 Tage versandt werden, um so eine Bündelung von Informationen zu erreichen und die Informationsflut bei dem einzelnen Mitglied einzudämmen.
6. Der LV führt zu einzelnen wichtigen politischen Fragen Mitgliederumfragen durch. Diese sollen als begleitete Mitgliederumfragen ausgestaltet sein, d.h. vor der Beantwortung sollen Veranstaltungen stattfinden, begleitete Papiere (Pro – Contra) erstellt oder OV-Befragungen durchgeführt werden.
7. Alle Kreisverbände sollten Jahresempfänge durchführen. Hierbei können verdiente Genossen und Genossen geehrt und der Kontakt zu wichtigen gesellschaftlichen Gruppen hergestellt bzw. gepflegt werden.
8. Die Arbeitsgemeinschaften sollen stärker in den internen Diskussions- und Entscheidungsprozess und in die Arbeit nach außen eingebunden werden.
9. Es soll mehr projektbezogene Arbeit vor Ort geben.
10. Beschluss eines Jahresthemas, das während des gesamten Jahres Gegenstand von Veranstaltungen und anderen Aktivitäten in den Ortsvereinen, Kreisverbänden, vom Landesverband und durch die Landtagsfraktion sein soll. (Allerdings Frage, ob dies in 2010 angezeigt ist oder ob 2010 die Schwerpunkte des Regie-

rungsprogramms in dieser Weise in den Vordergrund gestellt werden sollten.)

11. Streitigkeiten in der SPD: Genossen sollte eine Mediatorenausbildung angeboten werden. Es sollte abgefragt werden, ob es SPD Mitglieder mit einer Mediatorenausbildung gibt.
12. Jeder KV sollte eine Internetseite haben, über die Bürgerinnen und Bürger einsehen können, welcher Ortsverein mit welchen Verantwortlichen arbeitet. Eine direkte Kontaktaufnahme sollte möglich sein. Vorbild kann die Seite des KV Bad Doberan sein.
13. Eine Bilanz der erfolgreichen Regierungsarbeit der SPD MV soll erstellt und den Gliederungen mit Argumentationskarten zur Verfügung gestellt werden.
14. Es soll jedes Jahr einen thematischen Landesparteitag geben.
15. Einmal im Jahr soll ein Jahresmitgliederempfang stattfinden: Alle Mitglieder werden eingeladen. Ablauf: Kurze Einleitung des Landesvorsitzenden mit Diskussionsmöglichkeiten für alle Mitglieder, anschließend stehen die Mitglieder der Fraktion, der Landesregierung und des Landesvorstands den Mitgliedern bei Essen und Getränken für Gespräche zur Verfügung.
16. Die Sprecher der LT-Fraktion werden gebeten, Infoveranstaltungen zu ihren jeweiligen Themenbereichen in der Partei als öffentliche Veranstaltungen anzubieten.
17. Die LT-Fraktion wird aufgefordert, die Projekte der Partei mit eigenen Aktivitäten zu begleiten.
18. Die MdLs werden gebeten, wenn sie selbst in ihrem Wahlkreis nicht an OV-Sitzungen teilnehmen können, ihre Wahlkreisbüro-Mitarbeiter zu entsenden.
19. Die LT-Fraktion wird gebeten, analog der Argumentationskarten zur LT-Wahl, regelmäßig themenspezifische Hintergrundinformationen zu erstellen.
20. Die Gliederungen der SPD werden aufgefordert, Veranstaltungen zum Selbstverständnis der SPD durchzuführen.
21. Die Ortsvereine die Bedarf anmelden, können eine Patenschaft durch ein LV-Mitglied angeboten bekommen.
22. Einrichtung einer Telefon-Hotline bzw. E-Mail-Button mit dem Ziel, dass Mitglieder bzw. Bürger ihre Probleme und Anregungen der SPD mitteilen können. Das Projekt soll ehrenamtlich laufen. Modellprojekt soll im KV DBR durchgeführt werden.

05.02.2010 Landesvorstand / Landesparteirat

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Landesparteitages gemäß der Satzung § 7 (1). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach § 7 (3) genießen auf dem Landesparteitag Antrags- und Rederecht.
2. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn

mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.

3. Der Landesparteitag beschließt eine Geschäfts- und Tagesordnung, wählt ein Parteipräsidentium, die Mitglieder der Zähl- und Mandatsprüfungskommission und der Antragskommission.
4. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
5. Die Redezeit für Diskussionsrednerinnen und -redner beträgt höchstens fünf Minuten.
6. Die Diskussionsrednerinnen und -redner erhalten in der Reihenfolge ihrer schriftlichen Wortmeldung das Wort. Darüber hinaus können Zwischenfragen gestellt werden, sofern sie von der Diskussionsrednerin bzw. dem Diskussionsredner zugelassen wurden.
7. Die Berichterstatte(r)innen und -erstatter sowie Antragstellerinnen und -steller können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Beratungsgegenstände des Landesparteitages sind ausschließlich die Gegenstände der beschlossenen Tagesordnung.
9. Änderungsanträge zu den fristgemäß eingegangenen Anträgen gemäß Satzung § 11 (2) bedürfen der Schriftform und der Unterstützung durch Unterschrift von 10 Delegierten aus fünf Kreisverbänden. Antragsschluss ist Sonnabend, 24. April 2010 um 11.30 Uhr.

10. Initiativanträge sind Anträge zu Beratungsgegenständen, die nicht Gegenstand der beschlossenen Tagesordnung sind. Sie können nur dann beraten werden, wenn 20 Unterschriften aus 5 Kreisverbänden vorliegen. Des weiteren gilt Punkt 9 der Geschäftsordnung.
11. Die Antragskommission gibt zu jedem Antrag eine Beschlussempfehlung. Die Beratungsreihenfolge ist wie folgt festgelegt: Die Antragskommission begründet ihre Beschlussempfehlung. Der Antragsteller erhält das Wort. Die Aussprache wird auf Wunsch eröffnet. Die Beschlussempfehlung der Antragskommission wird zunächst abgestimmt. Wird die Beschlussempfehlung der Antragskommission abgelehnt, kommt der Antrag in der Fassung des Antragstellers zur Abstimmung.
12. Anträge zur Geschäftsordnung werden mündlich gestellt. Bei Antrag auf Ende der Debatte werden die noch auf der Rednerliste stehenden Rednerinnen und Redner nicht mehr berücksichtigt. Bei Antrag auf Schluss der Rednerliste wird diese verlesen und bei der letzten Rednerin oder beim letzten Redner abgeschlossen. Zum Antrag zur Geschäftsordnung kann eine Gegenrede gehalten werden. Die Redezeit bei Geschäftsordnungsdebatten beträgt 3 Minuten.
13. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

Terminübersicht	
20.01.2010	Beschluss zur Einberufung im GF-LV
05.02.2010	Beschluss zur Einberufung im Landesvorstand
27.02.2010	Sondersitzung von LV und LPR zur Verabschiedung des Leitantrages, Wahl der 3 Landesvorstandsmitglieder der Antragskommission
26.03.2010	12:00 Uhr Antragsschluss
31.03.2010	Sitzung der Antragskommission (Osterferien!)
23.04.2010	ggf. Sitzung des Landesvorstands
24.04.2010	Landesparteitag
Vorläufige Tagesordnung des Landesparteitags am 05.02.2010*	
1. Konstituierung	
1.1. Eröffnung	
1.2. Wahl des Präsidium	
1.3. Beschluss über die Geschäftsordnung	
1.4. Beschluss über die Tagesordnung	
1.5. Wahl der Zähl- und Mandatsprüfungskommission	
2. Berichte	
2.1. Rede des Landesvorsitzenden / Einbringung des Leitantrages	
2.2. Aussprache	
3. Bericht der Zähl- und Mandatsprüfungskommission	
4. Antragsberatung	
4.1. Antragsberatung und Abstimmung zum Leitantrag	
4.2. Antragsberatung und Abstimmung der Satzungsanträge	
4.3. Beratung weiterer Anträge	
5. Schlusswort des Landesvorsitzenden	
*Die Tagesordnung beinhaltet das vom Parteitag abzuarbeitende Programm, nicht den Ablauf.	

14. Die Geschäftsordnung wird mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten beschlossen und kann mit 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten verändert werden.

27.02.2010 Landesvorstand / Landesparteirat
Der Leitantrag zum Regierungsprogramm wurde beschlossen.

26.03.2010 Landesvorstand
Die Tagesordnung für die Landtagswahlkreis-konferenzen wurde beschlossen. Michael Stieber wurde in die Antragskommission als Vertreter vom Landesvorstand gewählt. Der Haushaltsplan 2010 wurde einstimmig beschlossen.

11.06.2010 Landesvorstand
Die Kreisverbände der SPD Mecklenburg-Vorpommern können auf ihren Antrag in den durch das Kreisgebietsreformgesetz vom 07.07.2010 festgelegten Grenzen zu neuen Kreisverbänden zusammengeschlossen werden. Wird der Antrag nicht von allen Gliederungen der neu gebildeten Kreise gestellt, werden Landesvorstand und Parteirat den Prozess moderierend begleiten, um unvollständige Zwischenlösungen zu vermeiden.
Die durch Zusammenschluss neu entstandenen Kreisverbände behalten vorläufig alle sich aus der Satzung des SPD-Landesverbandes M-V ergebenden Rechte und Pflichten der zusammengeschlossenen bisherigen Kreisverbände. Dem nächsten ordentlichen Parteitag wird folgende Satzungsänderung als Übergangslösung empfohlen: Kreisverbände, die durch Beschluss des Landesvorstands aus bisherigen Kreisverbänden bzw. Teilen von bisherigen Kreisver-

bänden neu gebildet wurden, werden Rechtsnachfolger der bisherigen Kreisverbände. Ihnen stehen innerhalb des Landesverbandes die Rechte und Pflichten zu, wie sie den bisherigen Kreisverbänden zustanden. Der Delegiertenschlüssel zum Landesparteitag wird gemäß der dann bestehenden Kreisverbände berechnet. Die endgültige Festlegung der auf die neuen Strukturen abgestimmten Satzungsregelungen soll nach ausführlicher Beratung in den Gliederungen durch einen Satzungsparteitag Anfang 2012 erfolgen.

29.10.2010 Landesvorstand / Landesparteirat
Die Einberufung zum Landesparteitag 2011 und zur LandesvertreterInnenversammlung 2011 wurde beschlossen.
Die Satzung des SPD-Landesverbandes M-V bedarf einer Ergänzung, um die Rechte der alten Kreisverbände auch nach dem Zusammenschluss für eine Übergangszeit zu gewährleisten.
§23 (4) „Kreisverbände, die in der Zeit von 2008 bis zum 30.07.2012 nach einem Beschluss des Landesvorstands aus bisherigen Kreisverbänden gebildet wurden, werden Rechtsnachfolger der bisherigen Kreisverbände. Ihnen stehen innerhalb der Parteiorganisation Rechte in dem Maße zu, wie sie den bisherigen Kreisverbänden vor dem Zusammenschluss insgesamt zustanden.“

26./27.11.2010 Landesvorstand / Landesparteirat
Das Regierungsprogramm wurde in erster Lesung beraten.

07.01.2011 Landesvorstand / Landesparteirat
Das Regierungsprogramm wurde in zweiter

Lesung beraten und verabschiedet.

A3 Teilnahmeübersicht

Bei dieser Übersicht ist zu beachten, dass dem beschlossenen Terminkalender berufliche Verpflichtungen Einzelner gegenüber standen, so z.B. der Terminkalender des Deutschen Bundestages.
Stephan Bliemel trat im Februar 2010 aus dem Landesvorstand aus.

B Ständige Arbeitsgruppen des Landesvorstands

B 1 Arbeitsgruppe Mitgliederentwicklung
Leitung: Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider
Die Beteiligung an den Sitzungen lag zwischen fünf und fünfzehn Personen, so dass eine kontinuierliche Arbeitsfähigkeit der AG gesichert war. Die Entscheidung die Regionalgeschäftsführer in die Arbeit mit einzubeziehen, hat sich als fruchtbar erwiesen. Die Möglichkeit, dass Kreisverbände je ein Mitglied in die Arbeitsgruppe entsenden können, wurde noch nicht von allen Kreisverbänden genutzt. Durch die Arbeitsgruppe wurden eine Reihe von Schulungsmaßnahmen sowie die Neumitgliederbetreuung angeschoben. Zudem wurden Vorschläge zum verbesserten Eintritts- und Austrittsmanagement erarbeitet. Die Arbeitsgemeinschaft hat ein Treffen der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften angeregt und durch geführt.
Nach der verlorenen Bundestagswahl hat die AG Mitgliederentwicklung Anregungen zur Verbesserung der Basisarbeit in der SPD Mecklenburg-Vorpommern gesammelt, auf einer Klausur-

tagung den Vorsitzenden der Ortsvereine und Kreisverbände sowie den Mitgliedern des Landesvorstands vorgestellt. Die Ergebnisse wurden auf einer weiteren Sitzung der Arbeitsgruppe in praktische Schritte aufgeteilt und Aufgaben wurden vergeben.

B 2 Europaforum

Leitung: Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister
Das Europaforum wurde 2009 in Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Es verfolgt das Ziel die Europapolitik für die SPD Mecklenburg-Vorpommern zu koordinieren. Das Europaforum hat mehrere Veranstaltungen durchgeführt u.a. mit dem Europaabgeordneten Knut Fleckenstein.

B 3 Arbeitskreis Lesben und Schwule in der SPD MV (Schwusos)

1. Arbeit des Arbeitskreises
Der Vorstand der Schwusos besteht aus aktuell 5 Mitgliedern. Der Arbeitskreis tagte im Jahr 2010 insgesamt 7 Mal, wechselweise in Schwerin und Rostock. Zum Arbeitskreis gehören aktuell 38 Mitglieder von denen ca. 10 Mitglieder im Raum Westmecklenburg und Rostock aktiv sind. Die Bereiche NVP und OVP können vom Arbeitskreis derzeit nicht aktiv abgedeckt werden, da die Mitglieder zu weit voneinander entfernt sind.
Inhaltliche Schwerpunkte waren das aktuellpolitische Tagesgeschehen, Vorbereitung der Bundeskoordinierungstreffens der Schwusos, des Arbeitsprogramms, dass jährlich zur Vollversammlung beraten und beschlossen wurde, sowie die Vorbereitung der öffentlichen Veranstaltungen, von denen mindestens zwei pro Jahr durchgeführt wurden.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Fester Bestandteil unserer Öffentlichkeitsarbeit sind die Großveranstaltungen zum CSD, von denen in Mecklenburg-Vorpommern seit zwei Jahren jeweils eine Veranstaltung in Schwerin und eine Veranstaltung in Rostock durchgeführt werden. Die SPD ist dort jeweils mit einem Infostand und einem Wagen vertreten. Ziel ist es, auf diesen Veranstaltungen Menschen zu erreichen, die zu reinen politischen Veranstaltungen nicht zu bewegen sind. Ein großer Erfolg ist, dass wir auf diesen Veranstaltungen mit Silvia Bretschneider und Manuela Schwesig jeweils die Schirmherrschaft stellen können. Im Jahr 2009 fand neben den beiden Großveranstaltungen auch eine politische Informationsveranstaltung zum Thema *Blutspende- verbot für bi- und homosexuelle Männer* in Rostock statt.
Auch parteiintern warb der Arbeitskreis für seine Arbeit. Insbesondere in der Region Westmecklenburgs arbeiten die Mitglieder des Arbeitskreises aktiv in den Gliederungen der Partei mit. Im Jahr 2010 veröffentlichte der Landesvorsit-

zende der Schwusos zudem einen Artikel in der *vorwärts*.
3. Zusammenarbeit mit Vereinen, Organisationen und Parteigliederungen
Die Zusammenarbeit der Schwusos mit den Jusos konnte auch in den letzten zwei Jahren erfolgreich weitergeführt werden. Die Jusos haben insbesondere die Öffentlichkeitsveranstaltungen personell deutlich unterstützt und die SPD-Aktion *Ergänzung des Art. 3 des Grundgesetzes* aktiv begleitet. In den Anträgen der Jusos werden gleichstellungspolitische Themen, auch im Bezug auf die Antidiskriminierungen aufgrund der sexuellen Identität häufig aufgenommen und die Positionen der Schwusos unterstützt.
Der Arbeitskreis hält Kontakt zu Vereinen und Gliederungen innerhalb der Polizeigewerkschaft und will diesen in Zukunft noch weiter ausbauen. Elementarer Teil der Arbeit der Schwusos wird neben der politisch-inhaltlichen Arbeit auch die Erreichung der Zielgruppen zu Gunsten unserer Partei sein.
Auf Bundesebene steuerten die Schwusos MV diverse Anträge bei um die Arbeit des Bundesvorstands zu stärken und das Thema Gleichstellung und Abbau von Diskriminierungen weiter voranzutreiben. Die Schwusos des Landesverbandes arbeiten auf Bundesebene in dem einzelnen Kommissionen des Bundesvorstands mit.

4. Themen der Schwusos MV in 2009 / 2010
Der Vorstand und Arbeitskreis arbeiteten neben der Öffentlichkeitsarbeit an der inhaltlichen Auseinandersetzung zu folgenden Themen:
■ Diskriminierung und Gewalt an bi- oder homosexuellen Jugendlichen
■ Blutspendeverbot für bi- und homosexuellen Männern
■ Erweiterung des Art. 3 des GG um die sexuelle Identität
■ Kinder in Pflegschaft / Adoption in Regenbogenfamilien

C Landesarbeitsgemeinschaften

C 1 Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Die AfA ist ein wichtiger Bestandteil der SPD. Dies sagte Sigmar Gabriel anlässlich des Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im April in Potsdam. Die AfA brachte sich ein bei den Themen der sozialen Gerechtigkeit, bei der Stärkung der Gewerkschaften, der Mitbestimmung und den Arbeitnehmerrechten. Diese Positionen müssen innerhalb der SPD weiter gestärkt werden. Ohne die Orientierung auf die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird es eine starke SPD nicht geben.
Die Mitgliederzahlen in der AfA Mecklenburg-Vorpommern sind konstant. 2010 wurde in

Schwerin ein weiterer AfA-Kreisverband gegründet.
Am 27.02.10 wurde ein neuer AfA-Landesvorstand gewählt. Als Landesvorsitzender wurde Uwe Michaelis bestätigt. Dem neuen Landesvorstand gehören weiterhin an:
■ Bettina Keine
■ Elke Watzema
■ Christoph Gagzow
■ Günther Pastow
■ Johannes Blanken
■ Wolfgang Tautz
■ Guido Fröschke
Elke Watzema vertritt weiterhin Mecklenburg-Vorpommern im AfA-Bundesvorstand. Es fanden regelmäßige Vorstandssitzungen statt. Die Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion und dem Landesvorstand ist auf einem guten Weg, muss aber in Zukunft weiter intensiviert werden.

Es fanden folgende Veranstaltungen statt:
■ Veranstaltung mit Dirk Manzewski in Vorbereitung der Bundestagswahlen 2009
■ Veranstaltung mit Peter Scherrer, Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes
■ Veranstaltungen zum Thema Rente mit 67, Leiharbeit
■ Regionalkonferenz Nord

Anträge auf dem letzten Landesparteitag:
■ Begrenzung der Leiharbeit
■ Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes
■ Änderung der Zumutbarkeitsregeln im SGB II
Erhöhung der außerbetrieblichen Ausbildungsvergütung
Die Regionalkonferenz wurde erstmalig in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Weitere Teilnehmer kamen aus Berlin, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein. Thema der Veranstaltung war *Gute und zukunfts-sichere Arbeit im Norden*.
Als Gäste konnten wir Sonja Steffen (MdB), Ingo Schlüter (DGB), Jochen Schulte (MdL), Peter Scherrer (Europ. Metallgewerkschaftsbund), Johannes Blanken (IG Metall) und Martin Lindenberg (Betriebsratsvorsitzender Liebherr/Rostock) begrüßen.
Die Regionalkonferenz Nord konnte nur durch eine zusätzliche finanzielle Unterstützung seitens des Landesverbandes durchgeführt werden. Dafür nochmals vielen Dank. Die AfA steht im regelmäßigen Kontakt mit den DGB-Gewerkschaften. Unser Ziel ist es, die Zusammenarbeit zu verbessern und weiter auszubauen.

C 2 Arbeitsgemeinschaft für Bildung, AfB
1. Allgemeine Entwicklung
Die AfB hat sich seit ihrer Neuorganisation 2007 gut entwickelt. Auf unseren Mitgliederlisten

Delegiertenschlüssel	
Kreisverband	Anzahl Delegierte
Bad Doberan	5
Demmin	2
Greifswald / OVP	8
Güstrow	4
Ludwigslust	7
Mecklenburg-Strelitz	3
Müritz	4
Neubrandenburg	2
Nordvorpommern	4
Nordwestmecklenburg	6
Parchim	5
Rostock	11
Rügen	2
Schwerin	8
Stralsund	3
Uecker-Randow	3
Wismar	3
Landesvorstand	16
Gesamt Delegierte	96

Teilnahmeübersicht (zu Punkt A3)																
	15.05.2009	10.06.2009	31.07.2009	29.09.2009	23.10.2009	06.11.2009	27./28.09.2009	05.02.2010	27.02.2010	26.03.2010	30.04.2010	11.06.2010	29.10.2009	26./27.11.2009	Januar 2011	Gesamt
Bliemel, Stephan	X	X	X	X	E	E	X	T	E	-	-	-	-	-	-	
Borchert, Rudolf	X	X	X	X	X	E	X	E	X	E	E	X	X	X	X	
Christiansen, Rolf	X	E	X	X	E	E	X	I	X	E	E	X	X	E	X	
Feike, Katharina	E	E	E	X	X	X	X	E	X	X	X	E	X	X	X	
Hoffmann, Iris	E	E	E	E	X	X	E	F	E	X	E	X	E	X	E	
Kerth, Stefan	E	E	X	E	E	X	X	O	X	X	X	E	X	E	X	
Konrad, Dorothea	E	E	E	E	E	E	X	N	X	E	E	E	E	E	X	
Dr. Lehmann-Wandschneider, Ulrike	E	X	X	E	X	E	X	S	X	X	X	X	X	X	X	
Lenz, Thomas	E	E	X	X	E	E	X	C	X	E	X	X	E	X	X	
Schwesig, Manuela	X	E	X	X	X	E	X	H	X	X	E	E	X	X	E	
Dr. Seemann, Margret	X	E	X	X	E	X	X	A	X	E	X	X	X	-	E	
Sellerling, Erwin	X	X	X	X	X	X	X	L	X	X	X	X	X	X	X	
Stieber, Michael	X	X	X	X	X	X	X	T	X	X	X	X	X	X	-	
Weiss, Kerstin	X	X	X	X	E	E	X	U	X	X	X	X	X	X	-	
Prof. Dr. Wiegand-Hoffmeister, Bodo	X	X	X	X	X	X	X	N	X	X	X	X	X	X	E	
Wippermann, Susann	X	X	X	X	X	X	X	G	X	X	E	X	X	-	X	

finden sich derzeit etwa 100 Mitglieder. Der weitaus größte Teil der Mitglieder sind Sozialdemokraten, doch sind wir auch offen für Mitglieder mit sozialen und demokratischen Grundhaltungen, die aber bei Wahlen kein Stimmrecht haben. Ich denke, diese Öffnung hatsichbewährt, sie verhindert Schwellenängste, auch wenn es manchmal wohl so ist, dass Informationen über den großen Verteiler auch an andere Parteien gelangen. Aber wir haben da ja auch nichts zu verbergen.

Bei der Mitgliederversammlung und den damit verbundenen Wahlen im Herbst 2009 sind die anwesenden Vorstandsmitglieder praktisch einstimmig wiedergewählt worden. Wir haben vor allem aus arbeitstechnischen Gründen den Vorstand etwas erweitert.

2. Vorstand der AfB

Der Vorstand der AfB hat sich im Berichtszeitraum regelmäßig an zentraler Stelle im Haus der Kirche in Güstrow getroffen und inhaltliche und organisatorische Fragen diskutiert. Interesse und Beteiligung im Vorstand sind meist gut, wenn gleich berufliche und persönliche Verpflichtungen und lange Anreisen nicht jedem Mitglied immer die Anreise ermöglichen. Ich bin dankbar für die Möglichkeit der Arbeitsteilung, denn ich kann nicht jeden Termin in Berlin, Rostock oder Schwerin selbst wahrnehmen.

3. Arbeitsgruppen

Wir sind nach wie vor in 5 Arbeitsgruppen organisiert: AG 1 Grundfragen und lebenslanges Lernen, AG 2 Elementarbereich/Early Education, AG 3 Schule insbesondere Sekundarbereich, AG 4 Querschnittsaufgabe berufliche Bildung, AG 5 Hochschulbildung. Besonders aktiv waren die AG 3, die den Entwurf eines neuen Schulgesetzes begleitet hat und zahlreiche Änderungsanregungen bewegen konnte, die AG 2, die das KiFöG mit diskutiert hat (welches für uns nicht nur eine soziale, sondern auch eine bildungspolitische Komponente hat) und die AG 5, die in vielen Sitzungen und Terminen das Landeshochschulgesetz und jetzt auch das Lehrerbildungsgesetz mit bewegt. Die AG 1 und die AG 4 haben sich bisher eher unregelmäßig in kleineren Gruppen getroffen, es fehlt insofern an aktuellen gesetzlichen Vorhaben, die dann eine thematische Eigendynamik entwickeln würden.

4. Interne Kommunikation

Da sich das Yahoo Forum doch für einige als eine gewisse Hürde dargestellt hat, habe ich mich hinsichtlich der internen Kommunikation für ein gestuftes System entschieden. Alle Mitglieder erhalten regelmäßig Mitgliederrundbriefe, außerdem leite ich interessante Infos an alle weiter. Vorstandsinfos und AG Infos gehen über jeweils kleine Verteiler an die Betroffenen, hier

überlegen wir, inwiefern wir das öffnen können und sollten.

5. Zusammenarbeit mit der Fraktion und der Partei

Die Zusammenarbeit mit der Fraktion und der Partei hat sich sehr positiv entwickelt. Der Vorsitzende hatte durch seine Funktion als beratendes Mitglied die Möglichkeit, auch auf Landesebene (MP, Fraktionschef, Fraktion, Landesvorstand) die Position der AfB darzustellen, und wir haben auch den Eindruck, dass unsere Vorschläge ein gewisses Gewicht haben. Besonders hervorzuheben ist die inzwischen als exzellent zu bezeichnende Zusammenarbeit mit dem Abgeordneten Brodkorb. Das wechselseitige Vertrauen ist inzwischen so, dass wir bei den Gesetzesentwürfen frühzeitig beteiligt werden und uns mit kompetenten AfB Mitgliedern in kleinen Arbeitsgruppen in Rostock, Güstrow, Schwerin oder auch im Haus der Vorsitzenden treffen und über inhaltlich gute und intensive Diskussionen auch viele Verbesserungsvorschläge einbringen konnten, die vom Abgeordneten Brodkorb auch im Rahmen der Möglichkeiten einer Koalition gut transportiert worden sind.

6. Bundesebene

Auch national sind wir wieder präsent und versuchen bei den Sitzungen der Bundes-AFB vertreten zu sein. Natürlich ist uns klar, dass die 1 Stimme aus MV keine Wahlen entscheiden kann, und manchmal sind die Termine nicht wirklich einzuhalten, denn wir sind ja alle keine Berufspolitiker. Doch wir können uns inhaltlich zu Wort melden und tun dies bei gegebenem Anlass auch.

7. Öffentlichkeitsarbeit

Wir haben inzwischen eine Homepage, die wohl auch ganz ordentlich angenommen wird. Wir haben Flyer und einige Plakate drucken lassen. Mit Presseerklärungen haben wir uns angesichts der Koalitionssituation weitgehend zurückgehalten, obwohl uns das BM immer wieder Anlass zu kritischen Stellungnahmen gegeben hat. Wir konnten eine Reihe von gut besuchten Veranstaltungen organisieren bzw. mit planen bzw. daran teilnehmen. Dies betraf zunächst den Bereich der AG Schule (mit über 30 TeilnehmerInnen), dann aber auch den Bereich des KiFöG, auch insofern war die AFB mehrfach auf dem Podium vertreten (bei einer Veranstaltung an der Hochschule Neubrandenburg hatten wir fast 100 TeilnehmerInnen). Besonders gelungen waren auch zwei hochschulpolitische Veranstaltungen, so ein Vortrag vor den Rektoren des Landes zur Hochschulverfassung und zuletzt auch die Veranstaltung zur Uni Bolognese vor einigen Wochen, bei der der Vorsitzende das Panel IV moderieren konnte.

8. Wahlkampf

Schauen wir in die Zukunft, so werfen die nächsten Landtagswahlen bereits ihre Schatten. Wir sind insofern dankbar, dass wir beim neuen Parteiprogramm frühzeitig eingebunden wurden, wir können auch eine gewisse Schwerpunktsetzung im frühkindlichen Bereich mit tragen, wollen aber nicht verschweigen, dass in der nächsten Legislaturperiode auch die Bildungsherausforderungen nicht ohne Geld zu lösen sein werden. Der AfB Vorstand hat in seine letzten Sitzung noch mal ausdrücklich festgestellt, dass die beste Bildung für alle ein zentrales Thema der SPD ist, und wir regen an, dies nicht nur bei den Wahlen, sondern, falls es dazu kommen sollte, auch bei Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen, wir sollten dieses Thema nicht aus der Hand geben.

C 3 Arbeitsgemeinschaft der Senioren, 60 plus

1. Arbeit des Vorstands

Der Vorstand besteht aus 9 Mitgliedern. Die Sitzungen der AG finden auf der Grundlage eines jährlichen Termin- und Arbeitsplanes statt. Im Berichtszeitraum April 2009 – Dezember 2010 tagte der Vorstand elfmal.

Inhaltliche Schwerpunkte waren das aktuellpolitische Tagesgeschehen, Auswertungen von Sitzungen unserer Gremien (Landesvorstand, Bu-Vo/Bu-Ausschuss 60 plus, Parteitage) Der Vorstand erarbeitete u. a. Stellungnahmen / Anträge zu Landes- und Bundesparteitagen / Bundeskongressen 60 plus. Den Richtlinien der AG 60 plus entsprechend, wurden im o. a. Zeitraum 3 Landesausschusssitzungen durchgeführt. Themen der Tagungen waren u.a. Informationen zum Entwurf des *Einrichtungenqualitätsgesetzes, Prävention – Vorbeugen ist besser als heilen*, wie immer als Referent unser MdL Jörg Heydorn, *Sport und Bewegung als Prävention*, Referent Götz-Peter Lohmann MdB a. D. und Mitglied im AWO-Landesvorstand.

Neben unserer laufenden Arbeit haben wir 2009 wieder einen gut vorbereiteten, sehr intensiven Europa- und Bundestagswahlkampf geführt. In insgesamt 28 Wahlkampfeinsätzen quer durch Mecklenburg-Vorpommern haben wir unsere Kandidatin für das Europäische Parlament Sylvia Radtke und unseren Kandidaten für den Deutschen Bundestag Dirk Manzweski unterstützt. 2010 sammelten wir an mehreren Orten Unterschriften gegen die Kopfpauschale und konnten div. Listen an unseren Parteivorstand schicken.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Ein fester Bestandteil unserer Öffentlichkeitsarbeit sind die bundesweiten *Aktionstage der älteren Generatio* bisher am 1. Mittwoch im April, neu am 5. Mai. Die Themen werden im Bundesvorstand beraten und den LAG/KAG als

Empfehlung vorgegeben. Das Thema 2009 *Unser Europa: Sozial, sicher, solidarisch* war gleichzeitig Auftakt für den Europa-Wahlkampf, Thema 2010 *Leben ohne Barrieren – Barrierefreies Leben*.

Erfreulich ist, dass unsere Jusos vor Ort unsere Aktionen durch aktive Teilnahme unterstützen. Die Landesarbeitsgemeinschaft und die Kreisarbeitsgemeinschaften 60 plus in M-V sind die einzigen Arbeitsgemeinschaften, die seit Jahren regelmäßig im April/Mai solche Aktionen nutzen, um sich als SPD in der Öffentlichkeit zu präsentieren wie z.B. in Waren/Müritz, Neustrelitz, Pasewalk, Güstrow-Bützow, Rostock.

3. Zusammenarbeit mit anderen Vereinen / Organisationen

Eine wichtige Form der Zielgruppenarbeit besteht darin, dass zwischen dem Landesseniorenbeirat e.V. M-V und 22 Vereinen, Organisationen, Seniorengruppen der Parteien eine so genannte Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit abgeschlossen wurde. Auf halbjährlichen Beratungen an denen auch die AG 60 plus teilnimmt, werden seniorenrelevante Themen beraten und ggf. Beschlussempfehlungen erarbeitet sowie Erfahrungen in der Seniorenarbeit ausgetauscht. Darüber hinaus sind die Mitglieder der LAG und KAG 60 plus in Kreistagen, in kommunalen Seniorenbeiräten, in der AWO oder in Kirchen ehrenamtlich tätig. Die Vorsitzende der LAG 60 plus war wieder im Organisationskomitees zur Vorbereitung des 6. Altenparlamentes M-V im Juni 2009. Delegierte des 6. Altenparlamentes waren Erika Drecoll und Rosemarie Thiele. In Vorbereitung des VII. Altenparlamentes 2011 ist unsere Vorsitzende zur Leiterin des Organisationskomitees gewählt. Außerdem leitet sie den Arbeitskreis *Moderne Wohnformen im Alter*, der einen entsprechenden Antrag zum Altenparlament vorlegen soll. Regelmäßig erfolgt auch die Teilnahme an der Herbsttagung des Landesseniorenbeirates, dessen stellv. Vorsitzende Erika Drecoll seit Herbst 2009 ist. Besonders hervorzuheben ist, dass wir zur Anhörung des Sozialausschusses der Landtagsfraktion zum Seniorenmitwirkungsgesetz am 21. April 2010 eingeladen waren. Unsere stellv. Landesvorsitzende Rosemarie Thiele brachte dort unser Votum für das Gesetz ein. Unsere Vorsitzende vertrat in gleicher Angelegenheit den Landesseniorenbeirat. Im Nov. 2010 wurde unsere Vorsitzende in Belgien zur Vizepräsidentin der Europäischen Seniorenorganisation (ESO) gewählt.

4. Konferenzen

Alle 2 Jahre finden den Richtlinien der AG 60 plus entsprechend Landes- und Bundesdelegiertenkonferenzen statt. Die 9. Landesdelegiertenkonferenz fand im Juni 2009 in Ludwigslust statt.

Als Gast referierte Herr Dr. Pieper von der sanofi pasteur mds zum Thema: **Impfen im Alter**. Weitere gern gesehene Gäste waren unser MdL Detlef Müller und Rolf Reil von der Landesgeschäftsstelle.

Neben den wiedergewählten Vorstandsmitgliedern - Vorsitzende Erika Drecoll, Stellvertreterin Rosemarie Thiele, Stellvertreter Dr. Horst Klein, BeisitzerInnen Klaus Köllmer, Klaus Knaak, Marlies Bergmann - wurden neu in den Vorstand gewählt: Irene Raether, Gundolf Bötöfür und Günter Hahn.

Die Bundeskonferenz 2007/9 fand im August in Erfurt statt. Wir waren dort mit 5 Delegierten vertreten. Unsere Landesvorsitzende ist trotz zwei Gegenkandidaten wieder zur Bundesvorsitzenden gewählt.

5. Zusammenarbeit mit unseren Parteigremien

Die stellvertretende Vorsitzende R. Thiele nimmt an den zweimal jährlich stattfindenden Ausschusssitzungen des Bundesvorstands 60 plus teil. Für die Bundesarbeitsgemeinschaft 60 plus ist unsere Vorsitzende in die *Zukunftswerkstatt Familie* des PV unter Leitung von unserer Sozialministerin und stellv. Parteivorsitzenden Manuela Schwesig berufen.

Auf Landesebene ist sie ebenfalls in dieser Arbeitsgruppe und hat sich engagiert in die Arbeit zum Entwurf des Regierungsprogramms 2011 – 2016 eingebracht. An den Landesvorstandssitzungen und am Landesparteitag nimmt die Vorsitzende mit beratender Stimme teil, ebenso nehmen zwei weitere Vertreter der LAG beratend an den Landesparteitagen teil.

Ausblick auf 2011

- Im Febr. 2011 werden wir unseren Arbeitsplan beraten und beschließen.
- Teilnahme am Landesparteitag 11./12. März.
- Im März werden wir auf der Landesausschusssitzung erste Vorabstimmungen zum Landtagswahlkampf beraten.
- Im April/Mai Vorbereitungen zum bundesweiten Tag der Älteren.
- Im Juni Neuwahl des Landesvorstands AG 60 plus.
- Im Aug. Neuwahl des Bundesvorstands der AG 60 plus.

C 4 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, ASF

Ausgangssituation

Ziel der Arbeit des Landesvorstands der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen war, die Frauenpolitik einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung konstruktiv zu begleiten. Dazu hat der Vorstand sich mit entsprechenden Anträgen auf den Parteitag eingebracht. Neben der Formulierung von

inhaltlichen Forderungen ging es darum, sozialdemokratische Frauenpolitik in der Öffentlichkeit, bei Frauenvereinen und -verbänden darzustellen und dafür zu werben. Schwierigkeiten bereiteten dabei einerseits die allgemeine Verdrossenheit gegenüber politischen Parteien und andererseits die eigene Mitglieder-schwäche.

Arbeit des Vorstands

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum regelmäßig getagt, zweimal in Form einer erweiterten Vorstandssitzung mit den Kreisvorsitzenden. Der Landesvorstand erarbeitete in dieser Zeit verschiedene Flyer, Anträge für die Landes- und Bundesparteitage und bereitete Veranstaltungen vor.

Öffentlichkeitsarbeit

Es wurden regelmäßig Pressemitteilungen zu aktuellen Themen herausgegeben. Zudem erschienen regelmäßig Artikel im Vorwärts (04/2009: Frauen machen Politik – Interview mit Heike Polzin, 12/2009-01/2010: Artikel zur Situation Alleinerziehender in MV, 04/2010: Bericht zur ASF-Vollversammlung in Götting, 10/2010: Frauen und Rechtsextremismus).

Im Zuge der Diskussion um die sogenannten Spätabtreibungen im April 2009 hatte der Vorstand eine Resolution verabschiedet, in dem er sich gegen eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes ausgesprochen hat. Diese wurde an die vier mecklenburg-vorpommerschen Bundestagsabgeordneten mit der Bitte gesandt, sich ebenfalls dafür einzusetzen. In diesem Zusammenhang erfolgte auch ein Brief an den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, mit der Bitte, eine gesetzliche Verschärfung der Regelungen so weit wie möglich zu verhindern. Im Rahmen der Kommunalwahl fand das Bildungsprogramm *Damenwahl 2009* in Güstrow und Nordwestmecklenburg statt, an dem sich auch die ASF beteiligte. Im Zuge des Bundestagswahlkampfes 2009 hat der ASF-Landesvorstand die Wahlprüfsteine der Wirtschaftsweiber beantwortet. Die Antwort war auf der Internetseite der Wirtschaftsweiber einzusehen.

Veranstaltungen

Frauen Macht Politik

Im Zuge der Kommunalwahl 2009 nutzte die ASF die Hanse-Schau in Wismar zur Wahlkampfarbeit. Dazu wurde ein neuer Flyer unter der Überschrift *Kommunalpolitik ist Frauenpolitik* entwickelt.

Delegiertenkonferenz in Götting

Unter der Überschrift „Soziale Kommune“ fand am 14. März 2009 die ASF-Delegiertenkonferenz

in Götting statt. Fachlich begleitet wurde das Thema durch ein Referat von Martina Tegtmeier, MdL. Neben der Wahl eines neuen Vorstands wurden verschiedene Anträge beschlossen, zum Kommunal-Kombi, zur kostenlosen Verhütung für Bedürftige, zum Personalübergang im Zuge der Kreisstrukturreform, zur Finanzierung von Frauenhäusern, zur Erhöhung des Frauenanteils bei der Besetzung von Führungspositionen, zum gesetzlichen Mindestlohn, zum Vergabe- und Tariftrübeugesetz und zur Novellierung des Beamtenrechts.

Aktion zur Bundestagswahl

Am 19. September 2009 wurde in einer Straßenaktion Flyer zur Bundestagswahl und Info-Material zur Frauenpolitik der SPD verteilt. Gleichzeitig wurde eine Straßenzeitung mit unterschiedlichen Punkten ausgelegt, u. a. Mindestlohn, Frauen in Führungspositionen und Bildung.

Treffen mit Manuela Schwesig

Am 24. Oktober 2009 fand ein Gespräch mit Manuela Schwesig in Schwerin statt. Ziel war es gemeinsame thematische Schwerpunkte zu finden und die zukünftige Zusammenarbeit abzuklären. Als gemeinsamer Arbeitsschwerpunkt wurde das Thema Alleinerziehende festgelegt. Dazu hatte sich eine AG gebildet (bestehend aus Martina Tegtmeier, Karin Kaspar und Dr. Cathleen Kiefert), die ein gemeinsames Papier entwickelt hat, was im Vorwärts vom Dezember 2009/Januar 2010 veröffentlicht wurde. Zudem wurde festgelegt, in den Regionen jeweils ein Frauenfrühstück zu organisieren.

Vollversammlung in Götting

Unter der Überschrift *Die Situation von Alleinerziehenden in Mecklenburg-Vorpommern* fand am 6. März 2010 die ASF-Vollversammlung in Götting statt. Das Hauptreferat hielt Dr. Katja Kuhnt vom Institut für berufliche Schulung (ibs) in Rostock. Neben verschiedenen Wahl und Nominierungen wurden verschiedene Anträge beschlossen, zum Leitantrag der SPD, zur Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen, zu Frauen in Führungspositionen, zur Unternehmensnachfolge, zur geschlechtergerechten Sprache, zur häuslichen Gewalt, zum Europa-Konvent gegen Menschenhandel, zur Stärkung der Frauenrechte in Afghanistan und zur Situation Alleinerziehender.

Braune Schwestern

Am 10. April 2010 fand unter der Überschrift *Braune Schwestern* eine Konferenz zum Thema *Frauen und Rechtsextremismus* in Leipzig statt. Die ASF war sowohl inhaltlich (durch ein Referat der ASF-Kreisvorsitzenden Schwerin, Astrid Lukas) als auch finanziell an der Veranstaltung beteiligt. Die Veranstaltung war eine Kooperation der Ost-ASF-Verbände.

Frauenbrunch mit Manuela Schwesig

Am 10. Juli 2010 fand in Güstrow ein Frauenbrunch mit Manuela Schwesig statt. Ziel der Veranstaltung war es, mit Frauen aus der Region in und um Güstrow zu verschiedenen frauen- und gleichstellungspolitischen Themen ins Gespräch zu kommen. Die Veranstaltung war ein Kooperationsprojekt mit dem Gleichstellungsforum Güstrow.

20 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung in Deutschland – gestern, heute und morgen

Am 1./2. Oktober fand unter der Überschrift *20 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung in Deutschland – gestern, heute und morgen* ein zweitägiges Seminar in Schwerin statt. Ziel war es, sowohl einen Rückblick auf 20 Jahre Deutsche Einheit und der damit verbundenen Gleichstellungspolitik zu geben als auch gemeinsam über zukünftige Handlungsansätze zu diskutieren. Die Veranstaltung war ein Kooperationsprojekt mit der Friedrich-Ebert-Stiftung MV. Die ASF war federführend an der inhaltlichen Ausgestaltung beteiligt. Auf der Tagesordnung standen u. a. ein Erfahrungsaustausch, der Besuch der Gedenkstätte für die Opfer deutscher Diktaturen in Schwerin, die Studie *Auswirkungen des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung auf die Gleichstellung in M-V und abzuleitenden Optionen für die Landespolitik*, das Thema Pflege, das Thema Frauen in der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie das Thema Frauen in der Arbeitswelt. Die anwesenden Frauen (sowohl Partei- als auch Nicht-Partei-Frauen) bewerteten die Veranstaltung äußerst positiv.

Anträge

Auf dem Landesparteitag in Salem 2009 wurden von der ASF Änderungsanträge zum Leitantrag *Mecklenburg-Vorpommern. Modern und sozial gerecht* eingebracht. Darüber hinaus hat die ASF Anträge zur kostenlose Verhütung für Bedürftige, zum gesetzlichen Mindestlohn, zum Kommunal-Kombi, zum Vergabe- und Tariftrübeugesetz, zum Personalübergang im Zuge der Kreisstrukturreform, zur Finanzierung der Frauenhäuser sowie zur Novellierung des Beamtenrechts eingebracht. Auf dem außerordentlichen Parteitag in Rostock 2010 wurden von der ASF Änderungsanträge zum Leitantrag eingebracht. Zudem hat die ASF Anträge zum Thema Änderung des Strafbuchgesetzes, zur häuslichen Gewalt, zur geschlechtergerechten Sprache, zur Situation von Alleinerziehenden, zur Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen, zu Frauen in Führungspositionen und zur Unternehmensnachfolge eingebracht.

Bundesdelegiertenkonferenz

Die ASF Mecklenburg-Vorpommern war mit zwei Delegierten auf der Bundesdelegiertenkonfe-

renz 2010 in Bonn-Bad Godesberg vertreten. Brigitte Pleß war Mitglied der Antragskommission. Die Anträge konnten inhaltlich eingebracht werden und wurden einstimmig bzw. mehrheitlich beschlossen. Brigitte Pleß wurde erneut in den Bundesvorstand gewählt.

Zusammenarbeit mit der Bundes-ASF

Brigitte Pleß hielt als Mitglied des Bundesvorstands den Kontakt zum Bundesvorstand der ASF. Dr. Cathleen Kiefert nahm viermal im Jahr an den Bundesausschusssitzungen teil. Es werden wichtige bundespolitische und allgemeine frauenpolitische Themen diskutiert. Der Landesverband wird regelmäßig mit umfangreichen Informationssendungen versorgt, wie einschlägige Dokumente, Gesetzesentwürfe, Argumentationshilfen, Presseerklärungen, Presseartikel, Stellungnahmen, Einladungen und Veranstaltungshinweise.

Zusammenarbeit

mit dem Landesfrauenrat M-V e. V.

Im Laufe der letzten Wahlperiode wurde kontinuierlich mit dem Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e. V. zusammengearbeitet. Besonders wichtig waren für beide Seiten die Teilnahme und aktive Mitwirkung an den Delegiertenkonferenzen und Klausurtagungen. Innerhalb dieser Klausur wurden vor allem weiterführende Schritte beraten, die die Frauenarbeit im ganzen Land betreffen.

C 5 Arbeitsgemeinschaft

sozialdemokratischer Juristen, ASJ

Bericht der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratische JuristInnen

Berichtszeitraum April 2009 – Dezember 2010

I.

Die Jahreshauptverhandlung des ASJ-Landesverbandes fand am 15.07.2009 in Schwerin statt. Nach der Aussprache zum Bericht des Landesvorstands wurde der Landesvorstand neu gewählt. Als Beisitzer wurden Hannelore Kohl und Knud Winkelmann bestätigt. Stellvertretende Vorsitzende wurden Jan Schröder und Hartmut Hornickel. Verina Speckin wurde zur Landesvorsitzenden gewählt. Vertreter im Bundesausschuss für die ASJ M-V ist Hartmut Hornickel, seine Stellvertreterin Marion Janke. Hartmut Hornickel wurde auch als Delegierter für den Bundeskongress entsendet.

II. Veranstaltungen

11.05.2009 gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften des Landesverbandes vorbereitet fand eine Diskussionsveranstaltung in Waren an der Müritz im Medizinisch-pflegerischen-Versorgungszentrum der AWO Müritz statt, an dem

auch Manuela Schwesig, Ministerin für Soziales und Gesundheit als Referentin teilnahm. 19.05.2009 wurde in Ribnitz-Damgarten ein sozialdemokratischer Arbeitnehmerstammtisch durchgeführt. Die Vorsitzende referierte hier zu Arbeitnehmerrechten. 08.06.2009 Gemeinsam mit der Juso-Hochschulgruppe fand in Greifswald eine Podiumsdiskussion statt. Zusammen mit Dr. Hans-Jörg Schmutzler, Abteilungsleiter des Justizministeriums M-V, Prof. Dr. Wolfgang Joecks von der Universität Greifswald und Dr. Katja Rodi von Universität Greifswald und Rechtsanwältin Christine Bauer aus Stralsund wurde mit Studierenden und Gästen diskutiert, welche berufliche Zukunft für Juristinnen und Juristen besteht. Zu Gesprächen standen weiter zur Verfügung Hannelore Kohl, Präsidentin des OVG M-V und des Landesverfassungsgerichts, der Direktor des Arbeitsgerichts Stralsund Rainer Rückert, der Senator für Jugend und Soziales, Bildung, Kultur und Öffentliche Ordnung in Greifswald Ulf Dembski, der Rechtsanwalt René Neumeister, der auch Mitglied im Vorstand der Rechtsanwaltskammer M-V ist, die Rechtssekretärin der Gewerkschaft ver.di Sabine Eisenreich-Redecker und Notar Dr. Guido Harder aus Stralsund.

III. Nordostpost

Juni 2009 Ist das Jugendgerichtsgesetz noch zeitgemäß?
Juli 2010 Berufliche Zukunft für Juristinnen und Juristen, Veranstaltungsbericht
Februar 2011 Bürgerrechte – Versammlungsrecht (geplant)

IV.

Am 08. Juli 2009 traf sich der ASJ-Kreisverband Rostock erstmals wieder nach langer Zeit. Im Herbst 2009 wurde als Vorsitzender der Rostocker Rechtsanwalt Sven Zimmermann-Rieck gewählt.

C 6 Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, Jusos

Auch in diesem Berichtszeitraum war die Arbeit der Jusos in der SPD M-V vor allem durch die politische Grundlagenbildung und die inhaltliche sowie aktionistische Arbeit in den Bereichen Wirtschaft und Soziales, Bildung und Rechtsextremismus geprägt. Durch die permanente Fluktuation unter den Mitgliedern der AG war es weiterhin wichtig, dass die interne Verbandsentwicklung fortgesetzt wurde und so Schwerpunkte auf den Bereich der Durchführung landesweiter Seminare für politische Grundlagenbildung und dem Strukturaufbau gelegt wurden. Leider bleibt festzuhalten, dass in einigen Teilen unseres Landes keine Verbesserung der aktiven Juso-Mitgliedsstrukturen zu verzeichnen war. Zwar konnte mittlerweile die Gesamtanzahl der Juso-Mitglieder in M-V auf 607 Mitglieder, da-

von waren 537 SPD-Mitglieder, (Stand: 01.02.2011) erhöht werden und gerade im Bereich der kreisfreien Städte ist das Aktivitätsniveau deutlich gestiegen. Doch sind uns gerade im ländlichen Raum einige Strukturen weggebrochen, die es in diesem Jahr gilt zurückzugewinnen. Festzuhalten bleibt aber, dass die Entwicklung in den kreisfreien Städten uns positiv stimmt. Dies ist insbesondere daran erkennbar, dass die politische Grundlagenbildung und auch die öffentlichen Veranstaltungen in den kreisfreien Städten eigenverantwortlich organisiert wurden. So wurde mit Filmvorführung wie Jud Süß, Diskussionsveranstaltungen über Fußball und Rechtsextremismus oder die Arbeit der NPD in den kommunalen Parlamenten eine breite Bevölkerungsschicht angesprochen. Im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist eine Verbesserung offensichtlich geworden, so waren die Jusos Mecklenburg-Vorpommern insbesondere im Bereich Rechtsextremismus, der Bildungspolitik und Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich sprachfähiger. Diese Sprachfähigkeit ist nicht zuletzt der politischen Grundlagenbildung der letzten Jahre zu verdanken. Eine weitere Professionalisierung der Arbeit ist wünschenswert. So war es den Jusos möglich, mit Anti-Castor-Aktionen landesweit Spotlights zu setzen. Zudem konnte die Präsenz des Landesverbandes bei Aktionen anderer Veranstalter erhöht werden, besonders sticht hier die gute Vorbereitung und Durchführung auf Prora10 heraus. Die Zusammenarbeit mit Endstation Rechts im Bereich Rechtsextremismus bildete einen weiteren Schwerpunkt der aktionistischen Arbeit des Juso-Landesverbandes. So wurden durch den Landesvorstand mehrere Aussteigertouren initiiert und durchgeführt. Durch die umfangreiche Aufklärung über (Rechts-)Extremismus durch *Endstation-Rechts* und *Storch Heinar* bleibt zu konstatieren, dass die Jusos in diesem Bereich ein landesweites Alleinstellungsmerkmal erarbeiten konnten. Die Bildungspolitik stellte sich als inhaltliches Schwerpunktthema heraus. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) und den bildungspolitisch Verantwortlichen in der Fraktion im Bereich der Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes und des Landeshochschulgesetzes stellte sich als wichtiges Element der inhaltlichen Arbeit heraus. Diese Zusammenarbeit wollen wir in den nächsten Jahren ausbauen.

Bernd Woldtman bekleidete im Berichtszeitraum die Funktion des Juso-Landesvorsitzenden, zudem wählten die Jusos in der SPD mit Julian Barlen ihren Kandidaten für die SPD-Landesliste.

C 7 Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen, AGS

Am 21. April 2010 fand die Mitgliederversamm-

lung der Landesarbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern in Rostock statt. Neben inhaltlichen Diskussionen zur weiteren Arbeit der Landes-AGS fanden die turnusmäßigen Wahlen zum Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft statt. Zum Landesvorsitzenden der AGS MV wurde Jochen Schulte gewählt, stellvertretende Vorsitzende wurden Marie-Jeanne Beringer und Detlef Kohrt. Marie-Jeanne Beringer wurde gleichzeitig zur ordentlichen Delegierten für den am 11. und 12. Juni 2010 in Berlin stattfindenden Bundeskonferenz der AGS gewählt. Auf der Bundeskonferenz der AGS gelang es, mit der Unterstützung weiterer norddeutscher Landesarbeitsgemeinschaften Marie-Jeanne Beringer in den Bundesvorstand der AGs als Beisitzerin zu wählen; gleichzeitig wurden Kontakte zu weiteren Landesarbeitsgemeinschaften geknüpft. Im Ergebnis dieser Kontakte kam es in Schwerin zu einem ersten Treffen von Mitgliedern der Berliner AGS mit dem Vorstand der Landes-AGS MV in Schwerin am 12. September 2010. In dem Gespräch wurde übereinstimmend festgehalten, dass die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Landesarbeitsgemeinschaften ausgebaut werden sollte.

Am 8. Oktober 2010 führte die Landes-AGS gemeinsam mit dem SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Erwin Sellering einen Informationsbesuch beim Fraunhofer Anwendungszentrums Großstrukturen in der Produktionstechnik AGP in Rostock durch. Der durch die Presse begleitete Besuch der Landes-AGS in dem Fraunhofer-AGP diente neben der Information über neue, in der Unternehmenspraxis Anwendung findende Forschungsergebnisse auch als Signal seitens der Landes-AGS im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik des Landes, deren Ziel es sein muss, die Innovationskraft der einheimischen Unternehmen zu stärken. Für 2011 plant die Landes-AGS gemeinsam mit dem Landesvorstand der SPD im Februar eine öffentliche Veranstaltung mit dem früheren Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und dem Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden Erwin Sellering über die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Chancen danach für MV. Die Veranstaltung soll in Rostock stattfinden und sich vorrangig an einheimische Unternehmerinnen und Unternehmer als Adressaten richten.

Anfang Februar 2011 werden sich darüber hinaus die Mitglieder der Landes-AGS in Rustow in Vorpommern treffen, um über die Möglichkeiten einer auch öffentlichkeitswirksamen Arbeit gerade im Jahr der Landtagswahlen zu diskutieren. Diesem Zweck, aber auch der besseren Vernetzung und Information der AGS-Mitglieder in MV, soll auch der bereits in 2010 in Angriff genom-

mene neue Internetauftritt der Landes-AGS dienen. Gleichzeitig soll auch der Landesparteitag der SPD und die Diskussion über das Regierungsprogramm der SPD aus Sicht der Landes-AGS auf dieser Veranstaltung vorbereitet werden.

C 8 Arbeitsgemeinschaft Gesundheit, ASG Mai 2008 bis 09. November 2010
Die Arbeitsgemeinschaft hatte Jährlich 3 - 4 Vorstandssitzungen. Ebenso wurden jährlich 3 - 4 gesundheitspolitische Veranstaltungen in Rostock, Greifswald, Wismar, Schwerin und Waren durchgeführt. Als Gäste bzw. Referenten konnten u.a. Staatssekretär Klaus Theo Schröder und Manuela Schwesig gewonnen werden. Die erste gemeinsame Veranstaltung aller Arbeitsgemeinschaften fand unter Federführung der ASG zum Thema Pflege in Waren statt. Die Artikulierung der ASG auf den Landesparteitagen 2009 und 2010, fand Ausdruck z.B. in den *Eckpunkten zur Gesundheitspolitik*.

D Veranstaltungen und Informationsaustausch

D 1 20 Jahre Neugründung der SPD in Mecklenburg-Vorpommern
Am 23. Oktober 2009 fand im Güstrower Bürgerhaus eine Festveranstaltung anlässlich des 20. Jahrestages der Neugründung der Sozialdemokratischen Partei auf im Norden der damaligen DDR satt. Führende Aktivisten der ersten Stunde wie Heidemarie Beyer, Dr. Gottfried Timm, Dr. Harald Ringstorff und Arndt Noack berichteten in einer Podiumsdiskussion über die Zeit der Neugründung der SPD. In einem bewegenden Festvortrag schilderte Prof. Dr. Ingo Richter seine Erlebnisse in der Zeit der Wende.

D 2 Diskussionsveranstaltung mit Sigmar Gabriel und Andrea Nahles
Zu einer Diskussionsveranstaltung mit Sigmar Gabriel und Andrea Nahles waren alle Mitglieder der SPD Mecklenburg-Vorpommerns am 10. Oktober 2009 eingeladen. Nach der verlorenen Bundestagswahl ging es bei dieser gut besuchten Veranstaltung darum zu diskutieren, wie ein Neuanfang für die SPD zu organisieren ist. Sigmar Gabriel und Andrea Nahles stellten sich der z.T. emotional geführten Diskussion.

D 3 Bürgerforen
Im Jahr 2010 führte die SPD mit ihrem Vorsitzenden Erwin Sellering 10 Bürgerforen durch. Die Orte waren Ludwigslust, Bergen, Bad Doberan, Wolgast, Pasewalk, Neustrelitz, Demmin, Parchim, Waren und Ribnitz-Damgarten. Ein Teil der Foren war Bestandteil der Sommertour des Landesvorsitzenden.

D 4 Sommertour des Landesvorsitzenden
Vom 16. bis zum 30. Juli 2010 fand die Sommertour des SPD-Landesvorsitzenden statt. Bei 36 Terminen besuchte Erwin Sellering Firmen, Initiativen, soziale Einrichtungen und führte Bürgerforen durch.

D 5 Anti-Atomkraft-Aktionen
Die SPD Mecklenburg-Vorpommern beteiligte sich an den Protesten gegen eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Am 24.04.2010 fuhrten auch SozialdemokratInnen zur Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel. Am 11. Dezember 2010 hat der Landesvorsitzende Erwin Sellering gemeinsam mit mehr als 100 Sozialdemokraten an der Anti-Cas-tor-Demonstration in Greifswald teilgenommen.

D 6 außerordentlicher Landesparteitag
Ein außerordentlicher Landesparteitag fand am 24. 04.2010 in Rostock statt. Auf Beschluss des Landesvorstands wurde von November 2009 bis zum Februar 2010 Arbeitsgruppen zur Erarbeitung eines Leitantrages eingesetzt. Hier hatten alle Mitglieder die Möglichkeit sich zu beteiligen. Der Leitantrag bildete die Grundlage für die Erarbeitung eines Regierungsprogramms bilden.

D 7 Regionalkonferenzen
Im Oktober und November 2010 fanden vier Regionalkonferenzen zur Erarbeitung des Regierungsprogramms statt. Geladen waren neben den Mitgliedern der SPD auch Vertreter von Vereinen und Kommunalpolitiker. Die Regionalkonferenzen hatten stärker als in der Vergangenheit üblich, einen Arbeitscharakter. So wurden die Kapitel einzeln aufgerufen, noch offene Fragestellungen formuliert und in Arbeitsgruppen einzeln diskutiert. Die Ergebnisse flossen in die Arbeit zum Regierungsprogramm ein.

D 8 Zukunftswerkstatt Pflege
Eine Zukunftswerkstatt zum Thema Pflege fand am 01.11.2010 in Schwerin statt. Unter Leitung von Manuela Schwesig diskutierten Experten und Praktiker wie Pflege in Deutschland künftig besser organisiert werden kann.

E Organisationspolitischer Bericht

E 1 Entwicklung der Gliederungen
Im Berichtszeitraum von 2009 bis 2011 verringerte sich die Zahl der Kreisverbände von 17 auf 13 (Stand 05.01.2011). Hintergrund ist die zum 04.09.2011 in Kraft tretende Kreisgebietsreform. Die Kreisverbände Südvorpommern und Mecklenburgische Seenplatte haben sich bereits zusammen geschlossen. Weitere Fusionen stehen unmittelbar bevor.
Gab 2009 noch 113 Ortsvereine, so sind es heute sind es 107. Die Verringerung liegt vor allem darin begründet, dass die Organisation der Ortsvereine stärker auf der Ebene der Ämter konzentriert wurde. Kleinsten Ortsvereine wurden zu größeren Einheiten zusammengeführt.

E 2 Mitgliederentwicklung
Die SPD Mecklenburg-Vorpommern konnte leider das vergangene Jahr nicht mit einem positiven Mitgliedersaldo abschließen. Gab es Ende 2009 2.830 SPD-Mitglieder, so waren es Ende 2010 noch 2.802 Mitglieder. Gastmitglieder sind nicht mit einbezogen, hier waren es Ende 2009 24 und Ende 2010 20 Gäste unserer Partei. Trotzdem liegen wir immer noch über den Werten aus den Vorjahren 2007 (2.793 Mitglieder)und 2008 (2.794 Mitglieder).
Im Einzelnen standen im Zeitraum von Mai 2009 bis Dezember 2010 273 Eintritten 178 Aus-tritten gegenüber. 28 Mitglieder verstarben.

Eine positive Mitgliederentwicklung hat es im vergangenen Jahr in folgenden Kreisverbänden gegeben: Rostock, Südvorpommern, Neubrandenburg, Parchim, Wismar, Stralsund. Beim Anteil der Frauen muss ein leichter Rückgang bezogen auf den letzten Berichtszeitraum festgestellt werden. 858 Frauen sind Mitglied der SPD Mecklenburg-Vorpommern, dies bedeutet einen Anteil von 30,62 % der Mitgliedschaft. Vor zwei Jahren waren noch 31,82 % der Mitglieder Frauen.
Der Anteil der Mitglieder, die angegeben haben Mitglied der Gewerkschaft Verdi zu sein, liegt bei knapp 11 %. Der Anteil beträgt bei der IG Metall 3,5 % und der GEW 2,2 %.
In der Mitgliedschaft zeigt sich folgendes demographisches Bild: Angaben in Prozent, bezogen auf die Gesamtmitgliedschaft:

Demografisches Bild		
Alter	2010	2009
14-18	0,29	0,28
19-21	1,50	2,01
22-25	5,00	4,42
26-29	5,25	5,34
30-34	5,75	5,41
35-39	4,60	4,59
40-49	15,92	16,89
50-59	24,41	25,16
60-69	20,70	20,88
70-79	13,53	12,08
80-89	2,82	2,72
90-105	0,25	0,18
106-150	0,00	0,04

Das Durchschnittsalter der Mitglieder der SPD M-V liegt wie auch schon im letzten Rechenschaftsbericht bei 53 Jahren. Der Kreisverband Rostock hat dabei mit 47 Jahren erneut das geringste Durchschnittsalter. Der ehemalige Kreisverband Mecklenburg-Strelitz mit 60 Jahren das höchste Durchschnittsalter. Der Ortsverein mit dem geringsten Durchschnittsalter ist wieder der Ortsverein Kröpelinertorvorstadt mit 38 Jahren. Bei den neu eintretenden Mitgliedern waren im Jahr 2010 60 % unter 35 Jahre.

E 3 Geschäftsstellen und Personal
Im SPD-Landesverband bestehen neben der Landesgeschäftsstelle vier Regionalgeschäftsstellen sowie ein mitfinanziertes Büro in Anklam. In der Landesgeschäftsstelle gibt es 4,5 Mitarbeiterstellen. In den Regionalgeschäftsstellen sind 8 Mitarbeiterstellen besetzt. Die Zahl ist im Berichtszeitraum damit stabil geblieben.

E 4 Innerparteiliche Bildungsarbeit
Den größten Erfolg hatten wir mit unserem Neumitgliederwochenende. Daraus folgten dann weitere Seminare zur konkreten Hilfe in der Orts-

vereinsarbeit. Des weiteren haben wir schon sehr frühzeitig hochwertige Seminare zur politischen Kommunikation in Hinblick auf eine frühe Förderung der potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl angeboten. Teilnahme an bundesweiter Kommunalakademie. Der SPD-Landesverband nahm an der bundesweiten Kommunalakademie teil. Dieses hochwertige Bildungsangebot wurde in 2009 und 2010 von jeweils 3 und Genossinnen und Genossen aus Mecklenburg-Vorpommern besucht.

Hier im Überblick unsere Maßnahmen
■ Neumitgliederwochenende
■ Zwei aufeinander aufbauende Seminare zur politischen Kommunikation: *Politisch Kommunizieren - gut ankommen*
■ Finanzworkshops zu Rechenschaftsberichten und Finanzordnung
■ Workshop Aktiv im Ortsverein: *Frische Ideen für die Arbeit vor Ort*
■ Workshop Aktive Pressearbeit
■ Tagesveranstaltung Facebook und Co. Neue Soziale Netzwerke
■ Bereits im Januar 2011 liefen die Ersten Kurse unserer KandidatInnenschulungen für die Landtagswahl an. Diese werden fortgesetzt. Insgesamt hatten wir im Berichtszeitraum ca. 200 Teilnehmer.

E 5 Mitarbeitersitzungen mit WahlkreismitarbeiterInnen
Neben den Mitarbeitersitzungen des Landesverbandes, die einen stetigen politischen wie organisatorischen Informationsaustausch der hauptamtlich Beschäftigten absicherten, wurden auch Konferenzen zusammen mit den WahlkreismitarbeiterInnen der SPD-Abgeordneten im Lande organisiert. Diese stellen eine wichtige Informationsplattform für die Mitarbeiter vor Ort dar. Thematisch konnten aktuelle landes-

politische wie bundespolitische Diskussionen vertiefend geführt werden.

E 6 Publikationen NordOstPost
Die *NorOstPost* ist die regelmäßige Beilage des Landesverbands im *vorwärts*. Die Bundestagsabgeordneten und die Landesarbeitsgemeinschaften erhalten turnusgemäß je eine halbe Seite, um aus ihrer Arbeit zu berichten.

Neumitglieder-Ordner
Der auf Initiative des Landesverbands vor sechs Jahren vom Parteivorstand eingeführte Neumitgliederordner, der jedem Neumitglied mit einer Fülle an Informationen zum Start in die Partei ausgehändigt wird, wird seitens des Parteivorstands nicht mehr weiter aufgelegt. Ein Restbestand wurde beim Landesverband hinterlegt und wurde eigenständig gefüllt und verteilt. Der Parteivorstand lässt jedem Neumitglied eine CD mit Informationen zukommen. Der Landesverband arbeitet dabei für Neumitglieder aus M-V entsprechende Informationen zu.

Horizonte
Seit 2006 wird das Magazin *horizonte*, als Beilage des *vorwärts* an die Mitglieder der SPD M-V versandt. Darüber hinaus gibt es einen kleinen Abonnentenkreis. Das Magazin soll bis auf Weiteres in der beschriebenen Form erhalten bleiben.

www.spd-mv.de
Die Homepage des Landesverbands wurde im Frühjahr 2009 neu gestaltet. Dabei wurden auch spezielle Informationsangebote zur Kommunal- und Europawahl eingestellt. Gleiches wiederholte sich zur Bundestagswahl. In Hinblick auf die Landtags- und Kommunalwahlen 2011 wird die Seite erneut neu gestaltet und überarbeitet werden.

Mitgliederentwicklung (Jahr /Vorjahr) Stichtag: 31.12.2010

Gliederung	Name	Mitgl. 2010	Mitgl. 2009
110010000000	SPD-Kreisverband Rostock	412	407
110020000000	SPD-Kreisverband Südvorpommern	371	367
110030000000	SPD-Kreisverband Schwerin	271	287
110040000000	SPD-Kreisverb. Neubrandenburg	88	86
110050000000	SPD-KV Nordwestmecklenburg	212	218
110060000000	SPD-Kreisverband Ludwigslust	238	239
110070000000	SPD-Kreisverband Müritz	128	128
110080000000	SPD-Kreisverband Parchim	169	166
110100000000	SPD-Kreisverband Demmin	45	46
110110000000	SPD-KV Mecklenburg-Strelitz	119	121
110120000000	SPD-Kreisverband Güstrow	127	137
110140000000	SPD-Kreisverband Wismar	114	107
110150000000	SPD-Kreisverband Bad Doberan	174	186
110160000000	SPD-Kreisverband Nordvorpommern	143	150
110170000000	SPD-Kreisverband Stralsund	108	101
110180000000	SPD-Kreisverband Rügen	83	84
SPD Mecklenburg-Vorpommern gesamt		2.802	2.830

Arbeitsverhältnisse; Stichtag: 31.12.2010

Beschäftigungsverhältnis	Mitglieder	Mitglieder %
Angestellte/r	963	34,37
Arbeiter/in bzw. Facharbeiter/in	142	5,07
Arbeitslos	109	3,89
Arbeitssuchend	4	0,14
Auszubildende/r	45	1,61
Beamter/Beamtin	199	7,10
Hausfrau/-mann	56	2,00
Landwirt/in	2	0,07
Leitende/r Angestellte/r	11	0,39
politische Mandatsträger (hauptberuflich)	11	0,39
Rentner/in bzw. Pensionär/in	434	15,49
Schüler/in bzw. Student/in	377	13,45
Selbständig	266	9,49
Soldat/Wehrdienst- bzw. Zivildienstleistender	22	0,79
Unbekanntes Beschäftigungsverhältnis	161	5,75
Gesamt	2.802	100 %

Web2.0

Es gibt seit Ende 2010 eine Facebook-Seite des Landesverbands. Bei der Neugestaltung der Internetseite soll eine entsprechende Verknüpfung des Facebook-Angebotes mit der Internetseite erfolgen.



Manuela Schwesig, Gottfried Timm und Franz Müntefering 2009 in Schwerin

F Wahlen**F 1 Direktwahlen zu Landräten und Oberbürgermeistern**

Im Jahr 2009 fanden die Wahlen zu den Landräten im Müritzkreis und im Kreis Mecklenburg-Strelitz statt. In beiden Kreisen stellt die CDU erneut die Landräte.

Im Jahr 2010 wurde in der Hansestadt Wismar der Bürgermeister gewählt. Thomas Beyer (SPD) wurde im ersten Wahlgang gewählt. Von den sechs Bewerbern erhielt er bemerkenswerte 63,1 % der Stimmen. Die Ergebnisse im Einzelnen siehe Tabelle unten.

Direktwahlen zu Landräten und Oberbürgermeistern

Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
■ Müritzkreis, 07.06.2009			
Paetsch, Bettina	CDU	16.866	64,7
Michael Löffler	SPD	9.191	35,3
■ Mecklenburg-Strelitz, 07.06.2009			
Heiko Kärger	CDU	13.256	39,5
Arnold Krüger	DIE LINKE	10.816	31,3
Andreas Butzki	SPD	9931	29,2
Stichwahl			
Heiko Kärger	CDU	10.967	50,6
Arnold Krüger	DIE LINKE	10.724	49,4
■ Wismar, 25.04.2010			
Thomas Beyer	SPD	10.890	63,1
Wilfried Boldt	Einzelbewerber	1.928	11,2
Dr. Wolfgang Weiß	DIE LINKE	1.760	10,2
Heike Isbarn	CDU	1.221	7,1
René Domke	FDP	1.164	6,7
Reingard Berger	Grüne	291	1,7

F 2 Bundestagswahl

Die Bundestagswahl 2009 hat die SPD auch in Mecklenburg-Vorpommern verloren. Es ist uns nicht gelungen die Menschen von unserer Politik und unseren Zielen zu überzeugen. Die SPD hat in Mecklenburg-Vorpommern noch zwei Bundestagsabgeordnete.

F 3 Kommunalwahlen

Die Kommunalwahlen fanden am 07. Juni 2009 statt. Der SPD-Landesverband leistete den Kreisverbänden und Ortsvereinen Unterstützung insbesondere bei der Erstellung von Materialien und bei der Suche und Qualifizierung der KandidatInnen.

Mit den Ergebnissen der Kommunalwahl kann der SPD-Landesverband nicht zufrieden sein. Ursachen sind vor allem im negativen Bundestrend und in der noch immer zu geringen Mitgliederzahl der SPD Mecklenburg-Vorpommern zu sehen.

F 4 Europawahlen

Die Europawahl fand zeitgleich mit der Kommunalwahl am 07. Juni 2009 statt. Auch wenn die SPD ihr Ergebnis von vor fünf Jahren leicht verbessern konnte bleibt, das Ergebnis dennoch unbefriedigend. Mit dem Wegfall der SPD-Bundesliste, konnte der SPD-Landesverband mit Sylvia Radtke erstmalig eine Direktkandidatin aufstellen.

G Vermögensbericht**G 1 Finanzbericht****Einnahmeentwicklung**

Das Beitragsaufkommen hat sich im Berichtszeitraum positiv entwickelt. Im Verhältnis zum Jahr 2008 erzielten wir im Jahr 2010 über 10 % mehr an Mitgliedsbeiträgen. Der Beitragsdurch-

schnitt je Mitglied liegt im Berichtszeitraum (Stichtag 31.12.2010) bei 13,43 Euro und damit höher als im letzten Berichtszeitraum. Unserem Ziel, die Summe der Mitgliedsbeiträge zu erhöhen, um unabhängiger von Bundeszuschüssen zu werden, haben wir zwar erfüllt. Allerdings brauchen wir eine deutlich positivere Mitgliederentwicklung, um eine größere Unabhängigkeit von den Bundeszuschüssen der Partei zu erreichen. Zumal und das zeigt sich beim nächsten Punkt, die Einnahmen bei den *Sonderbeiträgen* von 2009 auf 2010 mit über 10.000,- Euro Verlust schmerzhaft gesunken sind. Dies ist dem schlechten Abschneiden bei der Europa- und Bundestagswahl geschuldet.

Die Entwicklung der *Spendeneinnahmen* ist entsprechend der anstehenden Wahlen nicht kontinuierlich. Aber werden die Einnahmen im Bereich Spenden gemittelt, kommen wir auf jeweils 35.000 Euro Spendeneinnahmen in 2009 und 2010.

Die Einnahmen aus *staatlichen Mitteln* sind im Berichtszeitraum zwar wieder gestiegen, aber dennoch weit entfernt von den in den Jahren 2002 bis 2005 geflossenen ca. 330 Euro p.a.. Eine Anhebung der Grenze der Summe der staatlichen Parteienfinanzierung durch den Deutschen Bundestag ist, wenn die Parteien ihre Aufgaben nach Parteiengesetz erfüllen sollen, dringend geboten.

Die *Zuschüsse des Parteivorstands aus der Strukturhilfe* sind deutlich zurückgegangen. Wir müssen mit dem weiteren Sinken der Strukturhilfe rechnen. Wahlkampfbedingte Sonderzuschüsse halten den Gesamttrend nicht auf.

Fazit: Der SPD Landesverband finanziert sich im wesentlichen über drei Säulen: Die Mitglieds- und Mandatsbeiträge, die staatlichen Mittel und die Strukturhilfe des Parteivorstands. Jede dieser Einnahmequellen entwickelte sich in der mittelfristigen Betrachtung negativ. Nur die direkten Einnahmen bei den Mitgliedsbeiträgen bilden hier eine Ausnahme. Uns muss klar sein: Nur durch neue Mitglieder kann letztlich ein zuverlässiger Zuwachs bei den Einnahmen geschaffen werden.

Ausgabenentwicklung

Die *Personalausgaben* sind mit Abstand der größte Ausgabenblock. Aufgrund des Wahlkampfes stiegen im Jahr 2009 die Ausgaben. Ebenso kam es zu moderaten Tarifierhöhungen. Im Jahr 2010 sanken die Ausgaben entsprechend wieder. Die *Verwaltungskosten* sind in den letzten drei Jahren leicht gesunken.

Die Bereiche *Öffentlichkeitsarbeit/innerparteiliche Arbeit* war vor allem 2010 durch die vier Regionalkonferenzen zur Erstellung des Regierungsprogramms etwas erhöht.

Die *Zuschüsse* an Gliederungen haben wir leicht

gesenkt. Dieser Prozess muss bei sinkenden Einnahmen und durch die Fusionen der Kreisverbände zusammengefassten Parteistrukturen unbedingt fortgesetzt werden.

Fazit: Deutliche Ausschläge bei den Gesamtausgaben wie in 2009 sind hauptsächlich den größeren Ausgaben bei Wahlkämpfen geschuldet. Dies war im Jahr 2009 durch Europa und Bundestagswahl der Fall. Klar ist, dass die Anstrengungen für eine eigenständige Finanzierung der Landtagswahl deutlich sichtbar sind. Dieses Primat haben wir erfolgreich umgesetzt. Dies kommt uns im Wahlkampfsjahr 2011 zu Gute.

Vermögensbilanz

Die Entwicklung der Vermögensbilanz hängt wie oben beschrieben von den Wahljahren ab. Wir haben es alle Jahre zwischen den Landtagswahlen verstanden, einen Überschuss zu erwirtschaften, der am Ende des Jahres ca. 2010 830.000 Euro beträgt.

G 2 Bericht der Landeskontrollkommission zum Landesparteitag 2011 in Gören-Lebbin
Folgende Genossinnen und Genossen gehörten in der abgelaufenen Wahlperiode 2009 – 2011 der Landeskontrollkommission an:

Landeskontrollkommission 09 – 11

Jürgen-Leo Leopold	KV HRO
Helga Marianne Buhtz	KV HWI
Christel Ceransky	KV SN
Volker Thiele	KV HGW / OSTVOPOMMERN
Michael Löffler	KV MÜRITZ

Die Landeskontrollkommission trat im Berichtszeitraum zwischen den Landesparteitagen 2009 in Salem und 2011 in Göhren-Lebbin insgesamt zu 7 Sitzungen zusammen. Die letzte Zusammenkunft fand am 02. Februar 2011 in der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Schwerin statt. Die Beratungsprotokolle der Sitzungen wurden dem geschäftsführenden Landesvorstand und der Landesgeschäftsstelle zugeleitet.

Die Einnahmen/Ausgaben – Angaben sind prädikativ als *vorläufig per 31.12.2010/Stand 04.03.2011* zu betrachten.

Für das Jahr 2010 ist ein deutlicher und erfreulicher Zuwachs bei den Mitgliedsbeiträgen zu verzeichnen. Die Landeskontrollkommission hatte bereits in ihren Berichten zu den Parteitag 2007 und 2009 auf die Einhaltung der Satzungsgemäßheit der Beiträge durch die Mitglieder im Landesverband verwiesen. Hervorzuheben ist auch das Beitragsaufkommen der Jusos, das, für sich genommen, im Jahr 2010 ca. 20.000 Euro betrug.

Bei den Zuschüssen der Bundespartei wird der

bereits in den Rechenschaftsberichten 2007 und 2009 vorgetragene Abwärtstrend in der Finanzmittelbeistellung erneut deutlich sichtbar.

Der Geschäftsbetrieb des Juso-Projektes *Endstation Rechts* erzielte im Jahr 2010 durch einen prosperierenden Verkauf von *Storch-Hainar*-Produkten steigende Umsätze. Ein sehr erfreuliches Resultat.

Andererseits liegt der Landesverband dadurch für das Jahr 2010 über der Summe, die eine Kleingewerberegelung zulässt. Für den Landesverband erwächst daraus für die nächsten 5 Jahre eine Umsatzsteuerpflicht. Die Kontrollkommission hat diese Information zur Kenntnis genommen.

Die Kontrollkommission führte im Berichtszeitraum mehrfach in Abständen Belegprüfungen und Prüfungen von Rechenschaftsberichten aus der Fläche (KV) durch. Genosse Rolf Reil informierte die Kontrollkommission, ebenfalls in zeitlichen Abständen, über den aktuellen Stand der finanziellen Situation des Landesverbandes und damit eventuell verbundener

Rückschlüsse für den Landesverband und die parteiischen Gliederungen. Der LGF, Genosse Thomas Krüger, stellte auf Bitten der Kommissionsmitglieder die finanzielle Ausgestaltung des Wahlkampfes zur Landtagswahl 2011 vor. Die Kassenprüfungen waren ohne Beanstandungen. Die Prüfungen der Jahresabschlüsse des Landesverbandes durch die beauftragte Prüfgesellschaft verliefen ebenfalls ohne Beanstandungen.

Vermögensbilanz SPD-Landesverband M-V - vorläufig per 31.12.2010

Einnahmen	2008	2009	2010*
Mitgliedsbeiträge	234.463	247.297	261.720
Sonderbeiträge	167.700	158.640	143.040
Einn. sonst. Vermögen (Zinsen)	32.367	13.774	8.929
Spenden	35.324	28.874	43.421
Staatliche Mittel	250.678	260.644	288.222
Zuschüsse	415.928	577.639	392.817
Sonstige Einnahmen	14.757	19.597	46.945
Gesamteinnahmen	1.151.218	1.306.465	1.185.094
Ausgaben	2008	2009	2010
Personalausgaben	619.068	682.064	655.604
Verwaltungskosten	136.069	135.567	127.211
Innerparteiliche Arbeit	128.220	110.639	127.943
Wahlkampf	7.229	226.508	72.405
Zuschüsse	108.377	97.010	92.605
Zinsen	1.776	2.000	540
Gesamtausgaben	1.000.739	1.253.789	1.076.308
Einn./Ausg./Überschuss	150.478	52.676	108.786
Reinvermögen	682.297	734.973	833.601

* Für 2010 liegt nur ein erster vorläufiger Stand vor. Ein endgültiges Ergebnis gibt es erst nach dem Testat durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Prüfungstermin voraussichtlich Anfang Juni 2011 in Berlin). In Bezug auf das Reinvermögen kann entsprechend nur eine Schätzung vorliegen, da das Rechnungsjahr zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen war. Wir bitten um Beachtung.

Landesverband Hamburg**Politischer Bericht 2008 bis 2010**

Wenngleich es bei der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 nicht für einen Regierungswechsel gereicht hatte, so war doch unübersehbar, wie einig und kraftvoll sich die Sozialdemokratie mit einer engagierten Wahlkampagne zurückgemeldet hatte. Nach der gescheiterten Mitgliederbefragung und internen Querelen hatte die Partei im Wahlkampf zu einem einheitlichen Auftreten zurückgefunden. Doch im Verlauf der Jahre 2008 und 2009 stellte sich heraus, dass einige Konflikte durch den Bürgerschaftswahlkampf nur überdeckt worden waren und nun gelegentlich wieder aufbrachen. Insgesamt war jedoch nach den skandalösen Vorgängen in den vorangegangenen Jahren Ruhe eingekehrt.

**Ordentlicher Landesparteitag: Wahl des Landesvorstands
Landesvertreterversammlung für die Kandidatennominierung zur Europawahl**



Knut Fleckenstein, Martin Schulz und Cornelia Sonntag-Wolgast beim Europawahlkampf 2009

Mitglieder des Landesvorstands 2008

gewählt auf dem ordentlichen Landesparteitag am 4./5. Juli 2008
Landesvorsitzender
Ingo Egloff
Stellvertretende Landesvorsitzende
Inka Damerau
Stellvertretender Landesvorsitzender
Frank Richter
Schatzmeister
Prof. Dr. Christian Bernzen
BeisitzerInnen
Dr. Matthias Bartke, Dr. Kristina Böhlke, Verena Blix, Gesine Dräger, Knut Fleckenstein, Elisabeth Kiausch, Aydan Özoguz, Wolfgang

Auf dem ordentlichen Landesparteitag am 4. und 5. Juli 2008 wurde der Landesvorsitzende Ingo Egloff mit 89,5 % der Stimmen im Amt bestätigt. Auf der Versammlung im Bürgerhaus Wilhelmsburg wurden auch die stellvertretenden Vorsitzenden Inka Damerau und Frank Richter wiedergewählt. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde Christian Bernzen als Schatzmeister. Neben verschiedenen Anträgen wurde auch eine Resolution gegen den Verkauf der Reederei Hapag-Lloyd verabschiedet, in der der Hamburger Senat aufgefordert wurde, für die Standortinteressen Hamburgs einzutreten. Die Bundesregierung und die Hamburger Bundestagsabgeordneten wurden aufgefordert, den Senat dabei zu unterstützen. Nachdem bereits auf einem Landesparteitag im Dezember 2006 ein mit großer Mehrheit getragener Beschluss zur Weiterentwicklung des Hamburger Schulsystems gefasst wurde, stand auch das Thema Bildung erneut auf der Tagesordnung. Damit ist die bildungspolitische Debatte in keiner Partei so intensiv geführt worden wie in der SPD. Der Antrag des Landesvorstands *Gute Bildung für alle* beschreibt den Weg zum langfristigen Ziel einer *Schule für alle* und die Notwendigkeit, „dass dieser Weg nur über die Mitnahme und Überzeugung der Eltern geht“. Weiter heißt es: „Ohne Akzeptanz durch die Eltern und Kinder werden Strukturreformen nicht erfolgreich und ständig Gegenstand der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sein.“ Dem Landesvorstand gelang es, hinter seiner Position zur Bildungspolitik über 80 % der Parteitagsdelegierten zu versammeln.

Als Hamburger Kandidat für die Bundesliste zur Europawahl wurde Knut Fleckenstein nominiert, der sich gegen Thomas Stölting durchsetzte. Fleckenstein kündigte einen engagierten Wahlkampf an, da im Jahr 2009 die SPD-Kampagne zur Europawahl direkt in den Bundestagswahlkampf übergehen sollte. Im November wurden dann in allen 6 Hamburger Wahlkreisen die Kandidaten für den Deutschen

Rose, Britta Schlage, Markus Schreiber, Carola Veit, Walter Zuckerer
Kreisvorsitzende
Johannes Kahrs, Melanie Schlotzhauer, Jan Pörksen, Dr. Peter Tschentscher, Karl Schwinke, Ties Rabe
AfA-Vertreterin
Renate Kleinfeld
ASF-Vertreterin
Gabi Dobusch
Juso-Vertreter
Danial Ilkhanipour
AG 60plus-Vertreter
Rudolf Herbers

Bundestag aufgestellt. Die Auseinandersetzungen im Wahlkreis Eimsbüttel, die nach dem knappen Ausgang der Nominierung auch öffentlich über die Medien ausgetragen wurden, waren für die Partei schädlich. Auch das Thema *Stimmzetteldiebstahl* wurde 2009 erneut Presseöffentlich diskutiert. Schließlich entschied der Landesvorsitzende Ingo Egloff, den internen Bericht über die Vorgänge um die gescheiterte Mitgliederbefragung 2006/2007 (den sogenannten Grambow-Bericht) zu veröffentlichen, nachdem dies mit Rücksicht auf die Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle bisher nicht erfolgt war. Da Teile des Berichtes bereits in die Presse lanciert wurden, war es der Partei gegenüber nicht zu verantworten, die Veröffentlichung weiter zu verweigern. Ingo Egloff vereinbarte mit dem ehemaligen Landesvorsitzenden Matthias Petersen, dass es eine Kommission zur politischen Aufarbeitung der Ereignisse um die Bürgermeisterkandidatur und den Stimmzetteldiebstahl in der Zeit nach der Bundestagswahl geben sollte. Am Ende des Jahres 2009 vereinbarte dann Egloffs Nachfolger im Amt des Landesvorsitzenden, Olaf Scholz, mit Petersen, dass anstelle der Kommission der frühere Harburger Kreisvorsitzende und Rechtsanwalt Haralds Muras diese Aufarbeitung in Form eines Berichtes vornehmen solle. Dies geschah dann auch nach der Bundestagswahl. Seitdem gilt dieses schwierige Kapitel in der Geschichte der Hamburger SPD als abgeschlossen.

Europawahl

Die Vorbereitungen zum Europawahlkampf begannen bereits im Herbst 2008, so dass die Kampagne schon kurz nach dem Jahreswechsel starten konnte. Nachdem Europa-Kandidat Knut Fleckenstein bereits seit Februar ein umfangreiches Programm absolvierte, begann am 3. April mit einem *Fest für Europa* in der Altonaer Fabrik der Wahlkampf offiziell. Die Auftaktveranstaltung mit dem Spitzenkandidaten Martin Schulz war gut besucht und sorgte für die nötige Motivation. Martin Schulz, der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, motivierte die anwesenden Genossinnen und Genossen, Freunde und Unterstützer der SPD in einer – wie gewohnt – mitreißenden Rede. Er verdeutlichte die besondere Bedeutung der europäischen Handlungsebene für die Eindämmung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die damals gerade ihren Höhepunkt erreichte, sowie die Notwendigkeit neuer internationaler Regeln für die Finanzmärkte zur Verhinderung künftiger Krisen. Neben den üblichen Materialien gab es eine eigene Kandidatenbroschüre und es wurde eine Wahlkampfzeitung in einer Auflage von 60.000 Exemplaren produziert. Neben über 130 Vor-Ort-Veranstaltungen mit Knut Fleckenstein fanden u.a. Diskussionsrunden zur maritimen Wirtschaft und zur Neuen Bürger-

gesellschaft mit Hubertus Heil statt. Zum Abschluss trat der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering bei einer Kundgebung auf dem Ida-Ehre-Platz auf. Am Ende zahlte sich der Einsatz aus: In Hamburg lag der Stimmenanteil der SPD fast 5 % über dem enttäuschenden Bundeschnitt von 20,8 %. Entscheidend war jedoch, dass die Bemühungen des Landesvorsitzenden und der Hamburger Mitglieder des Parteivorstands, einen aussichtsreichen Listenplatz für den Hamburger Kandidaten zu erreichen, erfolgreich waren und Knut Fleckenstein schließlich in das Europäische Parlament einzog.

Bundestagswahlkampf

Die Europa-Kampagne wurde mit höherem personellen und finanziellen Aufwand betrieben als in den Jahren zuvor. Denn ein gutes Ergebnis bei der Europawahl hätte eine günstige Ausgangsbasis für den Bundestagswahlkampf sein können. Obwohl das Resultat nicht zufriedenstellend war, startete die SPD in Hamburg hochmotiviert in die nächste Kampagne. Die Auftaktveranstaltung zum Bundestagswahlkampf mit Franz Müntefering in einem Festzelt auf dem Hamburger Dom mit über 1.200 Besuchern übertraf – mitten in den Sommerferien – die Erwartungen bei weitem.

Die Direktkandidaten und ihre Teams waren mit großem Engagement den gesamten Sommer unterwegs. Ausgestattet mit je zwei SPD-Smarts waren sie bis zum Wahltermin fast jeden Tag auf Märkten, bei Straßenfesten, Diskussionsveranstaltungen und vielen anderen Gelegenheiten unterwegs und warben für eine starke SPD. Neben zahlreichen Veranstaltungen in den Wahlkreisen gab es neben der zentralen Auftaktkundgebung auch eine gelungene Abschlussveranstaltung in der Hafencity. Der Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, der im Rahmen der Veranstaltungsreihe *Das neue Jahrzehnt* bereits zu Beginn des Jahres in Hamburg war, trat wenige Tage vor der Wahl bei einer großen Kundgebung mit mehreren tausend Besuchern auf den Magellanterrassen auf.

Die gute Stimmung bei den aktiven Wahlkämpfern und die durchaus freundliche Atmosphäre im Straßenwahlkampf und bei Veranstaltungen täuschte jedoch darüber hinweg, dass es insgesamt keinen positiven Trend für die SPD gab. Allerdings hatte niemand damit gerechnet, dass die Partei bundesweit lediglich 23 und in Hamburg 28 % bekommen würde. Dieses Ergebnis, nicht zuletzt dadurch verursacht, dass die SPD eigentlich keine Machtperspektive jenseits der großen Koalition hatte, führte dazu, dass lediglich 3 Direktmandate in Hamburg gewonnen wurden: durch Olaf Scholz (Altona), Johannes Kahrs (Mitte) und Hans-Ulrich Klose (Harburg/Bergedorf). Mit Aydan Özoguz kam

außerdem eine Kandidatin von der Liste zum Zuge. Ingo Egloff in Wandsbek, Christian Carstensen in Hamburg-Nord und Danial Ilkhanipour in Eimsbüttel scheiterten, wobei das Ergebnis in Wandsbek äußerst knapp war. Der Landesvorsitzende Ingo Egloff zog daraus die Konsequenzen und übernahm die politische Verantwortung für dieses Ergebnis, das das schlechteste der Hamburger SPD seit 1949 war und erklärte seinen Rücktritt. Gleichzeitig bat er Olaf Scholz den Landesvorsitz zu übernehmen und schlug dies dann dem Landesvorstand vor. Der Landesvorstand bat in einem einstimmigen Votum Olaf Scholz, für den Landesvorsitz zu kandidieren.

Olaf Scholz wird Landesvorsitzender

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 6. November 2009 wurde der frühere Bundesarbeitsminister Olaf Scholz zum Landesvorsitzenden der SPD Hamburg gewählt. Scholz, der auch stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretender SPD-Parteivorsitzender war, erhielt 251 von 267 abgegebenen Stimmen bei 12 Neinstimmen und 4 Enthaltungen (94 %). Der Bundestagsabgeordnete aus Hamburg-Altona, der bereits von 2000 bis 2004 Landesvorsitzender der Hamburger SPD war, hatte die rund 500 Delegierten und Gäste des Parteitages auf die Herausforderungen eingestimmt, die die Sozialdemokraten auf dem Weg zu neuen Regierungsmehrheiten zu bewältigen hätten.

Zunächst, so Scholz, müsse die SPD verloren gegangenes Vertrauen bei den Bürgern wiedergewinnen. Der Prozess der Analyse der Wahlniederlage müsse als gemeinsame Aufgabe begriffen werden, nicht als eine Angelegenheit einiger Personen an der Parteispitze. Scholz kündigte eine harte Auseinandersetzung mit dem amtierenden Senat in Hamburg an. Insbesondere bei den Themen Wirtschaftsförderung, Haushaltskonsolidierung, Bildung, innere

Mitglieder des Landesvorstands 2010

gewählt auf dem ordentlichen Landesparteitag am 25./26. Juni 2010
Landesvorsitzender
Olaf Scholz
Stellvertretende Landesvorsitzende
Inka Damerau, Frank Richter
Stellvertretender Landesvorsitzender
Dr. Andreas Dressel
Schatzmeister
Prof. Dr. Christian Bernzen
BeisitzerInnen
Elisabeth Kiausch, Wolfgang Rose, Renate Hold, Ina Morgenroth, Elke Badde, Verena Blix, Dr. Kristina Böhlke, Gesine Dräger,



Bürgermeisterkandidat Michael Naumann mit Gerhard Schröder im Wahlkampf 2008

Sicherheit und Wohnungsbau hätte der schwarz-grüne Senat versagt. Eine Mehrheit in der Stadt wünsche sich eine Regierung unter Führung der SPD und würde diese auch wählen. Nach parteiinternen Querelen müsse nun der Blick nach vorn gerichtet und in erster Linie die Auseinandersetzung mit dem Senat gesucht werden. In Bezug auf die gegenwärtige Bildungspolitik



Nominierung von Olaf Scholz zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl 2011

wies Olaf Scholz darauf hin, dass Hamburgs Schulen insgesamt rund 4.000 sogenannte Risikoschüler mit so geringer Bildung entließen, dass sie keine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben in Gesellschaft und Arbeitswelt hätten.

Stefan Krappa, Peter Maßmann, Thomas Ritzenhoff, Sören Tomasek, Britta Schlage, Dr. Joachim Seeler, Markus Schreiber, Carola Veit
Kreisvorsitzende
Johannes Kahrs, Melanie Schlotzhauer, Milan Pein, Dr. Peter Tschentscher, Karl Schwinke, Ties Rabe
AfA-Vertreterin
Renate Kleinfeld
ASF-Vertreterin
Gabi Dobusch
Juso-Vertreter
Nicholas Gildemeister
AG 60plus-Vertreter
Rudolf Herbers



Kampagnenplakat zum Thema Schulreform



Bürgergespräche bei der Veranstaltungsreihe „Hamburg gemeinsam gestalten“

Scholz erklärte weiter, dass niemand ohne Ausbildung bleiben dürfe und kündigte an, dass eines der Themen der Hamburger SPD im nächsten Jahr die Zukunft der Berufsausbildung sein werde.

Landesorganisation Bremen



Vorstand der SPD-Landesorganisation Bremen

gewählt auf dem Landesparteitag am 5. Juni 2010 in Bremerhaven
Vorsitzender
 Dr. Andreas Bovenschulte
Stellvertretende Vorsitzende
 Sarah Ryglewski, MdBB
 Elias Tsartilidis, MdBB
Schatzmeisterin
 Petra Krümpfer, MdBB
Schriftführer
 Insa Peters-Rehwinkel, MdBB
Beisitzerin und Beisitzer
 Christian Bucker

Unser Hamburg: stark und solidarisch

Am 27. Februar 2010 beschäftigte sich ein außerordentlicher Landesparteitag im CCH mit den Themenschwerpunkten innere Sicherheit, öffentliche Versorgung, Infrastruktur, Kinderbetreuung und Stadtteilpolitik. Der Leitantrag des Landesvorstands beschrieb bereits Wegmarken für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm im folgenden Jahr. Die Botschaft dieses Themenparteitages wurde in der Medienöffentlichkeit deutlich: Diese Partei ist bereit, wieder Regierungsverantwortung in Hamburg zu übernehmen.

Schulreform

Als zu Beginn des Jahres 2010 ein Volksbegehren gegen die schwarz-grüne Primarschulreform das Reformvorhaben stoppte und Verhandlungen zwischen dem Senat und der Initiative der Reformgegner gescheitert waren, bot die SPD dem Senat Gespräche über eine gemeinsame Linie in der künftigen Schulpolitik an. In den Konsensgesprächen mit den Senatsparteien konnte die SPD zahlreiche Forderungen durchsetzen, die zu einer deutlichen Verbesserung der Reform führten. Es wurde unter anderem vereinbart, dass jede Stadtteilschule mit einer eigenen Oberstufe zum Abitur führen müsse. Das Elternwahlrecht blieb erhalten und es wurden für die Primarschulen rechtsverbindliche Klassenobergrenzen festgelegt. Außerdem wurde vereinbart, dass fortan über einen Zeitraum von 10 Jahren keine Schulstrukturveränderungen vorgenommen würden – ganz gleich welche Partei die Regierung stellen würde. Das so ver-

änderte Schulgesetz wurde in der Bürgerschaft von allen Fraktionen einstimmig verabschiedet.

Dialogkampagne

„Hamburg gemeinsam gestalten“

Im Frühjahr 2010 begann mit der Kampagne *Hamburg gemeinsam gestalten* eine Dialogoffensive, die sich an alle Bürgerinnen und Bürger Hamburgs richtete. Mit einer neuen Veranstaltungsform, die starke Beteiligungselemente enthielt, suchte die SPD in allen Bürgerschaftswahlkreisen den direkten Austausch mit Vereinen, Verbänden und Bürgern vor Ort. Alle Vorschläge für ein lebenswertes Hamburg, die auf den Veranstaltungen und auf der begleitend eingerichteten Website gemacht wurden, wurden dokumentiert und für den Diskussionsprozess zum nächsten Wahlprogramm aufbereitet.

Schwarz-Grün scheitert – Neuwahlen in Hamburg

Als am 28. November 2010 die Grünen in Hamburg (GAL) die Koalition mit der CDU aufkündigten, war die SPD auf die vorgezogene Bürgerschaftswahl programmatisch und organisatorisch gut vorbereitet. So konnte mit einem Vorlauf von nur 4 Wochen, der dann mit dem neuen Jahr beginnende Wahlkampf geplant werden. Auf einem Landesparteitag am 17. Dezember wurde der Landesvorsitzende Olaf Scholz zum Spitzenkandidaten nominiert. Am 20. Februar des folgenden Jahres sollte es der SPD unter seiner Führung gelingen, mit absoluter Mehrheit einen Regierungsauftrag zu erhalten.



Während des Wahlkampfes zur Europawahl fand in Bremen unter dem Motto „Mensch, wo bist Du?“ der 32. Deutsche Evangelische Kirchentag statt, zu dem weit mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher in die Hansestadt kamen. Die Bremer SPD begrüßte die Gäste mit einem besonderen Plakat zum Kirchentag. Das erste Plakat wurde von Karin Jöns, Bremer Kandidatin für die Europawahl, und Bürgermeister Jens Böhrnsen geklebt.

SPD sich öffnen und den Mut haben muss, Neues auszuprobieren und Beteiligungsprozesse organisieren muss – nach innen wie nach aussen. Im Land Bremen hat die SPD schon in

früheren Jahren Erfahrungen zum Beispiel mit Mitgliederbefragungen gesammelt – schon 1995 wurde sowohl die Frage nach der Regierungskoalition als auch nach dem Präsidenten des Senats so entschieden. 2005 folgte eine weitere Mitgliederbefragung zum künftigen Präsidenten des Senats und im Berichtszeitraum wurde erstmals auch die Frage des Landesvorsitzes mit einer breiten Mitgliederbeteiligung entschieden. Aber auch in inhaltlichen Fragen geht die SPD neue Wege der Beteiligung. Für die Entwicklung des Regierungsprogramms für die Bürgerschaftswahl 2011 wurde ein mehrstufiges Verfahren über einen Zeitraum von insgesamt 6 Monaten durchgeführt. Hierbei wurden von den altbewährten Zielgruppen- und Fachgesprächen bis zum Online-Forum verschiedenste Formen der Beteiligung erfolgreich miteinander verknüpft. Mehr Beteiligung tut der SPD gut und führt uns – in Bremen wie auch bundesweit – wieder auf die Erfolgsspur.

Europawahl

Auch im Land Bremen stand das Jahr 2009 zunächst ganz im Zeichen der Vorbereitung auf die Europawahl und die anschließende Bundestagswahl. Den politischen Jahresauftakt beging die SPD im Land Bremen wie mittlerweile in jedem Jahr in der Schwankhalle, einem Kulturzentrum im Bremer Stadtteil Neustadt. Martin Schulz, der Vorsitzende der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament stimmte die Bremerinnen und Bremer auf die Europawahl ein.

Das Ergebnis der Europawahl war für die Bremer SPD in doppelter Hinsicht bitter: Die SPD musste Verluste hinnehmen, blieb mit 29,3 % der Stimmen aber klar stärkste politische Kraft. Damit erzielte die SPD in Bremen ihr bestes Landesergebnis und dennoch ist die Bremer SPD nicht mehr im Europäischen Parlament vertreten. Platz 25 auf der Bundesliste reichte für die Bremer Kandidatin und langjährige Europaabgeordnete Karin Jöns nicht zum Wiedereinzug ins Parlament.

Die Bremer SPD spricht sich aus diesem Grund für die Beibehaltung einer Bundesliste zur Europawahl aus und fordert zugleich, die Kandidatinnen- und Kandidatenliste so zu strukturieren, dass möglichst Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Ländern auf aussichtsreichen Listenplätzen vertreten sind.

Bundestagswahl

Bei der Bundestagswahl 2009 erzielte die Bremer SPD mit einem Landesergebnis von 30,3 % der Zweitstimmen ein deutlich schlechteres Ergebnis als noch bei der Bundestagswahl 2005 (42,9 %). Dennoch war dies wiederum im bundesweiten Vergleich das beste SPD-Ergeb-

nis in den Ländern und Bremen war das einzige Bundesland, in dem die SPD als stärkste Partei aus der Wahl hervorging. Gleichzeitig konnte die SPD beide Direktmandate verteidigen: Im Wahlkreis Bremen II – Bremerhaven setzte sich der damalige SPD-Landesvorsitzende Uwe Beckmeyer zum dritten Mal in Folge durch, im Wahlkreis Bremen I sicherte sich der damalige Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, Carsten Sieling, bei seiner ersten Kandidatur das Direktmandat.

Im Frühjahr 2011 erklärte der SPD-Landesvorsitzende Uwe Beckmeyer, bei der auf dem



An der Nordseeküste frischt der Wind im Spätsommer schon mal etwas auf: Franz Müntefering trotzte bei seinem Auftritt in Bremerhaven den widrigen Wetterbedingungen und hielt eine Rede, bei der es mitunter etwas „stürmisch“ zuing.

Europawahl 2009: Land Bremen

	Europawahl 2009		Europawahl 2004		Veränderungen 2009 zu 2004	
Land Bremen	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/Wahlbeteiligung	189.640	38,85	181.108	37,31	8.532	1,54
SPD	55.064	29,34	54.395	30,47	669	-1,13
CDU	45.886	24,45	49.915	27,96	-4.029	-3,51
Grüne	41.476	22,10	39.814	22,30	1.662	-0,20
FDP	16.721	8,91	11.260	6,31	5.461	2,60
Die Linke	13.468	7,18	6.627	3,71	6.841	3,47
REP	875	0,47	1.562	0,87	-687	-0,40

Europawahl 2009: Stadt Bremen

	Europawahl 2009		Europawahl 2004		Veränderungen 2009 zu 2004	
Stadt Bremen	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/Wahlbeteiligung	161.308	40,04	152.371	38,17	8.937	1,87
SPD	45.704	28,61	44.810	29,81	894	-1,20
CDU	38.172	23,90	41.300	27,47	-3.128	-3,57
Grüne	37.680	23,59	36.105	24,02	1.575	-0,43
FDP	14.177	8,87	9.292	6,18	4.885	2,69
Die Linke	11.553	7,23	5.816	3,87	5.737	3,36
REP	744	0,47	1.251	0,83	-507	-0,36

Europawahl 2009: Stadt Bremerhaven

	Europawahl 2009		Europawahl 2004		Veränderungen 2009 zu 2004	
Stadt Bremerh.	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/Wahlbeteiligung	28.332	33,31	28.737	33,26	-405	0,05
SPD	9.360	33,54	9.585	33,99	-225	-0,45
CDU	7.714	27,64	8.615	30,55	-901	-2,91
Grüne	3.796	13,60	3.709	13,15	87	0,45
FDP	2.544	9,12	1.968	6,98	576	2,14
Die Linke	1.915	6,86	811	2,88	1.104	3,98
REP	131	0,47	311	1,10	-180	-0,63



Foto: SPD Bremen / Focke-Strangmann

ordentlichen Landesparteitag im Juni 2011 anstehenden Neuwahl nicht wieder für das Amt des Landesvorsitzenden zu kandidieren. Mit der ehemaligen Europaabgeordneten Karin Jöns und Andreas Bovenschulte warfen zwei Kandidaten ihren Hut für die Nachfolge

Andreas Bovenschulte ging aus der Mitgliederbefragung als Sieger hervor und wurde auf dem Landesparteitag am 5. Juni 2010 zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt.

Bundestagswahl 2009: Erststimmen Land Bremen

	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
Land Bremen	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/Wahlbeteiligung	343.027	70,3	367.282	75,5	-24.255	-5,20
SPD	121.467	35,96	184.817	51,13	-63.350	-15,17
CDU	92.441	27,37	96.120	26,59	-3.679	0,78
Grüne	48.549	14,37	35.147	9,72	13.402	4,65
FDP	24.437	7,23	13.514	3,74	10.923	3,49
Die Linke	42.873	12,69	25.658	7,10	17.215	5,59
NPD	4.626	1,37	5.513	1,53	-887	-0,16
Einzelbewerber	1.480	0,44	681	0,19	799	0,25

Bundestagswahl 2009: Erststimmen Stadt Bremen

	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
Stadt Bremen	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/Wahlbeteiligung	287.625	71,39	305.260	76,21	-17.635	-4,82
SPD	100.535	35,47	151.852	50,51	-51.317	-15,04
CDU	77.172	27,23	79.498	26,44	-2.326	0,79
Grüne	43.482	15,34	32.140	10,69	11.342	4,65
FDP	20.397	7,20	11.077	3,68	9.320	3,52
Die Linke	35.466	12,51	21.398	7,12	14.068	5,39
NPD	3.766	1,33	4.240	1,41	-474	-0,08
Einzelbewerber	1.248	0,44	451	0,15	797	0,29

Bundestagswahl 2009: Erststimmen Stadt Bremerhaven

	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
Stadt Bremerh.	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/Wahlbeteiligung	55.402	65,11	62.022	72,18	-6.620	-7,07
SPD	20.932	38,53	32.965	54,22	-12.033	-15,69
CDU	15.269	28,10	16.622	27,34	-1.353	0,76
Grüne	5.067	9,33	3.007	4,95	2.060	4,38
FDP	4.040	7,44	2.437	4,01	1.603	3,43
Die Linke	7.407	13,63	4.260	7,01	3.147	6,62
NPD	860	1,58	1.273	2,09	-413	-0,51
Einzelbewerber	232	0,43	230	0,38	2	0,05

in den Ring, daher beschloss der Landesvorstand, eine konsultative Mitgliederbefragung durchzuführen. Auf insgesamt 4 Regionalkonferenzen stellten sich die beiden Kandidaten vor, beantworteten Fragen und diskutierten miteinander. Auf den Veranstaltungen bestand die Gelegenheit für SPD-Mitglieder, ihre Stimme für einen der beiden Kandidaten abzugeben. Insgesamt beteiligten sich 1.127 Mitglieder an den vier Veranstaltungen bzw. an der Abstimmung – ein knappes Viertel aller SPD-Mitglieder im Land Bremen. Die meisten der abgegeben gültigen Stimmen konnte Andreas Bovenschulte auf sich vereinen: Er erhielt 600 Stimmen, auf Karin Jöns entfielen 502 Stimmen.

Auf dem Landesparteitag am 5. Juni 2011 in der Stadthalle Bremerhaven wurde Andreas Bovenschulte mit einem Ergebnis von knapp 90 % der Stimmen zum neuen SPD-Landesvorsitzenden gewählt.

Vorbereitung auf die Bürgerschaftswahl

2011:

Beteiligungsprozess Regierungsprogramm

Nach der Wahl des neuen Landesvorstands begann sogleich die Vorbereitung auf die Bürgerschaftswahl 2011. Nach den Sommerferien wurden zur Erstellung des Regierungsprogramms parteiöffentliche Arbeitsgruppen gegründet, die zu den zentralen Themenbereichen zunächst Thesen und Eckpunkte erarbeiteten. Es folgte eine sechswöchige Dialogphase, in denen die Thesen und Eckpunkte in vielen öffentlichen Foren und Fachgesprächen diskutiert und weiterentwickelt wurden. Zusätzlich wurde ein Online-Programmdialog eingerichtet, in dem bereits die Thesen- und Eckpunktepapiere der Arbeitsgruppen diskutiert werden konnten. Erst nach dieser ersten Dialogphase hat der Landesvorstand einen Textentwurf für das Regierungsprogramm entwickelt, in den dann schon viele Diskussionsergebnisse einfließen konnten.



Foto: SPD Bremen / Focke-Strangmann

Der SPD-Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte (l.) und der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel (r.) freuen sich zusammen mit Bürgermeister Jens Böhrnsen über dessen 100%-Ergebnis bei der Wahl zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl 2011

Mit dem Entwurf des Regierungsprogramms wurde noch einmal in ähnlicher Weise verfahren. Zwischen Mitte Dezember 2010 und Ende Januar 2011 konnte der Entwurf wieder im

Online-Programmdialog kommentiert und diskutiert werden. Die Ergebnisse wurden von den Arbeitsgruppen ausgewertet und sind in die weitere Beratung des Regierungspro-

gramms eingeflossen. Parallel dazu begann im Januar 2011 die Veranstaltungsreihe *Bremer Zukunftsgespräche* in denen einzelne Schwerpunktbereiche aus dem Regierungsprogramm

Bundestagswahl 2009: Erststimmen

Wahlkreis 55: Bremen I		
Wähler / Wahlbeteiligung	absolut	%
SPD	188.189	73,47
	Carsten Sieling	
	62.588	33,72
CDU	Rita-Maria Mohr-Lüllmann	
	53.255	28,69
Grüne	Marieluise Beck	
	31.564	17,00
FDP	Torsten Staffeldt	
	13.587	7,32
Die Linke	Klaus-Rainer Rupp	
	21.226	11,43
NPD	Klaus Baade	
	2012	1,08
MLPD	Wolfgang Lange	
	343	0,18
RRP	X	
	x	x
Einzelbewerber	Jan Hövener	
	709	0,38
Einzelbewerber	X	
	x	x
Einzelbewerber	Wolf-Dieter Könnecke	
	348	0,19

Wahlkreis 55: Bremen II – Bremerhaven

Wähler / Wahlbeteiligung	absolut	%
SPD	154.838	66,78
	Uwe Beckmeyer	
	58.879	38,70
CDU	Bernd Neumann	
	39.186	25,76
Grüne	Klaus-Dieter Möhle	
	16.985	11,16
FDP	Oliver Möllenstädt	
	10.850	7,13
Die Linke	Inga Nitz	
	21.647	14,23
NPD	Horst Görmann	
	2.614	1,72
MLPD	X	
	x	x
RRP	Uwe Gähje	
	1.563	1,03
Einzelbewerber	X	
	x	x
Einzelbewerber	Martin Tangeten	
	423	x
Einzelbewerber	X	
	x	0,28

Bundestagswahl 2009: Zweitstimmen Land Bremen

	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
Land Bremen	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler / Wahlbeteiligung	343.027	70,3	367.282	75,5	-24.255	-5,20
SPD	102.419	30,25	155.366	42,93	-52.947	-12,68
CDU	80.964	23,91	82.389	22,76	-1.425	1,15
Grüne	52.283	15,44	51.600	14,26	683	1,18
Die Linke	48.369	14,28	30.570	8,45	17.799	5,83
FDP	35.968	19,62	29.329	8,10	6.639	11,52
NPD	3.612	1,07	5.341	1,48	-1.729	-0,41
Piraten	8.174	2,41	X	X	X	X
RRP	4.144	1,22	X	X	X	X
Sonstige	2.678	0,78	7.326	2,03	-4.648	-1,25

Bundestagswahl 2009: Zweitstimmen Stadt Bremen

	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
Stadt Bremen	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler / Wahlbeteiligung	287.625	71,39	305.260	76,21	-17.635	-4,82
SPD	84.806	29,84	126.628	42,06	-41.822	-12,22
CDU	67.389	23,71	67.947	22,57	-558	1,14
Grüne	45.920	16,16	45.792	15,21	128	0,95
Die Linke	40.380	14,21	25.959	8,62	14.421	5,59
FDP	30.414	10,70	24.729	8,21	5.685	2,49
NPD	3.014	1,06	4.121	1,37	-1.107	-0,31
Piraten	6.947	2,44	X	X	X	X
RRP	3.282	1,15	X	X	X	X
Sonstige	2.084	0,73	5.910	1,79	-3.826	-1,06

Bundestagswahl 2009: Zweitstimmen Stadt Bremerhaven

	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
Stadt Bremerh.	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler / Wahlbeteiligung	55.402	65,11	62.022	72,18	-6.620	-7,07
SPD	17.613	32,39	28.738	47,24	-11.125	-14,85
CDU	13.575	24,97	14.442	23,74	-867	1,23
Grüne	6.363	11,70	5.808	9,55	555	2,15
Die Linke	7.989	14,69	4.611	7,58	3.378	7,11
FDP	5.554	10,21	4.600	7,56	954	2,65
NPD	598	1,10	1.220	2,01	-622	-0,91
Piraten	1.227	2,26	X	X	X	X
RRP	862	1,59	X	X	X	X
Sonstige	594	1,10	1.416	2,33	-822	-1,23

mit Expertinnen und Experten sowie gesellschaftlichen Multiplikatoren und interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert wurden. Am Ende eines intensiven und konstruktiven Diskussionsprozesses stand dann ein klares Ergebnis: Am 26. Februar 2011 wurde das Regierungsprogramm 2011 – 2015 einstimmig vom Landesparteitag beschlossen.

Nominierung Spitzenkandidat

Bei der Wahl des Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl 2011 erhielt Bürgermeister Jens Böhrnsen auf dem Landesparteitag am 29. September 2010 im Bremer BLG-Forum ein absolutes Spitzenergebnis: 100 % aller Dele-

gierten stimmten in geheimer Wahl mit Ja und sorgten so nicht nur für große Freude beim Spitzenkandidaten, der die SPD damit zum zweiten Mal in eine Bürgerschaftswahl führt, sondern auch für riesigen Jubel bei den über 200 Delegierten und vielen anwesenden Gästen, unter denen auch der SPD-Parteivor-sitzende Sigmar Gabriel war.

Aufstellung Bürgerschaftsliste

Auch die Aufstellung der weiteren Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaftswahl 2011 wurde noch im Jahr 2010 abgeschlossen. Mit der Einführung eines neuen Wahlrechts fand die Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellung erstmals auch in Bremen

und Bremerhaven unter den Bedingungen von gestärkten Elementen des Persönlichkeitswahlkampfes statt. Die SPD in Bremen und Bremerhaven ging mit gut besetzten Kandidatinnen- und Kandidatenlisten ins Wahljahr: Viele Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie eine ausgewogene Mischung aus jungen und erfahrenen Kandidatinnen und Kandidaten waren (wie sich im nächsten Jahresbericht zeigen wird) ein attraktives Angebot für die Wählerinnen und Wähler, denn – so viel sei verraten – die SPD hat die Bürgerschaftswahl 2011 klar gewonnen, ihr Ergebnis gegenüber 2007 noch einmal verbessert und regiert das Bundesland Bremen damit weiter seit 1946 ununterbrochen.

Bundestagswahl 2009: Erststimmen

Land Bremen		
	absolut	%
Wähler / Wahlbeteiligung	343.027	70,30
SPD	121.467	35,96
CDU	92.441	27,37
Grüne	48.549	14,37
FDP	24.437	7,23
Die Linke	42.873	12,69
NPD	4.626	1,37
MLPD	343	0,10
RRP	1563	0,46
Einzelbewerber	709	0,21
Einzelbewerber	423	0,13
Einzelbewerber	348	0,10

Landesverband Niedersachsen



Wahlen

Europawahl 2009

Bei den Europawahlen im Juni 2009 erreichte die SPD in Niedersachsen 27,3 % der abgegebenen Stimmen, die CDU kam auf 39,2 %. Über die Europaliste konnten zwei niedersächsische SPD-Kandidaten (Bernd Lange, BZ Hannover und Matthias Groote, BZ Weser-Ems) in das Europaparlament einziehen.

Bundestagswahl 2009: Zweitstimmen Wahlkreise

	Wahlkreis 55: Bremen I		Wk 56: Bremen II – Bremerh.		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler / Wahlbeteiligung	188.189	73,47	154.838	66,78	343.027	70,30
SPD	52.387	28,15	50.032	32,80	102.419	30,25
CDU	46.284	24,87	34.680	22,74	80.964	23,91
Grüne	32.556	17,49	19.727	12,93	52.283	15,44
Die Linke	24.883	13,37	23.486	15,40	48.369	14,28
FDP	21.021	11,30	14.957	9,80	35.968	10,62
NPD	1.567	0,84	2.045	1,34	3.612	1,07
PBC	485	0,25	397	0,26	885	0,25
MLPD	133	0,07	83	0,05	216	0,06
DVU	373	0,20	657	0,43	1.030	0,30
REP	247	0,13	330	0,22	577	0,17
Piraten	4.564	2,45	3.610	2,37	8.174	2,41
RRP	1.617	0,67	2.527	1,66	4.144	1,22

Bundestagswahl 2009

Bei der Bundestagswahl erreichte die niedersächsische SPD 29,3 % der abgegebenen Zweitstimmen und fuhr damit das schwächste Wahlergebnis in ihrer Geschichte ein. Trotzdem lag der Landesverband noch gut 6 % über dem Bundesergebnis. Stärkste Partei in Niedersachsen wurde die CDU mit 33,2 % der abgegebenen Zweitstimmen. Die SPD-Landesgruppe Niedersachsen besteht seit der Bundestagswahl 2009 aus 19 Bundestagsabgeordneten.

Parteitage

Landesvertreterversammlung am 16. Mai 2009 in Celle

Auf der Landesvertreterversammlung am 16. Mai 2009 in Celle beschloss die SPD Niedersachsen ihre Landesliste für die Bundestagswahl 2009. Der damalige SPD-Landesvorsitzende Garrelt Duin (Aurich-Emden) führte die Landesliste an,

ihm folgten Edelgard Bulmahn (Stadt Hannover-Nord), Hubertus Heil (Gifhorn-Peine), Karin Evers-Meyer (Friesland-Wilhelmshaven) und Thomas Oppermann (Göttingen).

Ordentlicher Landesparteitag am 29. Mai 2010 in Stade

Der ordentliche Landesparteitag wählte am 29. Mai 2010 Olaf Lies zum neuen Landesvorsitzenden. In Stade stimmten 194 von 219 Stimmberechtigten für den 43-jährigen Landtagsabgeordneten aus Friesland, das waren 91,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Lies folgte damit auf Garrelt Duin, der das Amt des SPD-Landesvorsitzenden seit 2005 innehatte. Als Lies' StellvertreterInnen wurden Gabriele Lösekrug-Möller, Johanne Modder, Petra Emmerich-Kopatsch, Daniela Behrens, MdL und Stefan Schostok, MdL gewählt. Der Landesparteitag beschloss eine Satzungsänderung, welche die Möglichkeit

eines Mitgliederentscheides bei mehreren KandidatInnen für das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten ermöglicht. Außerdem wurde die Einrichtung thematischer Foren beschlossen, in denen Mitgliedern und Nichtmitgliedern eine bessere Beteiligungsmöglichkeit an der programmatischen Arbeit eingeräumt wird. Die Foren erhielten durch die Satzungsänderung Antrags- und Rederecht auf Landesparteitag.

Landesvorstand

Der Vorstand des SPD-Landesverbandes Niedersachsen zählt 25 Mitglieder und wurde auf dem ordentlichen Landesparteitag am 29. Mai 2010 in Stade gewählt.

Veranstaltungen

Regionalkonferenzen zum Landesvorsitz

Nachdem Garrelt Duin im Januar 2010 angekündigt hatte, nicht erneut für den Landesvorsitz zu kandidieren, legte der Landesvorstand ein Verfahren zur Kandidatenfindung fest, da mehrere BewerberInnen ihr Interesse an diesem Amt angemeldet hatten. Die anfangs 4 Kandidaten stellten sich bei insgesamt 10 Regionalkonferenzen verteilt über ganz Niedersachsen den Mitgliedern vor. Diese hatten im Anschluss an die Vorstellungsveranstaltungen die Möglichkeit, ein Votum abzugeben. Mit gut 4.000 Besuchern bei den Regionalkonferenzen und über 3.100 abgebenden Stimmen, ist das in Niedersachsen erstmalig durchgeführte Verfahren sehr erfolgreich gewesen. Der Landesvorstand hatte sich verpflichtet, das Votum der Mitglieder bei dem Personalvorschlag für den Landesparteitag zu berücksichtigen und den Delegierten des Landesparteitages empfohlen, diesem Votum zu folgen. Der Landtagsabgeordnete Olaf Lies erhielt bei den Regionalkonferenzen die meisten Stimmen und wurde vom ordentlichen Landesparteitag zum

Landesvorsitzenden gewählt (s.o.). Außer Lies hatten sich auch die ehemalige Landesministerin Monika Griefahn und der Landtagsabgeordnete und jetzige Landtagsfraktionsvorsitzende Stefan Schostok den Mitgliedern vorgestellt. Stefan Preuß zog seine Bewerbung noch vor dem Start der Regionalkonferenzen zurück.

Kommunalkongress I

am 31.11.2009 in Hannover

Mit hochkarätigen Beiträgen des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, des Münchner Oberbürgermeister Christian Ude und Hannovers Stadtoberhaupt Stephan Weil startete der SPD-Landesverband Niedersachsen seine Reihe jährlich stattfindender Kongresse zur Kommunalpolitik. Über 700 Gäste verfolgen die Reden und nahmen an den darauf folgenden Diskussionen rund um den Schwerpunkt der kommunalen Daseinsvorsorge teil. Auf dem Kommunalkongress I wurde eine Resolution mit dem Titel *Kommunale Handlungsfähigkeit verteidigen!* verabschiedet. Hierin sprachen sich die Teilnehmer des Kommunalkongresses gegen Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen und für eine Rücknahme der Kürzung des Finanzausgleichs in Niedersachsen aus.

Kommunalkongress II am 30.10. 2010 in Hannover

Der zweite Kommunalkongress beschäftigte sich in Form von Foren mit den Feldern *Vernetzte Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik, Mehr Demokratie wagen, Nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik und Soziale Stadtentwicklung*. Wie zum ersten Kongress waren mehr als 700 TeilnehmerInnen nach Hannover gekommen. Bereits am Tage vor dem Kommunalkongress hatte sich der SPD-Landesvorstand in einer Resolution gegen die Abschaffung der Stichwahl, die Vergrößerung der Wahlbereiche und Einschränkungen der wirtschaftlichen Betäti-

gung von Städten und Gemeinden ausgesprochen.

Foren

Auf seiner Landesvorstandsklausur am 29./30. Januar 2010 in Achim beschloss der Landesvorstand die Einsetzung von Foren für die inhaltlich-programmatische Arbeit der SPD in Niedersachsen. Die Foren gaben den Startschuss für die Programmdebatte zur Kommunalwahl 2011 und für die Landtagswahl 2012/2013 unter breiter Beteiligung von Partei und Öffentlichkeit. Die Foren sind mit den Arbeitskreisen der Landtagsfraktion verzahnt. Die Foren werden bis zum Regierungsprogrammparteitag mit internen und externen Experten in den unterschiedlichen politischen Arbeitsfeldern die Inhalte sozialdemokratischer Politik für Niedersachsen erarbeiten und weiterentwickeln.



Der damalige Bundestagsfraktionsvorsitzende Peter Struck auf der Landesvertreterversammlung in Celle 2009



Christian Ude, Münchner Oberbürgermeister, beim Kommunalkongress des SPD-Landesverbandes in Hannover 2009



Der Landesvorsitzende Olaf Lies auf dem ordentlichen Landesparteitag in Stade 2010

Die erstellten Strategie-, Positions- und Zukunftspapiere sollen ein wichtiger Baustein für die SPD-Programme der nächsten Wahlen in Niedersachsen sein. Derzeit wird in 12 Foren gearbeitet:

- Arbeit, Mitbestimmung und Innovation
- Gerechte Bildungspolitik
- Demokratie und Partizipation im Internet
- Gegen Rechts
- Hochschule, Wissenschaft und Forschung
- Kultur und Medien
- Neue Gesellschaft



Mitgliederwerbung - Motiv Historie



Mitgliederwerbung - Motiv Jugendliche



Mitgliederwerbung, Motiv Fußball

- Sicherheit, Freiheit, Demokratie
- Sportpolitik
- Inklusives Niedersachsen – Gemeinsam Lernen und Arbeiten
- Verbraucherschutz und gesundes Leben
- Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft

Mit speziellen kommunalpolitischen Fragestellungen setzt sich die *Steuerungsgruppe Kommunalpolitik* auseinander. Schon zur Vorbereitung des Kommunalkongresses 2009 des SPD-Landesverbandes Niedersachsen hatte der Landesvorstand diese Steuerungsgruppe eingesetzt.

Arbeitsgemeinschaften

Mit Ausnahme der JungsozialistInnen, der Arbeitsgemeinschaft für Bildung und der AsJ, die einen Landesverband gegründet haben, sind die SPD-Arbeitsgemeinschaften auf Bezirksebene organisiert.

- AfA: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Sprecher: Markus Brinkmann, MdL
- ASF: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen
Sprecherin: Anette von Pogrell
- AfB: Arbeitsgemeinschaft für Bildung
Vorsitzender: Peter Befeldt
- ASJ: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen
Vorsitzender: Robert Nicholls
- AGS: Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD
Sprecher: Prof. Dr. Michael Hamann
- Juso-Landesverband
Vorsitzender: Jonathan Schorling
- Juso-Hochschulgruppen Juso-HSG Niedersachsen
Koordination: Christof Lauer
- 60plus: Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus
Sprecher: Horst Stenzel
- SGK: Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
Vorsitzender: Franz Einhaus
Beratungsdienst: Dr. Manfred Pühl

Mitgliederwerbekampagne

Der SPD-Landesverband nutzte den Kommunalwahlkampf, um gezielt neue Mitglieder zu werben. Die Unterbezirke und Ortsvereine der SPD in Niedersachsen konnten Postkarten ordern und vor Ort einsetzen. Ziel war es, mit überzeugenden und griffigen Motiven zielgruppengerecht die Menschen anzusprechen. „Die SPD ist keine Klientelpartei, sondern eine Volks- und Mitgliederpartei. Wir freuen uns auf viele neue Mitglieder, die sich einbringen und die SPD sowie die Demokra-

tie noch stärker machen wollen“, erläutert Landesgeschäftsführer Michael Rüter. Der Landesverband konnte tatsächlich eine Trendumkehr herbeiführen und hat seit März 2011 eine positive Mitgliederentwicklung zu verzeichnen (Stand Mai 2011).

Online-Konzept der SPD Niedersachsen

Das Content-Management-System

Nach mehreren technischen und gestalterischen Überarbeitungen, zuletzt im Jahr 2009, verwaltet der SPD-Landesverband heute landesweit mehr als 1.100 Internetadressen niedersächsischer SPD-Gliederungen. Mehr als 2.300 Redakteure sind in dem CMS eingetragen und erarbeiten eigenständig ihre Internetseiten. Insgesamt haben seit Projektbeginn im Jahr 2001 mehr als 350 Workshops vor Ort, über 30 Wochenend-Seminare und zahlreiche (auch konzeptionelle) Beratungen stattgefunden.

www.entdecke-niedersachsen.de

Mit dem Politikportal www.entdecke-niedersachsen.de gibt es seit Herbst 2009 eine zentrale Internetseite, die alle mit dem neuen CMS erstellten Nachrichten, Termine und Web 2.0 Aktivitäten zentral zusammenfassen. Somit ist es nicht mehr unbedingt notwendig, dass jemand, der nach niedersächsischen SPD-Informationen sucht über viele Internetseiten surfen muss, sondern ein zentrales Angebot nutzen kann. Neudeutsch sprechen wir von einem Social-Media-Newsroom.

Unser Konzept:

- schneller Überblick über möglichst viele Aktivitäten von SPD-Gliederungen und SPD-Persönlichkeiten in Niedersachsen
- Vernetzung der Aktivitäten untereinander
- Portal, welches sich selber aktualisiert (eingebundene Web 2.0 Dienste im stündlichen Rhythmus)
- Alle Inhalte sind per RSS abonnierbar
- Möglichkeit des schnellen Kontakts für einen Dialog (z.B. über Twitter und Facebook)

Alle Nachrichten, Termine und Web-2.0-Accounts der mit dem neuen CMS erstellten Internetauftritte können eingebunden werden, Ausschlaggebend ist die Aktivierung in der Konfiguration des eigenen Auftritts.

Weitere Infos zu den Internetaktivitäten

- www.imperia.spdnds.de
- www.entdecke-niedersachsen.de
- cms-info@spd.de

Bezirk Braunschweig



Die politisch-organisatorische Tätigkeit des Bezirksvorstands und der Geschäftsführung

Hinter uns liegen seit dem Bezirksparteitag am 9. Mai 2009 zwei schwierige und ereignisreiche Jahre. Wir haben die Europawahlen und die Bundestagswahlen verloren, unser ehemaliger Bezirksvorsitzender Sigmar Gabriel ist der erste Parteivorsitzende aus dem Bezirk Braunschweig. Seit Dezember 2009 wird unser Bezirk vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD Bundestagsfraktion, Hubertus Heil MdB, als Vorsitzenden geführt.

Europawahlen im Juni 2009

Leider ist es bei den Europawahlen erneut nicht gelungen, unseren SPD Kandidaten aus dem Bezirk Braunschweig als Abgeordneten für das Europaparlament durchzusetzen. Da die Bundesliste nicht soweit zog, konnten wir auch kein Abgeordnetenmandat über die Liste erringen. Unser Direktkandidat, Matthias Wehrmeyer aus Peine, hat gemeinsam mit seinem *Huckepackkandidaten* Henning Franke aus Bad Harzburg einen engagierten und kreativen Wahlkampf geführt. Bei mehr als 120 Veranstaltungen und Aktionen der SPD, in zahlreichen Podiumsdiskussionen und vielen Veröffentlichungen in den Medien konnte man sie treffen und sich davon überzeugen, dass sie mit großem Elan und Engagement bei der Sache waren. Für ihren vollen Einsatz danken wir ihnen und allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern. Dennoch, das Wahlergebnis war für die SPD auf Bundesebene mit nur 20,8 % sehr schlecht. Wenn wir auch unter den 4 Bezirken der SPD in

Niedersachsen mit 30,57 % der Stimmen am besten abgeschnitten und auch im Vergleich zum Bund ein gutes Ergebnis erzielt haben, so können wir doch nicht zufrieden mit der jetzigen Situation sein. Wir können die Politik in und für Europa nicht durch einen *eigenen* Abgeordneten mitgestalten und es fehlt uns auch ein direktes Netzwerk zur EU. Für Niedersachsen sind Bernd Lange aus Hannover und Matthias Groote aus Weser-Ems in das Europaparlament eingezogen. Bernd Lange betreut den SPD Bezirk Braunschweig als Europaabgeordneter und ist unser Ansprechpartner; wir arbeiten gut und konstruktiv zusammen.

Bundestagswahlen im September 2009

Trotz einer wesentlich höheren Wahlbeteiligung im Vergleich zur Europawahl konnte sich die SPD auf Bundesebene von 20,8 % bei der Europawahl nur auf 23 % verbessern. Katastrophal und dramatisch aber ist der Verlust im Vergleich zu den Bundestagswahlen von 2005. Die SPD ist von 34,2 % auf 23 % abgestürzt – ein Verlust von 11,2 %. Aus den zahlreichen Analysen darüber, wie es zu diesen hohen Verlusten gekommen ist, kann gefolgert werden, dass die SPD in der Bevölkerung einen erheblichen Vertrauensverlust erleiden musste. Letztlich gab es dafür eine Summe von Gründen: Unter anderem werden die vermeintlich negativen Auswirkungen der Hartz IV-Gesetze, die Rente mit 67, die Kritik an der Gesundheitspolitik einerseits und das Erstarken der Linken, der Grünen und auch der FDP andererseits, sowie unser oftmals profilloses Auftreten auf Bundesebene im Wahlkampf genannt.

Wie bei fast allen Wahlen in den letzten Jahrzehnten hat unser Bezirk im Vergleich zu den anderen Bezirken in Niedersachsen erneut am besten abgeschnitten. Während die SPD im Land Niedersachsen bei den Zweitstimmen 29,3 % erzielte, konnte der SPD Bezirk Braunschweig 32 % für sich verbuchen.

Unsere Kandidaten: Dr. Carola Reimann (Braunschweig), Sigmar Gabriel (Salzgitter, Wolfenbüttel, Vorharz), Hubertus Heil (Gifhorn – Peine)



Wahlkampfveranstaltung auf dem Burgplatz in Braunschweig mit Franz Müntefering



Wahlkampfveranstaltung in Salzgitter mit (v.l.) Frank-Walter Steinmeier, Peter Maffay und Sigmar Gabriel

und Dr. Wilhelm Priesmeier (Goslar, Harz, OHA und Northeim) konnten ihre Wahlkreise alle in direkter Wahl gewinnen, während Achim Barchmann (Helmstedt – Wolfsburg) die Direktwahl knapp verlor und über die Landesliste der SPD in den Deutschen Bundestag einzog.

Revisoren und Schiedskommission

Revisoren des Bezirks

Bernd Krüger
Ursula Sandvoß
Friedrich Wilhelm

Schiedskommission

Vorsitzender
Rainer Dworog
Stellvertretende Vorsitzende:
Hanna Kopischke
Dr. Helge Wendenburg
BeisitzerInnen
Burkhard Drake
Ruth Naumann
Hans-Ulrich Nitschke
Rosemarie Tinius

Mitglieder des Bezirksvorstands

Vorsitzender

Sigmar Gabriel 2003 bis 2009
Hubertus Heil ab 04.12.2009

Stellvertretende Vorsitzende

Eva Schlaugat
Detlef Tanke
Schatzmeister
Matthias Wehrmeyer
BeisitzerInnen
Achim Barchmann
Marcus Bosse
Petra Emmerich-Kopatsch

Kai Florysiak

Gunter Grimm
Annegret Ihbe
Stefan Klein
Dr. Carola Reimann
Erich Schubert
Bodo Seidenthal
Karen Wachendorf
Ehrenvorsitzender
Gerhard Glogowski
Leitender Geschäftsführer
Hans-Henning Schridde

Europawahl 2009: Wahlbeteiligung landesweit

	Europawahl 2009		Europawahl 2004		Veränderungen 2009 zu 2004	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
Wähler/Wahlbeteiligung	2.477.698	40,50	2.433.375	40,10	44.323	0,40
SPD	668.459	27,20	666.555	27,80	1.904	-0,60
CDU	962.491	39,20	1.089.566	45,50	-127.075	-6,30
Grüne	305.740	12,50	290.271	12,10	15.469	0,40
FDP	251.161	10,20	151.518	6,30	99.643	3,90
Die Linke	97.332	4,00	42.385	1,80	54.947	2,20

Europawahl 2009: Ergebnis nach Bezirken in Niedersachsen

	Braunschweig	Hannover	Nord-Niedersachsen	Weser – Ems
	%	%	%	%
Wahlbeteiligung	40,4	41,8	39,5	39,36
CDU	36,8	41,5	40,26	45,38
SPD	30,6	28,4	26,15	24,32
Grüne	11,0	14,3	12,47	10,61
FDP	8,9	10,7	10,31	10,27
Die Linke	4,4	4,1	3,79	3,62

Europawahl 2009: SPD-Ergebnisse in den Unterbezirken des Bezirks BS

	2009	2004	Veränderung in %
Braunschweig	26,66	29,6	-3,00
Gifhorn	28,31	28,01	0,30
Goslar	29,29	30,61	-1,32
Helmstedt	31,54	32,12	-0,58
Osterode	33,67	34,22	-0,55
Peine	35,61	35,68	-0,07
Salzgitter	34,14	33,66	0,48
Wolfenbüttel	29,74	30,70	-0,97
Wolfsburg	30,07	30,70	-0,63

Der Bezirk Braunschweig ist in der SPD-Bundestagsfraktion stark vertreten. Wie schon in der vorangegangenen Legislaturperiode ist unser Bezirk auch in dieser Periode in der SPD-Bundestagsfraktion sehr stark vertreten. Als Parteivorsitzender hat Sigmar Gabriel eine starke Stellung in der Fraktion. So hat er den Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier und dessen Stellvertreter bei mancher *Redeschlacht* im Bundestag kraftvoll und erfolgreich unterstützt. Hubertus Heil hat als Generalsekretär der SPD sehr gute Arbeit geleistet und setzt die gewonnenen Erfahrungen jetzt als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Arbeit und Soziales wirkungsvoll ein.

Dr. Carola Reimann ist als exzellente Fachpolitikerin die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und kann sich großer Anerkennung und Beliebtheit erfreuen. Achim Barchmann setzt sich vor allem für den interkulturellen Dialog ein. Er wird besonders durch sein Engagement in den euromediterranen Parlamentariergruppen geschätzt.

Trotz der Wahlniederlagen – wir waren in vielen Bereichen politisch aktiv und erfolgreich

Nach dem Bezirksparteitag im Mai in Wolfenbüttel hat der neue Bezirksvorstand gemeinsam mit den Vorsitzenden der Unterbezirke zahlreiche Aktivitäten beraten, beschlossen und durchgeführt:

- Die organisatorische Planung und Durchführung der Europawahlen und der Bundestagswahlen.
- Nach der Wahl von Sigmar Gabriel zum Parteivorsitzenden führte der Bezirk am 4. Dezember 2009 einen außerordentlichen Parteitag durch und wählte mit 94,5 % der Stimmen Hubertus Heil zum neuen Bezirksvorsitzenden.
- Zur Planung der jährlichen Arbeit und zur grundsätzlichen Diskussion aktueller und künftiger Fragen der Politik führte der Bezirksvorstand gemeinsam mit den Abgeordneten des Landtages und des Bundestages und den Vorsitzenden der Unterbezirke 3 Klausurtagungen in Königslutter, Gifhorn und in Wöltingerode durch.
- Durchführung eines Neujahrsempfangs mit über 300 Gästen aus allen gesellschaftlichen Gruppen. Als Gastrednerin sprach die stellv. Parteivorsitzende Manuela Schwesig (Sozialministerin von Mecklenburg – Vorpommern).
- Teilnahme an der Menschenkette gegen Atomkraft in Brokdorf.
- Durchführung einer sehr erfolgreichen Veranstaltungsreihe zum Thema: *Familie und Bildung – Was brauchen unsere Eltern und Kinder* mit insgesamt ca. 600 TN in allen Unterbezirken.
- Durchführung einer Veranstaltungsreihe zur PFLEGE in allen Unterbezirken.
- Im Frühjahr 2010 veranstalteten wir zwei Regionalkonferenzen in Braunschweig und in Goslar/Osterode mit über 600 TN. Bei den Konferenzen stellten sich die Kandidatinnen und Kandidaten für den Landesvorsitz, Olaf Lies, Stefan Schostok und Monika Griefahn, vor.
- Im Juni 2009 und im November 2010 führten wir gemeinsam mit dem DGB und der AWO zwei gut besuchte und inhaltlich erfolgreiche Sozialkonferenzen zum Thema *Armut in unserer Gesellschaft* durch.
- Teilnahme an Antiatomkraft-Demonstrationen in Berlin.
- Fortsetzung der Bildungsarbeit in der Kommunalakademie und Weiterentwicklung der Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen.
- Sommerreise der Bezirksvorsitzenden Sigmar Gabriel (2009) und Hubertus Heil (2010).
- Durchführung einer Kommunalkonferenz zu den Änderungen der Kommunalverfassung und des Kommunalwahlgesetzes.
- Erfolgreiche Durchführung der Aktion *Beitragssolidarität* im Herbst 2010.
- Durchführung eines *Demografie-Kongresses* mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden und Arbeitsminister Franz Müntefering.
- Veranstaltung einer Konferenz zur wirtschaft-

Bundestagswahl 2009: Erststimmen Bezirk Braunschweig ohne NOM

	Bundestagswahl 2005		Bundestagswahl 2009		Veränderungen 2005 zu 2009
	Stimmen	%	Stimmen	%	%
CDU	264.151	36,47	239.021	35,84	-0,62
SPD	368.310	50,85	264.007	39,59	-11,26
FDP	22.668	3,13	41.827	6,27	3,14
Grüne	26.047	3,60	46.280	6,94	3,34
Die Linke	29.249	4,04	53.617	8,04	4,00
Sonstige	13.916	1,92	21.799	3,27	1,35

Bundestagswahl 2009: Zweitstimmen Bezirk Braunschweig ohne NOM

	Bundestagswahl 2005		Bundestagswahl 2009		Veränder.	Nds.	Bund
	Stimmen	%	Stimmen	%	%	%	%
CDU	226.846	31,28	211.234	31,61	0,33	33,2	33,8
SPD	334.922	46,18	213.745	31,98	-14,20	29,3	23,0
FDP	58.949	8,13	75.634	11,32	3,19	10,7	10,7
Grüne	47.810	6,59	66.472	9,95	3,35	13,3	14,6
Die Linke	35.338	4,87	62.339	9,33	4,46	8,6	11,9
Sonstige	21.388	2,95	38.886	5,82	2,87	4,9	4,9

Bundestagswahl 2009: SPD-Ergebnisse in den Unterbezirken des Bezirks BS

	2005	2009	Veränderung in %
Braunschweig	44,5	28,7	-15,8
Gifhorn	43,1	30	-13,1
Goslar	44,7	31,8	-12,9
Helmstedt	46,6	31,7	-14,9
Osterode	47,5	34,1	-13,4
Peine	50,8	36,4	-14,4
Salzgitter	50,8	36,3	-14,5
Wolfenbüttel	45,1	32,3	-12,8
Wolfsburg	46,5	31,7	-14,8



Verabschiedung von Sigmar Gabriel als Vorsitzender des Bezirks Braunschweig



Gerhard Glogowski und Manuela Schwesig auf dem Neujahrsempfang des Bezirks Braunschweig

lichen Entwicklung unserer Region am 21. Januar 2011 in Wöltingerode.

- Organisatorische, inhaltliche und personelle Vorbereitung der Kommunalwahlen am 11. September 2011.
- Teilnahme unserer Vorstandsmitglieder und Delegierten an den Klausurtagungen des Landesverbandes und an den Sitzungen des Landesparteirats.



Die TeilnehmerInnen der „KETTENreAKTION“ am Atomkraftwerk in Brokdorf aus dem SPD Bezirk Braunschweig



Sigmar Gabriel beglückwünscht den frischgebackenen Vorsitzenden des Bezirks Braunschweig Hubertus Heil

- Teilnahme von allen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie zahlreicher weiterer Funktions- und Mandatsträger am SPD-Praxistag in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen.



Foto: SPD Bezirk Braunschweig

Podiumsdiskussion mit (von links): Ruth Naumann, Dagmar Kessling, Ulrich Markurth, Ulrich Gransee, Sigmar Gabriel, Wilhelm Schmidt und Rifat Fersahoglu-Weber



Foto: SPD Bezirk Braunschweig

Als Referent auf der 2. Sozialkonferenz: Günter Baaske, Sozialminister Brandenburg



Foto: SPD Bezirk Braunschweig

(von links) Michael Kleber (DGB), Uwe Hildebrandt (BZ), Rifat Fersahoglu-Weber (AWO), Carola Reimann (MdB)

Zwei Sozialkonferenzen in der Region Braunschweig

SPD, AWO und DGB organisieren Diskussion über Armut und Ausgrenzung. Obwohl die Bundesrepublik Deutschland zu den reichsten Ländern der Erde zählt, leben auch bei uns Millionen Menschen in Armut oder an der Armutsgrenze. Um über die Ursachen dieser negativen Entwicklung zu diskutieren und um Instrumente und Konzepte zur Bekämpfung von Armut zu entwickeln, hat die SPD im Bezirk Braunschweig

gemeinsam mit dem Bezirksverband der Arbeiterwohlfahrt und der DGB Region Südost Niedersachsen zwei Sozialkonferenzen durchgeführt. Die Zusammenarbeit zwischen der SPD, der AWO und dem DGB hat sich als sehr freundschaftlich, konstruktiv und erfolgreich erwiesen und soll fortgesetzt werden. Die 1. Sozialkonferenz fand im Juni 2009 in der Kantine der BMA in Braunschweig statt. Aus den Bereichen Jugendhilfe, Bildungswesen, Kommunalpolitik und von zahlreichen Sozialeinrichtungen und Verwaltungen haben über 220 Personen an der Konferenz teilgenommen. Unter dem Titel: *Armut bekämpfen* wurden Studien und Analysen über die Entwicklung der Armut vorgestellt und diskutiert. In Einzelvorträgen und während einer Podiumsdiskussion wurden die verschiedenen Aspekte und Konzepte der Armutsbekämpfung lebhaft diskutiert. Experten der 3 Veranstalter, Vertreter der Kommunen und Tafeln kamen zu Wort.

Die 2. Sozialkonferenz für die Region Braunschweig fand im November 2010 ebenfalls in der Kantine der BMA statt. Das Thema lautete *Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung*. Als Gastredner konnte der Sozialminister des Landes Brandenburg Günter Baaske gewonnen werden. In einem interessanten und lebendigen Grundsatzreferat beleuchtete er die einzelnen Aspekte dieser Thematik. Danach diskutierten die 140 Konferenzteilnehmer in 4 Workshops folgende Einzelthemen: Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, Kinderarmut in der Region Braunschweig, Altersarmut, sowie Langzeitarbeitslosigkeit und Armut. In den Arbeitsgruppen wurden Thesen und Forderungen formuliert, die in einer anschließenden Podiumsdiskussion beurteilt und diskutiert wurden. Die Moderation hatte der Journalist Uwe Hildebrandt von der Braunschweiger Zeitung übernommen. Neben den wichtigen inhaltlichen Aspekten und Konzepten ist positiv festzuhalten, dass die Konferenzen überwiegend von einem Fachpublikum besucht wurden, das mehrheitlich nicht der SPD angehörte.

Round-Table-ExpertInnengespräche zum Thema: Menschenwürdige Pflege – Pflege als Beruf

Eine Folge des demografischen Wandels wird immer deutlicher und drängt die Politik zu schnellem und nachhaltigem Handeln: Die Menschen werden stetig älter und die Anzahl derer, die menschenwürdig und professionell betreut werden müssen, steigt ebenfalls erheblich. Schon heute ist deutlich:

In einigen Bereichen der Pflege gibt es schon jetzt einen dramatischen Fachkräftemangel, während die Ansprüche an eine menschenwürdige Pflege immer umfangreicher werden.

Um über die aktuelle und zukünftige Situation der Pflege und über die Perspektiven der Pflegeberufe zu diskutieren, hat die SPD im Bezirk Braunschweig zu sieben Fachgesprächen mit Experten eingeladen.

An den Expertengesprächen haben Fachleute aus den Bereichen der Alten- und Behindertenhilfe, der Krankenkassen, der Sozialstationen, der Krankenhäuser, der Wohlfahrtsverbände, der ärztlichen Vereinigungen und der Kommunen teilgenommen. Die SPD wurde durch ihre Gesundheits- und Sozialexperten Dr. Carola Reimann MdB, Stefan Klein MdL, Eva Schlaugat und Rifat Fersahoglu-Weber vertreten. Sie leiteten und moderierten die Expertengespräche, wofür wir ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Unsere Einladung zum gemeinsamen Dialog wurde mit großem Interesse und Zustimmung aufgenommen. In allen Gesprächsrunden wurde deutlich, dass es vielfältigen Handlungsbedarf gibt und dass alle Akteure auf allen Ebenen gefordert sind. Insbesondere in folgenden Bereichen müssen schnelle und nachhaltige Lösungen gefunden werden:

1. Eine Neuausrichtung der Pflegeversicherung mit der Neudefinition des Begriffs der Pflegebedürftigkeit.
2. Die Schaffung einer soliden und solidarischen Finanzausstattung.
3. Die Aufwertung des Pflegeberufs und die Nachwuchsgewinnung durch mehr Ausbildung mit besseren Bedingungen.
4. Die Stärkung der Infrastruktur vor Ort.
5. Ein allgemeiner Imagewandel für die Pflege.

Die Ergebnisse und die Auswertung der Expertengespräche mündeten in einem Leitantrag, der den Delegierten beim Bezirksparteitag 2011 zur Beratung und Beschlussfassung vorliegt.

Bildung und Familie – Was brauchen unsere Kinder und Eltern

Neun öffentliche Konferenzen in allen Unterbezirken

Eine ausgezeichnete Bildung ist die beste Grundlage und der Schlüssel für eine individuelle, positive Entwicklung. Doch bis dieses Ziel erreicht ist, gibt es noch sehr viel zu tun. Um gute und nachhaltige Konzepte entwickeln zu können, hat der SPD Bezirk Braunschweig daher 9 Bildungskonferenzen durchgeführt. Die Ziele waren:

1. Bestandsaufnahme und Analyse der aktuel-

len Lage unseres Bildungswesens. Sammlung der inhaltlichen Argumente und Forderungen als Grundlage für die Entwicklung weiterführender Konzepte.

2. Öffnung der SPD mit dem Ziel eines inhaltlichen Dialogs mit möglichst vielen Akteuren im Bildungswesen.

Die Ziele wurden erreicht!

Mehr als 5000 Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen wurden eingeladen – mehr als 600 Gäste haben an den Konferenzen teilgenommen, und alle wesentlichen Bereiche waren gut vertreten: Kindertagesstätten, Schulen, Sportverbände, Elternräte, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen, Kommunen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen. Die Konferenzen hatten alle das gleiche Profil: Unser Bezirksvorsitzender Huberts Heil gab eine kurze Einführung in das Thema; danach fand jeweils eine Podiumsdiskussion statt, der eine offene Aussprache folgte. In einem Fragebogen konnten die Anwesenden ihre Meinung zu ausgewählten Fragestellungen zum Ausdruck bringen. Die Auswertung der ca. 400 abgegebenen Fragebögen liegt vor. Für die neun Podiumsdiskussionen ist es gelungen, 36 VertreterInnen aus den o.a. Bereichen zu gewinnen, von denen fast alle parteiunabhängig waren. So ergab sich ein sehr buntes und oftmals auch kontroverses Meinungsbild zu den verschiedensten Aspekten des Bildungswesens. Im Oktober 2010 fand in Salzgitter die Abschlussveranstaltung der Konferenzen statt. Die schulpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion, Frauke Heiligenstadt MdL, hielt ein Grundsatzreferat zu unseren Forderungen einer Reform des Bildungswesens. Hubertus Heil fasste die Hauptforderungen der neun gelungenen Veranstaltungen zusammen.

Die Beratungsergebnisse sind die Grundlage der Resolution zur Bildungspolitik, die den Delegierten bei diesem Bezirksparteitag 2011 zur Beratung und Beschlussfassung vorliegt. Dem Moderator der Podiumsdiskussionen Christoph Bratmann und allen, die zum Erfolg dieser Konferenzen beigetragen haben, sei an dieser Stelle für ihren Einsatz gedankt.

Veranstaltungen zur Struktur- und Wirtschaftspolitik für die Region des Braunschweiger Landes

Neben den Themen *Bildung und Pflege* war es dem Bezirksvorstand wichtig, die Entwicklung der Struktur- und Wirtschaftspolitik für unsere Region in den Blick zu nehmen. In Veranstaltungen zum demografischen Wandel und zur wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Region wurde dabei sehr deutlich, dass die Politik, die Wirtschaft und alle gesellschaftlichen Gruppen

zur Mitarbeit aufgefordert sind, um unsere Region neu aufzustellen und zukunftsfähig zu machen.

„Herausforderung Demografie!“

Eine Konferenz mit Franz Müntefering

Weil uns die Folgen des so genannten demografischen Wandels alle angehen und auch alle betreffen, haben wir unseren ehemaligen Parteichef und Arbeitsminister in der Großen Koalition Franz Müntefering zu einem Demografie-Kongress nach Bad Harzburg eingeladen. In einem Grundsatzreferat beleuchtete *Münste* das gesamte Szenario des demografischen Wandels mit seinen Folgen für die Wirtschaft, für die Kommunen, für die sozialen Dienste, das Gesundheitswesen, den Wohnungsbau und die sozialen Sicherungssysteme. Schnell wurde klar, was eigentlich alle wissen sollten, viele aber verdrängen:

Noch vor 20 Jahren kamen fast 4 Arbeitnehmer, also Beitragszahler, auf einen Rentner – in 15 Jahren werden nur 1,5 bis 1,8 Beitragszahler für die Finanzierung des Altersgeldes eines Rentners zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden die Menschen und damit die gesamte Gesellschaft immer älter. Der Referent machte deutlich, dass die Lösung der anstehenden Aufgaben nicht nur der jungen Generation oder aber der älteren Generation aufgeladen werden dürften. Niemand dürfe andere isolieren! Stattdessen sei es notwendig, ein konzentriertes und kooperatives Vorgehen zwischen allen Generationen und den gesellschaftlich relevanten Gruppen, gemeinsam mit der Politik und der Wirtschaft, zu organisieren. Nach einer regen und kontroversen Diskussion, an der sich zahlreiche Gäste unter den gut 130 Kongressteilnehmern beteiligten, wurde das Thema aus Sicht der Wirtschaft, der Kommunen, der älteren Generation und eines Statistikers in einer Podiumsdiskussion analysiert. Die Moderation übernahm Hubertus Heil. Für die Kreishandwerkerschaft Süd-Ost-Niedersachsen erläuterte deren Geschäftsführer Michael Wolff, dass der Wirtschaft ein eklatanter Fachkräftemangel drohe. Er forderte, die große Berufserfahrung der Älteren länger zu nutzen und die Aus- und Weiterbildung zu intensivieren. Bernhard Reuter, Landrat aus Osterode, machte unmissverständlich deutlich, dass die Kommunen wesentlich mehr Mittel benötigten, um die notwendigen Aufgaben im Bereich, der Pflege, der Betreuung und im Wohnungsbau lösen zu können. Ulrich Kegel, ehemaliger 1. Verbandsrat des ZGB, erklärte in einer Präsentation den Einwohnerrückgang im ländlichen Raum und erläuterte die Auswirkungen für die Wirtschaft und das Bildungswesen. Für die SPD AG 60 Plus begrüßte der Bezirksvorsitzende Volker Mewes die geplanten Modifizierungen an der Rente mit 67 und forderte



Foto: SPD Bezirk Braunschweig

Ein voller Erfolg: Die Bildungskonferenzen des SPD Bezirks Braunschweig. (hier in Goslar)



Foto: SPD Bezirk Braunschweig

Franz Müntefering auf dem Demografie-Kongress in Bad Harzburg



Foto: SPD Bezirk Braunschweig

Auf dem Demografie-Kongress wurde lebhaft debattiert

gleichzeitig, dass es im Sinne eines *lebenslangen Lernens* unerlässlich sei, entsprechende Bildungsangebote auch der älteren Generation zu machen.

Am Schluss der Veranstaltung war wohl allen Gästen klar: Es besteht akuter Handlungsbedarf und vor allem die SPD ist gefordert, kreative, bezahlbare und nachhaltige Lösungen vorzuschlagen.

Wirtschaft und Arbeit 2020 – Strukturpolitik für unsere Region

Im Januar 2011 führten wir im Klostergut Wöltingerode eine große Wirtschaftskonferenz mit gut 140 Besuchern aus allen Teilen der Wirtschaft durch.

Als hochkarätige Referenten und Experten konnten wir dafür Dr. Arno Brandt (Direktor bei der Nord LB Niedersachsen) und Prof. Dr. Ing. Heinz Jörg Fuhrmann (Neuer Vorsitzender des Vorstands der Salzgitter AG) gewinnen.

Nach der Begrüßung durch unseren Bezirksvorsitzenden Hubertus Heil ging Arno Brandt auf die langfristigen Wirtschaftstrends für unsere Region ein. Er machte deutlich, dass der wirtschaftliche Aufschwung und die Dynamik in unserer Region sich verstetigen werden, da vor allem die Zentren Braunschweig und Wolfsburg eine starke wirtschaftliche Strahlkraft ausübten.

Trotz der sinkenden Einwohnerzahl im ländlichen Bereich würde die positive Entwicklung anhalten, wenn man die wissenschaftliche Infrastruktur weiter stärke und den Blick noch stärker auf die Märkte der Zukunft wie Gesundheit, Mobilität und Energie richte.

Der Stahlexperte Prof. Dr. Ing. Fuhrmann hielt es für gefährlich, die Umweltpolitik zu ideologisch zu führen. Überzogene Standards mit sehr hohen Kosten würden unter Umständen zu Verlagerungen von Arbeitsplätzen, zum Beispiel in der Stahlindustrie, in das Ausland führen. Er bezeichnete das dichte Nebeneinander von Stahlproduktion und Fahrzeugindustrie im Raum Salzgitter, Braunschweig und Wolfsburg als Glücksfall für die Region. Diese gute Struktur müsse gepflegt und weiter entwickelt werden.

In seinem Schlusswort kündigte Hubertus Heil an, dass sich die SPD im Bezirk Braunschweig weiter dafür einsetzen werde, die einzelnen Zukunftsbranchen unserer Region stärker als bisher zu fördern und zu unterstützen.

Innerparteiliche Bildung / Kommunalakademie



Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten in vielen Bereichen rasant verändert und weiter entwickelt. Dieser Veränderungsprozess wird sich fortsetzen. Die SPD als Volkspartei muss ihn kritisch und konstruktiv begleiten und positiv beeinflussen. So brauchen

wir auch in Zukunft gut ausgebildete und qualifizierte Mitglieder und Funktions- und Mandatsträger.

Deshalb hatte die innerparteiliche Bildung in der Geschichte der SPD schon immer einen hohen Stellenwert. Eine intensive Bildungsarbeit ist für uns eine Daueraufgabe. Um unseren Funktions- und Mandatsträgern und allen interessierten Mitgliedern ein umfassendes Bildungsangebot zu machen, hat der SPD Bezirk Braunschweig vom Jahr 2003 an erstmals wieder ein vielfältiges Angebot an Seminaren unterbreitet. Unter dem Dach der *Kommunalakademie* wurden im Einzelnen folgende Themen angeboten:

- Grundsätze der Partei/Grundsatzprogramm/Parteigeschichte
- Parteiarbeit vor Ort / Motivation für Ortsvereinsvorsitzende
- Rhetorik und freies Reden
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Schlüsselqualifikationen wie z. B. Teambildung, Veranstaltungsmanagement
- Konfliktlösungsstrategien, Moderationstraining
- Kommunalpolitik kompakt und speziell
- Handlungsfelder der Kommunalpolitik
- Wahlkampf erfolgreich gestalten
- Aktuelle Themen aus der Landes- und Bundespolitik

Im Berichtszeitraum von 2009 bis 2011 wurden diese Bildungsangebote noch weiter entwickelt und um neue Angebote ergänzt. Im Einzelnen handelte es sich um folgende Angebote:

1. Zum vierten Mal wurde 2010/2011 die Kommunalakademie angeboten. Insgesamt 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an zwei Wochenendseminaren und 8 Tagesseminaren teil und wurden in allen wichtigen Themen der Kommunalpolitik und in wichtigen Schlüsselqualifikationen fortgebildet. Sie absolvierten so fast 100 Seminarstunden und erhielten am Schluss ein Zertifikat für ihre Teilnahme. Seit der Einführung der Kommunalakademie im Jahre 2004 haben sich somit insgesamt 224 SPD-Mitglieder für ihre kommunalpolitische Arbeit weitergebildet und zusätzlich qualifiziert.
2. Über diese Angebote hinaus fanden von 2009 bis 2011 zusätzlich 17 Einzelseminare an Wochenenden und an Sonntagen statt. Hier wurden im Wesentlichen Themen wie bereits o.a. vermittelt.

Im Zeitraum von 2009 bis 2011 haben insgesamt 390 Personen die Seminarangebote wahrgenommen. Mit der Kommunalakademie ergeben sich somit ca. 910 Teilnehmertage. Als Tagungsstätte diente uns für Wochenendseminare das Freizeit- und Bildungszentrum Asse. Es wird von allen Seminarteilnehmern gerne angenommen

und bietet beste Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsarbeit.

Mit Tagesseminaren an Sonntagen im Volksfreundschaftsaal haben wir ein neues Veranstaltungsprofil in Form einer kurzen und kompakten Seminargestaltung entwickelt.

Allen Referenten und Teamern, die die Seminare geplant und durchgeführt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Von der Parteischule wurden in der Kommunalakademie Nord (KAN-Nord) in 2009 und 2010 jeweils eine Seminarreihe von 3 Wochenenden für Kommunalpolitiker in Spitzenpositionen angeboten. Aus unserem Bezirk haben jeweils 3 Personen diese Angebote wahrgenommen.

Bei den regelmäßigen Treffen der Bildungsbeauftragten der Bezirke und Landesverbände in Berlin war unser Bezirk stets vertreten.

Des Weiteren hat der Bezirk an die Unterbezirke, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften Referentinnen und Referenten für eigene Bildungsveranstaltungen vermittelt.

Seit 2009 besteht die *Politische Bildungsgemeinschaft Niedersachsen*. Unter dem Dach dieser Bildungsgemeinschaft werden alle Bildungsangebote für Niedersachsen zusammengefasst und in einem Prospekt gemeinsam angeboten. So werden unsere Mitglieder und die der anderen 3 Bezirke über die Angebote im ganzen Land informiert und können auch an Veranstaltungen in Springe oder Aurich teilnehmen.

Gemeinsam mehr erleben – politische Bildungsreisen der SPD

Zur Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls, der Kontakte und Kommunikation sowie zur politischen Bildung wurden im Berichtszeitraum von 2009 bis 2011 vom SPD Bezirk und vom SPD Reiseservice in Berlin zwei Reisen angeboten, an denen eine große Delegation aus unserem Bezirk teilnahm.

Fahrt zum Weihnachtsmarkt nach Hamburg

An der zweitägigen Reise nach Hamburg zur Adventszeit 2009 haben 51 Personen teilgenommen. Für alle Reisefreunde war die Fahrt erlebnisreich und spannend, denn das Programm sorgte für viele neue Eindrücke. Folgendes wurde den Fahrtteilnehmern geboten:

- Fahrt mit einem Komfortreisebus und einem Überraschungsimbiss unterwegs
- Besuch mit Stadtrundfahrt und Besichtigung der Stadt Hamburg
- Besuch und Besichtigung des Hamburger Rathauses
- Besuch der Revue *Heiße Ecke* in Schmidts Tivoli-Theater
- Eine große Hafenrundfahrt
- Besuch der Weihnachtsmärkte

Während der Fahrt und des Aufenthaltes in Hamburg gab es viele Möglichkeiten für neue Kontakte und Gespräche.

So wurde der Kreis der *Reisefreunde in der SPD* um einige Reisefreunde größer. Die Reiseleitung lag in den Händen von Karl-Heinz Mühle.

Das SPD-Frühlingstreffen auf Sizilien im April 2010 war länger als geplant, denn die Reisefreunde wurden „Vulkan-Asche-Opfer“

Erneut hat der SPD Bezirk Braunschweig mit einer geschlossenen Gruppe von 36 Personen am Frühlingstreffen teilgenommen. Nach dem Flug über München nach Catania wurde den insgesamt 440 Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet ein spannendes und unterhaltendes Programmangebot unterbreitet. Die Höhepunkte des Programms waren:

- Ein politischer Frühschoppen und eine Diskussion mit Erhard Eppler
- Eine Tagesfahrt zum Vulkan Ätna und der Stadt Taormina
- Besuch und Besichtigung der Städte Palermo und Monreale
- Besuch und Spaziergang durch das Tal der Tempel
- Ein Tagesausflug nach Erice und Segesta
- Musik, Tanz und fröhliche Geselligkeit beim rauschenden Abschiedsfest

Die gesamte Reisegesellschaft wohnte in einem Hotel nahe der Kleinstadt Cefalu. Die Reise wird wohl allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in langer Erinnerung bleiben; denn 3 Tage vor dem geplanten Ende wurde klar: Die Vulkan-Asche aus Island hatte den gesamten Flugverkehr in Mitteleuropa lahmgelegt. So musste die große Reisegruppe 3 Tage länger auf Sizilien verweilen. Zum Glück konnte das Hotel alle Gäste noch weiter aufnehmen, so dass die *ungewollte Verlängerung* von allen klaglos hingenommen wurde. Schließlich wurde die Rückfahrt so

organisiert, dass man mit einem modernen Fährschiff von Palermo bis Genua fuhr und danach mit Reisebussen nach Deutschland weiter reiste. Nach fast 48 Stunden Fahrzeit erreichte man zwar müde, aber zufrieden und gut gelaunt Hannover. Die Reiseleitung lag erneut in den Händen von Karl-Heinz Mühle.

Angebote und Hilfen des SPD-Reiseservice

Da viele Ortsvereine, Fraktionen und andere Gliederungen der SPD wohl auch in Zukunft Gruppenreisen organisieren, weisen wir an dieser Stelle auf die Dienstleistungen des SPD-Reiseservice hin. Der Reiseservice ist interessiert und gerne bereit, Gruppenreisen für unsere Gliederungen zu organisieren. Unter anderem ist folgendes möglich:

- Übernahme der gesamten Organisation einer Reise (Bus mieten, Hotel buchen, Programm gestalten, Preise berechnen, Stellung eines Reiseleiters u.a.m.)
- Übernahme von Haftungsansprüchen und Versicherungsfragen
- Klärung des Anmeldeverfahrens, Einzahlung von TN-Beiträgen usw.

Das Team des SPD-Reiseservice besteht ausschließlich aus ausgebildeten Touristikfachleuten mit großer Erfahrung in allen Touristikbereichen. Der Reiseservice ist wie folgt zu erreichen:

- Tel. 030 / 255 946 00
info@spd-reiseservice.de
spd-reiseservice.de

Für weitere Informationen und Nachfragen stehen beim SPD Bezirk Braunschweig zur Verfügung:

- Karl-Heinz Mühle: Tel. 0531 / 480 98 27
Karl-Heinz.Muehe@spd.de
- Bodo Seidenthal: Tel. 05365 / 2346
Bodo@seidenthal.de



Das griechische Amphitheater in Taormina, Sizilien



Erhard Eppler (vorne rechts) beim politischen Frühschoppen auf Sizilien



Der Normannendom in Cefalu, Sizilien

Chronik

- 24.01.2009** Kleiner Parteitag zur BTW 2009 – Internetpräsentation Generalsekretär H. Heil, Sebastian Reichel. Königslutter, Königshof.
- 26.02.2009** Lichterkette im Zusammenhang mit der Einlagerung von Atom Müll in der Asse.
- 19.04.2009** Parteikonferenz zu den Wahlen 2009 mit Beteiligung aus dem Bezirk Braunschweig, Berlin, WBH.
- 24.04.2009** Bezirksdelegiertenkonferenz zur Bestimmung der Reihenfolge auf der Landesliste zur BTW, Rede Hartmut Meine. Salzgitter, Hotel am See.
- 26.04.2009** Regionalkonferenz PV zum Wahlprogramm BTW, Steinmeier, Schulz, Müntefering. Hannover, HCC.
- 09.05.2009** Bezirksparteitag mit Neuwahlen des

- Bezirksvorstands, Rede Franz Müntefering. Wolfenbüttel, Lindenhalle.
- 15.05.2009** Veranstaltung zur Europawahl mit Martin Schulz / S. Gabriel / H. Heil. Peine, Fußgängerzone.
- 26.05.2009** Gedenkfeier 100 Jahre Alfred Kubel mit G. Glogowski, K. Wetteg, Prof. Gerd Biegel. Braunschweig, Volksfreundschaft.
- 26.05.2009** Veranstaltung zum Thema *Zukunft in Arbeit. Industriepolitik für Deutschland* der Friedrich-Ebert-Stiftung. Diskussion mit Gerhard Schröder und Hubertus Heil. Ilse, Gebläsehalle.
- 07.06.2009** Europawahl SPD 20,8 %.
- 14.06.2009** a. o. Bundesparteitag / Wahlparteitag, F. W. Steinmeier Kanzlerkandidat, Einsatz eines Sonderbusses aus Braunschweig. Berlin, Hotel Estrel.

- 22.06.2009** 1. Sozialkonferenz *Armut*. Braunschweig, Kantine BMA.
- 29.08.2009** Sommerfest des SPD-Unterbezirks Peine mit Frank-Walter Steinmeier, Hubertus Heil. Peine, Marktplatz.
- 01.09.2009** Wahlkampfveranstaltung zur Bundestagswahl 2009 mit Franz Müntefering, Hubertus Heil. Gifhorn, Marktplatz.
- 06.09.2009** Wahlkampfveranstaltung mit Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und Peter Maffay. Salzgitter, Eissporthalle.
- 10.09.2009** Wahlkampfveranstaltung mit Peer Steinbrück, Carola Reimann. Braunschweig, Kohlmarkt.
- 10.09.2009** Wahlkampfveranstaltung mit Finanzminister Peer Steinbrück und Generalsekretär Hubertus Heil. Lengede, Bürgerhaus.

Chronik

21.09.2009 Wahlkampfveranstaltung mit Hubertus Heil und Carola Reimann. Braunschweig, Kohlmarkt.

24.09.2009 Abschließende Wahlkampfveranstaltung mit dem Parteivorsitzenden Franz Müntefering. Braunschweig, Burgplatz.

27.09.2009 Bundestagswahl SPD verzeichnet mit 23,0 % herbe Verluste gegenüber der Bundestagswahl 2005.

13.–15.11.2009 Bundesparteitag mit Neuwahl des Parteivorstands – Sigmar Gabriel neuer Vorsitzender. Dresden.

04.12.2009 a. o. Bezirksparteitag. Nachwahl des Vorsitzenden/H. Heil mit 94,5 % gewählt. Braunschweig, Stadthalle/CongressSaal.

22./23.01.2010 Bezirksvorstands-Klausur. Mit der neuen Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug. Kamingast am Abend: Landesbischof Dr. Friedrich Weber. Königsutter.

23.01.2010 Neujahrsempfang mit Manuela Schwesig. Braunschweig.

19.02.2010 Gedenkstunde aus Anlass des 65. Todes-tages von Dr. Heinrich Jasper mit G. Glogowski und Prof. Dr. H.-R. Jarck. Braunschweig, Volksfreundsaa.

12.03.2010 Regionalkonferenz Bezirk BS (ohne GS + OHA). Vorstellung der Kandidatin/Kandidaten für die Wahl zum Landesvorsitz (M. Griefhan, O. Lies, S. Schostok). Braunschweig, Stadthalle/CongressSaal.

17.03.2010 Veranstaltung von Jusos und AG 60+ mit Franziska Drosel, Juso-Bundesvorsitzende. Braunschweig, Volksfreundsaa.

07.04.2010 Bezirkskonferenz der ASF mit Karen Marks MdB. A. Ihbe erneut zur Vorsitzenden gewählt. Braunschweig.

12.04.2010 Regionalkonferenz für GS und OHA. Vorstellung der KandidatInnen für die Wahl zum Landesvorsitz. Clausthal-Zellerfeld.

24.04.2010 100.000 Atomkraftgegner bilden eine Menschenkette rund um Brokdorf

27.04. – 04.06. 2010 Veranstaltungsreihe *Bildung + Familie*. Insgesamt 8 Veranstaltungen in den Unterbezirken BS, GF, GS, HE, OHA, PE, WF, WOB.

19.06.2010 Kl. Parteitag/wirtschafts- und finanzpol. Themen. Antrag an a. o. Bundesparteitag: *Wachstum durch Gerechtigkeit* mit Hubertus Heil. Braunschweig.

14.–16.07.2010 + 19.–20.07.2010 Sommerreise Hubertus Heil. Unterbezirke im Bezirk Braunschweig.

14.08.2010 Bezirksvorstandsklausur. Themen u. a. *Beitragssolidarität*, Kommunalwahl 2011. Gifhorn, Morada-Hotel Isetal.

19.08.2010 Auftakt der Veranstaltungsreihe *Round-Table: Menschenwürdige Pflege – Pflege als Beruf*. Braunschweig.

21.09.2010 OV-Vorsitzenden- und Kassierer-Konferenz, Aktuelle Politik, Beitragssolidarität, Kommunalwahl. Braunschweig, Vortragssaal/Stadthalle.

26.09.2010 außerordentlicher Bundesparteitag. STATION Berlin.

01.10.2010 Kleiner Parteitag *Bildung + Familie* mit Frauke Heiligenstadt und Hubertus Heil. Salz-gitter.

18.10.2010 Kommunalpolitische Konferenz zu den geplanten Änderungen der nds. Kommunal-verfassung mit MdL Klaus-Peter Bachmann. Braunschweig, Volksfreundsaa.

05.11.2010 2. Sozialkonferenz von SPD, AWO + DGB mit Sozialminister Günter Baaske, Brandenburg. Braunschweig.

18.11.2010 *Demografie-Kongress* mit F. Müntefering, Landrat B. Reuter, OHA, M. Wolff Handwerks-kammer WF. Bad Harzburg.

21./22.01.2011 Bezirksvorstands-Klausur mit Wirtschaftskonferenz. Referenten Bankdirektor Dr. Arno Brandt Nord-LB, Prof. Dr. Ing. Heinz Jörg Fuhrmann, Vorst.-Vors. Salzgitter AG, Matthias Machnig Wirtschaftsminister Thüringen (abge-sagt). Kamingast am Abend: Oberbürgermeister Stephan Weil. Klostergut Wöltingerode, Vienen-burg.

Bezirk Hannover



Generationswechsel gestalten, Strukturen verbessern, inhaltliches Profil weiterentwickeln



Foto: Christoph Matterne

Bezirksparteitag 2009: Der neue Bezirksvorsitzende Stefan Schostok mit seinem langjährigem Vorgänger Wolfgang Jüttner

Bundestagswahlergebnis, Bezirksparteitag, Generationswechsel gestalten

Am 27. September 2009 erreichte die SPD ein enttäuschendes Wahlergebnis:

■ Wahlergebnis Bund	23,00 %
■ Wahlergebnis Niedersachsen	29,30 %
■ Wahlergebnis Bezirk	30,07 %

Trotz hoher Verluste – Niedersachsen erlitt zwar den höchsten Verlust aller Flächenländer – allerdings von einer sehr hohen Ausgangslage durch die Sonderkonjunktur *Gerhard Schröder* 2005 – erzielte aber das beste Wahlergebnis der Flächenländer und das zweitbeste Landes-ergebnis nach Bremen.

Einen Monat nach dem diesem Ergebnis wurde der Bezirksparteitag durchgeführt und ein neuer Bezirksvorstand gewählt. Im Mittelpunkt des Bezirksparteitages standen die Neuwahl des Vorsitzenden, die Verabschiedung des bisherigen Vorsitzenden Wolfgang Jüttner nach 16 Jahren und ein damit einhergehender Generationswechsel zu Stefan Schostok. Die Analyse des Wahlergebnisses der Bundestagswahl und die weiteren Maßnahmen zur Auswertung bestimmten neben der Antragsberatung den Verlauf des Parteitages.

Die Öffnung der Partei praktizieren

Die Auswertung des Bundestagswahlergebnisses fand in einer großen Zahl von Sitzungen in den Unterbezirken, in den Bezirksvorstandssitzungen und in einer großen für alle interessierten Mitglieder und Funktionäre öffentlichen Auswertungskonferenz in der AWD-Arena statt. Dazu wurden auch als Referenten und Diskutanten Vertreter vieler gesellschaftlicher Gruppen, Vereine und Verbände eingeladen und nahmen teil. In verschiedenen Workshops wurden die Ursachen des Wahlergebnisses ausgewertet, vor allem unser eigener Stellenwert, unsere Perspektiven und Arbeitsweise überprüft und formuliert.

Bundesparteitag in Dresden

Nach der verlorenen Wahl stand auch der Bundesparteitag im Zeichen eines Neuanfangs der SPD. Der bisherige Parteivorsitzende Franz Müntefering hatte erklärt, er werde nicht wieder kandidieren. Deshalb war im Vorfeld des Parteitages nicht nur die inhaltliche Ausrichtung, sondern auch die zukünftige personelle Aufstellung zu diskutieren.

Bereits vor dem Bezirksparteitag waren die ersten Weichen einer selbstkritischen Analyse in einem Gespräch mit Olaf Scholz bei der Bezirks-

führung: Vorstand, Abgeordnete und weitere Interessierte, gestellt.

Der Vertrauensverlust in die Politik der SPD gründete sich auf mehreren Faktoren, z.B. Erhöhung der Umsatzsteuer, nachdem im Wahlkampf eine geringere Erhöhung massiv bekämpft wurde, tatsächliche oder angenommene Folgen der *Hartz IV*-Gesetze, Rente mit 67, Angst vor dem sozialen Abstieg in der Mittelschicht, besonders aber mangelnde Kommunikation in der Gesellschaft, mangelhafte Einbindung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen in den politischen Diskurs bei notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen. Der Bundesparteitag, diskutierte diese (u.a.) Fragen und mit der Rede des Parteivorsitzenden und den Debatten, an denen sich auch Delegierte aus dem Bezirk Hannover beteiligten, zeigte sich die SPD als selbstkritische aber auch selbstbewusste Partei. Der Bezirk Hannover war mit der Wahl von Edelgard Bulmahn und Wolfgang Jüttner in den Parteivorstand und mit Walter Meinhold in die Kontrollkommission erneut erfolgreich.

Parteireform in Niedersachsen – den Wandel aktiv begleiten

Der Auftrag aus dem vorhergehenden Landesparteitag, die Analyse der Parteisituation nach der letzten Landtagswahl und die Beschlüsse im Bezirk Hannover zur Struktur und Arbeit der Landespartei bestimmten die innerparteiliche Arbeit. Eine Strukturkommission auf Landesebene fasste erste Ergebnisse zusammen, die bereits zu einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den vier Bezirken und im Landesverband führten, z.B. in der Bildungsarbeit, im Bereich des Internetauftritts (CMS) auf einer gemeinsamen Plattform etc. So waren bereits zwei Stellen für den Landesverband aus dem Personal des Bezirkes gestellt. Einen besonderen Beitrag zur Entwicklung eines einheitlichen Landesverbandes leistete der Bezirk Hannover, indem er, unter Beteiligung des Landesverbandes, mit der Gewerkschaft Ver.di einen Übergangs- und einen Sozialtarifvertrag abschloss, dem der Landesverband verabungsgemäß beitrug. Diese Tarifverträge sollten den reibungslosen Übergang des Personals in einen Landesbezirk sicherstellen.

Nach dem Bezirksparteitag sollte in einer Klausur des Landesverbandes im Januar 2010 der nächste Schritt zu einem Landesbezirk vorbereitet werden. Die Erklärung des Landesvorsitzenden Garrelt Duin, nicht erneut zu kandidieren führte zu einer völlig neuen Ausgangslage. Die Option Landesbezirk blieb nur als längerfristige Perspektive.

In 10 Regionalkonferenzen in denen ein (unverbindliches) Meinungsbild der Anwesenden er-

stellt wurde, sollte die Entscheidung des Landesparteitages über einen Vorsitzenden vorbereitet werden. Dies führte zu erheblichen Anstrengungen, um den Mitgliedern die Möglichkeit zur Beteiligung, das Kennen lernen der Kandidaten und der Abgabe eines Votums zu ermöglichen. Innerhalb von vier Monaten mussten landesweit 10 Veranstaltungen konzipiert, vorbereitet und durchgeführt werden – ein erheblicher logistischer, personeller und finanzieller Aufwand. Nur 3 der Veranstaltungen fanden im Bereich des Bezirkes Hannover statt.

Auf dem Landesparteitag wurde dann Olaf Lies zum Vorsitzenden gewählt, Stefan Schostok wurde Stellvertretender Vorsitzender, ebenso wie Gabriele Lösekug-Möller; als weitere Mitglieder wurden aus dem Bezirk Hannover gewählt: Frauke Heiligenstadt, Hauke Jagau, Matthias Miersch, Astrid Schlegel, Andrea Schröder-Ehlers, Uwe Schwarz, Ulrich Watermann.

Wolfgang Jüttner erklärte, nicht wieder zum Fraktionsvorsitzenden zu kandidieren und Stefan Schostok wurde auf Vorschlag des Landesvorstands in der Landtagsfraktion zum Vorsitzenden gewählt.

Die weiteren Beschlüsse der Klausur des Landesvorstands brachten die Einrichtung einer Finanz- und Personalkommission, die seitdem für eine Abstimmung und Koordination der Finanzplanung und Personalentwicklung in den Bezirken und im Landesverband sorgen soll.

Die zukünftige Struktur der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften stand mehrfach auf der Tagesordnung und wurde in vielen Gesprächen mit und Diskussionen innerhalb der Arbeitsgemeinschaften erörtert. Die Debatte und der Prozess der Beschlussumsetzung sind noch nicht abgeschlossen. In der Sache geht es darum, ob eine effektive Arbeit der Arbeitsgemeinschaften im Landesverband und im Bezirk geleistet werden kann und notwendig ist.

Die Voraussetzungen sichern – Konsolidierung der Handlungsfähigkeit – Aktion Beitragssolidarität und Kommunikation mit den Gliederungen

Die Wahlergebnisse der Landtagswahlen 2003, 2008 und der Bundestagswahl 2009 führen auch zu verminderten Einnahmen. Hinzu kam ein über mehrere Jahre anhaltender Rückgang der Mitgliederzahlen, der nicht mehr durch steigende Beiträge aufgefangen werden konnte. Schon in den Beratungen des Wirtschaftsplans 2009 war klar, dass zur langfristigen Sicherung der politischen Arbeitsfähigkeit einschneidende Maßnahmen ergriffen werden mussten. Ein Konzept für Beitragssolidarität musste entwickelt werden, eine gemeinsame Plattform mit



Foto: Christoph Matterne

Reges Interesse bei den Regionalkonferenzen, hier in Lüneburg



Foto: Christoph Matterne

Stefan Schostok bei seiner Rede auf dem Bezirksparteitag 2009 in Hannover

den anderen Bezirken in Niedersachsen wurde gefunden – eine ad-hoc-Kommission Beitragssolidarität mit Mitgliedern aller Gliederungsebenen entwickelte ein Konzept, die Unterbezirksvorsitzenden wurden einbezogen, Bezirksvorstand und Bezirksbeirat stimmten zu. In 13 Konferenzen in den Unterbezirken mit ca. 350 Ortsvereinsvorsitzenden und Kassierern, mit Anschreiben an alle Vorsitzenden und Kassierer, wurde eine große Kommunikationskaskade losgetreten. Nachdem die Ortsvereine die Möglichkeit der Freistellung von Mitgliedern genutzt hatten, wurden alle anderen Mitglieder angeschrieben und erhielten zusätzlich ein Informations-*Flugblatt*. In der Kommunikation mit mehreren Tausend Mitgliedern wurden immer auch die Fragen diskutiert:

Was macht die Partei mit den Mitgliedsbeiträgen, wie stellen wir die Partei für die Zukunft auf, bleibt unser Unterbezirksbüro erhalten, was ist eigentlich die Aufgabe der Partei, was macht der Bezirk, was tut mein Unterbezirk oder Ortsverein?

Fragen und Antworten, die weit über das enge Thema hinausgingen. Alleine diese Kommunikationskaskade und die vielen Gespräche über die Parteaufgaben und die Parteiarbeit rechtfertigten diesen erheblichen Zeit- und Energieaufwand. Und auch die Konflikte die ausgetragen wurden sind notwendiger Bestandteil einer lebendigen innerparteilichen Kommunikation.



Foto: Christoph Matthee

Stefan Schostok unterstützt den Verein aufPASSEN e.V. (hier beim Landesparteitag 2011 in Wolfsburg)

Der Dank für das solidarische Verhalten der Mitglieder richtet sich auch an die Abgeordneten aller Ebenen, die sich mit eigenen Anstrengungen bei den Beiträgen und den Sonderbeiträgen beteiligt haben. Und die Beschäftigten haben bei den Tarifverhandlungen ebenso ihre Solidarität bewiesen.

Nicht nur der Verlauf der Aktion war ermutigend, gerade das sehr gute Ergebnis ist ein langfristiger Beitrag zur Sicherung der politischen Arbeit.

Diese Arbeit wurde ergänzt durch eine seit vielen Jahren arbeitende Strukturkommission im Bezirk, die paritätisch vom Vorstand und durch den Betriebsrat besetzt ist. Sie begleitet den Strukturprozess, berät über personelle Entwicklungen und überprüft, ob die langfristig definierten Ziele der Strukturentwicklung beachtet werden – damit ist sie auch ein wichtiges Inst-

strument des Interessenausgleiches zwischen der Partei als Arbeitgeber und den Beschäftigten. Sie hat im Verlauf der Jahre zu einem nicht konfliktfreien aber fairen Entwicklungsprozess beigetragen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte

Wichtige Themen haben weiter das Profil des Bezirkes geprägt. In der landespolitischen Debatte standen sozial- und gesundheitspolitische Fragen neben der Bildungspolitik im Vordergrund. Der Verbindung von Kommunal- und Landespolitik wurde durch Behandlung der Finanzlage der Kommunen und in der Diskussion über die Verzahnung von Europa-, Bundes-, Landespolitik nachgegangen. Z.B. wurden die Pflegekampagne der Landtagsfraktion und die Pflegekampagne des Parteivorstands und ihre Umsetzung erörtert. Das Bündnis gegen das Sparpaket wurde vorgestellt und mit der Arbeit der Unterbezirke verknüpft. Zur *Rente mit 67* wurde für den außerordentlichen Parteitag ein Antrag erarbeitet.

Die Atompolitik und Energiewende wurden auch schon vor dem japanischen Atomunfall in Fukushima mehrfach diskutiert; der Bezirk beteiligte sich finanziell, personell und organisatorisch sowohl an den Castoraktionen als auch an der Kettenreaktion.

In den letzten Monaten erweiterte der Bezirksvorstand sein Arbeitsprogramm, in dem wichtige Themen im Hinblick auf eine Beschlussfassung auf dem Bezirks- und Bundesparteitag

bearbeitet werden sollen:

- Die zukünftige Finanzierung des ÖPNV
- Die Zukunft der Kommunalfinanzen
- Bildung in Niedersachsen
- Gesund und sicher leben – zur Pflegesituation in Niedersachsen
- Demokratie in Parteien, Politik und Gesellschaft – Organisationsreform der Bundespartei

Die Kommunalwahl am 11. September 2011 prägt mit den inhaltlichen Beschlussfassungen und der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten die Arbeit in den Ortsvereinen und Unterbezirken. In der langjährigen Tradition des SPD-Bezirk Hannover wurde wieder viel Wert auf die Qualifizierung des kommunalpolitischen Nachwuchses und auch der Kommunalpolitischen Führung gelegt. Die Kommunale Akademie Niedersachsen, seit mehr als 13 Jahren im Bezirk aktiv, unterstützte dabei wieder mit ihren Angeboten die systematischen Organisations- und Personalentwicklung im Bezirk. Dieser politische Schwerpunkte der Arbeit im Bezirk Hannover gliedert sich in die auf viel Jahre angelegte strategischen Ausrichtung des Bezirkes: Demokratische Beteiligung als ein Kern der ehrenamtlichen politischen Arbeit, hauptamtliche Absicherung dieser Arbeit auch in der Fläche für eine politische Handlungsfähigkeit, politische Bildung als Beitrag zur Organisationsentwicklung und innerparteilichen Demokratie und moderne Medien in einer sich rasant verändernden Kommunikationskultur und -struktur.

Gemeinsam mit den niedersächsischen Bezirken und dem Landesverband wurden für die Modernisierung der niedersächsischen SPD entsprechende Beschlüsse gefasst und umgesetzt. Durch eine gemeinsame erfolgreiche *Aktion Beitragssolidarität* konnten wir die finanziellen Voraussetzungen für eine funktionierende Parteistruktur schaffen.



Foto: SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen

Verabschiedung von Dieter Möhrmann, der den Bezirk seit 19 Jahren als Vorsitzender geführt hatte inmitten der UB-Vorsitzenden aus dem Bezirk Nord-Niedersachsen



Foto: SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen

Der Bezirksvorstand während einer Klausurtagung

und eine solidarische Reform des Krankenversicherungssystems aus.

Mitgliederzahlen

- 31.12.2009: 6.388
- 31.12.2010: 6.239

Bezirksparteitage

In Anwesenheit des SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel hat die SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen 11. September 2010 ihren langjährigen Bezirksvorsitzenden Dieter Möhrmann (Schneverdingen) verabschiedet und mit Petra Tiemann (Stade) an der Spitze einen neuen Bezirksvorstand gewählt. Petra Tiemann war bisher Finanzverantwortliche im Bezirksvorstand und ist zudem Mitglied des Niedersächsischen Landtags. Dieter Möhrmann hatte 19 Jahre an der Spitze des SPD-Bezirks gestanden und wurde in diversen Reden für seine Leistungen in der Partei gewürdigt.

Der Bezirksparteitag sprach sich unter anderem mit deutlicher Mehrheit für einen Mindestlohn von 8,50 Euro, eine Begrenzung der Leiharbeit

Mitglieder des Bezirksvorstands 2009

Gewählt auf dem 61. Bezirksparteitag am 06.09.2008 in Schneverdingen	BeisitzerInnen	
Ehrenvorsitzender	Richard Eckermann	UB Verden
Karl Ravens	Sandra Sabrina Groß	UB Cuxhaven
Vorsitzender	Lars Klingbeil	UB Soltau-Fallingbostel
Dieter Möhrmann	Daniela Behrens	UB Cuxhaven
MdLUB Soltau-Fallingbostel	Lore Künemann	UB Verden/60plus
StellvertreterInnen	Dörte Liebethuth	UB Verden
Gwendolin Jungblut	Jendrik Schröder	UB Osterholz
UB Verden	Gunnar Wegener	UB Cuxhaven
Claus Johannßen	Birgit Wilgorski	UB Stade
UB Cuxhaven	Geschäftsführer	
Bernd Wölbern	Heino Baumgarten	
UB Rotenburg		
Finanzverantwortliche		
Petra Tiemann, MdL		
UB Stade		

Mitglieder des Bezirksvorstands 2010

Gewählt auf dem 63. Bezirksparteitag am 11.09.2010 in Ritterhude	BeisitzerInnen	
Ehrenvorsitzender	Daniela Behrens	UB Cuxhaven
Karl Ravens	Richard Eckermann	UB Verden
Vorsitzender	Sandra Sabrina Groß	UB Cuxhaven
Petra Tiemann, MdL	Dörte Liebethuth	UB Verden
MdL	Tam Ofori-Thomas	UB Rotenburg
UB Stade	Annika Protze	UB Stade
StellvertreterInnen	Jendrik Schröder	UB Osterholz
Gwendolin Jungblut	Gunnar Wegener	UB Cuxhaven
UB Verden	Annette Schütz	UB Soltau-Fallingbostel
Claus Johannßen	Franka Strehse	UB Soltau-Fallingbostel
UB Cuxhaven	Birgit Wilgorski	UB Stade
Lars Klingbeil	Geschäftsführer	
UB Soltau-Fallingbostel	Heino Baumgarten	
Bernd Wölbern		
UB Rotenburg		
Finanzverantwortliche		
Christina Jantz		
UB Osterholz		

Konferenzen und Veranstaltungen 2009 / 2010

07.03.2009 Juso-Bezirkskonferenz in Rotenburg	20.03.2010 ASF-Bezirkskonferenz in Loxstedt
12.03.2009 AsJ-Bezirkskonferenz in Bremen	24.04.2010 Juso-Bezirkskonferenz in Loxstedt
14.03.2009 BezirksvertreterInnenversammlung Bundestagswahl 2009	12.06.2010 Regionales Wirtschaftsgespräch in Stade mit LV
22.10.2009 Afb-Bezirkskonferenz in Walsrode	11.09.2010 63. Bezirksparteitag in Ritterhude
09.03.2010 60plus-Bezirkskonferenz in Bremervörde	27.10.2010 Fachkonferenz zur Kommunalverfassung in Nartum

Der Bezirksvorstand hat durch Gespräche, Konferenzen und Besuche die Kontakte zu den Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, den Unternehmerverbänden und Kirchen wesentlich verbessert.

Arbeitsgemeinschaften

Im Bezirk sind 6 Arbeitsgemeinschaften aktiv. Die ASF, die Jusos und die AG 60plus können sich auf einen Organisationsaufbau in Ortsvereinen und Unterbezirken stützen. Daneben arbeiten die Afb, die ASG und die AsJ auf Bezirksebene.

Europawahl 2009

Das schon historisch schlechte Ergebnis der Europawahl 2004 wurde nicht einmal wieder erreicht. Vielmehr gab es weitere Verluste für die SPD. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 40,5 % erreichte die SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen nur 26,3 % der Stimmen, 0,4 % weniger als 2004.

Bundestagswahl 2009

Thurid Küber, Dr. Margrit Wetzels, Joachim Stünker und Lars Klingbeil haben mit hohem persönlichem Einsatz hervorragende Wahlkämpfe geführt. Thurid Küber und Joachim Stünker verpassten äußerst knapp das Direktmandat. Im Bezirk Nord-Niedersachsen erreichte die SPD 35,7 % der Erststimmen, 11,3 % weniger als noch 2005. Bei den Zweitstimmen mit 28,5 % betrug der Verlust sogar 13,7 %. Das schlechte Wahlergebnis hat dazu geführt, dass wir im Bezirk Nord-Niedersachsen mit Lars Klingbeil nur noch einen Bundestagsabgeordneten stellen.

Bezirksvertreterversammlung

Die Delegierten der SPD-Bezirksvertreterversammlung Nord-Niedersachsen beschlossen am 14. März 2009 in Achim-Bierden ihre Listenplatzvorschläge für die SPD-Landesliste zur Bundestagswahl 2009. Auf Platz 1 der Bezirksliste wurde in geheimer Abstimmung der Munsteraner Lars Klingbeil (Wahlkreis Rotenburg I/Soltau-Fallingbostel) gewählt. Es folgten Joachim Stünker (Platz 2), Dr. Margit Wetzels (Platz 3) und Thurid Küber auf Platz 4.



Foto: SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen

Besuch des Bezirksvorstands im Nationalparkzentrum Nordsee in Cuxhaven mit dem Europaabgeordneten Matthias Groote

Bezirk Nord-Niedersachsen



Foto: SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen

Der bisherige Bezirksvorsitzende Dieter Möhrmann mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, der neuen Bezirksvorsitzenden Petra Tiemann und dem Landesvorsitzenden Olaf Lies beim Bezirksparteitag im September 2010

Bezirk Weser-Ems**1. Politische Rahmenbedingungen**

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bezirksvorstands standen im Berichtszeitraum die Europawahl am 07.06.2009, die Bundestagswahl am 27.09.2009 sowie die Vorbereitung der Kommunalwahlen am 11.09.2011 in Niedersachsen und die Strukturreformen der Partei im Bezirk Weser-Ems und in Niedersachsen.



Foto: SPD Bezirk Weser-Ems

Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und der Bezirksvorsitzende Garrelt Duin (2.v.r.) beim Bundestagswahlkampfauftritt in Emden



Foto: SPD Bezirk Weser-Ems

Der erweiterte Bezirksvorstand zu Besuch beim AWO-Kompetenzzentrum in Rastede

Nach einem erfolgreichen Europawahlkampf wurde mit dem Ostrhauderfehn Matthias Groote ein Weser-Emser ins Europaparlament gewählt. Leider waren die Ergebnisse nicht so dass sie als ein Signal für die Bundestagswahl genutzt werden konnten. Auch sind nur zwei Niedersachsen im EU-Parlament vertreten, was eine hohe Arbeitsbelastung für unsere EU-Parlamentarier bedeutet. Matthias Groote mit seinen Arbeitsschwerpunkten Umwelt, Industriepolitik / regionale Entwicklungsförderung und

Fischereipolitik, sowie Bernd Lange mit Themen zum soziale Zusammenhalt in Europa, der Industriepolitik und der öffentliche Daseinsvorsorge sind vielgefragte Ansprechpartner. Direkt im Anschluss ging es in den Bundestagswahlkampf. Thematisch konnten wir mit guten Positionen auftreten und die Unterstützung von Hubertus Heil am 24.06.2011 in Suurhusen und auf der zentralen Wahlkampfkundgebung mit unserem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier in Emden zeigte die Partei in einer guten Stimmung. Dass trotz aller Anstrengungen mit nur 23 % ein historisch schlechtes Ergebnis erzielt wurde schmerzt immer noch nach. In Folge dieses Wahlergebnisses konnten nur noch vier von vormals sieben Bundestagswahlkreisen besetzt werden. Direkt gewählt wurden Garrelt Duin und Karin Evers-Meyer, über Liste zogen Holger Ortel und Dr. Martin Schwanholz in den Bundestag. Der Verlust von 3 Mandaten hat gravierende Auswirkungen auf Betreuung der Wahlkreise in Weser-Ems und die Finanzen des Bezirks.

Der Bezirksvorstand hat nach und während der Wahlkämpfe auf seinen zahlreichen Sitzungen für den Bezirk relevante Themen, wie Verbraucherschutz, erneuerbare Energien und regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik intensiv behandelt. Mit vielen Sitzungen, zu denen wichtige Akteure der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen eingeladen wurden, ist ein reger Austausch mit und für die regionalen politischen Ansprechpartner und Multiplikatoren gewährleistet. Mit großer Energie und wichtigen Themen wie Leiharbeit und Mindestlohn wurde in mehreren Runden auch ein gutes Verhältnis zu den regionalen Gewerkschaften aufgebaut. Dieses ist in den nächsten Jahren auszubauen und wird helfen, verlorenes Vertrauen zurückzuholen.

Landesverband und Bezirk Weser-Ems haben sich nach der Bundestagswahl erneut intensiv mit der zukünftigen Struktur der SPD in Niedersachsen auseinander gesetzt. Unterschiedliche Interessen innerhalb Niedersachsens begleiten einen langen, von gegenseitigem Respekt geprägten Diskussionsprozess. Um diesen Interessen einen unbelasteten Neuanfang zum Wohle einer gemeinsamen Zukunft der SPD in Niedersachsen zu ermöglichen, trat der bisherige Bezirks- und Landesvorsitzende aus Weser-Ems, Garrelt Duin (MdB) am März 2010 von seinen Ämtern zurück. Beim Landesparteitag am 29.5.2010 wurde mit Olaf Lies, MdL aus Sande erneut ein Genosse aus Weser-Ems zum Landesvorsitzenden gewählt. Dieser Wahl ging mit der Durchführung von 10 Regionalkonferenzen eine Vorstellung der Kandidaten voraus. Das Einholen eines Votums der Teilnehmer an diesen

Basis-Konferenzen für ihren Kandidaten zum Landesvorsitz ist erstmalig und mit großem Erfolg durchgeführt worden.

Auf dem kleinen Bezirksparteitag am 08.05.2011 wurde Johanne Modder (MdL) als Nachfolgerin für Garrelt Duin mit großer Mehrheit gewählt.

Die durch die verlorene Landtagswahl notwendige und durch eine mittelfristig schwierige Finanzsituation untermauerte Diskussion um die Zukunft des hauptamtliche Versorgung und des Mitteleinsatzes wurde intensiv in den Parteigliederungen in Weser-Ems geführt.

Es wurde daher mit großer Mehrheit ein neues Konzept für die hauptamtliche Versorgung der Untergliederungen im Flächenbezirk Weser-Ems verabschiedet. Dieses neue Regionalkonzept wird mittelfristig die Grundversorgung der Parteigliederungen sichern helfen. In einem darauf folgenden gemeinsamen Prozess haben Untergliederungen und Regional- sowie Lokalgeschäftsstellen die Mindestanforderungen für ihren Bereich definiert und stellen dieses Angebot in der täglichen Arbeit sicher.

Auch in der Landtagsfraktion kam es zu personellen Veränderungen. Durch den Rückzug von Wolfgang Jüttner von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender im niedersächsischen Landtag wurde Stefan Schostok aus Hannover sein Nachfolger. Unsere Bezirksvorsitzende Hanne Modder wurde zur neuen parlamentarischen Geschäftsführerin der Landtagsfraktion gewählt.

2. Finanzen, Personal und Geschäftsstellen im Bezirk

Die demografische Entwicklung unserer Mitgliedschaft ist Hauptgrund für die weiterhin rückläufige Mitgliederentwicklung im Bezirk Weser-Ems.

Dieses führte zu sinkenden Beitragsanteilen für den Bezirk, die in 2009 die Personalkosten des Bezirks nicht mehr abdecken konnten. Für das Jahr 2010 konnte diese Entwicklung wieder abgemildert werden. Die staatlichen Mittel nehmen auf Grund der sinkenden Wahlergebnisse kontinuierlich ab. Die Mandatsträgerbeiträge im Bezirk waren konstant und Spendeneinnahmen fanden auf Bezirksebene so gut wie nicht statt.

Die Ausgaben schwanken jährlich deutlich. Dies hängt mit den anstehenden Wahlen zusammen und ob Bundes- und Bezirksparteitage stattfinden. Die Personalkosten gingen ohne Berücksichtigung der Rückstellungen für Personal zurück. Dennoch ist ohne strukturelle Veränderungen für die Zukunft mit einem Haushaltsdefizit zu rechnen.

Mit der Abordnung von Rainer Strang an den Landesverband zur Stärkung der politischen Schlagkraft in Hannover übernahm Reinhard Pauk die Funktion des Bezirksgeschäftsführers. Nach seinem Erreichen der Freistellungsphase der Altersteilzeit am 01.06.2010 bestellte der Bezirksvorstand Weser-Ems den bisherigen Geschäftsführer Olaf Abdinghoff-Feldkemper zum Bezirksgeschäftsführer.

Diese Veränderungen ging einher mit der organisatorischen und strukturellen Umstellung der hauptamtlichen Versorgung auf ein Regionalgeschäftsstellenmodell. Bereits zum 01.06.2010 nahm die Regionalgeschäftsstelle Oldenburg mit den Lokalgeschäftsstellen Cloppenburg und Delmenhorst die Arbeit auf. Sie übernahm als Regionalbereich mit ihren sieben zu betreuenden Unterbezirken Pilotfunktion. Mit den dort gewonnenen Erfahrungen mit dem Regionalprinzip bei geringerer Personalausstattung wurden in den weiteren Regionen Ost-Friesland (6 Unterbezirke bei einer Regional-GS in Norden und zwei Lokal-GS in Leer und Wilhelmshaven) und Osnabrück (Regional-GS Osnabrück und Lokal-GS Meppen) organisatorische Reibungsverluste vermieden und eine gemeinsam mit den Untergliederungen erarbeitete Grundversorgung sichergestellt.

Das neu eingeführte Regionalmodell kann diesen Anspruch umsetzen helfen. Allerdings ist allen politischen und ehrenamtlichen Akteuren klar, dass eine weitere Personalreduzierung die Versorgung der Fläche in Frage stellen wird. Ferner wird gerade in Wahlkampfzeiten ein hoher Arbeitseinsatz von den hauptamtlichen Mitarbeitern verlangt, der regelmäßig an die Grenze der Belastbarkeit geht, so dass eine weitere Ausdünnung der Personaldecke nicht zu verkraften sein wird.

Für den Bezirk Weser-Ems ist es notwendig, die Präsenz unserer Geschäftsführer in der Fläche sicherzustellen. Weiterhin ist aber gleichzeitig wichtig, dass der Bezirk seinen Beitrag zur Stärkung des Landesverbandes leistet. Mit dem Einsatz von Remmer Hein in der Landesgeschäftsstelle in Hannover ist seit dem 01.01.2011 erneut und vollständig die Verpflichtung des Bezirks zur Abordnung von Personal an den Landesverband erfüllt.

3. Parteitage**Kleiner Bezirksparteitag am 14. Februar 2009 in Wardenburg**

Im Mittelpunkt dieses Kleinen Parteitags standen die bevorstehende Europa- und Bundestagswahl. Als Referent konnte der Generalsekretär der SPD Hubertus Heil gewonnen werden. In seiner Rede führte Hubertus Heil aus, dass die

Europa- und Bundestagswahl Grundsatzentscheidung mit sich bringen wird: Die Entscheidung zwischen wirtschaftsradikaler Ideologie, die für die Wirtschafts- und Finanzkrise verantwortlich ist, und einer sozialen Marktwirtschaft mit einer starken Rolle des Staates und festen Regeln für die Finanzmärkte. Mit einem Konjunkturprogramm wird Deutschland die Auswirkung der Wirtschaftskrise stemmen können. Die Finanzmärkte brauchen klare Regeln, aber hier liegt die Entscheidung auch in Brüssel. Deshalb kämpft die SPD für ein soziales Europa.

Die Finanzkrise darf nicht zur Krise unserer Demokratie werden, führte Hubertus Heil aus und wirtschaftlicher Erfolg nicht gegen soziale Gerechtigkeit ausgespielt werden. Eine fortschrittliche Bildungspolitik wird als Eckpunkt einer modernen Wirtschaftspolitik gesehen. Deshalb wird auch dieser Themenbereich eine große Rolle im Europa- und Bundestagswahlkampf spielen.

Hinzu kommen eine gerechte Steuerpolitik, die die Lasten an den Gemeinkosten neu verteilt, und eine Politik, die für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Männer sorgt.

Unser Vorschlag für die Landesliste zur Bundestagswahl wurde von Garrelt Duin angeführt. Auf den nächsten Plätzen folgen Karin Evers-Meyer, Holger Ortel, Dr. Martin Schwanholz, Gabriele Groneberg, Dieter Steinecke, Gesine Mulhaupt, Rainer Spiering und Keno Borde.

Bezirksparteitag am 29./30.08.2009 in Emden
Der Bezirksparteitag der SPD Weser-Ems hat in Emden am 29.08.2009 den 41-jährigen MdB und SPD-Landesvorsitzenden Garrelt Duin aus Hinte zum Bezirksvorsitzenden wiedergewählt und ihm das Mandat gegeben, die Geschicke des Bezirks für weitere zwei Jahre zu führen.

Duin stellte in seiner mitreißenden Rede klar, dass die SPD die Partei ist, die die Belange der Bürgerinnen und Bürger am besten in ein verantwortungsbewusstes Regierungshandeln umwandeln kann. „Von Abwrackprämie bis zu einer an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichteten Bildungspolitik, von kommunaler Vorsorge bis Sicherung der regionalen Arbeitsplätze, die SPD ist nah am Menschen!“, so Duin in seiner Rede.

Als Gastredner begrüßte der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz. Er erinnerte, dass Finanzminister Steinbrück bereits auf dem Regierungsgipfel in Heiligendamm vor den Negativentwicklungen auf den Finanzmärkten gewarnt hat. Man habe diese Warnungen jedoch in den Wind geschlagen und es sei nichts geschehen. Und inzwi-



Foto: SPD Bezirk Weser-Ems

Nominierung zur Bundestagswahl unter den Augen des Generalsekretärs: Garrelt Duin, Holger Ortel, Hubertus Heil



Foto: SPD Bezirk Weser-Ems

Olaf Scholz gibt die Richtung zum Schlussspurt Bundestagswahlkampf vor

schen, wo sich ein Ende der Krise abzeichne, habe er den Eindruck, dass schon wieder viele Verantwortliche nichts mehr von einer Regulierung der Finanzmärkte wissen wollen. „Es kann nicht sein, dass noch einmal die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Krise ausbaden, die sie nicht verschuldet haben“, betonte Scholz.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt erklärte der Minister dass wir alles dafür tun müssen, dass jeder eine Chance auf Arbeit und Beschäftigung hat. Genau dies sei der Geist des Deutschland-Plans von Frank-Walter Steinmeier. Wer sich jedoch vom Ziel der Vollbeschäftigung verabschiede, genüge nicht den Ansprüchen, die man an einen Kanzler habe. Scholz wies insbesondere auf die enormen Möglichkeiten neuer Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energie hin, die man aber nicht nutzen könne, wenn man an der Atomkraft festhalte.

Einen Skandal nannte er es, dass Jahr für Jahr 60.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. „Jeder braucht eine Ausbildung“, das sei eine Forderung, die Sozialdemokraten Tag für Tag formulieren müssten. Im Übrigen sei er dafür, die geförderte Altersteilzeit noch einmal um fünf Jahre zu verlängern. Das müsse aber mit der Bedingung verknüpft sein, dass für die ausscheidenden älteren Arbeitnehmer Auszubildende in eine feste Be-



Garrelt Duin gratuliert seiner Nachfolgerin Hanne Modder



Mit dem neuen Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Wiard Siebels ist das neue Team komplett



Bernd Scheelen beim Kleinen Bezirksparteitag: Die CDU/FDP-Bundesregierung lässt die Kommunen sträflich allein!

schäftigung übernommen werden. Mit Nachdruck trat Scholz für den Mindestlohn ein und rief am Schluss aus: „Wir Sozialdemokraten werden gebraucht, und zwar in der Regierung.“ Nach der Rede des Bundesministers Olaf Scholz haben die Delegierten des Bezirksparteitages mit ihren Voten einen neuen Gesamtvorstand bestimmt. Hierzu gehören erneut die Bunder Landtagsabgeordnete Johanne Modder, die mit 123 von 129 Stimmen genauso zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde wie die Vechta kommende Sozialtherapeutin Kristina Stuntebeck (115/129). Die südliche Region des Bezirks vertritt weiterhin als stellv. Vorsitzender

MdL Gerd Will (107/129). Neue Schatzmeisterin des Bezirks Weser-Ems ist die Oldenburgerin Hanna Naber, die mit 99 Stimmen gewählt wurde und Hans Dieter Haase ablöste.

Bei den Wahlen zu den Beisitzern konnte der MdEP Matthias Groote (Ostrhauderfehn, 122 Stimmen) mit dem besten Ergebnis aufwarten. Zu weiteren Beisitzern wurden Christiane Will (Wilhelmshaven, 115 Stimmen), Axel Brammer (Oldenburg-Land, 119), Holger Heymann (Wittmund, 117), Hans Forster (Aurich, 108), Olaf Lies (Friesland, 108), Wolfgang Kirchner (Osnabrück-Land, 107), Sigrid Rakow (Ammerland, 121), Susanne Mittag (Delmenhorst, 112), Horst Simon (Osnabrück-Stadt, 106), Angelika Hentschel (Emden, 114) und Günter Siehlmann (Wesermarsch, 110) gewählt. Im Schlussspurt zur Bundestagswahl verabschiedete der Bezirksparteitag einen Wahlauftrag an die Bürger und Bürgerinnen der Region.

Außerordentlicher Bezirksparteitag am 8.5.2010 in Wardenburg

Der Rücktritt von Garrelt Duin von seinen Ämtern als Landes- und Bezirksvorsitzender machte eine Neuwahl für die Position des/der Bezirksvorsitzenden notwendig.

Auf dem a.o. Parteitag in Wardenburg wurde mit überwältigender Mehrheit die bisherige stellvertretende Vorsitzenden Johanne Modder aus Bunde zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. „Ein Votum von über 98 % Zustimmung macht mich sehr stolz über das Vertrauen, das mir meine Partei mit auf den zukünftigen gemeinsamen Weg gibt“ kommentiert Modder die 121 Ja-Stimmen von 123 Delegierten. „Dieser Vertrauensvorschuss ist für mich eine Verpflichtung, den klaren Kurs der SPD Weser-Ems weiter fortzusetzen!“

In ihrer Bewerbungsrede versprach die 49-jährige Landtagsabgeordnete einen offenen und ehrlichen Stil in dem Sonntagsreden keinen Platz haben. Sie dankte ihrem Vorgänger Garrelt Duin, der nun aufrechten Ganges den Vorstand verlässt und zeigte sich zuversichtlich, dass er auch den Weg wieder zurückfinden wird.

„Nach schweren Zeiten für die SPD ist jetzt die Chance für einen gemeinsamen Neuanfang mit einer neuen offenen Politikarbeit zu nutzen, denn ich will wieder Wahlen gewinnen!“, rief Modder den Delegierten zu. Dass die Partei dazu ebenfalls bereit ist, zeigt sich bei der stetig wachsenden innerparteilichen Teilhabe und den Diskussionen die dem Anspruch einer echten Mitgliederpartei gerecht werden. Die SPD in Weser-Ems muss das nutzen, die Menschen mobilisieren und mehr Verantwortung und Mandate übernehmen.

„Dabei müssen wir dann darauf achten und hinwirken, dass den unseligen Privatisierungsorgien in der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Landesregierung ein Riegel vorgeschoben wird. Wir wollen kein Privat vor Staat. Wohin das letztendlich zu Lasten des Steuerzahlers führt, sehen wir täglich in der aktuellen Bankenkrise. Das wollen wir nicht!“, so Modder.

Auch die schleichende Gebietsreform der CDU/FDP-Landesregierung unter dem Deckmäntelchen einer kommunalen Finanzreform lehnen wir ab. Mit uns ist das nicht zu machen, stellte Modder auch als innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion fest. Kritik übte sie ebenfalls an dem Gesamtschulverhinderungspaket der Landesregierung: „Die verpflichtende Fünfüzigkeit der Gesamtschulen ist in einer Flächenregion wie Weser-Ems tödlich. Solche Vorgaben können nur unter größten Schwierigkeiten im ländlichen Raum umgesetzt werden. Den Kindern und auch den Eltern wird damit verweigert, sich an dieser bildungspolitischen Entwicklung zu beteiligen“, warf Modder der Landesregierung vor.

Als neuer Stellvertretender Bezirksvorsitzender wurde Wiard Siebels (MdL) aus Aurich mit 75,2 % der Stimmen gewählt (94 Ja, 24 Nein, 7 Enthaltungen).

Der Parteitag verabschiedete eine Resolution zum 65. Jahrestag der Befreiung durch die Alliierten am 8. Mai 1945. Ebenso einigte sich der Bezirksparteitag zur Sicherung der Versorgung in der Fläche auf eine neue Verteilung der Beitragsanteile zwischen Bezirk und den Untergliederungen.

Kleiner Bezirksparteitag am 20.11.2011 in Oldenburg

Aktive Kommunalpolitik war Thema des Kleinen Bezirksparteitages Weser-Ems am 20.11.2010. Bernd Scheelen, MdB und SGK-Bundesvorstandsmitglied, (SGK) betonte als Hauptredner, dass die Kommunen nicht das Kellergeschoss, sondern das Fundament der Demokratie sind. Aber dieses Fundament habe inzwischen durch die schwarz-gelbe Regierung viele Risse bekommen.

In 11 Jahren sozialdemokratischer Bundesregierungs-Beteiligung sei viel erreicht worden, teilweise sogar gegen die eigenen Regierungsvertreter, erklärte Scheelen mit Hinweis auf die in dieser Zeit vorgesehene, aber glücklicherweise verhinderte Gewerbesteuer-Abschaffung.

Ein „Renner“ sei auch das Ganztagschulprogramm gewesen. Und das Konjunkturpaket II nannte Scheelen ein „Highlight kommunaler Förderung“ zur Überwindung der Finanzkrise. „Das war eine rein sozialdemokratische Idee“,

auch wenn andere das inzwischen anders darstellten. Demgegenüber habe die amtierende Bundesregierung die Kosten der Unterkunft zu Lasten der Kommunen gekürzt und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sei das reinste Schuldenbeschleunigungsgesetz wegen der darin enthaltenen Hotel- und Erbschaftssteuer-Vergünstigungen.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kostete die Kommunen 1,6 Mrd. Euro jährlich. Zusammen mit anderen Belastungen kämen so 3 bis 3,5 Mrd. Euro auf die Kommunen zu. Weitere Ausfälle brächten die Mindereinnahmen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die derzeitige Situation der Kommunen ist daher gekennzeichnet durch sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben. Aktuell müsse die Forderung lauten: *Hände weg vom der Gewerbesteuer!* Diese müsse sogar noch ausgebaut werden. Deshalb kämpfen Städte und Gemeinden um die Gewerbesteuer. Sie sei die einzige, die dynamisch wachse. Auch Freiberufler müssten in dieses System einbezogen werden. Diese würden unter dem Strich gar nicht mehr belastet.

Neben dieser Diskussion verabschiedete der Kleine Bezirksparteitag die Richtlinien des Bezirks Weser-Ems zur Aufstellung der KandidatInnen zur anstehenden Kommunalwahl und zur Arbeit der Fraktionen.

4. Wahlen

Europawahl 07.06.2009

Der Bezirk Weser-Ems hat seine Kandidaten für die Europawahl am 20.09.2008 in Oldenburg aufgestellt. Der Spitzenkandidat der SPD zur Europawahl, Martin Schulz, sprach sich in Oldenburg für mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer aus. Die *Bankrotterklärung des Casinokapitalismus* hat den Sozialdemokraten in Europa nachträglich Recht geben: Sie fordern zu Recht die Offenlegung der Anteilseigner auf dem Kapitalmarkt, die Abkopplung der Managergehälter von kurzfristigen Gewinn und die Kontrolle der Finanzmärkte. Die Sozialdemokraten treten in Europa für den Erhalt unseres dreigliedrigen Bankensystems ein und den Schutz der Traditionsunternehmen wie VW. Beim Mindestlohn ist Deutschland eine der wenigen Staaten ohne gesetzlich geregelten Mindestlohn. Auf Vorschlag des Bezirksvorstands wurde Matthias Groote auf Platz 1 des Weser-Ems-Vorschlages für die Bundesliste zur Europawahl gewählt. Platz 2 erhielt Hanna Naber, Platz 3 Rudolf Tuin. Ersatzbewerberinnen und Ersatzbewerber sind (für Matthias Groote) Werner Lager, (für Hanna Naber) Kerstin Meyer und (für Rudolf Tuin) Sabine Zimmermann. Auf der Bundesdelegiertenversammlung am 08.12.2008

erhielt Matthias Groote den Listenplatz 11 auf der Bundesliste.

Das Wahlergebnis von 07.06.2009 war für die Sozialdemokraten in Europa und in Deutschland enttäuschend. Die SPD verlor gegenüber der letzten Europawahl 0,7 %, die Union sogar 6,7 %; CDU und CSU lagen aber deutlich vor der SPD. Dabei war es ein schwacher Trost, dass wir in Weser-Ems mit 0,5 % etwas weniger verloren haben als der Bundesdurchschnitt. Die niedersächsische SPD konnte ihren positiven Abstand zum Bundesergebnis wie in 2004 behalten und bundesweit das zweitbeste Wahlergebnis einfahren. Trotzdem hat Niedersachsen unter den 23 SPD-Europaabgeordneten mit Matthias Groote und Bernd Lange nur zwei Vertreter. Das Europawahlergebnis hätte dank des großen Einsatzes von Matthias Groote und der Partei ein besseres Ergebnis verdient. Deshalb spricht sich der Bezirk Weser-Ems erneut eindeutig für die Einführung von Landeslisten zur nächsten Europawahl aus. Die Wählerinnen und Wähler würden dann auch Matthias Groote auf dem Stimmzettel wieder finden können.

Bundestagswahl am 27. September 2009

Die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten erfolgte mit der Landesvertreterversammlung im Februar in Wardenburg. Dies war der Startschuss für einen engagierten Wahlkampf für die Europa- und Bundestagswahl. Die SPD muss auf ihre Leistungen der 10 Regierungsjahre verweisen, gewählt wird sie aber für ein überzeugenderes Zukunftskonzept und ein starkes Personalangebot. Der SPD-Bezirksvorstand Weser-Ems hat nach intensiver Diskussion seine Ideen für ein neues Regierungsprogramm eingebracht. Wir sind der Überzeugung, dass mit einem Programm, welches aus den Erfahrungen der vergangenen 10 Jahre lernt und die eigenen Errungenschaften und Erfolge nicht verkennt, die Menschen davon überzeugt werden können, den Konzepten der SPD die Krise zu bewältigen zu vertrauen. Wenn wir die Begrenztheit der neoliberalen Rezepte deutlich benennen und neue Akzente in der Wirtschafts-, Umwelt-, Energie-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik als Antwort auf die aktuelle Krisensituation setzen, wird unsere Breitschaft zur Übernahme von Verantwortung auf fruchtbaren Boden fallen. Das Ergebnis für die SPD am 27.09. war erschütternd. Mit 23 % hat die SPD das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Wir werden vier Jahre auf den Oppositionsbänken Platz nehmen müssen, wenn die desolate schwarz-gelbe Regierungskoalition tatsächlich durchhält. Frank-Walter Steinmeier ist neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, mit Sigmar Gabriel als Parteivorsitzendem und Andrea Nahles als Generalsekretärin stehen zwei Personen an



Matthias Groote - Europakompetenz aus Weser-Ems

der Spitze der Partei, die in der Lage sein sollten, die SPD in der Opposition aufzurichten und neu auszurichten.

Auch wenn im Hinblick auf die Personalentscheidungen ein mehr an Zeit für die Diskussion sinnvoll gewesen wäre: Die SPD und die Bundestagsfraktion mussten handlungsfähig sein und bleiben. Die Sozialdemokratie in Deutschland muss sich einer ernsthaften Diskussion darüber stellen, was sie in den zurückliegenden Jahren politisch bewirkt hat, wo Erfolge zu verbuchen sind und wo auch Fehlentwicklungen eingetreten sind.

Ein Hinterherlaufen hinter der politischen Konkurrenz ist nicht zielführend und ein generelles Infrage stellen des sozialdemokratischen Regierungshandeln kann nicht eine nach vorne gerichtete Antwort sein. Zum einen erhöht eine solche Diskussion nicht die Glaubwürdigkeit unserer Politik, zweitens ist eine differenziertere Betrachtung erforderlich. Wir haben vieles richtig gemacht und Fehler im Detail müssen kritisierbar und korrigierbar sein.

Die SPD muss sich daher die Zeit für inhaltliche Debatten nehmen. Nicht jede Frage muss gleich und umfassend beantwortet werden. Unser Programm und auch der *Deutschlandplan* beinhalten eine Menge Anknüpfungspunkte für die Arbeit der Sozialdemokraten in der kommenden Zeit!

Die neue Parteiführung ist gut beraten, der Partei den Raum für entsprechende Diskussionen einzuräumen. Die Partei und ihre Mitglieder brauchen diese Diskussion, auch um politisch wieder sprechen- und überzeugungsfähig zu werden. Dabei wird es unterschiedliche Positionen geben aber diese Diskussionen muss die Partei austragen – sie wird damit gestärkt daraus hervorgehen und sie braucht sie um ihr sozialdemokratisches Selbstbewusstsein wiederzufinden.

Landesverband Sachsen-Anhalt**Wahljahre**

Die politischen Schwerpunkte bildeten in den Jahren 2009/2010 die Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe zum Europäischen Parlament und zu diversen Kommunalvertretungen (Juni 2009), die Bundestagswahl (September 2009) sowie seit Jahresbeginn 2010 die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes (Wahl am 20. März 2011).

Das schlechte Abschneiden bei der Europawahl sowie der Verlust von zwei Dritteln der Bundestagsmandate führten im Ergebnis zum Rücktritt des gesamten Landesvorstands zum 19. Dezember 2009. An diesem Tag wurde Katrin Budde zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Organisations- und Mitgliederentwicklung

Der Trend der Mitgliederkonzentration in den beiden Großstädten Halle und Magdeburg hat

sich fortgesetzt. Der Organisationsgrad in den meisten ländlichen Kreisverbänden hat sich hingegen verringert. So hatten die mitgliederstärksten Kreisverbände Harz, Börde, Anhalt-Bitterfeld und Salzland im Berichtszeitraum weitere Mitgliederverluste zu verzeichnen. Demgegenüber konnten die beiden Stadtverbände Halle und Magdeburg Mitglieder gewinnen (+33 bzw. +19), wodurch sich der oben beschriebene Land-Stadt-Gegensatz weiter verstärkt hat. Dies zeigt sich auch bei den Eintritten, die sich mit einem Schwerpunkt im universitären Umfeld in den beiden großstädtischen Stadtverbänden konzentrieren.

Die Zahl der Ortsvereine liegt derzeit bei 182 und ist damit im Berichtszeitraum um weitere 15 zurückgegangen. Im Zuge der Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt wird es jedoch auch hier zu Fusionen nach dem Grundsatz *eine Gemeinde – ein Ortsverein* kommen. Diese Zusammenlegungen erfordern eine besondere Sensibilität. In Einzelfällen erscheint es für das Fortbestehen des kommunalen Engagements unserer Mitglieder ratsam, kleinere Struktureinheiten zur Identifikation mit dem Ortsteil bzw. der Gemeinde aufrecht zu erhalten.

Die Mitgliederentwicklung blieb im Berichtszeitraum weiterhin rückläufig, aber der negative Trend hat sich weiter abgeschwächt.

Mitglieder des Landesvorstands 2008 – 2009

Gewählt auf dem Landesparteitag in Naumburg

Vorsitzender
Holger Hövelmann

Stellvertretende Vorsitzende
Katrin Budde
Dr. Wolfgang Eichler
Corinna Reinecke
Schatzmeister
Dr. Steffen Eichner

BeisitzerInnen
Rüdiger Erben, Krimhild Fischer,
Petra Grimm-Benne, Klaas Hübner,
Burkhard Lischka, Gerhard Miesterfeldt,
Marko Mühlstein, Katja Pähle,
Silke Schindler, Ulrich Stockmann,
Bernhard Sterz, Waltraud Wolff

Landesgeschäftsführer
Dr. Mario Kremling

Mitglieder des Landesvorstands 2009 – 2011

gewählt auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Magdeburg am 19.12.10

Vorsitzende
Katrin Budde

Stellvertretende
Rüdiger Erben
Holger Hövelmann
Corinna Reinecke

Schatzmeister
Dr. Steffen Eichner

BeisitzerInnen
Petra Grimm-Benne, Katharina Hintz,
Burkhard Lischka, Gerhard Miesterfeldt,
Marko Mühlstein, Katja Pähle, Silke Schindler,
Victoria Schmid, Andreas Steppuhn,
Ulrich Stockmann, Waltraud Wolff,
Kurt-Jürgen Zander

Landesgeschäftsführer
Dr. Mario Kremling (bis 15.05.2011)

Betrug die Mitgliederzahl zu Beginn des Berichtszeitraums 4.190 (1/2009), so sank sie bis zum Ende des Berichtszeitraums auf 4.067 (Gesamtsaldo -123).

Dieser Verlust setzt sich jedoch anders zusammen als in den Vorjahren: Betrug das Verhältnis zwischen Austritten und Eintritten damals noch etwa 2:1, so wurden im Berichtszeitraum die Austritte zu etwa 84% durch Eintritte kompensiert. Diesem positiven Trend steht jedoch eine zunehmende Zahl von Sterbefällen gegenüber.

Das Ziel, die Mitgliederzahl zu stabilisieren und wieder ein Wachstum zu erzielen, konnte bisher nicht realisiert werden. Zwar kommen neue, junge Mitglieder und damit künftige Aktive zu uns und wollen mitarbeiten. Die darüber hinaus notwendige Kompensation der zunehmenden Zahl von Todesfällen wird jedoch erst gelingen, wenn die Eintrittszahlen massiv steigen und die Austrittszahlen weit übertreffen. Während des Europa- und Bundestagswahlkampfes 2009 kam es jedoch nicht zu einer signifikanten Erhöhung der Eintrittszahlen. Die verstärkten diesbezüglichen Anstrengungen während des Landtagswahlkampfes 2010/2011 haben ebenfalls nicht zu signifikanten Gewinnen geführt, weshalb eine Neuausrichtung der Mitgliederneugewinnung, koordiniert durch die Projektgruppe Mitglieder, vorgesehen ist.

Der Frauenanteil in der SPD Sachsen-Anhalt liegt seit längerem stabil bei 27 %. Beim politischen Nachwuchs zeigt sich eine erfreuliche Tendenz. Die Zahl der SPD-Mitglieder unter 35 Jahren konnte im Berichtszeitraum von 690 Mitgliedern (16 %) auf 745 Mitglieder (18 %) weiter erhöht werden. Zudem sind momentan 105 junge Menschen als Nicht-SPD-Mitglieder bei den Jusos organisiert. Erfreulich im Hinblick auf die Entwicklung unserer Altersstruktur ist der Blick auf die Eintritte: Etwa 13 % der neuen Mitglieder sind im Alter bis 21 Jahre und 68 % sind noch im Juso-Alter.

Europa- und Bundestagswahlen 2009

Im Europawahlkampf wurde gemeinsam mit unserem MdEP Ulrich Stockmann und großer ehrenamtlicher Unterstützung eine Bus-Info-Tour durch Sachsen-Anhalts Städte und Gemeinden organisiert. Dabei stand ein roter Oldtimer-Bus mit dem Kandidaten im Mittelpunkt. Zusammen mit einem in gegenläufiger Richtung durchs Land tourenden Kleinbus erreichten wir eine räumlich-zeitliche Flächenpräsenz bis zum Wahltag. Diese Aktivitäten wurden durch die Kommunalwahlkämpfer vor Ort unterstützt (Kommunalwahl am 09.06.09, siehe unten). Aufgrund des schlech-

ten SPD-Ergebnisses und seiner hinteren Listenplatzierung verfehlte Ulrich Stockmann den erneuten Einzug ins EP. Seitdem gibt es in Sachsen-Anhalt kein SPD-Europabüro mehr. Bemühungen des Landesvorstands um eine teilweise Kompensation durch den Parteivorstand bzw. die gewählten SPD-MdEP blieben bislang erfolglos. Angesichts dessen ist nicht absehbar, wie der Europawahlkampf 2013 inhaltlich kompetent zu organisieren ist.

Wichtige Meilensteine in Richtung Bundestagswahl am 27. September 2009 waren der Zerbster Listenparteitag am 14.02.2009, die Mobilisierungskonferenz am 08.08.2009 im Moritzhof Magdeburg mit dem Start der *Roten Busse* sowie der Wahlkampfauftakt mit dem Parteivorsitzenden Franz Müntefering im Steintor-Variété in Halle am 22.08.09. Die Beteiligung von Mitgliedern und Sympathisanten an dieser Veranstaltung war leider nicht zufriedenstellend. Das gleiche gilt für die Großveranstaltung mit Frank-Walter Steinmeier am 03.09. auf dem Magdeburger Domplatz. Trotz innovativer Werbekonzepte (4m hoher SPD-Würfel auf dem Willy-Brandt-Platz vor dem Hbf. Magdeburg) blieb das Interesse der Bevölkerung weit hinter den Erwartungen zurück.

Für den Bundestagswahlkampf 2013 ist dies unbedingt zu berücksichtigen – mit dem PV muss rechtzeitig über alternative Veranstaltungskonzepte mit dem Ziel *mehr Wählerkontakte bei geringerem finanziellen Aufwand* diskutiert werden. Das Ergebnis der Bundestagswahlen traf den Landesverband mit besonderer Härte. Die SPD Sachsen-Anhalt verlor alle Direktmandate und stellt seitdem nur noch 3 MdB.

Kommunalwahlen 2009 und 2010

An den zeitgleich mit den Europawahlen stattfindenden Kommunalwahlen am 7.6.09 beteiligten sich nur 38 % der Wahlberechtigten. Gewählt wurde in den altmärkischen Landkreisen Salzwedel und Stendal, den kreisfreien Städten Magdeburg und Halle sowie in knapp 900 Städten und Gemeinden. Überlagert wurden diese Wahlen bereits durch den Prozess der Bildung von Einheits- und Verbandsgemeinden. In Halle wurde die SPD nach CDU und Linkspartei dritte Kraft (19,2 %), in Magdeburg knapp vor Linkspartei und CDU zur stärksten Kraft (23,9 %). Bei den beiden Kreistagswahlen waren die SPD-Ergebnisse ähnlich (22,7 % im Altmarkkreis Salzwedel, zweitstärkste Kraft hinter der CDU; 18,7 % im Landkreis Stendal, drittstärkste Kraft hinter CDU und Linkspartei).

Aufgrund der flächendeckenden Bildung von Einheits- und Verbandsgemeinden in Sachsen-



Landesvorstand, gewählt auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Magdeburg am 19.12.10

Anhalt fanden im Berichtszeitraum zahlreiche Wahlen für hauptamtliche BürgermeisterInnen statt. Bei diesen insgesamt 31 Wahlen zwischen dem 27.09.2009 und dem 28.11.2010 gingen in 4 Städten / Gemeinden unsere SPD-Bewerber als Sieger hervor (Harzgerode, Nienburg, Biederitz, Burg), in zwei weiteren Gemeinden von der örtlichen SPD-Basis unterstützte parteilose Bewerber (Seengebiet Mansfelder Land, Elbe-Havel-Land). Trotz dieser einzelnen Erfolge ist unsere Präsenz in den Städten und Gemeinden, oftmals an kommunalpolitische Akteure gebunden, dadurch gefährdet, dass es uns oft schwerfällt, eigene KandidatInnen für diese Ämter aufzustellen.

Die Unterstützung durch den Landesverband umfasste den Einsatz von RednerInnen, technische Unterstützung bei der Werbemittelgestaltung (u.a. Kandidatenflyer-Vorlagen auf CD-ROM) sowie einen Wahlkampfkosten-Zuschuss.

Vorbereitung der Landtagswahlen 2011

Für die Nominierung von Jens Bullerjahn zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2011 wurde eine neue Form der Beteiligung unserer Basis gefunden: Am 19. Juni 2011 fand im Volkspark Halle der erste Mitgliederkonvent statt. Nicht Delegierte, sondern alle Mitglieder des Landesverbands waren zur Abstimmung aufgerufen. Die gute Beteiligung der Mitgliedschaft (ca. 380 Genossinnen und Genossen) bestätigte das Konvent-Konzept eindrucksvoll. Jens Bullerjahn wurde in geheimer Wahl mit 90% zum Spitzenkandidaten gewählt.



Bundestagswahlkampf 2009 in Magdeburg mit Frank-Walter Steinmeier und den KandidatInnen aus Sachsen-Anhalt

Das Wahlprogramm *Klare Ziele, sichere Wege* wurde beim ordentlichen Landesparteitag in Dessau beschlossen. Im Herbst 2010 wurde mit der Veranstaltungsreihe *SPD konkret* ein neues Format in der Vorwahlkampfphase ausprobiert. Ziel war es, die politischen Schwerpunkte des Wahlprogramms mit der Bevölkerung zu diskutieren. Die Bilanz ist durchwachsen: Einerseits erreichten wir in den ausgewählten Veranstaltungsorten (Stendal, Wittenberg, Merseburg, Wernigerode und Magdeburg) maximal je 80 BürgerInnen; andererseits zeigten die angeregten Diskussionen, dass die Themen (Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Wirtschaft

und Wissenschaft) durchaus richtig gewählt waren. Anscheinend ist die Mobilisierungskraft in einer *Vorwahlkampfphase* jedoch sehr begrenzt. Der Listenparteitag am 11. Dezember 2010 in Magdeburg bildete den Schlusspunkt der administrativen Wahlkampf vorbereitungen. Die Delegierten wählten 44 KandidatInnen auf die Landesliste.

Projektgruppen

Die Arbeit der Projektgruppe *Mitglieder* unter Leitung von Marko Mühlstein, inzwischen an Wiebke Neumann übergegangen, wurde fortgesetzt. Neben der Mitgliederwerbung hat diese Projektgruppe die Mitgliederbindung, -aktivierung sowie Bildungsarbeit im Blick. Die Beteiligung der Kreisverbände soll grundsätzlich gesteigert werden, weil nur durch die Mitarbeit der Basis die erhofften Erfolge erreicht werden können.



Foto: SPD Sachsen-Anhalt

Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der Gründung der SPD Sachsen-Anhalt am 28.08.2010 mit Erhard Eppler

Die Arbeit der Projektgruppe *Gegen Rechts-extremismus* mit verschiedenen Akteuren von in- und außerhalb der SPD wurde verstärkt fortgesetzt. Anfang 2010 ging die Leitung von Burkhard Lischka an Holger Hövelmann über. Es finden regelmäßige Sitzungen sowie

Fachtagungen statt. Dabei wird ein besonders enger Austausch mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und Verbänden gepflegt.

Facharbeit

Die Arbeitsgemeinschaften Jusos, ASF, AfA, AG 60plus, ASJ, AfB, ASG und AGS sind auf Landesebene organisiert. Darüber hinaus arbeiten Fachausschüsse als direkte Beratungsgremien des Landesvorstands zu spezifischen Politikfeldern: Bauen/Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft, Wirtschaft, Kultur, Inneres/Kommunales, Wissenschaft. Eine besonders enge Einbeziehung erfolgte während der Erarbeitung des Wahlprogrammentwurfs. Daneben gibt es die besonders aktive Historische Kommission sowie als eigenständige Vereine im sozialdemokratischen Umfeld die SGK und das Kulturforum.

Geschichtsarbeit – Traditionspflege

Die Historische Kommission legte zum ordentlichen Landesparteitag 2010 ihre fünfte Publikation vor. Dieses Heft ist bereits zum 20jährigen Jubiläum des SPD-Landesverbands Sachsen-Anhalt am 28. August 2010 in Quedlinburg erschienen und fokussiert auf die historischen Ereignisse 1989/90 (friedliche Revolution, Gründung der SDP, Gründung des SPD-Landesverbands). Die Veröffentlichungen der Historischen Kommission stellen einen wertvollen Identifikationspunkt dar. Dafür spricht auch die Nachfrage nach den bereits seit längerem vergriffenen ersten Heften.

Neumitgliedersminare

Im Berichtszeitraum wurden regelmäßige Neumitgliederseminare durchgeführt. Der seit 2008 erweiterte Einladerkreis (alle GenossInnen, die in den letzten 2 Jahren eingetreten sind) hat sich bewährt, denn die Teilnehmerzahl dieser halbjährlich stattfindenden Veranstaltungen liegt bei 15 - 20. Damit sind die TeilnehmerInnenzahlen stark gestiegen. Als motivierender

Halbjahr 2010 Direktwahlen vieler Landräte und wichtiger Bürgermeister sowie die OB-Wahl in Frankfurt (Oder) statt.

Vorbemerkung

Insgesamt hat sich die SPD Brandenburg während des Berichtszeitraums in einer erfreulich stabilen Umfragesituation befunden. Wir waren während des gesamten Berichtszeitraums unangefochten die stärkste politische Kraft im Land Brandenburg. Während sich die CDU auch

Nebeneffekt ergibt sich, dass einige der *Neuen* bereits Funktionen innehaben und damit dokumentiert wird, dass das Engagement im SPD-Landesverband bereits nach kurzer Zeit zur Übernahme politischer Verantwortung führen kann. Häufig wurde während dieser Veranstaltungsreihe auch das große Interesse der (Neu-) Mitglieder an Personen und Ereignissen aus der Geschichte des Landesverbands deutlich, was seitdem stärker berücksichtigt wird.

Personalentwicklung

Im Zuge der Strukturreform wird der Personalbestand ab 2006 schrittweise auf 13,70 Stellen (Vollzeitäquivalent) zurückgeführt. Eine Reihe von Personalmaßnahmen sind bereits eingeleitet worden, um dieses Ziel zu erreichen. Damit sind beträchtliche Einsparungen verbunden. Trotzdem ist die Finanzierung nicht dauerhaft gesichert. Der starke Einbruch bei den Bundestags- und Europawahlen 2009 führte dazu, dass der SPD-Landesverband in den kommenden Jahren weiterhin mit deutlich geringeren Einnahmen rechnen muss.

Eine weitere Zentralisierung von Geschäftstellen würde die flächenhafte hauptamtliche Präsenz der SPD weiter schwächen, da bereits jetzt z.T. sehr weite Distanzen zu überwinden sind (v.a. in den dünner besiedelten Landesteilen). Diese bereits bestehende Situation verschärfte sich nochmals im Ergebnis der Bundestagswahlen 2009 aufgrund der wegfallenden MdB-Büros. Weitere Einsparungsbemühungen nach 2011 müssen die Gefahr des Wegbrechens der Flächenpräsenz und die damit drohende Abwärtsspirale bei Kampagnenfähigkeit und Verankerung in der Gesellschaft, bei Mitgliederzahlen und Einnahmesituation deutlich vor Augen haben. Die Landesgeschäftsführung lag im Berichtszeitraum in den Händen von Mario Kremling. Im Jahr 2009 fand mit dem Übergang der stellvertretenden Landesgeschäftsführung von Regine Niemann an Friederike Rösler eine planmäßige Personalveränderung statt.

nach der Neuwahl ihres Landesvorstands nach wie vor durch spürbare Machtkämpfe als extrem zerstritten präsentiert, sind wir als geschlossene Partei mit den höchsten Kompetenzwerten in allen Politikfeldern wahrgenommen worden. Bei der *Sonntags-Frage* erzielte die SPD Brandenburg durchweg stabile Werte um 35 % und lag damit mit weitem Abstand vor der politischen Konkurrenz.

Geprägt war der Berichtszeitraum von vielfältigen Wahlkämpfen, darunter die Europawahl, die Landtags- und Bundestagswahl, aber auch

mehr als 30 Regionalwahlen. Dieses alles hat die SPD Brandenburg vor große Herausforderungen gestellt.

Wahlkampfjahr 2009

Ab Oktober 2008 standen die Vorbereitung der Europawahl im Juni und der Landtags- und Bundestagswahl am 27.09.2009 im Zentrum der politischen Arbeit des Landesverbands. Der Saal im Erdgeschoss des Regine-Hildebrandt-Hauses als Sitz des Landesverbands ist zu Beginn des Jahres 2009 in ein Großraumbüro umgebaut worden. Hier wurde am 02.03.2009 die *Ostkurve* – die Wahlkampfzentrale der Brandenburger SPD – eröffnet. Zur Durchführung der Wahlkämpfe wurden 3 zusätzliche Wahlkampf-Referenten eingestellt, die sich zusammen mit den Mitarbeitern des Regine-Hildebrandt-Hauses, den UB-Geschäftsführern und den Kandidatinnen und Kandidaten zunächst um die Planung und Durchführung der Europawahl und nach dem 07.06. um die Landtags- und Bundestagswahlen kümmerten.

Die Ausgangslage für die Brandenburger SPD war dabei gut. Durch die gewonnene Kommunalwahl im Jahr 2008 und mit Matthias Platzeck und Frank-Walter Steinmeier als zwei zu kräftigen Spitzenkandidaten zog die Partei mit einer positiven Grundstimmung und hoher Motivation in die anstehenden Wahlkämpfe. Hinzu kam, dass die SPD in Brandenburg gegenüber der politischen Konkurrenz – anders als noch 2004 – über einen erheblichen Kompetenzvorsprung auf allen relevanten Politikfeldern verfügte. Gleichwohl stand der Wahlkampf auch in Brandenburg unter der Unsicherheit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und erheblicher Verunsicherungen über die weiteren ökonomischen Entwicklungen in unserem Land.

Eine erste große politische Herausforderung war die Europawahl am 07.06.2009. Es war die letzte große Wahl vor dem Wahl-Herbst und deshalb wichtig für die Vorwahlkommentierungen in Bezug auf die Landtags- und Bundestagswahlen. Deshalb hat der Landesverband noch stärker als in den vorangegangenen Europawahlen zentrale Wahlkampfinstrumente entwickelt und in Kooperation mit den Unterbezirken umgesetzt. Ziel war es, einen kraftvollen und flächendeckenden Europawahlkampf gewährleisten zu können. Neben einer Europawahlzeitung, die in 18 Regionalausgaben erschienen ist, zählte hierzu auch die zentrale Plakatierung von Themen- und Kandidatenplakaten, die Rote-Busse-Tour zur Unterstützung des Straßenwahlkampfes von Ortsvereinen, Unterbezirken und Arbeitsgemeinschaften sowie eine landesweite Schlussgroßfläche mit Norbert Glante, Matthias Platzeck und Frank-Walter Steinmeier.

Bundesweit fuhr die SPD am 07.06. ein desaströses Ergebnis mit ihrem schlechtesten Europawahlergebnis überhaupt ein. Brandenburg war der einzige Landesverband, der einen nennenswerten Stimmenzugewinn von 2 % verzeichnen konnte. Nach den Kommunalwahlen konnten wir also zum zweiten Mal in Folge Stimmen hinzugewinnen. Norbert Glante, seit 1994 im Europaparlament, wurde als Brandenburger SPD-Europaabgeordneter wiedergewählt. Neben der Konzipierung und Koordination der Kandidatenmaterialien hatte die *Ostkurve* vor allem die Aufgabe, die landesweiten Wahlkampfinstrumente der Brandenburger SPD zu entwickeln und umzusetzen. Neben den klassischen Wahlwerbematerialien wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die online-Präsenz im Wahlkampf gelegt. Erstmals in einem Landtagswahlkampf ist es gelungen, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten mit einem im Kampagnen-Lay-out gehaltenen Internetangebot präsent waren. Als weitere zentrale Wahlkampfinstrumente wurden – in seiner ersten Startauflage von 980.000 Expl. schon zur Europawahl – und dann nachher auch für die Landtags- und Bundestagswahlen regionalisierte Wahlkampfzeitungen mit einem landespolitischen *Mantel* angeboten.

Wichtig für die Anlage des Wahlkampfes waren bereits die Nominierungskonferenzen zu den Wahlen. Während die Aufstellung der Lan-



Foto: SPD Brandenburg

Die Brandenburger Bundestagskandidaten mit ihrem Spitzenkandidaten Frank-Walter Steinmeier und Matthias Platzeck

desliste zu den Bundestagswahlen und die Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Brandenburger Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl als Townhall-Event mit hohem Inzenierungscharakter konzipiert war, hatte die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zu den Brandenburgwahlen einen Arbeitscharakter, der der schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Lage entsprochen hat. Acht Wochen vor dem Wahltermin startete die Brandenburger SPD mit einer Sommertour ihres Ministerpräsidenten Matthias Platzeck. Hierzu luden die Landtags- und Bundestagskandidaten wichtige Repräsentanten von Vereinen, Verbänden, aber auch Unternehmer, Lehrer und

Konferenzen und Veranstaltungen 2009 – 2010

20. / 21.02.2009 Klausurtagung des Landesvorstands
02.03.2009 Eröffnung der *Ostkurve*, Wahlkampfzentrale des SPD-Landesverbands Brandenburg
19.04.2009 Kandidatenkonferenz
22.04.2009 Ortsvereinsvorsitzendentreffen mit Franz Müntefering
26.04.2009 Regionalkonferenz Ost, Desden
27.04.2009 Betriebsräte- und Arbeitnehmerforum, Hermannswerder
09.05.2009 Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zu den Bundestagswahlen, Hans-Otto-Theater Potsdam
07.06.2009 Europawahl Wahlparty im Regine-Hildebrandt-Haus
20.06.2009 Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zu den Landtagswahlen, Prenzlau
26.06.2009 Hubertus Heil zum Regierungsprogramm, Altes Rathaus Potsdam
10.07.2009 7. Sommerfest der Brandenburger Sozialdemokraten
17.08.2009 Beginn der Sommertour (Zelttour) im Rahmen des Landtagswahlkampfes
05.09.2009 Beginn der Kundgebungstour zur Brandenburgwahl und Auftaktkundgebung zur

Brandenburgwahl mit Frank-Walter Steinmeier und Matthias Platzeck, Potsdam
26.09.2009 Wahlkampf-Abschlusskundgebung zur Brandenburgwahl, Keplerplatz Potsdam
27.09.2009 Brandenburgwahl und Bundestagswahl Wahlparty im Kino Thalia
12.10.2009 gemeinsame Sitzung von Landesvorstand und Landesausschuss zur Auswertung der Sondierungsgespräche, Caputh
28.10.2009 gemeinsame Sitzung von Landesvorstand und Landesausschuss zur Auswertung der Koalitionsverhandlungen, Potsdam-Herrmannswerder
04.11.2009 außerordentlicher Landesparteitag zum Koalitionsvertrag
26.04.2010 Arbeitnehmerforum
12.06.2010 Landesparteitag in Velten mit Neuwahlen Landesvorstand
03.09.2010 8. Sommerfest der Brandenburger Sozialdemokraten
05. / 06.09.2010 Klausurtagung des Landesvorstands
16.09.2010 rechtspolitischer Sommerempfang
06.11.2010 Ortsvereinsvorsitzendentreffen
10. / 11.12.2010 Auftaktveranstaltung des *Qualitätszirkels*

Landesverband Brandenburg

Brandenburg

SPD

Das Jahr 2009 stand ganz im Zeichen der Europawahl im Juni sowie den zeitgleich am 27.09.2010 stattfindenden Landtags- und Bundestagswahlen. Darüber hinaus fanden im

Kulturschaffende zu einem *Sommerabend mit Matthias Platzeck* ein. Damit wurde ein Format geschaffen, bei dem wichtige Repräsentanten einer Region den direkten Zugang zu Matthias Platzeck hatten. Im Vordergrund standen bei diesem Format deshalb auch nicht politische Reden, sondern das persönliche Tischgespräch untereinander.

Mit der Sommertour ist es der SPD Brandenburg gelungen, bereits in der Vorwahlkampfzeit einen hohen Aufmerksamkeitscharakter für ihre Veranstaltungen zu generieren und ihre Stellung als *Brandenburgspartei* deutlich hervorzuheben.



Foto: SPD Brandenburg

Im Land unterwegs. Mit einer Multiplikatorentour eröffnete die Brandenburger SPD den Landtagswahlkampf.

In der heißen Wahlkampfphase trat der Spitzenkandidat nochmals deutlich in den Vordergrund. Mit unserer Kampagne *Der Brandenburger* machte die SPD ihren Anspruch deutlich, die gestaltende Kraft Brandenburgs zu sein und den richtigen Ministerpräsidenten für unser Land zu haben.



Foto: SPD Brandenburg

Wahlkampfveranstaltung in Brandenburg a. d. Havel - eine von insgesamt 19 Kundgebungen landesweit

Auf insgesamt 19 Kundgebungen – in den Städten Potsdam, Cottbus und Brandenburg an der Havel gemeinsam mit Frank-Walter Steinmeier – traten Matthias Platzeck und die Wahlkreiskandidaten jeweils vor 400–2.500 Zuhörern auf. Auch hier gehörte neben den Kundgebungsansprachen jeweils das persönliche Gespräch mit den Zuhörern im Anschluss an die Reden. Mit dem Buch *Zukunft braucht*

Herkunft hatte Matthias Platzeck rechtzeitig zum Wahlkampf ein sehr stark nachgefragtes und viel beachtetes Werk zur politischen Entwicklung Brandenburgs veröffentlicht. Viele Kundgebungsteilnehmer ließen sich das Buch im Anschluss an seine Rede signieren. In einem Schlusspurt gab es eine breit angelegte Zweitstimmenkampagne über Großflächen, Zeitungsanzeigen, Unterstützeraufrufe und eine haushaltsabdeckend verteilte Ausgabe des *BRANDENBURGER* am Wahlwochenende. Die Kampagne insgesamt unterstrich die Stellung der SPD in Brandenburg eindrücklich. Wir waren die einzige Partei, die offensiv mit ihrem Spitzenkandidaten auf die Marktplätze und damit auf die Wählerinnen und Wähler zuing. Uns ist es als einzige Partei gelungen, über den gesamten Wahlkampfzeitraum einen Spannungsbogen aufrecht zu erhalten. Mit fast 1.000 Großwerbetafeln, 50.000 Kleinflächen und unseren Printprodukten waren wir die Partei, die am nachhaltigsten während des Wahlkampfes präsent war.

Am Wahlabend selbst hatten wir Brandenburger Sozialdemokraten ein lachendes und ein weinendes Auge. Letzteres, weil wir bei der Bundestagswahl dem bundesweiten Trend zum Opfer fielen und die Hälfte unserer Bundestagsabgeordneten verloren haben. Umso höher ist der Erfolg bei der Landtagswahl einzuschätzen. Wir haben es geschafft, gegen den Bundestrend zuzulegen und einen klaren Regierungsauftrag der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu erhalten. Dies ist der SPD in letzter Zeit in keinem anderen Bundesland mehr gelungen.

Die anschließenden Sondierungsgespräche zur Regierungsbildung, die wir sowohl mit der CDU als auch mit der Linkspartei geführt haben, waren kompliziert. Dabei hat sich die SPD einzig davon leiten lassen, was für die Zukunft Brandenburgs wichtig und richtig ist. Die Sondierungsgespräche mit der CDU haben deutlich gemacht, dass eine stabile Regierungsbildung mit der noch immer innerlich zerrissenen Union nach unserer Einschätzung nicht möglich gewesen wäre.

In einer Vielzahl von Regionalkonferenzen sind die Ergebnisse der Sondierungsgespräche vorgestellt und die Koalitionsempfehlung der Sondierungsgruppe für die Linkspartei erörtert worden. Der Zulauf zu den Veranstaltungen hat deutlich gemacht, dass sich die SPD den Wechsel des Koalitionspartners nicht einfach gemacht hat. Insbesondere für viele Gründungsmitglieder war es schwierig zu akzeptieren, dass nunmehr eine Koalition mit der SED-Nachfolgepartei eingegangen werden soll.

Am Ende überzeugten aber sowohl die innere Lage der CDU als auch die inhaltlichen Erfolge bei den Koalitionsverhandlungen die Skeptiker. Der Koalitionsvertrag trägt eindeutig eine sozial-

demokratische Handschrift. Alle Kernforderungen, mit denen wir im Landtagswahlkampf über die Marktplätze gezogen sind, konnten im Koalitionsvertrag verankert werden.

Zeitgleich mit der gemeinsamen Landtags- und Bundestagswahl am 27. September 2009 fanden in 28 Kommunen auch Bürgermeisterwahlen statt. Trotz bundespolitischen Gegenwinds verliefen sie für die Brandenburger Sozialdemokraten erfolgreich. So gelang es der SPD in 12 Kommunen die Direktwahlen zu gewinnen. Besonders erfolgreich war SPD-Kandidat Lutz Franzke in Königs Wusterhausen, der das Rathaus in der Stichwahl für die SPD von den Linken zurückeroberte. Auch SPD-Bewerber Markus Mücke machte den Bürgermeisterposten in Schulzendorf der Linkspartei abspenstig. In Velten eroberte Ines Hübner das Bürgermeisteramt von der CDU zurück.

Das Jahr der Regierungsbildung 2010

Zu Beginn des Jahres 2010 standen Landratswahlen an. Erstmals in der Geschichte des Landes wurden die Landräte in einer Direktwahl bestimmt. Leider ist der Landkreis Elbe-Elster im Rahmen der Landratswahlen für die SPD verloren gegangen. Damit fehlt in einer eh schon strukturell schwierigen Region ein wichtiger Ankerpunkt sozialdemokratischer Politik. Erfreulich ist, dass der Landkreis Uckermark seit den Wahlen wieder sozialdemokratisch regiert ist. Hinzu kommt, dass ein von der SPD nommierter Parteiloser Kandidat die Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt (Oder) deutlich gewinnen konnte. Hier hat die CDU einen von zwei Oberbürgermeistern verloren. Im Herbst 2010 wurde der Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt Potsdam neu gewählt. Aus dieser Wahl konnte der SPD-Amtinhaber Jann Jakob gestärkt und mit einem deutlichen Stimmzuwachs hervorgehen.

Unmittelbar nach der Regierungsbildung kam zu Beginn des Jahres 2010 – ausgelöst durch Landtagsabgeordnete mit IM-Vergangenheit bei der Linkspartei – eine Stasi-Debatte im Land auf, die wesentlich durch die CDU, aber auch Grüne und FDP sowie einem Teil der Medien von diesen immer wieder geführt wird. Diese Debatte überlagerte teilweise auch die Berichtserstattung über den inhaltlich guten Start der neuen Regierungskoalition. Schüler-BaföG, Ausweitung der Kita-Betreuung, Neueinstellung von Lehrern und Stärkung des Bildungssektors insgesamt sind SPD-Wahlversprechen der Regierung, die schon kurz nach Regierungsbildung umgesetzt werden konnten.

Zum Ende des Jahres kam zu der Stasi-Debatte eine sogenannte Laptop-Affäre hinzu. Daten von einem dem damaligen Finanzminister entwendeten Laptop wurden Medienvertretern zur Veröffentlichung angeboten und schließlich

auch durch die Springer-Presse veröffentlicht. Dieser folgte der Versuch, einen Spendenskanal der SPD Brandenburg zu konstruieren. Dieses alles ist nicht gelungen, führte aber zu einem medialen Feuer auf die SPD und die von Platzeck geführte Landesregierung. Insgesamt muss man feststellen, dass ein Teil der Medien die neue Regierungsbildung auf schärfste versucht zu bekämpfen und in Misskredit zu bringen. Ausweislich aller Meinungsumfragen ist dieses allerdings nicht gelungen. Die Zustimmungswerte zur SPD und insbesondere zu Matthias Platzeck haben im gesamten Jahr 2010 keinerlei Einbruch erfahren, hingegen hat die CDU im Jahr 2010 durch ihre fragile und unübersichtliche innerparteiliche Lage sowie dem fehlenden innerparteilichen Machtzentrum an Zustimmung eingebüßt.

Die SPD Brandenburg hat das wahlkampffreie Jahr 2010 genutzt, um die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. 20 Jahre nach der Wende scheiden zunehmend Mandatsträger und Funktionäre aus ihren Ämtern aus und an deren Stelle muss qualifizierter Nachwuchs treten. Auf dem Landesparteitag am 12.06.2010 in Velten wurde deshalb ein umfassendes Konzept *SPD Brandenburg 2020plus* verabschiedet, in dessen Zentrum die Ausbildung und Qualifizierung junger Nachwuchspolitiker für zukünftige herausgehobene Positionen steht. Mit insgesamt 35 Teilnehmern ist ein erstes zweijähriges Qualifizierungsprogramm gestartet. In diese Qualifizierung sind unsere Kabinettsmitglieder und die Fraktionsspitze als Mentoren eng mit eingebunden. Ebenfalls in das Konzept integriert sind Mitgliederwerbeprogramme. Hier laufen in 4 Unterbezirken Modellprojekte zur Ausweitung der Mitgliederbasis. Die Projekte werden laufend evaluiert und nach 12 Monaten dokumentiert und ausgewertet.

Neben der Ausrichtung für eine erfolgreiche Zukunft war der Parteitag aber auch Anlass, auf 20 Jahre SPD Brandenburg und 20 Jahre sozialdemokratische Landesregierung zurückzuschauen. In einer viel beachteten Grundsatzrede skizzierte der Gründungsministerpräsident Manfred Stolpe die Herausforderungen aber auch Erfolge des Transformationsprozesses. Das Land Brandenburg hätte ohne die umsichtige Politik der SPD gerade auch in den Gründungsjahren keine so erfolgreiche Entwicklung genommen, wie wir sie heute zu verzeichnen haben.

Insgesamt war das Jahr 2010 für die SPD Brandenburg ein medial schwieriges Jahr. Gleichwohl haben wir unsere zentralen politischen Ziele erfolgreich umsetzen können und verfügen über ein unverändert hohes Ansehen bei der Bevölkerung. Die Gesamtmitgliederzahl der Brandenburger

SPD ist im Berichtszeitraum rückgängig gewesen. Insbesondere die Regierungsbildung nach der Landtagswahl hat dazu geführt, dass der Mitgliederrückgang leicht stärker als in den Vorjahren war. Auf Grund der Auflösung teilweise erheblicher Beitragsrückstände konnte trotz des leichten Mitgliederrückgangs zumindest 2009 eine Steigerung der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erreicht werden. Hierzu hat auch die hohe Beitragsehrlichkeit bei der Festsetzung der Beitragshöhe beigetragen. Wir liegen bundesweit auf dem zweiten Platz, was den Durchschnittsbeitrag angeht. Negativ fällt ins Gewicht, dass anders als bei früheren Wahljahren die Neueintritte nicht signifikant zugenommen haben.

Erfreulich entwickeln sich die Online-Eintritte. Über das Internet kommt mittlerweile ein Großteil unserer Beitrittserklärungen. Dabei überwiegt die Gruppe der Studenten, Schüler und Auszubildenden.

Zwischen den Unterbezirken im Landesverband Brandenburg gibt es aber wie in den vergangenen Jahren auch durchaus unterschiedliche Entwicklungen. Während die Mitgliederzahlen der rund um Berlin gelegenen *Speckgürtel-Unterbezirke* sich erfreulich entwickeln und wir hier an Organisationskraft hinzugewinnen, ist in einigen Unterbezirken des äußeren Entwicklungsraumes eine rückläufige oder stagnierende Mitgliederentwicklung zu verzeichnen. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg, muss aber trotzdem angegangen werden, will man in diesen Bereichen nicht langfristig an Gestaltungskraft einbüßen.

Im Jahr 2010 hat der Landesvorstand auch deshalb ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, um sowohl den Mitgliederbestand



Foto: SPD Brandenburg

Landesparteitag 2010 - 20 Jahre SPD Brandenburg



Foto: SPD Brandenburg

Landesparteitag 2010 in Velten - Delegierte

zu heben als auch die Förderung und Qualifizierung von Nachwuchspolitikern zu forcieren. Die ehrenamtliche Arbeit der SPD-Mitglieder vollzieht sich in den 18 Unterbezirken sowie den mehr als 200 Ortsvereinen. Hinzu kommen die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise.

In Brandenburg sind die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die Arbeitsgemeinschaft für Bildung, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die Arbeits-

Mitglieder des Landesvorstands 2010

Gewählt auf dem Landesparteitag am 12.06.2010 in Velten	BeisitzerInnen	
Landesvorsitzender	Günter Baaske	(Potsdam-Mittelmark)
Matthias Platzeck	Anne Böttcher	(Dahme-Spreewald)
Generalsekretär	Dr. Christina Eisenberg	(Elbe-Elster)
Klaus Ness	Dr. Christine Färber	(Potsdam)
(UB Oberspreewal-Lausitz)	Ravindra Gujjula	(Märkisch-Oderland)
Stellvertreter	Ines Hübner	(Oberhavel)
Dr. Martina Münch	Stephan Loge	(Dahme-Spreewald)
Klara Geywitz	Anett Schulze	(Brandenburg an der Havel)
Schatzmeister	Dietmar Woidke	(Spree-Neiße)
Dr. Burkhard Schröder	Jörg Vogelsänger	(Oder-Spree)

Mitgliederstand zum 31.12.2009 Mitgliederstand zum 31.12.2010

Mitglieder	6.523	Mitglieder	6.348
davon Männer	4.655	davon Männer	4.533
davon Frauen	1.868	davon Frauen	1.815



gemeinschaft der Selbständigen, die Arbeitsgemeinschaft 60 plus und die Jusos aktiv. Darüber hinaus gibt es die Arbeitskreise Sozialdemokraten in der Polizei, Schwusos, Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten und den Arbeitskreis Christen in der SPD. Im Berichtszeitraum neu gegründet hat sich darüber hinaus der Arbeitskreis *Selbst aktiv*. Damit verfügt die SPD Brandenburg über ein stabiles und attraktives Angebot an themenorientierten Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen, die sich auch gerade in den Wahlkampfzeiten mit ihrem Sachverstand und ihrer Organisationskraft in die Kampagne gewinnbringend eingebracht haben.

Entwicklung der Organisationsstruktur

Der Landesverband Brandenburg verfügt wie in der Vergangenheit über 17 Unterbezirksgeschäftsstellen. Hinzu kommt die Landesgeschäftsstelle im Regine-Hildebrandt-Haus. I.d.R. betreut ein/e Regionalgeschäftsführer/in zwei Unterbezirke. Für die Unterbezirke Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Oberhavel und Uckermark ist eine hiervon abweichende Lösung geschaffen worden. Hier werden die Geschäftsstellen durch jeweils eine Teilzeitkraft betreut.

Die Landesgeschäftsstelle verfügt außerhalb der Wahlkämpfe über 6,25 Vollzeitstellen. In Wahlkampfzeiten wird der Personalbestand regelmäßig aufgestockt. Zum 01.03.2009 wurden 3 Stellen zur Unterstützung der Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen geschaffen. Alle Stellen sind spätestens zum 31.12.2009 ausgelaufen.

Das Bemühen, die zur Verfügung stehenden Finanzmittel vor allem in den Bereichen der politischen Arbeit und der Stärkung der regionalen Strukturen zu investieren, lässt sich an den bundesweiten Vergleichszahlen aus dem letzten Organisationspolitischen Bericht der

Bundespartei ablesen.

Während im Bundesschnitt 94,7 % der Beitragseinnahmen für Personal aufgewendet werden, ist dieses im Landesverband Brandenburg nur zu 86,5 % der Fall. Gleichzeitig ist Brandenburg mit Abstand bundesweit der Landesverband mit den niedrigsten Verwaltungsausgaben je Büro. Darüber hinaus hält Brandenburg bundesweit die größte Bürodichte aufrecht. Betreut bundesweit eine Geschäftsstelle durchschnittlich 1.944 Mitglieder, liegt dieser Wert in Brandenburg bei 365 Mitgliedern. Auch dieses ist ein Ergebnis des Bemühens, flächendeckend im Land mit Anlaufstellen für Mitglieder und Bürger vertreten zu sein.

Innerparteilicher Informationsaustausch

Der Informationsaustausch via E-Mail ist in weiten Teilen der Partei zur Normalität geworden. Dieses gilt auch für die Kommunikation zwischen der Landesgeschäftsstelle, den Regionalgeschäftsstellen und den zahlreichen ehrenamtlichen Funktionären innerhalb der Brandenburger SPD. Neben der *elektronischen Kommunikation* findet der Informationsaustausch zwischen der Landesebene und den Unterbezirken nach der Satzungsänderung 2006 auf der Vorstandsebene im Rahmen der Landesvorstandssitzungen und auf Arbeitsebene durch die Geschäftsführersitzungen statt. Hinzu kommt der vier Mal im Jahr tagende Landesausschuss. Alle Mitglieder erhalten weiterhin monatlich die Brandenburg-Beilage *Roter Adler* im Mitgliedermagazin *Vorwärts*. Durch die Landesgeschäftsstelle werden darüber hinaus in Wahlkampfzeiten Infodienste erstellt, die einem breiten Funktionskreis per Mail oder Post zugestellt werden.

Internetangebot des Landesverbandes und der Unterbezirke

Bereits seit dem Frühjahr 1997 ist der Landesverband mit einem eigenen Angebot im In-

ternet präsent, das seit dem kontinuierlich ausgebaut wird. Zur Landesvertreterversammlung im Juni 2009 ist das Internetangebot des Landesverbandes auf ein neues eigenständiges Layout umgestellt und um einige Funktionen erweitert worden. Dieses Layout wird auch von einer Großzahl der Unterbezirke und Abgeordneten verwendet, sodass ein einheitliches SPD-Lay-out für unsere Internetseiten weitestgehend durchgesetzt werden konnte. Vom Landesverband werden neben dem Standardangebot *spd-brandenburg.de* auch die Seiten *matthias-platzek.de* (ebenfalls Relaunch im Rahmen der Landtagswahl) und *perspektive-21.de* betreut.

Im Rahmen der Wahlkämpfe sind unsere Angebote auf flickr und Youtube sowie Twitter deutlich ausgeweitet bzw. neu geschaffen worden.

Deutlich zugenommen hat gerade in Zusammenhang mit den Wahlkämpfen die Beratung von Gliederungen und Funktionären sowie Mandatsträgern bei der Erstellung und Betreuung eigener Internetseiten. Dieses macht mittlerweile einen Großteil der Arbeit unseres Administrators aus. Aktuell werden über den Server der Landespartei etwa 120 Internetpräsenzen gehostet. Damit bietet der Landesverband ein kostengünstiges und vielfältiges Unterstützerangebot für die Untergliederungen an.

Besonders erfreulich ist, dass im Zuge der Wahlkampagnen 2009 alle Mandatsträger eine eigene Homepage eingerichtet haben. In fast allen Fällen wurde hier auf die technische und administrative Hilfe der Landesgeschäftsstelle zurückgegriffen und unserer Serviceangebot zum Betrieb der Homepage in Anspruch genommen.

Perspektive 21

Bereits seit 1997 wird vom Landesverband Brandenburg die Zeitschrift *Perspektive 21 – Brandenburger Hefte für Wissenschaft und Politik* herausgegeben. Mit mittlerweile fast 50 Ausgaben hat der Landesverband damit eine eigene Theoriezeitschrift, die auch die Zielgruppe des akademischen Nachwuchses in den brandenburgischen Hochschulen erreicht. In einer Sonderausgabe zum 20-jährigen Bestehen der SPD-Gründung sind wichtige Aufsätze der Vergangenheit als Sammelband veröffentlicht worden. Die Zeitschrift hat mittlerweile eine sehr große Reputation, mehr als 2500 Interessenten haben sie abonniert. Ausgewählte Artikel werden wiederholt in anderen Publikationen und Tageszeitungen nachgedruckt.

Auch das Internetangebot findet eine sehr große Resonanz. Wöchentlich laden mehrere hundert User einzelne Ausgaben unter *perspektive21.de* herunter.

Landesverband Berlin



Das Wahljahr 2009: Bundestagswahl, Europawahl und Pro Ethik

Wahlkampf I: Abstimmung über den Volksentscheid „Pro Reli“

Neben den Wahlkämpfen zu Europa- und den späteren Bundestagswahlen steht eine weitere Kampagne im Wahljahr 2009 an. Gegen die Entscheidung des Senats, den Ethik-Unterricht verpflichtend einzuführen, ohne dabei den Religionsunterricht abzuschaffen, bringt sich ein Volksbegehren *Pro Reli* in Position. Mit der Plakataktion *Ethik: Gemeinsam nicht getrennt* wirbt im April 2009 ein breites Bündnis von Parteien und Organisationen für den in der Schulpraxis bewährten Ethikunterricht, der durch das Volksbegehren *Pro Reli* – getragen von Kirchen sowie CDU und FDP – in seiner bisherigen Form abgeschafft werden soll. Dem Bündnis *Pro Ethik plus Religion* gehören neben der Berliner SPD, der Linkspartei, den Grünen und der Lehrergewerkschaft GEW auch zahlreiche Verbände an – vom Humanistischen Verband über Christen Pro Ethik bis zum Türkischen Bund. In der Debatte macht das Bündnis deutlich, dass der Religionsunterricht an den Schulen nicht abgeschafft worden ist, Ethik aber als gemeinsames Fach eine wichtige weitergehende Integrationsaufgabe hat. Rund 20.000 Plakate werden geklebt, mit Flyern und Webseite informiert das Bündnis. Die SPD wirbt zusätzlich mit eigenem Informationsmaterial. Beim Volksentscheid am 26.04.2009 verfehlt die Initiative *Pro Reli* nicht nur das notwendige Quorum von 25 % der Stimmberechtigten, sondern ihr Gesetzentwurf wird mehrheitlich abgelehnt.

Wahlkampf II: Europawahl 2009

Unser Europa – sozial und gerecht – unter diesem Motto stehen die Aktionen zur Europawahl. Auf dem Landesparteitag am 11. Oktober 2008 werden dafür mit Reden von Martin Schulz und Dagmar Roth-Behrendt die Weichen gestellt. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution unter dem Titel *Für ein Soziales Europa* macht die Berliner SPD ihre Position deutlich: Neben die Wirtschafts- und Währungsunion muss mit gleichem Rang die

europäische Sozialunion treten. Europa muss für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. In der *Argumente*-Reihe erscheint in Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss EU-Angelegenheiten das Heft *Für ein soziales und demokratisches Europa – Warum der Vertrag von Lissabon ratifiziert werden sollte*. Auf einer Tour *Unterwegs. Für Berlin* wirbt die SPD-Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt im Mai und Juni 2009 für *Mehr SPD in Europa*. In den Bezirken wird je ein EU-Aktionstag geplant. Dagmar Roth-Behrendt diskutiert mit PolitikerInnen, spricht mit vielen BerlinerInnen über die sozialdemokratischen Vorstellungen von Europa und die konkreten Erfolge. Sie besucht Firmen und Einrichtungen. Martin Schulz, Spitzenkandidat der SPD zur Europawahl, nimmt an Aktionen in Berlin teil. Am Wahltag muss die SPD Verluste einstecken und erzielt 21 %. Trotz Finanzkrise müssen in vielen europäischen Ländern die sozialdemokratischen und linken Parteien mehr oder weniger starke Verluste hinnehmen.

Wahlkampf III – Die Bundestagswahl 2009 und ihre Folgen

Spätestens mit der Landesvertreterversammlung im Mai 2009 stehen alle Kandidatinnen und Kandidaten für den 17. Deutschen Bundestag fest. Mit insgesamt 16 Frauen und Männern schickt die SPD Berlin ein gutes



Die DirektkandidatInnen nutzen den Wahlkampfauftritt rund um das Würfel-Event, um bei mehreren Diskussionsrunden auf dem Potsdamer Platz mit den Menschen ins Gespräch zu kommen



Michael Müller stellt das SPD-Plakat Pro Ethik vor



Europatag Neukölln am 9. Mai 2009

und engagiertes Team in den Bundestagswahlkampf. Als Wahlkampfzentrale steht das Kurt-Schumacher-Haus den WahlkämpferInnen zur Seite, sei es bei der Organisation der Grundausrüstung für die Wahlkampfbusse, sei es die Versorgung mit Material



Die 12 BundestagsdirektkandidatInnen am 03.04.2009



oder Unterstützung in Form von jungen und motivierten MitarbeiterInnen für die Kreisbüros, die Koordinierung landesweit geschalteter Anzeigen oder die Wahlkampfzeitungen und die Kontakte zur Wahlkampfzentrale der Bundespartei. Mit der Enthüllung des *Wahlwürfels* durch Frank-Walter Steinmeier startet die Berliner SPD in die heiße Phase des Wahlkampfs. Mit dabei der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und natürlich die 12 DirektkandidatInnen.



Klaus Wowereit bei der Rosenaktion in der Woche vor der Bundestagswahl

Der Wahlwürfel bietet multimediale Angebote und verknüpft den Online-Wahlkampf mit Straßenaktivitäten. Man kann sich Informationen zu Themen zusammenstellen und diese ausdrucken lassen. Die Enthüllung ist auch der Auftakt der Deutschlandtour des Würfels, die 3 Tage vor der Wahl am Berliner Breitscheidplatz endet, dann begleitet von Franz Müntefering.

Wie viele andere aus der Berliner Parteispitze unterstützt Klaus Wowereit die KandidatInnen mit einer Tour durch die 12 Bundestagswahlkreise. Mit Veranstaltungen auf Plätzen, in Einkaufszentren und bei Sommerfesten begleitet Wowereit den Wahlkampf intensiv. Die BundestagskandidatInnenbusse bieten die Möglichkeit zu unterschiedlichsten Aktionen im Straßenwahlkampf. Gut läuft die *Sommer-tour* zu den Berliner Seen und Bädern. Die jungen WahlkämpferInnen verteilen Eis, in-



Foto: koko-berlin.de

formieren und kommen mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch. In der Woche vor der Wahl ist die gesamte Berliner SPD zur großen Rosenaktion unterwegs – Klaus Wowereit, Michael Müller, die Senatorinnen und Senatoren und die KandidatInnen verteilen gemeinsam mit den Abteilungen und Kreisen über 20.000 Rosen an die BerlinerInnen und suchen das Gespräch. 3 Tage vor der Wahl findet die zentrale Endspurt-Kundgebung auf dem Pariser Platz statt: Frank-Walter Steinmeier, Klaus Wowereit, Franz Müntefering, das Kompetenzteam zusammen mit den Berliner Kandidatinnen und Kandidaten begrüßen 10.000 Gäste auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor. Am Wahltag selbst bringt das Wahltaxi der Berliner SPD WählerInnen in ihre Wahllokale.

Der bittere Wahlsonntag am 27.09.2009

Der Berliner Landesverband hat mit großen Events und vielen kleineren Veranstaltungen, mit geplanten und spontanen Hilfen viel unternommen, um die Kandidatinnen und Kandidaten bestmöglich zu unterstützen. Trotzdem ist es nicht gelungen, das offenbar verlorene Vertrauen zurückzugewinnen. Am 27. September 2009 erlebt die SPD einen bitteren Wahlsonntag: Mit ca. 23 % verliert sie gegenüber der letzten Wahl 11 % und rund 6 Mio. WählerInnen. Auch in Berlin muss die SPD herbe Verluste einstecken. Wolfgang Thierse, Petra Merkel, Swen Schulz, Mechtild Rawert und Eva Högl schaffen dennoch den Einzug in den Bundestag.

Wichtig ist es, aus dem Ergebnis für die Partei und ihre Zukunft die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die selbstkritische Debatte dreht sich um zentrale Fragen: Vertritt die SPD Positionen, mit denen sie die Menschen erreicht? Wie können die offensichtlich verlorene Glaubwürdigkeit und neues Vertrauen erarbeitet, wie unter sozialdemokratischer Führung linke Gestaltungsmehrheiten im 5-Parteien-System erreicht und genutzt werden? Die Berliner SPD beginnt diese Debatte nur einen Tag nach der Wahl: Mit einer Resolution des Landesvorstands, die auf dem Landesparteitag am 10. Oktober 2009 mit großer Mehrheit angenommen werden wird, ist ein erster Weg beschrieben, wie die Berliner SPD mit der Wahlniederlage umgehen will. In seinem Mitgliederbrief fasst der Vorsitzende Michael Müller zusammen: „Die SPD ist eine linke Volkspartei. Wir müssen den gesellschaftlich Schwachen die nötige Unterstützung geben, ihnen aber auch Perspektiven für den Aufstieg eröffnen. Sozialdemokratische Politik ist immer auch eine Politik der zweiten Chance! Und sie geht darüber hinaus. Das produktive Herz unserer Gesell-

schaft, Angestellte, Handwerker, vom Arbeiter bis zum Freischaffenden leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilität der Gesellschaft. Wir wollen den sozialen Ausgleich, eine solidarische Gesellschaft. Es geht darum, wie wir diesen Anspruch in Zukunft mit Leben füllen.“

Der Anspruch, bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 wieder stärkste Kraft zu werden, kann nur erreicht werden, indem unsere Politik erklärt und bilanziert wird und die Herausforderungen angegangen werden. Die rot-rote Koalition von SPD und Linkspartei hat in ihrer Neuauflage nach 2006 wichtige politische Schwerpunkte gesetzt: Bildung, Stadtentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, gute Kinderbetreuung, Schulen, die Kindern Wissen vermitteln und sie mit gesundem Essen versorgen, keine weitere Privatisierung öffentlicher Unternehmen und die Entwicklung der Zukunftsbranchen. Berlin als Metropole mit sozialen Problemen braucht eine linke politische Gestaltung, ohne die Mitte aufzugeben. Dabei ist die SPD die verlässliche Partnerin der BerlinerInnen. Der Schluss aus den Wahlergebnissen kann keine inhaltliche Kehrtwende der Berliner SPD und ihrer Politik sein.

Mitgliederforum vor dem BPT in Dresden

Sigmar Gabriel und Andrea Nahles nehmen an einem der insgesamt 4 *Mitgliederforen* teil – mit 900 diskussionsfreudigen GenossInnen das bestbesuchte Forum dieser Art. Die große Bereitschaft der Berliner SPD, eine innerparteiliche Erneuerung mitzutragen, zeigt sich hier ebenso wie in der bundesweit stärksten Beteiligung bei der *Befragung der Ortsvereine bzw. Abteilungen* durch den SPD-Parteivorstand im Frühjahr 2010. Auch die *Zukunftswerkstätten* zu zentralen Politikfeldern gehören zu dieser Renaissance der SPD. Klaus Wowereit hat das für Berlin zentrale Thema Integration auch auf Bundesebene mit einer Zukunftswerkstatt besetzt. Die laufenden Prozesse münden in einen von der Berliner SPD geforderten *außerordentlichen Perspektivparteitag* im September 2010 in Berlin. Dort steht die inhaltliche Kursbestimmung an. Es folgt die Debatte um die Parteireform. Die Berliner SPD beteiligt sich aktiv an beiden Prozessen.

Mit der Hauptstadt im Gespräch

Eisenacher Thesenpapier

Mit ihrem *Eisenacher Thesenpapier* leisten Klaus Wowereit und Michael Müller auf einer SPD-Fraktionsklausur in Thüringen im Januar 2010 eine notwendige Positionsbestimmung und formulieren unter dem Titel *Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit: Berlin nach vorne bringen* die Richtung für die „dritte Etappe sozialdemokratischer Regierungsverantwor-

tung“ – und erhalten positive Resonanz. In dem Papier sind zum einen die zentralen Zukunftsfragen der Stadt thematisiert – die Zukunft der Daseinsvorsorge von der Ganztagschule bis zur Wasserversorgung, der soziale Zusammenhalt in der Stadt durch Integration und Teilhabe, die Industriepolitik für nachhaltiges Wachstum, mehr Arbeitsplätze und eine solidarische Stadt, die eine Mischung aller Schichten erhält und Verdrängung mittels intelligenter Wohnungspolitik verhindert. Berlin soll zur Modellstadt für das nachhaltige Zeitalter werden. Zum anderen kündigt das Papier die Dialogreihe *Hauptstadt im Gespräch* an. Drei Ideenkonferenzen – *Integration, Neue Industrialisierung* und *Verantwortung für das Gemeinwesen* – finden im März, Juni und Oktober statt. Sie werden ergänzt durch die Tour von Klaus Wowereit durch die 12 Bezirke und die Stadtteiltage der Abgeordneten in allen Wahlkreisen. Die SPD lädt die BerlinerInnen ein, über Konzepte zu diskutieren, ihre Ideen aufzunehmen. Das Öffnen der Partei steht im Jahr 2010 im Vordergrund. Dieses Dialogangebot steht dabei in einer Linie mit den inzwischen ins Leben gerufenen Zukunftswerkstätten der Bundespartei. Parallel dazu setzt der Landesverband den Schwerpunkt auf moderne basisnahe Veranstaltungsformate: Ob Abteilungsvorsitzendentreffen, Mitgliederforen, Neumitgliedertreffen oder die regelmäßigen Briefe an die Mitglieder: Die Berliner SPD hat Instrumente gefunden, die auf Akzeptanz stoßen. Sie setzt darauf, Parteistrukturen durchlässiger zu machen und die Diskussionskultur zu erneuern. Der Landesverband hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Reformarbeit in der Partei diskutiert und den Erneuerungsprozess auf Bundesebene begleitet.

Berliner Ideenkonferenzen, Berliner Stadtteiltage und Bezirkstour: Zusammenspiel von Partei, Fraktion und Senat

In was für einer Gesellschaft wollen wir eigentlich zusammenleben? Wie gestalten wir diese Gesellschaft, so dass sie eine Lebenswerte und gerechte ist? Wie kann sich Berlin weiterentwickeln im 3. Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung? Diese Fragen stellt die Berliner SPD in 2010 sich und den BerlinerInnen in entsprechenden Dialogveranstaltungen: Mit *Hauptstadt im Gespräch* steht der Dialog mit der Stadtgesellschaft im Zentrum. Partei, Fraktion und SPD-Senatsmitglieder verzahnen dabei ihre Aktivitäten.

Berliner Ideenkonferenzen: Die SPD Berlin schafft ein Forum für neue Impulse. Sie lädt Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur ein, immer aber auch Praktiker – z. B. UnternehmerInnen oder sozial

Engagierte. Gäste sind BürgerInnen und SozialdemokratInnen. Die Konferenzen sind offen gestaltet, Diskussion steht im Mittelpunkt sowie Zuhören und Aufnehmen. In Dokumentationen werden Diskussionen wie Ergebnisse festgehalten. Alle Informationen laufen dabei auf *hauptstadt-im-gespraech.de* zusammen.

■ Berliner Ideenkonferenz #1 Solidarische Stadtgesellschaft: Integration und Teilhabe – 6. März, Station Berlin

■ Berliner Ideenkonferenz #2 Neue Industrialisierung: Nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten – 5. Juni, Kant-Atrium im Ludwig-Erhard-Haus der IHK Berlin

■ Berliner Ideenkonferenz #3 Verantwortung für das Gemeinwesen – 27. Oktober, JugendKulturZentrum PUMPE

Die *Berliner Stadtteiltage* sollen Raum für Ideen, Anregungen und Diskussionen über die Zukunft des Kiezes und der Stadt bieten. Dazu gehören Besuche der Abgeordneten in Schulen und Vereinen, Meinungsaustausch bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Führungen an interessanten Orten und vieles mehr. Alle 54 Mitglieder der SPD-Fraktion bieten einen solchen Tag in ihrem Wahlkreis an.

Bezirkstour von Klaus Wowereit: Mit einer Tour durch die 12 Berliner Bezirke nimmt der Regierende Bürgermeister die Sorgen, Ansprüche und Wünsche der BerlinerInnen auf. Er besucht Schulen und Unternehmen, soziale Einrichtungen und soziale Brennpunkte.

Schwerpunktthemen

Schwerpunktthema Integration

Integration und soziale Teilhabe sind relevant für die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt in Berlin. Klaus Wowereit hat dies zu einem Schwerpunktthema des roten Senats und der Berliner SPD für 2010 gemacht. Berlin ist Einwanderungsstadt und kann und darf nicht auf die Kompetenzen von MigrantInnen verzichten. Migration ist eine Ressource für Berlin. Ob Berlin zukunftsfähig bleibt, hängt ganz wesentlich am Gelingen von Integration und am Aufbau einer solidarischen Stadtgesellschaft. Die Berliner SPD versteht Integration als umfassende soziale, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe. Sie gilt für alle – ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Berlin steht dabei nicht am Nullpunkt. Für bessere Aufstiegsperspektiven ist Bildung ein Schlüssel: ein durchlässiges, auf Chancengleichheit ausgerichtetes Bildungssystem mit Ganztagsbetreuung. Mit der Schulreform, die das



Foto: koko-berlin.de

Podium der Ideenkonferenz #2: Stellv. DGB-Bezirksvorsitzender Berlin-Brandenburg Christian Hoßbach, Moderator Christian Stahl, Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer, Prof. Dr. Klaus Semlinger von der HTW Berlin und Geschäftsführer der WISTA-Management GmbH Hardy Schmitz



Foto: Ulrich Harb

Klaus Wowereit, Michael Müller und Rüdiger Scholz am Rande der Berliner Ideenkonferenz #1



Foto: Jürgen Jänen

Dilek Kolat beim Stadtteiltag in Ihrem Wahlkreis

selektive dreigliedrige Schulsystem überwindet und künftig zwei Wege zum Abitur anbietet und den Anstrengungen im Kita-Bereich sind hierfür die Grundlagen gelegt. Mit dem Integrationskonzept hat der Senat messbare Ansätze geschaffen, die bundesweit als vorbildlich eingestuft werden. Die Programme der Sozialen Stadt stärken den Zusammenhalt in den Innenstadtbezirken. Der öffentliche Dienst hat Schritt für Schritt Berufsperspektiven für Zuwanderer geschaffen. Berlin hat einen verpflichtenden Ethikunterricht für alle, der Gemeinsamkeiten jenseits der Konfession stärkt.

Schwerpunktthema Neue Industrialisierung
Ebenfalls zentral für die Zukunftsfähigkeit der Stadt ist die Ansiedlung von Zukunftsindustrien. Es geht um eine nachhaltige Industriepolitik für Berlin. Klaus Wowereit, die Berliner Kammern und Unternehmensverbände sowie die Spitzen der Gewerkschaften haben Anfang 2010 einen Zukunftspakt für die Berliner Industrie geschlossen. Im *Steuerungskreis Industrie* sind sie übereingekommen, ihre Maßnahmen zur Stärkung des Industriestandorts Berlin zu intensivieren und künftig im Rahmen einer industriepolitischen Strategie miteinander abzustimmen. Die Runde widmet sich der Bekämpfung des Fachkräftemangels, der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, der Verbesserung des Standortmarketings sowie der Entwicklung des Flughafens Tegel zu einem Forschungs- und Industriepark.

Schwerpunktthema Bildung – Erfolgreiche Regierungsarbeit der SPD wird fortgesetzt
Die Berliner SPD setzt ihr Ziel *Vorrang für Bildung* konsequent um. Dazu gehört die Verwirklichung des Wahlversprechens: die ersten 3 Kitajahre sind kostenlos. Für eine bessere

Betreuung u.a. durch einen verbesserten Personalschlüssel in den Kitas werden ab 2010 zusätzliche Mittel bereitgestellt. Mit der Beitragsfreiheit setzt die Berliner SPD ein wichtiges Zeichen für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Berlins SchülerInnen sollen die bestmögliche individuelle Förderung bekommen. Das ist eines der wesentlichen Ziele der Schulstruktureform, die von der rot-roten Koalition im Januar 2010 beschlossen worden war. Die Schulreform sorgt dafür, dass Berlin ein zweigliedriges Schulsystem bekommt und zwei Wege, die beide zum Abitur führen können – am Gymnasium in 12 Jahren, an der Sekundarschule in 13 Jahren. Der Ganztagsbetrieb wird ausgebaut. Es wird mehr LehrerInnen sowie ErzieherInnen an den Berliner Schulen geben. Mittel aus den Konjunkturprogrammen werden vorrangig für die Sanierung der Kitas und Schulen eingesetzt.

Berlin miteinander – Der Weg zum Wahlprogramm

In der zweiten Jahreshälfte 2010 gewinnt eine Frage innerhalb der SPD an Kontur: Wie will die Berliner SPD in den kommenden Jahren die Stadt gestalten? Mit welchen Inhalten können wir bei den Abgeordnetenhauswahlen 2011 erneut stärkste politische Kraft Berlins werden? Erstmals beschäftigt sich der Landesvorstand in seiner Klausur am 23. Oktober 2010 mit der Erstellung des Wahlprogramms. Aus der Diskussion entstehen Vorgaben: das Programm muss prägnant und lesbar formuliert sein. Im Mittelpunkt stehen die Themen *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung und Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration*. Das Programm soll in einem partizipativen Prozess entstehen, in den SPD-Mitglieder und Externe eingebunden sind. Der Landesvorstand übernimmt als Programmkommission die Begleitung und ernennt Hella Dunger-Löper zur Beauftragten für das Wahlprogramm.

Ausblick: Kampagne zur Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011: Berlin verstehen.
Berlin ist heute eine bunte und weltoffene Stadt, die enorm an Attraktivität und wirtschaftlicher Stärke gewonnen hat. Das verbinden die Menschen zu Recht mit der SPD und Klaus Wowereit. Daran setzt die Kampagne zur Abgeordnetenhauswahl an, mit der die SPD die BerlinerInnen um politische Unterstützung für die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte bittet. Berlin verstehen. heißt dabei, Berlin zu zeigen, wie es ist – echt, ungeschminkt und nah. Die Ziele sind ambitioniert: Die SPD will als stärkste politische Kraft einen eindeutigen Gestaltungsauftrag erhalten und über Optionen bei der Regierungsbildung verfügen.

Veranstaltungen und Aktionen

Landesparteitag und Landesvertreterversammlung am 17. Mai 2009: Sozial und demokratisch
Der Landesparteitag steht unter dem Eindruck der anstehenden Bundestagswahl 2009 sowie unter der durchschlagenden Finanzkrise. Gastredner und SPD-Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier sagt den Delegierten, in diesem Jahr richteten sich besonders viele Hoffnungen auf die SPD. Angesichts der Krise hofften viele Menschen auf Fairness und Gerechtigkeit. Dazu sei ein handlungsfähiger Staat nötig. Die SPD mache „Politik für die wirkliche Mitte dieser Gesellschaft“, betont Steinmeier auf dem Landesparteitag. Es gehe in diesen Tagen um die Solidarität in unserem Land, sagt Michael Müller. Frank-Walter Steinmeier zollt der Berliner SPD, sie sei die einzige Berlin-Partei und stehe für das „moderne offene, vor allem für das ganze Berlin“. Gleichzeitig wird auf der Landesvertreterversammlung die Landesliste der Berliner SPD für die Bundestagswahl beschlossen.

Landesparteitag am 10. Oktober 2009: Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Zwei Wochen nach der Wahlniederlage der SPD bei der Bundestagswahl 2009 steht der Landesparteitag im Zeichen der Aufarbeitung des Wahlergebnisses und dem Wunsch nach Erneuerung. Nach diesem Ergebnis könne man nicht einfach weitermachen wie bisher, sagt Michael Müller in seiner Rede. Die SPD sei und bleibe linke Volkspartei, so Müller. Auch Klaus Wowereit fordert Konsequenzen aus der Wahlniederlage: „Die SPD muss die Vision einer solidarischen Zukunft entwickeln, sie muss Sicherheit geben und Zukunftsängste nehmen“. Da, wo die Menschen eine Gerechtigkeitslücke fühlen, müsse es auch Änderungen geben. Klaus Wowereit wird ohne Gegenstimme und bei nur einer Enthaltung als stellvertretender Parteivorsitzender nominiert. Der Parteitag verabschiedet eine bundesweit wahrgenommene Resolution, die sich mit den Konsequenzen aus der Bundestagswahl befasst. Der SPD sei es nicht gelungen, sich ein eindeutiges Profil zu geben, heißt es im Beschluss: „Auch und gerade in Berlin muss die SPD unverwechselbar linke Volkspartei sein und ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Das Programm dafür haben wir und die notwendigen Schwerpunkte wurden ebenfalls formuliert – nun ist es an uns und an den handelnden Personen, sie wahrnehmbar umzusetzen.“

Landesparteitag am 26. Juni 2010: Gemeinsam für eine faire Gesellschaft

Unter diesem Motto übt Sigmar Gabriel in seiner Ansprache auf dem Parteitag scharfe Kritik

an der schwarz-gelben Regierung. Sie führe Deutschland in die dritte Liga. „Es besteht die Gefahr, dass Deutschland vor verlorenen Jahren steht“, so Gabriel.

Der wiedergewählte SPD-Landesvorsitzende Michael Müller mahnt die Delegierten zur Einigkeit: „Wir haben viel erreicht in dieser Stadt, wenn wir intern gestritten haben und gemeinsam nach außen gekämpft haben“. Ein Sieg bei der kommenden Abgeordnetenhauswahl sei kein Selbstläufer, die Ausgangslage aber gut: 15 Monate vor der nächsten Abgeordnetenhauswahl zeigten Umfragen, dass die SPD die führende Kraft in der Stadt ist. Es gibt eine stabile Mitgliederbasis mit 16.000 Mitgliedern bei leicht steigender Tendenz. Der Parteitag ist geprägt von turnusgemäßen Wahlen. Die Delegierten im bcc am Alexanderplatz beschließen den Antrag Mieterstadt Berlin. Berlin soll auch in Zukunft eine Stadt sein, in der Menschen aus verschiedenen Einkommens- und Bevölkerungsschichten ein differenziertes Angebot an Mietwohnungen zur Verfügung steht. Bezahlbarer Wohnraum, Schutz von Mieterinnen und Mietern, umweltfreundliche Sanierung, Verbesserungen der Wohnquartiere – einstimmig wird der Antrag beschlossen. Zudem sprechen sich die Delegierten für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sowie für einen Antrag aus, der die SPD-Bundestagsfraktion zu einer parlamentarischen Initiative zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan auffordert. Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller wird bei der Wahl des Landesvorstands mit knapp 80 % der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Als stellvertretende Landesvorsitzende werden Barbara Loth, Mark Rackles, Marc Schulte und Iris Spranger gewählt. Neuer Landeskassierer ist seit dem 26. Juni 2010 Harald Christ.

Landesparteitag 13. November 2010: Für eine moderne Industriepolitik in Berlin – Stärkung des öffentlichen Einflusses auf grundlegende Belange der Daseinsvorsorge

Unter dem Motto *Berlin miteinander* beginnt im November 2010 die Vorbereitung des Wahlprogramms. Zentral sind die Beratung von Anträgen zur Rekommunalisierung und die Reden des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit und der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Vor der SPD liegen weiter große Aufgaben, erklärt die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin. „Wer außer uns soll dafür sorgen, dass es mehr Miteinander gibt?“, so Kraft. „Wir können stolz sein auf das, was wir geleistet haben“, so Klaus Wowereit in seiner Rede. Er erinnert an den Zustand Berlins 2001. Heute stelle sich die Stadt anders dar. Ein kämpferischer Regierender Bürgermeister macht

deutlich, dass es mit der SPD keine Klientelpolitik gibt, keine Politik der Ellbogen. Er werde weiter Verantwortung für das ganze Berlin tragen, nicht für Teile, so Klaus Wowereit.

Den Mittelpunkt der Antragsberatungen bilden u.a. die Themen *Sozialstaatliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung* sowie *Neue Industrialisierung*. Gestärkt werden soll zudem der Einfluss des Landes auf die S-Bahn. Eine Teilprivatisierung oder eine Teilausschreibung von Strecken wird abgelehnt, eine Übernahme der S-Bahn in kommunale Verantwortung soll geprüft werden, die DB zur Optimierung der aktuellen Situation aufgefordert werden. Einstimmig angenommen wird der Antrag zur Industriepolitik. Dieser macht deutlich: „Industriekompetenz ist das Markenzeichen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Berlin! Unsere Stadt muss den Anspruch erheben, Industriestadt zu sein. Mehr Industrie in Berlin bedeutet mehr Wertschöpfung auch bei Dienstleistungen. Je höher die Wertschöpfung in diesem Sektor wird, desto größer sind die Spielräume für eine sozialökologische Stadtpolitik, desto größer ist der Spielraum für eine Politik sozialer Gerechtigkeit“.

20 Jahre SDP-Gründung

Die Jahre 2009 und 2010 sind nicht nur für das wiedervereinigte Deutschland Jahre der Jubiläen. Auch für SPD sind sie von großer Bedeutung. Bereits am 7. Oktober 1989 fand in Schwante der Gründungsakt der Sozialdemokratischen Partei in der DDR statt. Die Gründung der SDP war eine Geburt aus dem Geist der demokratischen und pazifistischen Bürgerbewegung in der DDR und hebt sie sich doch ab von den vielen zu der Zeit entstandenen Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen. Im System der SED-Einheitspartei war der Anspruch, eine Partei – noch dazu eine sozialdemokratische – zu gründen, ein entscheidender: „Mit ihr wurde der Machtanspruch der SED und damit letztlich die DDR infrage gestellt“, so Müller. Im Januar 1990 benannte sich die SDP in SPD um. Die beiden Berliner SPD-Verbände gingen voran und beschlossen im September 1989 erst getrennt und dann auf einem gemeinsamen Parteitag die Vereinigung. Am 27.09.1990 folgt die Vereinigung der West-SPD mit der Ost-SPD, in einem Manifest wurde die Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei festgestellt. Dieses 20jährige Jubiläum begeht die Berliner SPD 2009 und 2010 mit Veranstaltungen und Publikationen aus vielen Kreisen und Abteilungen und mit zahlreichen namhaften Rednern wie Wolfgang Thierse, SPD-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Vorsitzender der SPD in der DDR, Anne-Kathrin Pauk, ehemalige Vorsitzende der Ost-Berliner SPD, Thomas Krüger, ehemaliger

Geschäftsführer der Ost-Berliner SPD und jetziger Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, mit SDP-Mitbegründer Markus Meckel oder frühen Unterstützern wie Berlins Innensenator Ehrhart Körting.

Gedenkstättenfahrten 2009 und 2010

Mit regelmäßigen Gedenkstättenfahrten erinnert die Berliner SPD an die Verfolgung während des Nationalsozialismus. Die Gedenkstättenfahrten sind gute Tradition der Berliner SPD und werden inzwischen gemeinsam mit Paper Press Studienreisen organisiert.

Die *Gedenkstättenfahrt im Oktober 2009* führt nach *Danzig* und in das ehemalige Konzentrationslager *Stutthof*. Während der Busfahrt von Danzig nach Stutthof und direkt vor Ort wird die Gruppe von Maria Chodakowska begleitet. Die heute 89-Jährige schildert den TeilnehmerInnen in bewegenden Worten ihre Inhaftierung in Stutthof und die Qualen auf dem Todesmarsch der Häftlinge 1945. Als eine von Wenigen überlebte sie. Ihr Vater war ebenfalls in Stutthof und ist ermordet worden. Zum Programm gehören u.a. auch ein Besuch in Danzig, die Besichtigung des Solidarnosc-Museums und der Gedenkstätte an der ehemaligen Lenin-Werft. Für die Berliner SPD legt der stellvertretende Landesvorsitzende Marc Schulte gemeinsam mit den TeilnehmerInnen zum Gedenken an die Opfer am Mahnmal in Stutthof einen Kranz nieder.



Kranzniederlegung in Stutthof 2009

Die *Gedenkstättenfahrt im Oktober 2010* führt 37 BerlinerInnen nach *Buchenwald und Weimar*. Michael Müller legt einen Kranz nieder und richtet einige Worte an die TeilnehmerInnen. „Wir wissen, dass alles, was wir vom Konzentrationslager Buchenwald sehen, nur einen schwachen Eindruck von dem vermitteln kann, was sich hier zugetragen hat.“ Der Landes- und Fraktionsvorsitzende verweist auch darauf, dass nach der Befreiung Buchenwalds am 11. April 1945 das Leid und die Unmenschlichkeit an diesem Ort nicht endeten, sondern ein sowjetisches Lager entstand.



Klaus Wowereit und Michael Müller stellen die ersten Großflächenplakate der Kampagne zur Abgeordnetenhauswahl in 2011 vor



Klaus Wowereit mit den Kandidatinnen und Kandidaten für die Abgeordnetenhauswahlen



Die Berliner SPD bei der Demo gegen rechts am 1. Mai



Berliner GenossInnen in Dresden am 14.02.2009

Kampf gegen rechts – Braune Ideologien erfolgreich blockieren!

Rechtsextremismus erfolgreich gestoppt – Geh Denken in Dresden: Anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg planen Rechtsextremisten am 14. Februar 2009 erneut einen Aufmarsch in der sächsischen Landeshauptstadt. Unter dem Motto **Geh Denken!** bildet sich ein bundesweites Bündnis, das zur Demonstration gegen den Nazi-aufmarsch aufruft. Mit 3 Bussen nimmt auch die Berliner SPD an der Demonstration im Dresdner Stadtzentrum teil. Das Konzert in



DGB-Kundgebung am 1. Mai 2010: In der ersten Reihe marschieren zusammen mit der DGB-Vorsitzenden Doro Zinke u. a. Wolfgang Thierse und Klaus Wowereit

Zusammenarbeit mit der Kampagne **Laut gegen Nazis** bildet der Abschluss eines erfolgreichen Statements gegen braune Propaganda. Als es auch im Jahr 2010 einen Aufmarsch Rechtsradikaler in Dresden geben soll, ruft die Dresdner Oberbürgermeisterin Orosz mit allen im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien zu einer Menschenkette um das Dresdner Stadtzentrum auf. Alle politischen Kräfte setzen in Dresden gemeinsam ein klares Zeichen, das stärker als in den Vorjahren auch von den Dresdnerinnen und Dresdnern getragen wurde. Die Menschenkette wird zum großen Erfolg. Rund um die Innenstadt gibt es kein Durchkommen für Nazis und rechtsextreme, menschenverachtende Ideologien. Auch hier beteiligt sich die Berliner SPD aktiv.

1. Mai – nazifrei: Nazis blockieren!

An einem auch sonst durch Innensenator Erhart Körting und die erfolgreiche Polizei-Strategie ruhigen 1. Mai kann 2010 auch im Kampf gegen Rechtsextremismus ein wichtiges Signal gegeben werden: In Berlin ist kein Platz für Nazis! Bürgerinnen und Bürger verhindern mit friedlichem Protest und der Blockade der Demonstrationroute den Nazi-Aufmarsch in Berlin – ein Erfolg der Zivilgesellschaft. Viele politische und zivilgesellschaftliche Kräfte (darunter auch aktiv die Berliner Jusos) hatten die Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch organisiert und im Vorfeld breite Unterstützung organisiert. Auch die Berliner SPD, die Bundespartei und ihre politischen Spitzen unterstützen den Aufruf zu 1. Mai – nazifrei. Die Beteiligung an den Aktivitäten am 1. Mai selbst ist groß – und groß genug um den Aufmarsch insgesamt zu verhindern. Wolfgang Thierse, Wolfgang Wieland und andere Politiker entschieden in dieser Situation am Samstag für sich als Staatsbürger, dass auch die friedliche Protestform der Sitzblockade geboten und politisch legitim war – und erhalten einzelne Kritik, aber vor allem viel Lob aus ganz Deutschland.

1. Mai 2010:

Für gute Arbeit und gerechte Löhne!

Für gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat haben sich tausende BerlinerInnen auf der Maidemonstration des DGB eingesetzt. Mit dabei waren der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller und Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse. Die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg Doro Zinke wirbt auf der Abschlusskundgebung für eine weitreichende Überarbeitung der Sozialgesetzgebung und eine Untergrenze bei Löhnen. An der Seite der Gewerkschaften treten wie 2009 und in

allen anderen Jahren die Berliner SozialdemokratInnen für gemeinsame Werte und Ziele ein: Für einen Mindestlohn, wie er in 21 EU-Staaten bereits existiert, für ein gerechtes Sozialsystem, das Bedürftige nicht als Bittsteller behandelt, gegen Kinderarmut, die auch Bildungs- und Kulturbedürfnis bedeuten könne und für gute Bildung, die immer Investition in die Zukunft bedeutet.

Menschenkette zwischen Krümmel und Brunsbüttel: Klares Zeichen für den Atom-Ausstieg

Die schwarz-gelbe Bundesregierung im Verbund mit den Stromkonzernen will offenkundig die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke verlängern. Das bedeutet den Ausstieg aus dem rot-grünen Atomkonsens von 2001. Schwarz-Gelb reißt mit der Laufzeitverlängerung gesellschaftliche Gräben wieder auf, die wir mit dem Konsens von 2001 geschlossen hatten. Deshalb schließen sich die Reihen der Anti-Atom-Bewegung am 24. April 2010 zu einer Menschenkette zwischen den AKWs Krümmel und Brunsbüttel. Die Berliner SPD ruft neben Umweltverbänden, NGOs, Gewerkschaften und Parteien zur Teilnahme an der bundesweiten Aktion auf und ist vor Ort stark vertreten. Am frühen Morgen fahren 22 Busse von der Berliner SPD-Zentrale ab, um die Menschenkette zwischen den Pannerektoren zu einem kraftvollen Zeichen für den Atom-Ausstieg zu machen. Das gelingt.

Übergabe des Tempelhofer Feldes an die Berlinerinnen und Berliner

Mit einem großen Fest wird am 8. Mai 2010 das Tempelhofer Feld der Öffentlichkeit übergeben. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung freut sich allein an dem Öffnungswochenende über 200.000 BesucherInnen – Bürgerinnen und Bürger, die das Tempelhofer Feld jetzt als Park nutzen können. Die Berliner SPD und die Fraktion des Abgeordnetenhauses sind mit Infopavillons vertreten. Die Menschen nutzen die Gelegenheit, die neue Bewegungsfreiheit auf dem Gelände auszuprobieren, nachdem Senatorin Ingeborg Junge-Reyer und Bezirksbürgermeister Ekkehard Band am Sonnabendmorgen die Tore erstmals öffnen. Auch Klaus Wowereit besucht das Gelände und begrüßt die BürgerInnen auf den zu Grillwiesen, Marathon- und Fahrradstrecken und Naturschutzarealen umgestalteten Start- und Landebahnen. Die SPD sorgt neben vielen Informationen auch für Musik, Waffeln und Kaffee.

Mädchen machen Politik: Girls' Day

Die Berliner SPD beteiligt sich seit über 9 Jahren am Girls' Day. Der Girls' Day am 23. April 2009 findet unter dem Motto „90 Jahre Frauenwahlrecht – Mädchen machen Politik“

statt. Auch am 22. April 2010 trägt die SPD Berlin wieder dazu bei, jungen Frauen die Politik näher zu bringen: Neben dem Landesverband der SPD ermöglichen die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die Berliner Bundestagsabgeordneten über 50 Schülerinnen der Klassenstufen 7 bis 13 einen Einblick in den politischen Berufsalltag. Zu den jeweils rund 30 MentorInnen gehören neben Mitgliedern des Abgeordnetenhauses von Berlin

der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der Berliner Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung Jürgen Zöllner sowie Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion wie Dr. Eva Högl und Mechthild Rawert.

Christopher Street Day – rauf auf den sozialdemokratischen Wagen

Auch 2009 und 2010 beteiligt sich die Berliner SPD und die Arbeitsgemeinschaft der Lesben

und Schwulen in der Berliner SPD (Schwusos) aktiv mit einem Wagen an der Parade zum Christopher Street Day in Berlin. Dies dient sowohl der aktiven Mitgliederwerbung wie der Auseinandersetzung mit grundlegenden gesellschaftlichen Fragestellungen wie z.B. der Familienpolitik. Mit der Darstellung eines neuen, vielfältigen Familienbegriffs wird die bundespolitische Debatte um die Definition des Begriffs Familie aufgegriffen und erfolgreich umgesetzt.

Mitglieder des Landesvorstands 2010 - Stand Juni 2010

Landesvorsitzender
Michael Müller

StellvertreterInnen
Barbara Loth
Mark Rackles
Marc Schulte
Iris Spranger

Landeskassierer
Harald Christ

BeisitzerInnen
Frank Boermann
Monika Buttgerit
Cordula Drautz
Hella Dunger-Löper
Renate Harant
Brigitte Lange
Klaus Mindrup
Ulrike Sommer

Kreisvorsitzende:

Mitte
Dr. Christian Hanke
Friedrichshain-Kreuzberg
Dr. Jan Stöß
Pankow
Alexander Götz
Charlottenburg-Wilmersdorf
Christian Gaebler
Spandau
Raed Saleh
Steglitz-Zehlendorf
Dr. Michael Arndt
Tempelhof-Schöneberg
Dilek Kolat
Neukölln
Dr. Fritz Felgentreu
Treptow-Köpenick
Oliver Igel
Marzahn-Hellersdorf
Stefan Komoß
Lichtenberg
Andreas Geisel
Reinickendorf
Jörg Stroedter

Landesgeschäftsführer
Rüdiger Scholz

Arbeitsgemeinschaften:

Vertreter der AfA
Rolf Wiegand
Vertreterin der AGS
Angelika Syring
Vorsitzende der ASF
Dr. Eva Högl
Vorsitzender der AG 60 plus
Werner Kleist
Vorsitzende der AG Migration
Ulker Radziwill
Vorsitzender der Jusos
Christian Berg
Vorsitzender der Schwusos
André Rostalski

Kooptierte Mitglieder des Landesvorstands:

Regierender Bürgermeister von Berlin
Klaus Wowereit
Mitglieder des Senats
Gisela von der Aue
Ingeborg Junge-Reyer
Dr. Ehrhart Körting
Dr. Ulrich Nussbaum
Jürgen Zöllner
Sprecherin der Berliner MdBs
Mechthild Rawert
Berliner MdEP
Dagmar Roth-Behrendt
ASG
Boris Velter
ASJ
Vera Junker
AfB
Monika Buttgerit
DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Doro Zinke
AWO
Hans Nisblé
SGK
Horst Porath
Sprecher des Senats
Dr. Richard Meng



Teilnehmerinnen am Girls' Day 2010



Antiatomkraftdemo am 05.09.2009

Weitere TeilnehmerInnen des Landesvorstands:

Pressesprecherin des SPD Landesverbands
Daniela Augenstein

Internetbeauftragter und verantwortlicher Redakteur der Berliner Stimme
Ulrich Horb

Leiter Arbeitsbereich I
Mitgliederservice, Finanzen und Organisation
Axel Oppold-Soda

Leiterin Arbeitsbereich II
Zielgruppen, Projekte und Bürgerservice
Daniela Fiedler

Landesverband Nordrhein-Westfalen**Einleitung**

Zwischen Juni 2009 und Mai 2010 – also innerhalb von nur 11 Monaten – hatte die nordrhein-westfälische SPD insgesamt 4 Wahlkämpfe zu bestreiten. Europa-, Kommunal-, Bundestags- und Landtagswahl. Die zahlreichen Veranstaltungen im Berichtszeitraum standen daher ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

A. Landesparteitage und Konvente**1. Gelsenkirchener Konferenz**

Im Mittelpunkt der traditionellen Veranstaltung, an der MandatsträgerInnen der nordrhein-westfälischen SPD aus dem Europaparlament, dem Bundestag, dem Landtag und den Kommunen teilnehmen, standen am 12./13. März 2009 europa- und kommunalpolitische Themen.

Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise forderten die KonferenzteilnehmerInnen in der *Gelsenkirchener Erklärung*: „Eine handlungsfähige Staatengemeinschaft kann die Europäische Union nur dann sein, wenn sich alle Mitgliedstaaten zum Leitbild des hand-



Hannelore Kraft im Landtagswahlkampf 2010

lungsfähigen und soliden wie gerecht finanzierten Staates bekennen.“ Martin Schulz, SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl, erinnerte daran, dass 19 der 27 EU-Staaten konservative oder liberale Regierungen hätten. Über Ministerrat und Kommission dominierten diese die europäische Politik. „Europa bedroht uns nicht“, sagte Martin Schulz. Es werde aber leider falsch regiert.

Die TeilnehmerInnen an der Konferenz stellten fest, dass die Stunde der Krise auch die Stunde der Solidarität der Mitgliedstaaten sein müsse. Fairer Wettbewerb untereinander müsse gefördert, Sozial- und Umweltdumping verhindert werden. Steueroasen in Europa müssten konsequent ausgetrocknet werden. SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier sagte: „Das marktradikale Gegenkonzept zum gemeinschaftlichen Miteinander ist in den vergangenen Monaten krachend gescheitert.“ Er verstehe die Wut der Menschen, die jetzt in der Krise das Desaster ausbaden sollten, welches andere angerichtet hätten.

Die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft machte darauf aufmerksam, dass die NRW-Landesregierung aus CDU und FDP im Zeichen der Krise „zwischen rot-lackierten Überschriften und dem neoliberalen Mantra des ‚Privat vor Staat‘ schwebe.“ SPD-Parteichef Franz Müntefering erklärte, dass auch und gerade angesichts der Globalisierung die Kommunalpolitik nicht vergessen werden dürfe.

2. Außerordentlicher Landesparteitag und Landesdelegiertenkonferenz in Halle (Westfalen)

Auf dem Landesparteitag in Halle (Westfalen) am 25. April 2009 verabschiedete die NRWSPD den Leitantrag *Fortschrittsmotor Klimaschutz*. Darin wurde deutlich, dass die SPD an Rhein und Ruhr technische und wirtschaftliche Innovationen mit sozialem und ökologischem Fortschritt in Einklang bringen will. Der Antrag stellte einen weiteren zentralen Baustein auf dem Weg zur Erarbeitung eines Programms für die Landtagswahl 2010 dar. Er wurde von den Delegierten einstimmig verabschiedet.

Der Parteitag stand ansonsten ganz im Zeichen der bevorstehenden Europawahl am 7. Juni 2009. Martin Schulz, SPD-Spitzenkandidat für das Europäische Parlament, betonte in seiner Rede die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratie in Europa. Die Finanz- und Wirtschaftskrise habe gezeigt, dass Märkte klare Regeln benötigten und nicht sich selbst überlassen bleiben dürften. Dafür werde die SPD sich in Brüssel stark machen. SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier rief die Genossinnen und Genossen dazu auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Er lobte die NRWSPD und ihre Vorsitzende Hannelore Kraft für ihren klaren Kurs. Die NRWSPD werde in Berlin gehört, sagte er. Dagegen werde Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in der CDU-Spitze „so ernst genommen, wie ein Eimer Luft.“

Auch die Delegiertenkonferenz der nordrhein-westfälischen SPD zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2009 fand am 25. April in Halle (Westfalen) statt. Der Vorsitzende der SPD, Franz Müntefering, wurde mit 97,2 % der Stimmen zum Spitzenkandidaten der NRWSPD gewählt. Auch er forderte klare Konse-

quenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: „Dieser Kapitalismus darf nicht neu lackiert werden, sondern er muss in die Mülltonne der Geschichte.“

3. Zukunftskonvent in Oberhausen

Der Zukunftskonvent am 31. Oktober 2009 in der alten Zinkfabrik in Oberhausen stand ganz im Zeichen der Sozialpolitik. Unter dem Motto *Wir in NRW. Gemeinsam stärker* diskutierten rund 900 Parteimitglieder und Gäste die Frage, wie unsere Gesellschaft menschlicher gestaltet werden kann. Nach den Grundsatzreferaten der Landesvorsitzenden Hannelore Kraft und dem Vorstandsmitglied der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Uwe Becker, wurde gemeinsam mit Expertinnen und Experten in unterschiedlichen Foren diskutiert. Dabei spielte die Politik des „Privat vor Staat“ der Landesregierung von CDU und FDP ebenso eine Rolle wie der von der neuen schwarz-gelben Regierung in Berlin verabschiedete Koalitionsvertrag. Dieser trage das „Virus des Sozialabbaus und der Entsolidarisierung in sich“, erklärte Hannelore Kraft.

Zum Zukunftskonvent waren auch die 1.000 Neumitglieder aus Nordrhein-Westfalen eingeladen worden, die nach der Niederlage bei der Bundestagswahl im September 2009 in die Partei eingetreten waren. Über 350 von ihnen folgten der Einladung und diskutierten mit Vertreterinnen und Vertretern der nordrhein-westfälischen SPD über politische Inhalte und ihre Erwartungen an die Partei.

4. Ordentlicher Landesparteitag und Landesdelegiertenkonferenz in Dortmund

Am 26. und 27. Februar 2010 fand in Dortmund der Landesparteitag der NRWSPD statt. Die Wahl des Veranstaltungsortes war kein Zufall. Ebenfalls in Dortmund war 40 Jahre zuvor der SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen gegründet worden. Zahlreiche Gründungsmitglieder nahmen an dem Parteitag in der Westfalenhalle teil. Die Delegierten der 4 Bezirke Westliches Westfalen, Niederrhein, Mittelrhein und Ostwestfalen/Lippe hatten Heinz Kühn 1970 zu ihrem ersten Landesvorsitzenden gewählt. Auf dem Parteitag legte die NRWSPD einen überzeugenden Start in die entscheidende Phase des Landtagswahlkampfes hin. *Mutig – Herzlich – Gerecht* – so lautete das Motto des Parteitages. Die ganze Atmosphäre in der Westfalenhalle machte deutlich: Die Partei war motiviert. Die SPD an Rhein und Ruhr wollte wieder Regierungsverantwortung im Land übernehmen.

Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Delegierten das Wahlprogramm für die Landtagswahl am 09. Mai 2010. Zentrale Aussagen des Programms waren:

- Die NRWSPD setzt sich für bessere Bildungschancen ein. Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen. Deshalb sollen Kinder in der Gemeinschaftsschule in kleineren Klassen länger gemeinsam lernen.
- Die NRWSPD will Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.
- Die NRWSPD steht für ein Ende des Missbrauchs bei der Leih- und Zeitarbeit. Sie setzt sich für flächendeckende Mindestlöhne und eine Ausbildungsgarantie ein.
- Die NRWSPD wird den Städten und Gemeinden wieder mehr finanzielle Spielräume eröffnen. Mit einem *Stärkungspakt Stadtfinanzen* sollen die Kommunen endlich wieder handlungsfähig gemacht werden.
- Die NRWSPD verbindet in ihrem Konzept *Fortschrittsmotor Klimaschutz* ökonomische Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung.
- Kernanliegen der NRWSPD ist es, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken. Die NRWSPD steht für ein Gemeinwesen, in der Solidarität, Mitmenschlichkeit und Respekt Vorfahrt haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Markt.

Die Verabschiedung des Wahlprogramms bedeutete einen Prozess, der in der Geschichte der NRWSPD beispiellos ist. Nach der Landtagswahl 2005 wurden die folgenden Jahre konsequent genutzt, um die eigenen politischen Inhalte kritisch zu überprüfen und das Profil zu schärfen. In diesem Prozess wurde die Meinung vieler Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen eingeholt. Und nicht zuletzt haben sich Tausende Mitglieder der nordrhein-westfälischen SPD – die Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise, Foren und Räte sowie die Ortsvereine und Unterbezirke – aktiv an der Debatte beteiligt.

Gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel wurde in Dortmund eine bundesweite Kampagne gegen die unsoziale schwarz-gelbe Kopfpauschale im Gesundheitswesen gestartet. Vom Parteitag der NRWSPD ging die klare Botschaft aus: Die SPD will eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Und wir wollen ein Gesundheitssystem, in dem die Kosten gerecht auf alle Schultern verteilt werden. Hannelore Kraft wurde in Dortmund mit 99,04 % in ihrem Amt als Landesvorsitzende bestätigt. Zu ihren Stellvertretern wurden Britta Altenkamp, Marc Herter, Jochen Ott und Ute Schäfer gewählt. Generalsekretär blieb Michael Groschek und das Amt des Schatzmeisters wurde weiterhin von Norbert Römer wahrgenommen. Auf der anschließenden Landesdelegiertenkonferenz verabschiedeten die Delegierten die Landesliste für

die Landtagswahl am 9. Mai 2010. Mit 100 % der Stimmen wurde Hannelore Kraft zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl gewählt.

4. Außerordentlicher Landesparteitag in Köln

Auf dem Außerordentlichen Parteitag in Köln stimmten die Delegierten mit großer Mehrheit für die Bildung einer Minderheitsregierung mit den Grünen und votierten einstimmig für den zuvor ausgehandelten Koalitionsvertrag mit Bündnis 90 / Die Grünen. Hannelore Kraft wurde, ebenso wie die gesamte Verhandlungskommission der NRWSPD, von den Delegierten mit minutenlangem Beifall gefeiert. Die Landesvorsitzende verteidigte die Entscheidung zur Bildung einer Minderheitsregierung. Nach intensiven Sondierungsgesprächen mit CDU, FDP und der Linkspartei habe es dazu keine Alternative gegeben. Die CDU sei nicht zu einem Politikwechsel bereit gewesen und die FDP benötige noch Zeit, um eine Ampelkoalition eingehen zu können. Die Linke, so ihr Fazit, sei zurzeit nicht regierungsfähig.

Hannelore Kraft sagte in ihrer Rede, eine Minderheitsregierung sei keine einfache Konstellation. Rot-Grün sei auf die Stimmen anderer Parteien angewiesen. Sie rief deshalb alle im Landtag vertretenen Parteien dazu auf, keine Fundamentalopposition zu betreiben.

B. Wahlen**1. Europawahl**

Das Ergebnis der Europawahl am 7. Juni 2009 war auch für die Partei in Nordrhein-Westfalen eine Enttäuschung. Die SPD erhielt in ihrem größten Landesverband 25,6 % der Stimmen und verlor 0,1 % im Vergleich zur Wahl von 2004. Die Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen war mit 41,8 % sehr gering. Seit der Wahl vertreten sechs Genossinnen und Genossen aus NRW die SPD im Europaparlament: Martin Schulz, Bernhard Rapkay, Jutta Haug, Jens Geier, Petra Kammerevert und Birgit Sippel. Angesichts des enttäuschenden Ergebnisses und mit Blick auf die Kommunalwahl und die Wahl zum Deutschen Bundestag startete die NRWSPD die Aktion *Rausgehen statt Einigeln*. Es sollte klar gemacht werden, dass die SPD dieses Ergebnis als Herausforderung betrachtete. Im ganzen Land wurden die Kandidatinnen und Kandidaten aufgerufen, vor Werkstoren, Bahnhöfen und Freizeiteinrichtungen für die SPD und ihre guten Inhalte zu werben.

2. Kommunalwahl

Die Kommunalwahl am 30. August 2009 zeigte, dass die SPD in Nordrhein-Westfalen wieder Tritt gefasst hatte. „Wir sind mit dem Ausgang der Wahl durchaus zufrieden“, erklärte der Landesvorsitzende der SGK, Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski nach der



Zukunftskonvent 2009 in Oberhausen

Wahl. Die SPD erzielte landesweit 29,4 %. Sie verlor damit gegenüber der letzten Kommunalwahl zwar 2,3 % der Stimmen, allerdings erhöhte sich die Zahl der Bürgermeister. Gab es nach der Kommunalwahl 2004 102 Hauptverwaltungsbeamte, verfügt die SPD heute über 119 hauptamtliche Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte in NRW.

Besonders erfreulich ist, dass die SPD seit der letzten Kommunalwahl in Köln, Essen und Bielefeld wieder den Oberbürgermeister stellt. Darüber hinaus war die SPD auch in vielen ländlichen Regionen erfolgreich. Die Verluste der CDU waren dort teilweise zweistellig. Dies hing zweifellos auch mit der kommunalfeindlichen Politik der Regierung von Jürgen Rüttgers zusammen. Diese hatte bei den Städten und Gemeinden massiv gekürzt oder den Kommunen dringend erforderliche Gelder vorenthalten.

Zudem hatte die Wahltrickserie von CDU und FDP für Diskussionen gesorgt. Die Regierung wollte die Kommunalwahl mit der Europawahl zusammenlegen. Hiergegen reichte die SPD vor dem Verfassungsgerichtshof (VGH) in Münster Klage ein. Mit Erfolg. Für die bis zum Herbst gewählten und amtierenden Räte und Bürgermeister wäre ansonsten eine unerträgliche Situation entstanden. Sie wären ihrer politischen Legitimation beraubt gewesen und hätten dennoch Entscheidungen für ihre Kommunen treffen müssen.

Nach der Niederlage vor dem VGH schlug die schwarz-gelbe Landesregierung dann aus parteitaktischem Kalkül einen Wahltermin vor, der nicht – wie von der SPD gefordert – die Zusammenlegung von Bundestags- und Kommunalwahl vorsah. Stattdessen sollten die Wahlen in den Städten und Gemeinden an einem separaten Termin stattfinden. Auch hiergegen reichte die SPD Klage ein und startete eine Unterschriftenaktion.

Auf dem Kommunalkonvent in der Zeche Hansmann in Dortmund, wo sich Ende Februar 500 Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl versammelt hatten, wurde



Foto: NRWSPD

Wahlkampf-Auftakt am 10. April 2011 in der Düsseldorfer Philipshalle

dieses Vorgehen von CDU und FDP auch von Parteichef Franz Müntefering massiv kritisiert. Zwei Drittel der Bevölkerung lehnten einen zusätzlichen Wahltermin 2 Wochen nach den Sommerferien und zusätzliche Kosten in Höhe von rund 40 Millionen Euro ab. Letztlich entschied das Verfassungsgericht dann aber im Sinne von CDU und FDP. Das Ergebnis der Kommunalwahl fiel für Konservative und Liberale aber dennoch sehr durchwachsen aus. Die Wahltrickserie hatte sich nicht gelohnt.

3. Bundestagswahl

Die Bundestagswahl 2009 endete für die SPD mit einer herben Enttäuschung. In Nordrhein-Westfalen erhielt die Partei nur 28,5 % der Stim-

men. 39 Abgeordnete zogen in den Deutschen Bundestag ein. Die SPD im bevölkerungsreichsten Bundesland verlor Stimmenanteile in alle Richtungen. Der Landesvorstand sah die Ursache unter anderem darin, dass die Sozialdemokratie in der Großen Koalition in Berlin an Vertrauen verloren hatte. Das Markenzeichen der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit sei nicht mehr hinreichend erkennbar gewesen. Die SPD in Nordrhein-Westfalen unterstrich, dass es zu einer inhaltlichen und personellen Erneuerung kommen müsse. Die Landesvorsitzende Hannelore Kraft wurde für das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden nominiert und auf dem Bundesparteitag in Dresden im November 2009 mit 90,2 % der Stimmen gewählt. Die NRWSPD ist auch ansonsten gut in Berlin vertreten. Sie stellt aktuell 13 der 45 Vorstandsmitglieder.

4. Landtagswahl

2009 war – gemessen an den Wahlergebnissen – kein einfaches Jahr für die SPD. Man konnte sich angesichts der Niederlagen bei der Europa- und der Bundestagswahl jedenfalls bessere Voraussetzungen wünschen, wenn man in den Wahlkampf im bevölkerungsreichsten Bundesland einsteigt. Im Bund regierte jetzt Schwarz-Gelb und damit dieselbe Konstellation wie in NRW. Es wurde jedoch deutlich, dass mit der schnell-

Sozialdemokraten in NRW im Wahlkampf inhaltliche Kritik an der Arbeit der schwarz-gelben Landesregierung geübt. Von der Opposition erwartet man das auch. Aber wir wollten mehr. Wir wollten, dass die Menschen wieder Lust bekommen, SPD zu wählen. Wir wollten, dass sie wieder sagen: „Die sind mir sympathisch. Die machen eher was für uns als die anderen. Die machen das besser.“ Die zentrale Rolle dabei spielte Hannelore Kraft. Sie war das neue Gesicht der SPD, die Herausforderin. Die Frau, die sich nicht verbiegt, die ehrlich und engagiert für ihre Anliegen kämpft. Sie verkörperte eine selbstbewusste, eine optimistische und eine herzliche SPD.

Hannelore Kraft und die NRWSPD haben auf landespolitische Themen gesetzt, bei denen die Sozialdemokratie eine hohe Glaubwürdigkeit besitzt. Die Kampagne war fröhlich und frisch, nicht verzagt oder gar altbacken. Und das zahlte sich aus. Die SPD legte in den Umfragen kontinuierlich zu. Ebenso die Sympathiewerte für Hannelore Kraft. Am Wahlabend stand schließlich fest: Schwarz-Gelb hatte in NRW die Mehrheit verloren. Eine Regierungsbildung ohne Beteiligung der Sozialdemokraten war nicht möglich. Auf der anderen Seite fehlte Rot-Grün im Landtag ein Sitz zur absoluten Mehrheit. Angesichts dieser Situation ergriff die SPD die Initiative und lud alle Parteien zu Sondierungsgesprächen ein. Bei all diesen Gesprächen war klar: Wir wollten – gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen – einen Politikwechsel für Nordrhein-Westfalen. Dieser ließ sich aus unterschiedlichen Gründen weder mit CDU, FDP noch Linkspartei erzielen. Letztlich fiel daher die Entscheidung zur Bildung einer Minderheitsregierung und zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit den Grünen. Der Koalitionsvertrag wurde nach dem Kölner Parteitag am 12. Juli 2010 unterschrieben. Zwei Tage später wurde Hannelore Kraft zur ersten Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen gewählt. Die SPD hatte nach nur einer Legislaturperiode in der Opposition wieder Regierungsverantwortung übernommen.

In einer Analyse der Landtagswahl vom 9. Mai 2010 kam die Forschungsgruppe Wahlen zu einem bemerkenswerten Ergebnis: „... statt einer gegen die Bundespolitik gerichteten Kampagne setzte die NRWSPD auf Landesthemen. Und dies ganz offensichtlich zu Recht: Unabhängig von Koalitionen war die SPD in unseren Umfragen die meistgewünschte Regierungspartei, besaß im Land wieder deutlich mehr Reputation als 2005, konnte bei den Parteikompetenzen viel Vertrauen zurückgewinnen und hatte eine überraschend starke Herausforderin im Rennen. Entsprechend war Hannelore Kraft ... nicht nur Zugpferd vor Ort, sondern Hoffnungsträgerin der gesamten deutschen Sozialdemokratie.“



Foto: NRWSPD

Die TatKraft-Tour - ein innovatives Wahlkampfkonzept

Mitglieder des Landesvorstands 2009

Landesvorsitzende Hannelore Kraft	Jutta Haug Dr. Michael Heidinger	Gisela Walsken
Stellvertretende Vorsitzende Britta Altenkamp Birgit Fischer Jochen Ott Ute Schäfer	Marc Herter Oliver Kaczmarek Hans-Willi Körfges Dr. Dietmar Köster Thorsten Konzelmann	Landesgeschäftsführer Bernd Neuendorf
Schatzmeister Norbert Römer	Elisabeth Koschorreck Jutta Pfingsten	Regionalvorsitzende Norbert Römer Westliches Westfalen Britta Altenkamp Niederrhein Dietmar Nietan Mittelrhein Ute Schäfer Ostwestfalen-Lippe
Generalsekretär Michael Groschek	Ernst-Wilhelm Rahe Bernhard Rapkay	Arbeitsgemeinschaften und ihre Vorsitzenden Armin Jahl AfA Marlies Stotz AfB Christoph Dolle Jusos Gerda Kieninger ASF Dr. Matthias Albrecht ASG Gerd Teulings (bis 08/2009) AGS André Brümmer (ab 08/2009) AGS Dr. Markus Sondermann ASJ Gerhard Kompe AG60 plus Dirk Jehle Schwusos
BeisitzerInnen Frank Baranowski Dietmar Bell Martin Bornträger Bernhard Daldrup Christoph Dolle Franz-Josef Drabig Renate Drewke Gabriele Frechen	Dr. Karsten Rudolph Miriam Schmidt Uwe Schmitz Karl Schultheis Svenja Schulze Michelle Schumann Monika Simshäuser Apostolos Tsalastras Elisabeth Veldhues	

Mitglieder des Landesvorstands 2010

Landesvorsitzende Hannelore Kraft	Gabriele Frechen Dr. Michael Heidinger	Elisabeth Veldhues Gisela Walsken
Stellvertretende Vorsitzende Britta Altenkamp Marc Herter Jochen Ott Ute Schäfer	Oliver Kaczmarek Thorsten Klute Hans-Willi Körfges Dr. Dietmar Köster Thorsten Konzelmann	Landesgeschäftsführer Bernd Neuendorf
Schatzmeister Norbert Römer	Elisabeth Koschorreck Nadja Lüders	Regionalvorsitzende Norbert Römer Westliches Westfalen Britta Altenkamp Niederrhein Dietmar Nietan Mittelrhein Ute Schäfer Ostwestfalen-Lippe
Generalsekretär Michael Groschek	Michelle Müntefering Dr. Uli Paetzel	Arbeitsgemeinschaften und ihre Vorsitzenden Armin Jahl AfA Marlies Stotz AfB Veith Lemmen Jusos Gerda Kieninger ASF Dr. Matthias Albrecht ASG André Brümmer AGS Roy Hardin ASJ Gerhard Kompe AG60 plus Dirk Jehle Schwusos
BeisitzerInnen Birgit Alkenings Frank Baranowski Claudia Bogedan Martin Bornträger Bernhard Daldrup Christoph Dolle Franz-Josef Drabig Renate Drewke	Ernst-Wilhelm Rahe Dr. Karsten Rudolph Axel Schäfer Karl Schultheis Svenja Schulze Peter Schuster Monika Simshäuser Birgit Sippel Apostolos Tsalastras	

Landesverband **Hessen**



1. Politische Entwicklung und Arbeitsschwerpunkte des Landesverbands

Die Jahre 2009 und 2010 standen für die hessische SPD im Zeichen der Rückgewinnung von Vertrauen und landespolitischer Initiative sowie einem personellen Neuanfang an der Spitze

von Landesvorstand und Landtagsfraktion nach dem für die hessische SPD äußerst schwierigen Jahr 2008. Ein wesentlicher Schwerpunkt des Jahres 2010 waren darüber hinaus Angebote und Aktivitäten für den anstehenden Kommunalwahlkampf. Das Landesergebnis von 31,5 % bei den Kommunalwahlen am 27. März 2011 zeigt, dass die hessische SPD sich – schneller als von vielen erwartet – stabilisiert hat und über ein ausbaufähiges Fundament für den Landtagswahlkampf 2013 verfügt.

Die Landtagswahl am 18. Januar 2009

Am 18. Januar 2009 wurde der hessische Landtag neu gewählt. Vorausgegangen war der Neu-

wahl die Auflösung des Landtags, nachdem 3 SPD-Landtagsabgeordnete am 3. November 2008 angekündigt hatten, der damaligen SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Andrea Ypsilanti am Folgetag ihre Stimme bei der Wahl zur hessischen Ministerpräsidentin einer rot-grünen Minderheitsregierung zu verweigern. Nachdem die Vorgänge um diese gescheiterte Regierungsbildung im November und Dezember 2008 bundesweit in beispielloser Weise medial Niederschlag gefunden hatten, gelang es trotz eines engagierten Wahlkampfes unter Führung des neuen Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel innerhalb der wenigen verbliebenen Wochen nicht, inhaltliche Fragen



Foto: P. Tursky-Hartmann

Thorsten Schäfer-Gümbel wurde auf dem ordentlichen Landesparteitag am 28. Februar 2009 in Darmstadt zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Hier eingekleidet von den Bezirks- und stellvertretenden Landesvorsitzenden Gernot Grumbach und Manfred Schaub.



Foto: P. Tursky-Hartmann

Beim Hessengipfel 2010 wurde mit „Arbeit und Gerechtigkeit“ ein Konzept für eine Politik für Arbeit und Beschäftigung entwickelt. Hier besucht Sigmar Gabriel die jährliche Klausur der SPD Hessen.



Foto: SPD Hessen / SPD Rheingauviertel-Hollerborn

Der Landesverband unterstützte die Gliederungen beim Kommunalwahlkampf u. a. mit der einheitlichen Werbelinie HESSENGERECHT, die den Untergliederungen über ein webbasiertes Druckportal angeboten wurde.



Foto: P. Tursky-Hartmann

Auf dem Landesparteitag am 27.11.2010 startet die Hessen-SPD in den Kommunalwahlkampf.

in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung zu rücken. Die SPD erzielte mit 23,7 % ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis in Hessen (2008: 36,7 %). Gegenüber der Landtagswahl 2008 gingen ausweislich der Nachwahlbefragung per Saldo 192.000 SPD-Wähler in die Wahlenthaltung, weitere 194.000 Wählerinnen und Wähler wechselten zu anderen Parteien, davon der weitaus größte Teil zu B'90/Die Grünen. Die CDU, die von den Verlusten der SPD kaum profitieren konnte, bildete zusammen mit der FDP eine neue Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch, die erkennbar ambitionslos ihre Regierungsarbeit aufnahm.

Neustart mit dem Landesparteitag 2009 und Arbeitsprogramm des neuen Landesvorstands
Auf dem ordentlichen Landesparteitag am 28. Februar 2009 in Darmstadt wurde Thorsten Schäfer-Gümbel zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Neuer Generalsekretär wurde der Bundestagsabgeordnete Michael Roth. Der Landesparteitag beschäftigte sich ausführlich mit den Gründen für die gescheiterte Regierungsbildung 2008 und für die Wahlniederlage 2009 und verabschiedete mit dem Leitantrag *Vertrauen zurück gewinnen – Unser Weg zur Regierungsverantwortung 2014* Zielmarken für die Rückeroberung der landespolitischen Initiative durch die hessische SPD. Bei allen Differenzen über die gescheiterte Regierungsbildung 2008 zeigte sich dabei eine weitgehende Übereinstimmung, dass die inhaltliche Ausrichtung der Partei, die zum guten Wahlergebnis im Januar 2008 geführt hatte – d.h. der engagierte Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte, bessere und gerechtere Bildung und eine konsequente Energiewende – auch weiterhin mehrheitsfähig in der hessischen Bevölkerung ist und Grundlage der politischen Arbeit bleibt.

Der neu gewählte Landesvorstand verabschiedete im Mai 2009 ein umfangreiches Arbeitsprogramm, das neue Foren und Arbeitskreise auf Landesebene, die Verstärkung der bestehenden und neue, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungsformate vorsieht. Dazu zählt der Hessengipfel als Klausurtagung zum Jahresauftakt, regelmäßige landesweite Kampagnenwochen mit wechselnden Themen, ein Sommerfest, bildungspolitische Aktionen jährlich zum Schulbeginn und regelmäßige Mitarbeiterkonvente zur besseren Vernetzung der verschiedenen Ebenen. Um die Kommunikation in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und Themenfeldern auszubauen, wurden neue SPD-Landesforen neu eingerichtet. Dazu gehören die Foren Wirtschaft und Finanzmarkt, das Sportforum, das Forum Kirche und Politik und das Forum *Neue Energie für Hessen*. Dieses Arbeitsprogramm bildete das Raster für die weiteren Aktivitäten und Veranstaltungen des Landesverbandes 2009 und 2010.

Europa- und Bundestagswahl 2009

Die regionale Planung und Durchführung des Europa- und Bundestagswahlkampfes oblag in Hessen entsprechend der bisherigen Aufgabenverteilung den Bezirken Hessen-Nord und Hessen-Süd.

Zur Bundestagswahl führte der Landesverband in Kooperation mit den jeweiligen Unterbezirken eine *72-Stunden-Endspurttour* mit dem Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel, Generalsekretär Michael Roth und den beiden hessischen Bundesministerinnen Brigitte Zypries und Heidi Wiecek-Zeul mit mehr als 30 Innen- und Außenveranstaltungen durch. Bei der Europawahl konnte die SPD in Hessen 24,4 %, bei der Bundestagswahl 25,6 % der Stimmen erzielen.

Hessengipfel 2010: Arbeit und Gerechtigkeit

Im Rahmen der Diskussion um die vergangene und zukünftige arbeitsmarktpolitische Ausrichtung der SPD legte der Landesvorstand zum Hessengipfel im Januar 2010 mit *Arbeit und Gerechtigkeit* ein umfangreiches Konzept für eine Politik für Arbeit und Beschäftigung vor. Das Papier fand in verschiedenen Bereichen Eingang in die Beschlusslage der Bundesebene und wurde breit innerhalb der eigenen Partei diskutiert und auch zahlreichen Verbänden und Organisationen zur Stellungnahme übermittelt. Die endgültige Fassung wurde nach Beratung der zahlreichen Änderungs- und Ergänzungsvorschläge im Parteirat verabschiedet.

Diskussion über eine Schuldenbremse in der hessischen Landesverfassung

Um im anstehenden Kommunalwahlkampf die befürchtete negative Ausstrahlung der CDU-geführten Regierungen in Bund und Land mit einem neuen Thema zu überdecken, beschloss die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit Anfang 2010, parallel zur Kommunalwahl im März 2011 eine Volksabstimmung über die Aufnahme einer Schuldenbremse in die hessische Landesverfassung durchzuführen. In den folgenden Verhandlungen zwischen CDU, FDP, SPD und Grünen über einen gemeinsamen Abstimmungstext konnte die SPD erhebliche Änderungen gegenüber dem ursprünglichen, einseitig auf die Legitimierung einer Spar- und Kürzungspolitik abzielenden Entwurf von CDU und FDP durchsetzen. Insbesondere konnte die Einnahmeverantwortung sowohl für den Landtag als auch für die Landesregierung im Abstimmungstext verankert und die Finanzierungsverpflichtungen des Landes gegenüber den Kommunen gesichert werden.

Der SPD-Landesparteitag im November folgte dem erzielten Kompromiss nach einer kontroversen, aber konstruktiv geführten Debatte mit deutlicher Mehrheit. Viele Delegierte machten allerdings grundsätzliche Bedenken gegen das

Instrument der Schuldenbremse auf Landesebene geltend.

Start in den Kommunalwahlkampf

Mit dem Landesparteitag unter dem Titel *HESSENGERECHT* startete die hessische SPD am 27.11.2010 in Gießen in den Kommunalwahlkampf für die Wahlen am 27. März 2011. Bereits im Frühjahr 2010 hatte der Landesvorstand ein umfangreiches Eckpunktepapier mit kommunalpolitischen Leitlinien verabschiedet, das Eingang in die Diskussion der Kommunalwahlprogramme der Unterbezirke und Ortsvereine fand. Mit der kommunalpolitischen Plattform wurde auf dem Parteitag eine zugespitzte Fassung dieser Leitlinien für die Bereiche Integration, Bildung, Familie und neue Energien diskutiert und beschlossen.

Der Landesverband unterstützte die Gliederungen in den Vorbereitungen zum Kommunalwahlkampf daneben in vielfältiger Weise, u.a. durch die Bereitstellung einer einheitlichen Werbelinie, eines webbasierten Druckportals für Wahlkampfmaterial in professionellem Design, Kursen und Materialien für den Internetwahlkampf, die Bereitstellung von Musterredabau-steinen und durch ein Webtool für die Spende von Großflächenplakaten. Von vielen Gliederungen genutzt wurde auch das Angebot, den Film *Die 4. Revolution* von Hermann Scheer in Kombination mit Diskussionsveranstaltungen zur Energiepolitik zu zeigen.

2. Landesparteitage und Vorstandswahlen

Der *ordentliche Landesparteitag am 28. Februar 2009* wählte einen neuen Landesvorstand. Neuer Landesvorsitzender wurde Thorsten Schäfer-Gümbel. Schwerpunkte des Parteitages waren die Entwicklungen des Jahres 2008, die Analyse des Landtagswahlergebnisses 2009 und die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl. Der Landesparteitag verabschiedete den Leitantrag *Vertrauen zurück gewinnen – Unser Weg zur Regierungsverantwortung 2014* und mehrere Satzungsänderungen, insbesondere die Aufnahme des Mitgliederentscheides in die Satzung des Landesverbandes.

Schwerpunkt des *außerordentlichen Landesparteitages am 27. November 2010* unter dem Motto *HESSENGERECHT* war der Auftakt zum Kommunalwahlkampf 2011 und der Beschluss der kommunalpolitischen Plattform der hessischen SPD. Weiterhin stimmte der Parteitag dem Kompromiss mit CDU, FDP und Grünen bzgl. der Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung mit deutlicher Mehrheit zu. Gastredner war der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit.

Wichtige Termine und Veranstaltungen 2009 – 2010

28.02.2009	Ordentlicher Landesparteitag in Darmstadt	17.05.2010	Forum Wirtschaft und Finanzmarkt: <i>Griechenland, die Eurozone und die Perspektiven – Regulationsdefizite und Antworten</i> in Frankfurt
08.06.2009	Öffentliche Sitzung des Landesvorstands im Rahmen des Hessentags in Langenselbold	27.05.2010	Mitarbeiterkonvent in Fulda
23.06.2009	Mitarbeiterkonvent in Frankfurt	31.05.2010	Öffentliche Sitzung des Landesvorstands im Rahmen des Hessentags in Stadthaus
24.08. – 29.08.2009	<i>Landesaktionswoche Bildung</i> mit rund 100 Aktionen und Veranstaltungen der Ortsvereine und Unterbezirke	19.06.2010	Forum Sport: <i>Jugend, Schule und Sport</i> in Frankfurt
29.08.2009	SPD-Hessenfest auf dem Schiffenberg bei Gießen	21.06.2010	Forum Kirche und Politik: <i>Benachteiligte Jugendliche am Arbeitsmarkt</i> , Gießen
31.08.2009	Gründung des Forums Kirche und Politik der SPD Hessen in Frankfurt	17.08.2010	Landesaktionstag <i>Kein Rotstift bei Bildung und Familie!</i> mit rund 40 Aktionen und Veranstaltungen der Ortsvereine und Unterbezirke
24.09. – 26.09.2009	72-Stunden-Endspurttour zur Bundestagswahl	27.09.2010	Forum Kirche und Politik: <i>Grundwert Solidarität – Neue Weg in Wirtschaft, Politik und Bildung</i> in Frankfurt
21.08.2009	Gemeinsame Präsidiumssitzung mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz	04.10.2010	Forum Wirtschaft und Finanzmarkt: <i>Der Arbeitsmarkt der Zukunft</i> in Frankfurt
31.08.2009	Gründung des Forums Wirtschaft und Finanzmarkt der SPD Hessen in Frankfurt	16.11.2010	Verleihung des Georg-August-Zinn-Preises zur Förderung von Rechtstaatlichkeit, Demokratie und sozialem Zusammenhalt in Hessen an Steffi Jones in Wiesbaden
23.10.2009	Gemeinsame Präsidiumssitzung mit den Landesverbänden Baden-Württemberg und Bayern	25.11.2010	Forum Wirtschaft und Finanzmarkt: <i>Anforderungen an eine nachhaltige Wirtschaftspolitik</i> in Frankfurt
02.11.2009	Forum Kirche und Politik, Auftakt zur Diskussionsreihe <i>Entsolidarisierung der Gesellschaft</i> in Frankfurt	29.11.2010	Forum Kirche und Politik: Abschlussdiskussion zur Reihe <i>Entsolidarisierung der Gesellschaft</i> in Frankfurt
27.11. – 28.11.2009	Konferenz des Forums Kunst und Kultur der Sozialdemokratie Hessen in Schlitz	27.11.2010	Landesparteitag und Auftakt zum Kommunalwahlkampf der hessischen SPD in Gießen
15./16.01.2010	Hessengipfel in Friedewald, Schwerpunktthema: Arbeit und Gerechtigkeit	11.12.2010	Forum Sport: <i>Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements im Sport</i> in Langenselbold
26.04.2010	Forum Kirche und Politik: <i>Solidarität – Theologie und Sozialpolitik</i> in Frankfurt		

Mitglieder des Landesvorstands 2009

Gewählt auf dem ordentlichen Landesparteitag am 28.02.2009 in Darmstadt	Beisitzerinnen und Beisitzer
Vorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel	Burkhard Albers
Stellv. Vorsitzende Gernot Grumbach	Dr. Udo Bullmann
Manfred Schaub	Petra Fuhrmann
Gisela Stang	Kerstin Geis
Schatzmeisterin Hildegard Pfaff	Rolf Gnadt
Generalsekretär Michael Roth	Nina Hauer
	Christine Lambrecht
	Lothar Quanz
	Norbert Schüren
	Susanne Simmler
	Torsten Warnecke
	Dr. Kerstin Weinbach

Bezirk **Hessen-Nord**



Landtags- Europa- und Bundestagswahlen im Jahr 2009 sowie die Vorbereitungen des Kommunalwahlkampfes im Frühjahr 2011 prägten die Arbeit des SPD-Bezirks Hessen-Nord im Berichtszeitraum. Die schnell aufeinanderfolgenden Wahlkämpfe haben unseren Haupt- und Ehrenamtlichen in allen Gliederungen viel abverlangt.



Glückwunsch: Mit 64,5 % der Stimmen wurde Uwe Schmidt zum neuen Landrat des Landkreises Kassel gewählt



Begeistert: Auch die nordhessische Delegation des Bundesparteitags war beeindruckt von der Rede des Kanzlerkandidaten Frank Walter Steinmeier



Das Europäische Parlament will regionale Spezialitäten erhalten und schützen. In der Reifekammer überzeugte sich Europaabgeordnete Barbara Weiler von der Qualität der nordhessischen „Ahlen Wurscht“

Die starke kommunale Verankerung der nordhessischen SPD und die dezentrale hauptamtliche Struktur haben es uns dennoch ermöglicht, Politik gut zu organisieren und die Belastungen durch den Dauerwahlkampf zu kompensieren.

Landtagswahl 2009

Anfang 2009 stand Hessen erneut vor Landtagswahlen. Die Situation war unvergleichlich schwieriger als 12 Monate zuvor. Die Hoffnungen vieler Bürgerinnen und Bürger Hessens auf einen politischen Wechsel und die intensive Arbeit der SPD für eine bessere Politik im Land waren durch die Weigerung von 4 Abgeordneten, die SPD-Landesvorsitzende zur Ministerpräsidentin zu wählen, zerstört worden. Enorme Enttäuschung und ein hoher Vertrauensverlust in die Regierungsfähigkeit der SPD waren die Folge. Die Ausgangslage war schlecht und die Dauer des Wahlkampfes zu kurz, um den Trend noch entscheidend zu drehen. Dennoch haben unsere Mitglieder mit einem enormen Krafteinsatz um jede Stimme gekämpft. Das Ergebnis im Bezirk macht deutlich, dass der enorme Aufwand sich gelohnt hat, und bestätigt, wie stabil die SPD in Nordhessen als Kommunalpartei verankert ist. Dies belegt nicht zuletzt die mit der Landtagswahl erfolgte Landratsdirektwahl im Landkreis Kassel, in der der SPD-Kandidat Uwe Schmidt 64,5 % der Wählerstimmen erhielt. Die SPD erzielte im Bezirk 6 % mehr Stimmen als im Landesdurchschnitt. Wir konnten immerhin 8 Direktmandate verteidigen und sind mit insgesamt 12 % Abgeordneten im Landesparlament vertreten.

Europawahl 2009

Die politische Großwetterlage bot auch zur Europawahl 2009 keine wesentliche Verbesserung zugunsten der SPD. Dennoch vermittelten Partei und Kandidatin im Wahlkampf mit viel Engagement und Schwung den Bürgern ein positives Bild sozialdemokratischer Europapolitik. Zahlreiche dezentrale Aktivitäten und Veranstaltungen mit unserer Europakandidatin Barbara Weiler wurden abgerundet durch einen europapolitischen Parteitag mit dem Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz. Leider stellte sich auch bei dieser Wahl, nicht zuletzt aufgrund der geringen Wahlbeteiligung, die bezirkswelt nur bei 36,2 % lag, mit 30,0 % für die SPD Hessen-Nord nicht der gewünschte Erfolg ein.

Bundestagswahl 2009

Sofort nach den hessischen Sommerferien liefen die Aktivitäten auf Hochtouren. Eine Viel-

zahl von dezentralen Wahlkampfveranstaltungen mit Landes- und Bundesprominenz unserer Partei in allen nordhessischen Unterbezirken sowie viele dezentrale Aktionen wurden durchgeführt. Besondere Höhepunkte waren der Auftritt Franz Münteferings in Marburg und die zentrale Kundgebung mit Frank-Walter Steinmeier auf dem Königsplatz in Kassel. Obwohl die nordhessische SPD bei der Bundestagswahl 6,5 % über dem Bundesergebnis lag, mussten wir doch erhebliche Verluste hinnehmen. Dennoch hat die Sozialdemokratie ihre führende Rolle in der Region verteidigt und 5 von 6 Wahlkreisen direkt gewonnen.

Regionalpolitik

Aus der Region heraus haben die nordhessischen Sozialdemokraten einen dynamischen



Flagge zeigen gegen Sozialabbau: Bezirksvorsitzender Manfred Schaub und die Abgeordneten Timon Gremmels, Ulrike Gottschalk und Ullrich Meßmer sowie viele nordhessische Sozialdemokraten demonstrieren in Kassel an der Seite der Gewerkschaften für einen Kurswechsel in der Sozialpolitik

Lebens- und Wirtschaftsraum gestaltet und in vielen Politikfeldern zukunftsfähige Fundamente geschaffen. Die SPD ist in Nordhessen Garant für gute Arbeit, Mobilität, wohnortnahe Bildung und die Erhaltung der Daseinsfürsorge. Vor Ort in Gemeinden, Städten und Kreisen und im Bezirk wurden Konzepte entwickelt, damit Nordhessen auch in Zukunft eine Chance hat und seinen Bewohnern als lebenswerter Lebensraum erhalten bleibt. Im Ausbau eines wissensbasierten Arbeitsmarktes, in der konsequenten Verfolgung einer nachhaltigen Energiepolitik, in der interkommunalen Zusammenarbeit wurden Zeichen gesetzt, die bundesweit Beachtung finden. Zu den Projekten an denen stetig weiter gearbeitet wird zählen unter anderem, eine wohnortnahe qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, ein weiterer stetiger Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Siche-

rung und Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere im Bereich erneuerbare Energie, der Erhalt der Sparkassen in regionaler Verantwortung und der Erhalt des Landeswohlfahrtsverbandes als Garanten gleicher Standards in der Behindertenpolitik.

Solarregion und dezentrale Energiepolitik

Früher als viele andere hat die nordhessische SPD Weichen für eine neue Energiepolitik gestellt. Die Solarregion Nordhessen hat eine sehr hohe Techonolgiedichte. Einen besonderen Schwerpunkt im Bereich Energiepolitik legte der Bezirk im Berichtszeitraum weiterhin auf den Einsatz regenerativer erneuerbarer Energie, die Solarenergie. Unter dem Stichwort *Solarregion Nordhessen* hatte die nordhessische SPD die in der Region auf engstem Raum gebotene einzigartige Verbindung von wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kommunalen Initiativen für die Nutzung von Solarenergie gebündelt und neue Projekte angestoßen. Das seit vielen Jah-

ren beharrlich verfolgte Projekt macht deutlich, dass Arbeit und Umwelt im Gleichklang vorangehen können. Diese Arbeit wurde kontinuierlich fortgeführt und ausgebaut.

Nicht zuletzt auch wegen der politischen Präferenz für dezentrale, erneuerbare Energie hat sich die nordhessische SPD frühzeitig mit der Frage der zumeist im Jahr 2011 auslaufenden Stromnetzverträge befasst. Angesichts des großen Interesses der Stromversorger, war klar, dass die Netzverantwortung nicht ohne Wert ist, auch als politisches Instrument, mit dem Weichenstellungen für die Zukunft der Energieversorgung in Richtung Zentralisierung oder Dezentralisierung vorgenommen werden können. Ziel der SPD war, die verschiedenen Möglichkeiten zu prüfen und ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen zu erreichen und an einer Schraube der Energiepolitik, der Durchleitung durch die Netze zu drehen.

Damit sollte die Chance eröffnet werden, die Monopolstellung der großen Energieversorger aufzubrechen und andererseits angesichts des



Engagierte Streiter für die Energiewende: Der Landtagsabgeordnete Timon Gremmels und Dr. Hermann Scheer warben bei einer der zahlreichen Veranstaltungen des SPD-Bezirks Hessen-Nord für den Ausstieg aus der Kernenergie und den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energie

demografischen Wandels die Pflicht, im Sinne der Grundversorgung eine Stromversorgung für alle Bürger der Region bis in die kleinste Gemeinde für die Zukunft sicherzustellen.

Ergebnisse der Landtagswahl 2009 Zweitstimme nach Wahlkreisen

Landtagswahl 2009		SPD	CDU	B90 / Grüne	FDP	Linke	BT
Kassel—Land I	09	34,3	32,7	11,7	13,2	4,8	62,4
	08	47	29,8	6,3	7,5	5,8	65,4
Kassel—Land II	09	36,5	31,1	11,8	12,5	5,2	63,4
	08	49,1	27,4	6,5	6,9	6,3	66,3
Kassel—Stadt I	09	25,7	28,7	21,7	13,8	7,7	62,5
	08	39,9	26,8	14,2	8,6	7,8	64,8
Kassel—Stadt II	09	32,2	28,4	15,9	11,1	9,2	49,0
	08	45,5	26,0	9,0	6,1	9,3	52,0
Waldeck—Frankenberg I	09	26,9	38,2	10,2	17,3	4,4	58,9
	08	37,7	37,5	5,6	10,7	4,6	61,4
Waldeck—Frankenberg II	09	28,1	36,9	11,2	16,2	4,7	56,2
	08	39,5	36,1	6,0	9,3	5,4	60,7
Schwalm—Eder I	09	37,2	29,8	9,8	14,9	5,0	63,9
	08	48,0	27,2	5,6	9,1	5,5	68,4
Schwalm—Eder II	09	34,2	32,6	8,8	14,6	5,1	60,4
	08	44,1	30,9	5,2	9,0	5,5	67,0
Eschwege—Witzenhausen	09	33,0	35,6	9,3	12,5	5,8	61,1
	08	43,8	32,4	6,5	7,0	6,6	63,1
Rotenburg	09	35,2	36	6,9	12,9	5,2	63,2
	08	46,2	33,1	4,0	7,0	5,7	66,4
Hersfeld	09	34,3	34,8	7,5	14	4,7	60,3
	08	44,9	34,2	4,2	7,5	4,3	64
Marburg—Biedenkopf I	09	30,3	35,0	11,1	14,2	5,9	58,2
	08	44,4	34,3	4,8	7,6	5,2	63
Marburg—Biedenkopf II	09	28,5	31,3	17,0	13,2	7,5	61,1
	08	42,3	30,9	9,0	8,3	6,6	65,5
Fulda I	09	16,1	48,8	10,0	17,8	4,0	58,4
	08	26,9	49,2	5,5	10,0	4,4	60,9
Fulda II	09	16,1	49,4	9,5	17,6	3,9	64,6
	08	26,9	50,3	4,7	9,4	4,2	67,8
Hessen—Nord	09	29,7	35,4	11,6	14,4	5,5	
	08	41,7	33,9	6,5	8,3	5,8	

Kommunalpolitik /Kommunalfinanzen

Eine bessere Finanzausstattung ist für viele Initiativen und Projekte vor Ort unabdingbar. Kommunen und Kreise benötigen eigene finanzielle Spielräume, um ihr politisches Handeln vor Ort umsetzen zu können. Deshalb wendet sich die nordhessische SPD seit Jahren mit aller Kraft gegen Landesprogramme, die in der Vergangenheit durch den Griff in den kommunalen Finanzausgleich auf den Weg gebracht

wurden. Ein wesentliches Ziel ist es, eine Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen, die den Kreisen, Städten und Gemeinden die nötige Handlungsfähigkeit garantiert, um Innovationen vor Ort aufgreifen und vorantreiben zu können.

Ehrenamtspreis

Erstmals hat die nordhessische SPD im Berichtszeitraum einen Ehrenamtspreis ausgelobt. Mit

dem Preis will der Bezirk besonders herausragendes freiwilliges Engagement würdigen. Hinter dieser Aktivität steht der Grundgedanke, dass soziales Handeln und solidarische Mitverantwortung im alltäglich gelebten Engagement nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, sondern sie entsprechen auch den Idealen der SPD von Gerechtigkeit und Solidarität. Ohne Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren.

Wichtige Termine und Veranstaltungen 2009 – 2010

09.01.2009	SPD Hessen-Nord Neujahrsempfang mit Frank-Walter Steinmeier in Baunatal	08.09.2009	Kundgebung zur Bundestagswahl mit Franz Müntefering in Marburg	26.05.2010	Regionalkonferenz <i>Mitgliederwerbung</i> in Fulda
05.02.2009	SPD-Bezirksausschuss in Baunatal			29.05.2010	SPD-Hessen-Nord Workshop <i>Kommunalwahl 2011</i> in Eschwege
14.02.2009	Jusos Hessen-Nord Diskussionsforum zur Bankenkrise mit Matthias Kollatz-Ahnen, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank	19.09.2009	Kundgebung zur Bundestagswahl mit Frank-Walter Steinmeier in Kassel	16.06.2010	AGS-Bezirkskonferenz in Kassel
14.03.2009	Jusos Hessen-Nord Europatagung	07.11.2009	ASF-Bezirksfrauenkonferenz in Melsungen	28.08.2010	SPD-Hessen-Nord Workshop <i>Kommunalwahl 2011 – Listenaufstellung</i>
28.03.2009	AG SPD 60 plus Bezirkskonferenz in Melsungen	12.12.2009	SPD Hessen-Nord Neumitgliedergespräch in Kassel	29.08.2010	Kulturforum Jubiläumsveranstaltung <i>10 Jahre Kulturforum Kassel</i> mit Wolfgang Thierse
29.03.2009	Jungsozialisten Bezirkskonferenz in Bad Hersfeld	06.02.2010	ASF Frauenfrühstück in Kassel	01.09.2010	ASJ-Bezirkskonferenz in Kassel
16.05.2009	SPD-Bezirksparteitag in Baunatal	26.02.2010	SPD-Bezirksausschuss in Bad Hersfeld	13.11.2010	SPD-Hessen-Nord Kassiererseminar
27.05.2009	ASF-Veranstaltung <i>Was bringt die EU Europas Frauen?</i> in Kassel	27.02.2010	AfA-Bezirkskonferenz in Vellmar	13.11.2010	ASF-Frauenfrühstück zur Kommunalwahl in Melsungen
19.06.2009	SPD-Bezirksausschuss in Baunatal	06.03.2010	SPD-Hessen-Nord Workshop <i>Kommunalwahl 2011</i>	25.11.2010	AfB Veranstaltung <i>Haus der Bildung – Von der Idee zum Gesetz</i> in Kassel
27.06.2009	Workshop <i>Mitgliederwerbung</i> in Kassel	19.03.2010	SPD Hessen-Nord Kommunal-konferenz in Baunatal	09.12.2010	SPD-Bezirksausschuss mit Verleihung des Ehrenamtspreises in Baunatal
01.09.2009	AfB-Bezirkskonferenz in Kassel	14.04.2010	Regionalkonferenz <i>Mitgliederwerbung</i> in Kassel		
01.09.2009	AfB Bildungsveranstaltung <i>Bildungsreform in Deutschland</i>	17.04.2010	Juso-Bezirkskonferenz in Bad Hersfeld		

Ergebnisse der Europawahl 2009

Europawahl 2009		SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke (DKP / PDS)	REP	Sonst	Bet.
Kassel—Stadt	09	26,1	28,7	22,6	9,5	6,6	0,7	5,9	35,9
	04	26,0	32,0	23,4	6,4	4,1	1,1	7,0	38,2
Kassel—Land	09	37,7	30,2	12,0	10,0	3,8	0,8	5,4	35,6
	04	38,2	33,6	11,7	6,0	2,1	1,2	7,2	38,6
Werra—Meißen	09	36,1	33,1	9,6	10,2	4,1	0,9	5,8	41,3
	04	35,9	36,5	10,0	6,9	2,0	1,7	7,0	37,5
Schwalm—Eder	09	37,4	29,9	10,7	11,4	3,6	0,9	6,0	38,8
	04	38,0	34,1	9,5	7,4	1,9	1,7	7,4	39,6
Waldeck—Frankenberg	09	28,0	37,3	10,8	14,2	2,9	1,1	5,6	35,0
	04	28,2	43,7	9,4	8,4	1,5	2,0	6,8	33,9
Marburg—Biedenkopf	09	26,7	33,9	17,3	10,0	5,0	1,1	6,3	36,0
	04	26,4	39,1	16,2	5,8	3,4	2,2	6,9	36,6
Fulda	09	15,0	53,7	10,2	10,8	2,7	1,1	6,6	34,5
	04	15,4	59,3	8,7	6,0	1,2	2,4	7,0	37,5
Hersfeld—Rotenburg	09	35,9	34,4	8,0	11,3	3,5	0,9	5,9	34,2
	04	35,7	38,4	8,0	6,1	1,8	2,0	8,0	36,8
Bezirk Hessen—Nord	09	30,0	35,2	13,0	10,8	4,1	0,9	6,1	36,2
	04	30,0	39,8	12,4	6,5	2,3	1,8	7,2	37,4

Ergebnisse der Bundestagswahl 2009 Zweitstimme nach Wahlkreisen

Bundestagswahl 2009		SPD	CDU	B90 / Grüne	FDP	Linke	BT
168 Waldeck Ullrich Meißner	05	44,1	30,2	7,5	9,8	5,4	3,1
	09	33,0	29,9	9,9	14,7	8,5	4,0
169 Kassel Ulrike Gottschalck	25	43,9	26,5	11,9	8,2	6,8	2,8
	09	31,3	25,5	14,8	12,6	11,2	4,5
170 Werra-Meißner-Herfeld-Roteburg Michael Roth	05	45,3	29,8	6,7	8,7	5,9	3,5
	09	34,4	30,2	8,1	13,3	9,8	4,3
171 Schwalm-Eder Dr. Edgar Franke	05	45,0	28,6	7,2	9,9	5,8	3,6
	09	33,9	29,0	9,2	14,2	9,2	4,5
172 Marburg Sören Bartol	05	38,9	31,9	10,1	9,4	6,2	3,6
	09	28,7	31,1	12,7	13,1	9,9	4,6
175 Fulda Claudia Blum	05	30,5	43,5	6,1	10,6	4,9	4,4
	09	20,1	40,8	8,5	17,6	7,7	5,2
Hessen-Nord	05	41,2	31,9	8,3	9,3	5,8	3,4
	09	29,3	27,9	10,4	13,8	9,1	4,3

Mitglieder des Landesvorstand 2009

Vorsitzender Manfred Schaub Stellv. Vorsitzende Norbert Schüren, Martina Werner Schatzmeister Heinrich Haupt Geschäftsführer Wilfried Böttner BeisitzerInnen Rabani Alekuzei Dr. Edgar Franke Ulrike Gottschalck Timon Gremmels	Bertram Hilgen Andrea Jäger Nicole Leidenfrost Stefan Reuß Michael Roth Iris Ruhwedel Desirée Schwetz Thomas Spies Monika Svoboda Monika Vaupel Helmut Wettlaufer Vorsitzender der AfA Rolf Blettermann, <i>Olaf Schüssler ab 27.2.2010</i>	Vorsitzende der ASF Monika Vaupel Vorsitzender AG60 plus Dieter Mayer Vorsitzender der Jusos Tim Schmuch, <i>Pascal Barthel ab 29.03.2009</i> Vorsitzender der ASG Thomas Spies Vorsitzender der AGS Dr. Peter Haller, <i>Rolf Pahl ab 16.06.2010</i> Vorsitzender der ASJ Volker Bergmann Vorsitzende/r der AfB Mathias Lomb, <i>Katharina Horn ab 01.09.2009</i>
--	--	--

Unter dem Vorsitz des ehemaligen hessischen Ministers Hans Krollmann hat eine Jury unter einer Vielzahl von Vorschlägen 7 Preisträger ausgewählt. Die Preisverleihung fand sowohl bei ehrenamtlichen Institutionen, Vereinen und Verbänden als auch in Presse und Öffentlichkeit eine außerordentlich positive Resonanz.

Innerparteiliche Bildungsarbeit

Das seit 2004 aufgelegte Bildungsprogramm hat sich in den Gliederungen als fester Bestandteil der politischen Arbeit etabliert. Positive Rückmeldungen bestätigen, dass das Bildungsangebot des Bezirks die Arbeit vor Ort sehr gut unterstützt.

Der Themenkatalog umfasst die Schwerpunkte Wahlkampfmanagement, Neumitglieder, Finanzen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsmanagement, Fit in der Satzung, Geschichte der SPD und Kommunalpolitik.

Mitgliederstand 31.12.2009	22.262
Mitgliederstand 31.12.2010	21.927

Bezirk Hessen-Süd



Wiederaufbau nach Niederlagen – Gerechtigkeit in der Krise

Die Arbeit des Bezirks Hessen-Süd war geprägt durch den Neuaufbau nach der Landtagswahl

Anfang 2009 und den schwierigen Wahlkämpfen zur Europawahl und schließlich zur Bundestagswahl 2010, die in einer schweren Niederlage endete. Eine ausführliche Diskussion über Ursachen und Folgen legte die Grundlage für die Zukunft mit dem Ziel von mehr innerparteilicher Demokratie und einer starken sozialdemokratischen Position für die Kommunalwahl 2011. Die inhaltliche Debatte war geprägt von der Frage nach den Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise, der Gesundheitspolitik, den kommunalen Finanzen und der Regulierung der Finanzmärkte.

1. Beschlüsse und Bezirksparteitage

Bezirksparteitag 2009:
Neustart der sozialen Marktwirtschaft
Der Bezirksparteitag am 19. Juni 2009 in Langenselbold stand unter der Überschrift *Neustart für die soziale Marktwirtschaft*. Die Wirtschaftskrise erzwingt nicht nur Reaktionen, sie eröffnet auch die Möglichkeit, grundsätzlich neue Impulse für eine von sozialer Verantwortung geprägten Gesellschaft zu setzen. In einem Grundsatzbeschluss hat der Bezirksparteitag 2009 eine Reihe von Einzelvorschlägen zu-

sammengefasst. Dazu gehört eine Weiterbildungsoffensive mit einer Verlängerung des Arbeitslosengeldes I bei Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme, eine Öffnung von Bildungsinstitutionen und Hochschulen für Weiterbildung sowie eine niedrigschwellige Ansprache für Bildungsferne. Ein großer Teil dieser Forderungen ist nach der Bundestagswahl in ein Positionspapier des SPD-Landesverbandes übernommen worden, das Grundlage für eine Neupositionierung der Bundes-SPD in der Arbeitsmarktpolitik war.

Weitere Forderungen waren eine Wiederherstellung der Wirtschaftsordnung mit einer Neu-regulierung der Finanzmärkte. Elemente hiervon sind die Integration einer europäischen Finanzaufsicht, eine Zertifizierung von Rating-agenturen und die Aufhebung des Bankgeheimnisses. Zu Gerechtigkeit in der Krise gehören Kriterien für den Einsatz von Steuergeldern wie Übertragung von Eigentum und Einfluss – aber auch eine finanzielle Beteiligung der bisherigen Eigentümer. Auch die Zukunftskomponente mit dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft und der Erhöhung der Investitionen in Bildung und Forschung finden hier wieder ihren Platz. Auch das Thema *gute Arbeit* ist noch einmal aufgenommen worden und wurde insbesondere für das Feld der Leiharbeit konkretisiert.



Christine Lambrecht und Michael Siebel wurden 2009 als stellvertretende Bezirksvorsitzende gewählt, Thorsten Schäfer-Gümbel wurde verabschiedet



Bezirksparteitag 2010: Gedenken an Ludwig von Friedeburg, Vorkämpfer für Bildungsgerechtigkeit

Kontrovers diskutiert wurden die Eingriffe ins Internet durch Netzsperrungen und die Folgen für die Freiheitsrechte. Ergebnis war eine ausgewogene Position, die Bekämpfung von Internetkriminalität mit einer Ablehnung von Netzsperrungen verband. Diese Position ist inzwischen über die SPD hinaus verbreitet. Leider konnten wir uns hier in der Bundespartei nicht durchsetzen. Diese Lücke bot der Piratenpartei die Chance für einen beachtlichen Start in der Bundestagswahl.

Neuwahl des Bezirksvorstands

Gernot Grumbach wurde 2009 als Bezirksvorsitzender wiedergewählt. Als neue Stellvertreter wählten die Delegierten den Darmstädter Landtagsabgeordneten Michael Siebel und Christine Lambrecht, Bundestagsabgeordnete von der Bergstraße. Die beiden sind die Nachfolger von Thorsten Schäfer-Gümbel und Uta Zapf, die beide nicht mehr kandidiert hatten.

Bezirksparteitag 2010:

Eine solidarische Gesundheitspolitik und Regulierung der Finanzmärkte

Der Bezirksparteitag 2010 am 26. Juni in Frankfurt lieferte erneut Anstöße für eine gerechtere Politik. Im Mittelpunkt stand ein neuer Anlauf für die solidarische Bürgerversicherung. Grundgedanke der Neuorientierung im Gesundheitssystem ist eine solidarische Verteilung aller Lasten. In Hessen entwickelt, ist die Bürgerversicherung das grundsätzliche Gegenmodell zur Kopfpauschale, die der Gesundheitsminister damals durchzusetzen versuchte. Unter dem Motto *Alle für alle und jeder nach seiner Leistungsfähigkeit* wird in dem Konzept Solidarität und Gerechtigkeit verknüpft. Darüber hinaus beschäftigte sich der Bezirk mit der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Ein weiterer Antrag nahm das Thema kommunale Finanzen nochmals auf. In einem Positionspapier zur Wohnungspolitik wurde das Land Hessen zu einer aktiveren Rolle verpflichtet.

In zahlreichen Anträgen forderte der Bezirk eine Regulierung der Finanzmärkte. Dazu gehören eine unabhängige Bankenaufsicht, die Überwachung von Rating-Agenturen, die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, höhere Eigenkapitalanforderungen und die Einführung eines Finanz-TÜV.

In einem Initiativantrag kritisierten die Delegierten außerdem das Sparpaket der Bundesregierung scharf: „Arbeitslose dürfen nicht doppelt Opfer der Wirtschaftskrise werden.“ Die Streichung des Elterngeldes für Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen, sei ein „Akt der sozialen Spaltung“.

Erfreulich war die rege Teilnahme der Gliederungen. Weit mehr als 150 Anträge gingen zum Parteitag ein. Das ist Zeichen der verbesserten Dialogkultur.

2. Wahlkämpfe, Wahlen und Konsequenzen

Das Jahr 2009 begann mit einer Wahlniederlage bei der Landtagswahl. Trotz des engagierten Wahlkampfes unter Führung des neuen Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel gelang es nicht, inhaltliche Fragen in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung zu rücken. Die SPD erzielte mit 23,7 % ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis in Hessen.

Bundestagswahlkampf:

Schon wieder eine Wahl

Für die SPD in Südhessen war die Bundestagswahl im September 2009 eine besondere Herausforderung. Die vierte Wahl in zwei Jahren wurde zu einer erneuten Kraftanstrengung. Aber die Hessen brauchten sich nicht zu verstecken: Trotz herber Wahlniederlage, trotz der vorherigen Wahlkämpfe – die Anstrengungen fielen genauso aus wie im ganzen Bundesgebiet. Es fanden mehrere große Kundgebungen mit Frank-Walter Steinmeier in Wiesbaden und Frankfurt sowie Franz Müntefering in Darmstadt statt. Hier hatte der Bezirk seine Mobilisierungsmöglichkeiten ausgereizt. Mit Aktivitäten im Bereich der Migranten, mit einer Aktion zur bundesweiten IG-Metall-Demonstration oder mit Verteilaktionen zum TV-Duell hatte der Bezirk noch einmal eigene Akzente gesetzt.

Die Wähler haben bei der Bundestagswahl die SPD in die Opposition geschickt. Dieses Wahlergebnis ist desaströs und eine schwere Niederlage. Das unglaublich gewordene soziale Profil der SPD war wesentliche Ursache für die Wahlniederlage, so der Bezirk in einem Beschluss. Mit 23 % und 11,2 % Verlust fuhr die SPD ihr schlechtestes Ergebnis seit Jahrzehnten ein. Bei 25,6 % in Hessen und einem Verlust von 10 % war es nur ein schwacher Trost, dass die hessische SPD schon wieder leicht über dem Bundestrend lag – trotz der verheerenden Wahlniederlage bei der Landtagswahl 2009. Ein schwacher Trost auch deshalb, weil die Abdeckung Hessens durch Bundestagsabgeordnete deutlich verringert ist. Das gilt insbesondere im Ballungsraum Rhein-Main.

Zeit für offene Diskussion

Bei vergangenen Wahlen hatte es sich eingebürgert, dass nur eine oberflächliche Analyse stattfand. Dies hat dazu geführt, dass eine Reihe von schon länger existierenden Problemen gar nicht erst diskutiert wurde. Um dem vorzu-

beugen, hat der Bezirk Hessen-Süd sich früh positioniert und einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess gefordert, der alle Ebenen der Partei einbezieht. In einem Positionspapier für Bundesvorstand und Parteirat hat der Bezirk gleichzeitig Anforderungen an diesen Prozess formuliert. Alles in allem ging es um Transparenz von Diskussionen und Entscheidungen sowie eine Demokratisierung der SPD. Die Anforderungen wurden von anderen Gliederungen unterstützt und sind später ein Teil der Grundlage für den Diskussionsprozess vor und nach dem Bundesparteitag geworden.

Es ist ein häufig gemachter Fehler, nach Wahlen nur kurzfristige Entwicklungen zu betrachten und sich auf wenige Faktoren zu beschränken. Damit geraten langfristige Ursachen und die Verknüpfung von Ursachen aus dem Blick. Nimmt man längere Zeiträume in den Blick, dann wird die Entwicklung besorgniserregend. So hat die SPD seit 1998 bundesweit 50 % ihrer Wähler (ca. 10 Mio.) und 34 % ihrer Mitglieder verloren. Hierbei haben viele Faktoren zusammengewirkt.

Seit den siebziger Jahren sinken insbesondere die Stimmanteile der großen Volksparteien. Neben dem Auftreten neuer Gruppierungen ist dabei der deutliche Anteil der Nichtwähler die wichtigste Ursache. Die Ursachen der Nichtwahl sind vielfältig. Zwei der Wichtigsten sind das sinkende Vertrauen, dass Wahlversprechungen ernst gemeint sind, und die mangelnde Unterscheidbarkeit der Parteien in der öffentlichen Darstellung durch mangelnde Profilierung. Dass dieser Prozess wieder umgekehrt werden kann, hat der erfolgreiche hessische Landtagswahlkampf 2008 gezeigt. Hier konnte eine klar profilierte SPD deutliche Zugewinne verbuchen.

Eine zweite Entwicklung sind neue Gruppierungen, die Felder besetzen, die von der SPD nur ungenügend bearbeitet worden sind. Auch die Mitgliederentwicklung hat Einfluss. Mit der Halbierung der Zahl der SPD-Mitglieder seit 1972 hat sich auch die Zahl der Multiplikatoren in die Gesellschaft halbiert. Für die SPD spitzt sich die Situation besonders in den Großstädten zu, in denen sie in eine Schere von Wahlenthaltungen der Traditionswähler und dem Aufbau einer grünen Stammwählerschaft in Teilen des Bürgertums gerät. Auch regionale Besonderheiten dürfen nicht aus dem Blick geraten. So beträgt die Abwanderung von der SPD zur CDU bei der Bundestagswahl in Hessen nur etwas mehr als ein Drittel des Bundeswertes. Dafür ist die Abwanderung zu den Grünen deutlich stärker.

In den letzten Jahren ist der Markenkern der SPD beschädigt worden. Begriffe wie Aufstieg, Fort-

schritt, Gerechtigkeit und Solidarität wurden immer weniger mit der SPD verbunden. Ein letzter wichtiger Punkt ist die Tatsache, dass es trotz großer Anstrengungen gerade des Bezirks Hessen-Süd immer noch nicht gelingt, Bürger mit Migrationshintergrund stärker in die Wahlentscheidungen einzubeziehen.

Und wieder ein neuer Vorsitzender

Eine Folge der Bundestagswahl war ein erneuter Vorsitzendenwechsel. Dieser war zwar belastet mit einem Start im Stil üblicher Kungelrunden, hat dann aber zu einem Schub an innerparteilicher Beteiligung geführt. Wir in Hessen-Süd haben gemeinsam mit den Bezirk Nordhessen die Chance genutzt, die Personaldiskussion aus kleinen Zirkeln heraus zu holen. Wir haben in Alsfeld eine für alle Mitglieder offene Diskussion mit den Kandidaten für den Vorsitz und das Amt der Generalsekretärin organisiert, an der 800 Mitglieder teilgenommen hatten.

Im Zuge unseres Eintretens für mehr innerparteiliche Demokratie haben wir auf der Bundesebene erreicht, dass nicht bereits kurz nach der Wahl die Diskussion um Ursachen und Konsequenzen der Wahlniederlage mit dem Bundesparteitag beendet wurde, sondern dass ein breiter Beteiligungsprozess bis zur Ebene der Ortsvereine in Gang gesetzt wurde. Dies hat viel Kraft in der SPD freigesetzt, wie eine Unzahl von Veranstaltungen, Anregungen und Anträgen beweisen. Sigmar Gabriel hat diesen Prozess mit seiner Kandidatur als Parteivorsitzender verbunden und dafür viel Unterstützung und ein gutes Wahlergebnis bekommen.

Der Bezirk hat sich an den Diskussionen um die Zukunft der SPD intensiv beteiligt. In Zuarbeit zu einer Anstrengung des Landesverbandes hat er Anregungen für eine Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik formuliert. Diese sind in ein Gesamtkonzept der hessischen SPD eingegangen, das wiederum zu weiten Teilen inzwischen Position der Bundes-SPD ist.

Der Bezirksvorsitzende Gernot Grumbach wurde auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden im November 2009 wieder in den Parteivorstand gewählt. Mit ihm und dem Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel, der neu gewählt wurde, sind wieder zwei Südhessen vertreten.

Europawahl

Zum Auftakt des Europawahlkampfes trafen sich am 28. März 2009 mehr als 130 Mitglieder, um gemeinsam in den Wahlkampf zu starten. Die SPD hatte auf ihrer Bundesliste 3 Kandidaten aus Hessen-Süd im vorderen Bereich nominiert: Spitzenkandidaten war Dr. Udo Bullmann (MdEP, Platz 8), der Migrationsberater Hidir Karademir (Platz 31) sowie die Geschäftsführerin des Lan-



Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt: Die 4. Wahl in 2 Jahren brachte eine herbe Wahlniederlage. Es war ein nur schwacher Trost, dass die hessische SPD leicht über dem Bundestrend lag.



Gernot Grumbach wirbt für mehr innerparteiliche Demokratie.

desausländerbeirates Hessen, Ulrike Foraci, (Listenplatz 37). Sie warben für ein starkes und soziales Europa als richtige Antwort auf Globalisierung und Finanzkrise. Konkrete Forderungen sind die Einführung von Mindestlöhnen, Schluss mit Sozialdumping, eine faire Kontrolle der Finanzmärkte und *gerechte Spielregeln für alle*.

Antworten auf die Wirtschaftskrise und Fragen der Finanzregulierung gab es bei einer Wahlkampfveranstaltung mit Poul Nyrup Rasmussen, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas, am 25. Mai 2009. Bei einer Endspurt-Kundgebung kurz vor der Wahl in der Wiesbadener Innenstadt warben Martin Schulz und Franz Müntefering für ein starkes und soziales Europa. Im Wahlkampf unterwegs waren wieder die *jungen Teams*. Der Bezirk konnte so junge Menschen mit einem eigenen, kreativen Jugendwahlkampf ansprechen, koordiniert von den Jusos, aber offen für alle, die Interessen an einem bestimmten Thema hatten.

2010: Kommunal ist nicht egal –

Vorbereitungen zur Kommunalwahl

Im Jahr 2010 standen die Vorbereitungen der Kommunalwahlen am 27. März 2011 im Mittelpunkt. Wie viele Direktwahlen im Berichtszeitraum gezeigt hatten, sind die Chancen gut, an



Foto: Tursky-Hartmann

Hessen will keine Atomkraft. Die Umzingelung von Biblis war ein eindruckvolles Zeichen gegen die Atomkraft.

alte Stärken der SPD als Kommunalpartei anzuknüpfen. Dafür sind die Rahmenbedingungen für Kommunen deutlich härter geworden. So hat nicht nur die neue Bundesregierung Entscheidungen getroffen, die die Finanzkraft der Kommunen deutlich schwächt. Um die Zukunft der Gewerbesteuer wird derzeit gerungen. Auch die Landesregierung, die in Hessen den steilsten Schuldenanstieg zu verantworten hat, bittet zur Refinanzierung die Kommunen zur Kasse. Das bedeutet nicht nur Einschnitte im kommunalen Finanzausgleich von 360 Millionen, sondern auch die Rücknahme von Finanzierungszusagen, wie zum Beispiel bei der Kinderbetreuung.

Eine solche finanzielle Erdrosselung der kommunalen Handlungsfähigkeit gefährdet langfristig die Demokratie. Wenn die Bürger bei der Gestaltung ihrer konkreten Lebensumstände immer weniger zu entscheiden haben, weil den Kommunen das Geld fehlt, dann wird Politikverdrossenheit eher zunehmen. Dies war eines der Hauptauseinandersetzungsfelder vor der Kommunalwahl. Das Thema wurde arbeitsteilig angegangen: Während die Landtagsfraktion unter der Überschrift: *Weniger ist nichts!* die Haltung der Landesregierung thematisierte, leisteten eine Vielzahl von Ortsvereinen und Unterbezirken Aufklärungsarbeit.

Der Bezirk Hessen-Süd hatte das Ganze auf einem Kommunalkongress in Hanau am 12. Juni aufgearbeitet. *Wir brauchen einen neuen Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen*, war die zentrale Forderung. Dort begann man, Kontakte und Bündnisse mit Sozialverbänden, Sport, Kultur und Gewerkschaften zu schmieden, um gemeinsam für starke und handlungsfähige Kommunen zu kämpfen. Konkrete Themen für die Kommunalwahlen im Jahr 2011 waren Familienfreundlichkeit, soziale Gerechtigkeit zwischen Reich und Arm sowie Jung und Alt sowie eine bessere Schul- bzw. Bildungspolitik.

Tag der Ortsvereine

Einstimmung auf den Kommunalwahlkampf, Austausch mit Gleichgesinnten sowie Unterstützung von Experten gab es beim *Tag der Ortsvereine* am 12. September rund um die Parteizentrale in Frankfurt. Weiter ging es mit Talkrunden, Workshops und einem Markt der Möglichkeiten. In einer viel beachteten Runde wurde über Migration und Integration sowie kommunale Finanzen diskutiert. Praktisches Wahlkampfwissen stand im Mittelpunkt der Workshops, die über den ganzen Tag angeboten wurden. Es ging u. a. um das Online-Druckportal, die Förderung des Ehrenamts, Online-Kommunikation, Migration, Frauenpolitik und Seniorenbeiräte. Werbemittelhersteller präsentierten ihre neuesten Ideen und Materialien, Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften ihre Konzepte und Ideen.

Eine weitere Hilfestellung leistet der Bezirk mit Handreichungen für die Wahlprogramme in den Bereichen Ehrenamt und Vereine, Migranten und kommunale Jugendarbeit. Mit einem Anforderungsprofil für Stadtverordneten kandidaten wurde die Personalauswahl unterstützt. Für den Wahlkampf selbst wurde mehrere Publikationen und Faltblätter entwickelt.

3. Weitere Schwerpunkte und allgemeine Arbeit

Eine erfreuliche Entwicklung war, wie schnell die hessische SPD nach der Landtagswahl 2009 wieder Tritt gefasst hat. Zentrales Element dabei war das hohe Maß an Kooperation sowohl zwischen einzelnen Personen als auch zwischen den Gliederungen. Das gilt für die inhaltliche Seite der Politikentwicklung und auch für die Stabilisierung der Finanzen. Beide Bezirke, aber auch die Mitglieder der Landtagsfraktion tragen einen wichtigen Teil der zusätzlichen Aufwendungen für die zusätzliche Landtagswahl. Die Fraktion ist wieder schlagkräftig und bringt die Landesregierung mit allen parlamentarischen Mitteln in Bedrängnis. Auch inhaltlich hat die SPD inzwischen in der Konkurrenz der Oppositionsfraktionen wieder die Nase vorn.

Im Sommer 2010 trat schließlich Ministerpräsident Roland Koch zurück, nach einer lustlosen und ambitionslosen Amtsführung in den letzten beiden Jahren. Mit Volker Bouffier als neuem Ministerpräsidenten lebt das System Koch weiter.

Energiepolitik – die SPD ist wieder auf der Straße

Eines der Themen, das der SPD bei der Landtagswahl 2008 breite Zustimmung gebracht hat, war die Energiepolitik mit Energieeinsparung und erneuerbaren Energien als Ersatz für

Atom und Kohle. Weit vor der Atomkatastrophe in Fukushima war es uns gelungen, die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort mit Umwelt- und Klimaschutz zu verbinden. Viele sozialdemokratisch regierte Kommunen sind heute Vorreiter, wenn es um den Rückkauf der Stromnetze, um den Ausbau erneuerbarer Energien oder regionale Energieversorgung geht. Auf der Bundesebene hatte die neue schwarz-gelbe Regierung das Gegenteil umgesetzt.

Die SPD war wieder auf der Straße. In der vier Kilometer langen Menschenkette um das Atomkraftwerk Biblis standen im April 2010 zum Tschernobyl-Jahrestag rund 1.200 Sozialdemokraten. Sie waren aus ganz Hessen nach Biblis gekommen und hatten unter dem Motto *Hände weg vom Atomausstieg* für die Stilllegung des Altmeilers demonstriert. Insgesamt hatten an der Demonstration, die der Bezirk mitorganisiert hatte, rund 20.000 Menschen teilgenommen. Das war ein großer Erfolg.

Was Kommunen frühzeitig gegen den sich verstärkenden Rechtsextremismus machen können, war Thema einer Fachtagung *Jugend und Rechtsextremismus* des SPD-Bezirks Hessen-Süd am 26. April 2009. Experten aus Kommunalpolitik und Jugendarbeit waren gekommen, um sich über die Strategien der rechtsextremistischen Gruppen zu informieren und Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Parteiordnungsverfahren gegen Jürgen Walter und Carmen Everts

Gegen Jürgen Walter und Carmen Everts wurde Ende 2008 ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet, weil sie das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht gelassen und gegen die Ordnung der Partei verstoßen hatten. Sie hatten am 3. November 2008 in einer Pressekonferenz angekündigt, der damaligen SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Andrea Ypsilanti am Folgetag ihre Stimme bei der Wahl zur Ministerpräsidentin einer rot-grünen Minderheitsregierung zu verweigern. Die Schiedskommission Wetterau hatte entschieden, dass Jürgen Walters Parteirechte für 2 Jahre oberhalb der Ortsvereinsebene ruhen sollten. Er hatte gegen diese in der ersten Instanz verhängten Entscheidung Berufung eingelegt und die Bezirksschiedskommission angerufen. Die Verhandlung vor der Bezirksschiedskommission hatte er dann freiwillig vorzeitig verlassen. Die Berufung wurde schließlich zurückgewiesen. Jürgen Walter hatte dann auf eine Berufung vor der Bundesschiedskommission verzichtet und die Entscheidung der Schiedskommission Wetterau damit akzeptiert. Carmen Everts hatte in ihrem Parteiordnungsverfahren vor der Schiedskommission Groß-Gerau eine Rüge akzeptiert.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die Förderung des Ehrenamts. Erstmals ausgeschrieben wurde der Ehrenamtspreis für besonders herausragendes freiwilliges Engagement, der Anfang 2011 vergeben wurde. Alle Mitglieder waren aufgerufen, mögliche Preisträger aus ihrer Region vorzuschlagen, die für ihre Arbeit ausgezeichnet werden sollten.

Um das Engagement von Migranten und dessen Förderung ging es bei einer Tagung am 8. Oktober 2010 in Frankfurt. Rund 60 Vertreter aus Vereinen, Verbänden und Initiativen sowie der Politik waren gekommen.

Sozialdemokratische Sportpolitiker und Vertreter von Vereinen und Verbänden waren am 30. August 2010 zusammengekommen, um mit Blick auf die Kommunalwahl die Sportpolitik und -förderung der SPD im Bezirk Hessen-Süd weiterzuentwickeln.

Organisation ist Politik:
Mitglieder- und Beitragsentwicklung
Getreu dem Motto von Herbert Wehner *Orga-*

nisation ist Politik arbeitet der Bezirk Hessen-Süd aktiv daran, die Organisation zu stärken. Dabei ist die Unterstützung der Ortsvereine bei der Gewinnung von neuen Mitgliedern ein wichtiges Feld. Der Bezirk hatte das Thema Mitgliederwerbung immer wieder auf verschiedenen Veranstaltungen thematisiert und Ortsvereine und Unterbezirke aufgefordert, sich gerade jetzt bei der Mitgliederwerbung zu engagieren. Ein weiteres Feld ist die Betreuung der Neueingetretenen. Hier muss die SPD den Erfahrungsaustausch verbessern.

Mitglieder des Bezirksvorstands 2009

Gewählt auf dem Bezirksparteitag 19./20.6.2009	
Vorsitzender	Heike Habermann, MdL
Gernot Grumbach, MdL	Heike Hofmann, MdL
stellvertretende Vorsitzende	André Kavai
Christine Lambrecht, MdB	Patrick Koch
Michael Siebel, MdL	Matthias Körner
Schatzmeister	Elke Künholz
Manfred Görig, MdL	Sanna Meinke
Beisitzer	Dr. Sascha Raabe, MdB
Ansgar Dittmar	Gerold Reichenbach, MdB
Nancy Faeser, MdL	Dagmar Schmidt
Petra Fuhrmann, MdL	Marianne Weg

Wichtige Termine und Veranstaltungen 2009 – 2010

28.03.2009	Auftaktveranstaltung zur Europawahl, Frankfurt	18.09.2009	Wahlkampf-Kundgebung mit Frank-Walter Steinmeier, Frankfurt	26.04.2010	Demonstration vor dem Atomkraftwerk Biblis
26.04.2009	Fachtagung <i>Jugend und Rechtsextremismus</i> , Frankfurt	22.09.2009	Wahlkampf-Kundgebung mit Franz Müntefering, Darmstadt	12.06.2010	Kommunalkongress <i>Ohne Moos nix los</i> , Hanau
20.05.2009	Internationales Bürgerfest, Frankfurt	31.10.2009	Konferenz der ASF <i>Mehr Frauen – macht Kommune</i>	12.06.2010	XI.-Georg-August-Zinn-Forum für Rechtspolitik der ASJ
25.05.2009	Wahlkampfveranstaltung mit Poul Nyrup Rasmussen, Frankfurt	28.11.2009	Außerordentliche Bezirkskonferenz der ASJ	26.06.2010	Ordentlicher Bezirksparteitag, Frankfurt
03.06.2009	Abschlusskundgebung mit Martin Schulz und Franz Müntefering, Wiesbaden	20.02.2010	Bezirkskonferenz der AFA	30.08.2010	Workshop Sportpolitik, Frankfurt
19./20.06.09	Ordentlicher Bezirksparteitag, Langenselbold	11.03.2010	Diskussion des Forums-Eine-Welt: <i>Wie geht es weiter in Afghanistan?</i>	06.09.2010	Diskussion des Forums-Eine-Welt <i>5 vor Zwölf! Wie können wir die Millenniums-Ziele noch erreichen?</i>
09.09.2009	Wahlkampf-Kundgebung mit Frank-Walter Steinmeier, Wiesbaden	22.03.2010	Diskussion des Forums-Eine-Welt: <i>Entwicklungspartnerschaften – mehr als Fairer Kaffee</i>	12.09.2010	Tag der Ortsvereine, Frankfurt
		25.04.2010	Verleihung des 10. <i>Olympe de Gouges</i> -Ehrenpreis der ASF	08.10.2010	Tagung <i>Migranten und Ehrenamt</i> , Frankfurt

Landesverband Thüringen



Anpacken für unser Land – Die SPD Thüringen zwischen Wahlkampf und Regierungsbeteiligung

Das Jahr 2009 stand ganz im Zeichen der Wahlkämpfe. Die SPD Thüringen hatte neben den Bundestags- und Europawahlen auch Wahlen in den Kommunen und zum Landtag zu bestehen. Auf dem Landesparteitag mit Landesdelegiertenkonferenz am 07./08.03.2009 in Gera wurde das Regierungsprogramm beschlossen

und die Listen zur Landtags- und Bundestagswahl 2009 aufgestellt. Die Landesliste wurde von Spitzenkandidat Christoph Matschie und die Liste zur Bundestagswahl vom Erfurter Abgeordneten Carsten Schneider angeführt.

Die Kommunalwahlen im Juni konnten am erfolgreichsten von allen Wahlen des Jahres gestaltet werden. In vielen Kreisen und Städten gelang es die Ergebnisse der letzten Wahlen zu verbessern. In einigen Stadträten konnte die SPD



Foto: SPD Thüringen

Die Enthüllung eines Großplakates im Landtagswahlkampf 2009 durch den SPD-Landesvorsitzenden Christoph Matschie



Foto: SPD Thüringen

Ein Blockadetraining des SPD-Landesvorstands gegen Neonazis im Sommer 2010



Foto: SPD Thüringen

Die Abstimmung über den Koalitionsvertrag auf dem Landesparteitag am 25.10.2009 in Erfurt

sogar zum ersten Mal stärkste Kraft werden. Teilweise gelang es die Ergebnisse zu verdoppeln. In der Regel machten sich hier die erfolgreichen Wahlen zu den kommunalen Spitzenpositionen (Oberbürgermeister, Landräte, Bürgermeister) aus dem Jahr 2006 erstmals bemerkbar.

Der Landtagswahlkampf war geprägt von den Themen der SPD. Längeres gemeinsames Lernen, faire Löhne und bessere Kitas waren die bestimmenden Themen des Landtagswahlkampfes. Das Ergebnis der Landtagswahl zeigte dann zwar, entgegen dem Bundestrend, einen Zuwachs von 4 % und 3 Mandaten auf 18,5 % und 18 Mandaten. Das Ziel, zumindest zweitstärks-

te Kraft zu werden, wurde aber verfehlt. Über mehrere Wochen zog sich im Anschluss an die Wahlen eine Debatte über die Entscheidung für eine Koalition. Auf 4 Regionalkonferenzen wurde im Vorfeld der Landesparteitagsentscheidung zum Teil kontrovers über die Vor- und Nachteile einer Koalition mit der CDU diskutiert. Der Landesparteitag am 25.10.2009 in Erfurt entschied sich schließlich mit deutlicher Mehrheit für den stark von sozialdemokratischen Inhalten geprägten Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU.

Die SPD konnte 4 Ministerien besetzen. Die Regierungsmannschaft der SPD im Einzelnen:

- **Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur**
Minister & stellv. Ministerpräsident: Christoph Matschie
Staatssekretäre: Prof. Dr. Thomas Deufel, Prof. Dr. Roland Merten
- **Thüringer Justizministerium**
Minister: Dr. Holger Poppenhäger
Staatssekretär: Prof. Dr. Dietmar Herz
- **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit**
Ministerin: Heike Taubert
Staatssekretär: Dr. Hartmut Schubert
- **Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie**
Minister: Matthias Machnig
Staatssekretär: Jochen Staschewski

Die SPD-Landtagsfraktion wird seit Herbst 2009 von Uwe Höhn geführt und hat seit dem Wechsel des Abgeordneten der Linkspartei Dr. Thomas Hartung im August 2010 19 Abgeordnete.

Das erste Jahr in der Landesregierung wurde durch die SPD und ihre Inhalte geprägt. So konnten die Verwaltungsgebühren an den Hochschulen abgeschafft und somit wieder ein gebührenfreies Studium abgesichert werden. Mit dem im April 2010 verabschiedeten Kita-Gesetz wurde u.a. die Zahl der Erzieherinnen um 2.400 Stellen erhöht, eine Betreuungsgarantie ab dem 1. Geburtstag eingeführt und die Mitbestimmung der Eltern gestärkt. Außerdem wurden die Stichwahlen bei Kommunalwahlen wieder eingeführt und somit die kommunale Demokratie gestärkt. Das Blindengeld wurde wieder eingeführt, die Zahl der Sozialrichterstellen erhöht, ein neues Schulgesetz mit der Thüringer Gemeinschaftsschule und damit längeres gemeinsames Lernen beschlossen und für 2011 ein Thüringer Vergabegesetz vorbereitet. Mit dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurde außerdem das Engagement gegen den Rechtsextremismus gestärkt. Im Oktober 2010 wurde auf einer landesweiten Konferenz der Ortsvereins- und Kreisvorsitzenden in einem offenen Dialog mit allen Kabinettsmitgliedern und dem Fraktions-

vorsitzenden der Landtagsfraktion eine erste Zwischenbilanz der Regierungsarbeit gezogen. Im Januar 2010 wurde im Gothaer Tivoli das 20jährige Jubiläum der SPD Thüringen begangen. In einer bewegenden Diskussionsrunde ließen Mitglieder der ersten Stunde und der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Eichel die politische Wendezeit Revue passieren. In den Jahren 2009 und 2010 fanden erstmals landesweite Betriebsratskonferenzen von AfA und SPD statt, die mit jeweils über einhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besucht waren. Weitere Höhepunkte des Parteilebens waren der Politische Aschermittwoch in Arnstadt, der inzwischen die zweitgrößte Veranstaltung ihrer Art in Thüringen ist sowie die Verleihung des nach dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bock benannten und vom Gothaer Oberbürgermeister Knut Kreuch gestifteten Ehrenpreises *Roter Bock* an Egon Bahr für sein Engagement für Ost- und Mitteleuropa. Ebenfalls zum festen sozialdemokratischen Kalender in Thüringen gehörte auch in den Jahren 2009 und 2010 die Ehrung von Rudolf Breitscheid in der Gedenkstätte Buchenwald an dessen Todestag, dem 24. August, unter Anteilnahme vieler Genossinnen und Genossen.

Die Mitgliederentwicklung bewegt sich nach wie vor auf vergleichsweise geringem Niveau. Zum 31.12.2010 verzeichnete der Landesverband 1.205 weibliche und 3.171 männliche Mitglieder und dabei einen steigenden Anteil junger Mitglieder. Der Landesvorstand hat deshalb ein verstärktes Augenmerk auf die Mitgliederbetreuung und Entwicklung gelegt und im Jahr 2010 begonnen, ein Bündel an Maßnahmen zur besseren Mitgliederbetreuung auf den Weg zu bringen. Im Jahr 2010 wurde so ein landesweites Neumitgliedertreffen, das halbjährlich stattfindet, neu aufgelegt. Darüber hinaus werden alle Neueintritte umgehend kontaktiert und erhalten ein Paket an verschiedenen Angeboten für die aktive Mitarbeit in der SPD Thüringen. Im zweiten Halbjahr 2010 wurde außerdem begonnen, in allen Kreisverbänden und größeren Ortsvereinen Mitgliederbeauftragte zu etablieren. Ebenfalls seit dem zweiten Halbjahr 2010 wird ein umfassendes Bildungsprogramm für Funktionsträger und Mitglieder angeboten. Aufgrund zurückgehender Finanzmittel und einem Rückgang der Mitarbeiterzahl im Oktober 2009 war der Landesverband zudem gezwungen, sich mit einer Strukturreform auseinanderzusetzen. Nach intensiver Diskussion in den Gliederungen im Landesparteirat und im Landesvorstand wurde schließlich im Juni 2010 eine Strukturreform beschlossen, mit deren Umsetzung im September 2010 begonnen wurde. Diese sieht u.a. vor die bisherigen Regionalgeschäftsführer mit zentralen Aufgabenfeldern (Mitgliederwerbung und -betreuung; Parteior-

ganisation und Kampagnen; Arbeitsgemeinschaften & Foren) für den gesamten Landesverband und alle Gliederungen zu betrauen. Neben den bestehenden Arbeitsfeldern soll so erreicht werden, dass im ganzen Landesverband und für alle Gliederungen eine vergleichbare Betreuung

sichergestellt ist. Neben den zentralen Aufgaben der Landesgeschäftsstelle existieren noch 4 Regionalbüros mit je einer in Teilzeit beschäftigten Kollegin und Zuständigkeit für je eine Region mit 5 bis 6 Kreisverbänden. Die erste Phase der Strukturreform soll im Herbst 2011

einer Überprüfung unterzogen werden. Die Jahre 2009 und 2010 waren somit von intensiven Wahlkampfanstrengungen und der ersten Regierungsbeteiligung seit 10 Jahren und der damit verbunden Umsetzung sozialdemokratischer Leitprojekte geprägt.

Mitglieder des Landesvorstands 2010

Der Landesparteitag am 06.03.2010 in Ilmenau stand ganz im Zeichen der Neuwahlen zum Landesvorstand. Dem Landesvorstand gehören seit dem Parteitag an:

Landesvorsitzender

Christoph Matschie, MdL

Stellv. Landesvorsitzende

Andreas Bausewein

Iris Gleicke, MdB

Frank Roßner

Heike Taubert, MdL

Schatzmeister

Cornelia Kraffzick

Beisitzer

Rolf Baumann, MdL

Dagmar Becker

Bernd Brösdorf

Sabine Doht, MdL

Ronny Fritzlär

Enrico Gropp

Susanne Köhler

Ernst Kranz, MdB

Diana Lehmann

Bettina Löbl

Eleonore Mühlbauer, MdL

Dr. Werner Pidde, MdL

Barbara Rinke

Dr. Hartmut Schubert

Dr. Albrecht Schröter

Brita Schweitzberger

Sven Steinbrück

Dr. Norbert Vornehm

Neben den gewählten Mitgliedern gehören

Landesparteiratsvorsitzender Wilhelm Schreier und

Landesgeschäftsführer René Lindenberg (bis Oktober 2009 Jochen Staschewski) sowie die Vorsitzen-

den der Arbeitsgemeinschaften dem Gremium an:

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Andreas Räuber

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Frank Weber

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Thomas Notzke

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS)

Wulf Schröter

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Dr. Cornelia Klisch

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

David Eckardt

bis 25.05.2010: Guido Dressel

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos)

Diana Lehmann

bis 28.11.2009: Peter Metz

Arbeitsgemeinschaft 60plus

Wolf-Dietrich Waack

Landesverband Sachsen



Januar – März 2009: Erstellung und Vorstellung des Regierungsprogramms für die Landtagswahl

Im Januar 2009 wurde die Erstellung des Regierungsprogrammes der SPD Sachsen 2009 – 2014 durch thematische Dialogveranstaltungen mit externen Experten begleitet. Innerparteilich wurde das Regierungsprogramm auf den Regionalkonferenzen vom 23. Februar bis 27. Februar 2009 diskutiert.

7. März 2009: Landeswahlkonferenz in Oschatz

Die SPD Sachsen hat auf der Landeswahlkonferenz am 7. März 2009 in Oschatz die personellen und programmatischen Weichen für die bevorstehende Landtagswahl und die Bundestagswahl gestellt. Das Regierungsprogramm der sächsischen SPD mit dem Titel *Anpacken. Zukunft gestalten. Für Sachsen.* wurde von den Delegierten sowie den Kandidatinnen und Kandi-

daten beraten und verabschiedet. Thomas Jurk wurde mit 89,9 % zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt. Die Liste mit 55 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl wurde aufgestellt. Im Anschluss wurde Wolfgang Tiefensee mit 92,4 % zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Die Liste mit 15 Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl wurde verabschiedet.

März – Mai 2009: Vorbereitung der Wahlkämpfe

In einzelnen Vorbereitungsseminaren stimmten sich alle sächsischen Kandidatinnen und Kandidaten, alle Hauptamtlichen sowie alle Wahlkampfzentralen auf die Wahlkämpfe ein. Die Wahlkampfzentrale in Dresden wurde eingerichtet.

25. April 2009: Kommunalpolitische Konferenz

Die sächsische Sozialdemokratie traf sich am 25. April in Grimma zu ihrer zweiten Kommunalpolitischen Konferenz. Die SPD Sachsen gab hier den inhaltlichen und strategischen Startschuss für die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes.

07. Juni 2009: Europawahl

Nach einem landesweiten Wahlkampf schaffte Constanze Krehl aus Leipzig den Wiedereinzug ins Europäische Parlament.

August 2009: Landtagswahl

Am 9. August fand der Wahlkampfauftritt verbunden mit einem außerordentlichen Landesparteitag (Wahl der Bundesparteitagsdelegierten und der Mitglieder des Bundesparteirats) als Open Air-Veranstaltung auf dem Leipziger Augustusplatz statt. Bei bestem Wetter gab Matthias Platzeck den Startschuss für den Landtagswahlkampf der sächsischen SPD. Die Resolution *Wir kämpfen: Für ein soziales, starkes und weltoffenes Sachsen!* wurde verabschiedet.

Die Tour des Spitzenkandidaten Thomas Jurk startete mit insgesamt 10 Stationen in Sachsen. Zum Zwischenspur am 22. August begrüßten die sächsischen Sozialdemokraten Franz Müntefering in Chemnitz. Den Wahlkampfendspurt für den Landtagswahlkampf sowie den Auftakt für den Bundestagswahlkampf läutete Frank-Walter Steinmeier am 27. August in Dresden ein.

Mit dem Wahlergebnis von 10,4 % zogen am 30. August 2009 nur vierzehn Abgeordnete für die SPD in den Sächsischen Landtag ein. Aufgrund des enttäuschenden Wahlergebnisses und dem damit einhergegangenen Verlust der Regierungsbeteiligung trat Thomas Jurk als Vorsitzender zurück. Rolf Schwanitz übernahm als amtierender Vorsitzender.

spd-sachsen.de im neuen Look und mit noch mehr Service

Seit Anfang August 2009 ist der Internetauftritt des SPD Landesverbandes informativer und übersichtlicher als zuvor. Es gibt ab sofort aktuelle Nachrichten-Töpfe für die Politikebenen Sachsen, Deutschland, Kommunal und Europa.

4. – 6. September 2009: Tag der Sachsen

Unter dem Motto *Das rote Sachsen* beteiligten sich ca. 50 Genossinnen und Genossen am knapp fünf Kilometer langen, traditionellen historischen Festumzug zum Tag der Sachsen in Mittweida. In historischen Kostümen, mit Körben und Handwagen bepackt und die *Sächsische Arbeiterzeitung* verteilend, stellten sie die Geschichte der Arbeiterbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts in Sachsen dar. Besonderer Blickfang waren die Suffragetten mit ihren langen Kleidern und aufwändigen Hüten. Sie erinnerten an den Kampf der Frauen für das Wahlrecht zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

27. September 2009: Bundestagswahl

Zum großen Wahlkampf-Finale am 26. September 2009 auf dem Schlossplatz in Dresden sprach Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier. Mit dem sachsenweiten Wahlergebnis von 15,1 % zogen 5 sächsische Abgeordnete für die SPD über die Landesliste in den Deutschen Bundestag ein.

24. Oktober 2009: Außerordentlicher Landesparteitag in Dresden

Der nach dem Rücktritt von Thomas Jurk notwendig gewordene a.o. Landesparteitag fand in einer Dresdner Industriehalle statt und stand unter dem Motto *Wegen Umbau geöffnet*. Martin Dulig wurde neuer Landesvorsitzender der SPD Sachsen. Die Delegierten des außerordentlichen Landesparteitages wählten den 35jährigen mit 74,2 %. Als neuer Beisitzer wurde Hartmut Tanneberger in den Landesvorstand gewählt. Zudem standen die Wahlen der Delegierten zum Bundesparteitag, zum Bundesparteirat und zum SPE Kongress an. Außerdem wurden die Kandidaten für den Parteivorstand, die Bundeskontrollkommission und die Bundesschiedskommission ernannt. Im Vorfeld des Landesparteitages fanden im Oktober 2009 sachsenweit 6 Diskussionsforen zur offenen Auswertung der Landtagswahl und zur Diskussion über einen Erneuerungsprozess statt.

31. Oktober 2009: Politischer Reformationstag
Im *Zeitgeschichtlichen Forum* Leipzig diskutierte die sächsische SPD in diesem Jahr mit Stephan Hilsberg.

13. – 15. November 2009: Bundesparteitag – Verleihung Wilhelm-Dröschner-Preis
Auf dem 3-tägigen Bundesparteitag in Dresden

präsentierte sich der SPD Landesverband Sachsen mit einem Ausstellungsstand inkl. einer Fotoaktion. Der SPD-Landesvorsitzende Martin Dulig erinnerte in seinem Grußwort an die Wurzeln der Sozialdemokratie. Um den Wilhelm-Dröschner-Preis 2009 bewarb sich der Ortsverein Freiberg mit dem Projekt *Königin von Deutschland*.

26. November 2009: Verleihung des 6. Regine-Hildebrandt Preises

Der *Regine-Hildebrandt-Preis* 2009 ging an zwei Initiativen mit je 10.000 Euro. Für Sachsen gewann das Rocktheater Dresden e.V. mit dem Projekt *Jiddische Musik- und Theaterwoche – Begegnungen mit dem Jüdischen Leben*.

28. – 29. November 2009 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen
Tino Bucksch wurde in Leipzig zum neuen Vorsitzenden der Jusos Sachsen gewählt.

Januar 2010 – Landesvorstandsklausur

Der Landesvorstand hat auf seiner Jahresauftaktklausur das Arbeitsprogramm 2010 *Wegen Umbau geöffnet* diskutiert und beschlossen.

Februar 2010 – 1. Hauptamtlichenkonferenz (HAMKON)

Zum ersten Mal trafen sich alle Hauptamtlichen der SPD Sachsen, .d.h. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsfraktion, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerbüros, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kreistags- und Stadtratsfraktionen sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes.

März 2010: Unterbezirksvorsitzendenkonferenz
Auf einer Unterbezirksvorsitzendenkonferenz wurde die Umsetzung des Arbeitsprogramms in den Ortsvereinen beraten.

April 2010: Treffen der ehemaligen Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtags- und Bundestagswahl
Im gemeinsamen Treffen wurden die Wahlkämpfe noch einmal ausgewertet und Verbesserungsmöglichkeiten für die Zukunft diskutiert und gesammelt.

24. April 2010: Ketten(re)Aktion

Auch die sächsische SPD hat sich am 24. April 2010 an der Menschenkette zwischen den AKWs Krümel und Brunsbüttel beteiligt. Mit Bannern, Fahnen und Trillerpfeifen reichten sich die ca. 60 mitgereiste Genossinnen und Genossen im Abschnitt Pinneberg in die 120km lange Kette ein.

April 2010: Regionalforen zum Leitantrag
In einem ersten Schritt wurde der erste Entwurf des Leitantrages, der das Arbeitsprogramm für

die beiden kommenden Jahre aufzeigen soll, mit verschiedenen Organisationen und Institutionen diskutiert. In einem weiteren Schritt tauschten sich die Parteimitglieder wie auch Interessierte in den Regionalforen über den Entwurf aus.

26. Mai 2010: Festakt zum 20. Jahrestag der Wiedergründung der SPD Sachsen

Am 26. Mai feierte die sächsische SPD ihr 20jähriges Jubiläum in der Dreikönigskirche Dresden. Als Gastredner begrüßte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und der Landesvorsitzende Martin Dulig zahlreiche Genossinnen und Genossen, Vertreter von Gewerkschaften und befreundeten Organisationen sowie Parteien aus ganz Sachsen.

12./13. Juni 2010: ordentlicher Landesparteitag in Chemnitz

Unter dem Motto *Fortschritt und Gerechtigkeit* verabschiedeten die Delegierten den gleichlautenden Leitantrag, der den Blick auf die zukünftige Entwicklung der sächsischen SPD lenkt. Martin Dulig wurde erneut zum Landesvorsitzenden der SPD Sachsen gewählt. Auch Generalsekretär Dirk Panter wurde wiedergewählt.

Verleihung 2. Anna-Zammert-Preis

Auf dem Landesparteitag in Chemnitz wurde zum zweiten Mal der Anna-Zammert-Preis der sächsischen Sozialdemokratie für innovative Ortsvereinsarbeit verliehen. Den 1. Platz – dotiert mit 600 Euro – erhielt der Ortsverein Chemnitz Helbersdorf für sein 20jähriges Engagement in der vorbildlichen Partnerschaft mit den Sozialdemokraten in Dänemark. Der Platz 2 – dotiert mit 500 Euro – ging an das Leipziger Vorhaben, ein interkulturelles Parkfest zu gestalten. Zwei 3. Plätze – dotiert mit je 400 Euro – wurden an den Ortsverein Plauen und den OV Reichenbach und Umgebung vergeben. Den Publikumspreis gewann der Ortsverein Frankenberg-Hainichen-Striegistal mit dem Projekt *Stricken für Kindergärten*.

18. September 2010: 1. Tag des Ortsvereins im Kloster Buch bei Leisnig

Mit einem bunten Kulturprogramm, vielseitigen Workshop- und Mitmachangeboten bildete erstmals der Tag des Ortsvereins den kulturellen Jahreshöhepunkt des Landesverbandes. Unter den gut 300 Gästen waren nicht nur Parteimitglieder, sondern auch deren Familien und Freunde. Viele Gliederungen, Vereine und Organisationen stellten ihre Projekte vor, es fand eine Wahlkampfolympiade statt, es gab Gesprächsrunden zu tagespolitischen Themen und ein umfangreiches Kinder- und Freizeitprogramm. Zur Abschlussrede begrüßten die Anwesenden Sigmar Gabriel.

25./26. September 2010:

20 Jahre Wiedervereinigung

Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 26.09.2010 in Berlin präsentierten sich die SPD-Kreisverbände Erzgebirge und Kleve mit einem gemeinsamen Stand zum Thema: *20 Jahre Partnerschaft UB Kleve – UB Erzgebirge*. Zudem waren weitere seit 20 Jahren bestehende Ost-West-Partnerschaften vertreten: OV Zittau/KV Neckar-Odenwald und OV Oschatz/OV Lippstadt-Kernstadt.

4. Oktober 2010:

Bundesverdienstkreuz für Greta Wehner

Zum 20. Jahrestag der Einheit erhält Greta Wehner das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

10. Oktober 2010: 2. HAMKON

Zum 2. Mal in diesem Jahre trafen sich die knapp 70 Hauptamtlichen aus dem Landesverband, die Landtags-, Kreistags- und Stadt-

ratsfraktionen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordnetenbüros. Gemeinsam mit der Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug tauschten sie sich über Ideen und Projekte in Land und Bund aus.

31. Oktober 2010: Politischer Reformationstag

Unter dem Titel *Die Wirklichkeit des Ostens oder Wie entwickelt sich die Gesellschaft?* hatte der

SPD Landesverband Sachsen zum traditionellen Politischen Reformationstag in den Leipziger Krystallpalast eingeladen. Vor gut 120 Gästen trug die Autorin Jana Hensel 18 ihre Thesen vor, die die mangelnde Wahrnehmung Ostdeutschlands in der westdeutschen Öffentlichkeit kritisieren. Zur anschließenden Podiumsdiskussion war auch Dr. Reinhard Höppner eingeladen.

Mitglieder des Landesvorstands 2010

Landesvorsitzender	Beisitzer	Dr. Simone Raatz
Martin Dulig	Stefan Brangs	Diana Richter
Stellvertretende Landesvorsitzende	Dr. Liane Deicke	Susann Rüthrich
Petra Köpping, Dr. Eva Maria Stange	Sabine Friedel	Juliane Pfeil
Schatzmeister	Wolfgang Gunkel	Markus Schlimbach
Sven Schulze	Ursula Fritzsche	Hartmut Tanneberger
Generalsekretär	Henning Homann	Wolfgang Tiefensee
Dirk Panter	Gerhild Kreuziger	Dr. Marlies Volkmer
	Holger Mann	Klaus Wolframm

Landesverband Saarland



Das Jahr 2009 stand ganz im Zeichen des Landtagswahlkampfes. Und auch, wenn am Ende des Jahres 2009 die Regierungsübernahme versagt blieb, war die SPD Saar doch in den Augen der Saarländer der moralische Sieger dieser Wahl. Während die CDU all ihre Grundsätze dem Machterhalt opfern mussten und die Grünen sowohl ihre Mitglieder als auch ihre Wähler mit ihrer Entscheidung zugunsten der CDU narren, musste die SPD keine ihrer inhaltlichen Positionen räumen. „Lieber aufrecht in die Staatskanzlei“ – dieser Grundsatz von Heiko Maas war programmatisch für die politische Auseinandersetzung nach dem Wahltermin.

Gute Arbeit, Faire Chancen, Neue Energie

Der Wahlkampf war geprägt vom Wunsch der Menschen nach einem politischen Wechsel und dem Willen der Saar-SPD, diesen Wechsel herbeizuführen.

Gute Arbeit, Faire Chancen, Neue Energie – Mit diesen Themen zog die SPD Saar mit Heiko Maas in das Jahr 2009, um wieder dafür zu sorgen, dass sich die Menschen im Land wohlfühlen. Konzipiert wurde eine Dialog-orientierte Kampagne, die den Menschen nichts vorsetzte, sondern ihnen die Chance gab, ihre Ideen und Mei-

nungen in den Wahlkampf direkt einzubringen. Das Wahlprogramm zur Landtagswahl wurde dabei direkt von den Menschen im Land erarbeitet – indem sie auf einer von 52 Dialog-Veranstaltungen mit Heiko Maas diskutieren konnten und ihre Idee für unser Land vorbringen konnten. Das Neue daran war auch die Präsentationsform: Nicht *von oben herab* wurde diskutiert, sondern auf einer Ebene, so dass ein fließender Kommunikationsprozess entstehen konnte.

Ein Abend mit Heiko Maas lockte am Ende tausende Saarländer in die Bürgerhäuser unseres Landes, die einmal auf Augenhöhe mit einem Politiker diskutieren wollten und auch mal den Mensch hinter dem Politiker kennenlernen wollten.

Begleitet wurde die Dialog-Kampagne durch eine interaktive Web-Kampagne, die im Jahr 2009 neue Maßstäbe setzen konnte. Egal ob Präsenz und Dialog in den damals noch jungen sozialen Netzwerken *wer kennt wen*, *twitter* und *facebook*, ob interaktive *flickr*-Bildergalerien oder die permanente Videobegleitung auf youtube bis hin zu digitalen Bürgersprechstunden – durch diese Online-Kampagne konnte die SPD viele Menschen erreichen und überzeugen, die keine üblichen Medienkanäle wie TV und Zeitung regelmäßig verfolgen.

Herzstück der viralen Kampagne waren 2 Videos, die mit Augenzwinkern und Ironie den Unterschied zwischen der verkrusteten CDU-Alleinregierung und dem modernen Politikangebot der SPD deutlich machen sollte. Mehrere 10.000 User klickten die Videos auf youtube an und sorgten so für den Erfolg der Kampagnenidee. **Kommunalwahl: SPD auf dem Vormarsch**
Die Kommunalwahlen am 13. Juni 2009 waren



Macht Bildung: Kampagne für faire Bildungschancen mit Vor-Ort-Veranstaltungen



Ein Abend mit Heiko Maas: 52 Termine, 52 Ideen für das Land, 52 Mal Dialog

ein deutlicher Fingerzeig: Die Zeiten der absoluten Mehrheit waren für die CDU vorbei. Von 25 absoluten Mehrheiten im Land hatte die CDU 20 verloren. In ihren bisherigen Hochburgen hatte die CDU Verluste von bis zu 25 % zu beklagen. Bei den Bürgermeisterwahlen behielt die SPD an diesem Tag mit 5:1 die Oberhand. Der



Foto: SPD Saar

Start in die heiße Phase: Auftakt in den Landtagswahlkampf nach der Kommunalwahl 2009



Foto: SPD Saar

Typisch saarländisch: 'Hauptsach gudd gess' mit Heiko Maas am Schwenker



Foto: SPD Saar

Erfolgreich gekämpft: Am Abend der Landtagswahl 2009



Foto: SPD Saar

Das traditionelle Aschermittwochstreffen der SPD Saar lockt jedes Jahr 700 Besucher in die Siersburger Niedtallhalle

Abstand zwischen CDU und SPD konnte halbiert werden.

Bürgermeisterwahlen: SPD am Zug

Wer politisch im Land führen will, muss in den Kommunen die Oberhand gewinnen. Daher ist die Entwicklung bei den Bürgermeisterdirektwahlen in Land auch ein Indikator für die politische Stimmung bei den Menschen. Ende 2008 stellte die CDU noch 10 Bürgermeister mehr im Land als die SPD. Etwas mehr als zwei Jahre später ist hier der Wachwechsel vollzogen: Erstmals seit den Neunzigern haben heute wieder mehr Bürgermeister ein SPD-Parteibuch als ein CDU-Parteibuch. Das ist auch ein Beleg für die erfolgreiche Kampagne der Saar-SPD in den Monaten nach der Landtagswahl.

Inhaltliche Debatte nach der Landtagswahl
Trotz des nicht erreichten Politikwechsels im Saarland hat die SPD nicht den Kopf in den Sand gesteckt, sondern hat mutig die wichtigen Zukunftsthemen vorangetrieben. *Macht Bildung* hieß die kombinierte Bildungs- und Dialogkampagne, mit der von Fraktion und Partei viele hundert Menschen direkt den Kurs der SPD in der Bildungspolitik mitbestimmen konnten. Am Ende dieses Dialog-Prozesses stand die einhellige Entscheidung der Partei, den von der Jamaika-Regierung ausgeheckten Bildungsmurks nicht mitzutragen und ein fünftes Grundschuljahr abzulehnen. Das brachte der SPD viel Zustimmung ein – von Schülern, Eltern, Lehrern und Verbänden. Gleichzeitig rückten auch in den anderen Politikfeldern die inhaltlichen Beratungen wieder in den Mittelpunkt und in vielen Themenfeldern stärkte die SPD mit Dialog-Veranstaltungen ihr Profil als Programm-Partei.

Im Bund für die SPD Saar präsent

Elke Ferner und Ottmar Schreiner vertreten das Saarland nach der Bundestagswahl 2009 im Bundestag und bestimmen dort in ihren Themenfeldern die politische Debatte mit. Ein Erfolg für die gesamte SPD Saar war die überzeugende Wahl von Heiko Maas, Ottmar Schreiner und Elke Ferner in den SPD-Parteivorstand auf dem Bundesparteitag im November 2009 in Berlin. Heiko Maas und Elke Ferner erhielten dabei die besten Wahlergebnisse. Heiko Maas und Elke Ferner wurden auch aus der Mitte des Parteivorstands in das Präsidium gewählt und vertreten dort die Interessen der Saar-SPD auf höchster politischer Ebene. Gleichzeitig wurde die stellvertretende Vorsitzende der SPD Saar Astrid Klug 2009 zur Bundesgeschäftsführerin ernannt.

Auch bei den Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene zeigt die SPD Saar Flagge. Nachdem schon seit längerem Elke Ferner der ASF und Ottmar Schreiner der AfA vorstehen, stellt die

SPD Saar seit 2006 mit ihrem Gesundheitsexperten Armin Lang einen weiteren Bundesvorsitzenden einer Arbeitsgemeinschaft – der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG). Michael Clivot ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos.

Heiko Maas wurde vom Parteivorstand die Leitung der Zukunftswerkstatt *Demokratie und Freiheit* übertragen und bearbeitet damit eines der wichtigsten Zukunftsthemen unserer Zeit. Konkret geht es um die Frage, wie mehr direkte Bürgerdemokratie umgesetzt werden kann. Die Bürgerinnen und Bürger wollen mehr mitreden und mitentscheiden. Das Konzept der SPD dazu lautet: *Mehr Demokratie leben!* Und auch auf europäischer Ebene konnte die SPD Saar Akzente setzen. Unser Europaabgeordneter Jo Leinen leitet als Vorsitzender des Umweltausschuss im Europaparlament den Prozess der energiepolitischen Erneuerung auch international an vorderster Stelle. Auch über die Grenzen hinweg war die SPD Saar aktiv und präsent. Beispielhaft erwähnt sei hier die Saar-Lor-Lux-Internationalen unter Federführung von Jo Leinen, Reinhard Klimmt, Eugen Roth und Cornelia Hoffmann-Bethscheider, in der die sozialdemokratischen Parteien aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg und der Wallonie ihre Zusammenarbeit und ihre europapolitischen Initiativen koordinieren. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird von uns gelebt. Die SPD ist ein Motor der europäischen Bewegung in unserer Region. Das zeigt sich auch in der *Pont des Femmes*, dem grenzüberschreitenden Frauenbündnis, das in den letzten Jahren unter der Federführung von Sabine Theobald durch vielfältige Aktionen auf sich aufmerksam machen konnte.

Positive Mitgliederentwicklung

Der Schwung nach der Landtagswahl machte sich auch bei der Mitgliederentwicklung bemerkbar: Erstmals seit Mitte der Neunziger gelang es 2009 wie auch 2010, mehr Eintritte als Austritte zu verzeichnen. Ein klarer Beleg dafür, dass die Menschen nicht nur mitreden, sondern auch aktiv mitmachen wollen. Rund 700 Saarländer kommen jedes Jahr neu in die Saar-SPD dazu. Insgesamt sind über 20.500 Menschen in der SPD Saar aktiv. Damit bleibt die SPD auch die größte Mitgliederpartei im Land – und auch bundesweit Spitze mit dem höchsten Organisationsgrad der Landesverbände.

Nah bei den Menschen

Die SPD Saar bleibt die Kümmerer-Partei. Wir haben ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Menschen. Und wir sind auch dann vor Ort aktiv, wenn kein Wahlkampf ist. Egal ob Ostern, Sommerferien oder Weihnachten – die SPD ist mit zentralen und dezentralen Infoständen auch

in den Nicht-Wahlkampfjahren in den Fußgängerzonen präsent und sucht den direkten Dialog mit den Bürgern. Das kommt an und schafft Vertrauen. Ein Beleg dafür: Mit der Weihnachtszeitung 2010 wurde durch das Engagement der Ortsvereine jeder dritte Haushalt im Saarland direkt erreicht – obwohl gerade kein Wahlkampf anstand. Das zeigt: Die Mitglieder der SPD Saar sind motiviert, dem Jamaika-Chaos-Club die rote Karte zu zeigen. Egal, wann die nächste Wahl sein wird – die SPD Saar ist bereit! Die SPD Saar mischt sich aktiv ein – und gehörte in den letzten Monaten zu den Initiatoren zahlreicher Anti-Atom-Aktionen im Land. Kundgebungen in Saarbrücken, Merzig, Perl oder direkt am AKW Cattenom – die SPD war immer nicht nur mit dabei, sondern auch Mitinitiator der großen Protestbewegung im Saarland.

Politikwechsel jetzt: Die Bürgerinnen und Bürger haben nach nur wenigen Monaten gemerkt: Bei Jamaika ist die Luft raus. Keine Regierung hatte innerhalb so kurzer Zeit einen so großen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust zu verzeichnen. Der politischen Konkurrenz wird nichts mehr zugetraut. Schon gar nicht, unser Land aus der Krise zu führen. Jamaika ist nur mit sich selbst beschäftigt, aber nicht mit den Problemen der Menschen. Rote Karte für Jamaika – auch in den Umfragen: Im SR-Saarlandtrend von

Infratest-dimap setzte sich die SPD Saar im November 2010 wieder an die Spitze: Erstmals seit dem Frühjahr 1999 lag die SPD Saar wieder vor der CDU und war stärkste Partei.

Und darum geht es:

- **Wir wollen unser Land in eine gute Zukunft führen.**
- **Wir haben eine Vision von einem fairen und modernen Saarland.**
- **Wir wollen bei den nächsten Wahlen stärkste Kraft werden und den aktuellen Erfolg bestätigen.**
- **Daran arbeiten wir weiter. Gemeinsam. Engagiert und motiviert. Tag für Tag.**



Foto: SPD Saar

Demo gegen Atomenergie & das AKW Cattenom: Die SPD als treibende Kraft des Bürgerprotestes

Gewählte Mitglieder des Landesvorstands

■ Vorsitzender: Heiko Maas	■ BeisitzerInnen:	
■ Stellv. Vorsitzende:	Bettina Altesleben Bisten	Gisela Kolb Neunkirchen-Oberstadt
Charlotte Britz Alt-Saarbrücken	Rudolf Altmeyer Dudweiler	Dr. Volker Ostheimer Bexbach-Mitte
Astrid Klug Homburg-Mitte	Nicole Cayrol Ottweiler-Mitte	Christian Petry Welschbach
Dr. Alfons Lauer Merzig-Mitte	Karlheinz Christmann Sulzbach	Marlene Reiber St. Ingbert-Mitte
Eugen Roth Merchweiler	Michael Clivot Walsheim	Strumm Rudi Burbach
■ Generalsekretär:	Sabine Fischer-Theobald	Dr. Jörg Ukrow Heusweiler
Reinhold Jost Siersburg	Saarlouis-Mitte	Adi Wagner Köllerbach
■ Schatzmeister: Dr. Karlheinz	Thomas Kleist Oberlinxweiler	Margriet Zieder-Ripplinger
Blessing Alt-Saarbrücken	Stefan Krutten Oppen	St. Nikolaus

Landesverband Rheinland-Pfalz



Nah bei den Menschen – ein Leitspruch unseres Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Kurt Beck, der zum Motto aller sozialdemokratischen Arbeit in Rheinland-Pfalz geworden ist.

2009

Mitgliedermanagement

Die SPD ist stolz darauf, Mitgliederpartei zu sein. Und wir wollen es bleiben. Dafür wollen wir arbeiten. Nicht erst im Zuge der parteiweiten Debatte um eine Organisationsreform haben wir rheinland-pfälzische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Thema *Mitgliederentwicklung* entdeckt. Wir wissen schon seit geraumer Zeit, dass wir es bei Mitgliederwerbung und Betreuung unserer Mitglieder nicht auf Zufälle ankommen lassen dürfen.

Antworten auf die Fragen *Wie gewinnen wir*

neue Mitglieder? Wie begrüßen wir sie? Wie schaffen wir ein angenehmes Klima der Aufnahme in unseren Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften? Wie binden wir neue Mitglieder in unsere Arbeit ein? Wie vermeiden wir Enttäuschungen? Wie verhalten wir uns bei Austritten? haben wir in ein Konzept Mitgliedermanagement gegossen, dass wir zu Beginn des Jahres 2009 im Landesvorstand ausführlich diskutiert und beschlossen haben. Auf Grundlage dieses Konzepts erreichen wir vielerorts beachtliche Erfolge bei der Gewinnung neuer Mitglieder und beleben die Arbeit in den jeweiligen Gliederungen.

Kommunalwahl

Die erste Jahreshälfte 2009 stand landesweit ganz im Zeichen der Vorbereitung des Wahlkampfes zur Kommunalwahl am 7. Juni. In Rheinland-Pfalz wurden Stadt- und Gemeinderäte, Verbandsgemeinderäte, Kreistage, der Bezirkstag Pfalz sowie Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister gewählt. Für die SPD in Rheinland-Pfalz, die ihre politische Kraft immer auch aus einer starken Verankerung in den rund 2.300 Gemeinden des Landes zieht, eine große Herausforderung. Mit zentraler technischer Unterstützung durch den Landesverband ist es gelungen, die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort flexibel, hoch-

wertig und kostengünstig zu unterstützen. Zahlreiche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus Landesregierung und Landtagsfraktion kamen in den Städten und Gemeinden zum Einsatz. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: Die SPD verbesserte ihr Ergebnis von 2004 und konnte insgesamt 492 Sitze in den Kommunalparlamenten erobern. Dies bedeutet einen leichten Zugewinn von 17 Mandaten. Die CDU im Land, seit Gründung des Landes auf der kommunalen Ebene meist stärkste Kraft, konnte diese Position zwar behaupten, verlor aber 7,4 % gegenüber der Kommunalwahl im Jahr 2004 und büßte 123 Mandate ein.

Europawahl

Zeitgleich mit der Kommunalwahl fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. War das Ergebnis mit 25,7 % für die SPD in Rheinland-Pfalz sehr ernüchternd – wie bundesweit auch – so ist es dennoch gelungen, nach etlichen Jahren, in den Ralf Walter als sozialdemokratischer Europaabgeordneter eine Solovorstellung geben musste, mit Jutta Steinruck und Norbert Neuser zwei neue Gesichter in das EP zu entsenden. Die beiden teilen sich den Wahlkreis Rheinland-Pfalz, sind zu europäischen Fragen und Themen sehr präsent und verstärken die Aufstellung der SPD im Land.



Foto: SPD Rheinland-Pfalz

Kurt Beck und die Moderatorin Anke Hlauschka bei der Veranstaltung „365 Tage vor der Landtagswahl“ – Als Veranstaltungsformat wurde erstmals das Townhall-Meeting verwendet



Foto: SPD Rheinland-Pfalz

Frank-Walter Steinmeier und Kurt Beck inmitten des „Jungen Teams“ im Bundestagswahlkampf 2009



Foto: SPD Rheinland-Pfalz

- Am 18. Juli trafen sich die Delegierten der AG60 plus Landeskonferenz in Boppard. Peter Wilhelm Dröscher, MdL, wurde als Vorsitzender im Amt bestätigt.
- Am 5. September kamen die SPD-Frauen zur ASF-Landeskonferenz zusammen. Dr. Agnes Allroggen-Bedel wurde als Vorsitzende wiedergewählt.
- Die Landeskonferenz der Jusos am 5./6. September 2009 wählte Fabian Löffler erneut zum Vorsitzenden.

Bundestagswahl

Die Bundestagswahl war ein Misserfolg auch aus rheinland-pfälzischer Sicht. Voll im Bunde-trend liegend, schnitt die Landes-SPD mit einem Zweitstimmenergebnis von 23,8 % ab.

- Rechtzeitig zur Konstituierung der frisch gewählten Kommunalparlamente lud die SPD zu einem Kommunalpolitischen Kongress am 5. Oktober in Nieder-Olm ein. Thema der gut besuchten Tagung war *Moderne Kommunen – moderne Verwaltung*.
- Im Dezember gelang uns der Startschuss zu einem eigenen Bildungsprogramm der rheinland-pfälzischen SPD. Dezentral und niedrigschwellig sollen ehrenamtliche Weiterbildungsbeauftragte mit Ortsvereinen, Kreisverbänden und Unterbezirken das politische Handwerkszeug entwickeln und vervollkommen.

2010

- Gleich zu Beginn des politischen Jahres am 27. Februar tagte die AfA-Landeskonferenz

Die erste öffentliche Sitzung des Landesparteirats mit Sigmar Gabriel und Kurt Beck. Weitere Personen v.l.n.r. Michael Kissel, Oberbürgermeister Worms, Barbara Schleicher-Rothmund, MdL, Parlamentarische Geschäftsführerin der Landtagsfraktion, Roger Lewentz, Vorsitzender des Landesparteirats

am Flughafen Hahn, ein gutes Beispiel erfolgreicher Konversionspolitik der sozialdemokratisch geführten Landesregierung seit 1991. Neuer und alter Vorsitzender der AfA im Land wurde Alfred Klingel, Betriebsratsvorsitzender am Opel-Standort Kaiserslautern.

Mit dem Schwung einer recht erfolgreich verlaufenen Kommunalwahl im Rücken startete die rheinland-pfälzische SPD in die Vorbereitungen zur Landtagswahl 2011. Mit einem grossen Event *Ein Jahr vor der Landtagswahl* am 27. März in der Sparkassenakademie Schloss Waldthausen startete die Landes-SPD in einen breiten Dialog über ihre programmatischen Aussagen zur Landtagswahl. Im Ambiente eines *Townhall-Meetings* stand unser Spitzenkandidat und Ministerpräsident Kurt Beck den zahlreichen mitdiskutierenden Bürgerinnen und Bürgern im Saal Rede und Antwort. Hinzu kamen viele, die den livestream der Veranstaltung verfolgten und sich via Facebook, twitter etc. einschalteten. Dadurch entwickelte sich eine enorme Belegung der Debatte über unser Landtagswahlprogramm. Die positive Auseinandersetzung mit Interessengruppen, gesellschaftlichen Akteuren und interessierten Bürgerinnen und Bürgern nahm hier ihren Anfang. Eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zur Landtagswahl erreichten wir mit dem ordentlichen Landesparteitag am 26. Juni in Idar-Oberstein. Unser Landesvorsitzender Kurt Beck wurde mit einem überwältigenden Ergebnis wiedergewählt. Der Landesvorstand wurde ebenfalls neu gewählt (siehe Kasten).

Schon als Teil des Vorwahlkampfes kann die erste öffentliche Sitzung des Landesparteirats am 24. August betrachtet werden. Öffentlich nahmen wir sehr wörtlich und luden zur Open-Air-Veranstaltung auf den Wormser Ludwigsplatz. Hauptredner neben Kurt Beck war unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel. Die Resonanz war überwältigend. Über 400



Auch viele junge Leute waren zur zentralen Wahlkampf-kundgebung nach Mainz „in den Schatten des Domes“ gekommen

Menschen kamen an einem besonderen Sommerabend in Worms zusammen. Nur wenige Tage später, am 28. August luden wir erneut zu einem Tag der SPD, diesmal nach Ludwigs-hafen. Schnupperseminare der Weiterbildungsbeauftragten wurden ebenso angeboten wie ein Markt der Möglichkeiten oder Podiumsdiskussionen.

Landesverband Baden-Württemberg



1. Superwahljahr 2009: Kampf, Enttäuschung und Aufbruch

Im Jahr 2009 traf man sich am 16./17. Januar wiederum in Mannheim zum *Spitzentreffen*. Die strategischen Planungen und Schwerpunkte im Superwahljahr wurden von Kajo Wasserhövel, Bundesgeschäftsführer der SPD, vorgestellt.

Am 29. Januar fand im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle Stuttgart der zentrale *Neujahrsempfang* mit Frank-Walter Steinmeier statt. Der *Landesparteitag* zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl folgte am 14. Februar in der Stadthalle Singen unter der Überschrift: *Anpacken – für unser Land*. Am 25. Februar läutete der zentrale Politische *Aschermittwoch* mit Franz Müntefering in Ludwigsburg die heiße Wahlkampfphase der SPD in Baden-Württemberg ein.

Am 8. März 2009 stellt Jörg Tauss sein Amt als *Generalsekretär* zur Verfügung. Am 14. März wählt der Landesvorstand Peter Friedrich als kommissarischen Generalsekretär, der umgehend die verbleibenden Vorbereitungen für die Kommunalwahl, die Europawahl und die Bundestagswahl in Baden-Württemberg übernimmt. Das Superwahljahr 2009 beginnt damit auch in Baden-Württemberg.

Kommunalwahlkampf 2009

Ein Hauptbestandteil der Planungen des Kommunalwahlkampfes waren die *Kommunalen Werkstätten* im ganzen Land. Im Dialog mit Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen vor Ort sollten die Kommunalwahlprogramme der SPD erarbeitet und so bei der Bevölkerung gleichzeitig verankert werden. Das dazu vom Landesver-

- Am 8./9. Oktober wurde in Trier auf der Landeskonferenz der Jusos Andro Scholl zum neuen Vorsitzenden gewählt.
- Am 6. November wurde in einer Vertreterversammlung Kurt Beck zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt sowie die weitere Bewerberliste festgelegt.
- Am 16. November traf sich die Arbeitsgemein-

band erstellte *Handbuch Kommunale Werkstätten* fand dabei rege Anwendung. Aus heutiger Sicht kann man sagen, dass die Werkstätten, dort wo sie durchgeführt wurden, ein voller Erfolg waren, großteils zu einer Ergebnisverbesserung der SPD beitrugen oder zumindest für eine bessere Verankerung der SPD sorgten. Auch der Umgang mit neuen Beteiligungsformen und -methoden ist wichtig für die Gesamtaufstellung der SPD nach dem Jahr 2009. Leider verfahren aber viele Gliederungen noch immer nach den Mustern der vergangenen Jahrzehnte und besprechen und beschließen ihre Programme im *Hinterzimmer* und ohne Dialog mit den Bürgern. Für größere Erfolge auch im kommunalpolitischen Bereich muss sich das aber ändern.

Das auf das Handbuch folgende *Drehbuch zum Kommunalwahlkampf* wurde ebenfalls gerne angenommen. Es beinhaltete erprobte Praxisbeispiele für den Wahlkampf, Aktionsformen und Ideensammlungen sowie eine umfassende Sammlung rechtlicher Hinweise. Als dritten Baustein der Reihe brachten wir dann noch gemeinsam mit der SGK das Handbuch für gewählte Gemeinderäte heraus, durch welches sich die Kandidaten ebenfalls fit machen konnten für Diskussionen und einen stärkeren Einblick in die Aufgaben der Gemeinderäte gewannen.

Von besonderer Bedeutung in unserem Kommunalwahlkonzept war die Kampagne *OV ans Netz*, welche der Landesverband mit erheblichem finanziellem und organisatorischem Aufwand durchführte. Ziel war die Präsenz aller unserer Ortsvereine mit einem Angebot im Web bis zur Kommunalwahl. Dies haben wir erreicht. In den allermeisten Fällen wurden diese Seiten auch von den Ortsvereinen übernommen und bilden nun die Plattform der OV-Darstellung im Netz. Auch dies gehört für uns zu einer verbesserten Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern dazu.

Ebenfalls auf eine verbesserte Kommunikation aber auch auf eine Vereinfachung der technischen Abläufe war der Einstieg in das bundesweite Druckportal angelegt. Im Hinblick auf den Kommunalwahlkampf waren wir dabei die *Ver-suchskaninchen*. Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg war nicht ganz der erhoffte Aufwind. Wir konnten zwar die Zahl

schaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen zu ihrer Vollversammlung. Dr. Eckart Lensch aus Mainz wurde zum Vorsitzenden gewählt.

Das gesamte weitere Jahr 2010 stand im Zeichen der Vorbereitungen eines intensiven Landtagswahlkampfes in 2011.



Foto: Alexander Lucas

20.06.2009 WahlkämpferInnen Rhein-Neckar



Foto: Dirk Baranek

Landesparteitag 2009 in Karlsruhe – Verabschiedung von Ute Vogt durch Nils Schmid



Foto: Stefan Oetzel

Landesparteitag 2009 in Karlsruhe – Andreas Stoch und Nils Schmid

unserer Mandate im Land nahezu verteidigen und in einigen Hochburgen wie Esslingen und Mannheim sogar wieder stärkste Partei werden, hatten aber auch teils herbe Rückschläge, wie in Stuttgart, zu verzeichnen. Insgesamt können wir aber sagen, dass sich unsere kommunalpolitische Basis stabilisiert hat.

Mitglieder des Landesvorstands 2010

Vorsitzender
Kurt Beck, MdL

Stellvertretende Vorsitzende
Doris Ahnen, MdL
Hendrik Hering, MdL
Theresia Riedmaier

Generalsekretärin
Heike Raab, MdL

Schatzmeister
Günther Ramsauer, MdL

BeisitzerInnen
Doris Barnett, MdB
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdB
Jürgen Conrad

Alexander Fuhr, MdL
Anna Gros
Marianne Grosse, MdL
Michael Hartmann, MdB
Clemens Hoch, MdL
Michael Kissel
David Langner
Fabian Löffler
Renate Pepper, MdL
Beate Reich
Sabine Röhl
Astrid Schmitt, MdL
Alexander Schweitzer
Dr. Klaus Weichel



Foto: Dirk Baranek

Europawahlkampfauftritt am 8. Mai 2009 in Stuttgart

Europawahlkampf 2009

Intensiv haben wir versucht, eine bessere Vernetzung des Europa- mit dem zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlkampf zu erreichen. So entwarf der Landesverband eigene Plakate unter dem programmatischen Slogan *Starke Kommunen in einem starken Europa*. Auch durch verschiedene Veranstaltungen sollte die Bedeutung Europas für Baden-Württemberg und die Gemeinden im Land betont werden. Die Auftaktveranstaltung am 25. April 2009 in Heilbronn mit Evelyn Gebhardt und Erhard Eppler zog dabei auch die Linien zur weltweiten Wirtschaftskrise und zu deren Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge in den Kommunen. Aber auch weitere Veranstaltungen dieser Art, welche alle Europakandidatinnen und -kandidaten organisierten, brachten nicht die erhoffte Mobilisierung zur Europawahl. Leider konnten wir im Wahlkampf auch nur auf

zwei Prominententermine zurückgreifen. Franz Müntefering besuchte Mannheim und Heilbronn am 2. Mai und Martin Schulz kam zu einem Tag mit 4 verschiedenen Veranstaltungen und Stationen am 2. Juni. Für eine erfolgreiche Schlussmobilisierung war dies aber in einem Wahlkampf, der arm an Höhepunkten war, zu wenig. Der pressewirksame Start der 4 *Roten Busse* der Kandidaten mit einem Infotag Europa in der Stuttgarter Innenstadt und das zentrale Abschlussfest am 5. Juni in Freiburg waren die Landeshighlights des Europawahlkampfes. Das Ergebnis im Bund sowie mit 18,6 % auch im Land, war dann ein schwerer Schlag für uns und nicht der erhoffte Lohn für unsere ernsthaften Anstrengungen.

Bundestagswahlen 2009

Die Ausgangsbasis für die Bundestagswahlen nach dem enttäuschenden Ergebnis der Europawahl war schwierig, der Mut der Partei zu kämpfen, war, wie sich auf der *Mobilisierungskonferenz am 2. Juli 2009* mit dem Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel zeigte, ungebrochen. Kritisch aber nach vorn orientiert wurden die Kampagne diskutiert, Ideen ausgetauscht und Material- und Aktionsvorschläge beraten. Daraus resultierend entwickelte der Landesverband auch eigene Materialien für den Bundestagswahlkampf wie Plakate, Türhänger und eine Pillenschachtel als Symbol für die Bürgerversicherung. Der Juli und der August dienten dann der Wahlkampfvorbereitung und der inhaltlichen Darstellung. In insgesamt 7 Veranstaltungen mit unseren Staatssekretärinnen

und Staatssekretären sowie Landespolitikern wurde mit interessierten Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen über die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen für Baden-Württemberg sowie sozialdemokratische Lösungsvorschläge diskutiert.

Die *heiße Wahlkampfphase* begann mit dem 1. September, staffelte sich wegen der langen Sommerferien in Baden-Württemberg aber auch in zwei Abschnitte. Der Wahlkampfauftritt mit unserem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier und 3.500 Menschen in Karlsruhe brachte bei allen gute Stimmung und das Gefühl, dass die Wahlen, trotz aller Vorhersagen in der Presse, noch nicht gelaufen waren. Ein besonderes Highlight dieses Tages war der Empfang der Stimmenkönige aus der Kommunalwahl, zu dem auch Frank-Walter Steinmeier noch spontan vorbeikam.

Auch die Veranstaltungen mit Franz Müntefering in Mannheim, Freiburg, Ravensburg und Lörrach mit jeweils mehr als 1.000 Zuhörern und die Kundgebung mit unserem Kanzlerkandidaten am 17. September in Stuttgart mit 5.000 Zuhörern waren erfolgreich und stimmungsvoll. Bei allen im Wahlkampf stehenden Genossinnen und Genossen war zu spüren, dass diese Ereignisse sie zusätzlich motivierten. Das TV-Duell zwischen Frau Merkel und unserem Kanzlerkandidaten wurde ebenfalls von vielen Gliederungen genutzt und mit einer Public-Viewing-Veranstaltung zum Wahlkampfevent gemacht. Auch hier war die Stimmung, gerade wegen der klaren Punkte für Steinmeier, durchgehend positiv. In allen 38 Wahlkreisen des Landes wurde ein

intensiver, guter und ideenreicher Wahlkampf geführt. Dieser war allerdings viel stärker als in früheren Jahren getragen von den Wahlkampfteams der Kandidaten und weniger von den Ortsvereinen. Auch die sehr aktiven 60+Teams brachten sich hervorragend in den Wahlkampf ein. Herausgehoben werden soll an dieser Stelle auch der eigenständige Jugendwahlkampf der Jusos, die mit einer Bustour und vielen Straßen und Standaktionen massiv zur Präsenz unseres Wahlkampfes im Land beigetragen haben. In der Schlussphase des Bundestagswahlkampfes griff der Landesverband dann nochmals unterstützend und mobilisierend ein. So wurden in den bisherigen Direktwahlkreisen Anzeigen geschaltet, auf allen Onlineportalen der großen Tageszeitungen in Baden-Württemberg ein Link mit Bild und Wahlkampfaussage platziert und in strukturschwachen Wahlkreisen Plakatierungsaktionen durchgeführt. Auch zur Schlussmobilisierung wurden nochmals verschiedene Materialien und die Aktionspakete aus der *Nordkurve* den Wahlkämpfenden angeboten. Umso enttäuschender nach all den Anstrengungen und der gerade in der Schlussphase des Wahlkampfes auch Hoffnung machenden Ge-

samtstimmung war das Ergebnis am 27. September abends. Mit einem Absturz unter die 20-Prozent-Marke im Land erlebten wir alle eine herbe Enttäuschung. Viele Kandidatinnen und Kandidaten zitterten an dem Abend noch lange um ihren Einzug in den Bundestag, manche mit glücklichem und manche mit traurigem Ausgang. Das wir mit Freiburg wenigstens ein Direktmandat verteidigen konnten, war hier ein kleiner Lichtblick.

Mitgliederbefragung, die 1.: Überwältigende Teilnahme

Nachdem Ute Vogt im Zuge der Bundestagswahl 2009 ihren Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Landesvorsitz angekündigt hatte, entschied der Landesvorstand, eine Befragung aller 39 000 Mitglieder der SPD Baden-Württemberg zur Bestimmung des bzw. der neuen Landesvorsitzenden durchzuführen. Der Landesvorstand beschloss, den Bewerber oder die Bewerberin, der oder die dabei die meisten Stimmen auf sich würde vereinen können, dem Landesparteitag am 27./28. November in Karlsruhe als neuen Landesvorsitzenden bzw. neue Landesvorsitzende vorzuschlagen.



Foto: Dirk Baranek

Regionalkonferenz Nordwürttemberg in Gaildorf am 11.11.2009

Die Mitgliederbefragung entwickelte sich schnell zu einem vollen Erfolg unter bundesweiter Beachtung. Zu den gut 20 Vorstellungsrunden der 3 Bewerber Hilde Mattheis, Nils Schmid und Claus Schmiedel kamen über 3.000 Parteimitglieder – und dabei stießen insbesondere die vier Regionalkonferenzen des Landesverbands in Ulm, Offenburg, Hockenheim und Gaildorf auf hohes Interesse.

Mitglieder des Landesvorstands 2007 – 2009

Gewählt auf dem Parteitag am 21./22. September 2007 in Fellbach, Neuwahl auf dem Parteitag am 27./28. November 2009 in Karlsruhe)

Landesvorsitzende

Ute Vogt

Landesvorsitzender ab 27.11.2009

Dr. Nils Schmid

Stellv. Landesvorsitzende

Dr. Lars Castellucci

Elvira Drobinski-Weiß

Peter Hofelich

Hilde Mattheis

Stellv. Landesvorsitzende ab 27.11.2009

Leni Breymaier

Dr. Lars Castellucci

Elvira Drobinski-Weiß

Hilde Mattheis

Generalsekretär

Jörg Tauss

ab März 2009 kommissarisch

Peter Friedrich

Generalsekretär ab 27.11.2009

Peter Friedrich

BeisitzerInnen

Hendrik Bednarz

Lothar Binding

Petar Drakul

Franziska Engehausen

Evelyn Gebhardt

Angela Godawa

Daniela Harsch

Helen Heberer

Jürgen Höfflin

Johannes Jung

Josip Juratovic

Dr. Rudolf Luz

Jan Mönikes

Stefan Rebmann

Gabi Rolland

Dr. Martin Rosemann

Rita Schwarzelühr-Sutter

Gabriele Teichmann

Rainer Weitzel

Sabine Wölffe

BeisitzerInnen ab 27.11.2009

Dr. Hendrik Bednarz

Lothar Binding

Petar Drakul

Daniela Harsch

Helen Heberer

Johannes Jung

Josip Juratovic

Macit Karaahmetoglu

Stella Kirgiane-Efremidis

Udo Lutz

Dr. Rudolf Luz

Hermann-Josef Pelgrim

Gabi Rolland

Annette Sawade

Rita Schwarzelühr-Sutter

Andreas Stoch

Claudia Sünder

Gabriele Warminski-Leitheußer

Sabine Wölffe

Jana Zirra

Schatzmeister

Karl-Ulrich Tempel

Landesgeschäftsführer

Marten Jennerjahn

Wichtige Termine und Veranstaltungen 2009 – 2010

04.01.2009 Klausurtagung Juso-Landesvorstand, Heidelberg

15.01.2009 Juso-Neujahrsempfang mit Martin Schulz, Bruchsal

04.02.2009 AG 60+ Neujahrsempfang, Stuttgart

14.02.2009 Landesparteitag zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl, Singen

25.02.2009 Politischer Aschermittwoch, Böblingen

04.03.2009 Außerordentlicher Regionalparteitag, Stuttgart

11.03.2009 Jusos-Landesdelegiertenkonferenz, Ravensburg

05.04.2009 juniorSGK-Kommunalkongress

10.05.2009 Bundeskonferenz zum Regierungsprogramm, Karlsruhe

15.05.2009 Programmkonferenz mit Andrea Nahles, Stuttgart

07.06.2009 Europa- und Kommunalwahlen

20.06.2009 AG 60plus Landesdelegiertenkonferenz, Karlsruhe

21./22.08.09 Polizei-beirat Klausurtagung, Stuttgart

27.09.2009 Bundestagswahl

21.10.2009 Regionalparteitag, Göppingen

03.11.2009 Regionalkonferenz Südwürttemberg, Ulm

04.11.2009 Regionalkonferenz Südbaden, Offenburg

05.11.2009 Regionalkonferenz Nordbaden, Hockenheim

07.11.2009 Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz, Esslingen

07.11.2009 Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart

07./08.11.09 ASF-Landesdelegiertenkonferenz, Mannheim

11.11.2009 Regionalkonferenz Nordwürttemberg, Gaildorf

21.11.2009 AfA-Landesdelegiertenkonferenz, Karlsruhe

21.11.2009 Ortsvereins-/Kreisverbandstag zur Mitgliederbefragung zur Wahl des Landesvorsitzenden

27./28.11.2009 Landesparteitag, Karlsruhe

11./12.12.2009 Landesvorstandsklausur, Stuttgart

13.01.2010 AG 60plus Neujahrsempfang, Stuttgart

17.02.2010 Politischer Aschermittwoch, Ludwigsburg

13.03.2010 SGK-Fachkonferenz Kommunalisierung, Stuttgart

20.03.2010 Spitzentreffen Baden-Württemberg, Mannheim

20.03.2010 Jugendlandtag mit dem Landesjugendring und dem Ring politischer Jugend, Stuttgart

22.03.2010 Juso-Ehrenamtsempfang mit Erwin Staudt, Stuttgart

24.04.2010 Konferenz zu Migration und Integration, Stuttgart

07.05.2010 Konferenz Open Space, Stuttgart

08./09.05.10 Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Konstanz

08./09.05.10 ASJ-Klausurtagung, Insel Reichenau

15.05.2010 Kreativkonferenz – Impuls 2011 – für den Landtagswahlkampf, Tübingen

05.06.2010 Jahreshauptversammlung von Selbst-Aktiv, Heilbronn

12.06.2010 Landesdelegiertenkonferenz, Gesellschaft 2.0, Ehningen

16./17.06.10 DEMO-Kommunalkongress mit dem Juso-Landesverband und juniorSGK, Mannheim

17.06.2010 AfA-Veranstaltung *Keine Zweiklassen-Medizin* Stuttgart

27.06.2010 Carlo-Schmid-Preisverleihung, Mannheim

10.07.2010 ASJ-Landeskonferenz, Karlsruhe

16.07.2010 Veranstaltung *Junge Rote* des Juso-Landesverbandes und der juniorSGK, Lauffen a.N.

20.07.2010 Sommerempfang für Personal- und Betriebsräte, Stuttgart

31.07./01.08.10 Juso-Bildungsgipfel, Karlsruhe

11.09.2010 AGS-Landeskonferenz

16.10.2010 Landesparteitag Ulm, Einbringung Ulmer Erklärung

27.10.2010 Regionalparteitag, Esslingen

30.10.2010 Veranstaltung der SPD-Arbeitsgemeinschaften zum Thema *Bildung – Integration – Beschäftigung*, Reutlingen

20.11.2010 Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart



Politischer Aschermittwoch 2009 mit Franz Münterfering, Evelyn Gebhardt, Claus Schmiedel



Kreativkonferenz **Impuls 2011** für den Landtagswahlkampf im Mai 2010 in Tübingen

Am späten Samstagabend, dem 21. November, stand dann das Ergebnis – nach einem wahren Auszählmarathon und glühenden Telefondröhnen – in der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle fest: 47,4 % und damit fast die Hälfte aller SPD-Mitglieder im Land hatten sich an der Befragung beteiligt. 18.630 Stimmzettel wurden abgegeben, hauptsächlich per Briefwahl, aber auch direkt in einem der fast 300 Wahllokale in den Ortsvereinen. Hier nochmals das Ergebnis:

Abgegebene Stimmzettel:	18.630
Davon gültig	18.353
Enthaltungen	165
Erststimmen	
Hilde Mattheis	5.341 (29,1 %)
Nils Schmid	8.481 (46,2 %)
Claus Schmiedel	4.192 (22,8 %)
Zweitauszählung	
Hilde Mattheis	6.707 (37 %)
Nils Schmid	10.303 (56 %)

„Das ist der erste Schritt aus der Delle, die wir bei der Bundestagswahl bekommen haben“, sagte denn auch Nils Schmid, der damit klar das Rennen machte. Mit starken 88,6 % wählten ihn die Delegierten auf dem Landesparteitag in Karlsruhe dann zum Nachfolger von Ute Vogt.

Der neue Vorsitzende erklärte in seiner Bewerbungsrede, er wolle die SPD „breiter in der Gesellschaft verankern“ und die Mitglieder stärker einbinden. Inhaltlich wurden auf dem Parteitag mehrere Leitanträge für eine zeitgemäße Industriepolitik und für eine zukunftsfähige Infrastruktur in Baden-Württemberg verabschiedet und damit erste Grundlagen für das Vorwahljahr 2010 gelegt.

Vorwahljahr 2010: Wichtige Weichenstellungen

2010 wurden wichtige Weichen zur Landtagswahl 2011 gestellt – in konzeptioneller, inhaltlicher und personeller Hinsicht. Anbei die zentralen Anknüpfungspunkte.

Politischer Aschermittwoch

Beim politischen Aschermittwoch am 17. Februar in Ludwigsburg forderte Nils Schmid Ministerpräsident Mappus auf, seinen bisherigen *Zickzackkurs* zu beenden und im Interesse des Landes Farbe zu bekennen. „Wackeldackelpolitik bringt nichts, schon gar nicht in der Krise“, so Nils Schmid. Vor rund 250 Gästen unterstrich der SPD-Landeschef, mit Mappus befinde sich Baden-Württemberg „auf einer Reise ins Ungewisse“. Als Gastredner kam Olaf Scholz ins Ludwigsburger Forum. Der stellvertretende Parteivorsitzende verurteilte die Steuersenkungen der schwarz-gelben Bundesregierung scharf und warf Bundeskanzlerin Merkel Führungs- und Konzeptlosigkeit vor.

Spitzentreffen in Mannheim

Auf dem Spitzentreffen am 20. März im Mannheimer Musikpark wurde Nägel mit Köpfen gemacht: Nils Schmid wurde zum designierten Spitzenkandidaten für die Landtagswahl bestimmt. Inhaltlich stand der Politikansatz im Zentrum, das Vertrauen in die Menschen vor Ort in den Mittelpunkt zu stellen anstatt über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. „Gefragt ist echte Bürgernähe statt zentralem Dirigismus – in allen landespolitischen Feldern“, so Nils Schmid in seiner Rede. Zum Spitzentreffen waren neben dem Landesvorstand auch die Landtagsfraktion, die Landesgruppe im Bundestag sowie die Kreisvorsitzenden und Oberbürgermeister der SPD geladen.

Landeskonferenz „Gesellschaft 2.0“

Auf der Landeskonferenz zur *Gesellschaft 2.0* am 12. Juni in Leonberg haben sich die Delegierten für eine Stärkung der Freiheitsrechte im Internet ausgesprochen. „Wir befinden uns in einem starken Spannungsfeld zwischen der Wahrung von Selbstbestimmung, von Freiheits- und Bürgerrechten einerseits und andererseits der Wahrung von Sicherheit, dem Schutz vor anonymer Kriminalität und dem Missbrauch persönlicher

Daten“, erklärte Nils Schmid auf der LDK. Deshalb handele es sich bei diesen Fragen auch nicht um die Interessen einzelner *Technikfreaks*, sondern um ganz wesentliche gesellschaftliche Fragen, auf die die Sozialdemokratie eine Antwort geben müsse. Gemäß dem vorgelegten Leitantrag beschloss die Konferenz, das Sperren von Internetseiten abzulehnen.

Wahlkampfschmiede eröffnet

Im September präsentierte die Landesspitze der Partei mit der Eröffnung der *Wahlkampfschmiede* das Wahlkampfkonzept für 2011. „Wir werden weder einen plumpen Angriffswahlkampf noch einen beschönigenden Wahlkampf führen“, so Nils Schmid damals. „Unser Landtagswahlkampf wird ein Substanzwahlkampf.“ Der designierte Spitzenkandidat betonte, Baden-Württemberg sei in vielem längst weiter, als die bisherige Landesregierung dies erkennen wolle. „Deshalb stehen wir für eine Politik, die Antworten geben will anstatt Phrasen zu produzieren.“ Generalsekretär Peter Friedrich, der den Wahlkampf leitete, sagte, dieser neue Politikstil sei auch prägend für die Wahlkampagne. „Wir sind sicher, dass wir unsere Positionen durch Dialog und Offenheit am besten vermitteln und damit unseren Anspruch verdeutlichen, Partner der Bürger zu sein.“

Parteitag in Ulm nominiert Spitzenkandidaten

Mit stolzen 92 % nominierten die 320 Delegierten des Landesparteitags am 16. Oktober in Ulm Nils Schmid als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 27. März 2011. „Baden-Württemberg ist an einem Scheideweg angelangt“, rief Nils Schmid unter großem Beifall. „Wir brauchen jetzt einen mutigen Politikwechsel!“ Der Parteitag beschloss auch die vom Landesvorstand vorgelegte *Ulmer Erklärung*, in der der Politikwechsel nochmals auf den Punkt gebracht wurde: „Wir stehen für ein soziales und modernes Baden-Württemberg und werden einen neuen Politikstil im Land prägen. Zu lange und zu oft haben die Menschen erlebt, dass die Landesregierung wichtige Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg fällt. Dabei braucht die Politik heute mehr denn je das Vertrauen der Menschen.“

Volksabstimmung

Stuttgart 21 wurde zweifellos ein, wenn nicht das bestimmende Thema des Wahlkampfs in 2011. Der SPD ging es darum, eine Brücke zwischen den Lagern zu bauen anstatt diese immer weiter zu spalten. Deshalb wurde die noch amtierende CDU/FDP-Landesregierung aufgefordert, eine landesweite Volksabstimmung über die Fortführung oder den Ausstieg aus Stuttgart 21 herbeizuführen, was diese aber ablehnte. Die SPD hat folglich im Herbst 2010 angekündigt, für den Fall einer rot-grünen Mehrheit nach der Landtagswahl eine verbindliche

Volksabstimmung über das Projekt durchzuführen. Im Zentrum stand dabei von Anfang an das so genannte Ausstiegsgesetz. Der Landesverband warb für diesen *Weg der Versöhnung* in einer eigenen Kampagne mit einer speziellen Homepage, mit Transparenten und Handzetteln.



Vorbereitung des Landtagswahlkampfs 2011 – Charta

Für den Landtagswahlkampf 2011 hat sich die SPD eine Charta gegeben, in der beschrieben wurde, wie der Wahlkampf geführt werden sollte. Insbesondere ging es darum, weder einen „plumpen Angriffswahlkampf“ noch einen „beschönigenden Leistungsbilanzwahlkampf“, sondern einen Substanzwahlkampf zu führen. Die Charta zeigte den neuen Politikstil, mit dem die SPD warb: Es ging um echte Bürgernähe durch Dialog, um das Ernstnehmen der Wählerinnen und Wähler. Ausdruck dieses Substanzwahlkampfes waren dann z.B. die Bilderwelten, die Menschen aus Baden-Württemberg auf den Plakaten und in den Flyern

Landesverband Bayern



Die BayernSPD 2009 / 2010: Wegen Umbau geöffnet

Die BayernSPD hat sich 2009 und 2010 neu aufgestellt. Florian Pronold löste als Landesvorsitzenden Ludwig Stiegler ab, Natascha Kohnen wurde Generalsekretärin. Die neue Spitze suchte zweimal alle bayerischen Bundeswahlkreise und diskutierte mit der Basis: Wo müssen wir anpacken, was müssen wir ändern? Inhaltlich wurden die 4 Schwerpunkte Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und Nachhaltigkeit festgelegt. Auch organisatorisch hat sich die Partei erneuert und dabei 12 Projekte angepackt. Der organisatorische wie der inhaltliche Erneuerungsprozess sind noch nicht abgeschlossen. Ziel ist es, in den Wahljahren 2013 und 2014 gerüstet zu sein – um Bayern sozialdemokratisch zu gestalten.



zeigten sowie die *persönlichen drei Zeilen* auf Kandidierendenplakaten bzw. der *Substanzblock* auf Themenplakaten.

100-Dialoge-Tour

Auch diese Idee stand ganz im Zeichen des neuen Politik-Stils. Es ging darum, auf die Bürgerinnen und Bürger zu hören, anstatt über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. In über 120 Veranstaltungen

Allgemeine politische Entwicklung und Arbeitsschwerpunkte

Ausgangspunkt der Arbeit des 2009 neu gewählten SPD-Landesvorstands waren die Niederlagen bei der Landtagswahl 2008, der Europawahl und der Bundestagswahl. Im Mittelpunkt stand die Erkenntnis, dass die BayernSPD eine *umfassende inhaltliche und organisatorische Erneuerung* braucht, um mittelfristig wieder Erfolg zu haben. Die Organisation und Umsetzung dieses Erneuerungsprozesses stand deshalb im Zentrum der Arbeit 2009 und 2010.

Das größte *inhaltliche Ergebnisse* der letzten beiden Jahre war die Entwicklung eines überzeugenden Konzepts für die Einführung der Gemeinschaftsschule in Bayern. Auch für eine stärkere inhaltliche Profilierung in anderen Politikbereichen die Grundlagen gelegt. Ohne die Vorbereitungen 2010 wären die kommenden *Schwerpunkte Frauen, Gesundheit, Nachhaltigkeit und Wirtschaft* nicht denkbar.

Um sicherzustellen, dass der Erneuerungsprozess von der BayernSPD in ihrer Breite getragen ist, war *Einbeziehung der Parteibasis* auch über die satzungsmäßigen Meinungsbildungspro-



Sie gestalten seit 2009 die bayerische Sozialdemokratie: Landesvorsitzender Florian Pronold, Generalsekretärin Natascha Kohnen und Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher (v.l.)

zesse hinaus von Anfang an ein zentrales Element der Vorstandsarbeit. Aus diesem Dialogprozess sind wertvolle Anregungen entstanden, ohne diesen Dialog wären wesentliche Elemente – wie etwa die Finanzreform – nicht durchführbar gewesen.

Von Anfang an war klar, dass der Erneuerungsprozess kurzfristig nur geringe Auswir-

kungen auf das Bild der BayernSPD in der breiten Öffentlichkeit haben würde. Es ging vielmehr in den zwei Jahren darum, die Grundlagen für erfolgreiche Wahlen 2013/14 zu legen.

Ein klares Profil für die BayernSPD: Die inhaltliche Erneuerung

Mit Blick auf die Wahlen 2013/14 wurden 4 politische Schwerpunkte festgelegt, in denen sich die BayernSPD weiter profiliert.

Am weitesten fortgeschritten ist die inhaltliche Profilierung im Themenfeld *Bildungs-*

gerechtigkeit in Bayern. In diesem zentralen Feld der landespolitischen Auseinandersetzung wurde gemeinsam mit der Landtagsfraktion ein attraktives Gemeinschaftsschulkonzept entwickelt, in der Partei breit diskutiert und schließlich auf dem kleinen Parteitag in Bayreuth 2010 beschlossen. Das Konzept hat nicht nur frühere innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten in der Schulpolitik überwunden sondern wurde von der Fraktion in den Landtag eingebracht. Es findet als Lösungsansatz für wohnortnahe Schulversorgung Anklang weit über die eigene Anhängerschaft hinaus. Mit der *Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen* auf Landesebene wurde sichergestellt, dass der bildungspolitische Dialog und die Präzisierung des Gemeinschaftsschulkonzepts in der Partei eine organisatorische Fundierung erhält.

Ebenfalls auf den Weg gebracht hat der Landesvorstand die Profilierung im Themenbereich *Wachstum, Vollbeschäftigung und gute Arbeit für Bayern*. Eine Projektgruppe erarbeitet bis Frühjahr 2012 die Eckpunkte für ein Wirtschaftspolitisches Programm für die Landtagswahl 2013. Das Konzept soll mittel- und langfristige Perspektiven für den Industriestandort Bayern, wirtschaftliche Potenziale im Sozialbereich und Wege zur Teilhabe aller Beschäftigten am Aufschwung aufzeigen und dabei den Erfordernissen einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen.

Beim *Thema Zukunftsfähiger und gerechter Sozialstaat* wurde der Schwerpunkt auf die Gesundheitspolitik gelegt. Die Bürgerversicherung wurde diskutiert und ein Konzept für eine flächendeckende Hausärzte- und Klinikversorgung in Bayern entwickelt. Nach Vorarbeiten im Jahr 2010 fand dazu im Herbst 2011 ein kleiner Parteitag statt.

Die *nachhaltige Entwicklung in Bayern* ist ein Querschnittsaspekt unserer politischen Arbeit, den wir vor allem auch in unserem Wirtschaftskonzept sichtbar machen wollen. Wir haben die Debatte um den Atomausstieg im vergangenen Jahr mit konkreten Vorschlägen zur Energiewende begleitet und arbeiten daran, den Austausch zwischen den vielen erfolgreichen Initiativen zur kommunalen Energieversorgung der SPD vor Ort zu organisieren.

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit erreichten in den vergangenen zwei Jahren zwei Themen, die durch die Atompolitik der Bundesregierung und ein Volksbegehren vorgegeben wurden. Die Aktivitäten im Rahmen der *Anti-Atom-Kampagne* entwickelten sich

zu einem Schwerpunkt der BayernSPD in den letzten zwei Jahren. Die BayernSPD war beim parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf für den Atomausstieg sowohl inhaltlich als auch organisatorisch treibende Kraft. Auch wenn die Erfolge dieses Engagements öffentlich nicht in erster Linie der SPD angerechnet werden, ist es gelungen in diesem Bereich inhaltliche Kompetenz sowie Bündnis- und Kampagnenfähigkeit zu zeigen. Ebenfalls erfolgreich war die Unterstützung des *Volksentscheids für echten Nichtraucher-schutz*.

Schlagkraft und Kampagnenfähigkeit: Die organisatorische Erneuerung

Zu Beginn und in der Mitte der Amtszeit des Vorstands – im Sommer 2009 und im Sommer 2010 – wurden zwei Mal *alle Mitglieder zur Diskussion über die Erneuerung der BayernSPD eingeladen* und um konkrete Anregungen und Verbesserungsvorschläge gebeten. Auf Basis der in diesem Prozess entstandenen Ideen hat der Landesvorstand in fünf Arbeitsgruppen zur Strategie, Kommunikation, Qualifikation, Arbeitsstrukturen und Service und Synergie Konzepte erarbeitet. Auf dem Landesparteitag 2010 wurden 12 Projekte zur Erneuerung der BayernSPD beschlossen, die nun Schritt für Schritt umgesetzt werden. Zwei wichtige und bereits weitgehend umgesetzte Projekte sind der Erhalt der Präsenz mit Parteigeschäftsstellen in der Fläche und die deutliche Professionalisierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Um die in der BayernSPD vorhandene Kompetenz besser zu nutzen, haben wir einen halbjährlichen *Kommunalgipfel* mit den sozialdemokratischen Landräten und Oberbürgermeistern eingerichtet. In jährlichen Treffen mit den ehemaligen Abgeordneten und kommunalen SpitzenpolitikerInnen greifen wir zudem auf die Erfahrung unserer Vorgängerinnen und Vorgänger zurück.

Durch die Mitgliederentwicklung und Wahl-niederlagen war die Finanzlage der BayernSPD 2009/2010 so angespannt, dass die Personalausstattung und die politische Handlungsfähigkeit des Landesverbands akut gefährdet waren. Ein zentrales Projekt war deshalb eine *Finanzreform*, die vom Landesvorstand erarbeitet, auf den BWK-Konferenzen 2010 diskutiert, auf dem Landesparteitag beschlossen und schließlich zum Jahreswechsel 2011 umgesetzt wurde. Die beiden Elemente Verschiebung der Beitragsanteile zugunsten des Landesverbands und Erhöhung des Durchschnittsbeitrags waren naturgemäß in der Partei nicht unumstritten. Durch einen ausführlichen Dialogprozess und zeit-

Veranstaltungen, Aktionen, Ereignisse 2009 – 2010

10./11.01.09	Klausur des Landesvorstands	17.02.2010	Politischer Aschermittwoch mit Sigmar Gabriel	04.07.2010	Volksbegehren <i>Für echten Nichtraucherschutz</i>
25.02.2009	Politischer Aschermittwoch mit Martin Schulz	13.03.2010	Kleiner Parteitag zum Thema Bildung in Bayreuth	17.07.2010	61. a.o. Landesparteitag in Landshut
07.06.2009	Europawahlen	24./25.04.10	Klausur des Landesvorstands	Ab Herbst 2010	Aktiv in der Anti-Atom-Bewegung / Kettenreaktion Bayern
Juni – Juli	BWK-Konferenzen zum Erneuerungsprozess der BayernSPD	April – Mai	BWK-Konferenzen zum Erneuerungsprozess der BayernSPD		
11./12.07.09	Landesparteitag in Weiden				
27.09.2009	Bundestagswahlen				

aufwändige Überzeugungsarbeit des Landesvorstands ist es jedoch gelungen, dass die Finanzreform in der Partei breite Unterstützung fand und ihre Ziele voll erreicht wurden. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Reform sind die Personalausstattung und die politische Handlungsfähigkeit des Landesvorstands bis 2014 gesichert, die weitere Entwicklung der Finanzlage in den Folgejahren hängt dann in erster Linie von den Ergebnissen der Landtags- und Bundestagswahlen 2013 ab.

Weichenstellungen für 2013/14

Wichtige inhaltliche Programmbestandteile für die kommenden Wahlen wurden mit dem Gemeinschaftsschulkonzept und mit der Einrichtung der Projektgruppe Wirtschaftsprogramm und Gesundheitsversorgung auf dem Weg gebracht. Christian Udes Bereitschaft zu einer Spitzenkandidatur 2013 gibt uns weiteren Schwung. Wir packen es an. Die Grundlagen für die Wahlkampfbahre 2013 in Bund und Land und 2014 in den Kommunen sind gelegt.

Parteitage und inhaltliche Meilensteine

11. und 12. Juli 2009 60. o. Parteitag in Weiden mit Neuwahl des Landesvorsitzenden. Florian Pronold wurde als neuer Landesvorsitzender zum Nachfolger von Ludwig Stiegler gewählt. Außerdem wird der Posten der Generalsekretärin mit Natascha Kohnen, MdL besetzt. Adelheid Rupp kandidierte nicht erneut als Stellvertreterin, als stellvertretende Landesvorsitzende werden Dr. Thomas Beyer, MdL, Annette Karl, MdL, und Ewald Schurer, MdB, gewählt. Als Gast war Franz Müntefering vor Ort.

8. Mai 2010 Kleiner Parteitag zum Thema Bildung in Bayreuth mit dem Leitantrag des Landesvorstands für eine Reform der schulischen und beruflichen Bildung. Nach einem langen Diskussionsprozess in der Partei aber auch mit Verbänden setzt die BayernSPD damit neue Maßstäbe in der Bildungspolitik. Kernpunkt des Antrages ist die flächendeckende Einführung einer Gemeinschaftsschule, die eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt rückt und Bildungsgerechtigkeit herstellt.

17. Juli 2010 a.o. Landesparteitag in Landshut mit dem Schwerpunkt Erneuerung der BayernSPD

Im Rahmen eines Leitantrages mündet der vom Landesvorstand 2009 eingeleitete Prozess auf dem Parteitag in konkrete Beschlüsse und Maßnahmen. Einstimmig haben die Delegierten diesen Leitantrag für eine inhaltliche und strukturelle Erneuerung der Partei angenommen. Sie haben damit die Weichen gestellt, um die BayernSPD mit Blick auf die Landtags- und Bundestagswahlen 2013 sowie die Kommunalwahlen 2014 nach vorne zu bringen. Manuela Schwesig war als Gast vor Ort. Der langjährige Landesgeschäftsführer Hans-Peter Adler wurde vom Parteitag angemessen verabschiedet. Nachfolger ist Holger Reise.

Der Landesvorstand bestand 2009/2010 aus 35 stimmberechtigten Mitgliedern, darunter 2 Mitgliedern des Europäischen Parlaments, 9 Mitgliedern des Bundestags, 11 Mitgliedern des Landtags, 2 Oberbürgermeistern, 2 Ersten Bürgermeisterinnen sowie 9 Mitgliedern ohne Mandat oder kommunales Spitzenamt.

Mitglieder des Landesvorstands 2009 – 2010

gewählt vom 60. o. Landesparteitag am 11. und 12. Juli 2009 in Weiden:

Vorsitzender

Florian Pronold

Generalsekretärin

Natascha Kohnen

Stellv. Vorsitzende

Dr. Thomas Beyer

Anette Karl

Ewald Schurer

Schatzmeister

Thomas Goger

Landesgeschäftsführer

Hans-Peter Adler

Gewählte VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaften

Ludwig Wörner (AfA)

Adelheid Rupp (ASF)

Helga Koch (ASG)

Angelika Graf (AG 60plus)

Sebastian Roloff (Jusos)



Foto: BayernSPD

Die bayerische SPD: Gemeinsam gegen die unverantwortliche schwarz-gelbe Atompolitik



Foto: BayernSPD

Verabschiedung des Landesgeschäftsführers Hans-Peter Adler auf dem Landesparteitag 2010



Foto: BayernSPD

Sigmar Gabriel zu Gast auf dem Politischen Aschermittwoch der BayernSPD

Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD

Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD

Der *Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD* arbeitet im Berichtszeitraum weiter auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern (Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke) und dem Arbeitskreis. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit des Arbeitskreises ist über das Organisationsstatut § 28 (m) abgesichert. Hier ist die Teilnahme an den Parteirats-Sitzungen verbindlich definiert. Zusätzlich ist der *Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD* in den Gremien der Ltd.-GF-Sitzungen, der EDV-Begleitgruppe und dem Beirat der Parteischule vertreten. Der Arbeitskreis nimmt regelmäßig an den Sitzungen durch die Vorsitzende bzw. durch den stellv. Vorsitzenden teil.

Die solidarische und kollegiale Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Betriebsräten und dem Arbeitskreis hat sich auch im Berichtszeitraum weiter intensiviert und gut entwickelt. Ein- bis zweimal jährlich findet eine Betriebsrätekonferenz statt. Diese dient dem Erfahrungsaustausch, der gegenseitigen Information, Kooperation und dem Erarbeiten von Muster-

schäftsführer wahr, um die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vor dem Arbeitgeber zu vertreten.

Auch im Berichtszeitraum waren die wesentlichen Arbeitsschwerpunkte die EDV. Betreffend der Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und dem Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD wurde die Einführung der Mitgliederadressverwaltung (MAVIS II) durch eine flächendeckende Betriebsvereinbarung besiegelt. Diese BV wurde in einer Verhandlungsgruppe, die aus Vertretern des Arbeitgebers und des Arbeitskreises der Betriebsräte in der SPD bestand, beschlossen und auf den Weg gebracht. Vor der Einführung hat sich der Vorstand des AK mit den Betriebsräten der SPÖ getroffen, um sich über die Stärken und Schwächen des Systems auszutauschen, da die MAVIS-II auf dem SPÖ-System für die Mitgliederadressverwaltung basiert.

Leider entspricht die MAVIS II immer noch nicht den Erwartungen eines unkomplizierten, schnellen und handhabbaren EDV-Systems. Das führt zum Vertrauensverlust bei den Kolleginnen und Kollegen, die damit arbeiten müssen. Um es zu verbessern hat der *Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD* ganz im Sinne der BV gefordert, einen Fragekatalog zum System zu Fragen wie z.B. Benutzerprofil, Hilfefunktionen, Support u.a. auf den Weg zu bringen. Unterstützt wurden wir hier auch von der Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug. Die Auswertung wurde über eine Arbeitsgruppe vorgenommen. Der Aspekt der Schulungen bzw. Nachschulungen wurde als erste Priorität angesehen. Hier gibt es einen großen Nachholbedarf.

Innerbetriebliche Weiterbildung für Hauptamtliche „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung in der SPD“ (IPQ)

Zu diesem Bereich hat der *Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD* eine Arbeitsgruppe gebildet. Diese Arbeitsgruppe wird aus dem bereits erarbeiteten Positionspapier zur Innerbetrieblichen Weiterbildung für Hauptamtliche weitergehende Vorschläge zur Weiterbildung der Hauptamtlichen vorlegen. Sorge macht uns an dieser Stelle immer noch, dass die innerbetriebliche Weiterbildung kaum bis gar keine Entwicklungspotentiale vor Ort bietet. Zum Teil werden die gewonnenen Kenntnisse der Schulungen vor Ort nicht einmal abgefragt. Dies steht völlig konträr zur politischen Diskussion der SPD nach außen.

Datenschutz

Der Datenschutz ist ein ständiger fester Bestandteil des *Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD*. Gerade im Hinblick auf die neuen Kommunikations- und Informationssysteme muss dieser sensible Bereich in die Arbeit mit einbezogen werden. Deshalb hat der *Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD* einen Entwurf einer EDV-Rahmenbetriebsvereinbarung verfasst unter Einbeziehung der Datenschutzbestimmungen.

Große Sorge bereitet uns nach wie vor die Mitgliederentwicklung und die damit verbundene Verschlechterung der Einnahmen der Partei. Durch diese Situation verschlechtern sich auch weiterhin die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen. Die Vorschläge für eine neue Beitragstabelle – die in der Diskussion der Organisationsreform vorgestellt wurde – sind zusätzlich kontraproduktiv und werden die Situation u.E. nach nochmals zuspitzen, da sich die Beiträge nicht nach oben, sondern nach unten entwickeln werden.

Im Juni 2010 wurde – nach den Betriebsratswahlen in den Gliederungen – aus der Mitte der Betriebsrätekonferenz ein neuer Vorstand gewählt:

Mitglieder im Vorstand des Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD

Elfi Heusinger von Waldegge	
Vorsitzende	(BEZ Hessen-Nord)
Erich Holzwarth	
Stellv. Vorsitzender	(LV Baden Württemberg)
Uschi Brehm	(LV NRW)
Sabine Fisch	(LV Mecklenburg-Vorpommern)
Enrico Bloch	(Parteivorstand)
Jürgen Stahl	(Verdi, beratend)

Abschließend bedanken wir uns für die konstruktive und engagierte Zusammenarbeit im Vorstand des *Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD* sowie bei allen Betriebsräten und den Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus für die gute Zusammenarbeit.

Elfi Heusinger von Waldegge
Vorsitzende des AK

Erich Holzwarth
Stellv. Vorsitzender des AK

Bericht der Bundestagsfraktion



Betriebsräte der SPD und SPÖ in Wien 2009

betriebsvereinbarungen. Ein fester Bestandteil der Betriebsratsarbeit ist das jährlich stattfindende Betriebsräteseminar. In Zusammenarbeit mit Verdi werden rechtliche Fragen der Mitbestimmung und spezielle Fragen betreffend der Arbeitssituation der Hauptamtlichen bei der SPD erörtert. Die Seminare werden sehr gut angenommen, da sich die Arbeitsbedingungen strukturell und finanziell leider nicht verbessern.

Der Kontakt zwischen dem Arbeitskreis und Parteivorstand findet über Gespräche mit der Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug statt. Darüber hinaus nimmt der „Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD“ die Gelegenheit in den Sitzungen der Ltd. Landes- und Bezirksge-

Vorwort



Foto: photothek.net / Thomas Köhler

Gegen Spaltung. Für Gerechtigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Angriffe und Alternativen – unter diesen Schlagworten lässt sich die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion zusammenfassen. Nach zwei Jahren können wir sagen: wir haben die Feuerprobe in der Opposition bestanden. Unsere Halblebensbilanz kann sich sehen lassen.

Mehr und mehr wird deutlich, dass unsere Attacken der schwarz-gelben Bundesregierung getroffen haben. Die Kanzlerin und die Koalition aus Union und FDP haben massiv an Vertrauen verloren. Kein Wunder: sie haben mit dreister Klientelpolitik und ungezählten Kehrtwenden für Chaos und Verunsicherung gesorgt. Gleichzeitig ist Frau Merkel die Kanzlerin des Stillstands.

Wichtige Reformen wurden verwässert und verschleppt, der *Herbst der Entscheidungen* war bestenfalls ein Werbegag.

Kritisieren allein reicht aber nicht. Die SPD trägt als größte Oppositionspartei politische Verantwortung. Deshalb formulieren wir sozialdemokratische Alternativen zu Schwarz-Gelb: für mehr Gerechtigkeit, und gegen eine Spaltung der Gesellschaft. Unter dem Titel *Deutschland 2020 – Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt* haben wir ein ambitioniertes Arbeitsprogramm vorgelegt. Wir stellen uns den zentralen Zukunftsfragen, entwickeln politische Vorschläge und tragfähige Lösungsansätze.

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Opposition ist Regierung im Wartestand. Wir bereiten uns auf die Regierungsübernahme 2013 vor. Denn dieses Land hat Besseres verdient als die schwarz-gelbe Chaostruppe: sozialdemokratische Politik mit Augenmaß, die sich den Herausforderungen der Zukunft stellt und den sozialen Zusammenhalt bewahrt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank-Walter Steinmeier
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bericht der SPD-Bundestagsfraktion

Chronologie eines politischen Desasters

Das Versagen von Schwarz-Gelb

Erster Akt Herbst 2009: Abenteuerlicher Fehlstart

Angekündigt war eine Wunschkoalition. Die Traumhochzeit von Schwarz-Gelb wurde allerdings im Eiltempo zum Alptraum für Deutschland. Die neue Koalition war auf das Regieren nicht vorbereitet. Beispielloser Dilettantismus herrschte schon bei den Koalitionsverhandlungen. Es war ein Warningschuss, als der „Spiegel“ Ende Oktober 2009 „Vorsicht, Schwarz-Gelb“ titelte und den „abenteuerlichen Fehlstart der neuen Koalition“ beschrieb.

Koalitionsvertrag ohne Kompass und Klärung
Schwarz-Gelb legte einen Koalitionsvertrag vor, der nichts regelt und wahre Ziele verschleierte. Kanzlerin Merkel gab eine Regierungserklärung, die nichts erklärt. Die Koalition konnte und wollte nicht erklären, wie sie die Versursacher der Finanzmarktkrise an den Folgekosten beteiligen will. Sie konnte und wollte nicht sagen, wie sie milliardenschwere Steuergeschenke auf Pump finanzieren will. Sie konnte und wollte keine Entscheidung über die Kopfpauschale im Gesundheitssystem. Sie konnte und wollte nicht beantworten, wie bei einem hoch verschuldeten Haushalt auch noch ein milliardenschwerer Sozialausgleich zu bezahlen ist. Vor einem finanz- und wirtschaftspolitisch schwierigen Jahr stand Schwarz-Gelb ohne jede Orientierung da.

Ministerrücktritt im Eiltempo, Koalition der Negativrekorde

Der Rücktritt von Franz Josef Jung war unausweichlich. Er hatte als ehemaliger Verteidigungsminister schwere Versäumnisse bei der Information des Parlaments über den Luftangriff in Kundus am 4. September zu verantworten. Dabei ging es auch um die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehrein-sätze und um die Aufklärung militärischer Entscheidungen, die viele zivile Opfer gefordert haben. Diese Bundesregierung stellte eine Serie von Negativrekorden auf: Handlungsunfähigkeit in Rekordzeit, Ministerrücktritt in Rekordzeit und ein unfassbar großes Maß an sozial- und finanzpolitischer Verantwortungslosigkeit.

Zweiter Akt Januar 2010:

Vorhang auf zur Klientelpolitik

Die erste wesentliche Maßnahme der Bundesregierung war das so genannte *Wachstumsbeschleunigungsgesetz*, das in der Sachverständigenanhörung von nahezu allen Experten abgelehnt wurde: Ohne Wirkung auf das Wirtschafts-

wachstum, verfassungsrechtlich zweifelhaft in der Überprivilegierung von ausgesuchten Gruppen, finanzpolitisch verantwortungslos bei schuldenfinanzierten Steuersenkungen. In der Sache ein Klientelbefriedigungs- und Schuldenbeschleunigungsgesetz.

Der Auftakt zur schwarz-gelben Klientelpolitik war gemacht. Zugleich wurden einflussreiche Positionen in den Ministerien mit Lobbyisten besetzt. Minister Rösler machte Christian Weber, vormals Vize-Direktor des Verbands der Privaten Krankenversicherungen, zum Abteilungsleiter für Grundsatzfragen der Gesundheitsreform. Ein Mann, der in seiner vorigen Funktion für nur 10 % der Versicherten zuständig war, entscheidet nun über die finanzielle Belastung der übrigen 90 % der GKV-Versicherten. Peter Sawicki hingegen, Leiter Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen und bei der Pharmalobby verhasst, wurde von Rösler abserviert. Umweltminister Röttgen machte den ehemaligen Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium. Ein Schlüsselposten für die Verhandlungen mit der Atomwirtschaft.

Die Mövenpick-Parteien – 1 Milliarde an Steuergeschenken

Der Gipfel der Steuergeschenke, die ab 2010 gelten, ist und bleibt das Hotelsteuerprivileg. Das hat eine Vorgeschichte: Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 hat die Düsseldorfer Substantia AG der FDP 1,1 Mio. Euro überwiesen. Diese Summe ist eine der höchsten Parteispenden in der Geschichte der Partei. Hinter der Substantia AG steht einer der reichsten Deutschen, August Baron von Finck. Die Familie Finck ist Mit-eigentümerin der Mövenpick Gruppe, die in Deutschland 14 Hotels betreibt. Auch die CSU wurde mit Großspenden bedacht. Die Gegenleistung kam prompt mit der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 %. Rund eine Mrd. Euro zu Lasten von Bund, Ländern und Kommunen. Und das in einer Zeit höchster Finanznot.

Folgen für den Haushalt

Insgesamt verursachen die schwarz-gelben Steuergeschenke Mindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von gut 10 Mrd. Euro. Dabei entfallen auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz rd. 8,5 Mrd. Euro. Daneben führt insbesondere die Rücknahme der Besteuerung der Funktionsverlagerungen zu hohen Steuerausfällen, die sich nach Einschätzung der Kommunalen Spitzenverbände auf von rd. 1,8 Mrd. Euro belaufen. Die Kommunen sind insgesamt mit Ausfällen in Höhe von 2,2 Mrd. Euro betroffen. Zugleich aber predigt Angela Merkel bis heute Ländern und Kommunen die *Bildungsrepublik* und fordert mehr Leistungen für Kinder-

gärten, Schulen und Hochschulen. Das ist nichts anderes als schamloser Betrug. Denn sie schlägt denen, die in Bildung investieren müssen, ein dauerhaftes Loch in den Haushalt.

Dritter Akt Frühjahr 2010: Warten auf Godot – Nichtregierungsorganisation Merkel

Im ersten Halbjahr 2010 verweigerte die Regierung Merkel die Arbeit. Alle Entscheidungen wurden vertagt, Kommissionen einberufen, die nur den einen Zweck erfüllen sollten, Beschlüsse aufzuschieben. Der Grund war denkbar einfach: Union und FDP hatten *Angst vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen*. Man wusste, dass es für Steuergeschenke auf Pump, für Kopfpauschale und Ausstieg aus Atomausstieg keine Mehrheiten gibt. Und man wollte den Wähler betäuben und einlullen wie schon vor der Bundestagswahl 2009. Die Medien schrieben über die *Nichtregierungsorganisation Merkel*. Auch international war Deutschland mit dem neuen Außenminister Westerwelle nicht mehr wahrnehmbar. In Europa geriet die Bundesregierung ins Abseits. Schließlich platzte auch dem geduldigsten Beobachter der Kragen. Dauerzank auf unterstem Niveau und Chaos in Permanenz haben zum verheerenden öffentlichen Urteil geführt: *Seit dem Frühjahr 2010 hat eine Mehrheit der Deutschen Schwarz-Gelb das Vertrauen entzogen. Die Koalition bekäme keine Mehrheit mehr. Die FDP fiel in der Wählergunst von 15 auf 5 %*. Rot-Grün ist wieder als glaubwürdige Alternative präsent. Das Ergebnis des Nichthandelns vor lauter Angst vor dem Wähler ist ein politisches Debakel: Bei den Wahlen in NRW ist Schwarz-Gelb grandios gescheitert. Innenpolitisch ist Merkel und Westerwelle damit die Mehrheit für schuldenfinanzierte Steuersenkungen, für die Kopfpauschale und für den Ausstieg aus dem Atomausstieg verloren gegangen.

Versagen in der Griechenland- und Eurokrise

Die Regierung Merkel hat in der Griechenland- und der damit einhergehenden Eurokrise auf dramatische Weise versagt. Jeder Tag der von Merkel beförderten Unklarheit führte zu weiteren Zinserhöhungen durch die Spekulanten an den Finanzmärkten. Das Risiko für den Steuerzahler wuchs um viele Mrd. Euro, weil Merkel unangenehme Wahrheiten bis nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen verschieben wollte. Sie hat europäische Entscheidungen verschleppt und verschleierte. Sie hat rasche und wirksame Antikrisenmaßnahmen ausgebremst. Merkel hat Deutschland dadurch in Europa isoliert und den Verlust von Ansehen und Einfluss aus innpolitischem Kalkül billigend in Kauf genommen.

An der Grenze des politischen Betrugs

Merkel beförderte dabei ein unwürdiges Schauspiel um die finanziellen Hilfen für Griechenland.



Schon nach nur 2 Jahren hat Schwarz-Gelb eine enorme Schadensbilanz zu verantworten

Während Boulevardmedien mit Halbwahrheiten und Lügen gegen Griechenland Stimmung machten und einzelne schwarz-gelbe Politiker das Kesseltreiben anheizten mit der Aufforderung, die Griechen sollten ihre Inseln verkaufen, blieb Merkel stumm. Um es klar zu sagen: Sie war Trittbrettfahrerin der antigriechischen Kampagne und hat dabei die deutsche Öffentlichkeit hinter Licht geführt. Wochenlang verweigerten Merkel, Westerwelle und Schäuble dem Deutschen Bundestag klare Auskunft. Vor der Wahl in NRW wurde gesagt: 22,4 Mrd. Euro Garantien und keinen Cent mehr. Bereits zwei Tage nach der Wahl wuchs die Kreditbürgschaft auf 147 Mrd. Euro an. Das ist mehr als Führungsversagen. Es ist kühl kalkulierter politischer Betrug und die gezielte Missachtung der Rechte des Parlaments.

Die Nettolüge – FDP blamiert

Von der großspurig verkündeten Steuerreform mit angeblichen Entlastungen für die Mittelschicht und für kleine Einkommen ist nichts übrig geblieben. Die FDP-Minister sind bis auf die Knochen blamiert. Vizekanzler Guido Westerwelle, der keinen Koalitionsvertrag ohne massive Steuerensenkungen unterschreiben wollte, stand mit leeren Händen da. Er hat nicht ein einziges seiner politischen Versprechen gehalten. Die angekündigten Einschnitte bei Arbeitslosen und Familien, steigende Sozialabgaben und höhere kommunale Gebühren führen im Gegenteil dazu, dass viele Menschen noch weniger Geld übrig haben.

Zwischenspiel Bundespräsidentenwahl – Schwarze Parteitaktik

Ende Mai 2010 trat überraschend Bundespräsident Horst Köhler zurück, der 2004 von Merkel

und Westerwelle als Kandidat eines schwarz-gelben Machtwechsels inthronisiert worden war. „Der Bundespräsident wirft hin und lässt die Bürger ratlos zurück“, schrieb Die Zeit. Die Bundesversammlung musste also Ende Juni einen neuen Präsidenten wählen.

Keine Kraft für einen überparteilichen Kandidaten

Die öffentliche Stimmung mit dem Vertrauensverlust in die schwarz-gelbe Koalition weckte den Wunsch nach einem überparteilichen Kandidaten. In einer Zeit, in der Enttäuschung und Verunsicherung über die etablierte Politik wuchsen, in der zugleich aber eine neue Welle der Politisierung bis tief ins bürgerliche Milieu zu spüren ist, wäre das richtige Signal ein überparteilicher Kandidat gewesen. SPD und Grüne haben Angela Merkel einen Kandidaten vorgeschlagen, der sich gerade nicht passgenau in irgendein koalitionstaktisches Kalkül fügt, sondern Kraft seiner Persönlichkeit niemanden schont, vielmehr überzeugend und gewinnend die Grundsatzenfragen unseres Gemeinwesens aufgreift. Joachim Gauck hätte dem Amt, der Demokratie und Deutschland gut getan. Auch im Urteil der Medien: Der „bessere Präsident“.

Merkel kam schließlich beschädigt aus den erforderlichen 3 Wahlgängen heraus. Nicht nur, weil viele im schwarz-gelben Lager ihr einen Denkkzettel verpassen wollten. Sondern vor allem, weil sie nicht die Kraft und Souveränität aufbrachte, anders als parteitaktisch zu agieren. Das System Merkel betrieb Schadensbegrenzung zum Selbsterhalt, ohne Blick auf die Stärkung der Demokratie. Viele enttäuschte Menschen registrierten einfach nur die Arroganz der Macht.

Der Spiegel im Juni 2010 zu Schwarz-Gelb: „Aufhören!“

Vierter Akt: Herbst der Fehlentscheidungen – Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft

Seit Sommer 2010 forcierte Angela Merkel die Bedienung der eigenen Klientel. Ob Haushalts-, Sozial-, Gesundheits- oder Energiepolitik, mit den Beschlüssen der Koalition wird soziale Ungerechtigkeit verschärft, werden neue Privilegien und Begünstigungen eingeführt und Zukunftschancen blockiert. Die Konjunktur hat sich im zweiten Quartal des Jahres erholt, der Arbeitsmarkt bleibt stabil – doch die Bundesregierung hat nichts dazu beigetragen. Sie sonnte sich im Licht von Entscheidungen der Vorgängerregierungen, in denen die Handschrift der SPD deutlich erkennbar ist. Arbeitsmarktreformen, bessere Vermittlung, mehr Bildungschancen, Stärkung der Kommunen, Konjunkturprogramme gegen die Krise und ein Schutzschirm für Arbeit durch die Regelungen der Kurzarbeit – 2008 und 2009 hat die FDP gegen alles gestimmt, was Arbeitsmarkt und Wachstum stabilisieren half, die Union hat gezögert und gezaudert.

Sparpaket – Handbuch der sozialen Spaltung

Die von Schwarz-Gelb mit dem Bundeshaushalt 2011 vorgelegten Maßnahmen zur Haushaltseinsparungen treffen vor allem Arbeitslose und Familien. Bei den Jobcentern wird gespart, darunter wird die Vermittlung leiden. Für Transfergeldempfänger werden die Beiträge in die Rentenversicherung ersatzlos gestrichen. Das Elterngeld wird für Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen und daher bisher den Sockelbetrag von 300 Euro erhalten haben, zukünftig gestrichen. Diesen Familien stehen im ersten Lebensjahr ihres Kindes 3.600 Euro weniger zur Verfügung. Rund 130.000 Familien sind davon betroffen, darunter etwa 47.000 Alleinerziehende, in der Mehrzahl Frauen. Es wird bei denjenigen gekürzt, die ohnehin am wenigsten haben, die Gutverdienenden werden nicht einbezogen. Dies gilt auch für die Beteiligung der Spitzenverdiener und Vermögenden an der Finanzierung von Bildungschancen. Der Haushaltsplan enthält umfangreiche Luftbuchungen, wo es um die Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten und Folgekosten der Krise geht. Die Finanztransaktionssteuer steht in den Sternen. Merkel treibt die soziale Spaltung in Deutschland voran.

Kopfpauschale und Zweiklassenmedizin

Ein Jahr FDP in der Bundesregierung bedeutete: Gesundheit wird teurer, die Versorgung aber nicht besser. Der Beitragssatz stieg von 14,9 % auf 15,5 %. Zudem sollen die Beitragssätze der Arbeitgeber festgeschrieben werden. In Zukunft werden steigende Gesundheitskosten über den Zusatzbeitrag allein von den Arbeitnehmern getragen. Die paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten wird damit zu Grabe getragen, der Einstieg in die unsolidarische Kopfpauschale durch die Hintertür vollzogen. Nicht zuletzt: Merkel und Westerwelle sind der Wahllüge überführt. Sie haben mehr Netto versprochen. Stattdessen müssen alle Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen mehr zahlen.

Atomdeal – Milliarden für AKW-Betreiber, Proteste auf der Straße

Die energiepolitischen Beschlüsse vom Herbst 2010 feierten Merkel und Westerwelle großspurig als „Revolution“, als „epochal“. In Wahrheit bedienten sie vor allem die vier großen AKW-Betreiber und wurden – da es im Bundesrat keine Mehrheit gibt – unter Umgehung der Länder durchgesetzt. Umweltminister Röttgen sagte selbst, dass eine Laufzeitverlängerung im Umfang, wie sie den großen Versorgern zugesagt wurde, ohne Beteiligung der Länder die Verfassung bricht. Die Folge: Ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, Ende der Rechtssicherheit für die Energiversorger, Vertrauensbruch der Politik. Merkel aber wollte, dass die 17 Atommeiler bis zu 14 Jahre länger laufen. Weil die zunehmende Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren

nicht ausreichend berücksichtigt wurde, hätten die AKW ihre zugeteilten Strommengen pro Jahr nicht voll ausschöpfen können. Einzelne Meiler wären somit bis 2040 gelaufen. Damit verhiess Merkel den vier Energiemonopolisten, die Deutschland unter sich aufgeteilt haben, selbst nach zurückhaltenden Berechnungen (mit konstantem Strompreis) Zusatzgewinne von rund 60 Mrd. Euro. Berechnungen des Öko-Instituts, die eine realistische Anhebung der Strompreise einkalkulieren, kamen auf noch wesentlich höhere Zusatzgewinne. Fazit: Merkel sabotierte die von Rot-Grün 1998 begonnene Energiewende, zerstörte den Atomausstiegskonsens von 2000 und brach einen gesellschaftlichen Großkonflikt neu auf.

Fünfter Akt Frühjahr 2011: Offenbarungseid und Bankrotterklärung einer Koalition

Im Frühjahr 2011 kam für Merkel und Westerwelle die Quittung nach anderthalb Jahren Versagen. In Hamburg gewann die SPD die absolute Mehrheit. In Baden-Württemberg stürzte die CDU, eine grün-rote Mehrheit übernahm die Regierung. Guido Westerwelle war selbst für die FDP als Parteivorsitzender und Vizekanzler nicht mehr tragbar. Sein Nachfolger Philipp Rösler kündigte an, jetzt werde politisch „geliefert“, und musste sich gleich darauf bei den Entscheidungen zur Energiepolitik demütigen lassen. Und Merkel? Sie erlebte ihr Waterloo. Die Laufzeitverlängerung abgesagt, das *Sparpaket* haltlos, stattdessen Einnahmeverluste und Mehrausgaben. Der groß inszenierte „Herbst der Entscheidungen“ wurde kleinlaut revidiert, wie die Rückrufaktion eines defekten Produkts.

Fukushima März 2011 – Atomchaos und schwarz-gelbe Irrtumsbereinigung

Die Kernschmelze in den den Reaktorblöcken der japanischen Atomanlagen in Fukushima im März führte auch in Deutschland zu einer Schockwelle. Schon einmal, 25 Jahre zuvor, hatte eine Atomkatastrophe großes Entsetzen ausgelöst. Tschernobyl wurde zum zentralen Lernort der Energiepolitik. Am 14. Mai 1986 sagte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, unter höhnischen Zwischenrufen aus den Reihen der CDU, der Zeitpunkt zum Umdenken sei gekommen: „Wir lehnen den weiteren Ausbau der Atomenergie ab. Die Nutzung der vorhandenen Kernenergiewerke ist nur noch für die Übergangszeit zu verantworten.“ Die SPD beschloss den Atomausstieg und setzte ihn gemeinsam mit den Grünen ab 1998 durch. Union und FDP brauchten 25 Jahre länger, um ihren Irrtum einzugestehen. Merkel reagierte nach Fukushima jedoch ohne das Parlament und rief ein zweifelhaftes Moratorium aus, um die sieben ältesten AKW abzuschalten. Die Energieversorger klagten gegen den Eingriff. Deutschland geriet politisch in ein Energiechaos. Die 180-Grad-

Wende der Politik innerhalb weniger Monate setzte den Industriestandort, der Versorgungssicherheit und Planbarkeit von Investitionen braucht, einer beispiellosen Belastungsprobe aus. Mit acht Gesetzentwürfen – von der abermaligen Atomgesetznovelle über die Novelle des EEG bis zum Netzausbau – versuchte die Bundesregierung schließlich an die rot-grüne Energiewende wieder anzuknüpfen. Irrtumsbereinigungsgesetze von Union und FDP.

Deutschland 2020 – Die Spaltung verhindern. Die Mitte stärken.

Das Projekt Zukunft

Die schwarz-gelbe Koalition und Kanzlerin Merkel können den Glaubwürdigkeits-, Vertrauens- und Autoritätsverlust der amtierenden Regierung nicht stoppen. Die Koalition zerfällt in einem beispiellosen Tempo. Deutschland ist politisch führungslos. Unser Land und Europa nehmen Schaden. Kritik daran ist nicht genug. Die Mehrheit der Menschen wünscht sich politische Vernunft und Verlässlichkeit. Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung. Mit dem Arbeitsprogramm *Projekt Zukunft – Deutschland 2020* stellt die SPD-Bundestagsfraktion die Weichen für eine neue Regierungsmehrheit.

„Uns leitet die Idee der Emanzipation des Menschen durch Bildung und Arbeit.“ So haben wir auf der Klausur Anfang 2011 in Magdeburg formuliert. Unser Land darf unter völlig veränderten demografischen Bedingungen nicht auseinander fallen und Transfergesellschaft werden. *Wir wollen die Spaltung verhindern und die Mitte stärken.*

Deutschland soll eine Arbeitsgesellschaft von neuer Qualität werden. Erstmals seit Jahrzehnten haben wir die historische Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen. Das ist unser Ziel: Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen.

Der Arbeit von morgen wollen wir Impulse geben, in erneuerter Industrie, in hochwertigen Dienstleistungen, die Menschen für Menschen erbringen, in kreativen Berufen.

Wir wollen einen neuen politischen Konsens dafür erreichen, dass unser Land inmitten einer dramatischen Energiewende wie nie zuvor in Effizienztechnologien und intelligente Infrastrukturen investiert. Wir wollen auf die ökologische Frage eine wirtschaftlich innovative und sozial gerechte Antwort geben.

Wir entwickeln ein Steuer- und Finanzierungs-konzept, dass keine falschen Versprechungen auf umfassende Steuerensenkungen macht, sondern den Staat handlungsfähig erhält für die großen Modernisierungsaufgaben unserer Zeit. Wir bieten ein ehrliches Konzept, das den gerechten Lastenausgleich mit der Konsolidierung der Haushalte verbindet. Manch einer, der großes Einkommen oder Vermögen hat, wird mehr beitragen können und sollen. Doch er wird ebenso wie viele andere gewinnen, wenn unser Land zusammen hält.

Jedes Kind soll eine Ganztagsbetreuung und einen Ganztagseschulplatz bekommen können. Frauen sollen gleiche Chancen im Beruf finden. Männer und Frauen, Alte und Junge sollen in echter Partnerschaft leben. Jeder, der als Einwanderer zu uns kommt, soll an unserer Zukunft mitwirken, in der Kommune, aber auch im Beruf. Deutschland muss sich nicht zuletzt gesellschaftspolitisch modernisieren.

Wir nehmen die Herausforderungen an und nutzen die kommenden Monate, um im intensiven Austausch mit wichtigen Gruppen in der Gesellschaft neue Antworten zu formulieren. **Sieben Leitprojekte** bilden unsere Schwerpunkte. Sie werden operativ von erfahrenen und von jüngeren Mitgliedern der Fraktion gemeinsam bearbeitet: (siehe Kas-ten unten)

Sieben Leitprojekte

- Ein neuer **Infrastrukturkonsens** für die Bereiche Verkehr, Bau, Energie und Telekommunikation durch Sören Bartol, der die Bereiche zusammenführt, mit Uwe Beckmeyer, Garrelt Duin und Matthias Miersch.
- Eine neue **Ordnung für Arbeit** einschließlich eines **Kreativpaktes** durch Anette Kramme, Siegmund Ehrmann und Lars Klingbeil.
- Ein **Steuer- und Finanzierungskonzept** durch Carsten Schneider und Nicolette Kressl.
- Das Projekt **Ganztagseschule** durch Ernst-Dieter Rossmann.
- Das Projekt **Integration** durch Aydan Özoğuz.
- Das Projekt **Gleichstellung** durch Caren Marks Christel Humme.
- Das Projekt einer neuen **Generationenpolitik**, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Jüngeren und die aktive Teilhabe Älterer verbindet, durch Sabine Bätzing-Lichten-thaler und Franz Müntefering.

Jedes dieser Projekte ist eine Querschnittsaufgabe, die mehr als einen Arbeitsbereich umfasst. Genau dieser Blick über den Gartenzaun und dieses Zusammenführen von Kompetenzen muss unsere Methode sein. Für diese Querschnittsaufgaben werden wir zusätzliche Kapazitäten auf Arbeitsebene schaffen. Sie dienen dem Ziel, unsere Ideen für ein Land zu bündeln, in dem wir **nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten und besser leben**. Wir werden die Menschen überzeugen – mit einem ansprechenden, weil visionären, mit einem glaubwürdigen, weil realistischen, mit einem zukunftsfähigen, weil nachhaltigen, mit einem richtungsweisenden, weil wertorientierten Regierungsprogramm. Wir laden die Engagierten und Interessierten in der Gesellschaft ein, mit uns das Projekt Zukunft zu gestalten.

Wirtschaft und Arbeit

Die Krise bewältigt. Grundlagen des Aufschwungs gelegt. Für Vollbeschäftigung und gute Arbeit.

Die *Finanz- und Wirtschaftskrise* hat unser Land vor enorme Herausforderungen gestellt, und Deutschland ist im internationalen Vergleich stark aus der Krise gekommen. Krisenmanagement und die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Stützung und Modernisierung der Wirtschaft in den vergangenen Jahren waren die entscheidenden Voraussetzungen dafür. Die maßgeblich von der SPD durchgesetzten Maßnahmen tragen ihre Früchte: Der gegenwärtige Aufschwung findet nicht wegen, sondern trotz Schwarz-Gelb statt.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht für eine Wirtschaftspolitik, bei der es gleichzeitig um Gemeinwohl und Fortschritt geht. Im Gegensatz zur derzeitigen Regierung stellen wir die Weichen für eine Politik, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Januar 2010 der Tatenlosigkeit der schwarz-gelben Koalition ein **Konzept der wirtschaftlichen Vernunft** entgegengestellt. Ein Schlüssel für Wachstum und Arbeit von morgen ist eine gezielte Investitionsstrategie für die Zukunft. Dazu brauchen wir mehr öffentliche und private Investitionen. Mit einer Modernisierung traditioneller industrieller Zweige muss der Kurs der Wirtschaft ins Zeitalter der Energie- und Rohstoffeffizienz gesteuert werden. Darüber hinaus wollen wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sichern. Wir setzen uns weiter für eine gemeinsame europäische bzw. international koordinierte Wirtschaftspolitik ein.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht zum *Industriestandort Deutschland*. Im Industrieland Deutsch-

land kommt einem zukunftsfähigen Energiekonzept eine Schlüsselrolle zu. Die schwarz-gelbe Koalition hat durch ihre Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken den bestehenden Ausstiegskonsens aufgekündigt und die von SPD und Grünen begonnene Energiewende konterkariert. Mit einer Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken wird insbesondere der Wettbewerb auf dem Strommarkt behindert. Die Markteintrittsbedingungen für neue Anbieter oder Investitionen von existierenden Marktakteuren werden so erheblich beeinträchtigt; die marktbeherrschende Stellung der großen Stromkonzerne wird – gerade auch zu Lasten der kommunalen Stromanbieter – zementiert.

Die Arbeitsgruppe Energie der Fraktion hat dem *das Energieprogramm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung* entgegengestellt, das die wesentlichen programmatischen Forderungen der SPD zusammenfasst. Das Programm nimmt Impulse aus vielen gesellschaftlichen Bereichen auf – Gespräche mit Unternehmen aus der gesamten Energiewirtschaft, sowohl kommunalen als auch privatwirtschaftlichen, und deren nachgelagerten Branchen sowie der energieverbrauchenden Industrie. Darüber hinaus gab es einen intensiven Dialog mit Verbraucherschützern und Naturschutzverbänden. In den vergangenen Jahrzehnten ist es nicht gelungen, einen parteiübergreifenden Energiekonsens herzustellen, der auch über Wahltermine hinaus Bestand hat. Doch gerade für Deutschland als stärkste Industrienation Europas ist ein solcher Konsens mit Blick auf die notwendige langfristige Investitions- und Versorgungssicherheit und damit zur Sicherung des Wirtschaftswachstums und des Wohlstandes unverzichtbar. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass Strom, Wärme und Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bezahlbar bleiben. Klimaverträglichkeit, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit gehören in den Blick. Die Risiken für Mensch und Umwelt sind so gering wie möglich zu halten. Zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung gehört neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch eine Steigerung der Energieeffizienz auf Seiten der Verbraucher und der Energieerzeuger. Wir brauchen einen klugen Mix aus Anreizen und Regeln, der die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt, Energie so effizient wie möglich einzusetzen und hierdurch nicht nur Energie, sondern auch Geld zu sparen.

Wirtschaftspolitik kann nicht nur im nationalen Rahmen erfolgen, sie braucht auf der europäischen Ebene stärkere Transparenz und demokratische Legitimation. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union erfordert eine stärkere Balance von exportorientierter Wettbewerbsfähigkeit und Binnennachfrage in

allen Mitgliedsländern. Von Schwarz-Gelb kam über viele Monate hinweg kein substanzieller Vorschlag, um Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen, Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen, Spekulationen zu begegnen und die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung der EU zu stärken. Wir setzen auf eine bessere wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der *Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik in Europa*. Eine tiefergehende Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken auf europäischer Ebene ist in Zukunft unerlässlich, um weiteren Krisen vorzubeugen.

Auch für die 17. Legislaturperiode hat die SPD-Fraktion eine *Arbeitsgruppe Weltwirtschaft* eingesetzt. Denn die Globalisierung der Wirtschaft nimmt weiter zu und die Finanz- und Wirtschaftskrise hat weltweite Auswirkungen. Jeder fünfte Arbeitsplatz und sogar jeder dritte Industriearbeitsplatz hängt von der Exportwirtschaft ab. Dabei sind wir international hervorragend aufgestellt und profitieren von einem erleichterten Zugang zu internationalen Märkten. Fragen der Finanz- und Wirtschaftskrise, internationale Handelshandelsverträge, die WTO und die Schwerpunktsetzung der G-8- und G-20-Gipfeltreffen, aber auch die Export- und Außenwirtschaftspolitik der Bundesregierung stehen auf der Tagesordnung dieser Arbeitsgruppe.

Die SPD hat dafür gesorgt, dass in dieser Legislaturperiode wieder ein *Unterausschuss für regionale Wirtschaftspolitik* eingerichtet wurde. Damit haben wir einerseits signalisiert, dass die neuen Bundesländer aber auch strukturschwache Regionen im Westen gezielt Anreizprogramme für die Wirtschaftsförderung benötigen. Andererseits zieht sich der Staat nicht aus der Verantwortung, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen. Denn die Bedeutung der Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur wächst – vor allem auch durch das Auslaufen der Investitionszulage bis zum Jahr 2013. Die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung (GRW) stellt dann das einzige Instrument des Bundes für die regionale Wirtschaftsförderung dar. Die GRW wird zurzeit neu ausgerichtet. Schwarz-Gelb ist sich aber uneinig und hat keine Konzepte, wie die Gemeinschaftsaufgabe mit neuem Input strukturschwache Gebiete in den neuen und alten Bundesländern wirtschaftlich aufwerten könnte. So ist heute schon absehbar, dass die Förderung des Mittelstandes und der KMU weitergeschwächt wird. Sozialdemokratische Politik setzt auf innovative Wirtschaftsförderung und auf zusätzliche Finanzmittel für die Förderung der strukturschwachen Gebiete sowie des Breitbandausbaus. Mit verschiedenen Veranstaltungen haben wir deutlich gemacht, dass wir in Zeiten konservativer Regierungspolitik unser Augenmerk

gezielt auf die Unterstützung von Zukunftsstrukturen richten. Im Rahmen unserer Veranstaltungsserie *Leitmärkte der Zukunft* haben wir im Jahr 2010 zu den Themen *Elektromobilität, Gesundheitswirtschaft* und *Intelligente Netze* mit zahlreichen Gästen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik diskutiert. Anlässlich des Mittelstandspolitischen Tages im November 2010 konnten wir gemeinsam mit Vertretern kleinerer und mittlerer Unternehmen Erkenntnisse austauschen und wertvolle Anregungen aufnehmen.

Tourismuspolitik

Die Tourismuswirtschaft ist eine der wichtigsten Wirtschaftsbranchen in Deutschland. Dieser Wirtschaftszweig zählt zu den innovativsten und beschäftigungsintensivsten Bereichen unseres Landes. In der Tourismuswirtschaft arbeiten rund 2,8 Mio. Beschäftigte. Die Anzahl der Gästeübernachtungen im Beherbergungsbetrieb kletterte im Jahr 2010 auf ein Rekordhoch von 380 Mio. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Vergangenheit auf die vielfältigen und ressortübergreifenden Aufgaben in der Tourismuspolitik mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen reagiert. So wurden insbesondere die Förderung des Inlandmarketings, der Ausbau der Rahmenbedingungen für den Bauernhofurlaub und den Landtourismus, der Breitbandausbau in ländlichen Regionen, der Erhalt der Traditionsschifffahrt und die unzureichende Freizügigkeit des Reiseleitergewerbes in EU-Ländern aufgegriffen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die Förderung der Barrierefreiheit als integraler Bestandteil aller tourismuspolitischen und tourismuswirtschaftlichen Entscheidungen von besonderer Bedeutung. Aus der demographischen Entwicklung resultierend, werden wir uns auch weiterhin mit dem Thema Gesundheitstourismus intensiv beschäftigen. Arbeitsbedingungen, Ausbildung und Qualifizierung sind ebenfalls Gegenstand tourismuspolitischer Forderungen. So muss vor allem dem Fachkräftemangel im Gastgewerbe und der Ausbildung in dieser dienstleistungsintensiven Branche Beachtung geschenkt werden.

Für gute Arbeit

Gute Arbeit muss den Menschen eine Perspektive geben, gute Arbeit darf nicht krank machen, muss Entwicklungsmöglichkeiten bieten, sie muss Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, Wissen aufzufrischen, Versäumtes nachzuholen und Neues zu lernen. Gute Arbeit heißt auch gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gute Arbeit muss anständig bezahlt werden, Anerkennung geben und Teilhabe ermöglichen. Dies ist die Leitlinie der SPD-Fraktion für unsere parlamentarischen Initiativen zum Arbeitsrecht.

Wir wollen einer Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen durch schlechte Löhne, feh-

lende Absicherung, erzwungene Befristungen oder Teilzeitbeschäftigung und durch Missbrauch von Leiharbeit entgegenwirken. Wir wollen für den Arbeitsmarkt der Zukunft den Niedriglohnssektor zurückdrängen und das Normalarbeitsverhältnis gegenüber atypischer Beschäftigung stärken. Wir brauchen Perspektiven für einen öffentlichen Beschäftigungssektor und für eine Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung, der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Arbeitsmarktpolitik.

Anstrengungen der Arbeitsvermittlung steigern

Wir müssen unsere Anstrengungen bei Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung deutlich steigern, damit wir in Deutschland am Ende nicht zugleich einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und einen verfestigten Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit haben. Wir brauchen passgenaue Instrumente in der Arbeitsmarktpolitik, eine neue Vermittlungsoffensive mit einem besseren Verhältnis von Arbeitsvermittlern zu Arbeitsuchenden, gute Zusammenarbeitsstrukturen in den JobCentern und eine ausreichende Ausstattung der Arbeitsmarktpolitik mit finanziellen Ressourcen.

Die schwarz-gelbe Koalition hatte das Ziel, die JobCenter aufzulösen. Dem Nachdruck der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-regierten Ländern ist es zu verdanken, dass mit dem *Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung* und der dazugehörigen Grundgesetzänderung die bewährte Zusammenarbeit von Agenturen für Arbeit und Kommunen in gemeinsamen Einrichtungen bzw. JobCentern weiter möglich gemacht und auf eine tragfähige verfassungsrechtliche Grundlage gestellt sowie die Zusammenarbeit sogar intensiviert und verbessert werden konnte. Ebenso wurden die bestehenden Optionskommunen entfristet und in einem bestimmten Umfang weitere Optionen ermöglicht. Die Rahmenbedingungen für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen wurden durch die vereinbarte Entfristung von 3.200 Stellen in den gemeinsamen Einrichtungen, die gesetzliche Fixierung eines Betreuungsschlüssels von 1:75 bzw. 1:150 und die Entsperrung von Haushaltsmitteln in Höhe von 900 Mio. Euro verbessert.

Wichtig für eine gute Arbeitsmarktpolitik ist eine sachgerechte Ausrichtung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und des Leistungsrechts. Mit dem Antrag *Arbeitsmarktpolitik erfolgreich fortsetzen und ausbauen* fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Regelungen zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung entfristet und verbessert, die Förderung der Alten- und Krankenpflegeausbildung verlängert, ein Verfahren zur Zertifizierung von Transfergesellschaften einführt, die Regelungen zum Transferkurzarbeiter-



Foto: Andreas Annann

Zweimal jährlich findet ein intensiver Gedankenaustausch mit den Betriebs- und Personalräten statt

geld optimiert sowie bewährten Regelungen zum Kurzarbeitergeld entfristet und ausbaut.

Bessere Chancen für junge Menschen

Junge Menschen brauchen echte Perspektiven am Arbeitsmarkt. Wir fordern deshalb die Verlängerung des Ausbildungsbonus und die Vorlage eines Konzeptes, wie der Bekanntheit des Ausbildungsbonus erhöht werden kann. Aus Gerechtigkeitsgründen, aber auch aus Gründen der Chancengleichheit fordert die SPD in dem Antrag *Mehr Chancengleichheit für Jugendliche – Ferienjobs nicht als regelmäßiges Einkommen anrechnen* die Freistellung angemessener Einnahmen aus Schüler-Ferienjobs bei der Einkommensanrechnung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Öffentlich geförderte Beschäftigung

Die öffentlich geförderte Beschäftigung braucht eine gesicherte finanzielle Basis. Deshalb fordert die SPD-Fraktion eine auskömmliche Finanzierung der JobPerspektive, um auch Schwerstvermittelbaren eine Chance auf dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu geben.

Gegen Kürzungen zu Lasten von Arbeitslosen

Haushaltskonsolidierung ist notwendig und unerlässlich, weil andernfalls die nächste Generation weit über Gebühr belastet würde. Die Frage, wer welche Lasten zu tragen hat, zeigt die Gerechtigkeit einer Gesellschaft. Die schwarz-gelbe Koalition schont die Verursacher der Finanzkrise, kürzt zugleich aber bei Arbeitslosen. Wir lehnen die Einschnitte ab, die mit dem Haushaltbegleitgesetz 2011 vorgenommen wurden: Wir fordern die Rücknahme der Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II, keine Streichung des befristeten Zuschlages beim Übergang vom Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II und keinen Wegfall der Versicherungspflicht der Bezieher von Arbeitslosengeld II in der gesetzlichen Rentenversicherung. Außerdem fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Rücknahme der massiven Einschnitte bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Sie sind nicht nur ungerecht, sondern auch beschäftigungspolitisch falsch. In



Foto: Julia Löffers

Ein fester Termin für die Mitglieder der Fraktion – die Kundgebung zum Equal Pay Day

der jetzigen Aufschwungphase gibt es gute Chancen auf Vollbeschäftigung. Dafür aber müssen wir dem gespaltenen Arbeitsmarkt entgegenwirken und mehr Menschen neue Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.

Für einen gesetzlichen Mindestlohn

Der Niedriglohnsektor ist seit den 90er Jahren in Deutschland stark gewachsen, insbesondere in Bereichen, in denen Tarifvertragsparteien nicht oder nur schwach präsent sind. Dies bedeutet eine Herausforderung für den Staat, der unter einer Erosion der Einnahmehasis der Sozialversicherungen leidet. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro würde sich nicht nur die Einkommenssituation von fünf Mio. Menschen verbessern, auch der deutsche Staat könnte seine angespannte Haushaltslage mit mehr als 7 Mrd. Euro entlasten. Mit dem Mindestlohngesetz fordert die SPD-Fraktion einen flächendeckenden Mindestlohn, dessen genaue Höhe von einer Mindestlohnkommission bestimmt werden soll, der aber bei mindestens 8,50 Euro brutto je Stunde liegen muss. Die einzusetzende Mindestlohnkommission soll aus einem Vorsitzenden und acht weiteren Mitgliedern bestehen. Der Vorsitz und zwei weitere Mitglieder sollen vom BMAS berufen werden; Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sollen je 3 Mitglieder aus ihren Kreisen vorschlagen. Nach erstmaliger Festsetzung des Mindestlohns durch die Kommission soll dieser jährlich zum 31. August angepasst werden.

Missbrauch der Leiharbeit bekämpfen

In mehreren Anträgen fordert die SPD-Fraktion besseren gesetzlichen Schutz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern. Leiharbeit ist zwar grundsätzlich ein sinnvolles Instrument zur Bewältigung von Auftragsspitzen und sollte deswegen nicht abgeschafft werden. Sie wird heute jedoch weniger als ein Instrument der Flexibilität denn zur Lohndrückerei genutzt. Für die Leiharbeit ist der von der SPD gegen den hartnäckigen Widerstand von CDU/CSU und FDP verhandelte Mindestlohn ein erster wichtiger Schritt in die

richtige Richtung. Der Mindestlohn verhindert extrem niedrige Löhne und schützt vor Dumpingkonkurrenz aus dem Ausland. Er trägt aber nicht dazu bei, den Lohnunterschied zwischen Leiharbeitern und Stammbesellschaften in höheren Entgeltgruppen zu verringern. Dies kann nur durch die Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erreicht werden. CDU/CSU und FDP haben eine gesetzliche Regelung für den Grundsatz *gleicher Lohn für gleiche Arbeit* jedoch blockiert. Deshalb sind Regelungen nötig, um den Missbrauch in der Leiharbeit zu unterbinden:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Einen wirklichen Durchbruch für bessere Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit kann es nur geben, wenn alle Leiharbeitskräfte und Stammbesellschaften gleich behandelt werden und den gleichen Lohn bekommen. Dafür muss das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz so geändert werden, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz – vor allem das Prinzip *Gleiche Arbeit, gleicher Lohn* – ohne Ausnahme gilt.
- **Mehr Mitbestimmung:** Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte für in ihrem Betrieb eingesetzte Leiharbeitskräfte. Solche Regelungen gibt es bislang nicht. Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss klargestellt werden, dass Leiharbeitnehmer nicht nur im Entleihbetrieb wählen dürfen, sondern auch mitzählen bei der Belegschaftsstärke, wenn die Überlassung länger als 3 Monate dauert.
- **Gleiche Teilhabe:** Leiharbeitnehmer müssen gleichen Zugang zu Gemeinschaftseinrichtungen (Kinderbetreuung, Gemeinschaftsverpflegung, Beförderungsmittel usw.) haben wie die Stammbesellschaft. Der Einsatz von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher muss gesetzlich verboten werden.
- **Konzernleihe einschränken:** Die Praxis der Konzernleihe muss durch gesetzliche Regelungen deutlich eingeschränkt werden.
- **Keine Verträge von Fall zu Fall:** Der Grundsatz, dass Leiharbeitnehmer bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt sind, muss wieder gelten. Deshalb muss die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) außerhalb der Probezeit untersagt werden.
- **Ein Platz, ein Jahr:** Nach einem Jahr sind Leiharbeitseinsätze zu beenden. Der Leiharbeitnehmer steht dann für einen neuen Einsatz in einem anderen Betrieb zur Verfügung. Sofern der Arbeitskraftbedarf im Entleihbetrieb über ein Jahr andauert, ist ein Rechtsanspruch auf eine Festanstellung dort angemessen.

Mehr Mitbestimmung

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf *Demokratische Teilhabe*

von Belegschaften und ihren Vertretern an unternehmerischen Entscheidungen zur Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung vorzulegen. Mehr demokratische Teilhabe von Arbeitnehmern in Unternehmen ist dringend geboten, um eine alleinige Orientierung der Unternehmen an der Profitmaximierung zu verhindern. In ihrem Antrag *Wirkungsvolle Sanktionen zur Stärkung von Europäischen Betriebsräten umsetzen* verweist die SPD-Fraktion auf die Notwendigkeit, die entsprechende Europäische Richtlinie angemessen in deutsches Recht umzusetzen und die Rechte der Europäischen Betriebsräte zu stärken, denn nur mit Europäischen Betriebsräten kann eine wirkungsvolle Mitarbeiterbeteiligung in europaweit agierenden Unternehmen geschaffen werden.

Verbesserter Datenschutz

Mit dem Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutzgesetz fordert die SPD-Fraktion strengere Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer vor dem Missbrauch persönlicher Daten und begründet die Notwendigkeit eines eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetzes. Mehr Rechtsklarheit und -sicherheit sind Kernziele des Gesetzesvorstoßes. Die publik gewordenen Datenschutzskandale zeigen deutlich, dass im Umgang mit Arbeitnehmerdaten wenig Rücksicht auf Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten genommen wird.

Kündigungsschutz

Mit dem Gesetzentwurf *Schutz vor Kündigungen wegen eines unbedeutenden wirtschaftlichen Schadens* will die SPD-Fraktion die Voraussetzungen für Kündigungen wegen Bagatelldelikten gesetzlich verengen. Im Kündigungsschutzgesetz sollte deshalb geregelt werden, dass bei erstmaligen Delikten mit nur geringem wirtschaftlichen Schaden in der Regel nur eine Abmahnung ausgesprochen wird. Die bisherige Praxis der Arbeitgeber, die fristlose Kündigungen wegen dem Verzehr einer firmeneigenen Frikadelle oder der Aneignung von 2 Pfandbons im Gesamtwert von 1,30 Euro aussprechen, soll verhindert werden.

Mehr Schutz im Praktikum

Mit dem Antrag *Für Fairness beim Berufseinstieg – Rechte der Praktikanten und Praktikantinnen stärken* möchte die SPD-Fraktion Praktikanten zu mehr Rechten verhelfen und die Ausbeutung junger Menschen beim Berufseinstieg verhindern, indem entsprechende Änderungen im BGB und im Berufsbildungsgesetz (BBiG) vorgenommen werden. Im BGB sollen eine an der Rechtsprechung orientierte Definition des Praktikums und die Pflicht zur angemessenen Vergütung, nämlich 350 Euro brutto monatlich, aufgenommen werden. Praktikumsverträge sollen schriftlich abgeschlossen werden. Die Zeit des Praktikums muss bei einer anschließenden Weiterbeschäftigung auf Kündigungsfristen an-

gerechnet werden. Wichtig ist auch die Forderung nach einer Beweislastumkehr: Liegt der Verdacht nahe, dass statt eines Praktikums ein normales Arbeitsverhältnis vorliegt, müssen Arbeitgeber das Gegenteil beweisen.

SPD im Dialog für gute Arbeit

Themen der letzten Betriebs-, Personalräte-, und Schwerbehindertenkonferenzen waren gute Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und

Qualifizierung am Arbeitsplatz. Modelle zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen sowie zur Prävention und zur Gesundheitsförderung wurden im Dialog mit Betriebs- und Personalräten diskutiert. Zweimal jährlich fanden bundesweite Konferenzen in Berlin zum Ausbau von Betriebsrätenetzwerken statt. In acht Werkstattgesprächen zur Zukunft der Arbeit hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft zwei Leitfragen disku-

tiert: Wo entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft? Wie sieht die Beschäftigungspolitik der Zukunft aus? Die SPD-Bundestagsfraktion hat mehrere Workshops zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Arbeitslosenversicherung durchgeführt, u. a. zur öffentlich geförderten Beschäftigung, der sozialen Absicherung von Soloselbständigen und zur Vorbereitung der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

Nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten, besser leben: Ein neues Wachstumsmodell. Die Fortschritts-Enquete.

Auf Initiative von SPD und Grünen hat der Deutsche Bundestag Anfang 2011 die Enquete-Kommission *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft* eingesetzt.

Wachstum und Krise

Vier Krisenerfahrungen haben das Vertrauen in das überkommene Wachstumsmodell schwer erschüttert: Die ökologische Krise mit Naturzerstörung und Ressourcenraubbau, die soziale Krise mit einer Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer des Wachstums, die Finanzkrise mit ihren Blasen und Spekulationen ohne tragfähige wirtschaftliche Grundlage, die Krise der Demokratie, die nicht mehr in der Lage ist, den Vorrang politischer Entscheidungen vor anonymen Märkten durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund soll die Kommission ein neues Wachstums-

modell diskutieren. Es geht um ein tragfähiges Wachstum, das die natürlichen Lebensgrundlagen nicht verzehrt, um nachhaltiges Wirtschaften, das auf echte Gewinne an Lebensqualität zielt, um bessere Arbeit, Bildung und Gesundheitsversorgung, die mehr Menschen Zugang zum Wohlstand verschafft.

Ein neuer Maßstab

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industriestaaten gibt es eine Debatte darüber, ob die Orientierung auf das Wachstum des BIP ausreicht, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen abzubilden. Lange Zeit galt das BIP als Gradmesser für das Wohlergehen und damit die Lebenszufriedenheit der Menschen. Wir brauchen jedoch einen Maßstab, der uns aufzeigt, wie es um die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft steht und ob der Schutz und Fortbestand unserer natürlichen Lebensgrundlagen garantiert ist.

Zentrale Fragen

Das Niveau von Gesundheit und Bildung, Sicherheit, politischer Teilhabe und Zugang zu Arbeit, aber auch die Verfügbarkeit von freier Zeit – all das wird derzeit nicht zusammenfassend gemessen und beschrieben. Wenn wir aber wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt erreichen wollen, dann müssen wir uns folgende Fragen stellen: Welches Wachstum wollen wir? Was bringt mehr Lebensqualität? Wie müssen wir unseren Lebensstil gestalten? Wie organisieren wir breitere Teilhabe am Fortschritt? Wie organisieren wir die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie? Wie garantieren wir die globale Tragfähigkeit des Wachstums? Letztendlich: Was macht Wohlstand und Lebensqualität aus und welche Wege müssen wir beschreiten, um wertvolles Wachstum und solidarischen Fortschritt zu erreichen? Das ist die Aufgabe, der wir uns in der Fortschrittsenquete stellen.

Nachhaltig wirtschaften, anderes arbeiten, Forschung und Innovation

Für eine moderne Gesellschaft.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist und bleibt der gesamtgesellschaftliche Fortschritt der Maßstab für eine moderne und leistungsfähige Forschung und Entwicklung.

Mit dem von der SPD initiierten *Pakt für Forschung und Innovation* und der Exzellenzinitiative für Spitzenforschung an den Hochschulen haben wir die wesentlichen Säulen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandortes Deutschland auf den Weg gebracht. Insbesondere die im Juni 2009 beschlossene Fortschreibung des Paktes mit einer jährlichen Erhöhung der Zuschüsse um 5 % für die 5 großen deutschen Forschungsgesellschaften hat die Planungssicherheit für die Forschungsorganisationen erhöht.

Der Politik der Bundesregierung zur Gestaltung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschlands ist seit der Regierungsübernahme

von CDU/CSU und FDP von Ad-Hoc-Entscheidungen gekennzeichnet. So wurde die Zustimmung der schwarz-gelben Landesregierung in Schleswig-Holstein zum fatalen *Wachstumsbeschleunigungsgesetz* erkaufte mit höheren Bundeszuschüssen für das renommierte IfM GEOMAR in Kiel. Dazu musste es aber über Nacht von der Leibniz-Gemeinschaft in die Helmholtz-Gemeinschaft transferiert werden, um das Land Schleswig-Holstein finanziell zu entlasten. In mehreren parlamentarischen Initiativen hat die SPD-Bundestagsfraktion Licht in das Dunkel dieser Vorgänge gebracht. Im Unterschied zur Bundesregierung setzen wir uns weiter für eine sachorientierte und wissenschaftsgetriebene Weiterentwicklung der *Strukturen der außeruniversitären Forschung in Deutschland* ein.

Mit der High-Tech-Strategie des Bundes haben wir in der Großen Koalition die Voraussetzungen geschaffen, um ressortübergreifend die Bemühungen des Bundes für Forschung und Innovation zu verstärken und besser zu vernetzen. Die im Juni 2010 präsentierte *High-Tech-Strategie 2020* ist fachlich eine Enttäuschung. Gute Ansätze, wie

der Fokus auf die 5 Bedarfsfelder Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation, verpuffen. Völlig verschlafen hat die Bundesregierung das Thema *Elektromobilität*. Die Grundlagen für ein modernes Konzept zur Umsetzung der Elektromobilität müssen Wissenschaft und Forschung schaffen.

Der vollmundigen Ankündigung *steuerlichen Forschungsförderung* im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP vom Oktober 2009 sind bisher keinerlei konkrete Maßnahmen gefolgt. Die SPD hat hingegen bereits frühzeitig in der 17. Wahlperiode einen Antrag zur Einführung einer gezielten steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung insbesondere von KMU in den Bundestag eingebracht.

Nach zahlreichen Verzögerungen hat die Bundesregierung im Dezember 2010 das neue Rahmenprogramm *Gesundheitsforschung* verabschiedet. Das Programm kann die hohen Erwartungen an ein zukunftsgerichtetes Konzept zur Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich Gesundheit nicht erfüllen. Mit einem



Foto: SPD-Bundestagsfraktion

Kommunalpolitische Konferenz am 15.3.2010
zur Lage der Kommunalfinanzen

Antrag haben wir die Bundesregierung aufgefordert, die Forschung stärker an den Bedarfen der Menschen im Gesundheitswesen auszurichten.

Deutschland hat noch immer große Defizite, wenn es darum geht, wissenschaftliche Erkenntnisse in ökonomisch verwertbare Produkte zu transformieren. Seit Jahren setzen wir uns für eine Validierungsforschung ein, die es ermöglicht, Forschungsergebnisse frühzeitig auf ihre wirtschaftliche Nutzbarkeit hin zu überprüfen. Echte Validierungsprojekte sind ein unabhängiger *Stresstest*, inwieweit Erkenntnisse hinreichend Realisierungs- und Wertschöpfungspotenzial besitzen. Hierzu haben wir einen Antrag eingebracht, der unter anderem die Einrichtung eines von einer externen Agentur bewirtschafteten, öffentlich finanzierten Innovationsfonds vorsah. Wir unterstützen das ambitionierte Ziel, den Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung auf Ebene der EU auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Das erfolgreiche Instrument des Europäischen Forschungsrates (ERC) muss gestärkt und seine Finanzierung im *8. Forschungsrahmenprogramm* verstetigt werden.

Bisher hat die Bundesregierung nicht verhindern können, dass die enormen Mehrkosten des *Kernfusionsforschungsprojektes ITER* zu Lasten der Forschungsetats gehen. Wir fordern, dass die Mehrkosten für das sinnvolle Projekt nicht die EU-Förderung für Forschung und Innovation beeinträchtigen dürfen.

Der Betrugsfall des CSU-Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg hat Anfang 2011 für Aufsehen gesorgt. Zu Guttenberg hat weite Teile seiner Doktorarbeit abgeschrieben – aus Leitartikeln der FAZ, aus Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, die er in Auftrag gegeben hatte, und aus vielen anderen Publikationen. Die anschließende Behauptung zu Guttenbergs vor dem Bundestag, er habe nicht betrogen, war bald der Lüge überführt, und der Minister trat zurück. Danach aber wurden weitere Plagiatsfälle aus den Reihen der Koalitionspar-

teien bekannt. Die Reaktion der schwarz-gelben Koalition auf diese Fälle von wissenschaftlichem Fehlverhalten bzw. Plagiatsfällen ist inakzeptabel. Die Selbstverwaltung der Wissenschaft hat mit großer Professionalität die Verdachtsfälle von Fehlverhalten aufgedeckt und geahndet, während Schwarz-Gelb die Verstöße gegen das Urheberrecht kleinredet und damit die Bedeutung der Wissenschaft infrage stellt. Wir haben uns mit einem Antrag deutlich gegen diese Bagatellisierung von *wissenschaftlichem Fehlverhalten* gestellt.

Haushalt und Finanzen

Gegen Klientelpolitik. Für einen Staat, der handeln kann.

Mehr Netto vom Brutto war 2009 das zentrale Wahlkampfmotto von CDU/CSU und FDP. Umfassende Steuersenkungsversprechen haben dann als zentrales Politikprojekt auch ihren Niederschlag in der Koalitionsvereinbarung gefunden. In den ersten Monaten der schwarz-gelben Bundesregierung war eine Hauptaufgabe der Finanz- und Haushaltspolitik der SPD-Bundestagsfraktion zu zeigen, wie unrealistisch, unfinanzierbar und unsozial diese Pläne sind. Gleichzeitig musste der Versuch der Regierungskoalition abgewehrt werden, sich die noch in der Schlussphase der Großen Koalition verabschiedeten Steuersenkungen – Bürgerentlastungsgesetz, Einkommensteuersenkung im Konjunkturpaket II mit Wirkung zum 1.1.2010 – auf die eigene schwarz-gelbe Fahne zu schreiben.

Gegen Steuerprivilegien und Steuerbetrug
Schwarz-Gelb konnte die eigenen Versprechungen für die breite Mehrheit der Menschen nicht einlösen. Während die versprochenen Entlastungen ausblieben, stiegen die Sozialabgaben. Mit der Einführung der Kopfpauschale für die Krankenversicherung wurde nicht nur die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems ausgehebelt, sondern auch das Tor zur einseitigen *Mehrbelastung der Arbeitnehmer* aufgestoßen. Bis weit über das erste Jahr Schwarz-Gelb hinaus hat Steuerpolitik seitens der Regierungskoalition nicht stattgefunden – mit einer Ausnahme, dem mittlerweile fast schon berüchtigten sog. *Wachstumsbeschleunigungsgesetz*. Die Maßnahmen dieses Gesetzes haben keine erheblichen wachstumsfördernden Wirkungen, führten allerdings neue Steuerprivilegien ein, indem die Unternehmensteuerreform 2008 an wichtigen Stellen aufgebohrt wurde. Ein Paradebeispiel für schwarz-gelbe Klientelpolitik war die Einführung des *Umsatzsteuerprivilegs für Hotels*.

Die Bundesregierung lässt außerdem den Kampf gegen (grenzüberschreitende) Steuerhinterziehung schleifen. Die erzielten Fortschritte in den Verhandlungen mit einzelnen Staaten wie z.B. mit der Schweiz sind zu gering. Die SPD-Bun-

destagsfraktion hat beständig das Durcheinander um den Ankauf von angebotenen Steuer-CDs mit Daten von deutschen Steuerbetrügern angeprangert und ein zupackendes Handeln mit einer besseren Abstimmung und Koordination der Bundes- und Landesbehörden eingefordert. Während die Koalition allenfalls zu gewissen Verschärfungen bereit ist, hat die SPD-Bundestagsfraktion einen eigenen Gesetzentwurf zur Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige nach §371AO eingebracht. In einem umfassenden Antrag *Instrumente zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung nutzen und ausbauen* wurden Maßnahmen und Initiativen aufgeführt, die zu substantiellen Fortschritten beim Kampf gegen die immer noch weit verbreitete Steuerhinterziehung führen könnten. Auch an die Länderparlamente und -regierungen wurde appelliert, den Bestand an Steuerfahndern, Betriebsprüfern, einschlägigem juristischem Personal nicht zu verringern bzw. zu vergrößern sowie den Steuervollzug besser zu machen.

Für handlungsfähige Städte und Gemeinden

Neue Steuerprivilegien führten auch zu erheblichen Steuermindereinnahmen auf kommunaler Seite. Dabei standen und stehen viele Städte und Gemeinden bereits als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise und anderer Zusammenhänge finanziell enorm unter Druck. Im Frühjahr 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem umfassenden Antrag *Rettungsschirm für Kommunen – Strategie für handlungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise* nicht nur die Kompensation der Einnahmefälle der Kommunen aus dem *Wachstumsbeschleunigungsgesetz* und andere kurzfristig wirkende Maßnahmen gefordert. Der Antrag enthält auch eine Reihe von mittelfristigen Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Kommunen (u.a. weitere Stärkung der Gewerbesteuer). Am 15. März 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Kommunalkonferenz durchgeführt, die auch die Lage der Kommunalfinanzen angesprochen hat. Mit den kommunalen Spitzenverbänden bestand ein stetiger Informations- und Gesprächskontakt, so dass die Unterstützung der kommunalen Anliegen durch die SPD-Bundestagsfraktion zu jedem Zeitpunkt deutlich war. So ist versucht worden, alle Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf die Regierungskommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (*Gemeindefinanzkommission* seit März 2010) zu nutzen.

In den Schlussberatungen zum Bundeshaushalt 2011 im November 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Reihe kommunalentlastender Anträge gestellt. Zumindest die Einforderung einer höheren finanziellen Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde dann – allerdings erst als Ergebnis der Hartz IV-Reform-Verhandlungen

im Frühjahr 2011 – Realität. Die klare Ablehnung der Vorstellung von FDP, Bundesfinanzminister Schäuble und der Wirtschaftsverbände, die Gewerbesteuer weiter auszuhöhlen und dann abzuschaffen, hat die Fraktion noch einmal unmissverständlich im Antrag *Klare Perspektive für Kommunen – Gewerbesteuer stärken* zum Ausdruck gebracht.

Finanzmärkte regulieren und an den Krisenlasten beteiligen

Obwohl erheblicher Handlungsbedarf besteht, hat die Regierungskoalition auch in punkto Finanzmarktregulierung bis weit in das Jahr 2010 hinein nahezu kaum agiert. Bereits Ende Januar 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion mit den zwei Anträgen *Die Lasten der Krise gerecht verteilen*, *Spekulation eindämmen* und *Maßnahmenbündel gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Boni* eigene Positionen markiert. Ein Schwerpunkt war die Forderung nach einer *Finanztransaktionssteuer* bzw. einem ernst gemeinten Engagement der Bundesregierung hierzu auf europäischer und G20-Ebene. In einer speziellen öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss am 17. Mai 2010 wurden häufig vorgebrachte Gegenargumente gegen die Finanztransaktionssteuer entkräftet und die technische Umsetzbarkeit und Praktikabilität einer solchen Steuer festgestellt. Alle Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion im Bereich der Finanzmarktregulierung – u.a. die stetige Aufforderung, den steuerlichen *Betriebsausgabenabzug bei überhöhten Managergehältern in Banken und Unternehmen wirksam zu begrenzen* – wurden mit Koalitionsmehrheit zurückgewiesen. Erst mit ihren Gesetzentwürfen zur Bankenrestrukturierung bzw. Bankenabgabe und zum Verbot von ungedeckten Leerverkäufen zur Jahresmitte 2010 war die Bundesregierung bereit, im Bereich der Finanzmarktregulierung mehr zu tun als allein EU-Rechtsakte umzusetzen. Aber auch hier wurden die Vorschläge der SPD-Finanzpolitiker in den jeweiligen Gesetzgebungsverfahren, die auf eine Schärfung und Verbesserung der Regierungsvorlagen zielten, abgewiesen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zudem die Bundesregierung aufgefordert, ein umfassendes *Gesamtkonzept zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen vor[zu]legen*. Die Bundesregierung bleibt aber mit ihrem Anleger-schutz- und Funktionsverbesserungsgesetz von Anfang 2011 weit dahinter zurück, so dass es für die SPD-Bundestagsfraktion Aufgabe bleibt, für einen wirksamen und umfassenderen Anlegerschutz in Deutschland einzutreten und zu kämpfen. So brauchen wir dringend eine stringente Regulierung des Grauen Kapitalmarktes.

Kein Anschleichen bei Unternehmensübernahmen
Bemängelt hat die SPD-Bundestagsfraktion auch

die absehbare Wirkungslosigkeit der von der Regierungskoalition vorgesehenen Maßnahmen gegen das *Anschleichen* von Investoren an Unternehmen. In einem eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (17/3481) hat die SPD-Fraktion im Herbst 2010 einen Vorschlag gemacht, der *es feindlichen* Übernehmern effektiv erschweren würde, sich an Firmen *heranzuschleichen*. Aber die Koalitionsfraktionen waren auch hier nicht interessiert mitzugehen.

Sparpaket Merkel – unsozial, ungerecht, unsolid

Ab dem Bundeshaushalt 2011 war und ist auch auf Bundesebene die neue Schuldenregel des Grundgesetzes (und das dazugehörige Ausführungsgesetz) zu beachten. Das führt zu erhöhten Konsolidierungserfordernissen, die die schwarz-gelbe Regierungskoalition mit einem Anfang Juni 2010 beschlossenen Konsolidierungspaket erfüllen will. Die dazu notwendigen gesetzlichen Maßnahmen sind im Haushaltsbegleitgesetz 2011 der Bundesregierung umgesetzt worden. Wie die Gewerkschaften, die Sozialverbände und viele andere zivilgesellschaftliche Gruppen hat die SPD-Bundestagsfraktion mit aller Vehemenz gegen die starke soziale Schieflage der Haushaltskonsolidierungspolitik von Schwarz-Gelb protestiert. CDU/CSU und FDP haben in schamloser Weise die wirtschaftlich Leistungsfähigen geschont – bei gleichzeitiger Belastung von wenig verdienenden Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Familien. Während die Belastungen von Erwerbslosen bald im Gesetz standen, erweisen sich andere Posten, die Unternehmen, Finanzmärkte und Bundesverwaltung heranziehen, als Luftbuchungen: Die Finanztransaktionssteuer steht in den Sternen, die Einnahmen aus der Brennelementsteuer fallen geringer aus, die Sparbeiträge der Bundeswehr haben sich sogar in erhebliche Mehrausgaben verwandelt. In der parlamentarischen Beratung des Haushaltsbegleitgesetzes wie auch des Bundeshaushalts 2011 (und des Finanzplanes bis 2014) hat die SPD-Bundestagsfraktion Alternativen zur unsozialen Konsolidierungspolitik der Bundesregierung erarbeitet und angeboten: Nötig ist eine nachhaltige, wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik, die nicht nur die im Grundgesetz verankerte sog. *Schuldenbremse* einhält, die staatlichen Einnahmen auf allen Ebenen sichert und verbessert, und unsinnige Staatsausgaben und Subventionen kürzt, sondern die auch durch gezielte Investitionen Wachstum, Beschäftigung und Leitmärkte der Zukunft fördert und Unterfinanzierungen z.B. in den Bereichen Bildung, Forschung, Familie und Kinder auflöst. In einem besonderen eigenen Antrag hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits früh klargestellt, dass die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten bleiben muss. Die Beratungen zum Bundeshaushalt 2011 ha-

ben offengelegt, dass der Bundesfinanzminister sich bei der Festlegung des Kreditaufnahme-Abaupfades nach der neuen Schuldenregel und bei der Festlegung der Konjunkturkomponente der Neuverschuldung Spielräume zugebilligt hat, die im Ergebnis den Verschuldensspielraum des Bundes für die Jahre bis 2016 um viele Mrd. Euro nach oben schrauben.

Weil damit auch nach Auffassung von Bundesrechnungshof, Bundesbank und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung klar gegen Geist und Sinn der neuen Schuldenregel gehandelt wird, haben die Haushaltspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion ein *Gesetz zur Änderung des Artikel 115-Gesetzes* formuliert und in den Bundestag eingebracht, das die nötigen gesetzlichen Festlegungen und Verbesserungen enthält.

Für ein gerechtes Steuerkonzept

Die SPD-Bundestagsfraktion hat intensiv in der Projektgruppe *Steuer- und Abgabenkonzept* der Partei mitgewirkt, die seit März 2010 Empfehlungen für die steuerpolitische Positionierung der SPD in den kommenden Jahren erarbeitet. Diese Projektgruppe wird mitgeleitet vom stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß. Erste Ergebnisse der Projektgruppenarbeit sind bereits in den wirtschafts- und finanzpolitischen Leitartikeln zum SPD-Bundesparteitag September 2010 eingegangen. Ziel ist ein Steuer- und Abgabenkonzept, das auf Dauer für eine auskömmliche Finanzierung der wichtigen und unverzichtbaren öffentlichen Aufgaben auf allen staatlichen Ebenen sowie in der gesetzlichen Sozialversicherung sorgen kann, das der immer ungleicheren Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland entgegen wirkt und die richtigen ökonomischen und ökologischen Anreize setzt.

Sozialpolitik

Die soziale Spaltung bekämpfen. Für gerechte Teilhabe.

Sozialpolitik entscheidet ganz zentral über die Lebensqualität, die Sicherheit und die Teilhabechancen von Millionen von Menschen in unserem Land. Kaum ein anderes Politikfeld bestimmt so unmittelbar über den Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger. Deshalb geben wir guter Sozialpolitik große Bedeutung. Wir sind programmatisch anspruchsvoll, denken voraus, damit angemessene Lösungen im Wandel von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft möglich werden. Und wir sind sensibel für schädliche Nebenwirkungen unbedachter Eingriffe. Ganz zentral ist es, dass die Menschen sich auf soziale Sicherheit verlassen können. Sie ist kein Almosen. Sie ist Bürgerrecht. Dafür streiten wir.

Kampf gegen Armut und Ausgrenzung: Grundsicherung. Bildungsteilhabe. Mindestlöhne.

Das Vermittlungsverfahren zur Neuberechnung der Regelsätze: Ein großer Erfolg für Arbeitnehmer und Arbeitslose, Ehrenamtliche, bedürftige Kinder und für Kommunen.

Im Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode stand die Auseinandersetzung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Bemessung der Regelsätze im SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und SGB XII (Sozialhilfe) vom 9. Februar 2010. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits sehr frühzeitig die eigenen Eckpunkte zur Umsetzung dieses Urteils formuliert (Antrag *Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Bemessung der Regelsätze umsetzen – Die Ursachen von Armut bekämpfen*) und sich dann intensiv mit dem viel zu spät vorgelegten Gesetzentwurf der Regierungskoalition befasst. Nach einer monatelangen Blockade durch Schwarz-Gelb hat die SPD Bund-Länder-Arbeitsgruppe einen Kompromiss in den Verhandlungen über das Grundsicherungspaket erzielt. Die SPD hat echte Fortschritte für Arbeitnehmer, für Arbeitslose, für Ehrenamtliche, für bedürftige Kinder und für die Kommunen erzielt. Der Kompromiss wurde am 25. Februar 2011 in Bundestag und Bundesrat verabschiedet.

Entlastung der Kommunen

Der Bund übernimmt ohne Vorbedingungen schrittweise bis 2014 die Kosten der Grundsicherung im Alter. Die Kommunen werden dadurch beginnend ab 2012 um 1,2 Mrd. Euro bis zur vollen Summe von 4 Mrd. Euro pro Jahr ab 2014 entlastet. Zusätzlich übernimmt der Bund die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes.

Regelsätze

Wir haben den Gesetzentwurf der Bundesregierung umfassend kritisiert und unsere verfassungsrechtlichen Bedenken formuliert: Willkür bei der Größe der Referenzgruppe, Zirkelschlüsse, weil Transferempfänger nicht sauber aus der Referenzgruppe herausgehalten wurden, und andere Probleme haben wir in dem Antrag *Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes durch eine transparente Bemessung der Regelsätze und eine Förderung der Teilhabe von Kindern umsetzen* zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung war nicht bereit, die Fragen hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Berechnungsmethoden zu klären. Sie trägt die volle Verantwortung und das Risiko bei einer erneuten verfassungsrechtlichen Überprüfung der Regelsätze. Trotzdem haben wir Fehler verhindert und Verbesserungen erreicht:

- Wir haben erreicht, dass die Regelsätze rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 5 Euro auf

364 Euro erhöht werden, dass es außerdem zum 1. Januar 2012 eine Sonderanpassung gibt. Die dann erreichten 367 Euro sind Basis für die reguläre Anpassung auf Basis der Lohn- und Preisentwicklung. Die Sonderanpassung berücksichtigt die Preis- und Lohnentwicklung des ersten Halbjahres 2010, die bislang nicht berücksichtigt werden sollte.

- In den Verhandlungen konnten wir deutliche Verbesserungen für ALG-II-Empfänger durchsetzen, die als Übungsleiter oder sonst ehrenamtlich tätig sind. Bis zu 175 Euro werden künftig nicht auf den Regelsatz angerechnet.
- Die Bundesregierung hat sich schließlich verpflichtet, eine Lösung mit dem Ziel zu erarbeiten, dass in der Sozialhilfe diejenigen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und mit anderen einen gemeinsamen Haushalt führen, den vollen Regelsatz erhalten. Hiervon würden insbesondere Menschen mit Behinderungen profitieren.
- Zudem konnte im Vermittlungsverfahren das Problem gelöst werden, dass die Bundesregierung die Kosten der Warmwasserbereitung bei der Neufassung der Regelsätze schlicht vergessen hatte. Allein die Korrektur dieses Versehens entlastet die Kommunen sowie die Hartz-IV Empfänger im Jahr um rund 400 Mio. Euro. Im Einzelfall erhalten die entsprechenden Hartz-IV Empfänger dadurch neben den vereinbarten Regelsatzerhöhungen zusätzlich 8,44 Euro (Warmwasserbereitung über Strom) als Mehrbedarf bzw. es entfällt der bislang erfolgte Abschlag bei den Heizkosten in Höhe von 6,43 Euro (Warmwasserbereitung über die Heizung).

Bildungs- und Teilhabepaket

Statt konsequent in Kitas und Ganztagschulen zu investieren, hat Ministerin von der Leyen publicityträchtig das Bildungs- und Teilhabepaket erfunden. Das war noch dazu handwerklich schlecht gemacht. Damit das Bildungs- und Teilhabepaket überhaupt Wirkung entfalten kann, haben wir erfolgreich Verbesserungen im Vermittlungsausschuss durchgesetzt. Zum einen profitieren 500.000 Kinder und Jugendliche mehr davon als von der Bundesregierung geplant. Zum anderen haben wir das Paket deutlich ausgeweitet. Schließlich haben wir erreicht, dass die Kommunen nun mit ihrem Know-how für die Umsetzung verantwortlich sind und nicht die JobCenter.

Mindestlöhne

Arbeit muss sich lohnen. Zwischen denjenigen, die Transferleistungen erhalten, und denjenigen, die arbeiten, muss ein Lohnabstand bestehen. Die Union wollte diesen Abstand durch ein

künstlich niedrig errechneten Regelsatz erreichen. Das ist der falsche Ansatz. Einen fairen Lohnabstand erreichen wir nur über Mindestlöhne. Zudem setzt sich die SPD dafür ein, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, auch davon leben können. Die steigende Anzahl von Menschen, die ihren Lohn aufstocken müssen, ist alarmierend. Dagegen helfen nur ordentliche Löhne. Deswegen haben wir die Forderung nach Mindestlöhnen in die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss eingebracht. Die SPD hat Mindestlöhne für 1,2 Mio. Beschäftigte durchgesetzt: in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche.

Für die knapp 1 Mio. *Leiharbeitnehmer* in Deutschland wurde im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein echter Mindestlohn ausgehandelt. Die tariflich vereinbarten Mindestlohnverträge sind künftig die Grundlage für die absolute Lohnuntergrenze (ab 1. Mai 2011: 7,79 Euro/West und 6,89 Euro/Ost), diese gilt sowohl für die verleihfreie Zeit als auch die Zeit des Einsatzes beim entleihenden Unternehmen. Damit verhindern wir Lohndumping zu Lasten von Leiharbeitnehmern und geben ihnen ein Stück Planbarkeit des Lebens zurück. Jeder Beschäftigte in der Leiharbeitsbranche kann in Zukunft damit rechnen, dass er mindestens dieses vereinbarte Mindestentgelt bekommt.

Auch für die rund 22.500 *Beschäftigten in der Aus- und Weiterbildungsbranche* wurde ein Mindestlohn vereinbart. Der im Mai 2009 zwischen Verdi, GEW und der Zweckgemeinschaft von Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e.V. (BBB) vereinbarte Mindestlohnvertrag soll über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt werden. So wird endlich Lohndumping in der Branche verhindert und ein notwendiger Qualitätsstandard für die Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen eingeführt. Wir stärken damit die Qualität der aktiven Arbeitsmarktpolitik und setzen notwendige Mindeststandards für die Beschäftigten.

Wir haben Mindestlöhne außerdem für die 170.000 *Beschäftigten der Sicherheitsdienstleistungsbranche* durchgesetzt. Der Mindestlohnvertrag zwischen Verdi und dem Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS) wird über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt.

Für Sicherheit im Alter

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in zwei zentralen Fragen die Vorgaben des Dresdener Bundesparteitages zur kritischen Überprüfung der Regierungspolitik im Bereich der Rentenversicherung umgesetzt:

Der Antrag *Das Risiko von Altersarmut durch veränderte rentenrechtliche Bewertungen von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit und der Niedriglohn-Beschäftigung bekämpfen* hat das zunehmende Risiko der Altersarmut durch Lücken in der Versicherungsbiographie und Niedrigeinkommen aufgegriffen. Zwar kann das Problem der Altersarmut grundsätzlich nur als Folge einer verbesserten Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung gelöst werden, doch besteht auch im Rentenrecht die Möglichkeit zur Korrektur. Daher soll das bewährte Instrument der *Rente nach Mindestentgelt* verlängert werden, welches bei langjährig Versicherten die aus unterdurchschnittlichen Beitragszeiten resultierenden Anwartschaften höher bewertet. Da diese Regelung bislang nur für Beitragszeiten bis zum 1. Januar 1992 gilt, sollte sie für Versicherungszeiten bis zum 1. Januar 2011 ausgeweitet werden. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit sollen als beitragsgeminderte Zeiten bei der Berechnung der Renten besser bewertet werden, wobei dies auf Versicherte konzentriert werden soll, bei denen typisierend von einem Risiko der Altersarmut ausgegangen werden kann: Das sind Versicherte, die zum Zeitpunkt des Renten Zugangs weniger als 30 Entgeltpunkte erworben haben.

Die Position zur Anhebung der Regelaltersgrenze wird in dem Antrag *Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen – Arbeitsbedingungen verbessern – Rentenzugang flexibilisieren* konkretisiert. Da die Voraussetzungen für den Einstieg in die – grundsätzlich gewollte – Anhebung der Regelaltersgrenze auf das vollendete 67. Lebensjahr nicht gegeben sind, fordern wir, den für das Jahr 2012 geplanten Einstieg zu verschieben. Die gegenwärtigen Beschäftigtenzahlen der rentennahen Jahrgänge sind – trotz aller Verbesserungen – immer noch zu schlecht, als dass ein Einstieg in die Rente mit 67 verantwortet werden könnte. Zudem werden erhöhte Anstrengungen gefordert, um die Beschäftigungssituation Älterer zu verbessern, etwa durch mehr Weiterbildung inklusive eines Rechtsanspruchs darauf sowie einen Verzicht der Regierung auf die geplanten Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus sollten die Übergänge aus dem Erwerbsleben in die Rente flexibilisiert werden, etwa durch eine Förderung der Altersteilzeit und die Weiterentwicklung der Teilrente.

Des weiteren gilt es, die Voraussetzungen zu klären, wie ein einheitliches Rentenrecht in Ost

und West geschaffen werden kann. Hierzu ist die Große Anfrage *Zwanzig Jahre Rentenüberleitung – Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland* an die Regierung gestellt worden, die im Herbst 2011 beantwortet wird. Da die in der Öffentlichkeit diskutierten Modelle und Vorschläge gravierende Unterschiede in den Auswirkungen für Rentnerinnen und Rentner einerseits sowie für Versicherte andererseits beinhalten, werden die jeweiligen Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Ansätze in der Großen Anfrage zusammengetragen und thematisiert, um so eine politische Positionsbildung auf rationaler Grundlage zu ermöglichen. Zudem soll zur notwendigen Klärung wichtiger Fragen der Rentenüberleitung beigetragen werden: Es gilt, Bilanz zu ziehen über die grundsätzlichen Wirkungen der Rentenüberleitung, die Überführung der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung und die tatsächliche Situation der Alterseinkommen in Ostdeutschland.

Verteilungspolitik und Existenzsicherung

Verteilungspolitik wäre zum Scheitern verurteilt, würde man sie nur auf der Ebene von Sozialtransfers für Menschen ohne eigenes Einkommen ansiedeln – in erster Linie muss es bei Verteilungspolitik darum gehen, das Spannungsverhältnis zwischen Arm und Reich zu betrachten und eine Einkommensverteilung zu erreichen, die ökonomisch tragfähig ist, den Zusammenhalt der Gesellschaft und dem üblichen Verständnis von Leistungsgerechtigkeit entspricht. Nicht erst seit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise empfinden die meisten Menschen die gegenwärtigen Verteilungsverhältnisse als ungerecht. Die *Arbeitsgruppe Verteilungspolitik* der SPD-Bundestagsfraktion hat daher – neben der Diskussion einer Vielzahl von Fachthemen – ihre langjährige Befassung mit Anforderungen an die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung fortgesetzt. In dem Antrag *Vorbereitung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung in der 17. Wahlperiode – Armuts- und Reichtumsberichterstattung weiterentwickeln* wird in Auswertung der bisherigen Armuts- und Reichtumsberichte die Bundesregierung aufgefordert, sicher zu stellen, dass zukünftig eine verbesserte Berichterstattung über *Reichtum* erfolgt und die Vererbung von Reichtum und die Rekrutierung von Eliten stärker ins Blickfeld genommen wird.

Politik für Menschen mit Behinderungen

Politik für Menschen mit Behinderungen heißt für uns, dass Betroffene in allen Bereichen der Gesellschaft von Anfang an und gleichberechtigt teilhaben müssen. Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik – diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen, hat sich Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskon-

vention verpflichtet. Für alle Politikbereiche gilt es zu überprüfen, ob das geltende Recht mit der UN-Konvention übereinstimmt und vor allem, ob das geltende Recht in der Praxis verwirklicht wird. Unter Leitung der Behinderbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, Silvia Schmidt, hat eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller Ausschuss-Arbeitsgruppen die politischen Handlungsfelder untersucht und die zentralen Leitlinien für eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention festgehalten. Mit dem am 24. Mai in der Fraktion beschlossenen Positionspapier *Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – Herausforderung und Chance für eine inklusive Gesellschaft* hat die SPD-Bundestagsfraktion damit als erste politische Kraft im Bundestag eine umfassende Positionierung zur UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt.

Gesundheit

Gegen Zweiklassen-Medizin. Für die Bürgerversicherung.

Bei seinem Amtsantritt am 28. Oktober 2009 hat FDP-Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler ein wohl geordnetes und in seinen wirtschaftlichen Rahmendaten gesundes System der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen. Die SPD und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt haben dafür gesorgt, dass die gesetzlichen Krankenkassen trotz der erheblichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise das Jahr 2009 sogar mit einem Überschuss von 1,4 Mrd. Euro abschließen konnten.

Gleichwohl war bereits im Oktober 2009 erkennbar, dass die schlimmsten Krisenfolgen erst im Jahr 2010 durchschlagen und dann eine Lücke von 4 Mrd. Euro bei den Kassenfinanzen drohen würde. Statt jedoch schnelle Initiativen zu ergreifen, um die vorhandenen Effizienzreserven im Gesundheitswesen zu nutzen und insbesondere die überproportional steigenden Arzneimittelausgaben zu begrenzen, stritt die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP über die Einführung einer unsocialen und unfinanzierbaren Kopfpauschale. Diese Untätigkeit führte dazu, dass schon im Jahr 2010 eine erhebliche Zahl an Versicherten von Zusatzbeiträgen betroffen war.

Gegen die Kopfpauschale

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die *Einführung einer Kopfprämie in der gesetzlichen Krankenversicherung* in einer Großen Anfrage thematisiert. Darin haben wir darauf hingewiesen, dass eine Kopfprämie Bezieher höherer Einkommen entlastet und Bezieher niedriger Einkommen belastet. Außerdem ist die für einen Sozialausgleich im Bundeshaushalt erforderliche Summe nicht finanzierbar. Durch die Festschreibung des

Arbeitgeberanteils werden Ausgabensteigerungen in Zukunft alleine von den Versicherten zu tragen sein. Schließlich sorgt der Einzug einer Kopfprämie für einen erheblichen zusätzlichen bürokratischen Aufwand.

Um die unmittelbar drohenden Lasten in der gesetzlichen Krankenversicherung gerecht zu verteilen, haben wir die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, die *Paritätische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder herzustellen*. Darin fordern wir gesetzliche Regelungen, um alle kurzfristig zu erschließenden Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsreserven in der Gesundheitsversorgung zu heben. Es soll ein Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung eingeführt werden. Die Zusatzbeiträge sollen abgeschafft und es soll zu paritätisch finanzierten Beitragssätzen zurückgekehrt werden.

Gegen Lobbypolitik

Nachdem die schwarz-gelbe Regierung dem unbegrenzten Kostenanstieg vor allem bei den Arzneimitteln monatelang tatenlos zugeschaut hatte, legte sie im Laufe des Jahres 2010 mit dem GKV-Änderungsgesetz und dem Arzneimittelneuordnungsgesetz zwei Pseudo-Sparpakete vor: zu spät, handwerklich schlecht gemacht und in vielen Punkten schlicht am Ziel vorbei. Erneut wurden vor allem die Lobbyinteressen von privater Krankenversicherung und Pharmaindustrie bedient.

Bessere Vorschläge lagen auf dem Tisch, denn bereits am 22. April 2010 beriet der Deutsche Bundestag über einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion für eine *Effektivere Arzneimittelversorgung*. Darin fordern wir, dass der Herstellerrabatt, den pharmazeutische Unternehmer den gesetzlichen Krankenkassen gewähren müssen, mit sofortiger Wirkung von 6 % auf 16 % angehoben wird, bei gleichzeitiger Einführung eines Preismoratoriums. Außerdem sollen die Rabatte des Großhandels an Apotheker abgeschöpft werden. Bei Medikamenten, deren Preis in Deutschland deutlich über dem europäischen Durchschnittspreis liegt, soll der Preis auf den europäischen Durchschnittspreis gesenkt werden. Eine Kosten-Nutzen-Bewertung muss bereits zum Zeitpunkt der Arzneimittelzulassung vorliegen. Wir fordern die Teilung des finanziellen Risikos bei der Anwendung innovativer Krebstherapien zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Herstellern (*Risk-Sharing*) und erneuern unseren Vorschlag einer Positivliste aller Arzneimittel, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden können.

Gegen Korruption

Statt gegen die wachsende Korruption im Gesundheitswesen vorzugehen, durch die den Kas-

sen nach Schätzungen jedes Jahr zwischen 5 und 18 Mrd. Euro verloren gehen, setzt Minister Rösler auf eine *Kultur des Vertrauens*. Durch seine Naivität geht er ein weiteres Mal den Lobbyisten auf den Leim und schädigt die Patientinnen und Patienten, die auch hier die Zeche bezahlen müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in dem Antrag *Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen* die wichtigsten Forderungen zusammengefasst. Durch ergänzende Regelungen im Strafgesetzbuch soll sichergestellt werden, dass Korruptionshandlungen niedergelassener Vertragsärzte Straftatbestände darstellen. Systematische Falschabrechnungen von Krankenhäusern sollen mit spürbaren Sanktionen geahndet werden. Die Länder sollen besonders qualifizierte Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Ermittlungsgruppen bei der Kriminalpolizei zur Verfolgung von Korruption im Gesundheitswesen errichten. Außerdem soll ein besonderer, auf sozialversicherungsrechtliche Sachverhalte abzielender, Straftatbestand geschaffen werden. Schließlich sollen die Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten als *Profit-Center* innerhalb der sie tragenden Organisationen verankert werden, damit der erwünschte personelle Ausbau nicht durch die von der Koalition beschlossene Deckelung der Verwaltungskosten der Krankenkassen verhindert wird.

Für moderne Patientenrechte und bessere Vorsorge

Auch hinsichtlich des angekündigten Patientenrechtegesetzes war monatelang nichts aus dem Gesundheitsministerium zu hören. Offensichtlich wurde der Patientenbeauftragte von seinen Koalitionären nach Kräften behindert und ausgebremst. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Initiative ergriffen und in einem Antrag Vorschläge *Für ein modernes Patientenrechtegesetz* gemacht. Wir fordern u.a. die Normierung der Rechte und Pflichten aus dem Behandlungsvertrag, Verbesserungen im Bereich Risikomanagement, Maßnahmen zur Stärkung der Opfer von Behandlungsfehlern, eine Optimierung der Leichenschau und eine Stärkung der kollektiven Beteiligungsrechte der Patienten und Patientinnen im Gesundheitswesen.

Auch auf dem Feld der Prävention hat die Bundesregierung versagt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat auch hier die Vorarbeit geleistet. Unser Antrag *Potenziale der Prävention erkennen und nutzen – Prävention und Gesundheitsförderung über die gesamte Lebensspanne stärken* fordert eine umfassende Präventionsstrategie, die Prävention und Gesundheitsförderung als vierte Säule neben Kuration, Pflege und Reha etabliert, Präventionsziele definiert, Akteure vernetzt und Gesetzgebung mit Blick auf die Präventionsziele prüft. Außerdem soll ein Präventionsgesetz vorgelegt werden, das unter anderem einen ver-

bindlichen Rahmen für Kooperation und Vernetzung setzt, Vorgaben macht für die Ausgaben der Kassen (mind. 10 Euro je Versicherter) und Präventionsvorhaben in den Lebenswelten besonders fördert.

Um die mittlerweile eingetretenen Blockaden beim sogenannten Pflege-TÜV, den Ulla Schmidt eingeführt hatte, zu beseitigen, haben wir einen Antrag *Qualität und Transparenz in der Pflege konsequent weiterentwickeln – Pflegekriterien optimieren* eingebracht. Darin fordern wir Änderungen in den Pflege-Transparenzvereinbarungen, die das System im Sinne der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen weiterentwickeln und die Pflegequalität zuverlässig und bundesweit abbilden. Außerdem sollen die Stichproben modifiziert werden, damit nachvollziehbare personenbezogene Kriterien geprüft und abgebildet werden können und somit eine Vergleichbarkeit gewährleistet ist. Mängel bei den personenbezogenen Kriterien müssen im Bewertungssystem eindeutig gewichtet werden, damit sie klar in der Endnote erkennbar werden.

Für die Bürgerversicherung – gerecht, solidarisch, leistungsstark

Im Frühjahr 2011 haben wir unsere Idee der Bürgerversicherung weiterentwickelt und mit einem konkreten Finanzierungskonzept verbunden. Unser Ziel ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger gut versorgt sind und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Die Kopfpauschale wird abgeschafft. Jeder soll nach seiner Leistungsfähigkeit zur Finanzierung beitragen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen die Lasten paritätisch tragen. Geringverdiener erhalten keinen Nachteil. Nach unseren Vorstellungen soll die Finanzierung so ausgestaltet sein, dass die Arbeitnehmer bei den Abgaben entlastet werden können.



Noch im Oktober 2010 demonstrierte die Fraktion vor dem Brandenburger Tor gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durch die schwarz-gelbe Koalition

→

Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz

Gegen Atomchaos und Naturzerstörung. Für den nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft

Der Kampf um die rot-grüne Energiewende: Atomausstieg durchgesetzt. Energiewende jetzt!

Mit der *Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke* Ende 2010 hat die Bundesregierung den gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt, der durch den rot-grünen Ausstiegsbeschluss seit dem Jahr 2000 bestand. Das letzte AKW sollte demnach erst 2040 vom Netz gehen, nach dem rot-grünen Ausstiegsbeschluss wäre dies bereits 2020 gewesen. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Parteigliederungen haben im Parlament und bei Demonstrationen zusammen mit den Umweltverbänden vehement gegen die Laufzeitverlängerung gekämpft. Die Laufzeitverlängerung hat großen Schaden angerichtet: Sie hat das Vertrauen der Bürger in die Politik verletzt, sie hat den Verdacht genährt, dass die Regierung den Lobbyinteressen der großen Stromversorger mehr verpflichtet ist als der Sicherung der Bevölkerung, sie hat aber auch der Wirtschaft geschadet, weil Rechtssicherheit zerstört und Investitionsplanungen über den Haufen geworfen wurden.

Erst nach dem Reaktorunfall in Fukushima im März 2011 vollführte die Bundesregierung eine Kehrtwende um 180 Grad: Die sieben ältesten AKW plus das AKW Krümmel wur-

den abgestellt und sollen nicht wieder ans Netz gehen, die Laufzeiten der übrigen Atomkraftwerke sollen gekürzt werden. Wir haben den Antrag *Energiewende jetzt* und einen Gesetzentwurf *für eine beschleunigte Stilllegung von Atomkraftwerken* vorgelegt. Wir unterstützen einen neuen Energiekonsens, der über Legislaturperioden hinaus Bestand hat. Dazu gehört aus unserer Sicht eine schrittweise Abschaltung aller AKW bis spätestens 2022 mit Option einer früheren Abschaltung, die Beibehaltung der Brennstoffsteuer, die offene Suche nach einem Endlager. Wir stehen für bezahlbare Strompreise. Wir wollen Industrie sichern und die soziale Tragfähigkeit der Energiewende garantieren.

Untersuchungsausschuss Gorleben

Im Zusammenhang mit dem Atomausstieg muss auch über die Frage der Lagerung des Atom Mülls entschieden werden. Bei der Auswahl des Standortes Gorleben aber gab es offenbar früh Manipulationen. Der 1. Untersuchungsausschuss *Gorleben* soll Sachverhalte aufklären, die teilweise über 30 Jahre zurückliegen. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der *politischen Einflussnahme* der Kohl-Regierung im Jahre 1983 bei der

Endlagerauswahl. Gab es eine politische Einflussnahme auf Geologen, Physiker und andere Experten? Schon jetzt steht fest: Schwarz-Gelbe Atompolitik heißt: tarnen, täuschen, tricksen. Gestern wie heute. Die heutige schwarz-gelbe Regierung versucht im Untersuchungsausschuss die Manipulationen und Fehler der früheren Schwarz-Gelben Regierung reinzuwaschen. Bereits jetzt belegen Akten und Zeugenvernehmungen: Im Jahre 1983 musste Gorleben einfach her, weil in diesem Teil Deutschlands konservative Landes- und Bundesregierung auf wenig Widerstand hofften. Politischer Druck überrollte wissenschaftliche Expertisen. Die Atomindustrie brauchte und wollte einen Endlager-Standort. Also wurde Gorleben erkundet. „Augen zu und durch“ nannte ein Zeuge im Untersuchungsausschuss dieses Motto. Ebenfalls bezeichnend ist die Zeugenaussage eines leitenden Beamten, der vor Kohls Kabinettentscheidung schrieb, dass man nicht das bestmögliche Endlager suchen solle, sondern zügig ein hinreichend sicheres braucht. Auch in diesem Punkt herrscht bis heute schwarz-gelbe Kontinuität. Merkel und Röttgen machen dort weiter wo Kohl und Merkel aufgehört haben.

Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Nach dem Scheitern des UN-Klimagipfels in *Kopenhagen (2009)* war die Einigung der Vertragsstaaten auf das 2-Grad-Ziel in *Cancun (2010)* ein respektabler Fortschritt. Wir stehen dafür, die Führungsrolle Deutschlands zu untermauern und wollen, dass ein globales, rechtsverbindliches und ambitioniertes Klimaschutzabkommen verabschiedet wird. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es abgelehnt, konkrete finanzielle Zusagen zur Unterstützung der Entwicklungsländer zu machen und so die internationalen Rahmenbedingungen maßgeblich mitzugestalten. Was in vielen Jahren aufgebaut wurde, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in kurzer Zeit zerstört. In mehreren Anträgen haben wir das europäische Ziel einer unkonditionierten Senkung der Klimagasmissionen von *30 % bis 2020* gegenüber 1990 gefordert. Bis heute bewegt sich Frau Merkel nicht. Wir setzen uns für ein nationales *Klimaschutzgesetz* ein. Darin sollen mittel- und langfristige Klimaschutzziele sowie nachprüfbare Zwischenziele festgeschrieben und ein intensives und wirksames Monitoring festgelegt werden.

Das *Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)* hat einen beispiellosen Aufschwung in der jungen Branche in Gang gesetzt. Es trägt somit entscheidend zu

einer nachhaltigen Energieversorgung und zum Klimaschutz bei. Mit einem Antrag anlässlich des zehnjährigen Bestehens wurde der Erfolg dieses Gesetzes gewürdigt und eine Perspektive für die Weiterentwicklung der Energiepolitik aufgezeigt. Die Regierungsfaktionen haben zu jenem Zeitpunkt alle Forderungen für ein anspruchsvolles Energiekonzept abgelehnt und sich gegen ein wirksames Energieeffizienzgesetz ausgesprochen.

Die Regierungskoalition hat im Frühjahr 2010 mit der *Kürzung der Solarstromvergütung* den Angriff auf den forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien begonnen. Sie hat damit die Vorreiterrolle der deutschen Solarbranche mit zehntausenden von Arbeitsplätzen aufs Spiel gesetzt. Deutschland droht im weltweiten Technologierennen den Anschluss zu verlieren. Alle Änderungsanträge, die den Eingriff mildern sollten, wurden rigoros mit schwachen Argumenten abgelehnt. Schwarz-Gelb hat damit sowohl die bisherigen Errungenschaften aus der rot-grünen Regierungskoalition als auch ihr eigenes Ziel aufs Spiel gesetzt. Die Kürzungen im Bereich der zukunftsträchtigen Umwelttechnologien zeigen auf, in welche Richtung sich die Regierung von den Lobbyisten der Energiekonzerne hat treiben lassen.

Wir haben statt dessen vorgeschlagen, die Degressionsschritte so auszugestalten, dass die Vergütung stufenweise in gleichmäßigen Schritten sinkt.

Zur Stärkung der Vorteile der Nutzung von *Bio-methan* im Verkehrssektor haben wir in einem Antrag (Oktober 2010) Maßnahmen beschrieben, die die Absatzmärkte für diesen klimaschonenden Kraftstoff beleben können. Dem Anbau von Nahrungsmitteln muss nach wie vor Vorrang vor der energetischen Verwendung eingeräumt werden.

Schutz der Artenvielfalt

Zur *10. UNO-Biodiversitätskonferenz* betonen alle Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag die Bedeutung des Erhalts und Schutzes der weltweiten biologischen Vielfalt und das Ziel, die indigenen Völker an den Gewinnen, die die Industrieländer aus traditionellen Heilpflanzen erzielen, angemessen zu beteiligen. Darüber hinaus sollen konkrete Maßnahmen zum internationalen Wald- und Klimaschutz getroffen werden. Genau hier hat aber die Bundesregierung nicht genügend Gelder in den Haushalt 2011 eingestellt. International versprechen, national brechen – damit setzt sie Deutschlands Glaubwürdigkeit bei internationalen Verhandlungen aufs Spiel.

Kinderspiel ist kein Lärm

Wenn Kinder und Jugendliche spielen, toben und bolzen, fühlen sich häufig Nachbarn gestört und erheben Klage gegen Kitas, Spiel-, Bolzplätze usw. Wir aber wollen nicht, dass unsere Kinder und Jugendlichen an den Rand der Städte gedrängt werden oder hinter Lärmschutzwänden verschwinden. Bereits 2009 haben wir im Bundesrat und in der großen Koalition Anträge zu Änderungen im Baurecht und im Lärmschutz initiiert. Es bedurfte aber weiterer Anträge der gesamten Opposition, bis Anfang 2011 endlich auch die Bundesregierung sich durchgerungen hat und im Bundesimmissionsschutzgesetz sicher stellt, dass Kinderlärm im Regelfall keine schädliche Umwelteinwirkung ist. Wir wollen weiter gehen und fordern, dass auch für Einrichtungen für Jugendliche im Alter von 14 – 18 Jahren Rechtsicherheit geschaffen wird. Nur so kann das Ziel einer kinderfreundlichen Gesellschaft erreicht werden.

Verbraucherpolitik

Starke Verbraucherrechte, Transparenz und Wahlfreiheit sind Ziele unserer Verbraucherpolitik. Sie versetzen VerbraucherInnen in die Lage, bewusste Kaufentscheidungen zu treffen und ermöglichen damit einen nachhaltigen Konsum. Gesellschaftliche Veränderungen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse über das Verbraucherverhalten machen eine Modernisierung der verbraucherpolitischen Instrumente nötig. Deshalb entwickeln wir eine *Strategie, wie Verbraucherpolitik* im 21. Jahrhundert aussehen sollte: Wer das oft nicht rationale Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher ignoriert, kann keine *guten* Gesetze machen. Grundpfeiler einer modernen Verbraucherpolitik ist deshalb, dass Auswirkungen von Gesetzesvorschlägen auf das Verbraucherverhalten systematisch geprüft und Erkenntnisse der Verbraucherbeforschung berücksichtigt werden. Wir haben dazu als erste Fraktion im Juni 2010 einen Antrag für einen solchen *Verbraucher-Check von Gesetzen* und einen *Ausbau der verbraucherbezogenen Forschung* vorgelegt. Im Gegensatz dazu ist die Verbraucherpolitik der Ilse Aigner konzeptionslos. Viel ankündigen – wenig durchsetzen. Das ist Ihr Motto.

So war sie bei den *Dioxin-Funden* in Futtermitteln die Getriebene im Skandal. Erst wollte sie die Sache aussitzen, dann kam eine Selbstverpflichtung der Futtermittelindustrie. Wir waren die erste Fraktion, die mit einem 15-Punkte-Konzept für mehr Sicherheit im Lebensmittel- und Futtermittelsektor reagiert hat. Dazu gehörten Forderungen nach *gläserner* Futtermittelproduktion, Meldepflicht für Untersuchungslabore, Einrichtung einer Internetplattform *lebensmittelwarnung.de*, wirksames Verbraucherinformationsgesetz und länderübergreifende Qualitäts-

sicherung der Futtermittelüberwachung. Aigner musste am Ende 14 unserer Forderungen übernehmen. Ob sie dies gegenüber der Lobby auch durchsetzen wird, werden wir sehen. *Kündigungsschutz* für *Whistleblower*, also Beschäftigte und Mitarbeiter, die Behörden über Missstände informieren, lehnt sie dagegen ab.

Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Die europäische Agrarpolitik steht auf dem Prüfstand. Nach dem Jahr 2013 wird es einen neuen Politikrahmen für die europäische Land- und Forstwirtschaft geben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat als erste Stellung genommen. Unter dem *Motto Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen* wollen wir die Landwirtschaft zukunftsfähig aufstellen. Ideen aus dem Konzept *Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013 weiterentwickeln!* finden sich in den ersten Vorstellungen der EU-Kommission wieder. Multifunktionale Landwirtschaft soll nachhaltig qualitativ hochwertigen Lebensmittel und nachwachsende Rohstoffe erzeugen sowie Herausforderungen wie Klimawandel, Agro-Biodiversität, Bodenschutz und Wassermanagement bewältigen.

Zur Herausforderung Klimawandel haben wir in dem Konzept *Herausforderung Klimawandel – Landwirtschaft 2050* ein umfassendes Maßnahmenangebot für die Grundlagen einer nachhaltigen klimafreundlichen Land- und Forstwirtschaft vorgelegt.

Der Wald kann seine vielfältigen Schutz- und Nutzfunktionen für künftige Generationen nur erfüllen, wenn tatsächlich eine nachhaltige Bewirtschaftung stattfindet. Dazu haben wir mit *Bundeswaldgesetz nachhaltig gestalten – Schutz und Pflege des Ökosystems* die Anpassung des Bundeswaldgesetzes an die Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung eingefordert. Die Koalition sieht den Wald dagegen unter reinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Auch die europäische Fischereipolitik steht auf dem Prüfstand. Wir haben unsere Vorstellungen zu einer nachhaltigen Europäischen Fischereipolitik mit einem Antrag *Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik zum Erfolg führen* dargestellt.

Zum Schwerpunkt Tierschutz haben wir verschiedene Vorschläge entwickelt, vor allem das Konzept eines *Tierschutz-TÜV*, die zügige Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für Haltungseinrichtungen für Nutztiere. Ein TierschutzTÜV würde die Haltungsbedingungen für unsere landwirtschaftlichen Nutztiere ganz wesentlich verbessern und so den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher endlich nachkommen.

Bildung

Gegen Privatisierung von Bildung. Für Chancengleichheit.

Leere Versprechen, folgenlose Ankündigungen, hektische Wendungen – das sind die Kennzeichen von Bildungsministerin Schavan. Bei ihrem Zickzackkurs bleiben bessere Chancen von jungen Menschen auf der Strecke. Schavan wechselt ihre Meinung, wie es ihr opportun erscheint: Früher diffamierte sie das SPD-Ganztagschulprogramm als „Suppenküchenprogramm“, heute fordert sie mehr Ganztagschulen. Früher kämpfte sie gegen Bundeszuständigkeiten für Bildung, heute macht sie sich die SPD-Forderung einer Verfassungsänderung für mehr Bund-Länder-Kooperation zu eigen. Wenn ihren Wendemannövern die richtige Politik folgen würde, wäre das im Interesse aller. Doch meist bleibt es bei folgenlosen Ankündigungen.

Treu bleibt sich Schavan an einer Stelle: Die Privatisierung von Bildungschancen zieht sich als roter Faden durch ihre Politik. Dass in keinem vergleichbaren Land der Bildungserfolg derart stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland, ignoriert sie. Schavan setzt auf weniger sozialen Ausgleich und mehr Gebühren. Gute Bildung sollen nur diejenigen erhalten, die sich gute Bildung kaufen können. Ein Beispiel hierfür ist ihr Nationales Stipendienprogramm. Für diese Förderung von wenigen hat sich Schavan leidenschaftlich eingesetzt. Für die vielen, die vom BAföG profitieren, hatte sie nur eine kleine Alibierhöhung übrig.

Kooperativen Föderalismus für Bildung stärken
Bildung ist ein Menschenrecht und Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Es ist Aufgabe des Staates, ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungswesen zu gewährleisten. Dabei hat sich unser Bildungsföderalismus grundsätzlich bewährt.

Doch das Verbot im Grundgesetz zu verankern, dass Bund und Länder bei Bildung zusammenwirken können, war ein Fehler. Die dadurch empfindlich beschnittenen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen werden den bildungspolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Sie ignorieren auch den immer lauter werdenden Ruf nach gemeinsamen Standards in der Bildungspolitik.

Damit der Bund wieder wichtige Impulse geben, damit er beispielsweise das erfolgreiche Ganztagschulprogramm neu auflegen kann, müssen wir wieder eine starke und wirkungsvolle Zusammenarbeit der föderalen Akteure ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für die Aufhebung

des Kooperationsverbots ein. Wir werben für Mehrheiten, um die hierfür erforderliche Änderung des Grundgesetzes vornehmen zu können. Viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter wissen wir dabei an unserer Seite. Doch die Bundesregierung schaltet bislang auf stur. Sie ignoriert damit den Wunsch der allermeisten Menschen in Deutschland, denen zu Recht starke Bildungsinvestitionen wichtiger sind als föderale Zuständigkeitsfragen.

Masterplan Ganztagschule: Bis 2020 für jedes Kind einen Ganztagschulplatz

Mit unserem Masterplan Ganztagschule zeigen wir, wie ein flächendeckender Ausbau von Ganztagsangeboten von der Grundschule bis zum Abitur gelingen kann, und das bis zum Jahr 2020. Damit jedes Kind und jeder Jugendliche sich darauf verlassen kann, tatsächlich einen Platz zu bekommen, wollen wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagschule einführen. Und auch die Qualität muss stimmen: Denn nur gute Einrichtungen sind in der Lage, Kinder und Jugendliche individuell zu fördern und ihre Talente und Fähigkeiten zu entwickeln.

Offensive für mehr und bessere Ausbildungsplätze

Die Bundesregierung malt die Situation auf dem Ausbildungsmarkt schön. Der Berufsbildungsbericht 2011 zeigt hingegen ein ernüchterndes Bild: Immer noch haben wir kein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen. Besonders bedrückend: 1,5 Mio. junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss und befinden sich auch nicht oder nicht mehr in einer Berufsqualifizierung. Deshalb wollen wir eine Offensive für mehr und bessere Ausbildungsplätze. Dazu haben wir konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt:

1. Berufsausbildungsgarantie einführen: Jeder junge Mensch soll einen Rechtsanspruch auf Berufsausbildung erhalten.
2. Ausbildungsbonus weiter entwickeln: Rund 50.000 junge Menschen konnten mit seiner Hilfe einen Ausbildungsplatz bekommen. Dass die Bundesregierung ihn abschafft, ist falsch.
3. Maßnahmenschungel lichten und durchforsten: Der Übergang von der Schule in die Ausbildung erweist sich als problematisch. Nach dem Motto *weniger ist mehr* wollen wir gute und erfolgreiche Maßnahmen ausmachen und weiter ausbauen.

Zuallererst aber stehen die Unternehmen in der Verantwortung. Die Unternehmen müssen in ihrem eigenen Interesse dafür sorgen, dass junge Menschen gut und umfassend ausgebildet werden.

An modernen Hochschulen das Recht auf Bildung für alle verwirklichen

Die hochschulpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung sind unzureichend oder zeigen eine fatale Akzentverschiebung hin zur Elitenförderung. Wir wollen hingegen das Recht auf Bildung für alle verwirklichen. Dazu gehört, Hochschulen für alle Studienwilligen offen zu halten, die Aufnahme eines Studiums nicht am knappen Geldbeutel der Eltern scheitern zu lassen und gute Studienbedingungen für alle Studierenden sicherzustellen. Unsere Konzepte dafür sind klar, realistisch und bezahlbar.

Studienplätze fördern – Hochschulpakt Plus gestalten

Der 2006 gestartete Hochschulpakt zur Förderung zusätzlicher Studienanfänger ist ein Erfolg, seine Weiterentwicklung dringend erforderlich. Wir haben deshalb ein Konzept für einen *Hochschulpakt Plus* vorgelegt. Damit soll der Hochschulpakt bis 2015 ausgeweitet und verlängert werden. Außerdem wollen wir die Einrichtung von Master-Studienplätzen fördern. Und wir wollen mit einem neuen *Abschluss-Bonus* Hochschulen in Sachen Betreuung und gute Lehre unterstützen.

BAföG weiter verbessern

Ein starkes und leistungsfähiges BAföG ist auch in Zukunft unverzichtbar. Dazu haben wir Vorschläge unterbreitet.

Reform der Hochschulzulassung zügig voranbringen

Ministerin Schavan hat das Projekt des modernen Hochschulzulassungsverfahrens vor die Wand fahren lassen. Ein modernes Verfahren ist aber im Interesse der Studierenden und dringend erforderlich. Deshalb haben wir Vorschläge für eine Reform des Zulassungsverfahrens und ein Notfallkonzept für eine bessere Zulassungspraxis für die Übergangszeit unterbreitet.

Qualität der Lehre und Studienbedingungen verbessern

Ministerin Schavan hat den Studierenden viel versprochen – und wenig gehalten. Vorerst vom Tisch ist die Lehrakademie. Aus dem versprochenen *Mobilitätspakt* ist ein Päckchen geworden, das kaum 2.000 Studierende erreicht. Übrig geblieben ist der Pakt für die Qualität der Lehre, mit dem Schavan ein SPD-Konzept übernimmt. Aber auch hier bleibt sie auf halbem Wege stehen. Die finanzielle Ausstattung des Pakts ist nicht ausreichend. Anders unser Konzept. Wir stellen zur Verbesserung der Studien- und Lehrbedingungen den Personalausbau in den Mittelpunkt. So verbessern wir zugleich die Berufs- und Karriereperspektiven für den dringend benötigten wissenschaftlichen Nachwuchs.

Zugang zum Masterstudium ermöglichen
Studierenden, die an ihren Bachelor-Abschluss einen Master anhängen wollen, stehen heute ein Mangel an Plätzen und künstliche Zugangshürden im Weg. Das wollen wir ändern. Wir sehen Bund und Länder gemeinsam in der Pflicht, für ein bedarfsdeckendes Angebot zu sorgen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Hochschulpakt für Studienanfänger um eine entsprechende Säule der Finanzierung von Master-Studienplätzen zu ergänzen.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gegen Diskriminierung. Für Gleichstellung.

Keine Weiterentwicklung des Elterngelds, Absage an einen Krippengipfel, kein Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit – Familienministerin Schröder ist keine kompetente Familienministerin, sondern eine kapitale Fehlbesetzung. Die Hessin ist dem Amt nicht gewachsen, ihre Aufgaben sind immer noch drei Nummern zu groß für sie. Es fehlt ihr an Ideen für eine moderne Gesellschaftspolitik, an Engagement und an Durchsetzungskraft. Die Leidtragenden sind Familien und Frauen.

Gerade vor dem Hintergrund knapper finanzieller Mittel bräuchten Kinder und ihre Eltern jetzt eine starke Anwältin für ihre Interessen. Nötig wäre ein Einsatz der Ministerin für bessere Bildung und Betreuung, für mehr Partnerschaftlichkeit beim Elterngeld, für gezielte Vermeidung von Kinder- und Familienarmut, für eine Vereinbarkeit von Familie und Pflege, die nicht einseitig zu Lasten der pflegenden Familienangehörigen geht. Doch an all diesen Großbaustellen scheitert Schröder. Mal ist es der Druck des Finanzministers, dem sie nicht standhält. Mal gibt sie dem Drängen der Privatwirtschaft nach.

Am meisten leiden die Frauen unter Schröders Schwäche. Frauen sind im Erwerbsleben benachteiligt, freiwillige Maßnahmen haben hieran nichts geändert. Eine breite gesellschaftliche Allianz bekennt sich deshalb zu gesetzlichen Maßnahmen und fordert eine Quote für Frauen in Aufsichtsräten. Was tut Schröder? Erst lehnt sie eine Quote ab. Als der gesellschaftliche Druck zu groß wird, kippt sie um und zieht die völlig untaugliche *Flexiquote* aus dem Hut. Doch noch nicht mal dafür gelingt es ihr, die Zustimmung der Wirtschaft zu bekommen. Ihr groß inszenierter Frauengipfel im März scheiterte kläglich.

Gleichstellung von Frauen und Männern: Die Zeit ist reif für Quoten und Gesetze!
Die Vereinbarung zur Chancengleichheit von Frauen im Erwerbsleben, auf die sich die Bundesregierung vor 10 Jahren mit der Wirtschaft im

guten Glauben eingelassen hat, ist gescheitert. Immer noch sitzen auf den Chefesseln fast nur Männer, immer noch bekommen Männer das ganze Gehalt, Frauen nur Dreiviertel davon, immer noch ist ausgerechnet die prekäre Beschäftigung eine Frauendomäne. Wir wollen tatsächliche Gleichstellung nicht auf den Sankt-nimmerleinstag verschieben. Deshalb haben wir eine ganze Palette von gesetzlichen Maßnahmen entwickelt, mit denen wir den Stillstand endlich überwinden wollen:

Frauen verdienen das Gleiche. Damit das Realität wird, haben wir Eckpunkte für ein Entgeltgleichheitsgesetz vorgelegt.

Frauen sollen oben ankommen. Dafür haben wir einen Antrag auf ein Gesetz vorgelegt, das einen Anteil von mindestens 40% für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen vorschreibt.

Frauen brauchen gute Arbeit. Deshalb setzen wir auf einen gesetzlichen Mindestlohn. Damit Teilzeitarbeit nicht zum Karrierekiller wird, wollen wir sie aufwerten und mit dem Recht auf Rückkehr in Vollzeitätigkeit ausstatten. Schließlich wollen wir Verbesserungen bei den Minijobs durch eine Stundenobergrenze erreichen.

Frühkindliche Bildung und Betreuung:
Kita-Ausbau vorantreiben, Qualität verbessern
Der fristgerechte Ausbau von Kitas und damit die Einlösung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz im Jahr 2013 drohen zu scheitern. Der Grund: Der Run auf Kitaplätze ist größer als 2007 prognostiziert. Die Hilferufe der Kommunen werden immer lauter. Die Bundesregierung schaut tatenlos zu und verspielt damit bessere Chancen von Kindern und Eltern.

Wir fordern deshalb eine Neuauflage des Krippengipfels. Alle Verantwortlichen müssen wieder an einen Tisch und die Finanzierung des

Krippenausbaus nachjustieren. Dazu gehört auch eine weitere kräftige Bundesfinanzspritze. Außerdem gilt es, die Qualität von frühkindlicher Bildung weiter zu verbessern und gute Standards zu vereinbaren. Außerdem wollen wir den bestehenden Rechtsanspruch auf einen Ganztagsanspruch erweitern.

Partnerschaftlichkeit beim Elterngeld stärken
Das Elterngeld ist bei dieser Bundesregierung in keinen guten Händen. Erst wird die Weiterentwicklung auf Eis gelegt, dann erfolgen Kürzungen und gänzliche Streichung ausgerechnet bei den Langzeitarbeitslosen, jüngst wird das Elterngeld komplett in Frage gestellt. Das ist falsch. Denn das Elterngeld hat sich bewährt. Es schafft für junge Familien im Jahr nach der Geburt einen wichtigen Schonraum und signalisiert den Müttern, bald wieder in den Beruf zurückkehren zu können. Außerdem hat es vor allem junge Väter zum Umdenken gebracht. 23% von ihnen nehmen mittlerweile die Partnermonate in Anspruch. Das stärkt die partnerschaftliche Arbeitsteilung von Frauen und Männern und verhilft den Kindern zu ihren Vätern. Deshalb halten wir am Elterngeld fest und wollen es weiterentwickeln. Dazu gehört, die unsozialen Kürzungen zurückzunehmen und das Erfolgsmodell Partnermonate weiter zu modernisieren.

Kinder- und Familienarmut überwinden
Wir wollen Kinder- und Familienarmut mit einem Maßnahmenmix wirkungsvoll bekämpfen. Dazu zählen der weitere Ausbau von Kitas und Ganztagschulen, die Weiterentwicklung von gezielten finanziellen Hilfen genauso wie die Schaffung eines intakten Arbeitsmarktes inklusive eines gesetzlichen Mindestlohns. Alleinerziehende wollen wir besonders unterstützen, weil sie von Armut überproportional betroffen sind. Die Bekämpfung von Kinderarmut spielt bei dieser Bundesregierung keine große Rolle. Die Weiterentwicklung des Kinderzuschlags ist auf

Eis gelegt, der Mindestlohn hat keine Aussicht auf Verwirklichung. Auch bei der Umsetzung des Regelsatzurteils des Bundesverfassungsgerichts ging es Ministerin von der Leyen nicht um wirkungsvolle Hilfen für Kinder, sondern um eine möglichst gute Publicity. Andernfalls hätte sie unseren Vorschlag aufgegriffen und konsequent in Infrastruktur investiert.

Bundesregierung verspielt Chancen mit Bundesfreiwilligendienst
Das Aussetzen der Wehrpflicht und der damit verbundene Wegfall des Zivildienstes wären eine große Chance gewesen für mehr Freiwilligkeit und eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Diese Chance hat die Bundesregierung leichtfertig verspielt. Mit dem Bundesfreiwilligendienst setzt Ministerin Schröder aufs falsche Pferd. Sie schafft damit einen staatlichen Dienst, der neben die bewährten Formate Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) tritt. Damit etabliert sie teure und überflüssige Doppelstrukturen. Noch dazu ist die Einführung des neuen Dienstes schlecht vorbereitet. Das schürt Unsicherheit, gerade bei jungen Menschen. Es rächt sich schon jetzt, dass die Bundesregierung nicht unseren Vorschlag aufgegriffen hat, den Wegfall des Zivildienstes für eine konsequente Stärkung von FSJ und FÖJ zu nutzen.

Generationenpolitik als Chance für mehr Lebensqualität
Die Lebenserwartung steigt ständig – und das ist ein Gewinn. Denn die hinzugewonnenen Lebensjahre bedeuten für die allermeisten ein Plus an aktiver und gesunder Lebenszeit. Die steigende Lebenserwartung ist aber auch eine Chance, gesellschaftliche Arbeit gleichmäßiger zu verteilen, Lebensläufe zu entzerren und so mehr Lebensqualität für alle Generationen zu gewinnen. Die Projektgruppe *Generationenpolitik* entwickelt hierzu zukunftsweisende Konzepte und leistet damit spannende Pionierarbeit.

gen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, bei Infrastruktur und Städtebau überproportional zu Lasten des Ostens.

Langfristig brauchen wir eine erneuerte Idee von der sozialen Einheit Deutschlands. Das betrifft nicht nur Ost und West, sondern unabhängig von der Himmelsrichtung auch das Gefälle zwischen starken und schwachen Regionen. Der föderale Finanzausgleich muss zukunftsfest gemacht werden. Wir stehen zu dem Leitbild, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Jede Region hat ihre eigenen Stärken, aber alle müssen eine Chance auf Entwicklung finden.

Aufbau Ost und strukturschwache Regionen: Die Schere schließen. Für die soziale Einheit.

Deutsche in Ost wie West haben gemeinsam ein ganzes Land strukturell umgebaut und modernisiert. Die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland leben nun in individueller Freiheit und Demokratie - viele von ihnen auch in Wohlstand mit sozialer Teilhabe. Das ist eine starke Leistung!

Über 20 Jahre nach der friedlichen Revolution ist die Einheit unseres Landes aber noch immer nicht vollendet. Die ostdeutsche Wirtschaftskraft liegt deutlich hinter der westdeutschen. Noch immer bestehen tiefe strukturelle Probleme. Deshalb wollen wir die Wirtschafts- und Innovationskraft Ostdeutschlands weiter stärken. Es gilt, die sozialen Spannungen zu überwinden und die hohe

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Für einen neuen Infrastrukturkonsens.

In den 11 Regierungsjahren der SPD wurden die *Weichen für eine nachhaltige Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik* gestellt. Klima- und Umweltschutz waren uns dabei genau so wichtig wie die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft. Die wirkliche Stärke des jetzigen Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer ist die Ankündigung. Populistisch verspricht er, was Bürgerinnen und Bürger gerade zu beschäftigen scheint – von der nationalen Streusalzreserve bis zum Überholverbot für LKW in der Ferienzeit. Vollmundigen Versprechen folgen keine verbindlichen Entscheidungen. Den größten Investitionshaushalt des Bundes hingegen verwaltet er ohne erkennbares Konzept. Dabei hängen von einer funktionierenden Infrastruktur die gesamte Volkswirtschaft und das gesellschaftliche Leben ab. Drängende Aufgaben wie die zukünftige Finanzierung der Infrastruktur in Deutschland hat der Verkehrsminister auf Eis gelegt, Fragen zur Vereinbarkeit von Mobilität und Umwelt weicht er aus, und wie das künftige Verkehrswachstum bewältigt werden soll, wird vernebelt. Die schwarz-gelben Klientelgeschenke und Steuerprivilegien gehen zu Lasten der Infrastrukturinvestitionen. Städtebauförderung und Mittel für CO2-Gebäudesanierung wurden empfindlich gekürzt. Ein weiterer Schlag gegen die Kommunen. Ein Tritt auf die Bremse beim Wachstum. Und ein Debakel für den Klimaschutz im Gebäudebereich.

Nachhaltige Mobilität ermöglichen
Ziel der SPD-Verkehrspolitik ist es, die gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige *Mobilität umweltfreundlich, bezahlbar und sicher zu gestalten*. Das werden wir nur erreichen, wenn wir die einzelnen Verkehrsträger vernünftig kombinieren und insbesondere mehr Güterverkehr von der Straße auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstraßen verlagern.

Unter dem SPD-Verkehrsminister Tiefensee wurde deshalb der nachhaltige *Masterplan Güterverkehr und Logistik als Gesamtkonzept* für einen umwelt- und wirtschaftsfreundlichen Güterverkehr erarbeitet und verabschiedet. FDP und Straßenlobby haben sich jetzt beim neuen Verkehrsminister durchgesetzt. Für den neuen *Aktionsplan Güterverkehr und Logistik* wurde der Ansatz der integrierten Verkehrspolitik aufgegeben. Die Absicht des Ministers, die Verkehre auf die Schiene zu verlagern, wurde damit zum reinen Lippenbekenntnis.

Stattdessen will Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer bundesweit in einem Feldversuch die

Einführung von Monstertrucks testen. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesländer, in denen auch die SPD regiert, haben sich für den sofortigen Stopp aller Vorbereitungen für den Feldversuch und gegen die Zulassung der so genannten Gigaliner ausgesprochen. Die Mehrheit der Bundesländer folgt der sozialdemokratischen Linie und lehnt den Feldversuch ab. Gigaliner gefährden die Verkehrssicherheit und treiben die Verlagerung von noch mehr Güterverkehr auf die Straße voran.

Zu einem nachhaltigen und sozialen Verkehrskonzept gehört ein funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr. Der *ÖPNV ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge*, für die die Kommunen Verantwortung tragen. Für die kommunalen Aufgabenträger muss die Vergabe von Nahverkehrsleistungen direkt an ein eigenes kommunales Verkehrsunternehmen möglich bleiben. Die Städte und Kreise werden sonst zu Ausfallbürgern für Linien, die für Private nicht attraktiv sind. Eine unregulierte Freigabe des Fernlinienbusverkehrs lehnen wir ab. Ohne Mautpflicht und Fahrgastrechte droht eine Billigkonkurrenz, die der Schiene schadet. Auch im Bereich des ÖPNV darf auf die verbindliche Vorgabe von Sozial- und Qualitätsstandards nicht verzichtet werden.

Zur umweltgerechten Ausgestaltung unserer Infrastruktur gehört die *Bekämpfung des Verkehrslärms*. Die SPD-Fraktion fordert von der Bundesregierung mehr Engagement im Kampf gegen den Lärm. Mio. Bürgerinnen und Bürger sind täglich Verkehrslärm ausgesetzt und leiden unter den lärmbedingten gesundheitlichen Folgen. Jedes Jahr vernichtet Verkehrslärm volkswirtschaftliche Werte im zweistelligen Mrd. Bereich und die Prognosen gehen von weiter rasant steigenden Verkehren aus, die zusätzlichen Lärm generieren werden. Besonders aber die Beeinträchtigung der Lebensqualität durch Lärm führt bei der Bevölkerung zu einer schwindende Akzeptanz von Verkehr. Lärmschutz muss zum Wettbewerbsfaktor werden, auf der Schiene, auf der Straße, im Güter- und Personenverkehr. Im Dialog mit Fachexperten aus Wissenschaft, Verbänden und Bürgerinitiativen haben wir ein umfassendes Konzept für die Bekämpfung des Verkehrslärms im Landverkehr erarbeitet und in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Bahnpolitik ist mehr als Politik für die DB AG. Der Bund ist verantwortlich für eine *leistungsfähige Bahninfrastruktur* in Deutschland. Dieser Aufgabe hat die schwarz-gelbe Bundesregierung Rechnung zu tragen. Sie muss im Interesse der Kundinnen und Kunden ihrer Verantwortung für einen leistungsfähigen DB-Konzern wieder gerecht werden, der auch bei Hitze und Schnee seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen

Verkehrsträgern unter Beweis stellt. Zu einem reibungslosen Schienenverkehr gehört auch eine ausgeprägte Sicherheitsphilosophie. Mehr Mittel müssen in den Ausbau und die Instandhaltung des Schienenverkehrs investiert werden, denn frühzeitige Investitionen vermeiden langfristig teure Reparaturmaßnahmen. Wir fordern aber auch die DB AG selbst auf, zunächst die Hausgaben zu machen, bevor sie weiter auf internationale Einkaufstour geht.

Auf dem Weg zur *klimaschonenden Mobilität der Zukunft* wird in den kommenden Jahren die ambitionierte Reduzierung des CO2-Ausstoßes durch die weitere Verbesserung der Effizienz von Verbrennungsmotoren und des Einsatzes biogener Kraftstoffe eine besondere Rolle spielen. Gleichzeitig stellt der massive Ausbau der Elektrifizierung des Antriebs bei Automobilen die große Chance dar, die Mobilität auch in der Zukunft zu sichern. Die Gestaltung des Strukturwandels, der mittelfristige Übergang von verbrennungsmotorischen zu elektrischen Antrieben ist eine große wirtschafts- und forschungspolitische Aufgabe. Elektromobilität kann zu einem zukünftigen Jobmotor werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ehrliche Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sichern
Wir brauchen eine *Zukunftsstrategie zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur*. Dazu gehören gezielte Investitionen in die Beseitigung von Engpässen ebenso wie die Sanierung des Bestandsnetzes. Das gilt gleichermaßen für Straße, Schiene und Wasserstraße. Unser Ziel ist es, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die richtigen und wichtigen Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur zu erreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu die Bundesregierung aufgefordert, alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte im Bund und in den Bundesländern in einer Zukunftskommission zusammen zu holen, um den derzeitigen Stillstand zu beenden. Das hat sie abgelehnt, verweigert jedoch auch jegliche Reformvorschläge. Dabei gibt das Bundesverkehrsministerium gibt zu, dass laut Bundesverkehrswegeplan bis 2015 insgesamt 12,5 Mrd. Euro für den Erhalt von Bundesfernstraßen zur Verfügung stehen müssten. Das passt aber nicht zur mittelfristigen Finanzplanung des Bundes. Es fehlen jährlich rund 500 Mio. Euro. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind auf 10 Mrd. Euro gesunken. Selbst dieses zusammengekürzte Niveau ist durch neue Belastungen hart erkauf. Die Bahn muss nun jährlich eine Zwangsdividende von einer halben Mrd. Euro zum Stopfen von Haushaltslöchern leisten, Geld, das dringend für die Modernisierung der Schieneninfrastruktur und die Lärmsanierung gebraucht wird. Aber diese Gelder fließen

in den allgemeinen Haushalt. Wir fordern, die *Bahndividende zweckgebunden im Haushalt des Verkehrsministeriums* zu belassen.

Neue Mittel für die Finanzierung müssen generiert werden. Die Ausweitung der LKW-Maut ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn LKWs verursachen 60.000 Mal höhere Schäden an der Straßeninfrastruktur als PKWs. Aber die Ausweitung der Maut auf vierstreifige Bundesfernstraßen ist dilettantisch vorbereitet. Der Zeitpunkt der Einführung wird monatlich verschoben – zunächst für den Jahresbeginn 2011 geplant, verzögert sich der Start im Laufe des Jahres Monat für Monat. Die geplanten Einnahmen von rund 100 Mio. Euro im Jahr werden nicht erreicht werden. Die anfänglich geplante Bema- tung von knapp 3000 km Bundesstraße wird nicht realisiert. Es werden lediglich rund 1000 km bema- tet werden. Damit werden auch ledig- lich 2/3 der geplanten Einnahmen in den Bun- deshaushalt fließen.

Der Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer lässt gegen den Willen der Bundeskanzlerin seit 2009 in seinem Ministerium an der Einführung einer *Pkw-Maut* arbeiten. Wir kritisieren die Ge- heimarbeiten und fordern die Offenlegung aller Pläne. Pendler dürfen nicht zusätzlich belastet werden. Besonders eine Vignettenlösung führt zu Ausweichverkehren und belastet die Umwelt. Eine Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) kann eine Lösung sein, wenn Verträge transparent sind und sich die öffentliche Hand dadurch nicht lang- fristig verschuldet.

Verkehrswege bürgernah und transparent planen Die Diskussionen über eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Planung unsere Verkehrswege haben mit den Debatten über das Bahnprojekt *Stuttgart 21* eine neue Dynamik erhalten. Gerade in überlang dauern- den Planungsverfahren muss immer wieder um die Akzeptanz in der Bevölkerung gerungen wer- den. Gleichzeitig klagen Vorhabenträger darüber, dass Planungsverfahren in Deutschland viele Jahre oder Jahrzehnte dauern.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich sicher, dass frühzeitige Informationen über Projekte von der Idee über die Planungs- bis zur Realisie- rungsfrage und die Beteiligung der Betroffen- en vor Ort gestärkt werden müssen. In jedem Schritt müssen für die Bürgerinnen und Bürger Transparenz hergestellt und Möglichkeiten be- nannt werden, welche Einflussmöglichkeiten auf die Planungen gegeben sind. Wir arbeiten an einem Konzept, mit dem wir konkrete Än- derungsvorschläge für eine bessere Bürgerbetei- ligung und eine Beschleunigung von Planungs- verfahren vorschlagen wollen.

Kommunen stärken, Klimaschutzziele erreichen Städte und Gemeinden sind durch wirtschaft- lichen Strukturwandel, demografischen Wandel, Klimawandel und die Fragen der Integration herausgefordert. Die Maxime sozialdemokra- tischer Politik war immer, die *Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen aktiv zu unterstützen*. Unsere erfolgreiche Politik der Ver- gangenheit wurde durch die Maßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung konterkariert.

Die *Kürzung der Städtebauförderung* durch die schwarz-gelbe Bundesregierung betrifft schmerzlich das Programm *Soziale Stadt*. Da- mit wird nicht nur in Beton, sondern vor allem in den sozialen Zusammenhalt der Stadtteile investiert. Der FDP war dies ohnehin ein Dorn im Auge. Ihr zuständiger Sprecher äußerte ent- larvend in der Haushaltsdebatte im März 2010: „Wir wollen uns darauf konzentrieren, mit dem Programm *Soziale Stadt* Investivmaßnahmen zu finanzieren. Die Zeit der nichtinvestiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshin- tergrund, ist vorbei ...“. Union und FDP kürzten das Programm *Soziale Stadt* im Haushalt 2011 von 95 Mio. auf nur noch 28,5 Mio. Euro und be- schränken es auf rein bauliche Maßnahmen. Wir haben den breiten gesellschaftlichen Pro- test zusammen mit Verbänden und Betroffen- en vor Ort organisiert und fordern eine Rück- kehr zur ursprünglichen Förderidee.

Das *CO2-Gebäudesanierungsprogramm* ist ein wahres Erfolgsprogramm des SPD-geführten Bundesbauministeriums. Es hilft Privatleuten genauso wie Kommunen, die ihren Wohnungs- bestand energetisch sanieren. Es sichert Arbeits- plätze beim regionalen Handwerk und es steuert umweltpolitisch. Bundesbauminister Ramsauer hat die Haushaltsmittel für die CO2-Gebäu- desanierung im Jahr 2011 halbiert, nur um sie dann selbstlobend mit Mitteln aus dem Klima- und Energiefonds wieder aufzustocken. Das För- dervolumen bleibt unter einer Mrd. Euro und damit weit hinter den erforderlichen Haushalts- mitteln zurück. Die Bundesregierung sorgt da- mit für eine sinkende Sanierungsquote. Wir wol- len energetische Gebäudesanierung forcieren. Wir fordern eine angemessene finanzielle Aus- stattung und intelligente Strategien, damit auch im Bereich des Wohnungsbaus die Klimaziele erreicht werden. Eine Aushöhlung von Mieter- rechten werden wir aber nicht mittragen.

Innen und Recht

Gegen den Überwachungsstaat. Für Demokratie. Für Bürgerrechte.

Eine moderne Rechtspolitik Gute Rechtspolitik muss Gesetz und Wirklich-

keit stets im Blick haben und veränderten Le- bensverhältnissen Rechnung tragen. Deshalb haben wir das *Familienrecht* in der vergangen- en Wahlperiode fortentwickelt und stellen uns den gegenwärtigen Herausforderungen. Dazu zählt die *elterliche Sorge für nichteheli- che Kinder*. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, die bisherige Regelung zu ändern und die Rechtsstellung nichtehelicher Väter zu stärken. Bislang ist die gemeinsame Sorge bei nicht verheirateten El- tern an die Zustimmung der Mutter gebun- den. Nach dem Urteil des Bundesverfassungs- gerichts gilt vorläufig, dass die Entscheidung der Mutter im Lichte des Kindeswohls gericht- lich überprüft und wenn nötig die Zustim- mung ersetzt werden kann. Wir wollen eine Neuregelung auf der Grundlage der Über- gangsregelung des Bundesverfassungsge- richts und dabei die beratende Aufgabe der Jugendämter stärken. Die *Reform des Unter- haltsrechts* ist seit dem 1. Januar 2008 in Kraft. Wir sammeln und diskutieren mit Verbänden und Familienrechtsexpertinnen und -exper- ten die praktischen Erfahrungen mit der Re- form. Wo Handlungsbedarf besteht sind wir für Korrekturen und Änderungen offen.

Das schreckliche Schicksal des zweijährigen Kevin, der im Jahre 2006 misshandelt zu Tode kam, hat schwerwiegende Mängel des *Vormundschafts- rechts* deutlich gemacht. Der zuständige Vor- mund betreute rund 200 Mündel und hatte keine Kenntnis von den katastrophalen Verhält- nissen, in denen das Kind lebte. Deshalb haben wir mit einem Antrag im Bundestag gefordert, die Zahl der Mündel je Vormund auf höchstens 40 zu begrenzen. Zudem wollen wir die ge- richtliche Kontrolle und die Zusammenarbeit zwischen Familiengericht und Jugendamt ver- bessern. Einzelvormundschaften sollen geför- dert werden.

Nachdem wir in den vergangenen Jahren die Angleichung des *Rechts der eingetragenen Le- benspartnerschaften* an das Recht der Ehe stetig vorangetrieben haben, ist es an der Zeit, die Lebensformen rechtlich vollständig gleich- zustellen. Dies fordern wir mit unserem An- trag *Gleichstellung eingetragener Lebenspart- nerschaften*.

Der *Frauenanteil in den Führungsgremien der Wirtschaft* hat sich auch 10 Jahre nach der Ver- einbarung der Bundesregierung mit den Spit- zenverbänden der Deutschen Wirtschaft zur Erhöhung des Frauenanteils nicht nennenswert verbessert. Deshalb ist eine gesetzliche Rege- lung der Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen dringend erforderlich. Wir unter- stützen dieses Anliegen im parlamentarischen Verfahren.

hat im April 2011 beschlossen, das Zugangser- schwerungsgesetz aufzuheben.

Die Erfahrungen mit *Verträgen, die im Internet geschlossen werden*, machen deutlich, dass dort ein wirksamerer Verbraucherschutz nötig ist. Wir brauchen einen besseren Schutz vor so genannten Kostenfallen im Internet. Wir for- dern die Einführung einer *Button-Lösung*, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor unge- wollten Verträgen schützt. Auch der Zunahme von missbräuchlichen Abmahnungen im In- ternet muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Im *Zivilprozess* können Berufungsgerichte eine *Berufung* unter bestimmten Voraussetzungen durch einstimmigen Beschluss zurückweisen. Eine Überprüfung dieser Entscheidung ist nicht möglich. Die Erfahrung zeigt, dass die Praxis der Gerichte sehr unterschiedlich ist und auch deshalb als ungerecht empfunden wird. Nach unserem Rechtsempfinden gehört die Möglichkeit, ein Urteil in einem Berufungs- verfahren überprüfen zu lassen, zu einem gu- ten Verfahren. Deshalb fordern wir in einem Gesetzentwurf, die Möglichkeit der Gerichte, Berufungen durch Beschluss zurückzuweisen, zu streichen.

In den vergangenen Jahren ist ein erschre- ckendes Ausmaß *sexuellen Missbrauchs* von Kindern an das Tageslicht gekommen. Ge- spräche mit Opfern und Opferverbänden ha- ben deutlich gemacht, dass unsere Verjäh- rungsfristen zu kurz sind. Die kurzen Fristen machen es häufig unmöglich, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, wenn es den trau- matisierten Opfern erst nach Jahren gelingt, ihr Schweigen zu brechen. Wir haben deshalb im November 2010 einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der *straf- und zivilrechtli- chen Verjährungsfristen* vorgelegt. Wir wol- len, dass die strafrechtliche Verjährungsfrist beim sexuellen Missbrauch von Kindern und minderjährigen Schutzbefohlenen auf 20 Jahre erhöht wird. Das entspricht der Verjäh- rungsfrist bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung. Außerdem wollen wir die *zivil- rechtliche Verjährungsfrist* für Ansprüche wie Schadensersatz und Schmerzensgeld auf 30 Jahre erhöhen. Die Bundesregierung hat zwar unsere Forderung nach einer Verlängerung der zivilrechtlichen Verjährungsfrist über- nommen. Ohne Änderung der strafrechtli- chen Verjährung reicht das aber nicht aus.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsge- richts vom 4. Mai 2011 ist dem Gesetzgeber von *Bundespolizei* und *Bundeskriminalamt* sind in der Schublade verschwunden, nach- dem sich Experten und Polizeigewerkschaften einstimmig gegen eine neue Mammutbehör- de gewandt haben. Auch wir haben uns klar gegen diese Pläne ausgesprochen.

straftäter können bis dahin unter strengen Voraussetzungen weiter untergebracht blei- ben. Zugleich bestätigt das Verfassungsgericht die Grundlinien der Reform des Rechts der Si- cherungsverwahrung, die die SPD-Fraktion im Herbst 2010 mitgetragen hat. Die Beschrän- kung der Sicherungsverwahrung auf hochge- fährliche Gewalt- und Sexualstraftäter und die Therapieunterbringung ist in dieser Re- form angelegt. Wir können nun unsere Forde- rung durchsetzen, diese Einschränkung noch konsequenter und klarer zu fassen. Die Koaliti- on kann sich nicht mehr daran vorbeimogeln, dass die nachträgliche Sicherungsverwahrung im Jugendstrafrecht ebenfalls reformiert wer- den muss. Gemeinsam mit den Ländern wol- len wir dafür sorgen, dass der Bund seiner Ver- antwortung für die wesentlichen Leitlinien eines neuen Gesamtkonzepts gerecht wird und das Abstandgebot zwischen Straftaft und Unterbringung in den Ländern praktisch um- gesetzt werden kann.

Zur Frage der Speicherung von Telekommuni- kationsverbindungsdaten, der sogenannten *Vorratsdatenspeicherung*, haben wir auf der Grundlage der strengen Voraussetzungen des Bundesverfassungsgerichts unsere Forderun- gen zur Überarbeitung der EU-Richtlinie for- muliert. Wir befürworten eine Verkürzung der Speicherfristen auf deutlich unter 6 Monate und wollen die Nutzung der Daten auf schwerste Straftaten beschränken.

Innenpolitik mit Augenmaß: Freiheit und Sicherheit

Die *Sicherheitsgesetze*, die nach den Anschlä- gen vom 11. September 2001 erlassen worden sind, stehen zur Überprüfung an. Sie treten Ende 2011 außer Kraft, sollten sie nicht vorher verlängert werden. Bereits im Frühjahr haben wir die Bundesregierung daher in einem An- trag aufgefordert, die gesetzlich vorgesehene *Evaluierung* alsbald vorzunehmen und dabei unter Beteiligung wissenschaftlichen Sach- verstandes die Häufigkeit und Intensität von Eingriffen in die Grundrechte sowie die Wirk- samkeit der Regelungen zu untersuchen. Wir wollen, dass die Regelungen, die sich tatsäch- lich bewährt haben und weiter notwendig sind, verlängert werden.

Die von der Regierungskoalition angekündig- te Überprüfung und Fortentwicklung der *Ar- chitektur unserer Sicherheitsorgane* ist bislang gescheitert. Die Pläne zur Zusammenlegung von *Bundespolizei* und *Bundeskriminalamt* sind in der Schublade verschwunden, nach- dem sich Experten und Polizeigewerkschaften einstimmig gegen eine neue Mammutbehör- de gewandt haben. Auch wir haben uns klar gegen diese Pläne ausgesprochen.

Maklerkosten belasten Mieter immer stärker. Mit unserem Antrag *Maklerkosten gerecht verteilen* haben wir auf den unakzeptablen Zustand reagiert, dass Makler häufig vom Ver- mieter beauftragt und auch in dessen Interes- se tätig werden, die Kosten jedoch in voller Höhe auf den Mieter abgewälzt werden. Wir fordern, dass die Maklercourtage zukünftig von beiden Parteien zur Hälfte getragen wird.

Internet und digitale Gesellschaft stellen das Urheberrecht vor vielfältige Herausforderun- gen. Daher müssen wir das **Urheberrecht** wei- ter an die Erfordernisse der digitalen Gesell- schaft anpassen. Wir setzen uns dafür ein, zeitgemäße Rahmenbedingungen für die Ver- wertung und Vergütung von geistigem Eigen- tum in der digitalen Welt zu schaffen, ohne die Freiheit der Information und Kommunikation im Internet zu beschränken.

Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht. Die Bundesregierung hat hierzu noch nichts vor- gelegt. Eines aber ist sicher: es wird eher eine Minimallösung geben, als den erhofften gro- ßen Wurf. Wir wollen mehr und die Situation von wissenschaftlichen Urhebern durch Ein- führung eines *Zweitverwertungsrechts* für überwiegend mit öffentlichen Mitteln geför- derte Forschungsergebnisse verbessern und die Nutzung *verwaister und vergriffener Werke* durch gesetzliche Erleichterung des Rechteer- werbs möglich machen. Dazu haben wir Initi- ativen gestartet. Gleichzeitig soll das Urheber- recht den Kulturschaffenden auch in der digitalen Welt ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums er- möglichen. Daher wollen wir die *Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern* z.B. ge- genüber Verlegern und sonstigen Verwertern im Urhebervertragsrecht stärken. Auch die re- striktiven Regeln für die Vergütungsfreiheit von Aufführungen von Kindern z.B. an Schulen und im Rahmen anderer sozialer Veranstal- tungen müssen kritisch hinterfragt und wenn möglich moderat erweitert werden.

Internetsperren sind weder zur Bekämpfung von Internetpiraterie noch zur Bekämpfung von Kinderpornografie geeignet. Sie können leicht umgangen werden und sind mit Eingrif- fen in Freiheitsrechte Dritter verbunden. Nur eine konsequente Löschung und Strafverfol- gung dieser Inhalte bringen uns weiter. Die Erfahrungen belegen, dass strafbare Inhalte auch im Ausland erfolgreich binnen kurzer Zeit gelöscht werden können. Deshalb wollen wir das Zugangser schwerungsgesetz korrigie- ren und haben bereits Anfang 2010 einen Ge- setzentwurf zur Aufhebung des Gesetzes in den Bundestag eingebracht. Das Engagement von vielen hat Wirkung gezeigt: Die Koalition

Integration: Gemeinsam in Deutschland. Für ein plurales Land.

Deutschland ist ein Einwanderungsland – mit vielen Erfolgsgeschichten vom Ankommen und Neubeginnen ebenso wie mit manchen Problemen des Scheiterns. Einwanderung und kulturelle Unterschiede, gerade wo sie mit Alltagskriminalität in Verbindung stehen, sind in den Medien immer für eine Schlagzeile gut. Die Geschichten vom Gelingen sind es leider nicht. Der Erfolg der Integration aber ist der Erfolg von vielen engagierten Menschen, die für sich und andere für den sozialen Zusammenhalt unseres Landes eintreten. Die Sozialdemokratie ist für sie politische Heimat. Wir wollen ein plurales Land, in der die Zukunft nicht von Herkunft abhängt.

Die schwarz-gelbe Koalition rettet sich in die gestrige Polemik gegen die *multikulturelle Gesellschaft*. Angela Merkel ließ sich für den Spruch „Multi-Kulti ist gescheitert“ von den Konservativen ihrer Partei feiern. Sie instrumentalisiert die Integrationsdebatte für ihren innerparteilichen Frieden. Die CDU diffamiert Menschen als „Integrationsverweigerer“, doch sie verweigert Tausenden, die teilnehmen wollen, die Plätze in Integrationskursen – eine verlogene Haltung. Auch die von Thilo Sarrazin entzündete Debatte sorgte für eine Welle der Negativmeldungen über die Integrations-

politik. Über die Probleme von fehlenden Bildungsabschlüssen, Arbeitslosigkeit und Kriminalität brachte sie nichts Neues. Für Lösungswege war sie unfruchtbar. Geblieben sind viele Verletzungen.

Integration praktisch: Für Bürgerrechte

Die SPD-Bundestagsfraktion geht Integration praktisch an. Schon kurz nach dem Regierungswechsel haben wir Gesetzentwürfe und Anträge zu Themen vorgelegt, denen sich die Koalition verweigert oder bei denen sie ebenso spät wie zögerlich handelt: *Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse*, *Bleiberechtsperspektiven* für langjährig Geduldete, *kommunales Wahlrecht* für alle langjährig rechtmäßig ansässigen Ausländer und die *Anerkennung doppelter Staatsbürgerschaft*. Doch Integration geht über diese Fragen hinaus.

Was ist deutsch im 21. Jahrhundert?

Die immer wiederkehrenden Ängste in der Integrationsdebatte haben mit Identitätsfragen und Unsicherheiten zu tun. Wie verändert sich unser Land? In einem Forum mit Frank-Walter Steinmeier, dem FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher, der taz-Autorin Hilal Sezgin und vielen Teilnehmern aus Kulturszene, Medienbetrieb und Migrantenorganisationen haben

wir die Frage nach dem Deutschsein gestellt. In einer kontroversen Debatte haben wir die Chancen einer pluralen Republik ausgelotet. Einwanderung brauchen wir. Wer eingewandert ist, muss aber auch dazugehören können. Wenn kluge Köpfe Deutschland wieder verlassen, weil sie hier nicht heimisch werden, fehlt etwas. Wir brauchen interkulturelle Kompetenz.

Integration als Projekt Zukunft

Im Januar 2011 hat die Fraktion ein umfassendes *Integrationskonzept* vorgelegt, das Vorschläge für verschiedene Politikfelder formuliert. Von der Bildungs- über die Arbeitsmarktpolitik, von der Jugend- bis zur Seniorenpolitik, von der Gesundheit bis zum Sport, vom bürgerschaftlichen Engagement bis zur Stadtplanung gilt: Die besonderen Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten müssen berücksichtigt werden. Dieses Konzept werden wir mit gesellschaftlichen Gruppen diskutieren und fortentwickeln.

Unter Leitung von Aydan Özoğuz haben wir im Rahmen unseres Arbeitsprogramms Deutschland 2020 eine Projektgruppe Integration ins Leben gerufen, die diesen Prozess der Vernetzung voranbringt.

Auch im *Datenschutz* zeigt die Koalition, dass ihr einseitiges Sicherheitsdenken wichtiger ist als Bürgerrechte. Gleich zu Beginn der Wahlperiode knickte die Bundesregierung auf europäischer Ebene ein, als es um den Austausch von *Bank-Daten* mit den USA ging. Hatte sie zunächst noch auf hohen Datenschutzerfordernissen bestanden, machte sie nun den Weg frei für ein Übereinkommen, das in Bezug auf Rechtsschutz, Weitergabe sensibler Daten an Drittstaaten oder Auskunftsansprüche weit hinter grundlegenden Maßstäben zurückblieb. Dagegen legten wir einen Antrag mit ausführlichen Datenschutzanforderungen vor, die ein neues Abkommen hätte enthalten müssen. Diesen Weg werden wir fortsetzen: Derzeit wird auf EU-Ebene über eine Richtlinie zur Speicherung von *Fluggastdaten* verhandelt. Wir werden erneut klare Anforderungen an das Datenschutzniveau formulieren. Beim innerstaatlichen Datenschutz zeigt die FDP, dass sie ihrem Anspruch als Bürgerrechtspartei nicht gerecht wird. Erst im Dezember 2010 legte die Koalition einen Entwurf zum *Beschäftigtendatenschutz* vor, was wir schon zu Beginn der Wahlperiode getan haben. Doch wo wir auf ein *eigenständiges Gesetz* zum effektiven Schutz von Arbeitnehmern setzen, will sich die Koalition mit einzelnen Änderungen im bestehenden Bundesdatenschutzgesetz be-

gnügen. Und selbst diese dienen eher der Legalisierung vergangener Datenschutzskandale als dem Schutz von Arbeitnehmern. So beschert die Koalition den Betroffenen umfassende Videoüberwachung, Auswertung privater Telefongespräche und Bespitzelung bis in den privaten Lebensbereich hinein.

Die vor 10 Jahren von der rot-grünen Bundesregierung ins Leben gerufenen *Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus* und für die Stärkung der Demokratie sind erfolgreich. Viele Träger leiden jedoch unter der immer noch unsicheren Finanzierung. Mit einem Entschließungsantrag zum Entwurf des *Bundeshaushaltes 2010* haben wir deshalb gefordert, die Programme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu verstetigen und durch den Aufbau einer *Bundestiftung* langfristig zu sichern. Mit unserem Antrag *Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit – Zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig unterstützen* fordern wir, dauerhafte Strukturen zu schaffen, die sich nicht nur auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus beschränken, sondern auch die Werte der Demokratie vermitteln. Die Vermischung der bestehenden Programme und die Zusammenlegung der Haushaltstitel gegen Rechtsextremismus mit



Foto: Lichtblick / Achim Welke

Der Frühjahrs Empfang der Fraktion am 11. April 2011 stand ganz im Zeichen des 50. Jahrestages des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens.

dem Haushaltstitel gegen Linksextremismus und Islamismus seit dem Haushaltsjahr 2011 soll umgehend rückgängig gemacht werden. Die Kürzung der Mittel im Haushaltsjahr 2011 für die *Bundeszentrale für politische Bildung* ist ein falsches Zeichen und steht im Widerspruch zu Aussagen im Koalitionsvertrag, wonach die Ursachen von Extremismus „mit einem langfristigen Engagement und nachhaltiger Prävention“ bekämpft werden sollen.

Im Sommer 2008 hatte das Bundesverfassungsgericht das geltende Bundestagswahlrecht als

verfassungswidrig gerügt und dem Gesetzgeber eine Änderung bis spätestens zum 30. Juni 2011 aufgegeben. Noch in der Großen Koalition wäre eine *Wahlrechtsänderung* möglich gewesen, die aber CDU und CSU hintertrieben, weil sie sich bei der Bundestagswahl 2009 einen Erfolg durch Überhangmandate erhofften. Deshalb ist auch in dieser Wahlperiode eine einvernehmliche Neuregelung bis jetzt nicht zustande gekommen; die Koalitionsparteien haben noch nicht einmal einen Entwurf vorgelegt. Der Gesetzentwurf unserer Fraktion sieht vor, die durch Überhangmandate verfassungswidrig verzerrte Sitzverteilung auszugleichen und die vom Bundesverfassungsgericht beanstandete Auswirkung des sogenannten negativen Stimmgewichts zu beseitigen.

Kultur und Medien

Kultur und Medien sind für die SPD-Bundestagsfraktion Teil einer offenen, bunten und vielfältigen demokratischen Gesellschaft. Kunst und Kultur hinterfragen gesellschaftliche Entwicklungen kritisch und versuchen, diese positiv zu beeinflussen. Kultur schafft Bewusstsein, Identität und die Freiheit zur Entwicklung des Einzelnen. Unabhängige Medien informieren, klären auf, erklären Zusammenhänge und Hintergründe, unterhalten, eröffnen Zugang zu Politik, Bildung und Kultur und sind konstituierend für unsere demokratische Gesellschaft und Öffentlichkeit.

Seit Herbst 2009 haben wir wichtige Themen in die Arbeit des Ausschusses für Kultur und Medien sowie die als Querschnittsausschüsse konzipierten Unterausschüsse Neue Medien und Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eingebracht. In der Opposition bestimmen wir auf diese Weise die kultur- und medienpolitische Agenda auf Bundesebene mit. Im Mittelpunkt standen dabei

- die *öffentliche Kulturförderung* durch Bund, Länder und Kommunen, hierbei insbesondere die Entlastung der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen Kommunen und ihrer Aufgaben der öffentlichen Kulturförderung; in den Haushaltsberatungen haben wir uns erfolgreich für die finanzielle Sicherung des Denkmalschutzprogramms und mehr Mittel für die Kulturstiftung des Bundes eingesetzt;
- eine vitale *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik*, hierbei insbesondere die Fortsetzung der von Außenminister Frank-Walter Steinmeier begonnenen, erfolgreichen Initiativen zur Stärkung des Goethe-Instituts, der Deutschen Auslandsschulen und der Außenwissenschaftspolitik sowie der Künstlerakademie Tarabya in Istanbul;
- die *Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern*, von Autoren und Journalisten; hierbei haben wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgreich u.a. für die Fortsetzung der Förderung des Bundes für die Stiftung TANZ – Transition Zentrum Deutschland eingesetzt, die Tänzerinnen und Tänzern während der Ausbildung, der Karriere und insbesondere nach Ende ihrer Laufbahn beim Übergang in einen neuen Beruf vermittelnd und beratend zur Seite steht;
- eine bessere *kulturelle Bildung und Medienkompetenz* von Kindern und Jugendlichen;
- die Herausforderungen und Chancen der *Digitalisierung für Kulturgüter* und -Institutionen, hierbei insbesondere die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Digitalisierung der Kinos, um diese als wichtige Orte des kulturellen und sozialen Zusammenlebens auch in der Fläche zu erhalten sowie beim Aufbau der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) im Rahmen der EUROPEANA;

- die Sicherung eines zukunftsfähigen *dualen Rundfunksystems* und einer starken Presse-landschaft auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten;
- der Erhalt der bestehenden *Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien*, die Sicherstellung der Presse- und Rundfunkfreiheit, hierbei standen insbesondere in enger Abstimmung mit den Ländern die Vorbereitung der *Normenkontrollklage* in Zusammenhang mit der parteipolitisch motivierten Abwahl des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender sowie die Bedeutung von demokratischen Grundwerten der Presse- und Meinungsfreiheit auf europäischer Ebene im Zusammenhang mit dem ungarischen Mediengesetz im Fokus;
- und ein offener Umgang mit den Herausforderungen und Chancen des Internets, hierbei insbesondere die Formulierung einer modernen *Netzpolitik* als Gesellschaftspolitik, die Rücknahme des sog. Zugangserschwerungsgesetzes, die Wahrung des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte in der digitalen Gesellschaft, die Anpassung des Urheberrechts an die Herausforderungen der digitalen Welt, die Stärkung der Medienkompetenz und der Ausbau der Breitbandversorgung sowie die gesetzliche Verankerung von Netzneutralität.

Ende dieses Jahres läuft die Regelüberprüfung nach dem *Stasi-Unterlagen-Gesetz* aus. Deshalb und zur Verbesserungen des Aktenzugangs für Betroffene, Wissenschaft und Forschung ist eine Novellierung des Gesetzes erforderlich. Wir treten dafür ein, dass bis 2019 die Möglichkeit besteht, Angehörige des Öffentlichen Dienstes auf eine frühere Stasi-Mitarbeit zu überprüfen. Eine Ausweitung des Kreises der Personen, die überprüft werden, tragen wir jedoch nur mit, wenn konkrete tatsächliche Anhaltspunkte für eine Stasitätigkeit vorliegen.

Enquete-Kommission Internet: Die digitale Gesellschaft denken und gestalten.

„Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt und trägt maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei.“ Mit diesen Worten beginnt der Antragstext der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, mit dem der Deutsche Bundestag im März 2010 einstimmig die Einsetzung einer Enquete-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* beschlossen hat (BT-Drs. 17/950).

Das Internet ist mehr als ein Instrument der Kommunikation. Es durchdringt alle Bereiche des Lebens, vom privaten Alltag bis zur wirtschaftlichen Wertschöpfung. Es formt die Le-

bensgestaltung und Wahrnehmung, es verändert die Politik, es wird zum Freizeitraum, zum Arbeitsplatz, zum Platz für Protest und Engagement – und die Grenzen zwischen diesen Bereichen fließen. Die digitale Gesellschaft nimmt Gestalt an. Daraus erwachsen Fragen, wie die Freiheit im Netz gegen Machtinteressen geschützt, wie eine digitale Spaltung der Gesellschaft abgewendet, wie unbegrenzte Informationen eingeordnet und bewertet werden können, aber auch Probleme von Urheberschaft, Verantwortung, Sicherheit und Datenschutz.

Nach den schwierigen netzpolitischen Debatten in den vergangenen Jahren ist die Einsetzung einer Enquete-Kommission *Internet und digitale*

Gesellschaft ein Beleg dafür, dass Netzpolitik kein Nischenthema mehr ist, sondern als Herausforderung und Auftrag zur Gestaltung der digitalen Gesellschaft Eingang in die politischen Debatte gefunden hat. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Initiative zur Einsetzung einer Enquete-Kommission unterstützt. Wir wollen die Grundsatzdebatte, ohne wichtige aktuelle Fragen wie etwa Netzneutralität, Datenschutz im Internet oder Urheberrecht in der digitalen Welt auf die lange Bank zu schieben.

Vordenken in komplexen Problemen

Aufgabe von Enquete-Kommissionen ist es, zu wichtigen Zukunftsfragen und abseits des politischen Tagesgeschäfts Lösungsansätze für die

komplexe technische, ökonomische oder gesellschaftliche Fragestellungen zu finden. Sechs Schwerpunktthemen umfasst der Arbeitsauftrag: *Kultur und Medien, Wirtschaft und Umwelt, Bildung und Forschung, Verbraucherschutz, Recht und Innen sowie Gesellschaft und Demokratie.*

Mitmachen als Markenzeichen:

Die Online-Beteiligung

Mit der Konstituierung der Kommission ging unter der Adresse bundestag.de/internetenquete die Microsite der Enquete-Kommission online,

die dann schnell um Blog und Forum erweitert wurde, um den tatsächlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen. Wir haben durchgesetzt, dass darüber hinaus die Online-Beteiligungsplattform *Adhocracy* unter der Adresse enquetebeteiligung.de an den Start gehen konnte. Dieses Beteiligungssystem, der so genannte 18. Sachverständige der Enquete Kommission, soll es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Textentwürfe der Kommission zu kommentieren, Änderungsvorschläge zu unterbreiten oder eigene Vorschläge einzubringen.

Sport braucht Politik. Wir fördern Engagement

Sport ist die größte Bürgerbewegung Deutschlands. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Sportlerinnen und Sportler sowie die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ein.

Konsequent gegen Doping

Wir kämpfen konsequent gegen Doping verschrieben. So wurde auch auf unsere Initiative jede finanzielle Zuwendung des Bundes an die Sportverbände vom Kampf gegen Doping abhängig gemacht. Die sogenannten Anti-Doping-Berichte muss jeder Zuwendungsempfänger im Sport einmal jährlich abgeben; damit sind die Verbände gezwungen, sich intensiv mit dem Thema Doping auseinanderzusetzen. Dabei haben wir immer versucht, die Balance zwischen glaubwürdigem Anti-Dopingkampf und den praktischen Möglichkeiten und Problemen der Verbände zu finden. Übermäßige Strafen haben wir genauso abgelehnt, wie halbherziges Agieren und klammheimliches Wegsehen durch die Verbände. Die Anti-Doping-Berichte der vergangenen Jahre dokumentieren eine stetige Verbesserung und Intensivierung des Kampfs gegen Doping.

In der 16. Wahlperiode haben wir den *nationalen Dopingpräventionsplan* auf den Weg gebracht haben auf dessen Umsetzung gedrungen. Ein wichtiger Eckpfeiler im Anti-Doping-Kampf ist die *Nationale Anti-Dopingagentur (NADA)*. Die SPD-

Fraktion hat für eine solide finanzielle Ausstattung der NADA und eine dauerhafte Förderung gekämpft. Leider sehen die Regierungsfaktionen in den Zuwendungen an die NADA Sparpotential, was von uns entschieden abgelehnt wird.

Schwarz-Gelb hat im Bundeshaushalt 2010 den *Goldene Plan Ost* ersatzlos gestrichen. Mit diesem Programm wurde über viele Jahre die mangelhafte Sportstätten-Infrastruktur im Osten Deutschlands saniert. Trotzdem setzen wir uns weiter dafür ein, diesen Ansatz zu einem gesamtdeutschen Instrument der Sportstättenförderung weiterzuentwickeln.

Auch die Auswirkungen des neuen *Rundfunkstaatsvertrags* auf den Sport haben die SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt. Durch das Verbot von Programmsponsoring sind viele Sportübertragungen abseits des Fußballs stark gefährdet, da sich die Ausnahmetatbestände – bis auf Olympische und Paralympische Spiele – nur auf den Fußball beziehen. Ohne die Möglichkeit von Programmsponsoring können die Verbände wesentliche Teile des Sportangebots nicht mehr wirtschaftlich vermarkten, so dass die Kosten internationaler Sporttreffen nicht gedeckt werden können. Dann entfallen solche internationalen Großveranstaltungen in Deutschland ganz. Deshalb haben wir im Sportausschuss einen Antrag gestellt, mit dem die Ministerpräsidenten gebeten wurden, die Regelung zu überprüfen. Der Antrag ist von den anderen Fraktionen übernommen und gemeinsam beschlossen worden.

Die SPD-Fraktion hat die Bewerbung der Landeshauptstadt München für die *Olympischen Winterspiele 2018* seit langem mit Nachdruck unterstützt. Schon frühzeitig hat die AG Sport auf die Probleme in Garmisch-Partenkirchen reagiert und war vor Ort, um mit den Befürwortern und Gegnern der Olympiabewerbung in einen konstruktiven Dialog zu treten. Auf unser Drängen hat sich der Sportausschuss vor dem positiven Ergebnis des Bürgerentscheids mit dem Stand der Olympiabewerbung befasst, um den politischen Rückenwind des Bundestages für die Austragung der Winterspiele und der Paralympics

Für die Arbeit der Enquete-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* ist diese Transparenz und das Erproben von neuen Beteiligungsmöglichkeiten aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion von entscheidender Bedeutung, denn nur dann kann man auch die Potenziale der Digitalisierung und Vernetzung für die Politik, das Parlament und unsere demokratisch verfasste Gesellschaft bewerten und heben.

2018 in Deutschland öffentlich zu demonstrieren.

Die *FIFA Fußball WM der Frauen 2011* war ein tolles Ereignis. Wir haben die Austragung in Deutschland von Anfang an unterstützt und begleitet.

Ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit der AG Sport der SPD-Bundestagsfraktion lag in der Begleitung der Verhandlungen der Länder über einen neuen *Glücksspielstaatsvertrag*. Über Lotto werden jedes Jahr 500 – 800 Mio. Euro an die Landessportverbände überwiesen. Dies bildet neben Mitgliedsbeiträgen die zentrale Grundlage der Finanzierung des Breitensports. Deshalb und auch im Interesses der Suchtprävention haben wir uns für den Erhalt des bisherigen Monopols eingesetzt.

Europa

Gegen Populismus. Für Europa.

Mit *Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009* haben nicht nur die europäischen Institutionen, allen voran das Europäische Parlament, an Mitwirkungsrechten hinzugewonnen, sondern auch die nationalen Parlamente, die jetzt stärker Einfluss auf die europäische Agenda nehmen können. Die nationale Politik wird europäischer. Viele Fragen der Innen- und Rechtspolitik, der Wirtschafts- und Technologiepolitik, der Umwelt- und Energiepolitik, vor allem aber auch der Finanzpolitik sind nur im erweiterten europäischen Horizont zu beantworten. Die Finanzmarktkrise und in ihrer Folge die Schuldenkrise im Euroraum haben wie kaum eine andere politische Frage die Bedeutung und die Gefährdung der europäischen Einheit zu Bewusstsein gebracht. Die SPD-Bundestagsfraktion räumt europapolitische Fragestellungen hohe Priorität ein, pflegt einen sehr engen Informationsaustausch mit den SPD-Europaabgeordneten, nimmt Vorhaben auf europäischer Ebene frühzeitig auf und bündelt die Kompetenzen der Arbeitsgruppen der Fraktion, um komplizierte Probleme zu lösen. Die europäische Einheit ist keine Selbstverständlichkeit und kein Selbstläufer. Sie muss gerade in unserer Zeit neu

Schuldenkrise und Euro-Rettung: Schuldenabbau. Wachstum. Solidarität in Europa.

Schon im Herbst 2009, spätestens aber Anfang 2010 war klar, dass Griechenland in eine schwere Staatsfinanzierungskrise rutscht. Mit den Meldungen über die Höhe des griechischen Defizits stiegen auch die Zinsaufschläge für griechische Staatsanleihen. Ein Mitglied der Eurozone geriet an den Rand des Staatsbankrotts. Viel zu lange ignorierte die schwarz-gelbe Bundesregierung die Entwicklung. Auf mehrfache Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion antworteten die Vertreter des Finanzministeriums, Außenminister Westerwelle und Angela Merkel inhaltlich. Bis unmittelbar vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 wollte Merkel den Wählerinnen und Wählern weis machen, Griechenland brauche keine Hilfe.

Dieses Kalkül endete in einem politischen Desaster. Überstürzt und mit völlig unzureichender Beteiligung des Parlaments musste ein 110-Mrd.-Euro-Rettungspaket für Griechenland und kurz darauf ein Rettungsschirm von 750 Mrd. Euro für die Euro-Zone geschnürt werden, denn auch Irland und Portugal gerieten in eine Staatsschuldenkrise.

Hilfe ja, aber mit den richtigen Mitteln

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich der Euro-Rettung nicht in den Weg gestellt. Wir haben aber von Anfang an kritisiert, dass das Rettungspaket nicht ausreicht, um die Krise dauerhaft zu lösen. Ein Jahr nach der Griechenland-Hilfe zeigte sich im Frühjahr 2011, dass das Land in einer Rezessions-Schulden-Spirale steckt und trotz erheblicher Sparbeschlüsse nicht weniger, sondern noch mehr Schulden hat. Eine dauerhafte Lösung muss den Schuldenabbau mit einer Wachstumsperspektive verbinden, die Gläubiger beteiligen und durch eine Finanztransaktionssteuer neue Spielräume für Investitionen ermöglichen.

Mit dem Entschließungsantrag zur *Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 16./17. Dezember 2010 in Brüssel* hat die SPD-Bundestagsfraktion auf das desolate Verhalten der Bundesregierung reagiert, die es verpasst hat, ein klares Bekenntnis von Deutschland zur Solidarität in der Eurozone abzugeben. Dadurch wurde der Preis für die Stabilisierung

der Eurozone immer weiter in die Höhe getrieben. Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise darf nicht allein den Bürgerinnen und Bürgern der Eurozone durch massive Einschnitte beim Lebensstandard oder bei öffentlichen Leistungen aufgebürdet werden. Deshalb haben wir die Bundesregierung aufgefordert, private Gläubiger in jedem Fall in einen Umschuldungs- und Restrukturierungsmechanismus einzubeziehen, dafür zu sorgen, dass bis zur Einführung eines permanenten Krisenbewältigungsmechanismus auch begleitende Maßnahmen ergriffen werden, um die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise einzuschränken, sowie auftretende Schwierigkeiten frühzeitig und transparent offengelegt werden, um so für eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu sorgen. Weiter müssen die nationalen Steuerpolitiken wie auch die Steuerverwaltungen besser zusammenarbeiten, um unfairen Steuerwettbewerb und Steuerflucht zu vermeiden. Eine Harmonisierung der Mehrwertsteuer ist hierbei unausweichlich. Der Bundesregierung muss klar werden, dass sich die Europäische Union in einer historischen Bewährungsprobe befindet. Nationale Egoismen dürfen den gemeinschaftlichen Zusammenhang nicht gefährden. Nur so können wir innerhalb und mit der Europäischen Union den Herausforderungen der Globalisierung begegnen.

Unser Antrag, *Herstellung des Einvernehmens bezüglich der Ergänzung von Artikel 136 AEUV zur Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus verantwortlich gestalten* sowie der darauf folgende Änderungsantrag, bezogen sich auf die im März 2011 stattgefundenen europäischen Gipfel (des Europäischen Rates sowie des Eurogruppen Sondergipfels), auf welchen relevante Entscheidungen bezüglich der Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) getroffen wurden. Der ESM soll den bisherigen Rettungsschirm (EFSF und EFSM) ablösen. Hierfür wird der Vertrag von Lissabon in Art. 136 AEUV durch einen zusätzlichen Absatz geändert. Das Einvernehmen zur entsprechenden Vertragsänderung wurde entsprechend der Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages (nach § 10 Abs. 3 EUZBBG i.V.m. § 10 Abs. 1 und 2 EUZBBG) hergestellt. Doch die SPD-Bundestagsfraktion stellte klar, dass zur Stabilisierung des Euro-Währungsgebietes die Schaf-

fung eines ESM zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist. Sowohl bei der Vertragsänderung als auch künftig bei der Etablierung des ESM und seiner Aktivierung, müssen die bestehenden Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages nach GG, IntVG und EUZBBG gewährleistet sowie – wo nötig – erweitert werden. Die demokratische Legitimation durch Beteiligung der nationalen Parlamente wie des Europäischen Parlaments bei der Implementierung und Ausgestaltung des ESM, die Beteiligung des Deutschen Bundestages bei der Etablierung des ESM sowie bei der Umsetzung der Vertragsänderung ein Gesetz nach Art. 23 GG Abs. 1 zu gewährleisten, sind und bleiben unsere zentralen Bedingungen. Darüber hinaus muss das EUZBBG so weiterentwickelt werden, dass Beteiligungsrechte bei Entscheidungen der Eurogruppe (Akteur beim ESM) gewährleistet werden und auf EU-Ebene eine Rekapitalisierungs- und Restrukturierungsinstitution geschaffen wird.

Im März 2011 stellte die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag zu der *Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat in Brüssel am 24./25. März 2011*, da sich die bislang in der Finanzkrise ergriffenen Maßnahmen einseitig auf die Schuldenreduzierung der öffentlichen Haushalte und eine strikte Austeritätspolitik beziehen. Dies greift zu kurz. Statt eines zahnlosen konservativen Paktes für Wettbewerbsfähigkeit ist eine Strategie für stabiles Wachstum und Beschäftigung in Europa von Nöten.

Wir haben erkannt, dass hierzu die existierenden makroökonomischen Ungleichgewichte problematisch sind. Gemeinsame Regeln und Ziele, die ein Gleichgewicht von exportorientierter Wettbewerbsfähigkeit und Binnennachfrage in allen EU-Staaten sicherstellen, sind hier unabdingbar. Auch eine stärker koordinierte Fiskalpolitik und eine Beteiligung der Verursacher an den Kosten der Krise, wie durch die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, müssen durchgesetzt werden. Durch Gemeinschaftsanleihen oder ein System der Verbundhaftung können dauerhafte europäische Stabilitätsmechanismen zur Sicherung der Refinanzierung von Staaten errichtet werden. Den Fehler, Staatsschulden nur durch Sparmaßnahmen zu reduzieren, gilt es mit einer angemessenen Wachstumspolitik zu verhindern.

zur *Europäischen Bürgerinitiative* verabschiedet. Hierin halten wir fest, dass die Initiative einen wichtigen Beitrag leisten kann, um europäische Debatten verstärkt in den öffentlichen Raum zu transportieren. Die Europäische Bürgerinitiative ist eine der zentralen Neuerungen des Vertrags



Foto: Lichtblick / Achim Meide

Insbesondere die weiblichen Mitglieder der Fraktion drückten unserer Nationalmannschaft die Daumen.

von Lissabon. Sie schafft erstmalig ein Element der direkten Bürgerbeteiligung an europäischer Politik. Sie eröffnet endlich die Chance, dass sich Bürgerinnen und Bürger konkret an der Gestaltung europäischer Politik beteiligen können. Hierfür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Verfassungskonvent erfolgreich die Einführung direktdemokratischer Elemente erstritten und wollen jetzt zu ihrem Gelingen in der Praxis beitragen. Wir haben deshalb im Juni 2010 einen entsprechenden Antrag *Europäische Bürgerinitiative bürgerfreundlich gestalten* in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Mit der im März 2010 verfassten Kleinen Anfrage und dem darauf gefolgten Antrag im Juni 2010, den *Europäischen Auswärtigen Dienst im Dienste aller EU-Institutionen handlungsfähig und wirkungsvoll auszugestalten*, hat die SPD-Bundestagsfraktion klar Partei ergriffen, eine Lösung zu finden, die von allen europäischen Institutionen längerfristig respektiert und unterstützt wird. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) muss demnach derart ausgestaltet werden, dass die Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union bei ihrer Arbeit maßgeblich unterstützt wird. Nur so kann in Europa nach dem Vertrag von Lissabon ein einheitliches, kohärentes und wirksames außen- und sicherheitspolitisches Handeln der EU entwickelt werden. Damit forderten wir gleichzeitig, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag durch Maßnahmen wie Berichte und Kontrollregelungen stärker als bisher von der Bundesregierung vorgesehen in die längerfristige Ausgestaltung des EAD einzubeziehen. Nur wenn der EAD als echtes Gemeinschaftsprodukt aller europäischen Institutionen aufgebaut wird, wird er als neues, identifikationsstiftendes Element der EU betrachtet und genutzt werden.

Ebenfalls im März 2010 haben wir mit einem Antrag, den *EU-Beitrittsgesuch Islands unterstützen und verantwortungsvoll begleiten*, die Bundesregierung aufgefordert, der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island zuzustimmen. Zuvor haben wir jedoch beanstandet, dass hierbei nicht der nach den Begleitgesetzen zum Vertrag von Lissabon formell korrekte Weg der Einvernehmensherstellung von der Bundesregierung eingeleitet worden ist. Vor dem Hintergrund der langjährigen EWR-Mitgliedschaft Islands erwarten wir ergebnisorientierte und zügige Verhandlungen. Bestehende bilaterale Konflikte dürfen kein Hindernis für die Aufnahme der Verhandlungen darstellen. Es muss auch sichergestellt werden, dass für Island keine Sonderregeln gelten. Es darf keine Ausnahmen vom Wahlfangverbot, der vollständigen Eingliederung der isländischen Fischereipolitik in den europäischen Rahmen und die Bereitschaft zur

vollen politischen Integration geben.

Da im Dezember 2010 der 10 Jahre zuvor auf dem Europäischen Rat in Lissabon begonnene Prozess der Lissabon-Strategie endete, haben wir im März einen Antrag *Europa 2020-Strategie für ein nachhaltiges Europa – Gleichklang von sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Entwicklung* erarbeitet. Mit der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen neuen Europa 2020-Strategie soll sich die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln. Die neue Strategie beinhaltet eine integrierte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie, die den zeitlichen Rahmen bis zum Jahr 2020 umfassen soll.

Um auf die zentralen Herausforderungen (u.a. Finanz- und Wirtschaftskrise, Energiepolitik, Klimawandel) reagieren zu können, müssen eindeutige Prioritäten gesetzt werden. Wir haben in unserem Antrag deutlich hervorgehoben, dass es erforderlich ist, einen Gleichklang von nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand, sozialem Schutz und Beschäftigung sowie dem Schutz der natürlichen Ressourcen herzustellen und dauerhaft zu sichern. Notwendig ist eine nachhaltige Wohlstandsstrategie. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sowie die Vermeidung und Reduzierung von Armut lassen sich nicht mehr im Alleingang durch einzelne Staaten umsetzen, sondern bedürfen der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Koordinierung innerhalb der EU. Unserer Auffassung nach muss die neue Europa-2020-Strategie daher das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und sozialer Sicherheit herstellen und deren Gleichrangigkeit sichern. Zugleich muss die Europa-2020-Strategie klar strukturiert sein und die nötige Kohärenz zwischen den einzelnen Zielen, Maßnahmen und politischen Prozessen schaffen.

Als überzeugte Europäerinnen und Europäer beobachten wir selbstverständlich auch das politische Geschehen in den Mitgliedsländern der EU. So verfolgen wir seit Dezember 2010 mit Sorge die Verschärfung des Mediengesetzes durch die mit einer 2/3-Mehrheit regierende konservative FIDESZ-Partei in Ungarn. Dies steht unseres Erachtens im Widerspruch zu den europäischen Grundwerten und Grundrechten. In dem von uns mit Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam eingebrachten Antrag Das ungarische *Mediengesetz – Europäische Grundwerte und Grundrechte* verteidigen, haben wir hervorgehoben, dass die EU zur Situation der Medien und die mit dem Mediengesetz einhergehende mögliche Kontrolle und Beschränkung der Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit in Ungarn nicht schweigen. Wir haben hierzu eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt, um in der Debatte auch deutlich zu machen, dass es nicht um Kritik

am ungarischen Volk geht, das entschieden zur Demokratisierung Europas beigetragen hat. Wir üben Kritik an der ungarischen Regierung und an dem Mediengesetz.

Ferner wurde in diesem Kontext im Februar 2011 eine Kleine Anfrage zur *Lage der Meinungs- und Pressefreiheit* in der Europäischen Union gestellt. Die Bundesregierung wurde darin befragt, wie es konkret um die Lage des Grundrechts Meinungs- und Pressefreiheit in der EU steht und wie sie dazu beitragen möchte, dass dieses europäische Grundrecht gewahrt bleibt. Konkret wollten wir wissen, wie die Bundesregierung die Einigung zwischen der Europäischen Kommission und Ungarn hinsichtlich des Mediengesetzes, welches umstritten bleibt, bewertet, wie die vorhandenen Berichterstattungsstrukturen bezüglich der Lage der Meinungs- und Pressefreiheit in allen 27 EU-Staaten sowie in allen EU-Bewerberländern aussehen und welche konkreten Maßnahmen die Bundesregierung im Hinblick auf die bekannt gewordenen Verletzungen der Meinungs- und Pressefreiheit in den EU-Mitgliedstaaten unternehmen kann und soll. Insgesamt sind in der EU sowie in den EU-Kandidatenstaaten sowie potenziellen Kandidaten negative Tendenzen zu vernehmen, welche Bedrohungen und Aushöhlungen der Presse- und Meinungsfreiheit beinhalten. Diesen gilt es, angemessen zu begegnen.

Durch die Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion zu den *Schlussfolgerungen aus dem 5. Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik* im Januar 2011, ist es uns gelungen, unsere sozialdemokratische Position in den Konsultationsprozess der Europäischen Kommission einzubringen. Eine Ausgestaltung der Kohäsionspolitik nach 2013 muss mehr Kohärenz mit anderen Politiken, die Konzentration auf Prioritäten, eine Ablehnung der Ausweitung finanzieller Sanktionierung in der Kohäsionspolitik, eine Indikatorenfestlegung durch Regionen, die Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit, eine Übergangsregelung für Regionen mit einem BIP, das das Durchschnitts-BIP der EU übersteigt, sowie letztlich der Verbleib des Europäischen Sozialfonds bei Kohäsion beinhalten. Nur eine wirksame Kohäsionspolitik fördert nachhaltige Entwicklung und damit den sozialen Zusammenhalt in Europa.

Internationale Politik

Der sozialdemokratische Weg der Globalisierung.

Afghanistan: Stabilisierung fortsetzen, Abzug einleiten
Die SPD-Bundestagsfraktion hat gemeinsam

mit dem Parteivorstand in den vergangenen zwei Jahren zwei große, international besetzte Afghanistankonferenzen durchgeführt: Im Januar 2010 und im Dezember 2010, jeweils im Vorfeld der anstehenden Mandatsverlängerungsentscheidungen im Bundestag. Dies unterstreicht die Ernsthaftigkeit, mit der Fraktion und Partei sich dieses Themas angenommen haben. In beiden Fällen ist es der SPD gelungen, sozialdemokratische Kernforderungen in das Mandat der Bundesregierung zu transportieren. Im Februar 2010 konnte durchgesetzt werden, dass die Mittel für den zivilen Wiederaufbau nahezu verdoppelt wurden. Im Januar 2011 war es wiederum die SPD, die dafür gesorgt hat, dass der *Beginn des Abzugs der ersten Bundeswehrsoldaten im Laufe des Jahres 2011* im Mandat festgeschrieben und eine konkrete Abzugsperspektive bis 2014 fest verankert wurde.

Damit ist klar, dass die Übergabe an die afghanischen Institutionen ein unumkehrbarer Prozess ist. Wir werden Afghanistan nicht im Stich lassen und auch über 2014 unterstützen. Kampfeinsätze der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan werden nach 2014 jedoch der Vergangenheit angehören.

Naher und Mittlerer Osten und Nordafrika: Demokratisierung unterstützen

Die arabischen Demokratiebewegungen zu Beginn des Jahres 2011 kamen für viele überraschend. In Tunesien und Ägypten kamen diktatorische Regime zu Fall. Der Umbruch ist noch lange nicht abgeschlossen und birgt eine Vielzahl von Chancen aber auch Risiken. Bundesregierung und Europäische Union haben nur sehr zögerlich und ungenügend auf die Entwicklungen in der Nachbarregion reagiert. Statt von Beginn an ein klares Signal der Entschlossenheit und Solidarität mit den Menschen in der Region auszusenden, überwog lange Zeit eine Politik des Zauderns. In vielen Situationen sprach Europa nicht mit einer Zunge. Die Bundesregierung hatte ihren Anteil an der Kakophonie des europäischen Auftretens und hat die Bedeutung der Freiheitsbestrebungen viel zu spät erkannt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat frühzeitig auf die Entwicklung reagiert und eine Reihe parlamentarischer Initiativen auf den Weg gebracht.

Frank-Walter Steinmeier und Günter Gloser forderten in einem Strategie-Papier einen *Marshall-Plan für das Mittelmeer*, um mit wirtschaftlicher und sozialer Unterstützung eine umfassende Modernisierung der im Umbruch befindlichen Staaten zu unterstützen. Mit den parlamentarischen Initiativen *Reformprozesse in Nordafrika und Nahost umfassend fördern*

und *Für einen Neubeginn der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik* zielen wir darauf, den historischen Moment der Demokratisierung zu nutzen und eine gemeinsame europäische Linie zu entwickeln.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

In Deutschland markiert die *Aussetzung der Wehrpflicht* und der begonnene Umbau der Bundeswehr von einer Wehrpflichtigen- zu einer Freiwilligen- bzw. Berufsarmee einen tiefen Einschnitt. Doch weder die Finanzierung noch eine ausreichende Nachwuchsgewinnung sind dabei gesichert. Die Jahrhundertreform, noch begonnen unter dem damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg, wurde stümperhaft vorbereitet und überstürzt auf den Weg gebracht. Sein Nachfolger, Verteidigungsminister de Maiziere ist es bislang nicht gelungen, ein überzeugendes Konzept vorzulegen. Er verwaltet einen permanenten Notstand.

Mit einem neuen freiwilligen Wehrdienst versucht die Bundesregierung, weiter breite Schichten der Bevölkerung anzusprechen. Doch die angestrebten Zahlen werden voraussichtlich nie erreicht. Es fehlt an attraktiven Anreizen für junge Menschen. Wir fordern deshalb einen konsequenten Ausbau aller Freiwilligendienste mit entsprechenden Angeboten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Herbst 2011 eine Konferenz zum Thema *Streitkräfte im außen- und sicherheitspolitischen Umfeld des 21. Jahrhunderts – sozialdemokratische Erwartungen und Perspektiven* durchgeführt, auf der unsere Vorstellungen von den Aufgaben, Strukturen und dem Auftrag einer neuen Bundeswehr formuliert wurden.

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat der Untersuchungsausschuss eine Studie in Auftrag gegeben, die mögliche Auswirkungen der verlängerten Stehzeiten für Art und Anzahl von *Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS)* und Verhaltensänderungen von Soldaten im Einsatzgebiet untersucht. Wir haben ferner darauf gedrängt, den Änderungsantrag für die Verbesserung des Versorgungsausgleichsgesetzes aus der 16. WP jetzt endlich umzusetzen. Zudem haben wir einen neuen Anlauf unternommen, um die Situation für die Radarstrahlenopfer von Bundeswehr und NVA zu verbessern.

Untersuchungsausschuss Kundus

Der Untersuchungsausschuss sollte die Umstände des Luftangriffs in Kundus am 4. September 2009 klären, bei dem auf Befehl eines deutschen Offiziers zahlreiche Zivilisten umkamen. Untersucht wurde auch die sich daran anschließende Informationspolitik des damaligen Bundesverteidigungsministers. Klar ge-

worden ist, dass die deutsche Öffentlichkeit und das Parlament fehlerhaft informiert wurden, um den Anschein der Angemessenheit des Luftschlages aufrecht zu erhalten.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik bis 2009 wurde als globale Strukturpolitik gestaltet. FDP-Minister Niebel hat diesen Pfad verlassen und setzt verstärkt auf bilaterale Maßnahmen. Konkret bedeutet dies, dass zwei Drittel der Gelder für deutsche Projekte und nur noch ein Drittel für EU und Vereinte Nationen zur Verfügung stehen. Mit der Fokussierung auf nationale Projekte riskiert er, den guten Ruf, den sich Deutschland in der Entwicklungspolitik erworben hat, zu verspielen.

Deutschland hatte sich mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion international auf den *Stufenplan für die ODA-Quote* mit dem *0,7 %-Ziel bis 2015* verpflichtet und konsequent die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit gesteigert. Davon hat sich schon Minister Niebels erster Haushalt verabschiedet: Durch Kürzungen wie beim BMZ-Freiwilligendienst *weltwärts* für Jugendliche, durch Umschichtungsmanöver bei internationalen Verpflichtungen für Mütter- und Kindergesundheit und Umweltschutz. Selbst die Unterstützung des *Globalen Fonds* für den Kampf gegen HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria GFATM sind auf seiner Streichliste. Niebel wollte die geplanten Kürzungen für den Globalen Fonds vor den großen Konferenzen der Vereinten Nationen im Herbst 2010 durchsetzen. Schon die Ankündigung hat dem Ansehen Deutschlands sehr geschadet. Der Protest in Deutschland und der angestrebte Sitz im UN-Sicherheitsrat zwangen die Kanzlerin und den Minister letztendlich doch noch zur Bewilligung der Haushaltsmittel.

Der gemeinsame globale Kampf gegen die 3 tödlichen Krankheiten AIDS, Malaria und Tuberkulose ist wichtiger denn je. Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf die Gefährdung der Aidsbekämpfung in der aktiven Ausschussarbeit sowie im Plenum regelmäßig hingewiesen. Sie hat neue Initiativen gegen Tuberkulose und Impfungen gegen Malaria gefordert. Dies wird ebenfalls in der Arbeit des *Unterausschusses Gesundheit in Entwicklungsländern* thematisiert. Die Entwicklungspolitikern und -politiker der Fraktion haben daher einen Antrag zu Gesundheit in Entwicklungsländern eingebracht, den die schwarz-gelbe Mehrheit abgelehnt hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht weiter zu dem 0,7 %-Ziel und hat in allen Haushaltsberatungen dieser Wahlperiode die zur Erreichung

dieses Ziels notwendige Mittelaufstockung von 1,2 Mrd. Euro pro Jahr beantragt. Dazu gibt es jetzt einen *fraktionsübergreifenden Entwicklungspolitischen Konsens*, den fast alle SPD-Abgeordneten unterzeichnet haben.

Es ist unter SPD-Führung gelungen, zentrale entwicklungspolitische Themen wie die Zu den wichtigen Themen ländliche Entwicklung, Bildung und Gesundheit, die Förderung von Frauen, regenerative Energien in Entwicklungsländern, nachhaltige Nutzung von Ressourcen oder den internationalen Klimaschutz, hat die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Wahlperiode öffentliche Ausschuss-Anhörungen beantragt und im Deutschen Bundestag zahlreiche Anträge gestellt. Zur nachhaltigen Entwicklung gehören starke Frauen. Dies fordert die SPD-Fraktion mit dem Antrag *Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen*.

Die große Linie ist dabei durch die internationalen *Millenniums-Entwicklungsziele* der Vereinten Nationen vorgezeichnet. Das Ziel ist die Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahre 2015. Doch im Frühjahr 2011 hat Minister Niebel die deutsche Millenniumskampagne, die in Deutschland für die Erreichung der Ziele erfolgreich geworben hat, kurzfristig und ohne Angabe von Gründen eingestellt. Die SPD-Fraktion hat dazu einen Antrag *Deutsche UN-Millenniumskampagne erhalten*, eingebracht.

Zur UN-Konferenz im Herbst 2010 anlässlich 10 Jahre Millenniumserklärung hat die SPD-Fraktion die Initiative *Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele* dem Bundestag zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Im Entwicklungsausschuss hat sie dazu eine Anhörung *Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele* beantragt, die am 16. Juni 2010 mit nationalen und internationalen Sachverständigen unter breiter öffentlicher Teilnahme durchgeführt wurde. Die schwarz-gelbe Mehrheit hat den Antrag, über dessen Ziele es in vorhergehenden Wahlperioden weitgehend Konsens gab, abgelehnt. Das entspricht ihrem Haushaltsgebaren. Die SPD-Fraktion hat ihre Millenniumsinitiative in mehreren sehr gut besuchten Veranstaltungen vertreten.

Wir arbeiten an einem Konzept für einen Aktionsplan *Millenniumsentwicklungsziele 2015 plus*. Das Forum *Eine Welt* und die Zivilgesellschaft mit ihren Organisationen sind daran beteiligt. Die Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion wird in der zweiten Jahreshälfte 2011 einen ersten Entwurf dazu vorlegen.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt es ab, dass der Anbau von Pflanzen zur Produktion von Biokraftstoffen auf Kosten der Nahrungssicherung geht. Es darf kein Konflikt mit den Zielen sicherer Ernährung, dem Erhalt der Biodiversität und der Tropenwälder sowie des Lebensraums der indigenen Völker entstehen. Deshalb soll das von allen Fraktionen im Deutschen Bundestag unterstützte *ITT-Projekt in Ecuador* endlich umgesetzt werden. Die ecuadorianische Regierung ist bereit, im Yasuni-Nationalpark auf die Förderung von Öl zu verzichten und damit den Tropenwald zu erhalten, wenn sie die Hälfte der daraus entstehenden Verluste von der internationalen Staatengemeinschaft über einen Fonds erstattet bekommt. Ecuador hat seine Verpflichtungen erfüllt. Minister Niebel aber hat als eine seiner ersten Amtshandlungen die Zusage zur Förderung dieses Modells und der Beteiligung am Weltbankfonds gebrochen und damit erneut Vertrauen in deutsche Entwicklungspolitik verspielt.

Im Welthandel dürfen weder das *Auslaufen der Agrarexportsubventionen* spätestens 2013, noch die Öffnung der Märkte für Produkte aus Entwicklungsregionen und das *Aid-for-Trade*-Hilfspaket in Frage gestellt werden, unabhängig vom Gesamtabschluss der WTO-Runde. *Verantwortungsvolle Kreditvergabe* und die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten bleiben notwendig. Die *Finanztransaktionssteuer*, aus der auch Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden soll, bleibt parlamentarisches Ziel.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert auch in der Opposition: Entwicklungspolitik ist globale Strukturpolitik und elementarer Teil gegenwärtiger und zukünftiger Strategien für eine gerechte Globalisierung, gegen Hunger, Armut und Umweltzerstörung, Staatszerfall, Gewalt, bewaffnete Konflikte, Krieg und Terrorismus.

Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Menschenrechtspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Die parlamentarischen Initiativen der SPD-Fraktion im Menschenrechtsbereich spiegeln dies wider. Sie greifen menschenrechtliche und völkerrechtliche Fragen der internationalen Politik ebenso auf wie Fragen der deutschen und EU-Flüchtlingspolitik, der Frauen- und Kinderrechtspolitik sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unser Ziel ist eine menschenrechtlich kohärente Politik. Dieser Ansatz hebt sich deutlich von dem eindimensionalen Ansatz der Koalitionsfraktionen ab, die einen besonderen Schwerpunkt beim Thema *Christenverfolgung* sieht. Insbesondere CDU/CSU versuchen, dieses Thema

gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei zu instrumentalisieren. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dagegen unabhängig von der jeweiligen Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung weltweit für das Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit ein und hat dies in einem entsprechenden Antrag dargelegt.

Deutliche Unterschiede zwischen der SPD auf der einen und CDU/CSU und FDP auf der anderen Seite sind auch bei der Behandlung menschenrechtlicher Fragen der (Außen-) Wirtschaftspolitik zu konstatieren. Während wir uns für die menschenrechtliche Verantwortung von transnationalen Unternehmen einsetzen und klare Regelungen nicht nur für die Unternehmen selbst, sondern auch für deren Zulieferbetriebe fordern, lehnt die Koalition verbindliche Regelungen ab.

Mit Anträgen zum Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt über ein Individualbeschwerderecht, zum EU-Handelsabkommen mit Kolumbien und Peru sowie zur Revision der OECD-Leitlinien hat sich die Fraktion klar positioniert.

Ein Dissens zur Politik der schwarz-gelben Koalition besteht auch in der nationalen und EU-Flüchtlingspolitik. Das EU-Asylsystem muss grundlegend reformiert werden. Solange Mitgliedstaaten wie Deutschland nicht an einer gerechten Lastenverteilung interessiert sind, wird eine Lösung nicht einfach zu finden sein. Mit Anträgen zur UN-Kinderrechtskonvention, zum Rückübernahmeabkommen mit Syrien, zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, zu Folteropfern oder zur Aufnahme iranischer Flüchtlinge hat die SPD-Fraktion ihre Position zu einer menschenrechtsorientierten und humanen Flüchtlingspolitik klar abgesteckt.

Länder- und auf das Völkerrecht bezogene menschenrechtliche Anträge der SPD-Fraktion befassen sich mit der Lage in Birma, der Bekämpfung der Todesstrafe, der Umsetzung der UN-Resolution 1325 *Frauen, Frieden, Sicherheit*, dem Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und dem UN-Menschenrechtsrat. Interfraktionelle Anträge wurden zu den Wahlen im Sudan, zur Lage in Iran und zum 60. Jahrestag der Europäischen Menschenrechtskonvention erstellt.

Im Juli 2011 führte die Fraktion ein hochrangiges Fachgespräch zum Thema *Menschenrechte und Unternehmensverantwortung* durch, bei dem über das Spannungsverhältnis von freiwilligen und verbindlichen Regelungen bei der Durchsetzung menschen- und arbeitsrechtlicher Standards diskutiert wurde.

Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion

2009

Broschüren

Unsere Handschrift
Themenreihe
Themenreihe

Unsere Handschrift
Zur Sache

Themenreihe
Allgemein
Allgemein
Themenreihe
Themenreihe
Unsere Handschrift
Allgemein
Unsere Handschrift
Familienkampagne

dokumente
dokumente
dokumente
dokumente
dokumente
dokumente

dokumente
dokumente
dokumente
dokumente
dokumente

Thema

Bilanz in 77 Stichworten
Handeln für Stabilität und Beschäftigung
Ansprechpartner für Sekten- und Weltanschauungsfragen
70 Argumente gegen Atomenergie
Ihr gutes Recht - Für Verbraucherinnen und Verbraucher
Arbeitnehmerlexikon
Die geglückte Verfassung
Kompodium kompakt
Afghanistan 2009
Handeln für Stabilität und Beschäftigung
Die Zukunft unserer Städte
Bilanz - 4 Jahre erfolgreiche Arbeit
Bilanz der Bildungs- und Forschungspolitik
Familienfibel A - Z

Aufstieg und Gerechtigkeit (01/09)
Entwicklungspolitische Bilanz (02/09)
Aufstehen für ein soziales Europa (03/09)
Klimawandel und soziale Gerechtigkeit in Deutschland (04/09)
Eckpunkte für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa (05/09)
Innovationsmotor Raumfahrt (06/09)
Tag des Mittelstands (07/09)
Wege zur solidarischen Bürgergesellschaft (08/09)
Öffentlich Private Partnerschaften (09/09)
Mit guten Beispielen voran: Bildung für

dokumente

dokumente

dokumente

dokumente

dokumente

dokumente

Zeitung

Faltblätter

Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Familienkampagne
Familienkampagne
Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Schwarz-Gelb

Thema

nachhaltige Entwicklung (10/09)
Erleichterungen für Genossenschaftsgründer – Neue Wege zu mehr Genossenschaften (11/09)
Schutzschirm für Beschäftigung (12/09)
Verbraucher stärken und schützen (13/09)
Arbeitnehmerdatenschutzgesetz (14/09)
Freiwillig – im Dienste der Gesellschaft (15/09)
Kurz und gut – vom Behördendeutsch zur bürgernahen Sprache (16/09)
Migrationspolitik weiter gedacht (17/09)

„Gute Arbeit“-ArbeitnehmerInnenzeitung
4 Ausgaben 01-04/2009

Langzeitkonten
Alter(n) hat Zukunft
Entgegnung auf Behauptungen der Atomlobby
Energetische Gebäudesanierung
Gleiche Chancen für Frauen im Beruf
Am Atomausstieg festhalten
Gute Versorgung – gerecht und sozial
Der Sport – unverzichtbar für unsere Gesellschaft
Aufstieg durch Bildung
Alles für'n Ar ... beitsplatz
Gutes Studium für alle
Die Zukunft unserer Städte
Der kulturelle Aufbruch ist gelungen
Schwarz-Gelb kürzt bei der Integrationspolitik

2010

Broschüren

Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Themenreihe
Schwarz-Gelb

dokumente

dokumente

dokumente

positionen

Thema

70 Argumente gegen Atomenergie
70 Argumente gegen Atomenergie
60 Jahre Bundestagsfraktion
Schwarz-Gelb im Fakten-Check

Perspektiven für den Breitbandausbau in Deutschland (01/10)
Mitbestimmung und Beschäftigungspolitik: Erfolgsmodell, krisengeprüft (02/10)
Reichtum und Finanzmarktkrise: Handlungsbedarf und politische Antworten (03/10)
Die Spaltung bekämpfen: Wachstum, Arbeit, Teilhabe (01/10)

Zeitung

Faltblätter

Unsere Handschrift
Unsere Handschrift
Schwarz-Gelb
Schwarz-Gelb
Unsere Handschrift
Werkstatt Bundestag
Unsere Handschrift

Thema

„Gute Arbeit“-ArbeitnehmerInnenzeitung
5 Ausgaben 01-05/2010

Schwarz-gelb riskiert unser solidarisches Gesundheitswesen
Gute Bildung und Betreuung von Anfang an
Mit Petitionen die Welt verändern
Ein verlorenes Jahr für Deutschland
Atomdeal gegen die Bürgerinnen und Bürger
Gefährliche Spielkumpane
Fortschritt neu denken
Schluss mit Generation Praktikum

Gremien der Fraktion

Geschäftsführender Fraktionsvorstand:
Stand: 01.01.2009 – 27.10.2009 (Ende 16. WP).
Fraktionsvorsitzender:
Struck, Peter

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:
Poß, Joachim
Ferner, Elke
Schwall-Düren, Angelica
Humme, Christel
Kolbow, Walter
Hübner, Klaas
Stiegler, Ludwig
Kelber, Ulrich
Körper, Fritz Rudolf

Parlamentarische GeschäftsführerInnen:
Oppermann, Thomas (1.PGF)
Ernstberger, Petra

Kumpf, Ute
Gleicke, Iris
Lange, Christian

Erweiterter Fraktionsvorstand:
Stand: 01.01.2008 – Ende 16. WP.
Arnold, Rainer
Barnett, Doris
Beckmeyer, Uwe
Bollmann, Gerd Friedrich
Nahles, Andrea
Dörmann, Martin
Edathy, Sebastian
Freitag, Dagmar
Griese, Kerstin
Bartol, Sören
Marks, Caren
Merkel, Petra
Pronold, Florian
Reiche, Steffen
Reimann, Dr. Carola
Rossmann, Dr. Ernst Dieter

Runde, Ortwin
Scheelen, Bernd
Schulz, Swen
Spiller, Jörg-Otto
Stöckel, Rolf
Tauss, Jörg *bis 06.03.2009**
Volkmer, Dr. Marlies
Wend, Dr. Rainer *bis 01.04.2009**
Schaaf, Anton
Akgün, Lale
Stünker, Joachim
Wolff, Waltraud
Fograscher, Gabriele
Kofler, Bärbel

Anmerkung: Die beiden Sitze im erw. FV von Jörg Tauss und Rainer Wend wurden nach deren Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag nicht mehr nachbesetzt.

ArbeitsgruppensprecherInnen:
Stand: 01.01.2009 – Ende 16. WP
■ **Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**
Lambrecht, Christine
■ **Petitionen**
Lösekrug-Möller, Gabriele
■ **Außenpolitik**
Weisskirchen, Gert
■ **Inneres**
Wiefelspütz, Dieter
■ **Sport**
Freitag, Dagmar
■ **Recht**
Stünker, Joachim
■ **Finanzen**
Krüger, Hans Ulrich

■ **Haushalt**
Schneider, Carsten
■ **Wirtschaft und Technologie**
Berg, Ute *ab 27.01.09*
■ **Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**
Wolff, Waltraud
■ **Arbeit und Soziales**
Nahles, Andrea
■ **Verteidigung / Sicherheitsfragen**
Arnold, Rainer
■ **Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
Marks, Caren
■ **Gesundheit**
Reimann, Dr. Carola
■ **Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung**
Beckmeyer, Uwe

■ **Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**
Bülow, Marco
■ **Menschenrechte und humanitäre Hilfe**
Strässer, Christoph
■ **Bildung und Forschung**
Tauss, Jörg *bis 16.03.2009*
Rossmann, Dr. Ernst-Dieter *ab 17.03.2009*
■ **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Raabe, Sascha
■ **Tourismus**
Faße, Annette
■ **Angelegenheiten der Europäischen Union**
Schäfer, Axel
■ **Kultur und Medien**
Griefahn, Monika

Vorsitzende / stellv. Ausschussvorsitzende:
Stand: 01.01.2009 – Ende 16. WP
■ **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**
VS: -
St. VS: Dressel, Carl-Christian
■ **Petitionsausschuss**
VS: -
St. VS: -
■ **Auswärtiger Ausschuss**
VS: -
St. VS: Klose, Hans-Ulrich
■ **Innenausschuss**
VS: Edathy, Sebastian
St. VS: -
■ **Sportausschuss**
VS: Danckert, Peter
St. VS: -

■ **Rechtsausschuss**
VS: -
St. VS: -
■ **Finanzausschuss**
VS: -
St. VS: , Gabriele
■ **Haushaltsausschuss**
VS: -
St. VS: -
■ **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**
VS: Bulmahn, Edelgard
St. VS: -
■ **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**
VS: -
St. VS: Zöllmer, Manfred
■ **Ausschuss für Arbeit und Soziales**
VS: -
St. VS: Krüger-Leißner, Angelika

■ **Verteidigungsausschuss**
VS: Merten, Ulrike
St. VS: -
■ **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
VS: Griese, Kerstin
St. VS: -
■ **Ausschuss für Gesundheit**
VS: -
St. VS: -
■ **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung**
VS: -
St. VS: -
■ **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**
VS: Bierwirth, Petra
St. VS: -

■ **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**
VS: Däubler-Gmelin, Herta
St. VS: -
■ **Ausschuss für Bildung und Forschung**
VS: Burchardt, Ulla
St. VS: -

Die SPD-Bundestagsabgeordneten
Stand: 01.01.2009 – Ende 16. WP

■ **A**
Akgün, Dr. Lale
Amann, Gregor
Andres Dr. h.c., Gerd
Annen, Niels
Arndt-Brauer, Ingrid
Arnold, Rainer
■ **B**
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Bahr, Ernst
Barnett, Doris
Bartels, Dr. Hans-Peter
Barthel (Starnberg), Klaus
Bartol, Sören
Becker, Dirk
Beckmeyer, Uwe
Benneter, Klaus Uwe
Berg, Dr. Axel
Berg, Ute
Bierwirth, Petra
Binding (Heidelberg), Lothar
Blumentritt, Volker
Bodewig, Kurt
Bollen, Clemens
Bollmann, Gerd Friedrich
Botz, Dr. Gerhard
Brandner, Klaus
Brase, Willi
Brinkmann (Hildesheim), Bernhard
Bülow, Marco
Bürsch, Dr. Michael
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ulla
Burkert, Martin
■ **C**
Carstensen, Christian
Caspers-Merk, Marion
■ **D**
Däubler-Gmelin, Prof. Dr. Herta
Danckert, Dr. Peter
Diller, Karl
Dörmann, Martin
Dressel, Dr. Carl-Christian
Drobinski-Weiß, Elvira
Duin, Garrelt
Dzembitzki, Detlef
■ **E**
Edathy, Sebastian
Ehrmann, Siegmund
Eichel, Hans
Erler, Dr. h.c. Gernot

■ **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
VS: -
St. VS: -
■ **Ausschuss für Tourismus**
VS: -
St. VS: Irber, Bruni

Ernstberger, Petra
Evers-Meyer, Karin
■ **F**
Faße, Annette
Ferner, Elke
Fograscher, Gabriele
Fornahl, Rainer
Frechen, Gabriele
Freitag, Dagmar
Friedrich, Peter
■ **G**
Gabriel, Sigmar
Gerster, Martin
Gleicke, Iris
Gloser, Günter
Gradistanac, Renate
Graf (Rosenheim), Angelika
Grasedieck, Dieter
Griefahn, Monika
Griese, Kerstin
Groneberg, Gabriele
Großmann, Achim
Grotthaus, Wolfgang
Gunkel, Wolfgang
■ **H**
Hacker, Hans-Joachim
Hagedorn, Bettina
Hagemann, Klaus
Hartenbach, Alfred
Hartmann, Michael
Hauer, Nina
Heil (Peine), Hubertus
Hemker, Dr. Reinhold
Hempelmann, Rolf
Hendricks, Dr. Barbara
Herzog, Gustav
Heß, Petra
Hiller-Ohm, Gabriele
Hilsberg, Stephan
Hinz (Essen), Petra
Höfer, Gerd
Högl, Dr. Eva *ab 12.01.2009*
Nachrückerin für Staffelt, Ditmar
Hoffmann (Wismar), Iris
Hofmann (Volkach), Frank
Hovermann, Eike
Hübner, Klaas
Humme, Christel
■ **I**
Ibrügger, Lothar
Irber, Brunhilde
■ **J**
Jung (Karlsruhe), Johannes

■ **Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union**
VS: -
St. VS: Bodewig, Kurt
■ **Ausschuss für Kultur und Medien**
VS: -
St. VS: Ehrmann, Siegmund

Juratovic, Josip
■ **K**
Kahrs, Johannes
Kasparick, Ulrich
Kastner, Dr. h.c. Susanne
Kelber, Ulrich
Kleiminger, Christian
Klose, Hans-Ulrich
Klug, Astrid
Körper, Fritz Rudolf
Kofler, Dr. Bärbel
Kolbow, Walter
Kortmann, Karin
Kramer, Rolf
Kramme, Anette
Kranz, Ernst
Kressl, Nicolette
Kröning, Volker
Krüger, Dr. Hans-Ulrich
Krüger-Leißner, Angelika
Kucharczyk, Jürgen
Kühn-Mengel, Helga
Küster, Dr. Uwe
Kumpf, Ute
■ **L**
Lambrecht, Christine
Lange (Backnang), Christian
Lauterbach, Prof. Dr. Dr. Karl
Lehn, Waltraud
Lösekrug-Möller, Gabriele
Lopez, Helga
■ **M**
Manzewski, Dirk
Mark, Lothar
Marks, Caren
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Meckel, Markus
Merkel, Petra
Merten, Ulrike
Miersch, Dr. Matthias
Mogg, Ursula
Mühlstein, Marko
Müller, Detlef
Müller (Düsseldorf), Michael
Müntefering, Franz
Mützenich, Dr. Rolf
Multhaupt, Gesine
■ **N**
Nahles, Andrea
■ **O**
Ober, Dr. med. Erika *ab 25.05.2009*
Nachrückerin für Schmidt, Dr. Frank

Oppermann, Thomas Ortel, Holger ■ P Paula, Heinz Pflug, Johannes Poß, Joachim Pries, Christoph Priesmeier, Dr. med. vet. Wilhelm Pronold, Florian ■ R Raabe, Dr. Sascha Rawert, Mechthild Reiche (Cottbus), Steffen Reichel, Maik Reichenbach, Gerold Reimann, Dr. Carola Riemann-Hanewinkel, Christel Riester, Walter Rix, Sönke Röspel, René Rossmann, Dr. Ernst Dieter Roth (Esslingen), Karin Roth (Heringen), Michael Runde, Ortwin Rupprecht, Marlene ■ S Schaaf, Anton Schäfer, Axel Scheelen, Bernd Scheer, Dr. Hermann Schieder (Schwandorf), Marianne Schily, Otto	Schmidt, Frank <i>bis 25.05.2009</i> <i>Nachrückerin: Ober, Erika</i> Schmidt (Nürnberg), Renate Schmidt (Eisleben), Silvia Schmidt (Aachen), Ulla Schmitt (Landau), Heinz Schneider (Erfurt), Carsten Scholz, Olaf Schreiner, Ottmar Schultz (Everswinkel), Reinhard Schulz (Spandau), Swen Schurer, Ewald Schwabe, Frank Schwall-Düren, Dr. Angelica Schwanholz, Dr. Martin Schwanitz, Rolf Schwarzelühr-Sutter, Rita Spanier, Wolfgang Spielmann, Dr. Margrit Spiller, Jörg-Otto Staffelt, Dr. Ditmar <i>bis 12.01.2009</i> <i>Nachrückerin: Högl, Eva</i> Steinecke, Dieter Steppuhn, Andreas Stiegler, Ludwig Stöckel, Rolf Strässer, Christoph Struck, Dr. Peter Stünker, Joachim ■ T Tabillion, Dr. Rainer Tauss, Jörg <i>ab 20.06.2009 fraktionslos</i>	Teuchner, Jella Thierse, Dr. h.c. Wolfgang Thießen, Jörn Thönnies, Franz ■ V Veit, Rüdiger Violka, Simone Vogelsänger, Jörg Volkmer, Dr. Marlies ■ W Wegener, Hedi Weigel, Andreas Weis, Petra Weißgerber, Gunter Weisskirchen (Wiesloch), Prof. Gert Wend, Dr. Rainer <i>bis 01.04.2009</i> <i>Nachrückerin: Wester, Hildegard</i> Wester, Hildegard <i>ab 01.04.2009</i> <i>Nachrückerin für Wend, Rainer</i> Westrich, Lydia Wetzel, Dr. Margrit Wicklein, Andrea Wieczorek-Zeul, Heidemarie Wiefelspütz, Dr. Dieter Wistuba, Engelbert Wodarg, Dr. Wolfgang Wolff (Wolmirstedt), Waltraud Wright, Heidi ■ Z Zapf, Uta Zöllmer, Manfred Zypries, Brigitte
Geschäftsführender Fraktionsvorstand: <i>Stand: Beginn 17. WP (27.10.2009) – 31.12.2010</i> Fraktionsvorsitzender: Steinmeier Frank, Walter Stellvertretende Fraktionsvorsitzende: Erler, Gernot Ferner, Elke Heil, Hubertus Kelber, Ulrich Poß, Joachim Pronold, Florian Scholz, Olaf Schwall-Düren, Angelika <i>bis 14.07.2010</i> <i>Dafür: Schäfer, Axel ab 28.09.2010</i> Ziegler, Dagmar Parlamentarische GeschäftsführerInnen: Oppermann, Thomas (1. PGF)	Ernstberger, Petra Kumpf, Ute <i>bis 01.06.2010*</i> Gleicke, Iris Lange, Christian Erweiterter Fraktionsvorstand: <i>Stand: 17. WP – 31.12.2010</i> Arndt-Brauer, Ingrid Arnold, Rainer Barnett, Doris Bartol, Sören Bätzing, Sabine Bollmann, Gerd Friedrich Brandner, Klaus Dörmann, Martin Edathy, Sebastian Hagedorn, Bettina Humme, Christel Kofler, Bärbel	Kramme, Anette Kressl, Nicolette Lambrecht, Christine Lösekrug-Möller, Gabriele Marks, Caren Merkel, Petra Raabe, Dr. Sascha Reimann, Dr. Carola Rossmann, Dr. Ernst Dieter Schaaf, Anton Scheelen, Bernd Schulz, Swen Wolff, Waltraud Anmerkung: *Die Zahl der PGF wurde nach Ausscheiden von Ute Kumpf auf 3 begrenzt
ArbeitsgruppensprecherInnen: <i>Stand: Beginn 17. WP – 31.12.2010</i> ■ Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Hartmann, Michael ■ Petitionen Hagemann, Klaus	■ Außenpolitik Mützenich, Rolf ■ Inneres Wiefelspütz, Dieter ■ Sport Gerster, Martin	■ Recht Lambrecht, Christine ■ Finanzen Kressl, Nicolette ■ Haushalt Schneider, Carsten

■ Wirtschaft und Technologie Duin, Garrelt ■ Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priesmeier, Wilhelm ■ Arbeit und Soziales Kramme, Anette ■ Verteidigung / Sicherheitsfragen Arnold, Rainer ■ Familie, Senioren, Frauen und Jugend Marks, Caren	■ Gesundheit Lauterbach, Prof. Dr. Dr. Karl W. ■ Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung Beckmeyer, Uwe ■ Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Miersch, Matthias ■ Menschenrechte und humanitäre Hilfe Strässer, Christoph ■ Bildung und Forschung Rossmann, Ernst-Dieter	■ Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Raabe, Dr. Sascha ■ Tourismus Hacker, Hans-Joachim ■ Angelegenheiten der Europäischen Union Schäfer, Axel <i>bis 28.09.2010</i> <i>ab 09.11.2010 Roth, Michael</i> ■ Kultur und Medien Ehrmann, Siegmund
Vorsitzende / stellv. Ausschussvorsitzende: <i>Stand: Beginn 17. WP – 31.12.2010</i> ■ Sportausschuss VS: Freitag, Dagmar St. VS: - ■ Haushaltsausschuss VS: Merkel, Petra St. VS: - ■ Verteidigungsausschuss VS: Kastner, Susanne St. VS: -	■ Ausschuss für Gesundheit VS: Reimann, Dr. Carola St. VS: - ■ Ausschuss für Bildung und Forschung VS: Burchardt, Ulla St. VS: - ■ Auswärtiger Ausschuss VS: - St. VS: Klose, Hans-Ulrich ■ Innenausschuss VS: - St. VS: Hofmann, Frank	■ Ausschuss für Wirtschaft und Technologie VS: - St. VS: Dörmann, Martin ■ Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend VS: - St. VS: Humme, Christel ■ Ausschuss für Kultur und Medien VS: - St. VS: Krüger-Leißner, Angelika
Die SPD-Bundestagsabgeordneten <i>Stand: Anfang 17. WP – 31.12.2010</i> ■ A Arndt-Brauer, Ingrid Arnold, Rainer ■ B Bätzing-Lichtenthäler, Sabine Barchmann, Heinz-Joachim Barnett, Doris Bartels, Dr. Hans-Peter Barthel (Starnberg), Klaus Bartol, Sören Bas, Bärbel Becker, Dirk Beckmeyer, Uwe Binding (Heidelberg), Lothar Bollmann, Gerd Friedrich Brandner, Klaus Brase, Willi Brinkmann (Hildesheim), Bernhard Bülow, Marco Bulmahn, Edelgard Burchardt, Ulla Burkert, Martin ■ C Crone, Petra ■ D Danckert, Dr. Peter Dörmann, Martin Drobinski-Weiß, Elvira Duin, Garrelt ■ E Edathy, Sebastian Ehrmann, Siegmund Erler, Dr. h.c. Gernot	Ernstberger, Petra Evers-Meyer, Karin ■ F Ferner, Elke Fograscher, Gabriele Franke, Dr. Edgar Freitag, Dagmar Friedrich, Peter ■ G Gabriel, Sigmar Gerdes, Michael Gerster, Martin Gleicke, Iris Gloser, Günter Gottschalck, Ulrike Graf (Rosenheim), Angelika Griese, Kerstin <i>ab 23.07.2010</i> <i>Nachrückerin für Schwall-Düren, Dr. Angelica</i> Groschek, Michael Groß, Michael Gunkel, Wolfgang ■ H Hacker, Hans-Joachim Hagedorn, Bettina Hagemann, Klaus Hartmann, Michael Heil (Peine), Hubertus Hempelman, Rolf Hendricks, Dr. Barbara Herzog, Gustav Hiller-Ohm, Gabriele Hinz (Essen), Petra Högl, Dr. Eva Hofmann (Volkach), Frank Humme, Christel	■ J Juratovic, Josip ■ K Kaczmarek, Oliver Kahrs, Johannes Kastner, Dr. h.c. Susanne Kelber, Ulrich Klingbeil, Lars Klose, Hans-Ulrich Körper, Fritz Rudolf Kofler, Dr. Bärbel Kolbe (Leipzig), Daniela Kramme, Anette Kressl, Nicolette Krüger-Leißner, Angelika Kumpf, Ute ■ L Lambrecht, Christine Lange (Backnang), Christian Lauterbach, Prof. Dr. Dr. Karl Lemme, Steffen-Claudio Lischka, Burkhard Lösekrug-Möller, Gabriele Lühmann, Kirsten ■ M Marks, Caren Mast, Katja Mattheis, Hilde Merkel, Petra Meißner, Ullrich Miersch, Dr. Matthias Müntefering, Franz Mützenich, Dr. Rolf ■ N Nahles, Andrea

- Nietan, Dietmar
- Nink, Manfred
- Ö
- Özoğuz, Aydan
- O
- Oppermann, Thomas
- Ortel, Holger
- P
- Paula, Heinz
- Pflug, Johannes
- Poß, Joachim
- Priesmeier, Dr. med. vet. Wilhelm
- Pronold, Florian
- R
- Raabe, Dr. Sascha
- Rawert, Mechthild
- Reichenbach, Gerold
- Reimann, Dr. Carola
- Rix, Sönke
- Röspel, René
- Rossmann, Dr. Ernst Dieter
- Roth (Esslingen), Karin
- Roth (Heringen), Michael

- Rupprecht, Marlene
- S
- Schaaf, Anton
- Schäfer, Axel
- Scheelen, Bernd
- Scheer, Dr. Hermann *verst. am 14.10.2010*
- Schieder (Schwandorf), Marianne
- Schieder (Weiden), Werner
- Schmidt (Eisleben), Silvia
- Schmidt (Aachen), Ulla
- Schneider (Erfurt), Carsten
- Scholz, Olaf
- Schreiner, Ottmar
- Schulz (Spandau), Swen
- Schurer, Ewald
- Schwabe, Frank
- Schwall-Düren, Dr. Angelica *bis 14.07.2010*
- Nachrückerin für Scheer, Hermann*
- Schwanholz, Dr. Martin
- Schwanitz, Rolf
- Schwartz, Stefan
- Schwarzelühr-Sutter, Rita *ab 28.10.2010*
- Sieling, Dr. Carsten

- Steffen, Sonja
- Steinbrück, Peer
- Steinmeier, Dr. Frank-Walter
- Strässer, Christoph
- T
- Tack, Kerstin
- Thierse, Dr. h.c. Wolfgang
- Thönnies, Franz
- Tiefensee, Wolfgang
- V
- Veit, Rüdiger
- Vogt, Ute
- Volkmer, Dr. Marlies
- W
- Wicklein, Andrea
- Wieczorek-Zeul, Heidemarie
- Wiefelspütz, Dr. Dieter
- Wolff (Wolmirstedt), Waltraud
- Z
- Zapf, Uta
- Ziegler, Dagmar
- Zöllmer, Manfred
- Zypries, Brigitte

Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion 2009

19.01.	Neujahrsempfang	06.05.	Mit guten Beispielen voran!		für Behinderte Menschen
28.01.	1. Kommunalpolitische Konferenz		Bildung und Ausbildung für nach-	19.06.	Blaulichtkonferenz – Teil 1
06.03.	Patientenrechtegesetz		haltige Entwicklung		für Feuerwehren und THW
23.03.	kurz und gut – vom Behördendeutsch	07.05.	Tag des Mittelstandes	24.06.	2. Kommunalpolitische Konferenz
	zur bürgernahen Sprache	11.05.	Migrationspolitik weiter gedacht	29.06.	10 Jahre Bund-Länder-Programm
25.03.	Erleichterungen für Genossenschafts-	13.05.	UN-Konvention über die Rechte		„Soziale Stadt“
	gründer – Neue Wege zu mehr		der Menschen mit Behinderung	30.06.	Hoffest
	Genossenschaften	22.05.	Vorabend Bundesversammlung	02.07.	Gute Arbeit in der Schienenbranche
26.03.	Verbraucherpolitische Konferenz	25.05.	Europäische Industriepolitik	06.07.	Blaulichtkonferenz – Teil 2
27.03.	Ladies Day	27.05.	Arbeitnehmerdatenschutzgesetz		für die „weißen“ Hilfsorganisationen
22.04.	Betriebsrätekonferenz	29.05.	Schwerbehindertenvertreterkonferenz	27.08.	60 Jahre SPD-Bundestagsfraktion
22.–24.04.	Jugendpressetage	17.06.	Konferenz der Beiräte der Werkstätten	13.–15.11.	SPD-Bundesparteitag

Darüber hinaus fanden im Jahr 2009 insgesamt 282 Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen in allen Bundesländern statt.

Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion 2010

14.01.	Neujahrsempfang	19.05.	Ein nationales Klimaschutzgesetz	07.10.	Mittelstandspolitisches Frühstück
25.02.	10 Jahre EEG	07.06.	Werkstattgespräch „Chancen einer	25.10.	Mit Petition zu ePartizipation
15.03.	Kommunalpolitische Konferenz		modernen Dienstleistungspolitik“	25.10.	Werkstattgespräch „Fachkräfte
17.03.	20. Jahrestag der ersten freien	11.06.	Ladies Day		dringend gesucht“
	Volkskammerwahlen	16.06.	Betriebs- und Personalrätekonferenz	27.10.	Fraktion kontrovers „Zukunft
18.03.	Mittelstandspolitisches Frühstück	28.06.	Reichtum und Finanzmarktkrise		des Finanzkapitalismus“
24.03.	Mobilität der Zukunft – Leitmarkt	29.06.	Vorabend Bundesversammlung	08.11.	Ländliche Räume entwickeln –
	Elektromobilität	01.07.	Mittelstandspolitisches Frühstück		Moderne europäische Agrarpolitik
26.03.	Equal Pay Day	05.07.	Fraktion kontrovers „Schulden,		
21.–23.04.	Jugendpressetage		Steuern, Gerechtigkeit“	10.11.	Konferenz der Beiräte der Werkstätten
03.05.	Bologna reloaded – Die Zukunft	12.09.	Tag der Ein- und Ausblicke		für Behinderte Menschen
	guter Lehre	15.09.	Leitmarkt „Energiedienstleistungs-	11.11.	Tag des Mittelstandes
			gesellschaft“	22.11.	Gesellschaftliche Teilhabe
06.05.	Leitmarkt Gesundheitswirtschaft	23.09.	Engagementförderung zwischen		durch sozialräumliche Planung
17.05.	Werkstattgespräch „Exportorientie-		Anerkennung und Missbrauch		und Ausbau von Infrastrukturen
	rung der deutschen Wirtschaft“				

Darüber hinaus fanden im Jahr 2010 insgesamt 136 Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen in allen Bundesländern statt.

Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Bericht der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament**Neukonstituierung**

Am 7. Juni 2009 fanden die 7. Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Trotz eines sehr engagierten und themenbezogenen SPD-Wahlkampfes, indem wir uns u.a. für die Einführung von Mindestlöhnen und eines stärker regulierten Finanzmarktes einsetzten – allen voran mit unserem Spitzenkandidaten Martin Schulz – war das Ergebnis letztendlich – nicht zuletzt aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung – enttäuschend. Auf die SPD entfielen lediglich 20,8 % der Stimmen. Dies hatte zur Folge, dass wir wieder nur mit 23 Abgeordneten ins Parlament einziehen konnten. Neben den 13 Kandidatinnen und Kandidaten, die wiedergewählt wurden, konnten wir erstmals 10 neue Kolleginnen und Kollegen in unseren Reihen begrüßen.

Die sich neu konstituierte SPD-Delegation bestimmte am 15. September 2009 ihren Vorstand. Vorsitzender wurde erneut Bernhard Rapkay. Des Weiteren wurden Udo Bullmann, Constanze Krehl sowie Norbert Glante zu seinen Stellvertretern gewählt. Zur Schatzmeisterin wählten wir mit Jutta Steinruck eine neue Kollegin.

Die Sozialdemokratische Fraktion, die sich mit Beginn der neuen Legislaturperiode nun Progressive Allianz der Europäischen Sozialdemokraten nennt (kurz S&D-Fraktion), wählte erneut Martin Schulz für zweieinhalb Jahre zu ihrem Vorsitzenden. Sie ist mit insgesamt 184 Mitgliedern in der neuen Legislaturperiode die zweitstärkste Fraktion im Europäischen Parlament.

Innerhalb der S&D-Fraktion stellt die SPD-Delegation mit 6 Koordinatorenposten den mit Abstand größten nationalen Anteil. So stammen für nachstehende Ausschüsse die Koordinatoren aus unseren Reihen:

Die SPD-KoordinatorInnen

Haushaltsskontrollausschuss
Jens Geier
Ausschuss für Wirtschaft und Währung
Udo Bullmann
Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
Evelyne Gebhardt
Ausschuss für regionale Entwicklung
Constanze Krehl
Ausschuss für Fischerei
Ulrike Rodust
Rechtsausschuss
Bernhard Rapkay

Auf institutioneller Ebene stellen wir mit Dagmar Roth-Behrendt eine Vizepräsidentin im Europäischen Parlament und mit Jo Leinen den Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Europäische Bürgerinitiative

Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 01. Dezember 2009 gibt es die Möglichkeit einer Europäischen Bürgerinitiative, mit der Bürgerinnen und Bürger der EU sich direkt an der Europapolitik beteiligen können. Die Bürgerinitiative geht insoweit über das bereits bestehende Petitionsrecht beim Europäischen Parlament sowie das Beschwerderecht beim Europäischen Petitionsbeauftragten hinaus, als dass die Europäische Bürgerinitiative auf die Schaffung neuen EU-Rechts abzielt. Mit den bestehenden Instrumenten hingegen können *nur* Verstöße gegen geltendes EU-Recht angemahnt werden.

Ab dem 01. April 2012 können Unionsbürger die EU-Kommission also auffordern, eine Gesetzesinitiative zu einem bestimmten Thema vorzulegen, das in den Kompetenzbereich der EU fällt. Zu diesem Zeitpunkt tritt nämlich die EU-Verordnung in Kraft, die die konkreten Bedingungen und Verfahrensvorschriften für die Bürgerinitiative festlegt. Sie wurde im Laufe des Jahres 2010 zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat verhandelt. Den ersten Verordnungsentwurf legte die EU-Kommission am 31. März 2010 vor. In der Folgezeit fanden mehrere Verhandlungsrunden statt, die mit den Zustimmung des Europaparlaments am 15. Dezember 2010 und des Rates am 13. Februar 2011 erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Die verzögerte Geltung der Vorschriften zum 1. April 2012 wurde ausnahmsweise beschlossen, weil einige Mitgliedstaaten ihr innerstaatliches Recht ändern müssen, um beispielsweise gewährleisten zu können, dass etwaige Verstöße gegen die Verordnung auch sanktioniert werden.

Um eine Europäische Bürgerinitiative zu starten, schreibt die Verordnung den Organisatoren vor, zunächst einen Bürgerausschuss zu bilden, dem mindestens sieben Bürger aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten angehören müssen. In einem von der EU-Kommission bereitgestellten Online-Register sind die geplanten Initiativen dann zu registrieren. Eine Registrierung darf nur verweigert werden, wenn die Initiative eindeutig gegen die grundlegenden Werte der EU gerichtet ist oder die Kommission den begehrten Rechtsakt nicht vorschlagen kann, weil sie dazu keine Kompetenz hätte. Nach der Registrierung haben die Initiatoren ein Jahr Zeit, um eine

Million Unterschriften wahlberechtigter EU-Bürger zu sammeln, die wiederum aus mindestens einem Viertel der 27 Mitgliedstaaten (derzeit also aus 7) stammen müssen. Die EU-Kommission hat ihrerseits wiederum 3 Monate Zeit, um die Initiative zu prüfen. Im Anschluss hat sie 3 Möglichkeiten: Sie kann das Anliegen umsetzen, es abändern oder ablehnen. In diesem Fall muss sie die Entscheidung aber ausführlich begründen.

Manche Voraussetzungen erscheinen auf den ersten Blick vielleicht als Hürde, sind aber vor dem Hintergrund zu sehen, dass das Ergebnis einer erfolgreichen Initiative EU-weit gelten soll. Die Mindestanforderungen im Hinblick auf die Anzahl der Unterstützer und die notwendige Beteiligung aus mehreren Mitgliedstaaten stellen zum Beispiel sicher, dass die Initiative von Beginn an europaweit eine breite Unterstützung und Akzeptanz genießt.

Bei den Verhandlungen haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten darauf hingewirkt, dass zu weit gehende Hindernisse abgebaut wurden, damit sich alle Bürgerinnen und Bürger so unbürokratisch wie möglich beteiligen können. So konnten wir erfolgreich durchsetzen, dass die Zulässigkeit einer Initiative bereits bei der Registrierung geprüft wird und nicht – wie ursprünglich vorgesehen – nachdem bereits 300.000 Unterschriften gesammelt wurden. Der bis zu diesem Zeitpunkt investierte zeitliche und finanzielle Aufwand wäre im Falle der nachträglich festgestellten Unzulässigkeit andernfalls schlicht umsonst gewesen. Außerdem wäre das Engagement für weitere Bürgerinitiativen damit vermutlich gebremst worden.

Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass Initiativen organisatorisch und finanziell von juristischen Personen wie Parteien, NGOs oder Verbänden unterstützt werden können, sofern dies transparent gemacht wird. Mit der Möglichkeit, auf die Erfahrungen und Netzwerke dieser Gruppen zurückgreifen zu können, wird es den Organisatoren erheblich erleichtert, ihre Initiative zum Erfolg zu führen.

Vereinbart wurde ferner, einige Durchführungsbestimmungen den Mitgliedstaaten zu überlassen: Hierzu gehört das Mindestalter für die Beteiligung, wobei das Wahlalter bei Europawahlen zur Orientierung dienen soll. Das entspricht einem Mindestalter von 18 Jahren in sämtlichen Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Österreich, wo man bereits mit 16 an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen kann. Außerdem wurde die Frage, ob zur Verifizierung der Unterschriften die Angabe von Ausweisnummern erforderlich ist oder nicht, den Mitgliedstaaten überlassen.

Ein weiterer Verhandlungserfolg ist die Verpflichtung der EU-Kommission, innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung eine Open-source-Software zur Verfügung zu stellen, die die Organisatoren für die Online-Sammlung von Unterschriften nutzen können. Dies vereinfacht die Unterschriftensammlung ungemein. Schließlich wurde den Organisatoren ein Anspruch zugestanden, mit dem sie öffentliche Anhörungen durch das Europaparlament und die EU-Kommission einfordern können. Auf diesem Wege können sie mehr öffentliche Aufmerksamkeit für die Initiative erreichen.

Mit der Europäischen Bürgerinitiative haben wir ein wichtiges Instrument zur intensiven Bürgerbeteiligung etabliert, die unerlässlich für eine lebendige Demokratie ist. Sie wird dazu beitragen, dass die Menschen ein größeres Interesse dafür entwickeln, was in der Europapolitik, die ja vielfach noch immer als abstrakt wahrgenommen wird, passiert. Im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiativen werden grenzüberschreitende Debatten über wichtige europäische Themen geführt werden. Dies wird wiederum dazu führen, dass Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern näher gebracht wird und sie Europapolitik künftig selbst in die Hand nehmen.

Finanzmarktpolitik 2009-2010

Was 2007 zunächst mit einer Krise am US-Immobilienmarkt begann, führte beinahe zum Zusammenbruch des globalen Finanzsystems. Das Ausmaß und die Reichweite der Wirtschafts- und Finanzkrise übertraf alle anderen ökonomischen Krisen der letzten Jahrzehnte. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Hauptsächlich sind jedoch die Deregulierung der Finanzmärkte sowie die Schaffung neuer, hochriskanter Spekulationsinstrumente zu nennen, die als Anreiz für kurzfristige, hochspekulative Transaktionen dienen. Im Vordergrund stand nicht das nachhaltige Wirtschaften, sondern der schnelle Profit. Der Drang der Finanzmarktakteure nach Rendite stieg dramatisch an. Finanzinvestitionen wurden massiv ausgeweitet und die Realinvestitionen zurückgefahren. Dies führte dazu, dass der Wert aller Finanztransaktionen in den Industrieländern teilweise mehr als das Hundertfache des nominellen Bruttoinlandsproduktes betrug. Der verstärkten Risikoneigung der Akteure auf den Finanzmärkten stand das fehlende ordnungspolitische Korrektiv in Form von effektiven Finanzmarktregeln gegenüber. Auf nationaler Ebene ließen sich hierfür keine überzeugenden Lösungen schaffen, denn der Finanzsektor agiert global. Aus diesem Grund musste die EU reagieren und der Beseitigung der Missstände im Finanzsektor oberste Priorität einräumen. Viele Vorschläge zur nachhaltigen Regulierung der Branche,

die Sozialdemokraten schon seit langem gemacht hatten, wurden endlich Realität:

Regulierung alternativer Investmentfonds

Die sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament setzt sich bereits seit 2002 mit Nachdruck für eine umfassende Regulierung von Hedge Fonds und privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften ein. Die EU-Kommission hatte sich jedoch lange Zeit vehement geweigert, überhaupt aktiv zu werden. Eine Regulierung sei nicht nötig, nicht möglich und ohnehin kontraproduktiv. Erst angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie des wachsenden öffentlichen Drucks sah sich die Kommission 2009 zum Handeln gezwungen. Die Richtlinie über Verwalter alternativer Investmentfonds (darunter fallen insbesondere Manager von Hedge Fonds und privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften auch Private Equity genannt) soll für mehr Transparenz und eine bessere Aufsicht sorgen. Gleichzeitig erhalten institutionelle Anleger (etwa Pensionsfonds oder Versicherungsunternehmen) aber auch mittelständische Unternehmen und ihre Beschäftigten mehr Sicherheit. Erstmals gibt es überhaupt eine Regulierung von alternativen Investmentfondsmanagern. Diese müssen sich zukünftig bei den zuständigen nationalen Behörden registrieren lassen. Verwalten sie ein Fondsvermögen von über 100 Mio. Euro (Hedge Fonds) beziehungsweise 500 Mio. Euro (Private Equity) fallen sie ausnahmslos unter die Richtlinie und müssen ihre Strategien sowie die damit verbundenen Risiken offenlegen. Im Gegenzug erhalten sie ab 2013 einen Pass, der ihnen die Vermarktung der Fonds in der gesamten EU erlaubt. Fondsmanager aus Drittstaaten können sich ab 2015 entweder ebenfalls dem EU-Regime unterstellen und einen europäischen Pass für die Vermarktung erhalten oder sich in den Mitgliedstaaten registrieren lassen, in denen sie aktiv werden wollen. Ab 2018 soll es dann keine nationalen Zulassungen mehr, sondern nur noch den europäischen Pass für alle geben. Dadurch sinkt die Gefahr der Regulierungsarbitrage und eines damit verbundenen Wettlaufs um die niedrigsten Aufsichtsstandards. Auf Druck der sozialdemokratischen Fraktion und gegen große Widerstände im Ministerrat wurden erstmals europäische Vorschriften gegen das Ausplündern übernommener Unternehmen (Asset Stripping) erlassen. Die Substanz der Unternehmen ist nun für zwei Jahre geschützt. Gleichzeitig erhalten Beschäftigte von nicht börsennotierten Unternehmen im Falle von Übernahmen durch alternative Investmentfonds mehr Informationen. Ein noch umfassender Schutz ist am Widerstand der EU-Mitgliedstaaten gescheitert. Dafür ist neben Großbritannien nicht zuletzt die deutsche Bundesregierung verantwortlich. Die Richtlinie definiert in diesem Punkt jedoch nur Mindestanforderungen. Es steht den Mitglied-



Die Gruppe der Abgeordneten 2009

staaten daher frei, bei der Umsetzung weiterreichende Regeln zum Schutz übernommener Unternehmen zu formulieren. Weitere Schwerpunkte sind unter anderem: die Transparenz der Manager und ihrer Arbeit (mehr Informationen an Behörden und Investoren); die Delegation von Aufgaben (keine endlosen Delegationsketten); die ordnungsgemäße Verwahrung des Fondsvermögens (klare Zuständigkeit muss gewahrt bleiben); Obergrenzen bei der Verschuldung (selbst gesetzt, aber einschließlich der Möglichkeit der Behörden im Gefahrenfall andere Limits zu setzen).

Ratingagenturen

Das Europäische Parlament hat 2009 und 2010 mit großer Mehrheit wichtige Weichen zur Regulierung von Ratingagenturen gestellt. Ratingagenturen genießen in Zukunft keinen Freifahrtschein mehr, sondern müssen sich den EU-Aufsichtsregeln unterstellen, wenn sie in Europa arbeiten wollen. Im Mittelpunkt stehen mehr Verantwortung und Transparenz. Die gleichzeitige Beratung eines Kunden und Bewertung seiner Produkte ist nicht mehr erlaubt. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, sind die Ratingagenturen angehalten, einen Verhaltenskodex zu entwickeln, den sie bei der Registrierung präsentieren müssen. Des Weiteren sieht die neue Verordnung vor, dass die Analysten der Ratingagenturen alle 4 bis 5 Jahre ihr Aufgabengebiet wechseln müssen.

Eigenkapitalausstattung von Banken (CRD III)

Banken müssen gemäß der EU-Eigenkapitalrichtlinien (Capital Requirement Directive – CRD III) ab 2012 höhere Eigenkapitalquoten für risikoreiche Geschäfte vorweisen (Positionen im Handelsbuch sowie Weiterverbriefungen). Außerdem sollen unangemessene Vergütungen ein Ende haben. Ab 2011 müssen 40 % der Boni einbehalten werden und die mittelfristige Entwicklung des Unternehmens entscheidet über die spätere Auszahlung. Darüber hinaus sollen staatlich unterstützte Banken in der Regel keine Manager-Boni mehr zahlen dürfen. Anfang Mai 2009 beschloss das Europäische Parlament bereits eine Verschärfung der bestehenden Eigenkapitalrichtlinien (CRD II). Dazu zählt ein Min-



Vorstand 2009/2010 - v.l.n.r. Norbert Glante, Stellv. Vorsitzender, Constanze Krehl, Stellv. Vorsitzende, Bernhard Rapkay, Vorsitzender, Dr. Udo Bullmann, Stellv. Vorsitzender, Jutta Steinruck, Schatzmeisterin

destselbstbehalt beim Verkauf von verbrieften Krediten in Höhe von 5 %. Wir Sozialdemokraten hatten ursprünglich 20 % gefordert. Die Mitgliedstaaten im Rat sowie Konservative und Liberale im Europäischen Parlament haben mit ihrer Mehrheit jedoch den niedrigeren Wert durchgesetzt.

Finanzmarktaufsicht

Drei europäische Aufsichtsbehörden, für Banken, Wertpapiere und Versicherungen, werden ab Januar 2011 geschaffen. Das Europäische Parlament hat 2010 durchgesetzt, dass die europäischen Aufseher an den Märkten durchgreifen können. Grenzüberschreitende Finanzinstitute sind in Zukunft der europäischen Finanzaufsicht unterstellt. Der abgestimmte Gesetzesentwurf wurde gegen den erbitterten Widerstand des Ministerrates durchgesetzt und geht in einigen Bereichen sogar deutlich über den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission hinaus. Dazu zählen die Überwachung der Systemrisiken und die Leitungsfunktion der europäischen Aufseher über nationale Aufsichtskollegien. Die herausragende Rolle der EU-Aufsicht beim zukünftigen Krisenmanagement und bei der Abwicklung von Finanzinstituten, die in Schieflage geraten sind, geht ebenfalls auf Initiative des EU-Parlaments zurück. Deutliche Fortschritte gibt es auch beim Verbraucherschutz. So kann die Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA riskante Finanzprodukte vorübergehend vom Markt nehmen. Um Krisen in Zukunft früher zu erkennen und rechtzeitig abzuwenden, wird in Frankfurt ein Risikorat eingerichtet.

SWIFT-Abkommen

Die *Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT)* ist ein internationaler Verband von Geldinstituten, der den Nachrichtenaustausch zwischen seinen Mitgliedern betreibt. Das sogenannte SWIFT-Abkommen heißt ungekürzt *Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten*

von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung für die Zwecke des Programms der USA zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus und regelt die Weitergabe von europäischen Bankkundendaten an die USA.

Pro Tag verarbeitet SWIFT rund 15 Mio. Banküberweisungen zwischen etwa 8000 Banken weltweit. Ende 2006 gelang erstmals an die Öffentlichkeit, dass die USA seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 bereits Zugriff auf Banküberweisungsdaten europäischer Bürger, Unternehmen und Institutionen haben. Die USA werten die Daten seit dem zum Aufspüren von Terrorismusfinanzierungen aus. Gespeichert werden unter anderem der Name und die Adresse von Absender und Empfänger einer Überweisung.

Als bekannt wurde, dass die Server, auf dem die Daten gespeichert werden, zum Jahreswechsel 2009/2010 aus den USA in die Schweiz und die Niederlande verlegt werden sollten, wurden Verhandlungen über ein Abkommen aufgenommen. Brisant war, dass die Verhandlungen in den Zeitraum fielen, in der das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon erwartet wurde. Nach dessen Regelungen ist nämlich die Zustimmung des Europäischen Parlaments zu völkerrechtlichen Abkommen, wozu auch das SWIFT-Abkommen zählt, erforderlich. Vorher konnten die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten entsprechende Vereinbarungen alleine treffen.

Im Parlament herrschte deshalb besondere Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Verhandlungen zwischen den USA und der EU-Kommission, die mit der Verhandlungsführung für die EU betraut war. Bereits am 17. September 2009 verabschiedeten wir im Plenum eine Resolution, in der wir unsere inhaltlichen Bedenken äußerten und vor allem umfassende Informationsrechte des Europäischen Parlaments in Bezug auf Stand und Ergebnis der Verhandlungen einforderten.

Das Abkommen stand im Europäischen Parlament, aber auch über seine Grenzen hinweg, vor allem wegen der massiven datenschutzrechtlichen Lücken in der Kritik. Bezweifelt wurde von vielen Seiten auch, ob der mit der Datensammlung und -übermittlung einhergehende erhebliche Aufwand die gewonnenen Erkenntnisse rechtfertigt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns seit Beginn der Diskussion entschieden für ein effektives und koordiniertes Konzept eingesetzt, das Sicherheit im Kampf gegen Terrorismus schafft, ohne fundamentale Grundrechte der Bürger auszuhebeln.

Die EU-Innenminister stimmten dem Abkommen

dann aber trotzdem am 30. November 2009, also genau einen Tag vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages zu. Sie waren den USA in weiten Teilen des Abkommens entgegen gekommen – mehr oder weniger hinterverschlossener Tür, denn wir EU-Abgeordneten wurden erst im Nachhinein informiert.

Es kam zu heftigen Protesten im Europäischen Parlament, aber auch im öffentlichen Diskurs. Durch diesen Schnellschuss wurde nicht nur jede ernsthafte inhaltliche Debatte verhindert, sondern es wurden vor allem die Mitwirkungsrechte der europäischen Volksvertreterinnen und Volksvertreter ignoriert.

In der Folge gaben die Minister diesem Druck nach und legten dem EU-Parlament das Abkommen schließlich doch zur Abstimmung vor. Am 11. Februar 2010 votierte das Europäische Parlament allerdings mit deutlichem Ergebnis (378 gegen 196 Stimmen bei 31 Enthaltungen) gegen das SWIFT-Abkommen. Auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verweigerten unsere Zustimmung. Mit der Ablehnung war der von EU-Ministerrat und den USA unterzeichnete Text ungültig. Für das Europäische Parlament war dies ein großer Erfolg, weil es seine neu gewonnene Macht gegenüber den beteiligten EU-Institutionen im Sinne der Sache einsetzen und ein schlecht verhandeltes Abkommen verhindern konnte.

Am 5. Mai 2010 verabschiedete das Europäische Parlament eine weitere Resolution, in der wir die aus unserer Sicht notwendigen Anforderungen an das Abkommen erneut aufstellten. Es ging im Kern um einen angemessenen Schutz der hochsensiblen Daten, ausreichende Rechtsschutzmöglichkeiten und eine enge Zweckbindung auf die Terrorbekämpfung als Voraussetzung für die Datenübermittlung.

Als die Kommission dem zuständigen Innenausschuss im Europäischen Parlament das Verhandlungsergebnis am 15. Juni 2010 präsentierte und eine möglichst rasche Zustimmung einforderte, weigerten wir Abgeordneten uns erneut, dem Abkommen ohne sorgfältige Prüfung zuzustimmen. Der Druck auf die Verhandlungsführer erhöhte sich damit abermals mit dem Ergebnis, dass die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und den Vereinigten Staaten, die bereits für beendet erklärt waren, wieder aufgenommen wurden. Dabei wurden dann endlich weitere Forderungen von uns Europaabgeordneten berücksichtigt.

Am 8. Juli 2010 stimmte das Europaparlament dem lange umstrittenen SWIFT-Abkommen zu. Die Zustimmung war möglich, weil wesentliche Forderungen des Parlaments aufgenommen

wurden, wie etwa die Regelung, dass die europäische Polizeibehörde Europol künftig jede Anfrage aus den USA auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen wird. Dazu gehört die aus sozialdemokratischer Sicht unabdingbare Voraussetzung, dass eine Datenübermittlung nur im Fall eines begründeten Terrorismusverdachts erfolgen darf. Ferner gibt es eine ständige europäische Kontrolle bei der Extraktion der Daten direkt vor Ort im US-Finanzministerium mit der Befugnis, die Entnahme der Daten gegebenenfalls zu stoppen. Die Speicherdauer ist auf 5 Jahre begrenzt und wird jährlich überprüft. Eine weitere Zustimmungsvoraussetzung war für uns, dass die amerikanische Regierung jedem Betroffenen – unabhängig von seiner Nationalität oder seinem Wohnort – einen wirksamen Rechtshelfer garantieren muss. In dieser Form trat das Abkommen dann am 01. August 2010 in Kraft.

Der Europäische Auswärtige Dienst

Im Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, ist auch die Schaffung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) vorgesehen. Die Einrichtung des EAD ist für uns Sozialdemokraten im Europäischen Parlament ein bedeutender Zwischenschritt auf dem Weg zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir haben die zentralen Fragen in einem Gesetzgebungspaket behandelt, das sich aus 3 Teilen zusammensetzte und am 20. Oktober 2010 erfolgreich verabschiedet werden konnte:

- Die *Organisation und Arbeitsweise des EAD*, zu dem das Parlament lediglich zu konsultieren war.
- Die *Haushaltsordnung* für den EAD und das *Personalstatut*, beide im sogenannten Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren (früher Mitentscheidungsverfahren), das heißt von Parlament und Rat gleichberechtigt zu verabschieden.

Mit der Drohung seitens des Parlaments, gegebenenfalls die Haushaltsordnung und das Personalstatut zu verweigern, war der Rat gezwungen, auch bei *Organisation und Arbeitsweise* eine faktische Mitentscheidung des Parlaments zu akzeptieren.

Als diplomatischer Dienst der EU soll der EAD zukünftig die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Lady Catherine Ashton, bei der Erfüllung ihres Auftrags unterstützen, die EU-Kommission und seinen Präsidenten sowie den Ratspräsidenten in auswärtigen Angelegenheiten zu assistieren und so die Kohärenz und Effizienz des Außenhandelns der EU insgesamt stärken. Dazu wird der EAD eng mit den nationalen diplomatischen Diensten,

der EU-Kommission, dem Generalsekretariat des Rates und dem Europäischen Parlament (EP) zusammenarbeiten.

Der EAD stellt eine sich selbst verwaltende Institution *sui generis* dar, die der Hohen Vertreterin direkt untersteht. Nach seinem vollständigen Aufbau sollen dort dann bis zu 5000 Mitarbeiter und ca. 200 EU-Delegationen, die weitaus politischer agieren werden als die vorherigen Delegationen der Europäischen Kommission, weltweit beschäftigt sein. Für uns Sozialdemokraten war es hierbei entscheidend, dass mindestens 60 % des zukünftigen Personals aus Reihen der EU-Beamenschaft stammen, um so den europäischen Charakter und die Verantwortlichkeit des EAD zu verdeutlichen. 30 % setzen sich aus entsandten Angehörigen der nationalen diplomatischen Dienste zusammen. Beide sollen gleich gewichtet und absolut gleichberechtigt ihren Dienst versehen können.

Unter aktivem Einsatz von uns Sozialdemokraten wurde bei den Verhandlungen mit dem Rat erreicht, dass die zukünftige Arbeit des EADs größtenteils der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. So erhält das EP weitreichende Befugnisse bei der Überwachung und Entlastung des eigenständigen EAD-Haushalts. Zudem soll der EAD den Parlamentariern gegenüber auch politisch Rechenschaft ablegen. Künftig müssen die Europaabgeordneten rechtzeitig über die außenpolitischen Leitlinien unterrichtet und ihnen ein besserer Zugang zu vertraulichen Dokumenten ermöglicht werden. Auch können die Leiter von EU-Delegationen in Drittstaaten vor ihrem Amtsantritt einer parlamentarischen Anhörung unterzogen werden. Die Menschenrechte erhalten innerhalb des EAD eine entscheidende Rolle. Sowohl in der EAD-Zentrale in Brüssel, wie auch in den relevanten einzelnen Delegationen sollen u.a. Strukturen zur Förderung und Stärkung der Menschenrechte entstehen. Die Entwicklungspolitik bleibt auch zukünftig ein eigenständiges wichtiges Ressort im direkten Verantwortungsbereich der Europäischen Kommission – außerhalb des EAD, aber unter Aufsicht der Hohen Vertreterin.

Alle diese Errungenschaften verteidigen bzw. stärken die von uns Sozialdemokraten favorisierte *Gemeinschaftsmethode* und sind somit Garant für mehr Transparenz und demokratische Kontrolle im außenpolitischen Handeln der Europäischen Union.

Der zukünftige Erfolg des EAD wird nun von mehreren Faktoren abhängen: vom Zusammenspiel mit den Präsidenten von Kommission und Rat, welche innerhalb der ihnen vom Vertrag zugeschriebenen Rollen verbleiben



Veranstaltung in Köln am 04.03.2010

müssen. Auch die Mitgliedstaaten müssen den EAD zu nutzen wissen und dürfen sich nicht in ihrer nationalen Souveränität bedroht sehen. Nicht zuletzt wird es für die Zukunft wichtig sein, eine gemeinsame außenpolitische Strategie unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments zu entwickeln, auf deren Basis der EAD arbeiten kann. Wir Sozialdemokraten sind fest entschlossen, uns hieran aktiv zu beteiligen.

Voraussichtlich Ende 2010 soll der Europäische Auswärtige Dienst nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Parlament formell eingerichtet werden, so dass er dann Anfang 2011 seine Tätigkeit aufnehmen kann.

Veranstaltungen

- Infostand der SPD-Abgeordneten im EP auf dem Bundesparteitag in Dresden (12.-14.11.2009)
- Köln, KOMED, Podiumsdiskussion *Unsere Rechte in der vernetzten Gesellschaft* mit einer Rede von Hannelore Kraft (4. März 2010)
- Expertengespräch zur Netzpolitik Thema *Löschen statt Sperren* mit Rainer Becker, Vorstand der Deutschen Kinderhilfe und Alvar Freude, Mitglied der BT-Enquête Kommission Internet und digitale Gesellschaft (19. Oktober 2010)
- Vorstandsreise nach London, u.a. Austausch über Wahlkampfstrategien, grenzüberschreitende Ansätze sozialdemokratischer Politik, EU-Pakt für Wachstum und Beschäftigung sowie Funktion der Jobcenter (1. März 2010)

Veröffentlichungen von Broschüren

- *Internationaler Klimaschutz* von Jo Leinen (2010)
- *Wir 23 für ein starkes, gerechtes, soziales Europa* (2009)

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik

in der Bundesrepublik Deutschland e.V. - Bundes-SGK



Foto: Bundes-SGK / F. Strangmann

Kommunen schaffen Zusammenhalt

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – Kommunen schaffen Zusammenhalt war das Motto der 14. ordentlichen Delegiertenversammlung der Bundes-SGK, die am 12./13. November 2010 in Bremen stattfand. Im Mittelpunkt der Reden auf der Delegiertenversammlung standen die Frage des Zusammenhalts in den Kommunen und die Verbesserung der Kommunalfinanzen. Der Oberbürgermeister von Hannover, Stephan Weil, der mit 99,6 % der Stimmen zum Vorsitzenden der Bundes-SGK gewählt wurde, unterstrich in seiner Rede, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen den Zusammenhalt in den Kommunen gefährde. „Wenn wir Kindern und Jugendlichen eine faire Chance geben wollen, dann müssen die Städte, Gemeinden und Kreise mehr Geld zur Verfügung haben“ betonte Stephan Weil und forderte unter großem Applaus, dass durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und die Einbeziehung von Selbstständigen und Freiberuflern die Gewerbesteuer noch weiter gestärkt werden müsse. Zudem müssten die Kommunen rasch von den immer schneller steigenden Sozialausgaben entlastet werden.



Der Vorstand der Bundes-SGK im November 2010 in Bremen

Zu den Rednerinnen und Rednern der Delegiertenversammlung, an der 600 Delegierte und Gäste in der Messe Bremen teilnahmen, zählten u.a. der Vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, sowie der Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Jens Böhrnsen, die stellvertretende Parteivorsitzende der SPD und Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, Wilhelm Schmidt, Präsident der Arbeiterwohlfahrt, und Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Sigmar Gabriel, und Frank-Walter Steinmeier, betonten übereinstimmend, dass die SPD keine Vorschläge zum Ersatz oder zur Abschaffung der Gewerbesteuer mittragen werde. „Hände weg von der Gewerbesteuer und Weg mit dem Vorschlag eines Hebesatzrechts der Kommunen auf die Einkommensteuer!“, war die deutliche Botschaft der Delegiertenversammlung an die Bundesregierung. In dem einstimmigen Beschluss *Faire Finanzausstattung für handlungsfähige Kommunen* werden umfassende Forderungen an Bund und Länder zur deutlichen Stärkung der Kommunalfinanzen erhoben. Darüber hinaus fasste die Delegiertenversammlung weitere Beschlüsse zu wichtigen kommunalen Handlungsfeldern, angefangen von der Stärkung der ehrenamtlichen Kommunalpolitik über Sport- und Kulturpolitik, die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum, der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bis hin zur Stadtentwicklungspolitik und zur Sicherung der Lebensqualität durch öffentliche Daseinsvorsorge.

Aufwertung der Kommunalpolitik in der SPD und Stärkung der SGK

Sigmar Gabriel unterstrich auf der Delegiertenversammlung in Bremen auch die wichtige Rolle der Kommunalpolitik für die SPD: „(...) die

Kommunalpolitik muss in der SPD vom Ortsverein bis zum Bundesparteitag, vom Unterbezirksvorstand bis zum Parteivorstand eine dauerhafte und starke Stellung bekommen. (...) Nur, wenn wir gemeinsam gehen, Bund, Länder, Städte und Gemeinden und Kreise Hand in Hand, dann wird die deutsche Sozialdemokratie auch wieder zu alter Stärke zurückkehren.“

Bereits wenige Wochen nach dem Verlust der Regierungsverantwortung im Herbst 2009 hatte der neue SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in seiner Rede auf dem SPD-Bundesparteitag vom 13. bis 15. November 2009 in Dresden betont, dass die Kommunalpolitik wieder stärker in die Meinungsbildung der SPD einbezogen werden solle und die bedeutende Funktion der Kommunen bei der Bewältigung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen herausgestellt: „Städte und Gemeinden sind (...) Orte der gesellschaftlichen Integration. (...) Da entscheidet sich das Zusammenleben der Menschen in Deutschland. Deshalb brauchen wir eine Aufwertung der Kommunalpolitik in der SPD.“

Stephan Weil, amtierender Vorsitzender der Bundes-SGK, unterstützte auf dem Bundesparteitag die Initiative Sigmar Gabriels: „Die Bundes-SGK begrüßt die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem SPD-Parteivorstand und der SPD-Bundestagsfraktion. Es ist gut, dass die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ein noch wichtiger Bestandteil des neuen Aufbruchs der SPD sein werden.“ Gleichzeitig dankte Stephan Weil der bisherigen Parteispitze und Führung der SPD-Bundestagsfraktion sowie den ehemaligen sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern für die hervorragende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, wie bei der Weiterentwicklung der Gewerbesteuer und dem erfolgreichen kommunalen Investitionsprogramm.

Der auf Vorschlag von Sigmar Gabriel und SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles vom SPD-Parteivorstand und der Bundes-SGK im Frühjahr 2010 eingesetzte Kommunalbeirat der SPD kam am 23. April 2010 zu seiner konstituierenden Sitzung im Willy-Brandt-Haus in Berlin zusammen. Die SPD-Spitze und die Führungsspitze der SPD-Bundestagsfraktion stimmen in diesem Gremium ehren- und hauptamtlichen SPD-KommunalpolitikernInnen aus den Führungsgremien der Kommunalen Spitzenverbände und der Bundes-SGK kommunalpolitische Initiativen ab und erörtern für die Kommunen zentrale Handlungsfelder, wie beispielsweise die Verbesserung der Kommunalfinanzen.

In seiner Sitzung am 25. Oktober 2010 hat der SPD-Parteivorstand sich überdies zu einer weiteren Stärkung der Kommunalpolitik in der SPD und der SGK als Forum sozialdemokratischer Kommunalpolitik bekannt. Er fordert alle sozialdemokratischen ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auf, in der SGK Mitglied zu werden. Ziel soll es sein, wie in Nordrhein-Westfalen, alle SPD-Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in der SGK zu organisieren, um den kommunalpolitischen Anliegen in der SPD eine noch größere Stimme zu geben. Darüber hinaus soll, wie Sigmar Gabriel in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag am 26. September 2010 betont hat, der SPD-Kommunalbeirat zusätzliche Rechte erhalten. „Er muss das Recht bekommen, auf dem Parteitag zu berichten, wenn er meint, die Gemeinden, Städte und Kreise seien mit unserer Politik überfordert oder nicht einverstanden“, so Sigmar Gabriel auf dem Parteitag. „Die Anliegen der Kommunalpolitik sind in der SPD am Besten aufgehoben. SGK und SPD ziehen in allen wichtigen Anliegen der Kommunalpolitik an einem Strang, insbesondere bei der Verbesserung der Kommunalfinanzen“, stellte Stephan Weil in der Parteivorstandssitzung heraus.

Kommunales Investitionsprogramm

Auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im November 2010 sprach Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier eine Einladung an die kommunalen Spitzenverbände aus, um mit ihnen zu erörtern, wie angesichts der dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrise kommunale Investitionen weiter befördert werden könnten. In einem Gespräch der Bundesminister Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Wolfgang Tiefensee mit den kommunalen Spitzenverbänden Anfang Dezember 2008 wurden verschiedene Investitionsmaßnahmen erörtert und vereinbart, dass insbesondere auch Kommunen in Haushaltsnotlagen dringend notwendige Investitionen ermöglicht werden sollten. Diese Verabredungen flossen in den von Frank-Walter Steinmeier vorgelegten *Wachstums- und Stabilitätspakt für Deutschland* ein, der mit füh-

renden sozialdemokratischen Vertretern der kommunalen Spitzenverbände Anfang Januar 2009 beraten und aus dem das kommunale Investitionsprogramm im Rahmen des Konjunkturpakets II der Bundesregierung abgeleitet wurde. Danach stellte der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen der Kommunen und Länder in Höhe von insgesamt 10 Mrd. Euro für zwei Jahre zur Verfügung, wobei die Länder eine weitere Kofinanzierung in der Größenordnung von 3,3 Mrd. Euro beigesteuert haben. Mit diesem von der SPD und SGK initiierten kommunalen Investitionsprogramm konnten nachhaltige Investitionen in den Kommunen in Bildungsinfrastruktur und andere wichtige Infrastrukturbereiche umgesetzt werden, die ansonsten nicht hätten realisiert werden können.

Verbesserung der Kommunalfinanzen / Rettungsschirm für Kommunen

Dem von der schwarz-gelben Koalition verabschiedeten so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorschriften, die zu Steuerausfällen bei den Kommunen von rund 2,3 Mrd. Euro jährlich führen, setzte die SPD und SPD-Bundestagsfraktion den *Rettungsschirm für die Kommunen* im März 2010 entgegen. Im Mittelpunkt standen dabei folgende Forderungen:

- Kompensation der kommunalen Einnahmeausfälle durch das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz
- Verzicht auf weitere Steuersenkungen mit zusätzlichen Belastungen der Kommunen
- Erhöhung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft um 3 Prozentpunkte befristet auf zwei Jahre.

Mit diesen Forderungen werden einige der Elemente des vom Vorstand der Bundes-SGK im November 2009 beschlossenen *Bündnisses für Kommunen* aufgegriffen. Diese Positionierung der Bundes-SGK, Weiterentwicklung der Gewerbesteuer und deutliche Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben, findet sich auch wieder in den Positionsbestimmungen der kommunalen Spitzenverbände für die Gemeindefinanzkommission.

Am 16. Juni 2010 setzten sich der amtierende Vorsitzende der Bundes-SGK, Oberbürgermeister Stephan Weil, und der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Bsirske, in einer gemeinsamen Erklärung *Eine neue Politik für die Kommunen starten!* für eine sofortige, sozial gerechte und nachhaltige Verbesserung der Einnahmen der Kommunen sowie der staatlichen Gebietskörperschaften insgesamt ein.

Gemeindefinanzkommission

Die Bundesregierung hatte im März 2010 eine Gemeindefinanzkommission mit Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände eingesetzt, die zum wesentlichen Ziel hatte, den im Koali-

tionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP festgeschriebenen Ersatz der Gewerbesteuer voranzutreiben. Dies, obwohl noch im Mai 2009 die Bundeskanzlerin sich vor den Repräsentanten der Städte und Gemeinden beim Deutschen Städtetag (DST) und beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) uneingeschränkt zur Gewerbesteuer bekannt hatte.



Jens Böhrnsen, Bürgermeister der Hansestadt Bremen, Sigmar Gabriel und Stephan Weil, Oberbürgermeister der Stadt Hannover und Vorsitzender der Bundes-SGK, auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im November 2010 in Bremen



Andrea Nahles, Detlef Raphael, Geschäftsführer der Bundes-SGK, Hannelore Kraft und Bernhard Daldrup, Geschäftsführer der SGK NRW, am Stand der Bundes-SGK auf dem SPD-Bundesparteitag 2009 in Dresden



Dr. Frank-Walter Steinmeier und Stephan Weil bei der Kommunalpolitischen Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 24.06.2009

Neben der Prüfung der bestehende Praxis zur Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes sowie an der EU-Rechtsetzung und von Standards mit finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen, sollte in der Gemeindefinanzkommission insbesondere das Modell der FDP, Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer sowie einem Hebesatz auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, untersucht werden. Den Kommunalen Spitzenverbänden ist es zudem gelungen, in der Gemeindefinanzkommission das so genannte Kommunalmodell beraten zu lassen.



Foto: SPD-Bundestagsfraktion

Joachim Poß, MdB, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, mit dem Gesprächskreis „Kommunale Spitzenverbände/Bundes-SGK“ im September 2010



Foto: Bundes-SGK / L. Richter

München und Präsident des Deutschen Städtetages



Foto: Bundes-SGK / F. Strangmann

Manuela Schwesig auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im November 2010 in Bremen

Der SPD-Parteivorstand hatte im August 2010 auf Initiative der Bundes-SGK eine Resolution zur Verbesserung der Kommunalfinanzen beschlossen: „Die Gewerbesteuer muss durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und die Einbeziehung von Selbstständigen und Freiberuflern gestärkt werden, so wie dies auch das Kommunalmodell der Kommunalen Spitzenverbände vorsieht.“ Zudem fordert die SPD, die derzeitigen Regelungen zur Finanzierung der Kosten für die Grundsicherung im Alter sowie die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und die Mitfinanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung durch den Bund in der Gemeindefinanzkommission einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Der Vorstand der Bundes-SGK legte zur Delegiertenversammlung am 12./13. November 2010 einen Antrag zur Verbesserung der Kommunalfinanzen vor, der neben der Stärkung der Einnahmehasis der Kommunen konkrete Vorschläge zur Reduzierung der hohen Belastungen der Kommunen von Sozialausgaben vorsieht, insbesondere durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund.

Am 15. Juni 2011 wurde in der letzten Sitzung der Gemeindefinanzkommission das FDP-Modell als untauglich mehrheitlich verworfen. Auch der noch mit den Kommunalen Spitzenverbänden in einem Gespräch im November 2010 erörterte Vorschlag des Bundesfinanzministers, einen Zuschlag (Hebesatzrecht) auf die Einkommensteuer durch die Kommunen erheben zu können, fand in der Gemeindefinanzkommission keine Mehrheit. Ein großer Erfolg bleibt für die Kommunen die vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund ab 2014. Diese bereits im Vermittlungsverfahren zum SGB II Anfang 2011 getroffene Vereinbarung, für die sich die Bundes-SGK und die SPD in Übereinstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden eingesetzt hatten, hat die Gemeindefinanzkommission noch einmal bestätigt.

Angesichts des ursprünglichen Vorhabens der schwarz-gelben Koalition bei der Einsetzung der Gemeindefinanzkommission haben die Kommunen viel erreicht: Die Gewerbesteuer ist gerettet, es gibt keinen Zuschlag auf die Einkommensteuer und die Grundsicherung im Alter wird vom Bund übernommen.

Zukunft der Jobcenter und des Optionsmodells gesichert

Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 20. Dezember 2007 wurden mehr als zwei Jahre lang unterschiedliche Modelle für die Organisation der Arbeitsmarktpolitik in Arbeitsgemeinschaften und im Optionsmodell diskutiert. Der Durchbruch wurde erst am 24. März 2010 erreicht, als die Bundesministerin für Arbeit, die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen der SPD und der CDU/CSU und FDP sowie die Minister-

präsidenten der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Sachsen dem Kompromiss der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vom 20. März 2010 zustimmten. Mit diesem Kompromiss konnte die Absicherung der Arbeitsgemeinschaft als gemeinsame Einrichtung und das Optionsmodell im Grundgesetz erreicht werden. Zudem wurde vereinbart, dass die Zahl der Optionskommunen auf 25 %, also auf derzeit 110 der in Frage kommenden kommunalen Träger ausgedehnt werden kann. Dieser Vereinbarung wurde vor der Sommerpause 2010 durch Bundestag und Bundesrat zugestimmt.

Kommunen fördern Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im SGB II-Bezug

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Februar 2010 den Bundesgesetzgeber zur Sicherstellung einer ausreichenden soziokulturellen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im SGB II-Bezug und einer sachgerechten Ermittlung der Regelsätze aufgefordert. Da die Umsetzung durch die Bundesarbeitsministerin völlig unzureichend war, erfolgte im Winter 2010/2011 ein zehnwöchiges Vermittlungsverfahren, an dessen Ende am 25. Februar 2011 folgende Ergebnisse standen:

Die SPD konnte erreichen, dass das Bildungs- und Teilhabepaket an die Kommunen übertragen wird, wie dies auch von den Kommunalen Spitzenverbänden in Verbindung mit einer auskömmlichen Finanzierung gefordert worden war. Damit können die Kommunen ihre vielfältigen kommunalen Teilhabemaßnahmen sichern und ausbauen und ihre reichhaltigen Erfahrungen aus der Kinder- und Jugendhilfearbeit zur Verbesserung der Teilhabechancen einbringen. Auch konnte die SPD erreichen, dass Kinder von geringverdienenden, die Wohngeld und den Kinderzuschlag beziehen, ebenfalls die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets in Anspruch nehmen können. Insbesondere wurde auch auf massiven Druck von SPD und Bundes-SGK eine auskömmliche Finanzierung der Bildungs- und Teilhabeleistungen und eine Revisionsklausel erreicht, die sicherstellen, dass die Kommunen die ihnen durch die Übertragung des Bildungs- und Teilhabepakets entstehenden Kosten auch zeitnah erstattet bekommen.

Zudem ist es SPD und Bundes-SGK gelungen, in diesem Vermittlungsverfahren die Entlastung der Kommunen von der Grundsicherung im Alter zu erreichen, ohne dass an diese Entlastungen durch den Bund Bedingungen geknüpft worden sind. Die Kommunen werden in 3 Stufen (2012 zu 45 %, 2013 zu 75 %, ab 2014 zu 100 %) vollständig von den Kosten der Grundsicherung im Alter ohne Vorbedingungen entlastet; dies bedeutet Entlastungen in 2012 von rund 1,2 Mrd. Euro, in 2013 von rund 2,7 Mrd. Euro und ab 2014 von rund 4 Mrd. Euro jährlich mit steigender Tendenz.

Ausbau Kinderbetreuung: Kommunen fordern „Krippengipfel“

Damit die Kommunen ab 2013 den sinnvollen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder zwischen ein und 3 Jahren (U3-Betreuung) erfüllen können, muss – so die Position der Bundes-SGK – die derzeitige Mitfinanzierung des Ausbaus der frühkindlichen Erziehung und Kinderbetreuung durch Bund und Länder ausgeweitet werden. Die dem Bund-Länder-Kompromiss zugrunde gelegten Rahmendaten entsprechen nicht mehr der Realität; die Kosten für den Ausbau der U3-Betreuung sind höher und der Bedarf an frühkindlicher Betreuung geht weit über die 35 %-Quote hinaus. Der amtierende Vorsitzende der Bundes-SGK, Stephan Weil, forderte daher einen gemeinsamen *Krippengipfel*, um auf der Grundlage realistischer Zahlen eine stärkere Unterstützung seitens des Bundes zu vereinbaren. Ansonsten kann der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im Jahr 2013 nicht erfüllt werden.

Rettet die gesamte Städtebauförderung

Der Vorstand der Bundes-SGK hatte sich erstmalig in seinem Beschluss vom 17. September 2010 entschieden gegen die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Städtebauförderungsmittel des Bundes ab 2011 ausgesprochen. Er plädierte in Übereinstimmung mit der Bauministerkonferenz für den Erhalt der Städtebauförderung mindestens auf dem bisherigen Niveau von 610 Millionen Euro. Zudem wurden die Bundesländer aufgefordert, sich weiterhin für den Erhalt sämtlicher Städtebauförderungsmittel einzusetzen und die eigenen Kofinanzierungsanteile entsprechend in den Länderhaushalten bereit zu stellen.

Nach den skandalösen Kürzungen des Programms „Soziale Stadt“ auf einen Restbetrag von 28,5 Mio. Euro und der gesamten Städtebauförderung auf 455 Mio. Euro im Bundeshaushalt 2011 hat die Bundesregierung mit den von ihr beschlossenen Eckpunkten für den Haushalt 2012 weitere Kürzungen in den Städtebauförderungsprogrammen vorgesehen. Hiergegen wendet sich das anlässlich der Preisverleihung *Preis Soziale Stadt 2010* gegründete *Bündnis für eine soziale Stadt* dem die Auslober des Wettbewerbes, der AWO Bundesverband, der Deutschen Städtetag, der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, die GBG Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft, die Schader-Stiftung und der vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung angehören. Die Bundes-SGK wirbt bei den Kommunen um weitere Unterstützung des Bündnisses.

Sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik Nach den Beschlüssen der Delegiertenversammlung 2009 zur sozialen Stadt, zur Energie- und

Klimaschutzpolitik und zur Sicherung der Daseinsvorsorge in strukturschwachen ländlichen Räumen legte der Vorstand der Bundes-SGK zur Delegiertenversammlung einen Antrag zur sozialdemokratischen Stadtentwicklungspolitik vor, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde. In diesem Beschluss werden für zentrale Handlungsfelder der Stadtentwicklung, angefangen von der lokalen Integrationspolitik über Konzepte der Sozialen Stadt, neue Formen der Mobilität bis hin zu einer Wohnungspolitik, sozialdemokratische Antworten gegeben. Dieses Positionspapier diente auch als Grundlage für die Beratungen auf der Fachkonferenz *Zukunft Stadt* der Bundes-SGK am 1./2. Juli 2011 in Berlin.

Fachkonferenz

Kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik Am 13. März 2009 haben sich KommunalpolitikerInnen, hochrangige VertreterInnen der kommunalen Wirtschaft und deren Berater in Mainz auf einer Fachkonferenz der Bundes-SGK mit den Möglichkeiten einer integrierten kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik auseinander gesetzt. Hauptredner der Fachkonferenz waren der damalige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und seine Amtskollegin aus Rheinland-Pfalz Margit Conrad. Klimaschutz- und Energiepolitik lassen sich nicht trennen, so die zentrale Aussage der Konferenz. Mit den Zielen der Klimaschutzpolitik zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, wie sie durch die EU und die Bundesregierung vorgegeben worden sind, geht die Notwendigkeit einer veränderten Energiepolitik einher. Zentrale Themen der Veranstaltung waren der verbesserte Technologieeinsatz in neuen Kraftwerken und der massive Ausbau erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz in Produktion und Verbrauch sowie die Erhöhung des Anteils der Kraft-Wärme-Koppelung.

Zudem wurden Maßnahmen der kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik erörtert, wie z.B. die energetische Gebäudesanierung sowie der Ausbau der Energieerzeugung durch kommunale Unternehmen. Damit verbunden wurde auch die Frage erörtert, unter welchen Umständen es sinnvoll ist, sich sowohl im Bereich der Verteilung als auch im Bereich der Erzeugung stärker zu engagieren und eigenständige kommunale Versorgungsstrukturen aufzubauen.

Kommunalisierung von Strom- und Gasverteilnetzen

In zahlreichen Städten, Gemeinden und Kreisen laufen in den nächsten Jahren die vertraglichen Bindungen mit den Unternehmen in verschiedenen Sparten der kommunalen Daseinsvorsorge aus. Dabei handelt es sich insbesondere um auslaufende Konzessionsverträge im Bereich der Verteilnetze der Energieversorgung. Daraus resultiert in vielen Kommunen eine Diskussion

darüber, welche Vorteile eine Kommunalisierung der Aufgabenerledigung mit einem eigenen kommunalen Unternehmen oder in Partnerschaft mit anderen kommunalen oder privaten Unternehmen bietet.

Die Bundes-SGK hat hierzu eine Handreichung in der Reihe *Argumente* veröffentlicht. Auch der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag (DST) und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) eine detailliertere Broschüre *Konzessionsverträge – Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke* herausgegeben. Mit seiner Dokumentation Nr. 97 hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund eine weitere Broschüre zur Frage des Umgangs mit auslaufenden Konzessionsverträgen veröffentlicht. Die Argumente und Broschüren helfen kommunalen Entscheidungsträgern, den Prozess der Neukonzessionierung richtig zu strukturieren und weisen auf die möglichen Handlungsalternativen anhand von Beispielen hin.



Foto: Bundes-SGK / P. Hamon

Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Städtetages und Mitglied im SPD-Parteivorstand, Jens Böhrnsen, Stephan Weil und Detlef Raphael



Foto: Bundes-SGK / L. Richter

Sigmar Gabriel und Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, bei der Fachkonferenz „Kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik“ am 13.03.2009 in Mainz

Gegen eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke / Energiewende 2011

Der Vorstand der Bundes-SGK und der SPD-Kommunalbeirat haben sich am 17. September 2010 entschieden gegen die von der Bundesregierung im Herbst 2010 proklamierte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ausgesprochen. Aus Sicht der Bundes-SGK sind die damit verbundenen Folgen nicht nur aus umwelt- und Klimaschutzpolitischen Gesichtspunkten schädlich, sie stellen insbesondere auch einen aus energie- und wirtschaftspolitischer Sicht nicht zu rechtfertigenden Eingriff in den Strommarkt dar, der insbesondere die kommunalen Unternehmen benachteiligt.

Im Nachgang der Atomkraftwerkskatastrophe von Fukushima hat die schwarz-gelbe Bundesregierung im Frühjahr 2011 ihre Energiepolitik komplett gewendet und will nunmehr den Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft gesetzlich regeln und eine beschleunigte Energiewende auf den Weg bringen. Die in dem Gesetzespaket der Bundesregierung vor der Sommerpause 2011 vorgesehenen Maßnahmen reichen hierfür allerdings aus Sicht der Bundes-SGK nicht aus. Durch die wechselhafte Energiepolitik der Bundesregierung hat die Gesellschaft viel Zeit verloren, notwendige Investitionen wurden verschoben und die Fragen der Finanzierung der Energiewende bleiben unbeantwortet.

Neues Abfallwirtschaftsrecht

Das Bundesumweltministerium hat im August 2010 einen noch nicht abschließend zwischen den Ressorts abgestimmten Referentenentwurf eines novellierten Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorgelegt. Bereits der Ende März 2010 vorgelegte Arbeitsentwurf stieß auf die Kritik von kommunaler Seite, da insbesondere die Frage der Überlassungspflichten eine Benachteiligung der Kommunen und ihrer Unternehmen der Abfallwirtschaft zur Folge hätte. Die Bundes-SGK fordert deshalb in einem Beschluss vom 17. September 2010 im Hinblick auf die Neugestaltung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes eine kommunalfreundlichere Ausgestaltung. Diese betrifft insbesondere die Regelung der Überlassungspflichten, die nicht hinter den Klarstellungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. Juni 2009 zurückbleiben dürfen. Bei einer einseitig an den Interessen der privaten Entsorgungswirtschaft orientierten Regelung würden Umsätze in den privaten Sektor umgelenkt und die wachsenden Kosten der öffentlichen Entsorgungsträger für die verbleibende Restaufgabe über höhere Gebühren auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt.

Der Arbeitskreis *Große Städte*, in dem die Vorsitzenden und GeschäftsführerInnen der SPD-Fraktionen der großen Städte zusammenkom-

men, dient dem Erfahrungsaustausch zwischen den Großstadtfractionen und bietet die Gelegenheit, wichtige, für die Städte relevante Themen der Politik, mit maßgeblichen VertreterInnen aus der Bundes- und Landespolitik zu diskutieren und dadurch Erfahrungen aus den großen Städten in die Bundespolitik einzubringen. Das Themenspektrum reichte von der Organisationsreform der Jobcenter nach dem SGB II, der Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogramms im Rahmen des Konjunkturprogramms II, einer kommunalen Politik für Teilhabe mit dem hierfür erforderlichen Ausbau der Kinderbetreuung, über die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik, modernem Sitzungsmanagement und papierloser Ratsarbeit, der Sicherheits- und Ordnungspolitik in den Städten, neuen Formen der Bürgerbeteiligung, der Kommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Aufstellung von Stadtwerken im Wettbewerb bis hin zur Integrationspolitik.

Perspektiven in ländlichen Räumen

Im neuen Forum *Ländlicher Raum* der Bundes-SGK kommen rund 90 haupt- und ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus Landkreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu einem Erfahrungsaustausch zu Fragen der Entwicklung ländlicher Räume zusammen. Im Mittelpunkt der ersten Zusammenkunft am 29. Juni 2009 standen Gespräche mit dem Generaldirektor Regionalpolitik der EU-Kommission, Dirk Ahner, und dem damaligen Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee. Dabei wurde auf den von der Delegiertenversammlung im November 2008 verabschiedeten Beschluss *Ländliche Räume stärken! – Daseinsvorsorge in strukturschwachen und bevölkerungsarmen Regionen sichern*. Bezug genommen und von der Bundesregierung eingefordert, insbesondere strukturschwache ländliche Regionen noch stärker zu unterstützen.

In der zweiten Sitzung des Forums am 8. Oktober 2010 stand die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum im Mittelpunkt. Die Ministerin für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, die Vorstandsvorsitzende der BARMER – GEK, Birgit Fischer, und der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, Dr. Günter Gerhardt, führten in die Thematik ein. In der ausführlichen Diskussion wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum erörtert, angefangen von der Übertragung von pflegerischen Aufgaben auf so genannte Gemeindevschwestern über mobile Außensprechstunden niedergelassener Ärzte bis hin zur stärkeren Vernetzung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung.

Kommunen und Europa

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon im Dezember 2009 wurde die Stellung der Kommunen in der Europäischen Union gestärkt, insbesondere durch die ausdrückliche Achtung des Rechts der lokalen und regionalen Selbstverwaltung, eine Verbesserung der Subsidiaritätskontrolle sowie die Stärkung des Ausschusses der Regionen der EU (AdR). Dies ist eine gute Nachricht für die Kommunen, da die EU auf vielfältige Weise Einfluss auf kommunales Handeln in Deutschland nimmt, insbesondere durch EU-Fördermittel, Bestimmungen zum Verbraucherschutz, ökologische und soziale Standards oder die Regeln des Europäischen Binnenmarktes. Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt der Kommission *Europa und Internationales* der Bundes-SGK und der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) war die Vorbereitung der Europawahl 2009. In einem Argumentationspapier sowie auf ihrer Website hat die Bundes-SGK über kommunalrelevante Aspekte der Europapolitik und sozialdemokratische Positionen hierzu informiert. Ihre zentralen Erwartungen und Forderungen an das neue Europäische Parlament hatte die Bundes-SGK auf ihrer Delegiertenversammlung im November 2008 formuliert, an der auch Martin Schulz, SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, teilgenommen hat. Auch die Euro-SGK hat sich mit einem Beitrag aktiv an der Erarbeitung des Wahlprogramms der SPE beteiligt und ein eigenes Manifest zur Europawahl 2009 erarbeitet. Zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion Martin Schulz sowie zur neuen SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und zu ihrem Vorsitzenden, Bernhard Rapkay, pflegt die Bundes-SGK einen engen Kontakt.

Der Erfahrungs- und Informationsaustausch im Rahmen der Euro-SGK sowie die Zusammenarbeit der Euro-SGK mit der SPE konnten im Berichtszeitraum weiter intensiviert werden. Auf der Internetseite unter www.uskre.eu finden sich alle Resolutionen und Papiere der Euro-SGK sowie Informationen zu ihren Aktivitäten. Am 16. Oktober 2009 hat sich der Vorstand der Euro-SGK satzungsgemäß neu konstituiert. Zum neuen Präsidenten wurde Claudy Lebreton (F). Präsident der Versammlung der Französischen Departements, gewählt. Neuer Vizepräsidenten ist Roland Schäfer, Bürgermeister von Bergkamen und Präsident des DStGB. Der ehemalige Präsident Herbert Schmalstieg wurde zum Ehrenpräsidenten der Euro-SGK ernannt.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte der Kommission *Europa und Internationales* und der Euro-SGK lagen auf den Themen *Vertrag von Lissabon*, *Öffentliche Daseinsvorsorge* und *Zukunft der EU-Kohäsionspolitik nach 2013* bzw. *Gesellschaftliche Teilhabe – Kommunen und Chancengleich-*

heit und Beitrag der Kommunen zu einem demokratischen, sozialen und nachhaltigen Europa. Zum Thema *Kommunale Entwicklungszusammenarbeit* hat die Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im November 2010 den Beschluss *Eine Welt beginnt vor Ort – Kommunen gestalten Globalisierung* gefasst.

Mit Unterstützung der Bundes-SGK fanden in 2009 und 2010 in Paris, Hannover und Radeberg Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung statt, die einen Erfahrungsaustausch mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus Frankreich und Tschechien ermöglichten.

Qualifizierung und Information

Die SGK auf Bundes- und Landesebene bietet vielfältige Angebote für ehren- und hauptamtliche SPD-KommunalpolitikerInnen in den Bereichen Information, Beratung, Qualifizierung sowie Nachwuchsförderung. Das gemeinsame Erfolgsprojekt *Sozialdemokratische Kommunal-Akademie* wurde auch in den Jahren 2009 und 2010 vom SPD-Parteivorstand und der Bundes-SGK weitergeführt und erfreute sich weiterhin großer Nachfrage. Keine andere Partei oder kommunalpolitische Vereinigung bietet ein vergleichbar erfolgreiches Angebot der Nachwuchsförderung. Die neue Kommunal-Akademie wurde 2009 auf 120 (statt 100) Plätze in zwei Kursen ausgebaut. Die bisherige regionale Zuordnung wurde aufgebrochen; nun kommen junge Frauen und Männer aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen. Geboten werden nun vier Wochenenden mit einem innovativen Mix aus kommunalem Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung.

Die vielfältigen Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen der Landes-SGKs, die zum Teil in Kooperation mit anderen Bildungsträgern stattfinden, werden seit dem Jahr 2003 ergänzt durch eine *Seminarreihe* der Bundes-SGK. Besonders nachgefragt sind weiterhin die Seminare zur strategischen Öffentlichkeitsarbeit und die Seminarreihe *Kommunal- und Direktwahlen gewinnen*. Im November 2010 fand erstmals ein Seminar der Bundes-SGK *Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus* statt. Ziel des Seminars ist es, Frauen für den Weg zur Oberbürgermeisterin, Bürgermeisterin oder Landrätin zu begeistern.

Die regelmäßig bei kommunalrelevanten Anlässen auf der Bundesebene erscheinenden Informationsbriefe der Bundes-SGK ergänzen die Informationsangebote der Landes-SGKs um Hinweise und Berichte zu politischen Entwicklungen und Prozessen sowie Gesetzesvorhaben des Bundes, die für die Kommunen von zentraler Bedeutung sind. Zudem berichtet die Bundes-SGK zeitnah über die Ergebnisse von Kommunalwahlen sowie von Direktwahlen zum Amt des

Oberbürgermeisters und des Landrats. Auf der im Januar 2009 neu gestalteten Website unter der Adresse www.bundes-sgk.de finden sich alle Diskussions- und Positionspapiere sowie Informationen, Tipps und Hinweise zu kommunalrelevanten Vorgängen auf der Bundesebene, zu Projekten und Veranstaltungen der Bundes-SGK sowie Berichterstattungen von Kommu-

nalwahlen. Das Buch *Sozialdemokratie und Kommunalpolitik* zeichnet die historische Entwicklung der Stellung der Kommunalpolitik in der SPD nach und enthält programmatische Dokumente der Sozialdemokratie vom kommunalpolitischen Grundsatzprogramm der SPD von 1975 bis hin zu den Aussagen zur Kommunalpolitik im Hamburger Grundsatzprogramm

Terminübersicht 2009

22.-24.01.2009	Konferenz „Gesellschaftliche Teilhabe – Kommunen und Chancengleichheit“ und Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Budapest
06./07.02.2009	Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in Springe
20./21.02.2009	Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in der HVHS am Seddiner See
27./28.02.2009	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und Klausursitzung des Vorstands der Bundes-SGK in Dortmund
13.03.2009	Fachkonferenz der Bundes-SGK „Kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik“ in Mainz mit Sigmar Gabriel
17.04.2009	Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Krefeld
23./24.04.2009	Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Magdeburg
12.05.2009	„Kommunaler Abend“ der DEMO, der SPD-Stadtratsfraktion Bochum und der Bundes-SGK im Rahmen der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Bochum mit Frank-Walter Steinmeier
24.05.2009	„SPD-Abend“ der SPD-Gruppe im Deutschen Städte- und Gemeindebund und der Bundes-SGK am Vorabend des Deutschen Kommunalkongresses 2009 – 100 Jahre Deutscher Städte- und Gemeindebund im Willy-Brandt-Haus in Berlin mit Franz Müntefering
07.06.2009	Kommunal- und Direktwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen sowie Gemeinderatswahlen in kreisfreien und kreisangehörigen Städten und Gemeinden in Sachsen, Stadtratswahlen in Halle und Magdeburg und Kreistagswahlen in zwei Landkreisen in Sachsen-Anhalt (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
18./19.06.2009	2. Deutsch-Französisches Forum für Kommunalpolitik „Stadtentwicklung und Ökologie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Hannover
26.06.2009	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
29.06.2009	Sitzung des Forums „Ländlicher Raum“ in Berlin
30.8.2009	Kommunal- und Direktwahlen in Nordrhein-Westfalen (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
Oktober 2009	Start des Kurses 2009 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie mit neuem Konzept
15./16.10.2009	Konferenz „Zukunft gestalten: Der Beitrag der Kommunen und Regionen zu einem demokratischen, sozialen und nachhaltigen Europa“ und Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Paris
16.10.2009	Sitzung der Kommission „Soziales, Familie, Senioren, Gesundheit“ der Bundes-SGK in Berlin
28.10.2009	Sitzung der Kommission „Finanzen und Wirtschaft“ der Bundes-SGK in Berlin
28.10.2009	Sitzung der Kommission „Stadtentwicklung und technische Infrastruktur“ der Bundes-SGK in Gelsenkirchen
06.11.2009	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
23.11.2009	Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Berlin
26./27.11.2009	Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Wuppertal
27./28.11.2009	Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in Springe
10.12.2009	Sitzung der Kommission „Lokale Demokratie/Ehrenamtliche Kommunalpolitik“ der Bundes-SGK in Berlin



Detlef Raphael, Stephan Weil und Gerhard Langemeyer, ehemaliger Vorsitzender der Bundes-SGK

Foto: Bundes-SGK / L. Richter

von 2007. In der *Demokratischen Gemeinde (DEMO)*, dem Fachorgan der Bundes-SGK, wird in Artikeln und Beiträgen über die Aktivitäten und Projekte der Bundes-SGK und der Landes-SGKs, über aktuelle kommunalrelevante Themen sowie über praxisnahe Beispiele für moderne sozialdemokratische Kommunalpolitik berichtet.

Terminübersicht 2010

29.01.2010	Sitzung der Kommission „Soziales, Familie, Senioren, Gesundheit“ der Bundes-SGK in Berlin
Februar 2010	Start des Kurses I - 2010 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
10.02.2010	Sitzung der Kommission „Finanzen und Wirtschaft“ der Bundes-SGK in Berlin Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
05.-07.03.2010	1. Deutsch-Tschechische Kommunalpolitische Fachkonferenz „Kommunale Politik überwindet Grenzen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Radeberg
18. / 19.03.2010	Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Hannover
26. / 27.03.2010	Seminar der Bundes-SGK „Strategische Öffentlichkeitsarbeit in der Kommunalpolitik“ in Springe
23.04.2010	Konstituierende Sitzung des SPD-Kommunalbeirates
30.04.2010	Sitzung der Kommission „Soziales, Familie, Senioren, Gesundheit“ der Bundes-SGK in Berlin
03.05.2010	Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Berlin
26.05.2010	Sitzung der Kommission „Finanzen und Wirtschaft“ der Bundes-SGK in Berlin
10.06.2010	Sitzung der Kommission „Lokale Demokratie/Ehrenamtliche Kommunalpolitik“ der Bundes-SGK in Berlin
11.06.2010	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
24. / 25.06.2010	3. Deutsch-Französisches Forum für Kommunalpolitik „Kommunale Wirtschaftsförderung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Paris
25. / 26.06.2010	Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in Springe
20.08.2010	Sitzung der Kommission „Stadtentwicklung und technische Infrastruktur“ der Bundes-SGK in Berlin
09.09.2010	Sitzung der Kommission „Finanzen und Wirtschaft“ der Bundes-SGK in Berlin
10.09.2010	Sitzung der Kommission „Soziales, Familie, Senioren, Gesundheit“ der Bundes-SGK in Berlin
17.09.2010	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin Sitzung des SPD-Kommunalbeirates
23. / 24.09.2010	Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Dortmund
Oktober 2010	Start des Kurses II-2010 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
8.10.2010	Sitzung des Forums „Ländlicher Raum“ in Berlin
12.11.2010	Sitzung des Vorstands der Bundes-SGK in Bremen
12. / 13.11.2010	14. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – Kommunen schaffen Zusammenhalt“ in Bremen
13.11.2010	Konstituierende Sitzung des Vorstands der Bundes-SGK in Bremen
19. / 20.11.2010	Seminar der Bundes-SGK „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus“
03.12.2010	Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) und Round-Table-Gespräch „Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Kommunen und Regionen“ im Rahmen des Rates der SPE in Warschau
12. / 13.11.2010	14. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – Kommunen schaffen Zusammenhalt“ in Bremen

Personalien



Foto: Bundes-SGK / G. P. Müller

Günter Samtlebe (*), Ehrenvorsitzender der Bundes-SGK.

Ehrenvorsitzende
Günter Samtlebe
Dr. h.c. Herbert Schmalstieg

Ehrenmitglieder
Dr. h.c. Hans Koschnick
Dr. h.c. Klaus Wedemeier

Vorsitzender
Stephan Weil

Stellv. Vorsitzende
Frank Baranowski
Jürgen Kanehl
Sabine Röhl
Annette Sawade
Dagmar Szabados

Schatzmeister
Dr. Jürgen Barthel

Schriftführer
Kurt Kindel

Geschäftsführer
Detlef Raphael

Geschäftsstelle der Bundes-SGK
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Tel.: 030-25993960
Fax: 030-25993970
info@bundes-sgk.de
www.bundes-sgk.de

Verstorbene Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

Alfons Bayerl	27.12.1923 – 20.03.2009	Günter Brosius	17.07.1926 – 25.06.2010
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium von 1968 bis 1974, Mitglied des bayerischen Landtags von 1965 bis 1967, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1967 bis 1980, Sprecher der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag		Von 1970 bis 1986 Vorsitzender und anschließend Ehrenvorsitzender auf Lebenszeit der Gewerkschaft der Polizei Berlin	
		Anneliese Brost	04.09.1920 – 08.09.2010
Martin Berg	27.04.1932 – 31.03.2009	Verlegerin und Gesellschafterin der WAZ-Mediengruppe, förderte die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung und engagierte sich im Rahmen der Erich-Brost-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Versöhnung zwischen Deutschland und Polen	
Bürgermeister der Stadt Frankfurt a.M. von 1972 bis 1982 und Sozialdezernent von 1972 bis 1982 und 1992 bis 1995, langjähriger Stadtverordneter			
		Peter Büchner	05.03.1943 –25.03.2009
Hans Gottfried Bernrath	05.07.1927 – 24.07.2010	1971 als damals jüngster Abgeordneter Nachrücker in den Deutschen Bundestag und bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, 23 Jahre sportpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates von 1973 bis 1991, von 1994 bis 1997 Präsident des Sportbunds Pfalz	
Ehrenamtlicher Bürgermeister der Stadt Grevenbroich von 1979 bis 1994, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 1994, 1994 bis 1998 Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost			
Helmut Bertig	08.08.1950 – 02.04.2010	Werner Butter	25.10.1932 – 20.01.2009
Landesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, SGK, Bayern e.V. von 1993 bis 2010		Entwarf seit 1989 für die SPD Wahlkampagnen, noch heute ist die Agentur Butter für die SPD tätig	
Hanns-Ludwig Brauser	28.12.1947 – 01.03.2010		
Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung metropoluhr GmbH seit 2007, davor Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH von 2000 bis 2006, Abteilungsleiter in verschiedenen Landesministerien Nordrhein-Westfalens von 1990 bis 2000, Vorstandssekretär des DGB von 1983 bis 1990, Geschäftsführer des DGB-Bildungswerks		Hans Feldmann	20.03.1942 – 19.02.2010
		37 Jahre hauptamtlich in der SPD tätig, von 1976 bis 2007 Revisor beim Parteivorstand	

Brigitte Freyh	25.04.1924 – 13.09.2009
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1969 bis 1972, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1961 bis 1972	
Ludwig von Friedeburg	21.05.1924 – 17.05.2010
Hessischer Kultusminister von 1969 bis 1974, Mitglied des Hessischen Landtags von 1970 bis 1974, ordentlicher Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin von 1962 bis 1966, anschließend Direktor des Instituts für Sozialforschung der Universität Frankfurt bis 2001	
Friedrich Halstenberg	12.06.1920 – 03.11.2010
Schatzmeister der SPD von 1978 bis 1984 und Vorsitzender des Treuhandaufsichtsrates von 1984 bis 1993, 1966 Professor für Planungs- und Baurecht der TH Hannover, seit 1968 Honorarprofessor der damaligen Universität Dortmund, Chef der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen von 1966 bis 1975, gleichzeitig ab 1972 bis 1975 Minister für Bundesangelegenheiten, Finanzminister von 1975 bis 1978, Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen von 1972 bis 1980, Berater des Brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe von 1991 bis 1994	
Dieter Heistermann	30.09.1936 – 23.10.2010
Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 1998, Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein Westfalen in der SPD-Fraktion von 1991 bis 1996, seit 1958 hauptamtlich für die SPD tätig, von 1963 bis 1980 Geschäftsführer für den Unterbezirk Höxter / Warburg	

Hans-Joachim (Hajo) Helwig-Wilson	12.03.1931 – 14.09.2009	Günther Heyenn	13.08.1936 – 13.01.2009	Hans Matthöfer	25.09.1925 – 14.11.2009
Langjähriger Vorsitzender des Arbeitskreises ehemaliger Häftlinge der SBZ/DDR in der SPD, im August 1961 von der Stasi verhaftet und wegen Spionage und staatsfeindlicher Hetze zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1965 von der Bundesrepublik freigekauft, in den 1990er Jahren maßgeblich am Aufbau der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen beteiligt		Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein von 1971 bis1976, von 1976 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, hier von 1990 bis 1994 Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung		Schatzmeister der SPD von 1985 bis 1987, Mitglied des Parteivorstands von 1973 bis 1984, Minister für Forschung und Technologie und nach einer Kabinettsumbildung von 1978 bis 1982 Finanzminister, anschließend bis zum Bruch der sozialliberalen Koalition am 01.10.1982 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1961 bis 1987, Vorstandsvorsitzender der Gewerkschaftsholding BGAG von 1987 bis 1997	
		Elfriede Hoffmann	16.05.1926 – 14.02.2010		
		Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) von 1977 bis 1981, Mitglied des Parteivorstands von 1977 bis 1982, Vorsitzende der ersten Arbeitsgruppe Gleichstellung des Parteivorstands, engagierte IG-Metall-Gewerkschafterin		Hans Mayr	13.12.1921 – 03.08.2009
Karin Hempel-Soos	13.03.1939 – 23.10.2009			Vorsitzender der IG Metall von 1983 bis zum Erreichen der Altersgrenze 1986, zuvor ab 1972 stellvertretender Vorsitzender, von 1962 bis 1972 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, von 1961 bis 1964 Mitglied des Landtags Baden-Württemberg	
Lyrikerin und kämpferische Sozialdemokratin, die sich für die Kultur engagierte, in der Gewerkschafts- und in der Frauenbewegung aktiv, mischte sich ein mit kabarettistischen Mitteln, feinsinniger oder grober Lyrik, mit nachdrücklicher und nicht selten lautstarker Wortgewalt, Mitbegründerin des Bonner Frauenhauses, seit 1994 Leiterin des Hauses der Sprache und Literatur Bonn		Ingrid Holzhüter	12.11.1936 – 25.09.2009	Heide Moser	19.04.1943 – 10.04.2009
		Mitglied des Deutschen Bundestages von 1994 bis 2002, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und frauenpolitische Sprecherin von 1985 bis 2009		Sozialministerin des Landes Schleswig-Holstein von 1993 bis 2004, Mitglied des Landtags Schleswig-Holstein von 1987 bis 2004	
Luise Herklotz	20.08.1918 – 25.07.2009			Hans Günter Naumann	28.10.1935 –26.09.2010
Vorsitzende die SPD-Frauenorganisation in der Pfalz von 1946 bis 1968, von 1947 bis 1980 Mitglied des Bezirksvorstands der SPD in der Pfalz und des Landesausschusses Rheinland-Pfalz; Mitglied des Bundesfrauenausschusses von 1947 bis 1973, Mitglied des Parteivorstands von 1958 bis 1962, Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz von 1949 bis 1957, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1956 bis 1972, von 1979 bis 1984 Mitglied des Europäischen Parlaments		Rolf Krumsiek	31.08.1934 – 23.10.2009	Vorsitzender der SPD in München von 1982 bis 1996, Mitglied des Bayerischen Landtags von 1970 bis 1994, arbeitete seit 1961 für die SPD u.a. für den damaligen Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen als wissenschaftlicher Assistent an der Akademie für politische Bildung in Tutzing, Geschäftsführer des Münchner Forums e.V. von 1969 bis 1978	

Günter Pauli	01.12.1929 – 18.07.2010	Klaus Riebschläger	17.08.1940 – 23.09.2009	Hermann Scheer	29.04.1944 – 14.10.2010
Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz von 1970 bis 1971, von 1972 bis 1980 Bürgermeister und Beigeordneter der Stadt Koblenz, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 1990		Senator für Bau- und Wohnungswesen von 1972 bis 1975 und anschließend bis 1981 Finanzsenator des Landes Berlin, von 1967 bis 1995 mit Unterbrechungen Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Mitglied des Parteirats von 1973 bis 1982, von 1981 bis 1990 Vorstandsmitglied der Wohnungsbaukreditanstalt		Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1980, von 1982 bis 1990 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der Bundestagsfraktion, Mitglied des Parteivorstands von 1993 bis 2009, Träger des Alternativen Nobelpreises 1999 für seinen „unermüdlichen Einsatz zur weltweiten Förderung von Sonnenenergie“, Präsident der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V. und Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien WCRE, Initiator der Internationalen Erneuerbare Energien Agentur (IRENA)	
		Dieter Rieke	21.06.1925 – 04.09.2009		
Heinz Pensky	22.08.1921 – 04.11.2009	Seit den 1970er Jahren führend im Arbeitskreis ehemaliger Häftlinge der SBZ/DDR in der SPD tätig, 1993 Mitbegründer des Vereins Gegen Vergessen – für Demokratie e.V., nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED 1946 für das Ostbüro der SPD tätig, 1948 vom NKWD verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, bis 1956 Inhaftierung im berüchtigten <i>Gelben Elend</i> in Bautzen, aufgrund internationaler Proteste vorzeitig entlassen und nach Westdeutschland geflüchtet, von 1957 bis 1967 Journalist beim VORWÄRTS, anschließend als Presseamtsleiter der Stadt Rüsselsheim tätig		Hannelore (Loki) Schmidt	03.03.1919 – 21.10.2010
Mitglied des Deutschen Bundestages von 1969 bis 1983, Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft der Polizei von 1954 bis 1985, stellvertretender Landrat des Kreises Mettmann von 1984 bis 1989 und anschließend bis 1994 Landrat				Gefährtin und Ratgeberin von Altkanzler Helmut Schmidt, Pädagogin, Botanikerin, Autorin, überzeugte Sozialdemokratin und leidenschaftliche Natur- und Umweltschützerin	
Diether Posser	09.03.1922 – 09.01.2010			Lothar Schwartz	14.05.1928 – 18.10.2010
Mitglied der Landesregierung Nordrhein-Westfalen von 1968 bis 1988 als Minister für Bundesangelegenheiten, später Justizminister und anschließend Finanzminister, Mitglied des Nordrheinwestfälischen Landtags von 1966 bis 1988, Mitglied des Parteivorstands 1970 bis 1986		Detlev Samland	01.05.1953 – 08.07.2009	Sprecher des Parteivorstands der SPD von 1973 bis 1981, davor von 1963 bis 1973 Referent für Film und Fernsehen und von 1969 bis 1973, Mitglied des ZDF-Fernsehrats von 1970 bis 1974, leitender Redakteur der Deutschen Welle in Köln von 1981 bis 1991	
		Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen von 2000 bis 2001, Europaabgeordneter von 1989 bis 1999			

Herbert Stadelmaier	04.12.1916 – 29.01.2009	Brunhild Wendel	24.11.1923 – 02.10.2009	Johann Wuwer	23.07.1922 – 11.07.2009
Auf dem Gründungskongress der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten 1949 als Geschäftsführender Hauptvorstand gewählt, Zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft von 1962 bis 1966 und anschließend bis 1978 erster Vorsitzender, Vizepräsident der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaft und Präsident des Europäischen Gewerkschaftsausschusses Nahrung-Genuss-Gaststätten		27 Jahre Bürgermeisterin von Schacht-Audorf von 1966 bis 1993 (dienstälteste Bürgermeisterin der Bundesrepublik), von 1966 bis 1993 Mitglied des Kreistages in verschiedenen Funktionen, Landtagsabgeordnete in Schleswig-Holstein von 1971 bis 1983		Mitglied des Deutschen Bundestages von 1965 bis 1980, Oberbürgermeister der Stadt Gladbeck von 1963 bis 1965; wurde 1967 Arbeitsdirektor und 1970 Vorstandsmitglied bei der Rheinstahl Bergbau AG, außerdem seit 1976 Vorstandsmitglied der Thyssen Energie GmbH	
Olaf Sund	31.08.1931 – 08.01.2010	Richard Winkels	21.07.1920 – 17.02.2009	Svend Auken	24.05.1943 – 04.08.2009
Mitglied des Niedersächsischen Landtags von 1970 bis 1972, von 1972 bis 1977 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1977 bis 1981 Senator für Arbeit und Soziales in Berlin, von 1982 bis 1991 Präsident des Landesarbeitsamts Nordrhein-Westfalen, Staatssekretär im Ministerium Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg von 1991 bis 1996		Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags von 1961 bis 1990, Vizepräsident des Landtags von 1980 bis 1985, seit 1987 Präsident des Landessportbunds Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender des Bildungswerks des Landessportbunds Nordrhein-Westfalen		Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks von 1987 bis 1992, von 1977 bis 1982 Arbeitsminister, anschließend Umweltminister sowie Umwelt- und Energie-minister	
Rudi Walther	22.10.1928 – 16.05.2010	Helmut Wieczorek	24.02.1934 – 29.11.2010	Karel van Miert	17.01.1942 – 22.06.2009
Bürgermeister der Stadt Zierenberg von 1957 bis 1972, anschließend bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzender des Haushaltsausschusses von 1983 bis 1994		Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 2002, von 1982 bis 1998 im Haushaltsausschuss, Obmann, später Vorsitzender; 1. Bürgermeister der Stadt Duisburg von 1975 bis 1980, seit 1994 Aufsichtsratsvorsitzender der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG		EU-Kommissar von 1989 bis 1999 u.a. als Wettbewerbskommissar, Vorsitzender der Flämischen Sozialisten von 1978 bis 1988, Mitglied des Europäischen Parlaments von 1979 bis 1985, Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Internationale von 1986 bis 1992	

Beschlüsse und Erklärungen 2009 und 2010

Kapitel zum Download unter www.spd.de/Politik/Beschluesse

Personenindex

■ A

Abdinghoff-Feldkemper, Olaf ... *S. 139*
Adler, Hans-Peter ... *S. 182 f.*
Ahlers, Annegret ... *S. 67*
Ahnen, Doris ... *S. 10 f., 31, 91, 176*
Ahner, Dirk ... *S. 232*
Ai WeiWei ... *S. 85*
Akbas, Melda ... *S. 92*
Akgün, Dr. Lale ... *S. 216 f.*
Albers, Burkhard ... *S. 161*
Albertz, Heinrich ... *S. 99*
Albig, Torsten ... *S. 12, 71, 104*
Albrecht, Dr. Matthias ... *S. 159*
Albrecht, Thorben ... *S. 40*
Alekuzei, Rabani ... *S. 165*
Ali, Ben ... *S. 49*
Alkenings, Birgit ... *S. 12, 159*
Allmendinger, Prof. Dr. Jutta ... *S. 71, 87, 89*
Allroggen-Bedel, Dr. Agnes ... *S. 176*
Altenkamp, Britta ... *S. 89, 97, 157, 159*
Altesleben, Bettina ... *S. 175*
Altmeyer, Rudolf ... *S. 175*
Altpeter, Katrin ... *S. 89*
Amann, Gregor ... *S. 217*
Ambrosy, Sven ... *S. 125*
Anbuhl, Matthias ... *S. 72*
Andres, Dr. h.c. Gerd ... *S. 216 f.*
Annen, Niels ... *S. 11, 40, 99, 217*
Appel, Reinhard ... *S. 99*
Aridas-Santis, Karin ... *S. 96*
Arndt-Brauer, Ingrid ... *S. 91, 217 ff.*
Arndt, Dr. Michael ... *S. 155*
Arnold, Rainer ... *S. 216 ff.*
Aubry, Martine ... *S. 45*
Aue, Gisela von der ... *S. 155*
Auerbach, Sabine-Almut ... *S. 68*
Augenstein, Daniela ... *S. 155*
Augst, Dr. Kristina ... *S. 37*
Auken, Svend ... *S. 239*
Aytulun, Fatos ... *S. 67*

■ B

Baasch, Wolfgang ... *S. 104*
Baaske, Günter ... *S. 130, 134, 147*
Bachmann, Klaus-Peter ... *S. 134*

Backhaus, Dr. Till ... *S. 93*
Badde, Elke ... *S. 119*
Baer, Detlef ... *S. 68*
Bağış, Egemen ... *S. 48*
Bahr, Egon ... *S. 42, 47 f., 80, 99, 102, 170*
Bahr, Ernst ... *S. 217*
Baldschun, Katie ... *S. 77*
Band, Ekkehard ... *S. 154*
Banscherus, Dipl.-Pol. Ulf ... *S. 72*
Baranowski, Frank ... *S. 84, 157, 159, 234*
Barchmann, Achim ... *S. 127 f.*
Barchmann, Heinz-Joachim ... *S. 219*
Barley, Katarina ... *S. 12*
Barnett, Doris ... *S. 80, 176, 216 ff.*
Bartels, Dr. Hans-Peter ... *S. 80, 104, 217, 219*
Barthel, Dr. Jürgen ... *S. 234*
Barthel, Klaus ... *S. 12, 68*
Barthel, Pascal ... *S. 165*
Bartke, Dr. Matthias ... *S. 118*
Bartol, Sören ... *S. 165, 191, 216 ff.*
Bas, Bärbel ... *S. 219*
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine ... *S. 12, 90, 92, 176, 191, 217 ff.*
Bauer, Christine ... *S. 113*
Baumann, Rolf ... *S. 171*
Baumgarten, Heino ... *S. 137*
Bausewein, Andreas ... *S. 171*
Bayerl, Alfons ... *S. 236*
Bebel, August ... *S. 34*
Beck, Kurt ... *S. 30, 89, 103, 175 ff.*
Beck, Rita ... *S. 89*
Becke, Dirk ... *S. 91*
Becker, Dagmar ... *S. 93, 171*
Becker, Dirk ... *S. 12, 217, 219*
Becker, Rainer ... *S. 225*
Beckmeyer, Uwe ... *S. 121, 123, 171, 216 f., 219*
Bednarz, Dr. Hendrik ... *S. 178*
Befeldt, Peter ... *S. 72, 126*
Behnke, Elfriede ... *S. 12*
Behrens, Daniela ... *S. 12, 124 f., 137*
Behrens, Fritz ... *S. 86*
Behrmann, Katrin ... *S. 67*
Bell, Dietmar ... *S. 159*
Benneter, Klaus Uwe ... *S. 217*
Bentele, Verena ... *S. 90*
Berg, Christian ... *S. 155*
Berg, Dr. Axel ... *S. 217*
Berg, Ute ... *S. 11, 91*
Bergmann, Dr. Christine ... *S. 40, 97*
Bergmann, Gertrud ... *S. 37*

Bergmann, Marlies ... *S. 111*
Bergmann, Volker ... *S. 165*
Beringer, Marie-Jeanne ... *S. 73, 113*
Bernrath, Hans Gottfried ... *S. 236*
Bernzen, Prof. Dr. Christian ... *S. 118 f.*
Bertig, Helmut ... *S. 236*
Bertram, Prof. Dr. Hans ... *S. 88 f.*
Beucher, Friedhelm Julius ... *S. 90*
Beyer, Dr. Thomas ... *S. 183*
Beyer, Heidemarie ... *S. 114*
Bieber, Dr. Christoph ... *S. 35*
Biedefeld, Susann ... *S. 91*
Biedermann, Jeannette ... *S. 34*
Biegel, Prof. Gerd ... *S. 133*
Bierwirth, Petra ... *S. 216 f.*
Binding, Lothar ... *S. 69, 178, 217, 219*
Bjerregaard, Ritt ... *S. 84*
Blanken, Johannes ... *S. 109*
Blessing, Dr. Karlheinz ... *S. 175*
Blettermann, Rolf ... *S. 165*
Bliemel, Stephan ... *S. 108*
Blix, Verena ... *S. 118 f.*
Bloch, Enrico ... *S. 37, 186*
Blum, Claudia ... *S. 165*
Blumentritt, Volker ... *S. 217*
Bock, Wilhelm ... *S. 170*
Bodewig, Kurt ... *S. 217*
Boermann, Frank ... *S. 155*
Boesing, Dr. Carolin ... *S. 88*
Bogedan, Claudia ... *S. 159*
Böger, Klaus ... *S. 90*
Bögner, Prof. Hans-Georg ... *S. 86*
Böhlke, Dr. Kristina ... *S. 118 f.*
Böhning, Björn ... *S. 11, 81, 84, 87 f.*
Böhrnsen, Jens ... *S. 84, 120, 122, 124, 228 f., 231*
Bollen, Clemens ... *S. 217*
Bollmann, Gerd Friedrich ... *S. 216 ff.*
Bolln, Stefan ... *S. 91, 104*
Bongartz, Barbara ... *S. 86*
Böning, Jan ... *S. 40, 75, 77*
Bönisch, Yvonne ... *S. 90*
Boos-Nünning, Prof. Dr. Ursula ... *S. 88*
Borchert, Rudolf ... *S. 108*
Borde, Keno ... *S. 139*
Bornträger, Martin ... *S. 159*
Boroziej, Wlodzimiers ... *S. 81*
Borsdorf, Prof. Dr. Ulrich ... *S. 80*
Bosch, Thomas ... *S. 40*
Bosse, Marcus ... *S. 125, 127*
Bötefür, Gundolf ... *S. 111*

Böttcher, Anne ... *S. 147*
Böttner, Jana ... *S. 99*
Böttner, Wilfried ... *S. 165*
Botz, Dr. Gerhard ... *S. 217*
Bouffier, Volker ... *S. 168*
Bouvier, Prof. Dr. Beatrix ... *S. 80*
Bovenschulte, Dr. Andreas ... *S. 120, 122*
Brackelmann, Eva ... *S. 67, 88*
Brahmst, Jan ... *S. 40*
Brammer, Axel ... *S. 140*
Brand, Ruth ... *S. 69*
Brandner, Klaus ... *S. 12, 217 ff.*
Brandt, Dr. Arno ... *S. 132, 134*
Brandt, Prof. Dr. Peter ... *S. 80*
Brandt, Willy ... *S. 32, 34, 38, 48, 50*
Brangs, Stefan ... *S. 68, 173*
Brase, Willi ... *S. 72, 91, 217, 219*
Braun, Volker ... *S. 86*
Braunbühl, die Brüder ... *S. 99*
Brauser, Hanns-Ludwig ... *S. 236*
Brechtken, Rainer ... *S. 90*
Brehm, Thorsten ... *S. 12*
Brehm, Ursula ... *S. 37*
Brehm, Uschi ... *S. 186*
Breit, Ernst ... *S. 97*
Breitner, Andreas ... *S. 103 f.*
Breitscheid, Rudolf ... *S. 170*
Brender, Nikolaus ... *S. 209*
Bretschneider, Silvia ... *S. 109*
Breuer, Siegfried ... *S. 12*
Breymaier, Leni ... *S. 178*
Brinkmann, Bernhard ... *S. 217, 219*
Brinkmann, Markus ... *S. 126*
Britz, Charlotte ... *S. 175*
Brodkorb, Mathias ... *S. 110*
Brösdorf, Bernd ... *S. 171*
Brosius, Günter ... *S. 236*
Brost, Anneliese ... *S. 236*
Brück, Prof. Dr. Tilman ... *S. 87*
Brümmer, André ... *S. 159*
Brunkhorst, Daniel ... *S. 12*
Brunn, Anke ... *S. 97*
Brusis, Ilse ... *S. 40, 97*
Bsirske, Frank ... *S. 41, 102, 229*
Buchner, Dennis ... *S. 40*
Büchner, Peter ... *S. 236*
Bücker, Christian ... *S. 120*
Bucksch, Tino ... *S. 172*
Budde, Katrin ... *S. 61, 142*
Bude, Heinz ... *S. 95*

Bührmann, Prof. Dr. Andrea ... *S. 73*
Buhtz, Helga Marianne ... *S. 117*
Bullerjahn, Jens ... *S. 11, 143*
Bullmann, Dr. Udo ... *S. 12, 167, 222, 224*
Bulmahn, Edelgard ... *S. 11, 40, 82, 87 f., 91, 124, 135, 216 f., 219*
Bülow, Marco ... *S. 91, 216 f., 219*
Burchardt, Ulla ... *S. 11, 87, 91, 217, 219*
Burger, Norbert ... *S. 97*
Burger, Simone ... *S. 12, 77*
Burkert, Martin ... *S. 68, 217, 219*
Burkert, Michael ... *S. 12*
Burow, Prof. Dr. Axel ... *S. 35*
Bürsch, Dr. Michael ... *S. 217*
Buschkowsky, Heinz ... *S. 12, 29, 99*
Busemann, Wilfried ... *S. 68*
Busemeyer, Dr. Marius ... *S. 72*
Bussmann, Prof. Dr. Kai ... *S. 89*
Butter, Werner ... *S. 236*
Buttgereit, Monika ... *S. 155*

■ C

Can, Halil ... *S. 92*
Caragiuli, Angelo ... *S. 12*
Carstensen, Christian ... *S. 119, 217*
Caspers-Merk, Marion ... *S. 217*
Castellucci, Dr. Lars ... *S. 178*
Cayrol, Nicole ... *S. 175*
Ceransky, Christel ... *S. 117*
Chodakowska, Maria ... *S. 153*
Christ, Harald ... *S. 155*
Christiansen, Rolf ... *S. 108*
Christmann, Karlheinz ... *S. 175*
Cimoszewicz, Włodzimierz ... *S. 48*
Clivot, Michael ... *S. 77, 174 f.*
Conrad, Jürgen ... *S. 12, 176*
Conrad, Margit ... *S. 91, 93, 231*
Corsa, Mike ... *S. 92*
Coße, Jürgen ... *S. 12*
Crone, Petra ... *S. 12, 219*

■ D

Daalder, Ivo ... *S. 45*
Daldrup, Bernhard ... *S. 159, 229*

Daldrup, Lena ... *S. 50*
Dalos, György ... *S. 81*
Damerau, Inka ... *S. 12, 118 f.*
Danckert, Dr. Peter ... *S. 90, 216 f., 219*
Daniel, Prof. Dr. Ute ... *S. 81*
Däubler-Gmelin, Prof. Dr. Herta ... *S. 47, 217*
Dedering, Klaus-Heinrich ... *S. 40*
Dedy, Helmut ... *S. 90*
Deicke, Dr. Liane ... *S. 173*
Delberg-Ziepke, Dörte ... *S. 12*
Dembski, Ulf ... *S. 113*
Dengler, Susanne ... *S. 40*
Deufel, Prof. Dr. Thomas ... *S. 170*
Dieckmann, Bärbel ... *S. 40, 84, 88*
Dieckmann, Friedrich ... *S. 86*
Dietrich, Sven ... *S. 12*
Diller, Karl ... *S. 61, 217*
Distel, Prof. Dr. Barbara ... *S. 81*
Dittmar, Ansgar ... *S. 40, 97, 169*
Dittrich, Bärbel ... *S. 90*
Dobusch, Gabi ... *S. 82, 118 f.*
Dogan, Ali ... *S. 92*
Dohrn, Uwe ... *S. 104*
Doht, Sabine ... *S. 171*
Dolle, Christoph ... *S. 159*
Doppel-U ... *S. 33*
Dörger, Dr. Ursula ... *S. 71 f.*
Dörmann, Martin ... *S. 81, 216 ff.*
Drabig, Franz-Josef ... *S. 159*
Dräger, Gesine ... *S. 118 f.*
Drake, Burkhard ... *S. 127*
Drakul, Petar ... *S. 178*
Drautz, Cordula ... *S. 77, 155*
Drecoll, Erika ... *S. 40, 69, 89, 98, 111*
Dressel, Dr. Andreas ... *S. 119*
Dressel, Dr. Carl-Christian ... *S. 217*
Dressel, Guido ... *S. 171*
Dreißler, Rudolf ... *S. 68*
Drewke, Renate ... *S. 159*
Dreyer, Malu ... *S. 88*
Driesch, Nicole von den ... *S. 12*
Drobinski-Weiß, Elvira ... *S. 93, 178, 217, 219*
Drohse, Franziska ... *S. 75, 77, 80, 92, 99, 102, 134*
Dröschner, Peter ... *S. 98*
Dröschner, Peter-Wilhelm ... *S. 69*
Dröschner, Prof. Dr. Michael ... *S. 98*
Dröschner, Wilhelm ... *S. 98*
Drumcorps trommler ... and concert ... *S. 33*
Duin, Garrelt ... *S. 11, 124 f., 135, 138 ff., 191, 217, 219*
Dulig, Martin ... *S. 92, 172 f.*

Dunger-Löper, Hella ... *S. 152, 155*
Dünow, Tobias ... *S. 50*
Duwendag-Strecker, Helga ... *S. 84*
Dworog, Rainer ... *S. 127*
Dzembitzki, Detlef ... *S. 217*

■ E

Eckardt, David ... *S. 171*
Eckermann, Richard ... *S. 137*
Eckert, Prof. Dr. Rainer ... *S. 80*
Edathy, Sebastian ... *S. 37, 216 ff.*
Edeling, Volker ... *S. 90*
Egloff, Ingo ... *S. 84, 118 f.*
Ehrenberg, Herbert ... *S. 97*
Ehrmann, Siegmund ... *S. 68 f., 191, 217, 219*
Eichel, Hans ... *S. 97, 170, 217*
Eichler, Dr. Wolfgang ... *S. 142*
Eichner, Dr. Steffen ... *S. 142*
Eigen, Peter ... *S. 99*
Einhaus, Franz ... *S. 126*
Eisenberg, Dr. Christina ... *S. 142*
Eisenreich-Redecker, Sabine ... *S.*
Ellenberger, Irene ... *S. 113*
Elschner, Egmont ... *S. 86*
Elsner, Petra ... *S. 98*
Emigholz, Carmen ... *S. 86*
Emmerich-Kopatsch, Petra ... *S. 12, 124 f., 127*
Engehausen, Franzisca ... *S. 178*
Engelmann, Dirk ... *S.*
Engelmeier-Heite, Michaela ... *S. 40*
Eppler, Dr. Erhard ... *S. 69, 80 f., 95, 99, 133, 144, 178*
Erben, Rüdiger ... *S. 142*
Erdmenger, Katharina ... *S. 35*
Erdoğan, Recep Tayyip ... *S. 48*
Erfmann, Britta ... *S. 40, 82*
Erler, Dr. h.c. Gernot ... *S. 217 ff.*
Erler, Fritz ... *S. 96*
Erler, Hans ... *S. 96*
Ernstberger, Petra ... *S. 216 ff.*
Ertam, Erkan ... *S. 77*
Eumann, Marc Jan ... *S. 40, 81*
Evers-Meyer, Karin ... *S. 124, 138 f., 217, 219*
Everts, Carmen ... *S. 168*

■ F

Faeser, Nancy ... *S. 169*
Falin, Valentin ... *S. 48*
Färber, Prof. Dr. Christine ... *S. 80, 147*
Faße, Annette ... *S. 216 f.*
Faulenbach, Prof. Dr. Bernd ... *S. 40, 80 f.*
Faymann, Werner ... *S. 48*
Fecke, Hanno ... *S. 104*
Fehling, Ursula ... *S. 89*
Fehr, Manfred ... *S. 12*
Fehres, Dr. Karin ... *S. 90*
Feike, Katharina ... *S. 108*
Felder, Josef ... *S. 99*
Feldmann, Hans ... *S. 236*
Feldmann, Peter ... *S. 40, 96*
Felgentreu, Dr. Fritz ... *S. 155*
Ferner, Elke ... *S. 10 f., 30, 40, 64 ff., 82, 174, 216 ff.*
Fersahoglu-Weber, Rifat ... *S. 130*
Fetscher, Prof. Dr. Iring ... *S. 80*
Fiedler, Daniela ... *S. 155*
Fikentscher, Rüdiger ... *S. 87*
Finck, August Baron von ... *S. 189*
Finke, Karl ... *S. 40, 96*
Fisch, Sabine ... *S. 37, 186*
Fischer-Theobald, Sabine ... *S. 67, 147, 175*
Fischer, Birgit ... *S.*
Fischer, Krimhild ... *S. 142*
Fleckenstein, Knut ... *S. 86, 109, 118 f.*
Fleckner-Olbermann, Bergit ... *S. 67*
Fliedner, Dr. Hans-Joachim ... *S. 99*
Florysiak, Kai ... *S. 127*
Fograscher, Gabriele ... *S. 90, 216 f., 219*
Foraci, Ulrike ... *S. 167*
Fornahl, Rainer ... *S. 217*
Foroutan, Naika ... *S. 29*
Forster, Hans ... *S. 12, 140*
Franke, Dr. Edgar ... *S. 165, 219*
Franke, Henning ... *S. 127*
Franzke, Lutz ... *S. 146*
Frechen, Gabriele ... *S. 169, 216 f.*
Freiesleben, Saskia ... *S. 40*
Freitag, Dagmar ... *S. 90, 216 f., 219*
Freudiger-Utke, Kerstin ... *S. 40*
Freyh, Brigitte ... *S. 236*
Friedeburg, Ludwig von ... *S. 166, 236*
Friedel, Sabine ... *S. 173*
Friedrich, Peter ... *S. 11, 92, 177 f., 180, 217, 219*
Friedrichs, Julia ... *S. 35*
Fritzlar, Ronny ... *S. 171*

Fritzsche, Ursula ... *S. 173*
Frohne, Dirk ... *S. 68*
Fronzek, Brigitte ... *S. 104*
Fröschke, Guido ... *S. 109*
Frye, Sven ... *S. 89, 92*
Fuchs, Anke ... *S. 97*
Fuchs, Christina ... *S. 96*
Fuhr, Alexander ... *S. 176*
Fuhrmann, Petra ... *S. 12, 161, 169*
Fuhrmann, Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg ... *S. 132, 134*
Fussan, Kirstin ... *S. 90*

■ G

Gabriel, Sigmar ... *S. 11, 29 f., 32, 34 f., 40 f., 45 ff., 86 f., 98 f., 104, 106, 109, 114, 122, 124 f., 127 f., 129 f., 133, 136 f., 141, 150, 152, 157, 160, 167, 172, 182, 217, 219, 228 ff., 231, 233*
Gaebler, Christian ... *S. 155*
Gagzow, Christoph ... *S. 109*
Gandhi, Indira ... *S. 50*
Ganten, Prof. Dr. Detlev ... *S. 88*
Garling, Karin ... *S. 120*
Gauck, Joachim ... *S. 45, 11, 190*
Gebhard, Heike ... *S. 12*
Gebhardt, Evelynne ... *S. 11, 65 ff., 178, 180, 222*
Gehrmann, Michael ... *S. 91*
Geier, Jens ... *S. 157, 222*
Geis, Kerstin ... *S. 161*
Geis, Manfred ... *S. 86*
Geisel, Andreas ... *S. 155*
Genscher, Hans-Dietrich ... *S. 47 f.*
Gerdes, Michael ... *S. 219*
Gerhard, Prof. Dr. Ute ... *S. 88*
Gerhardt, Dr. Günter ... *S. 232*
Gerhardt, Prof. Dr. Volker ... *S. 80, 94*
Gerstenkorn, Petra ... *S. 88*
Gerster, Martin ... *S. 90, 217 f.*
Geywitz, Klara ... *S. 147*
Giebel, Vera ... *S. 85*
Gildemeister, Nicholas ... *S. 119*
Gisevius, Wolfgang ... *S. 36*

Glante, Norbert ... *S. 145, 222, 224*
Glänzer, Edeltraud ... *S. 88*
Glaßer, Dietmar ... *S. 68*
Gleicke, Iris ... *S. 171, 216 ff.*
Glogowski, Gerhard ... *S. 127, 129, 133 f.*
Gloser, Günter ... *S. 213, 217, 219*
Glotz, Peter ... *S. 34*
Gnadl, Rolf ... *S. 161*
Godawa, Angela ... *S. 178*
Goger, Thomas ... *S. 183*
Görig, Manfred ... *S. 169*
Gottschalck, Ulrike ... *S. 165, 219*
Götz, Alexander ... *S. 155*
Gradistanac, Renate ... *S. 217*
Graeber, Otto ... *S. 69, 97*
Graf, Angelika ... *S. 69, 183*
Graf, Hans-Wolff ... *S. 73*
Graner, Jürgen ... *S. 12*
Gransee, Ulrich ... *S. 130*
Grasedieck, Dieter ... *S. 217*
Grass, Günter ... *S. 85 ff.*
Grätz, Sanda ... *S. 12*
Grebing, Prof. Dr. Helga ... *S. 80, 86, 99*
Gregor-Ness, Martina ... *S. 91*
Gremmels, Timon ... *S. 162 f., 165*
Griefahn, Monika ... *S. 86, 125, 128, 216 f.*
Griese, Kerstin ... *S. 11, 40, 81, 88, 92, 94 f., 216 f.*
Grimm-Benne, Petra ... *S. 142*
Grimm, Gunter ... *S. 127*
Groneberg, Gabriele ... *S. 139, 217*
Groote, Matthias ... *S. 91, 124, 127, 137 f., 140*
Gropp, Enrico ... *S. 171*
Gros, Anna ... *S. 176*
Groschek, Michael ... *S. 11, 157, 159, 219*
Groskurt, Ursula ... *S. 89*
Groß, Michael ... *S. 219*
Groß, Sandra Sabrina ... *S. 137*
Grosse, Marianne ... *S. 176*
Großmann, Achim ... *S. 217*
Grotheer, Wolfgang ... *S. 120*
Grotthaus, Wolfgang ... *S. 217*
Grumbach, Gernot ... *S. 11, 80, 161, 166 f., 169*
Grunwald, Dr. Günter ... *S. 99*
Guggemos, Michael ... *S. 80*
Gujjula, Ravindra ... *S. 147*
Güller, Harald ... *S. 12*
Güngör, Mustafa ... *S. 120*
Gunkel, Wolfgang ... *S. 173, 217, 219*
Gürlevik, Aydin ... *S. 120*
Gurmai, Zita ... *S. 65*

■ H

Haase, Hans Dieter ... *S. 140*
Habermann, Heike ... *S. 169*
Hackenschmidt, Barbara ... *S. 65, 67*
Hacker, Hans-Joachim ... *S. 217, 219*
Hagedorn, Bettina ... *S. 12, 103 f., 217 ff.*
Hagemann, Klaus ... *S. 217 ff.*
Hahn, Christoph ... *S. 93*
Hahn, Günter ... *S. 111*
Hakverdi, Metin ... *S. 73*
Haller, Dr. Peter ... *S. 165*
Halstenberg, Friedrich ... *S. 97, 236*
Hamann, Prof. Dr. Michael ... *S. 126*
Hammerschmidt, Ernest ... *S. 87*
Hanke, Dr. Christian ... *S. 155*
Hansen, Annegret ... *S. 68*
Harant, Renate ... *S. 155*
Harder, Dr. Guido ... *S. 113*
Hardin, Roy ... *S. 159*
Harsch, Daniela ... *S. 178*
Härtel, Thomas ... *S. 90*
Hartenbach, Alfred ... *S. 217*
Hartloff, Jochen ... *S. 11*
Hartmann, Michael ... *S. 90, 176, 217 f.*
Hartmann, Sebastian ... *S. 12*
Hartung, Dr. Thomas ... *S. 170*
Hartung, Jens ... *S. 40*
Hatzfeld, Dr. Ulrich ... *S. 84*
Hauchler, Prof. Dr. Ingomar ... *S. 80*
Hauer, Nina ... *S. 88, 217*
Hauff, Volker ... *S. 91*
Haug, Jutta ... *S. 159*
Haunhorst, Benno ... *S. 159*
Haupt, Heinrich ... *S. 165*
Hauser, Dr. Monika ... *S. 99*
Haut, Regina ... *S. 67*
Heberer, Helen ... *S. 178*
Heid, Petra ... *S. 12*
Heidenreich, Gert ... *S. 86*
Heidinger, Dr. Michael ... *S. 159*
Heiligenstadt, Frauke ... *S. 12, 125, 131, 134 f.*
Heimann, Dr. Siegfried ... *S. 81*
Heinemann, Gustav W. ... *S. 99*
Heinemann, Dr. Peter ... *S. 99*
Heinig, Dr. Hans Michael ... *S. 54*
Heinlein, Angelika ... *S. 72*
Heintze, Thorsten ... *S. 73*
Heinze, Jana ... *S. 37*
Heisig, Bernhard ... *S. 86*

Heisig, Johannes ... *S. 57*
Heistermann, Dieter ... *S. 236*
Helle, Dr. Andreas ... *S. 40, 81*
Helwig-Wilson, Hans-Joachim ... *S. 96, 237*
Hemker, Dr. Reinhold ... *S. 69*
Hempel-Soos, Karin ... *S. 237*
Hempelmann, Rolf ... *S. 91, 217, 219*
Hendricks, Dr. Barbara ... *S. 10 f., 33, 40, 52, 54, 66, 86, 92, 99, 217, 219*
Hengsbach, Prof. Dr. Friedhelm ... *S. 99*
Henke, Prof. Dr. Klaus-Dietmar ... *S. 81*
Hennenhöfer, Gerald ... *S. 189*
Hensel, Jana ... *S. 173*
Hentschel, Angelika ... *S. 140*
Herbers, Rudolf ... *S. 69, 119 f.*
Herdt, Helmut ... *S. 91*
Hering, Hendrik ... *S. 91, 176*
Herklotz, Luise ... *S. 97, 237*
Herter, Marc ... *S. 37, 157, 159*
Herweck, Rudolf ... *S. 91*
Herz, Prof. Dr. Dietmar ... *S. 170*
Herzog, Gustav ... *S. 217, 219*
Heß, Petra ... *S. 90, 217*
Hesse, Schwester Monika ... *S. 99*
Hexel, Dietmar ... *S. 11*
Heydorn, Jörg ... *S. 110*
Heyenn, Günther ... *S. 237*
Heymann, Holger ... *S. 140*
Hibbeler, Hermann ... *S. 68*
Hildebrandt, Dr. Regine ... *S. 99 f.*
Hildebrandt, Uwe ... *S. 130*
Hilgen, Bertram ... *S. 165*
Hilgers, Heinz ... *S. 89*
Hiller-Ohm, Gabriele ... *S. 89, 104, 217, 219*
Hilsberg, Stephan ... *S. 172, 217*
Hindersmann, Nils ... *S. 77*
Hinsch, Thomas ... *S. 91*
Hintz, Katharina ... *S. 142*
Hinz, Petra ... *S. 217, 219*
Hipp, Rainer ... *S. 90*
Hlauschka, Anke ... *S. 176*
Hoch, Clemens ... *S. 176*
Hochschild, Helmut ... *S. 89, 92*
Hocke, Norbert ... *S. 89*
Hofelich, Peter ... *S. 178*
Höfer, Gerd ... *S. 217*
Höfflin, Jürgen ... *S. 178*
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia ... *S. 12, 89, 174*
Hoffmann, Elfriede ... *S. 237*
Hoffmann, Iris ... *S. 105, 108*

Hoffmann, Prof. Dr. Wolfgang ... *S. 89*
Hoffmeier, Andrea ... *S. 92*
Höfle, Frank ... *S. 90*
Hofmann, Frank ... *S. 12, 219*
Hofmann, Gudrun ... *S. 77*
Hofmann, Heike ... *S. 12, 169*
Hofmeyer, Brigitte ... *S. 12*
Högl, Dr. Eva ... *S. 11, 89, 150, 155, 217 ff.*
Höhn, Uwe ... *S. 170*
Hold, Renate ... *S. 119*
Holzhüter, Ingrid ... *S. 237*
Holzwarth, Erich ... *S. 186*
Homann, Henning ... *S. 92, 173*
Höppner, Dr. Reinhard ... *S. 173*
Horb, Ulrich ... *S. 155*
Horn, Katharina ... *S. 165*
Horn, Prof. Dr. Gustav ... *S. 80*
Hornickel, Hartmut ... *S. 112*
Höschele, Ralf ... *S. 77*
Hoßbach, Christian ... *S. 151*
Hövelmann, Holger ... *S. 142, 144*
Hovermann, Eike, ... *S. 217*
Huber, Antje ... *S. 97, 99*
Huber, Wolfgang ... *S. 95*
Hübner, Ines ... *S. 146 f.*
Hübner, Klaas ... *S. 142, 216 f.*
Huby, Felix ... *S. 86*
Hugo, Michael ... *S. 99*
Humme, Christel ... *S. 65 f., 82, 88, 191, 191, 216 ff.*
Hundseder, Franziska ... *S. 99*

■ I

Ibrügger, Lothar ... *S. 217*
Igel, Oliver ... *S. 155*
Ihbe, Annegret ... *S. 121, 134*
Ihne, Hartmut ... *S. 91*
Ilkhanipour, Danial ... *S. 118*
Irber, Brunhilde ... *S. 217*
Isenberg, Thomas ... *S. 93*

■ J

Jäckel, Prof. Dr. Eberhard ... *S. 99*
Jaffa, Mustapha Ben ... *S. 49*

Jagau, Hauke ... *S. 125, 135*
Jäger, Andrea ... *S. 165*
Jäger, Jens ... *S. 90*
Jäger, Ralf ... *S. 228*
Jägers, Wolfgang ... *S. 68*
Jahl, Armin ... *S. 159*
Jaich, Dr. Roman ... *S. 71*
Jakob, Jann ... *S. 146*
Janke, Marion ... *S. 112*
Jantz, Christina ... *S. 137*
Jarck, Prof. Dr. H.-R. ... *S. 134*
Jasper, Dr. Heinrich ... *S. 134*
Jehle, Dirk ... *S. 159*
Jellonnek, Dr. Burkhard ... *S. 86*
Jennerjahn, Marten ... *S. 178*
Jenter, Anne ... *S. 82*
Joas, Hans ... *S. 94*
Joecks, Prof. Dr. Wolfgang ... *S. 113*
Johannßen, Claus ... *S. 137*
John-Ohnesorg, Marei ... *S. 88*
Jöns, Karin ... *S. 11, 120 ff.*
Jordan, Jörg ... *S. 12*
Jörg, Wolfgang ... *S. 89*
Jost, Reinhold ... *S. 175*
Jung, Franz Josef ... *S. 189*
Jung, Johannes ... *S. 178*
Jungblut, Gwendolin ... *S. 137*
Junge-Reyer, Ingeborg ... *S. 151, 154 f.*
Junglas, Mario ... *S. 95*
Junker, Karin ... *S. 66 f., 82*
Junker, Vera ... *S. 155*
Jupp-Geyer-Jazztrio ... *S. 33*
Juratovic, Josip ... *S. 178, 217, 219*
Jurk, Thomas ... *S. 91, 171 f.*
Jüttner, Wolfgang ... *S. 11, 37, 80, 88, 134 f., 138*

■ K

Kaczmarek, Oliver ... *S. 88, 159, 219*
Kaerkes, Sven ... *S. 40, 73*
Kahrs, Johannes ... *S. 119, 217, 219*
Kammerevert, Petra ... *S. 81, 157*
Kanehl, Jürgen ... *S. 234*
Kannenberg, Lothar ... *S. 29*
Kapp, Sonja ... *S. 125*
Karaahmetoglu, Macit ... *S. 178*

Karademir, Hidir ... *S. 167*
Karka, Atilla ... *S. 73*
Karl, Annette ... *S. 183*
Kaspar, Karin ... *S. 112*
Kasparick, Ulrich ... *S. 217*
Kastner, Dr. h.c. Susanne ... *S. 217, 219*
Kavai, André ... *S. 169*
Kebir, Sabine ... *S. 86*
Kegel, Ulrich ... *S. 131*
Kehlbreier, Dr. Dietmar ... *S. 94 f.*
Keim, Tobias ... *S. 77, 88*
Keine, Bettina ... *S. 109*
Kelber, Ulrich ... *S. 11, 40, 91, 93, 216 ff.*
Kelm-Schmidt, Sabine ... *S. 12*
Kerschbaumer, Judith ... *S. 82*
Kerth, Stefan ... *S. 108*
Keßler, Prof. Dr. Jürgen ... *S. 93*
Kessling, Dagmar ... *S. 130*
Keupp, Prof. Dr. Heiner ... *S. 89*
Kiausch, Elisabeth ... *S. 118*
Kiefert, Dr. Cathleen ... *S. 112*
Kieninger, Gerda ... *S. 159*
Kilicdaroglu, Kemal ... *S. 48 f.*
Kindel, Kurt ... *S. 234*
Kipfer, Birgit ... *S. 93*
Kirchner, Wolfgang ... *S. 140*
Kirgiane-Efremidis, Stella ... *S. 178*
Kirschner, Klaus ... *S. 70*
Kissel, Michael ... *S. 12, 176*
Kisseler, Barbara ... *S. 85 f.*
Klapprodt, Roland ... *S. 40*
Klausch, Peter ... *S. 88 f.*
Kleber, Michael ... *S. 130*
Klecha, Stephan ... *S. 12*
Kleiminger, Christian ... *S. 217*
Klein, Dr. Horst ... *S. 111*
Klein, Stefan ... *S. 127, 130*
Kleinfeld, Renate ... *S. 68, 118 f.*
Kleinsorge, Marion ... *S. 89*
Kleist, Thomas ... *S. 175*
Kleist, Werner ... *S. 155*
Klemm, Prof. Klaus ... *S. 12*
Klenner, Dr. Christina ... *S. 88*
Kleißmann, Prof. Dr. Christoph ... *S. 81*
Kletzin, Joachim ... *S. 37*
Klimmt, Reinhard ... *S. 174*
Klingbeil, Lars ... *S. 81, 137, 191, 219*
Klingel, Alfred ... *S. 68, 176*
Klingenburg, Konrad ... *S. 37*
Klisch, Dr. Cornelia ... *S. 67*

Klose, Hans-Ulrich ... *S. 119, 217, 219*
Klug, Astrid ... *S. 34 ff., 66, 97, 134, 173 f., 175, 186, 217*
Klute, Thorsten ... *S. 159*
Knaak, Klaus ... *S. 111*
Knapp, Thomas ... *S. 91*
Koch, Dr. Diether ... *S. 99*
Koch, Dr. Rainer ... *S. 90*
Koch, Helga ... *S. 73, 183*
Koch, Patrick ... *S. 169*
Koch, Roland ... *S. 160, 168*
Kocka, Jürgen ... *S. 81*
Koenigs, Tom ... *S. 45 f.*
Kofler, Dr. Bärbel ... *S. 216 ff.*
Kohl, Hannelore ... *S. 40, 112 f.*
Köhler, Susanne ... *S. 171*
Kohlrausch, Bettina ... *S. 88*
Kohlrausch, Erhard ... *S. 72*
Kohnen, Natascha ... *S. 80, 181, 183*
Kohrt, Detlef ... *S. 113*
Kolat, Dilek ... *S. 12, 151, 155*
Kolat, Kenan ... *S. 31, 47*
Kolb, Angela ... *S. 12*
Kolb, Gisela ... *S. 175*
Kolbe, Daniela ... *S. 219*
Kolbow, Walter ... *S. 46, 216*
Kolf, Ingo ... *S. 89*
Köllmer, Klaus ... *S. 111*
Komoß, Stefan ... *S. 155*
Kompe, Gerhard ... *S. 61, 159*
König, Barbara ... *S. 37, 88 f.*
Konrad, Dorothea ... *S. 108*
Konzelmann, Thorsten ... *S. 159*
Kopetzky, Steffen ... *S. 86*
Kopischke, Hanna ... *S. 127*
Köpping, Petra ... *S. 173*
Körfges, Hans-Willi ... *S. 159*
Körner, Matthias ... *S. 169*
Körper, Fritz Rudolf ... *S. 216 f., 219*
Körting, Dr. Ehrhart ... *S. 40, 91, 96, 153 ff.*
Kortmann, Karin ... *S. 217*
Koschnick, Dr. h.c. Hans ... *S. 234*
Koschorreck, Elisabeth ... *S. 159*
Köster, Dr. Dietmar ... *S. 159*
Kraffzick, Cornelia ... *S. 171*
Kraft, Hannelore ... *S. 7, 10 f., 40, 31, 64, 66, 70 f., 86, 90, 97, 153, 156 ff., 225, 229*
Kraft, Thomas ... *S. 86*
Kramer, Rolf ... *S. 217*
Kramme, Anette ... *S. 191, 217 ff.*
Kranz, Ernst ... *S. 171, 217*

Krappa, Stefan ... *S. 119*
Kreft, Marcus ... *S. 105*
Krehl, Constanze ... *S. 171, 222, 224*
Kreitmair, Sonja ... *S. 93*
Kremling, Dr. Mario ... *S. 142, 144*
Kressl, Nicolette ... *S. 80, 88 f., 191, 217 ff.*
Kreuch, Knut ... *S. 170*
Kreuziger, Gerhild ... *S. 173*
Krollmann, Hans ... *S. 165*
Kröning, Volker ... *S. 217*
Krüger-Leißner, Angelika ... *S. 216 f., 219*
Krüger, Bernd ... *S. 127*
Krüger, Dr. Hans-Ulrich ... *S. 217*
Krüger, Thomas BPB ... *S. 92, 153*
Krüger, Thomas LGF MV ... *S. 117*
Kruke, Dr. Anja ... *S. 80*
Krümpfer, Petra ... *S. 120*
Krumnsiek, Rolf ... *S. 97, 237*
Krutten, Stefan ... *S. 157*
Kubel, Alfred ... *S. 133*
Küber, Thurid ... *S. 137*
Kucharczyk, Jürgen ... *S. 217*
Kühl, Dr. Carsten ... *S. 40, 92*
Kuhlwein, Eckart ... *S. 61*
Kühn-Mengel, Helga ... *S. 217*
Kumpf, Ute ... *S. 216 ff.*
Kumpfmüller, Michael ... *S. 86*
Künholz, Elke ... *S. 169*
Kunst, Prof. Dr. Sabine ... *S. 88*
Kuppe, Dr. Gerlinde ... *S. 93, 98*
Kurz, Dr. Peter ... *S. 84*
Küster, Dr. Uwe ... *S. 217*
Kwaschik, Johannes ... *S. 95*

■ L

Lager, Werner ... *S. 141*
Lagodinsky, Sergey ... *S. 40, 96*
Lambrecht, Christine ... *S. 12, 161, 166, 169, 216*
Lang, Armin ... *S. 40, 70, 144*
Lang, Torsten ... *S. 12*
Lange, Bernd ... *S. 124, 127, 138, 141*
Lange, Brigitte ... *S. 86, 155*
Lange, Christian ... *S. 216, 218*
Lange, Prof. Dr. Harald ... *S. 90*
Langemeyer, Dr. Gerhard ... *S. 84, 234*

Langner, David ... *S. 176*
Lansink, Leonard ... *S. 86*
Laskowski, Prof. Silke Ruth ... *S. 82*
Lauer, Christof ... *S. 126*
Lauer, Dr. Alfons ... *S. 175*
Lauterbach, Prof. Dr. Dr. Karl ... *S. 217, 219*
Lauterbach-Wenig, Iris-Maud ... *S. 120*
Lawall, Karin ... *S. 12*
Leber, Georg ... *S. 97*
Lebreton, Claudy ... *S. 232*
Lehberger, Prof. Reiner ... *S. 71*
Lehmann-Wandschneider, Dr. Ulrike ... *S. 105, 108*
Lehmann, Diana ... *S. 171*
Lehmann, Harry ... *S. 91*
Lehn, Waltraud ... *S. 217*
Leidenfrost, Nicole ... *S. 165*
Leinen, Jo ... *S. 174, 222, 225*
Lemke, Willi ... *S. 90*
Lemme, Steffen-Claudio ... *S. 219*
Lemmen, Veith ... *S. 159*
Lensch, Dr. Eckart ... *S. 177*
Lenz, Thomas ... *S. 108*
Leo, Prof. Dr. Annette ... *S. 81*
Leopold, Jürgen-Leo ... *S. 117*
Lewentz, Roger ... *S. 90, 176*
Leyen, Ursula von der ... *S. 198, 204*
Leyendecker, Hans ... *S. 99*
Liebetruth, Dörte ... *S. 12, 137*
Liebisch, Peggi ... *S. 89*
Liefers, Jan Josef ... *S. 33*
Lies, Olaf ... *S. 124 f., 128, 134 ff., 138, 140*
Lieser, Jürgen ... *S. 45*
Limbach, Jutta ... *S. 80*
Lind, Thomas ... *S. 72*
Linde, Gerda ... *S. 97, 99*
Lindenberg, Martin ... *S. 109*
Lindenberg, René ... *S. 171*
Links, Christoph ... *S. 86*
Lischka, Burkhard ... *S. 142, 144, 219*
Löbl, Bettina ... *S. 171*
Locatelli, Pia ... *S. 65*
Locklair, Bettina ... *S. 94*
Löffler, Fabian ... *S. 176*
Löffler, Michael ... *S. 116 f.*
Loge, Stephan ... *S. 147*
Lohmann, Götz-Peter ... *S. 110*
Lohmann, Jacob ... *S. 77*
Lomb, Mathias ... *S. 165*
Lopez, Helga ... *S. 217*
Lorenz, Wolfgang ... *S. 68*

Lösekrug-Möller, Gabriele ... *S. 124 f., 135, 216 ff.*
Losert, Dagmar ... *S. 68*
Loth, Barbara ... *S. 153, 155*
Lovink, Prof. Geert ... *S. 87*
Lückert, Brigitte ... *S. 120*
Lüdeking, Nicole ... *S. 99*
Lüders, Nadja ... *S. 159*
Ludwig, Barbara ... *S. 11, 84*
Ludwig, Volker ... *S. 86*
Lühmann, Kirsten ... *S. 219*
Lüke, Monika ... *S. 47*
Lukosch, Dr. Christian ... *S. 70*
Lütkes, Anne ... *S. 89*
Lutz, Dietmar ... *S. 104*
Lutz, Udo ... *S. 68, 178*
Luz, Dr. Rudolf ... *S. 178*

■ M

Maas, Heiko ... *S. 10 f., 32, 87, 97, 102, 173 ff.*
Machnig, Matthias ... *S. 91, 134, 170*
Maffay, Peter ... *S. 127, 133*
Maget, Franz ... *S. 93*
Magirus, Friedrich ... *S. 99*
Mählerl, Dr. Ulrich ... *S. 80*
Mahrenholz, Ernst Gottfried ... *S. 97*
Malecha-Nissen, Dr. Birgit ... *S. 104*
Malis, Ernst ... *S. 57*
Maly, Dr. Ulrich ... *S. 11, 84, 231*
Mann, Erika ... *S. 35, 87*
Mann, Holger ... *S. 173*
Manzewski, Dirk ... *S. 109 f., 217*
Mappus, Stefan ... *S. 180*
Margraf, Martin ... *S. 77*
Marian, Hans-Gerd ... *S. 91*
Mark, Lothar ... *S. 217*
Markmann, Sabine ... *S. 120*
Marks, Caren ... *S. 82, 88, 90, 92, 134, 191, 216 ff.*
Markurth, Ulrich ... *S. 130*
Marszolek, Prof. Dr. Inge ... *S. 81*
Martin, Dr. Jens ... *S. 125*
Märтин, René ... *S. 34, 36*
Martini, Klaudia ... *S. 91*
Martiny, Anke ... *S. 97*
Marx, Elfriede ... *S. 37, 98*
Marx, Reinhard Kardinal ... *S. 95*

Mascher, Ulrike ... *S. 97*
Maßmann, Peter ... *S. 119*
Mast, Katja ... *S. 217, 219*
Matschie, Christoph ... *S. 10 f., 32 f., 44, 91, 169 ff.*
Matthäus-Maier, Ingrid ... *S. 97*
Mattheis, Hilde ... *S. 11, 178 ff., 217, 219*
Matthöfer, Hans ... *S. 237*
Mattischeck, Heide ... *S. 61*
Mayer, Dieter ... *S. 165*
Mayr, Hans ... *S. 237*
Mazulewitsch-Boos, Anna ... *S. 12*
Meckel, Markus ... *S. 80, 81, 153*
Mehl, Ulrike ... *S. 91*
Meier-Gräwe, Prof. Dr. Uta ... *S. 88 f.*
Meier, Prof. Bernd ... *S. 71*
Meine, Hartmut ... *S. 133*
Meinhold, Walter ... *S. 61, 135*
Meinke, Sanna ... *S. 169*
Meng, Dr. Richard ... *S. 155*
Menne, Claudia ... *S. 82*
Mensink, Dagmar ... *S. 40*
Merk, Heidi ... *S. 97*
Merkel, Angela ... *S. 43, 189 ff., 201, 208, 211*
Merkel, Petra ... *S. 150*
Merkel, Prof. Dr. Wolfgang ... *S. 80*
Mernizka, Loke ... *S. 98*
Merten, Prof. Dr. Roland ... *S. 89, 170*
Merten, Ulrike ... *S. 86*
Merz, Gerhard ... *S. 89*
Merzbacher, Jonas ... *S. 12*
Meßmer, Ullrich ... *S. 102, 165, 219*
Metz, Peter ... *S. 171*
Mewes, Volker ... *S. 131*
Meyer, Kerstin ... *S. 141*
Meyer, Prof. Dr. Thomas ... *S. 35, 80*
Midyatli, Serpil ... *S. 104*
Miersch, Dr. Matthias ... *S. 91, 125, 135, 191, 217, 219*
Miert, Karel van ... *S. 239*
Miesterfeldt, Gerhard ... *S. 142*
Mindrup, Klaus ... *S. 155*
Mischalle, Frank ... *S. 84*
Misselwitz, Dr. Hans ... *S. 40, 80*
Misselwitz, Ruth ... *S. 99*
Mittag, Susanne ... *S. 140*
Möbius, Renate ... *S. 120*
Modder, Hanne ... *S. 124 f., 138, 140*
Mogdans, Kerstin ... *S. 67*
Mogg, Ursula ... *S. 217*
Mögling, Renate ... *S. 69*
Möhring-Hesse, Prof. Dr. Matthias ... *S. 80*

Möhrmann, Dieter ... *S. 125, 136 f.*
Möller, Claus ... *S. 12, 91*
MommSEN, Prof. Dr. Hans ... *S. 81*
Momper, Walter ... *S. 81*
Mönikes, Jan ... *S. 12, 178*
Monteiro, Birgit ... *S. 93*
Morgenroth, Ina ... *S. 119*
Moser, Heide ... *S. 237*
Mouralova, Blanka ... *S. 81*
Mücke, Markus ... *S. 146*
Mugabe, Robert ... *S. 49*
Mühe, Karl-Heinz ... *S. 133*
Mühlbauer, Eleonore ... *S. 171*
Mühlstein, Marko ... *S. 142, 144, 217*
Müller, Detlef ... *S. 111, 217*
Müller, Franz ... *S. 73*
Müller, Heinz ... *S. 105*
Müller, Martina ... *S. 90*
Müller, Michael (Berlin) ... *S. 149 ff.*
Müller, Michael (Düsseldorf) ... *S. 80, 91, 217*
Müller, Prof. Dr. Wilfried ... *S. 87*
Müllerwiebus, Roswitha ... *S. 12*
Müllner, Generalmajor Karl ... *S. 45 f.*
Multhaupt, Gesine ... *S. 139, 217*
Münch, Dr. Martina ... *S. 147*
Münch, Katrin ... *S. 40, 75, 77*
Munoz-Berz, Carmen ... *S. 82*
Mün-tefering, Franz ... *S. 33, 36, 43 f., 64, 69, 80, 84, 86, 89, 95, 102, 104, 116, 119, 121, 127 f., 131, 133 f., 143, 145, 150, 156, 158, 164, 166 ff., 169, 171, 177 f., 183, 191, 217, 219, 233*
Mün-tefering, Michelle ... *S. 159*
Muras, Haralds ... *S. 118*
Mützenich, Dr. Rolf ... *S. 46, 48, 217 f.*

■ N

Naber, Hanna ... *S. 12, 140 f.*
Nagel, Eckhard ... *S. 95*
Nahles, Andrea ... *S. 10 f., 33 ff., 44, 48 f., 65 f., 95 f., 98, 105, 114, 141, 150, 179, 216 ff., 219, 229*
Naujoks, Alexander ... *S. 68*
Naumann, Hans Günter ... *S. 237*
Naumann, Michael ... *S. 119*
Naumann, Ruth ... *S. 127, 130*
Nawrat, Sebastian ... *S. 81*

Neiman, Susan ... *S. 86 ff.*
Ness, Klaus ... *S. 147*
Neuendorf, Bernd ... *S. 159*
Neugebauer, Sandy ... *S. 92*
Neukirch, Dagmar ... *S. 89*
Neumann, Wiebke ... *S. 144*
Neumeister, René ... *S. 113*
Neuser, Norbert ... *S. 175*
Nicholls, Robert ... *S. 126*
Nida-Rümelin, Prof. Dr. Julian ... *S. 11, 40, 80, 86 f.*
Niebel, Dirk ... *S. 213 f.*
Niebert, Kai ... *S. 92*
Niedt, Bettina ... *S. 84*
Niemann, Regine ... *S. 144*
Nietan, Dietmar ... *S. 49, 159, 220*
Nink, Karin ... *S. 50*
Nink, Manfred ... *S. 220*
Nisblé, Hans ... *S. 155*
Nissen, Ulli ... *S. 67*
Nitschke, Hans-Ulrich ... *S. 172*
Noack, Arndt ... *S. 114*
Norbisrath, Volker ... *S. 40, 91*
Notzke, Thomas ... *S. 171*
Nowack, Peter ... *S. 120*
Nowak, Gerhard ... *S. 104*
Nürnberg, Dr. Sebastian ... *S. 93*
Nussbaum, Dr. Ulrich ... *S. 155*

■ O

Ober, Dr. med. Erika ... *S. 217 f.*
Ofori-Thomas, Tam ... *S. 137*
Önder, Ender ... *S. 73*
Öney, Bilkay ... *S. 96*
Oomph ... *S. 34*
Oppermann, Thomas ... *S. 43, 91 f., 95, 124, 216, 218, 220*
Oppold-Soda, Axel ... *S. 155*
Ortel, Holger ... *S. 138 f., 218, 220*
Ostheimer, Dr. Volker ... *S. 175*
Österreich, Dr. Cornelia ... *S. 67*
Ott, Jochen ... *S. 17, 157, 159*
Otter, Lothar ... *S. 40, 96*
Ovali, Derya ... *S. 92*
Özmen, Dr. Elif ... *S. 80*
Özoguz, Aydan ... *S. 82, 118 f., 191, 208, 220*

■ P

Paetz, Dr. Erich ... *S. 93*
Paetzel, Dr. Uli ... *S. 159*
Pahl, Roland ... *S. 120*
Pahl, Rolf ... *S. 165*
Pähle, Katja ... *S. 142*
Panter, Dirk ... *S. 172 f.*
Paß, Reinhard ... *S. 84*
Passig, Kathrin ... *S. 87*
Pastow, Günther ... *S. 109*
Pauk, Anne-Kathrin ... *S. 153*
Paula, Heinz ... *S. 218, 220*
Pauli, Günter ... *S. 238*
Pauls, Birte ... *S. 104*
Pein, Milan ... *S. 119*
Pelgrim, Hermann-Josef ... *S. 178*
Pellin, Sonja ... *S. 77*
Pensky, Heinz ... *S. 238*
Pepper, Renate ... *S. 176*
Perthes, Volker ... *S. 45*
Peter, Brunhilde ... *S. 97*
Peters, Gesche ... *S. 69*
Peters-Rehwinkel, Insa ... *S. 120*
Petersen, Mathias ... *S. 118*
Petry, Christian ... *S. 175*
Pfaff, Hildegard ... *S. 161*
Pfeil, Juliane ... *S. 173*
Pfeil, Prof. Dr. Ulrich ... *S. 81*
Pfungsten, Jutta ... *S. 159*
Pflug, Johannes ... *S. 12, 218*
Pidde, Dr. Werner ... *S. 171*
Platzeck, Matthias ... *S. 103, 145 ff., 171*
Pleiß, Brigitte ... *S. 12, 67, 82, 112*
Pogge, Thomas ... *S. 87*
Pogrell, Anette ... *S. 126*
Polkaehn, Uwe ... *S. 104*
Polzin, Heike ... *S. 111*
Poppe, Ulrike ... *S. 99*
Poppenhäger, Dr. Holger ... *S. 170*
Porath, Horst ... *S. 155*
Pörksen, Anke ... *S. 40, 74*
Pörksen, Jan ... *S. 118*
Poß, Joachim ... *S. 10 f., 40, 92, 197, 216, 218, 220, 203*
Posser, Diether ... *S. 238*
Post, Achim ... *S. 35*
Prammer, Barbara ... *S. 65*
Preuße, Stefan ... *S. 125*
Pries, Christoph ... *S. 218*
Priesmeier, Dr. med. vet. Wilhelm ... *S. 127 ff., 220*

Prieß, Helmuth ... *S. 99*
Prigge, Rolf ... *S. 120*
Prokop, Dr. Clemens ... *S. 90*
Pronold, Florian ... *S. 10 f., 181, 183, 216, 218, 220*
Protze, Annika ... *S. 137*
Pühl, Dr. Manfred ... *S. 126*

■ Q

Quanz, Lothar ... *S. 161*

■ R

Raab, Heike ... *S. 176*
Raabe, Detlef ... *S. 88, 92*
Raabe, Dr. Sascha ... *S. 169, 216, 218 ff.*
Raatz, Dr. Simone ... *S. 173*
Rabe, Ties ... *S. 118 ff.*
Rackles, Mark ... *S. 153, 155*
Radtke, Sylvia ... *S. 110, 116*
Radziwill, Ülker ... *S. 155*
Raether, Irene ... *S. 111*
Rahe, Ernst-Wilhelm ... *S. 159*
Rakete, Jim ... *S. 84*
Rakow, Sigrid ... *S. 140*
Ramsauer, Günther ... *S. 176*
Ramsauer, Peter ... *S. 205 f.*
Randzio-Plath, Prof. Dr. h.c. Christa ... *S. 61, 89*
Raphael, Detlef ... *S. 84, 229, 231, 234*
Rapkay, Bernhard ... *S. 49, 91, 157, 159, 222, 224, 232*
Rasmussen, Poul Nyrup ... *S. 48, 167, 169*
Rau, Christina ... *S. 99*
Rau, Johannes ... *S. 158*
Räuber, Andreas ... *S. 171*
Rauschenbach, Prof. Dr. Thomas ... *S. 68 f., 92*
Ravens, Karl ... *S. 97, 137*
Rawert, Mechthild ... *S. 93, 150, 155*
Rebmann, Stefan ... *S. 178*
Reckmann, Brigitte ... *S. 61*
Rehwinkel, Ingrid ... *S. 70*
Reiber, Marlene ... *S. 175*
Reich, Beate ... *S. 176*
Reiche, Steffen ... *S. 35, 216*

Reichel, Maik ... *S. 218*
Reichel, Sebastian ... *S. 35, 133*
Reichenbach, Gerold ... *S. 169, 172, 218, 220*
Reil, Rolf ... *S. 111, 117*
Reimann, Dr. Carola ... *S. 30, 125, 127 ff., 216, 218, 220*
Reimers, Babette ... *S. 73*
Reinecke, Corinna ... *S. 142*
Reise, Holger ... *S. 183*
Reiß, Vera ... *S. 92*
Reuß, Stefan ... *S. 165*
Reuter, Bernhard ... *S. 131, 134*
Rexin, Dr. Manfred ... *S. 81*
Rezwan, Prof. Dr.-Ing. Kuroschi ... *S. 88*
Richter, Andrea ... *S. 99*
Richter, Bianca ... *S. 99*
Richter, Diana ... *S. 173*
Richter, Frank ... *S. 118 f.*
Richter, Prof. Dr. Ingo ... *S. 114*
Ridder-Melchers, Ilse ... *S. 90*
Riebschläger, Klaus ... *S. 238*
Rieckhof, Andreas ... *S. 125*
Riedmaier, Theresia ... *S. 176*
Rieke, Dieter ... *S. 238*
Riemann-Hanewinkel, Christel ... *S. 89, 218*
Ries, Isolde ... *S. 93*
Riester, Walter ... *S. 218*
Rinderspacher, Markus ... *S. 98, 181*
Ringstorff, Dr. Harald ... *S. 69, 114*
Rinke, Barbara ... *S. 171*
Rips, Dr. Franz-Georg ... *S. 93*
Ritzenhoff, Thomas ... *S. 119*
Rix, Sönke ... *S. 89, 92, 104, 218, 220*
Rodi, Dr. Katja ... *S. 113*
Rodust, Ulrike ... *S. 222*
Röhl, Sabine ... *S. 176, 234*
Rolland, Gabi ... *S. 178*
Roloff, Sebastian ... *S. 183*
Rombach, Prof. Dr. Dieter ... *S. 87 f.*
Romberg, Walter ... *S. 97*
Römer, Norbert ... *S. 91, 157, 159*
Rose, Dr. Heidemarie ... *S. 89, 92*
Rose, Wolfgang ... *S. 119*
Rosemann, Dr. Martin ... *S. 178*
Rosenkötter, Ingelore ... *S. 93*
Rosenlöcher, Thomas ... *S. 86*
Rösler, Friederike ... *S. 144*
Rösler, Philipp ... *S. 42, 189, 191, 199 f.*
Röspel, René ... *S. 88, 218, 220*
Rossmann, Dr. Ernst Dieter ... *S. 71 f., 80, 91, 104, 191, 216, 218 ff.*

Roßner, Frank ... *S. 171*
Rostalski, André ... *S. 155*
Roth-Behrendt, Dagmar ... *S. 93, 149, 155, 222*
Roth, Angelika ... *S. 12*
Roth, Eugen ... *S. 174 f.*
Roth, Karin ... *S. 218, 220*
Roth, Michael ... *S. 160 f., 165*
Roth, Prof. Dr. Martin ... *S. 86*
Rothe, Kerstin ... *S. 77, 80, 91*
Rothe, Mechtild ... *S. 91*
Rother, Dr. Bernd ... *S. 80*
Röttgen, Norbert ... *S. 189 f., 201*
Röttgermann, Thomas ... *S. 90*
Rückert, Rainer ... *S. 113*
Rüdinger, Elisabeth ... *S. 70*
Rudolf, René ... *S. 93*
Rudolph, Dr. Karsten ... *S. 81, 98 f., 159*
Rühl, Kathrin ... *S. 125*
Rühling, Carola ... *S. 77*
Rühmkorf, Eva ... *S. 97, 99*
Ruhwedel, Iris ... *S. 165*
Rulff, Peter Michael ... *S. 71*
Runde, Ortwin ... *S. 216, 218*
Rupp, Adelheid ... *S. 12, 67, 133*
Rupprecht, Holger ... *S. 89, 93*
Rupprecht, Marlene ... *S. 89*
Rürup, Bettina Luise ... *S. 89*
Rürup, Prof. Dr. Reinhard ... *S. 81*
Rüter, Michael ... *S. 125 f.*
Rüthrich, Susann ... *S. 173*
Rüttgers, Jürgen ... *S. 156 ff.*
Ryglewski, Sarah ... *S. 120*

■ S

Saalf Frank, Katharina ... *S. 88*
Sagasser, Tanja ... *S. 12*
Saleh, Raed ... *S. 92, 155*
Samland, Detlev ... *S. 238*
Samtlebe, Günter ... *S. 234*
Sanchez Lansch, Enrique ... *S. 86*
Sandvoß, Ursula ... *S. 127*
Sarrazin, Thilo ... *S. 29, 208*
Sawade, Annette ... *S. 178, 234*
Sawicki, Peter ... *S. 189*

Schaaf, Anton ... *S. 216, 218, 220*
Schackmann-Fallis, Dr. Karl-Peter ... *S. 80*
Schäfer-Gümbel, Thorsten ... *S. 10 f., 40, 50, 102, 159, 160 f., 166 f.*
Schäfer, Axel ... *S. 12, 90, 159*
Schäfer, Dr. Claus ... *S. 89*
Schäfer, Prof. Dr. Klaus ... *S. 93*
Schäfer, Roland ... *S. 231 f.*
Schäfer, Ute ... *S. 157, 159*
Schaffartzik, Dr. Karl-Heinz ... *S. 93*
Scharf, Kurt ... *S. 99*
Scharfenberg, Ulrich ... *S. 12*
Scharping, Rudolf ... *S. 90*
Schaub, Manfred ... *S. 11, 40, 89 ff., 160 ff., 165*
Schavan, Annette ... *S. 70, 202 f.*
Scheelen, Bernd ... *S. 84, 140, 216, 218, 220*
Scheer, Dr. Hermann ... *S. 161, 163, 218, 220, 238*
Schell, Hansjörg ... *S. 37*
Scherer, Dr. Klaus-Jürgen ... *S. 40, 86 f.*
Scherf, Christian ... *S. 87 f.*
Scherf, Dr. Henning ... *S. 40, 69, 99*
Scherrer, Peter ... *S. 109*
Scheytt, Prof. Dr. Oliver ... *S. 86*
Schieder, Marianne ... *S. 218, 220*
Schieder, Werner ... *S. 12, 220*
Schiffmann, Dieter ... *S. 12*
Schild, Armin ... *S. 12*
Schildmann, Christina ... *S. 80*
Schildt, Prof. Dr. Axel ... *S. 81*
Schiller, Anna Lena ... *S. 93*
Schily, Otto ... *S. 218*
Schindler, Silke ... *S. 142*
Schintze, Jörg ... *S. 73*
Schirrmacher, Frank ... *S. 208*
Schlage, Britta ... *S. 118 f.*
Schlaugat, Eva ... *S. 127, 130*
Schlegel, Astrid ... *S. 125, 135*
Schleicher-Rothmund, Barbara ... *S. 176*
Schlenz, Thomas ... *S. 11*
Schlimbach, Markus ... *S. 173*
Schlotmann, Andreas ... *S. 40*
Schlotmann, Volker ... *S. 105*
Schlotzhauer, Melanie ... *S. 118 f.*
Schlüter, Ingo ... *S. 109*
Schmalstieg, Dr. h.c. Herbert ... *S. 97, 232, 234*
Schmeitzner M.A., Dr. Mike ... *S. 80*
Schmid, Dr. Nils ... *S. 177 ff., 180*
Schmid, Victoria ... *S. 142*
Schmidt-Kühner, Regina ... *S. 12*
Schmidt-Kuner, Hannah ... *S. 36*

Schmidt, Dagmar ... *S. 12, 169*
Schmidt, Dr. Frank ... *S. 218*
Schmidt, Hannelore (Loki) ... *S. 238*
Schmidt, Helmut ... *S. 11, 238*
Schmidt, Manfred ... *S. 73*
Schmidt, Miriam ... *S. 159*
Schmidt, Renate ... *S. 218*
Schmidt, Silvia ... *S. 199, 218, 220*
Schmidt, Ulla ... *S. 12, 199 f.*
Schmidt, Uwe ... *S. 162*
Schmidt, Wilhelm ... *S. 130, 228*
Schmiedel, Claus ... *S. 95, 179 ff.*
Schmitt, Astrid ... *S. 176*
Schmitt, Lucienne ... *S. 99*
Schmitting, Carmen ... *S. 40, 91, 93*
Schmitz, André ... *S. 99*
Schmitz, Christiane ... *S. 73*
Schmitz, Hardy ... *S. 151*
Schmitz, Uwe ... *S. 159*
Schmuch, Tim ... *S. 165*
Schmude, Jürgen ... *S. 97*
Schmutzler, Dr. Hans-Jörg ... *S. 113*
Schneider, Carsten ... *S. 169, 191*
Schneider, Guntram ... *S. 68*
Schneider, Präses Nikolaus ... *S. 45 f.*
Schneider, Ulrich ... *S. 12*
Schnoor, Dr. Herbert ... *S. 97, 99*
Schöfer, Erasmus ... *S. 86*
Scholl, Andro ... *S. 177*
Scholle, Thilo ... *S. 12, 77*
Scholz, Olaf ... *S. 7, 10 f., 30, 32, 81, 86 f., 97, 104, 118 ff., 134, 139 f., 180*
Scholz, Rüdiger ... *S. 151, 155*
Schomburg, Frank ... *S. 73*
Schönhoven, Prof. Dr. Klaus ... *S. 81*
Schöning-Kalender, Dr. Claudia ... *S. 67*
Schönwälder, Dr. Karen ... *S. 93*
Schorlemmer, Friedrich ... *S. 81*
Schorling, Jonathan ... *S. 126*
Schostok, Stefan ... *S. 95, 124 f., 128, 134 ff., 138*
Schreiber, Anna ... *S. 77*
Schreiber, Markus ... *S. 118 f.*
Schreier, Wilhelm ... *S. 12, 171*
Schreiner, Ottmar ... *S. 11, 30, 40, 68, 171, 174, 218, 220*
Schridde, Hans-Henning ... *S. 127*
Schröder-Ehlers, Andrea ... *S. 125, 135*
Schröder, Dr. Burkhard ... *S. 147*
Schröder, Kristina ... *S. 203*
Schröder, Gerhard ... *S. 46, 57, 102, 119, 133 f.*
Schröder, Jan ... *S. 112*

Schröder, Jendrik ... *S. 77, 137*
Schröder, Richard ... *S. 99*
Schröder, Theo ... *S. 114*
Schroeder, Prof. Dr. Wolfgang ... *S. 80 f.*
Schröter, Dr. Albrecht ... *S. 171*
Schröter, Wulf ... *S. 171*
Schubert, Dr. Hartmut ... *S. 170 f.*
Schubert, Erich ... *S. 127*
Schüler, Karin ... *S. 99*
Schulte, Jochen ... *S. 109, 113*
Schulte, Marc ... *S. 153, 155*
Schultheis, Karl ... *S. 87, 159*
Schultz, Reinhard ... *S. 91, 218*
Schulz, Erich ... *S. 104*
Schulz, Gabriele ... *S. 87*
Schulz, Martin ... *S. 10 f., 44 ff., 118, 121, 133, 141, 149, 156 f., 162, 167, 169, 178 f., 183, 222, 232*
Schulz, Swen ... *S. 94, 150*
Schulze, Anett ... *S. 147*
Schulze, Bettina ... *S. 77, 82, 89*
Schulze, Sven ... *S. 173*
Schulze, Svenja ... *S. 91, 93, 159*
Schumann, Michelle ... *S. 139*
Schüren, Norbert ... *S. 12, 76, 161, 165, 215, 225, 231*
Schurer, Ewald ... *S. 183, 218, 220*
Schüssler, Olaf ... *S. 68, 165*
Schuster, Dr. Joachim ... *S. 89*
Schuster, Peter ... *S. 159*
Schütz, Annette ... *S. 137*
Schütz, Dietmar ... *S. 91*
Schwabe, Frank ... *S. 12, 91, 218, 220*
Schwall-Düren, Dr. Angelica ... *S. 11, 35, 49, 82, 216, 218 ff.*
Schwan, Prof. Dr. Gesine ... *S. 64, 80, 95*
Schwanholz, Dr. Martin ... *S. 138 f., 218, 220*
Schwanitz, Rolf ... *S. 69, 171, 218, 220*
Schwartz, Lothar ... *S. 238*
Schwartz, Stefan ... *S. 220*
Schwarz, Jan ... *S. 77*
Schwarz, Thomas ... *S. 105*
Schwarz, Uwe ... *S. 125, 135*
Schwarzlühr-Sutter, Rita ... *S. 91, 178*
Schweitzberger, Brita ... *S. 171*
Schweitzer, Alexander ... *S. 176*
Schweitzer, Stephan ... *S. 37*
Schwengel, Prof. Dr. Hermann ... *S. 80*
Schwesig, Manuela ... *S. 10 f., 30 f., 36, 40, 64, 82, 89, 105 f., 109, 111 ff., 128 f., 134, 183, 228, 230, 232*
Schwetz, Desirée ... *S. 165*
Schwider, Franziska ... *S. 93*

Schwinke, Karl ... *S. 118 f.*
Seeler, Dr. Joachim ... *S. 119*
Seemann, Dr. Margret ... *S. 108*
Seidel-Kalmutzki, Karin ... *S. 12, 90*
Seidenthal, Bodo ... *S. 127, 133*
Seidler, Prof. Dr. Hanns ... *S. 87*
Seiffert, Jeanette ... *S. 35*
Selling, Erwin ... *S. 106, 113 f.*
Semlinger, Prof. Dr. Klaus ... *S. 151*
Sempff, Harald ... *S. 12*
Seyfferth, Anne ... *S. 88*
Sezgin, Hilal ... *S. 208*
Shaul, Yehuda ... *S. 47*
Siebel, Michael ... *S. 87, 166, 169*
Siebels, Wiard ... *S. 140*
Siehlmann, Günter ... *S. 140*
Sieling, Dr. Carsten ... *S. 121, 123, 220*
Simmier, Susanne ... *S. 161*
Simon, Horst ... *S. 140*
Simon, Wilma ... *S. 97*
Simonis, Heide ... *S. 102 ff.*
Simshäuser, Monika ... *S. 159*
Sinning, Dr. Silke ... *S. 90*
Sippel, Birgit ... *S. 157, 159*
Solga, Prof. Dr. Heike ... *S. 87 f.*
Sollmann, Dipl. rer. soc. Ulrich ... *S. 35*
Sommer, Michael ... *S. 40*
Sommer, Ulrike ... *S. 155*
Sondermann, Dr. Markus ... *S. 159*
Sonntag-Wolgast, Cornelia ... *S. 118*
Spanier, Wolfgang ... *S. 218*
Sparschuh, Jens ... *S. 86*
Speckin, Verina ... *S. 112*
Spengler, Tilman ... *S. 86*
Sperner, Rudolf ... *S. 97*
Sperr, Franziska ... *S. 86*
Spielmann, Dr. Margrit ... *S. 218*
Spiering, Rainer ... *S. 12, 139*
Spies, Dr. Thomas ... *S. 70, 165*
Spieß, Prof. Dr. C. Katharina ... *S. 89*
Spiller, Jörg-Otto ... *S. 216, 218*
Spranger, Iris ... *S. 153, 155*
Stachowitz, Diana ... *S. 89*
Stadelmaier, Herbert ... *S. 239*
Stadelmaier, Martin ... *S. 12, 81*
Stadler, Wolfgang ... *S. 89*
Staeck, Klaus ... *S. 85 f., 99*
Staffa, Christian ... *S. 95*
Staffelt, Dr. Ditmar ... *S. 217 f.*
Stahl, Christian ... *S. 151*

Stahl, Jürgen ... *S. 186*
Stahl, Klaus ... *S. 70*
Stang, Gisela ... *S. 161*
Stange, Dr. Eva-Maria ... *S. 40, 71 f., 80, 87 f., 173*
Stapelfeldt, Dorothee ... *S. 12*
Staschewski, Jochen ... *S. 170 f.*
Stather, Erich ... *S. 91*
Steffen, Sonja ... *S. 109*
Stegner, Ralf ... *S. 10 f., 40, 91, 102 ff.*
Stein, Mathias ... *S. 104*
Steinberg, Dr. Philipp ... *S. 40*
Steinbrück, Peer ... *S. 7, 30, 44, 73, 113, 229*
Steinbrück, Sven ... *S. 171*
Steinecke, Dieter ... *S. 139, 218*
Steinmeier, Dr. Frank-Walter ... *S. 7, 30, 33, 43 ff., 64, 66, 69, 73, 80, 84, 86, 89, 91, 95, 119, 127 f., 133, 138 f., 141, 143, 145 f., 150, 152, 156, 162, 164, 166, 169, 171 f., 176 ff., 188, 208 f., 213, 218, 220, 228 f., 233*
Steinruck, Jutta ... *S. 175, 222, 224*
Stenzel, Horst ... *S. 126*
Steppuhn, Andreas ... *S. 68, 142, 218*
Sternberg, Dr. Manfred ... *S. 84*
Sterz, Bernhard ... *S. 142*
Stieber, Michael ... *S. 108*
Stiegler, Dr. Barbara ... *S. 82, 89*
Stiegler, Ludwig ... *S. 80, 91, 181, 183*
Stillger, Gabriele ... *S. 67*
Stinka, André ... *S. 12*
Stoch, Andreas ... *S. 177 f.*
Stöckel, Rolf ... *S. 216, 218*
Stockfisch, Christina ... *S. 88*
Stockmann, Ulrich ... *S. 142 f.*
Stolpe, Manfred ... *S. 97, 147, 236*
Stölting, Thomas ... *S. 118*
Stöß, Dr. Jan ... *S. 155*
Stotz, Marlies ... *S. 72, 159*
Strang, Rainer ... *S. 98, 139*
Strässer, Christoph ... *S. 216, 218 ff.*
Strasser, Prof. Dr. Johano ... *S. 80, 58 f.*
Strehse, Franka ... *S. 137*
Strnad, Maximilian ... *S. 96*
Strobel, Käthe ... *S. 99*
Stroedter, Jörg ... *S. 155*
Struck, Dr. Peter ... *S. 44, 111, 125, 216, 218*
Strumm, Rudi ... *S. 175*
Stünker, Joachim ... *S. 137, 216, 218*
Stuntebeck, Kristina ... *S. 125, 140*
Suhr, Andrea ... *S. 12*
Sund, Olaf ... *S. 239*
Sünder, Claudia ... *S. 178*

Süß, Dr. Dietmar ... *S. 81*
Süßkind, Lala ... *S. 96*
Svoboda, Monika ... *S. 165*
Syring, Angelika ... *S. 155*
Szabados, Dagmar ... *S. 84, 234*

■ T

Tabillion, Dr. Rainer ... *S. 218*
Tack, Kerstin ... *S. 220*
Tammena, Dr. Heiko ... *S. 37*
Tanke, Detlef ... *S. 12, 125, 127*
Tanneberger, Hartmut ... *S. 172 f.*
Taubert, Heike ... *S. 170 f.*
Tausch, Cornelia ... *S. 93*
Tauss, Jörg ... *S. 87, 177 f., 216, 218*
Tautz, Lothar ... *S. 81*
Tautz, Wolfgang ... *S. 109*
Tegtmeier, Martina ... *S. 122*
Teichmann, Gabriele ... *S. 178*
Templ, Karl-Ulrich ... *S. 178*
Tenor-Alschausky, Siegrid ... *S. 89*
Teuchner, Jella ... *S. 218, 220*
Teulings, Gerd ... *S. 159*
Teves, Wolfgang ... *S. 93*
The BossHoss ... *S. 34*
Thiele, Rosemarie ... *S. 111*
Thiele, Volker ... *S. 117*
Thierse, Dr. h.c. Wolfgang ... *S. 40, 45, 80 f., 86 f., 92, 94 f., 150, 153 f., 164, 172, 218, 220*
Thießen, Jörn ... *S. 104, 218*
Thönnnes, Franz ... *S. 103 f., 218, 220*
Tiedtke, Sina ... *S. 77, 91*
Tiefensee, Wolfgang ... *S. 69, 80, 92, 171, 175, 205, 220, 229, 232*
Tiemann, Petra ... *S. 136 f.*
Tietz, Christiane ... *S. 94*
Timm, Dr. Gottfried ... *S. 105, 114, 116*
Timm, Helga ... *S. 97*
Timmermann, Karin ... *S. 37*
Timpe, Martin ... *S. 40, 77, 87*
Tinius, Rosemarie ... *S. 127*
Tomasek, Sören ... *S. 119*
Tonne-Jork, Elke ... *S. 12*
Tovar, Klaus ... *S. 32*
Tragelehn, B. K. ... *S. 86*

Tralau, Gesa ... *S. 104*
Trauernicht-Jordan, Dr. Gitta ... *S. 88, 93*
Tsalastras, Apostolos ... *S. 159*
Tsartilidis, Elias ... *S. 120*
Tschentscher, Dr. Peter ... *S. 118*
Tsvangirai, Morgan ... *S. 49*
Tuin, Rudolf ... *S. 141*
Turowski, Dr. Jan ... *S. 86*

■ U

Ude, Christian ... *S. 84, 125*
Ukrow, Dr. Jörg ... *S. 175*
Umbach, Claus ... *S. 90*

■ V

Vahlberg, Jürgen ... *S. 73*
Vaupel, Monika ... *S. 12, 165*
Veit, Carola ... *S. 89, 118 f.*
Veit, Rüdiger ... *S. 218*
Veldhues, Elisabeth ... *S. 159*
Velter, Boris ... *S. 155*
Vilsmeier, Bernd ... *S. 12*
Violka, Simone ... *S. 218*
Vogel, Dr. Hans-Jochen ... *S. 29, 42, 45, 58, 80, 95, 191*
Vogel, Marion ... *S. 37*
Vogel, Prof. Dr. Barbara ... *S. 81*
Vogelheim, Elisabeth ... *S. 80*
Vogelsänger, Jörg ... *S. 147, 218*
Vogt, Sascha ... *S. 40, 75, 77*
Vogt, Ute ... *S. 10 f., 90, 177 ff., 220*
Volke, Kristina ... *S. 86*
Volkmer, Dr. Marlies ... *S. 70, 93, 173, 216, 218, 220*
Vornehm, Dr. Norbert ... *S. 171*
Vosseler, Prof. Birgit ... *S. 70*

■ W

Waack, Wolf-Dietrich ... *S. 171*
Wachendorf, Karen ... *S. 127*

Wachholz, Gunter ... *S. 68*
Wagner, Adi ... *S. 175*
Wagner, Richard ... *S. 86*
Waldegge, Elfi Heusinger von ... *S. 37, 186*
Wallach, Marianne ... *S. 65, 67*
Walsken, Gisela ... *S. 159*
Walter, Jürgen ... *S. 168*
Walter, Ralf ... *S. 175*
Walther, Claudia ... *S. 37*
Walther, Rudi ... *S. 239*
Warminski-Leitheußer, Gabriele ... *S. 89, 178*
Warnecke, Torsten ... *S. 161*
Wasserhövel, Kajo ... *S. 16, 69, 93, 177 f.*
Watermann, Ulrich ... *S. 12, 125, 135*
Watzema, Elke ... *S. 68, 109*
Weber, Beate ... *S. 97*
Weber, Christian ... *S. 189*
Weber, Dr. Friedrich ... *S. 134*
Weber, Frank ... *S. 68, 171*
Weber, Gregor ... *S. 47*
Weber, Maren ... *S. 88*
Weber, Prof. Dr. Hermann ... *S. 81*
Wedemeier, Dr. h.c. Klaus ... *S. 234*
Weg, Marianne ... *S. 169*
Wegener, Gunnar ... *S. 137*
Wegener, Hedi ... *S. 218*
Wegner, Gerhard ... *S. 95*
Wehlau, Dr. Diana ... *S. 88*
Wehner, Greta ... *S. 173*
Wehner, Herbert ... *S. 34, 169*
Wehrmeyer, Matthias ... *S. 12, 127*
Weichel, Dr. Klaus ... *S. 176*
Weichlein, Prof. Dr. Siegfried ... *S. 81*
Weigel, Andreas ... *S. 218*
Weigle, Sebastian ... *S. 12*
Weil, Reinhard ... *S. 37*
Weil, Stephan ... *S. 84, 125, 134, 228 f., 231, 234*
Weiler, Barbara ... *S. 162*
Weinbach, Dr. Kerstin ... *S. 161*
Weinbrecht, Ralph ... *S. 73*
Weinel, Olaf ... *S. 93*
Weinzen, Dr. Hans-Willi ... *S. 93*
Weis, Petra ... *S. 84, 218*
Weisensee, Dr. Hanne ... *S. 34, 36*
Weiss, Cornelius ... *S. 97*
Weiss, Kerstin ... *S. 108*
Weißgerber, Gunter ... *S. 218*
Weisskirchen, Prof. Gert ... *S. 216, 218*
Weitzel, Rainer ... *S. 178*
Weizsäcker, Ernst-Ulrich von ... *S. 91*

Wend, Dr. Rainer ... *S. 91, 216, 218*
Wendel, Brunhild ... *S. 239*
Wendenburg, Dr. Helge ... *S. 172*
Wenghofer, Jörg ... *S. 68, 104*
Werner, Heike ... *S. 40*
Werner, Martina ... *S. 165*
Wernstedt, Prof. Dr. Rolf ... *S. 87, 97*
Wester, Hildegard ... *S. 218*
Westerwelle, Guido ... *S. 189 f., 211*
Westrich, Lydia ... *S. 218*
Wettig-Danielmeier, Inge ... *S. 80, 82, 97, 99*
Wettlaufer, Helmut ... *S. 165*
Wetzel, Dr. Margrit ... *S. 137, 218*
Wichelhaus, Prof. Dr. Manfred ... *S. 99*
Wicklein, Andrea ... *S. 218, 220*
Wieczorek-Zeul, Heidemarie ... *S. 40, 47, 98, 160, 218, 220*
Wieczorek, Helmut ... *S. 239*
Wieczorek, Norbert ... *S. 61*
Wiefelspütz, Dr. Dieter ... *S. 216, 218, 220*
Wiegand-Hoffmeister, Prof. Dr. Bodo ... *S. 108 f.*
Wiegand, Rolf ... *S. 155*
Wienholtz, Dr. Ekkehardt ... *S. 90*
Wiesendahl, Prof. Dr. Elmar ... *S. 35*
Wilgorski, Birgit ... *S. 137*
Wilharm, Prof. Dr. Irmgard ... *S. 81*
Wilhelm, Dr. Jürgen ... *S. 47*
Wilhelm, Friedrich ... *S. 127*
Will, Christiane ... *S. 140*
Will, Gerd ... *S. 125, 140*
Will, Prof. Dr. Rosemarie ... *S. 80*
Winkelmann, Knud ... *S. 112*
Wippermann, Susann ... *S. 108*
Wirtz, Franz Leo ... *S. 73*
Wistuba, Engelbert ... *S. 218*
Witt, Nicoletta ... *S. 120*
Wobbeler, Alfons ... *S. 68*
Wodarg, Dr. Wolfgang ... *S. 70, 104, 218*
Woidke, Dr. Dietmar ... *S. 93, 147*
Wölbern, Bernd ... *S. 137*
Woldtmann, Bernd ... *S. 113*
Wolf, Abraham de ... *S. 96*
Wolff, Michael ... *S. 131, 134*
Wolff, Waltraud ... *S. 91, 93, 142, 216, 218, 220*
Wölfle, Sabine ... *S. 178*
Wolframm, Klaus ... *S. 173*
Wolfrum, Prof. Dr. Edgar ... *S. 81*
Wolfssohn, Michael ... *S. 96*
Wolle, Dr. Stefan ... *S. 81*
Wörmann, Eduard ... *S. 99*

Wörner, Ludwig ... *S. 68, 138*
Wowereit, Klaus ... *S. 10 f., 31, 40, 44, 47, 84, 97, 150 ff., 161*
Wright, Heidi ... *S. 218*
Wübbels, Michael ... *S. 91*
Wucherpennig, Brigitte ... *S. 12*
Wuwer, Johann ... *S. 239*

■ Y

Ypsilanti, Andrea ... *S. 88, 159, 168*

■ Z

Zander, Kurt-Jürgen ... *S. 142*
Zapf, Uta ... *S. 166, 218, 220*
Zauner, Margrit ... *S. 67*
Zeisberger, Oliver ... *S. 35*
Zetkin, Clara ... *S. 34*
Zieder-Ripplinger, Margriet ... *S. 175*
Ziegler, Dagmar ... *S. 30, 66, 82, 89, 218, 220*
Ziemann, Helga ... *S. 98*
Zimmermann-Rieck, Sven ... *S. 113*
Zimmermann, Hermann ... *S. 40*
Zimmermann, Olaf ... *S. 86 f.*
Zimmermann, Sabine ... *S. 141*
Zinke, Doro ... *S. 154 f.*
Zirra, Jana ... *S. 178*
Zöllmer, Manfred ... *S. 93, 216, 218, 220*
Zöllner, Prof. Dr. E. Jürgen ... *S. 71, 87 ff., 93, 155*
Zöpel, Dr. Christoph ... *S. 48*
Zuckerer, Walter ... *S. 118*
Zumhasch, Ulla ... *S. 36*
Zypries, Brigitte ... *S. 43, 90, 93, 9, 160, 218, 220*

